Stadt Oberhausen
Wahlperiode 2020/2025

Drucksache **B/17/6105**
Status **öffentlich**
Freigabedatum **29.11.2024**

Vorlageart:	Beschlussvorlage
Federführung:	Beteiligungen
Verantwortung:	Herr Willecke, Herr Tsalastras, Herr Schranz

Beteiligungsbericht 2023

Beratungsfolge

09.12.2024	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung
16.12.2024	Rat der Stadt	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt den Beteiligungsbericht 2023

Bezug

- DS B/17/4156-01 vom 11.12.2023 (Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses

Konsequenzen
Drucksache hat keine finanziellen Konsequenzen
Drucksache hat keine klimatischen Konsequenzen

Sachverhalt

Begründung

Nach §§ 116a Abs. 3, 117 Abs. 1 S. 1 GO NRW in der aktuell gültigen Fassung ist ein Beteiligungsbericht ab dem Haushaltsjahr 2019 nur noch im Fall der Befreiung der Kommune von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses aufgrund der in § 116a Abs. 1 GO NRW festgelegten Größenmerkmale verpflichtend aufzustellen. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in der Sitzung am 11.12.2023 (Drucksache: B/17/4156-01) die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2023 der Stadt Oberhausen gemäß § 116a GO NRW beschlossen. Wenn ein Beteiligungsbericht aufzustellen ist, wird gem. § 117 Abs.1 S. 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeigeführt.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Abs. 2 GO NRW folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Der Beteiligungsbericht wird im ALLRIS-System zur Verfügung gestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform. Nach Beschluss durch den Rat der Stadt ist der Beteiligungsbericht für jedermann im Internetauftritt der Stadt Oberhausen unter der Rubrik Rathaus => Verwaltung => Verwaltungsführung => Beteiligungen => Beteiligungsbericht einzusehen.

Anlage/n
1 - Beteiligungsbericht 2023

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2023

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister ***Bereich 9-5 / Beteiligungen***

Stand: November 2024

Vorwort Beteiligungsbericht 2023

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in 2023 wurde ein wesentlicher Schritt zur **Neuordnung der Immobilien** im Konzern Stadt Oberhausen getan. Nach der Ausgliederung des operativen Geschäfts der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH auf den Eigenbetrieb Servicebetriebe Oberhausen im Jahr 2021, wurden die bei der OGM verbliebenen Immobilien und deren Verwaltung zunächst auf die Stadt Oberhausen und unmittelbar danach auf die TZU Technologiezentrum Umwelt Management GmbH übertragen. Damit ist die TZU, die im Rahmen der Neuordnung der Immobilien die Funktion einer Bestands- und Vermögensverwaltungsgesellschaft übernehmen wird, mit einem erheblichen Vermögen ausgestattet. Immobilien wie der Gartendom, die Marina oder das Ebertbad haben damit eine neue Eigentümerin gefunden. Die OGM, die lange Zeit als umfassende Dienstleisterin für die Verwaltung tätig war, ist mit der Übertragung untergangen.

Nicht zuletzt die Verwerfungen, die der Ukraine-Krieg auf dem Energiemarkt verursacht hat, haben zur Veräußerung der **STEAG GmbH** geführt, an der – neben weiteren Stadtwerken aus dem Ruhrgebiet – auch die evo Energieversorgung Oberhausen AG mit 6 Prozent beteiligt war. Der anteilige Verkaufserlös hilft zum einen der evo bei der Bewältigung der so wichtigen Energiewende und zum anderen der Stadt, deren Finanzierungsbetrag für den öffentlichen Nahverkehr durch die erhöhte Ausschüttung der evo an die STOAG reduziert wird.

Des Weiteren hat der Rat der Stadt im Sommer die Gründung der **Wissenschaftscampus NRW GmbH** beschlossen, mit der eine organisatorische Grundlage für eine regionale Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen geschaffen wurde, die auch die Möglichkeit der Einwerbung von Dritt- und Fördermitteln erhält.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Oberhausen im November 2024



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen ... 1
Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes ... 3
Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes ... 4
Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG ... 4
Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen ... 5
Änderungen im Beteiligungsportfolio ... 11
Beteiligungsstruktur ... 12
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2023 ... 14
Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen ... 15
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen ... 17
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen ... 19
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten ... 22
Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023 ... 23

Einzeldarstellung der wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen nach Sparten ... ***25***

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen - ... ***27***
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH ... 30
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH ... 46
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH ... 62

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen - ... ***65***
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH ... 68
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. ... 78
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. ... 82
evo Energieversorgung Oberhausen AG ... 86
Oberhausener Netzgesellschaft mbH ... 102
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG ... 112
Biostrom Oberhausen Management GmbH ... 118
Quantum GmbH ... 122
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH ... 134
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG ... 138
STEAG GmbH ... 146
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 151
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH ... 153
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. ... 155
FSO GmbH & Co.KG ... 157
FSO Verwaltungs-GmbH ... 177
RWE Aktiengesellschaft ... 181
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH ... 183

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen - ... ***192***
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH ... 195
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH ... 201
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH ... 209

Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen - ... ***218***
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH ... 221
ecce - european centre for creative economy GmbH ... 229

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen - ***236***
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 239
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 249
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 257

Freizeit und Tourismus - mittelbare Beteiligungen - ***270***
Gasometer Oberhausen GmbH 273

Wohnungsgenossenschaften ***278***
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 279

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen - ***282***
Wissenschaftscampus NRW gGmbH 284
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 286
ASO Service GmbH 294
Jobcenter Oberhausen 300
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 303
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 305
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 310
CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 319
Stadtsparkasse Oberhausen 331

Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ***360***
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 363
SBO Servicebetriebe Oberhausen 370
Theater Oberhausen 381

Anlagen ***394***
Übersicht des Personalbestandes aller bedeutsamen Beteiligungen 395
Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht 396
Vergütungsbericht 2023 397
Gründungshistorie 403
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023 406
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung 409
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung 421
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen 424
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis 427

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine

Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 11.12.2023 (Drucksache: B/17/4156-01) gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Oberhasen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Oberhauen hat am 16.12.2024 den Beteiligungsbericht 2023 beschlossen.

Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Oberhausen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Oberhausen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Oberhausen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Oberhausen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Oberhausen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Oberhausen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Oberhausen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Oberhausen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023.

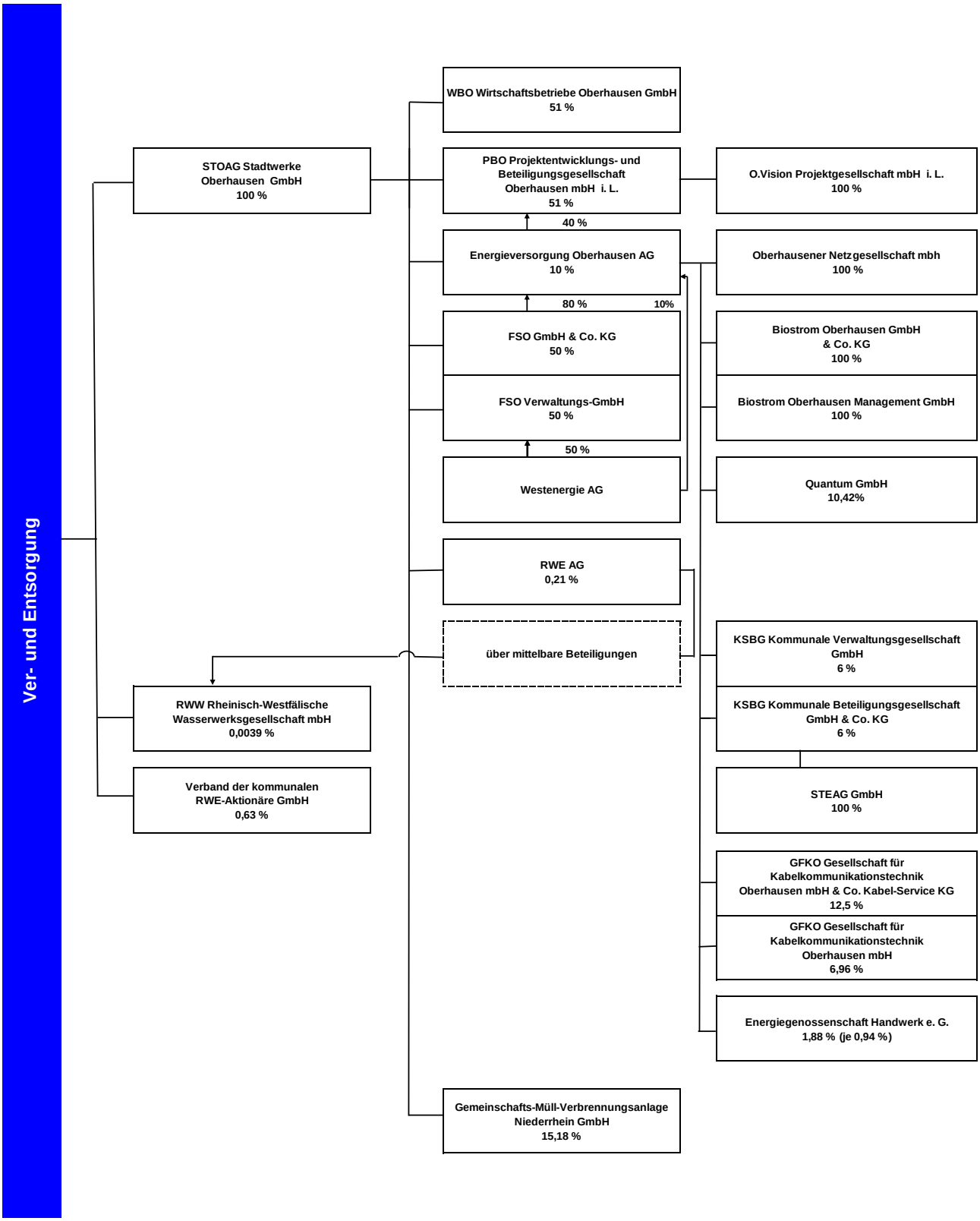
Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

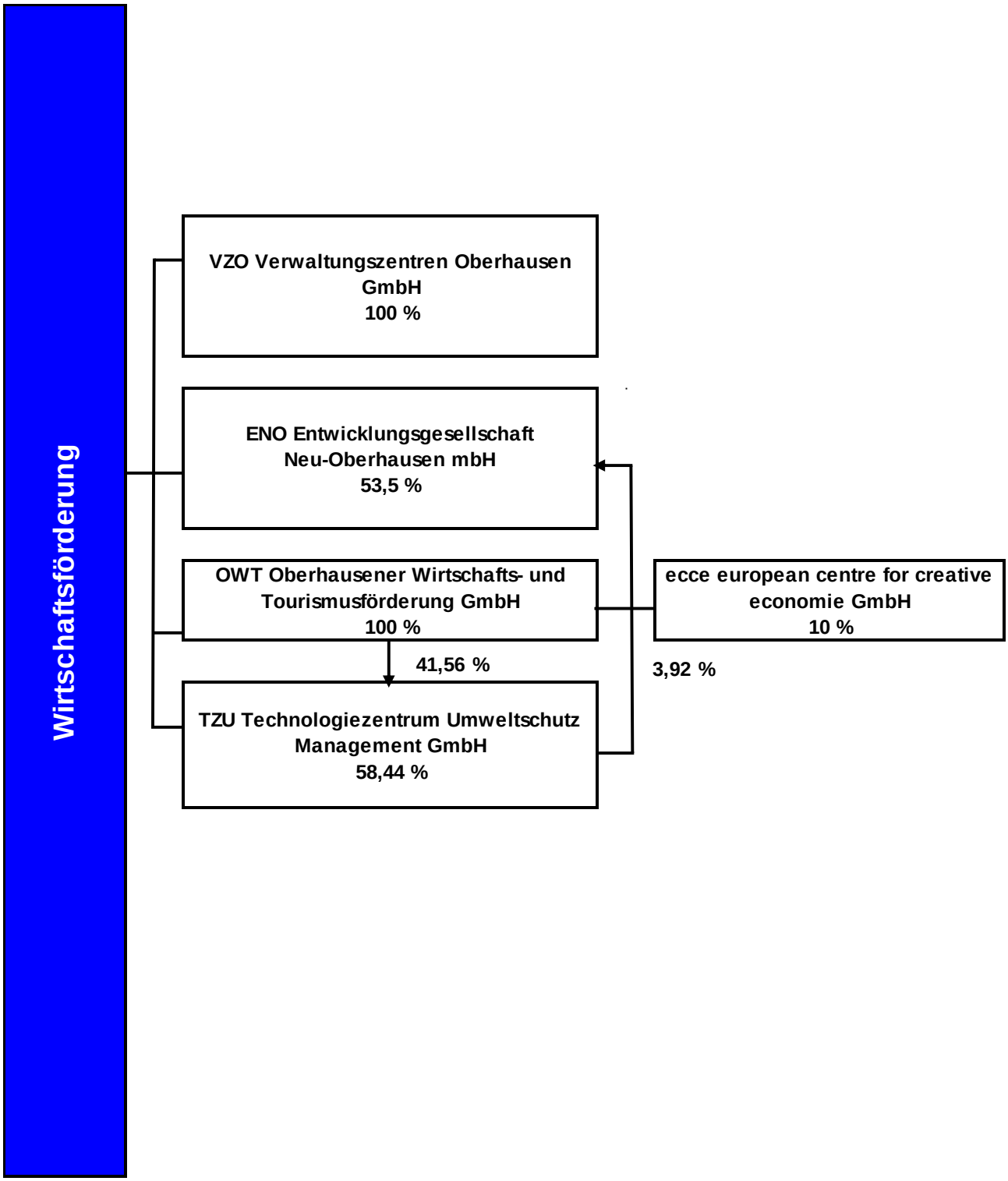
Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

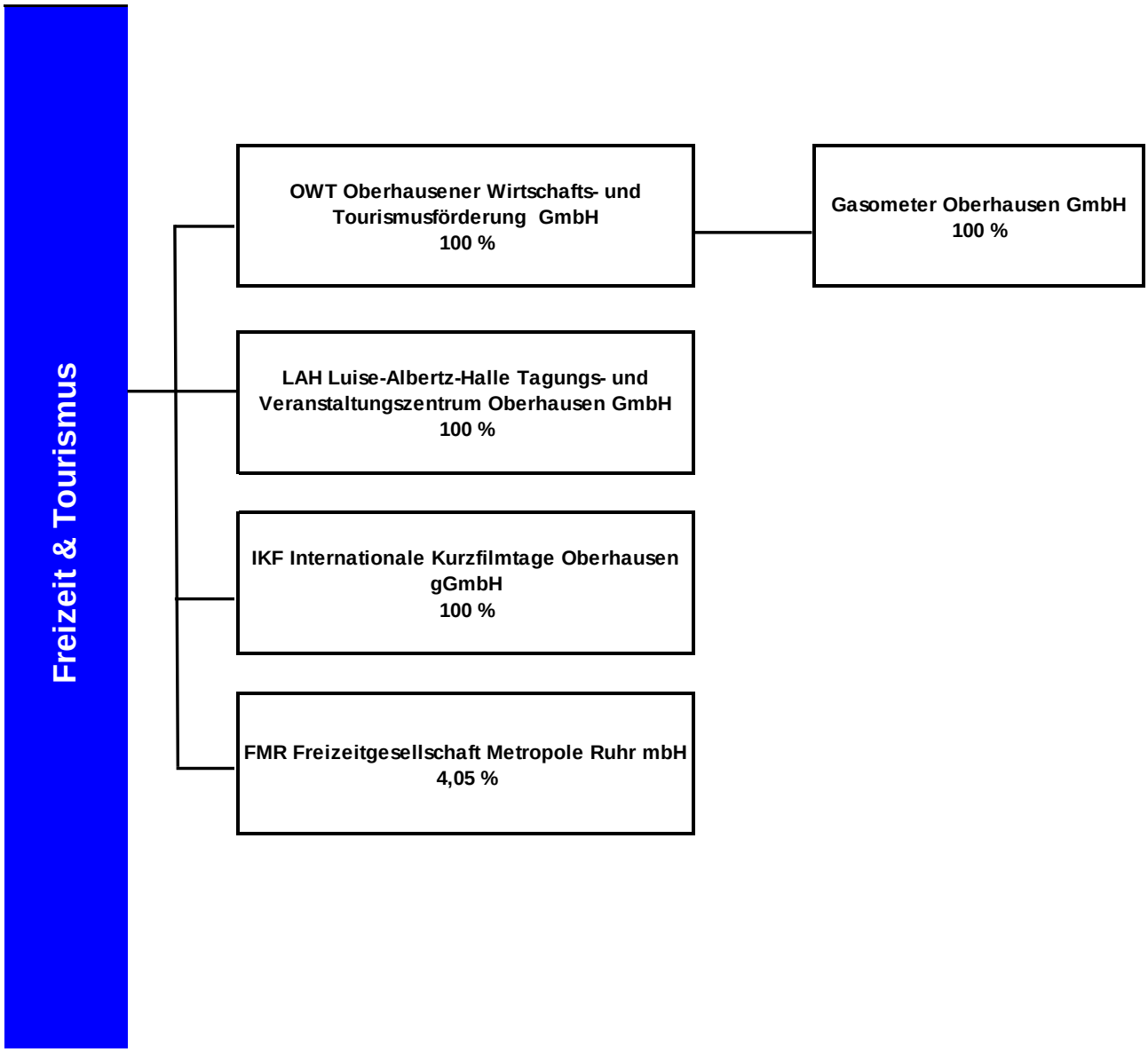
Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

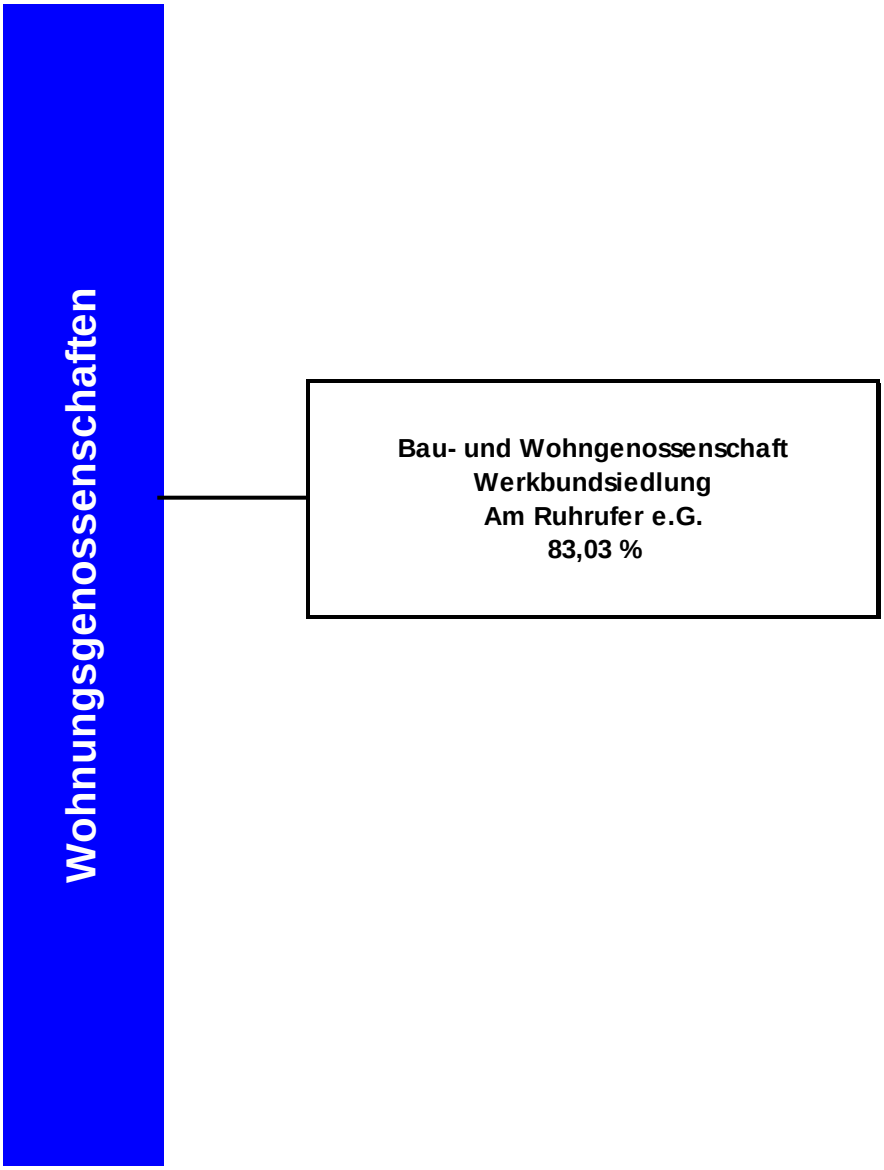
Die Stadt Oberhausen wirkt grundsätzlich darauf hin, dass bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen in einer Rechtsform des privaten Rechts die Gleichstellung von Frauen und Männer gemäß den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt bzw beachtet wird. Daher wird auf eine beteiligungsbezogene Einzeldarstellung wird verzichtet.

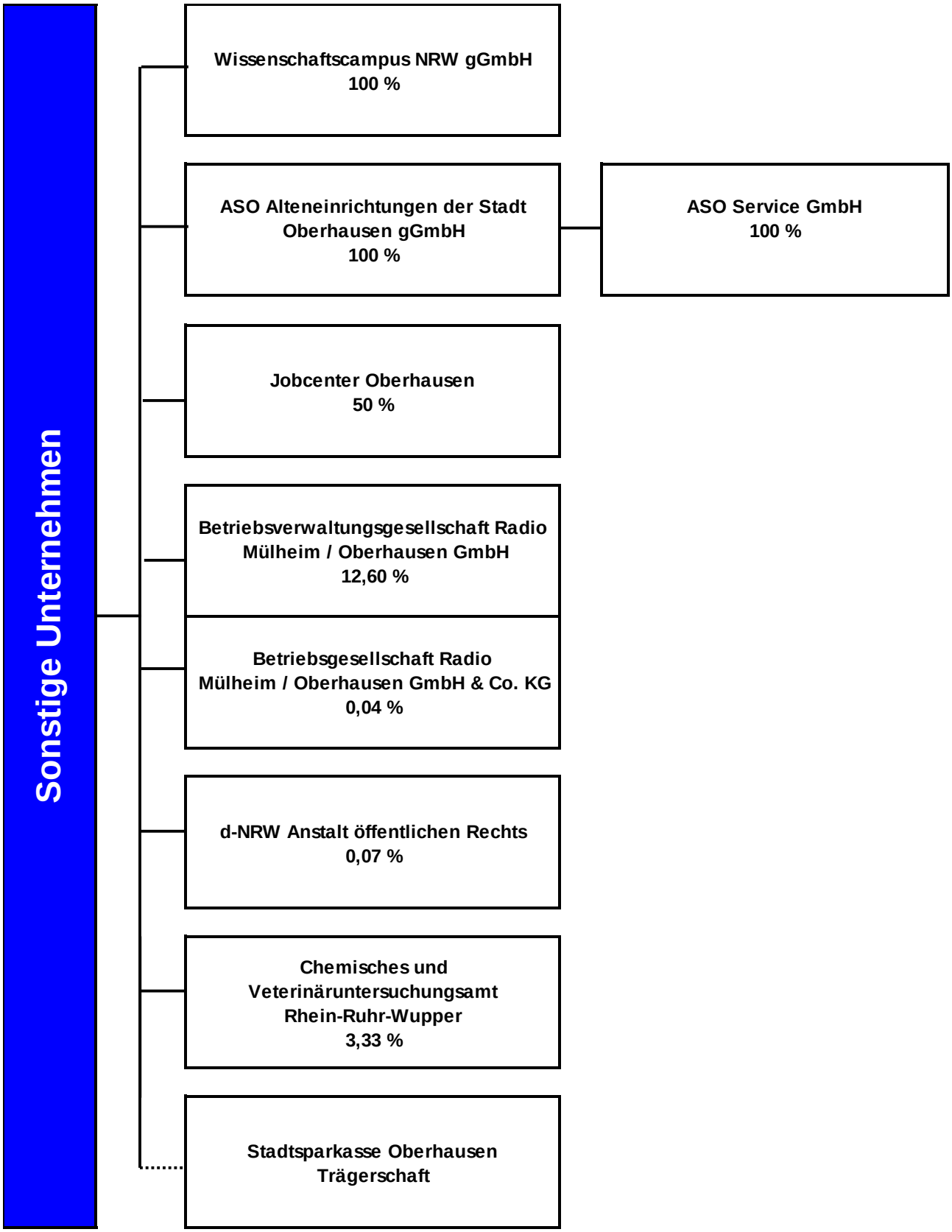
Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen

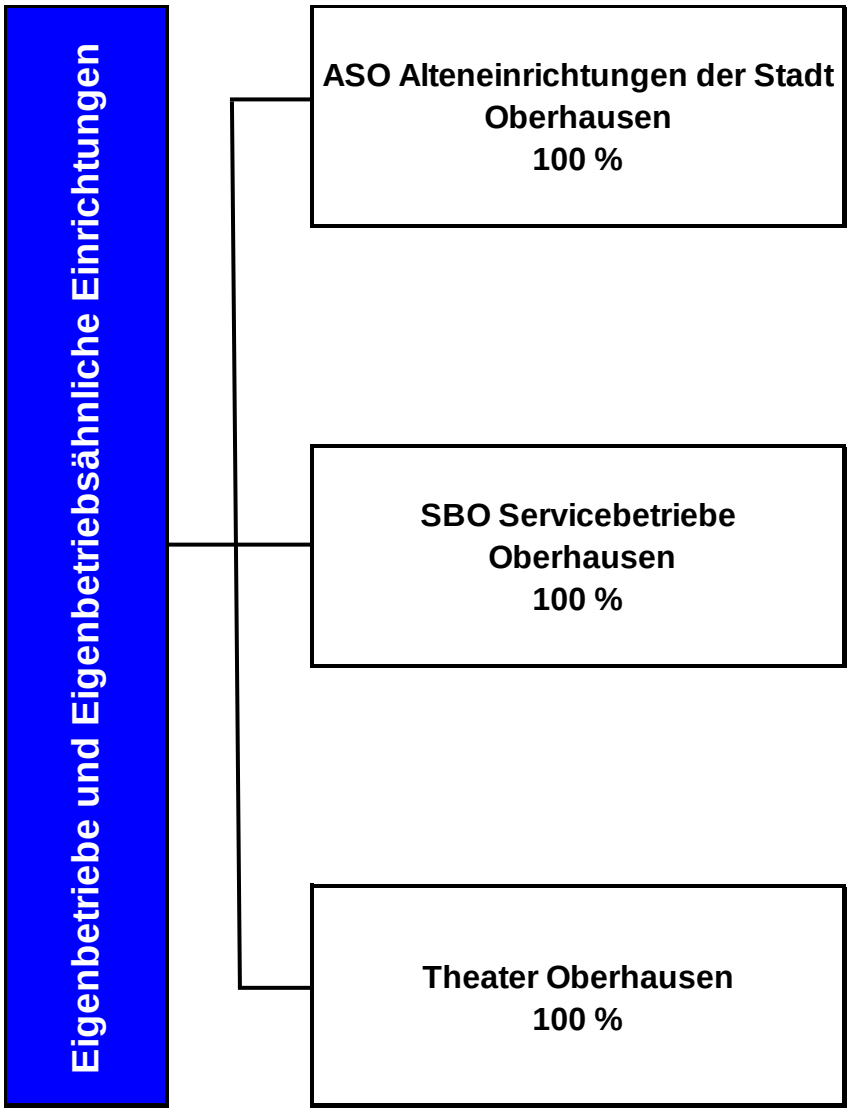



Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
41,56 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
3,92 %


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %


Wohnungsgenossenschaften
Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
83,03 %


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Änderungen im Beteiligungsportfolio

Zugänge

Es sind folgende Zugänge an Beteiligungen zu verzeichnen:

- Wissenschaftscampus NRW gGmbH

Abgänge

Es sind folgendeAbgänge an Beteiligungen zu verzeichnen:

- OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

- Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

Veränderung in Beteiligungsquoten

- TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023 T€	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital T€	%	Beteiligungsart
	Ver- und Entsorgung				
1	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	25.600	25.600	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	3.817,64			
2	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	15.381,95	0,60	0,0039	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	41.060,93			
3	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	127.82	0,80	0,63	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
4	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	1.250	637,50	51,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	4.046,73			
5	PBO Projektentwicklungs- und Betriebsgesellschaft Oberhausen mbH	255,65	205	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-28,10			
6	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25	20	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-344,11			
7	evo Energieversorgung Oberhausen AG	26.000	13.000	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	36.097,57			
8	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	15	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	192,57			
9	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	500	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-186,58			
10	Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,0	12,5	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	2,10			
11	Quantum GmbH	1.035,25	41,25	4,37	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.670,38			
12	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	3,0	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	5			
13	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	1,00	0,03	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
14	STEAG GmbH	128.000,00	3.840	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.032.400,00			
15	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH & Co. Kabel-Service KG	143,16	8,95	6,25	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
16	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH	25,30	0,08	3,48	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
17	Energiegenossenschaft Handwerk e. G.	107,50	1,50	1,39	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
18	FSO GmbH & Co. KG	30	15	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	28.012,84			
19	FSO Verwaltungs-GmbH	30	15,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-1,24			
20	RWE Aktiengesellschaft	1.573.748,48	3.012,68	0,19	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
21	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	255,65	38,81	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	27.011,25			
	Wirtschaftsförderung				
22	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	2.086,15			
23	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	319	159	53,84	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	109,01			
24	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-1.709,46			
25	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	153	153	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	453,30			
26	ecce - european centre for creative economy GmbH	25	2,5	10	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023 T€	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital T€	%	Beteiligungsart
	Freizeit und Tourismus				
27	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	256	256	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	894,30			
28	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	26	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	44,66			
29	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	440	18	4,05	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-5.761,54			
30	Gasometer Oberhausen GmbH	26	26	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.268,27			
	Wohnungsgenossenschaften				
31	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e. G.	201,45	167,70	83,25	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	39,61			
	Sonstige Unternehmen				
32	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	306,12			
33	Jobcenter Oberhausen	0,00	0,00	50	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
34	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH.	25	3,15	12,6	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
35	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG	3.415,00	1,24	0,04	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
36	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.368,00	1,00	0,07	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
37	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	390,00	15,00	3,85	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	1.883,02			
38	Stadtsparkasse Oberhausen	0	0	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	4.994,14			
39	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004,00	3,0	0,15	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	(liegt nicht vor)			
40	KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister Service GmbH	93,75	3,13	3,33	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
41	Wissenschaftscampus NRW gGmbH	25,00	25,00	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
42	ASO Service GmbH	25	25	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2023	0,00			
	eigenbetriebsähnliche Einrichtung				
43	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1.789,52	1.789,52	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	227,59			
44	SBO Servicebetriebe Oberhausen	2.000,00	2.000	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	3.392,41			
45	Theater Oberhausen	100	100	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	264,46			

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2023

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
ASO Altenei nrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						13.832,50				50.000,00
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										15.081,83
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.301.618,05	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	297.600,00	446.806,63								
FSO GmbH & Co.KG								14.006.419,20		
FSO Verwaltungs-GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH	200.000,00									
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								4.100.307,75		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	792.850,00									
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		915.980,00				3.080.154,85				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.362.572,05									
Quantum GmbH										
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								192,10	3.840.198,95	
Stadtsparkasse Oberhausen								3.000.000,00		
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		32.638,94				5.986.000,00				8.979,00
Theater Oberhausen	9.632.000,00									
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						13.932.070,36		500.000,00		

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt *Geschäftsjahr 2023/ - in T€ -*		Leistungsempfänger: Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen mbH	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	SBO Servicebetriebe Oberhausen	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Leistungserbringer: Stadt Oberhausen	Forderungen			1			391	46		5		19	7	3.445	114	361	3.069	239
	Verbindlichkeiten		90	18			1		33		5	2	5.474	545	1.809	180		369
	Erträge		121	114	9	1	8.645	63		7		370	1.399	1.841	304	515	1.000	2.330
	Aufwendungen		94	629		434	563	28	431	792	930	1.652	107.703	12.039	1.835	195		41.620
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Forderungen			242														
	Verbindlichkeiten	20.833		17														
	Erträge			2.083														
	Aufwendungen	744		17														
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Forderungen		17		145								199					
	Verbindlichkeiten	62	242				137											2
	Erträge	187	17				2						199					
	Aufwendungen	312	2.083		1.283		1.031											21
ASO Service GmbH	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten			145														
	Erträge			1.283														
	Aufwendungen	10																
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Forderungen											1						
	Verbindlichkeiten											13				53		
	Erträge	365					50					116		50				50
	Aufwendungen	2					15					661				45		
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Forderungen													4.882				40
	Verbindlichkeiten	10									4							
	Erträge	60		758		15		55			69	124		1.765	68	161		448
	Aufwendungen	318				50		51	9.991	8		12		206	3	6		1
Gasometer Oberhausen GmbH	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten	46					12					95				1		1
	Erträge	25					51					3						
	Aufwendungen	63					60					438				3		7
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Forderungen	33					764											
	Verbindlichkeiten																	3
	Erträge	2.940					3.272						9					7.112
	Aufwendungen	15												11				38
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten																	
	Erträge						7						1					3
	Aufwendungen	6										2	1					
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Forderungen	39										2						
	Verbindlichkeiten						30											166
	Erträge	147										2						
	Aufwendungen	167					105											557
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	Forderungen	365				13		95			1		5		7			
	Verbindlichkeiten	1.287				1							1			54		
	Erträge	231				661	12	438	6	4	1		48	19	193	106		5
	Aufwendungen	233				116	132	3					7			23		2
SBO Servicebetriebe Oberhausen	Forderungen									6		1			1			14
	Verbindlichkeiten	1					502					5		145		225	2	70
	Erträge	120								2		6		2	13	-464	372	38
	Aufwendungen	2					7		12	1	12	17		27		78	5.549	702
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Forderungen	650																
	Verbindlichkeiten	11					5											
	Erträge	4		8	4		206		5			1	19					2
	Aufwendungen	25				50	1						2					1

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt Geschäftsjahr 2023/ - in T€ -		Leistungsempfänger																
		Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen mbH	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	SBO Servicebetriebe Oberhausen	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Leistungserbringer																		
Theater Oberhausen	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten	122					28											1
	Erträge																	
	Aufwendungen	355					169					188	14	3				15
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Forderungen					53		1				54						
	Verbindlichkeiten	1					112											
	Erträge	15				45	1	3				23						
	Aufwendungen	50					348					106						1
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Forderungen												44					
	Verbindlichkeiten	2.533														2.977		
	Erträge	317											5.368					
	Aufwendungen	28											443					
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Forderungen	413		2			7	1	6		0	0	117	111	0	0		
	Verbindlichkeiten	208					67						14					
	Erträge	52		22			15	7	44		0	3	741	111	15	2	0	
	Aufwendungen	2				60	513			3		6	3		21			

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1 % werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023 aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2023 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2023 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2021 - 2023 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2023 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2024 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2023).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2023).

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2023 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (wie z. B. der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (- Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$ = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge
Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden. Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$
Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden. Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$
Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Anlagendeckungsgrad 2: $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital})}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Der Anlagendeckungsgrad 2 gibt darüber Auskunft, inwieweit das Anlagevermögen durch langfristiges Kapital (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital) gedeckt ist. Langfristiges Vermögen soll auch langfristig finanziert sein (goldene Bilanzregel). Deshalb sollte der Deckungsgrad 2 deutlich über 100 % liegen (Ziel 110 bis 150%).

Verschuldungsgrad $\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur eines Unternehmens.

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2023

Kennzahlen zum Jahresabschluss der Unternehmen für das Jahr 2023

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV)	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.112,01	2.089,47	227,59	29.886,33	28.353,69	8.329,05	27,9	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25.818,46	24.954,69	306,12	15.111,35	8.182,16	5.472,26	36,2	205	16
ASO Service GmbH	1472,65	1282,74	0,00	253,79	0,00	25,00	9,9	31	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	162,62	161,61	39,61	1559,90	1345,95	712,54	45,7	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.988,59	5.003,10	-186,58	7.795,32	6.961,64	5.737,52	73,6	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	6,82	0,00	2,10	31,84	0,00	28,03	88,0	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	28.260,80	28.227,11	1883,02	61439,09	29.297,87	11338,45	18,5	183	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	129.485,95	129.383,24	0,00	49.178,06	178,61	2.913,75	5,9	85	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	495,22	0,00	0,00	80,67	0,03	25,00	31,0	9	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	1076,64	1071,00	109,01	616,75	9,33	329,88	53,5	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	310.967,88	282.824,96	36.097,57	233.624,12	161666,08	43.562,25	18,6	230	24
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	14.086,30	11328,41	-5.761,54	25.288,00	21968,99	10.469,08	41,4	179	2
FSO GmbH & Co.KG	583,11	539,10	28.012,84	53.147,36	21561,84	49.574,68	93,3	4	0
FSO Verwaltungs-GmbH	5,36	0,00	-1,24	36,46	0,00	32,92	90,3	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	5.172,81	4.319,61	1268,27	8.049,44	864,90	6.411,84	79,7	6	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	99.252,65	98.722,01	27.011,25	65.340,13	21462,80	52.656,46	80,6	183	4
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1513,32	1466,79	-44,66	582,70	3,64	277,41	47,6	10	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	1033,25	0,00	5,00	528,84	3,16	161,40	30,5	3	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	749,17	746,29	894,30	5.406,26	4.857,71	1914,74	35,4	6	2
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	115.140,83	111920,05	192,57	102.394,72	84.646,50	55.249,80	54,0	171	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	10,71	8,65	-344,11	24.556,64	0,00	0,00	0,0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2.800,18	2.627,13	-1709,46	5.345,99	1681,82	3.314,07	62,0	36	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	43,63	42,41	-28,10	8.636,51	0,00	0,00	0,0	1	0
Quantum GmbH	1554.470,20	1554.192,48	1670,38	196.779,38	101,98	7.620,77	3,9	24	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	134.042,22	132.564,54	14.960,93	233.422,20	125.851,93	70.477,47	30,2	411	24
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	136.053,49	128.996,79	2.294,51	69.762,43	37.733,32	9.674,46	13,9	560	24
Stadtsparkasse Oberhausen	0,00	0,00	4.994,14	2.870.030,90	0,00	139.467,73	4,9	433	23
STEAG GmbH	188.700,00	135.500,00	1032.400,00	4.267.300,00	1042.100,00	485.300,00	11,4	1	0
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	40.645,18	27.707,94	3.817,64	92.894,09	69.407,67	35.362,63	38,1	451	9
Theater Oberhausen	11829,66	354,88	264,46	3.217,82	0,00	1901,00	59,1	122	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	3.832,01	3.323,75	453,30	28.638,42	10.911,06	19.895,43	69,5	4	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	5.688,79	5.685,17	2.086,15	48.519,93	44.919,97	10.614,79	21,9	1	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	55.387,51	52.452,75	4.046,73	46.572,19	12.629,88	5.627,53	12,1	394	26

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Oberhausen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Oberhausen mehr als 50 % der Anteile hält,

- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Oberhausen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.

- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Oberhausen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,

- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Oberhausen zum Unternehmen hergestellt werden soll.

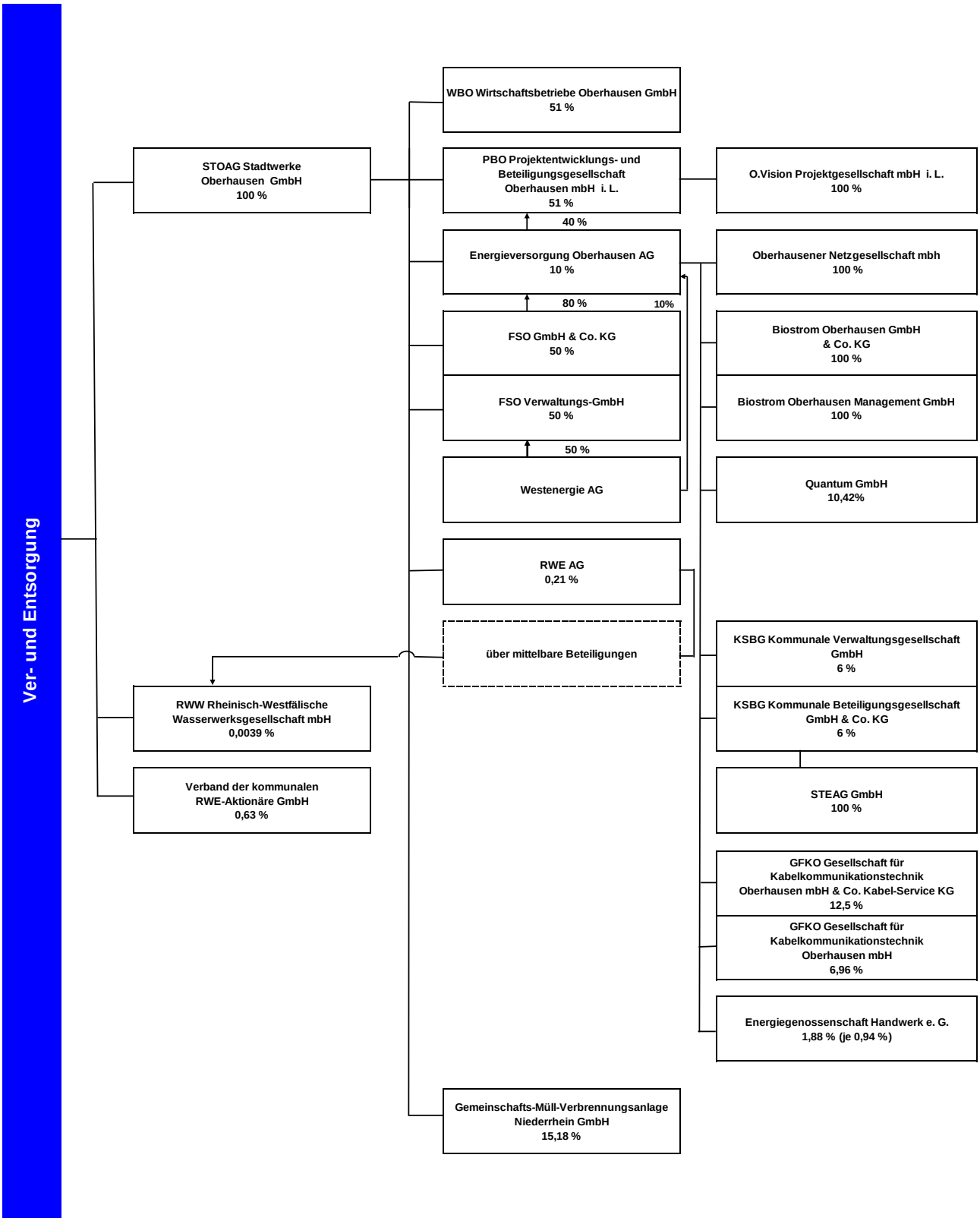
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Oberhausen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Oberhausen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW.

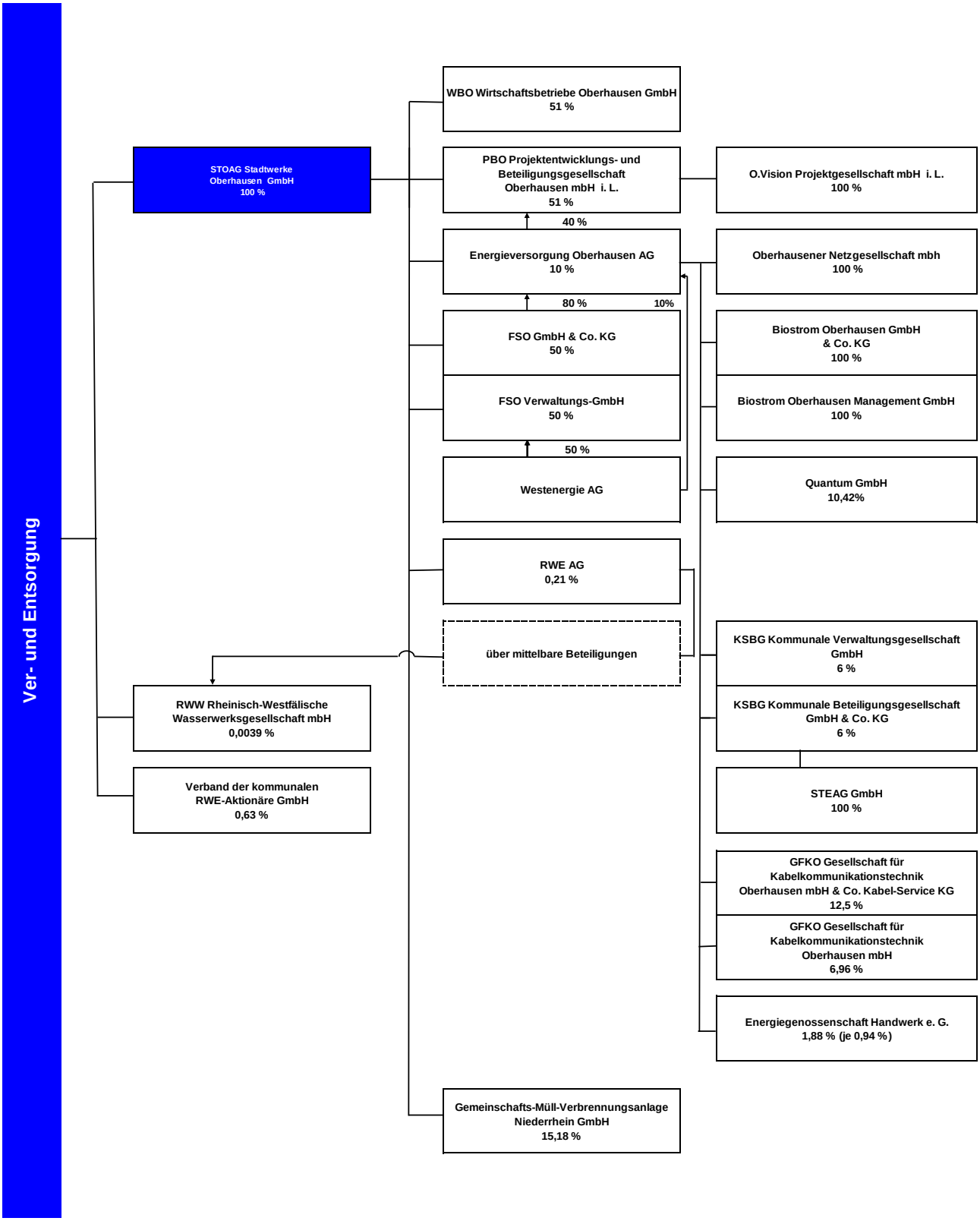
Nachfolgend werden die wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen im Einzelnen dargestellt.

Einzeldarstellung der wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen nach Sparten

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31. Dezember 2023

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 55
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	info@stoag.de
Internet	http://www.stoag.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.
Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffenttllichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Osmann, Denis
	1. stellv. Vorsitzender	Real, Ulrich
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Lütte, Ulrich
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Koca, Vedat
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,26
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,95	6,25
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	4,37
STEAG Fernwärme GmbH	615,00	3,00
STEAG GmbH	3.840,00	3,00
strasserauf GmbH i.L.	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	66.828,30	82,4	65.830,37	85,1	69.407,67	74,7
Umlaufvermögen	13.882,78	17,1	11.348,89	14,7	23.444,20	25,2
Rechnungsabgrenzungsposten	369,16	0,5	193,77	0,3	42,22	0,0
Bilanzsumme	**81.080,24**	**100,00**	**77.373,03**	**100,00**	**92.894,09**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	31.577,63	38,9	31.577,63	40,8	35.362,63	38,1
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.429,82	1,8	3.183,18	4,1	3.638,93	3,9
Rückstellungen	15.512,07	19,1	16.699,25	21,6	18.785,20	20,2
Verbindlichkeiten	32.424,16	40,0	25.787,09	33,3	35.088,90	37,8
Rechnungsabgrenzungsposten	136,56	0,2	125,87	0,2	18,43	0,0
Bilanzsumme	**81.080,24**	**100,00**	**77.373,03**	**100,00**	**92.894,09**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	25.170,03	23.389,54	27.707,94
sonstige betriebliche Erträge	9.145,16	13.896,79	12.937,24
Materialaufwand	17.502,97	20.494,54	20.606,22
Personalaufwand	25.236,32	25.318,73	27.023,16
Abschreibungen	4.586,89	4.118,86	4.070,77
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.620,41	5.678,12	5.439,85
Erträge aus Beteiligungen	8.909,32	8.767,62	21.409,48
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.383,34	1.290,90	1.290,88
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40,49	34,83	345,30
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	809,04	300,97	253,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.157,29	-8.581,53	6.247,81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5,04	1.436,00	2.417,68
sonstige Steuern	125,94	137,55	77,77
Erträge aus Verlustübernahmen	8.278,19	10.155,08	32,64
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	3.785,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			3.785,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-32,89	-43,42	13,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	-26,22	-32,16	10,61	%
Cash-Flow:	-3.691,30	-6.036,22	7.823,13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83,09	83,60	90,12	T€
Personalaufwandsquote:	73,54	67,90	66,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	44,83	45,63	37,77	%
Eigenkapitalquote:	38,95	40,81	38,07	%
Fremdkapitalquote:	61,05	59,19	61,93	%
Anlagendeckungsgrad 2:	60,98	61,63	63,77	%
Verschuldungsgrad:	156,76	145,02	162,69	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Als moderner, intermodaler Verkehrsdienstleister mit rund 450 Beschäftigten sorgt die STOAG mit emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen für umweltfreundliche Mobilität und leistet damit einen wichtigen Beitrag sowohl zum Klimaschutz in der Stadt als auch zur Erreichung der Klimaziele 2030.

Diese Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:
- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze
- Weiterentwicklung einer umweltverträglichen Mobilität
- Sensibilisierung für die Mobilitätswende

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist leicht gestiegen. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 leben 212.818 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 273 Personen mehr als im Vorjahr (212.545).

Der Bestand an Kraftfahrzeugen liegt bei 621 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit erneut über dem Vorjahresbestand von 620 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote in Oberhausen ist nahezu konstant geblieben und beträgt im Jahresdurchschnitt 11,3 % (2022: 11,4 %).

Laut der aktuellen Pendler-Statistik des Landesamtes IT.NRW (Datenstand 30. Juni 2022) beträgt die Quote der Einpendler nach Oberhausen 52,3 % (49.110) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der Auspendler beträgt 55,9 % (56.836)[1].

Die Zahl der Übernachtungen ist gegenüber dem Vorjahr um 18,4 % auf 608.456 gestiegen (Vorjahr: 514.053) und liegt damit über dem Niveau des Jahres 2019 (546.466)[2].

[1]Externe Quelle: © IT.NRW, Düsseldorf, 2024. Dieses Werk ist lizenziert unter der Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0. | Stand: 11.03.2024 / 09:30:19
[2]Externe Quelle: © © IT.NRW, Düsseldorf, 2024. Dieses Werk ist lizenziert unter der Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0. | Stand: 17.04.2024 / 10:07:44

Ein Schritt Richtung Normalität: Das Ende der Coronapandemie im Jahr 2023

Das Jahr 2023 beginnt mit dem fortwährenden Engagement und Einsatz der Bundesregierung, die Ausbreitung und Auswirkungen des Coronavirus einzudämmen. Nach den turbulenten Jahren, seit dem Beginn der Pandemie im Jahr 2020, geprägt von Lockdowns, Impfkampagnen und Unsicherheiten, beginnt sich die Lage in 2023 schrittweise zu stabilisieren.

Bereits im Frühjahr 2023 haben Gesundheitsbehörden in Oberhausen verstärkt auf eine Kombination aus fortgesetzten Impfungen und einer vorsichtigen Lockerung der bestehenden Restriktionen gesetzt. Durch eine enge Zusammenarbeit der Impfzentren, Apotheken und Hausärzte konnte sichergestellt werden, dass möglichst viele Menschen Zugang zu Impfungen erhalten. Dies und die fortlaufende Ermutigung der Bevölkerung, weiterhin Hygienemaßnahmen einzuhalten, trug dazu bei, die Anzahl der schweren Krankheitsverläufe und Todesfälle deutlich zu reduzieren.

Zum Schutz der Bevölkerung sowie der Entlastung des Gesundheitssystems, sah das bundesweit geltende Infektionsschutzgesetz (IfSG) Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vor, die mit dem Abklingen des pandemischen Infektionsgeschehens nach und nach gelockert wurden.

Am 2. Februar 2023 wird die Maskenpflicht für die Nutzung des ÖPNV aufgehoben. Zum 7. April 2023 laufen die bundesweit geltenden Corona-Schutzmaßnahmen aus und die Maskentragepflicht entfällt in allen Bereichen. Diese Entscheidung erfolgte vor dem Hintergrund des sich minimierenden Infektionsgeschehens, der guten Verfügbarkeit von Impfstoffen sowie des hohen Immunitätsgrades in der Bevölkerung.

Der Absprung in Richtung Normalität ist mit der Aufhebung aller Restriktionen getan. Die Bundesregierung steht nunmehr vor der Aufgabe, die Bevölkerung durch die aus der Coronapandemie entstandenen Herausforderungen zu führen und sicherzustellen, dass die Gemeinschaft gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Russland-Ukraine-Konflikt und wirtschaftliche Maßnahmen 2023

Auch im Jahr 2023 prägt der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und in Folge dessen der Angriff Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 weiterhin das Geschehen. Die daraus resultierenden ökonomischen und wirtschaftlichen Auswirkungen, darunter Produktions- und Lieferengpässe sowie gestiegene Kraftstoff- und Energiekosten, sind nach wie vor präsent. Besonders spürbar ist dies für die Bürgerinnen und Bürger durch die rasant steigende Inflation.

Im Jahr 2022 beschloss die Bundesregierung bereits drei Entlastungspakete in Höhe von insgesamt 100 Milliarden €, mit dem übergeordneten Ziel, die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Das dritte Entlastungspaket kommt im Jahr 2023 zur Umsetzung, das unter anderem eine Inflationsausgleichsprämie die von Arbeitgebern in Höhe von 3.000 € netto an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden kann. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der STOAG haben hiervon profitiert.

Zur weiteren Entlastung der Bevölkerung wird im Jahr 2023 ein neues Tarifmodell, das sogenannte Deutschlandticket im Abonnement für 49 € monatlich als Weiterentwicklung des in den Sommermonaten 2022 angebotenen 9-Euro-Tickets eingeführt. Ähnlich wie das 9-Euro-Ticket zielt auch das Deutschlandticket darauf ab, Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten. Es soll zudem die Attraktivität des ÖPNV signifikant steigern und Anreize für einen Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf Bus und Bahn schaffen. Auf diese Weise trägt das Deutschlandticket dazu bei, die Klimaziele zu erreichen.

Im Jahr 2023 haben die Verkehrsbetriebe weiterhin das Ziel, den gesamten Busbetrieb im Sinne der Klimaziele bis spätestens 2030 auf alternative Antriebstechnologien umzustellen. Bedingt durch Liefer- und Produktionsengpässe sowie einen deutlichen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt, ergeben sich jedoch Verzögerungen im Projektablauf.

2. Geschäftsentwicklung und Lage

DeutschlandTicket

Mit dem DeutschlandTicket, erhielten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, den ÖPNV für monatlich 49 € bundesweit zu nutzen. Neben dem kostengünstigen Tarifmodell stellte sich die Einfachheit des Abonnements als Erfolgsfaktor dar. Jederzeit kann das Ticket ohne Gebühren gekündigt – und damit auch in überschaubaren Zeitfenstern „ausprobiert“ – werden.

Insbesondere für Neukunden etabliert sich das DeutschlandTicket als hochattraktive Mobilitätsalternative zum motorisieren Individualverkehr - mit weiterhin hohem Potenzial für die Verkehrsbetriebe.

Die STOAG bietet ihren Kunden den Kauf des DeutschlandTickets via der STOAG-App, dem AboOnline-Portal und den Kundencentern an und vereint damit ein digitales Kauferlebnis mit der persönlichen Beratung in den Kundencentern, um Kunden aller Altersgruppen und Nationalitäten den bestmöglichen Service zu bieten und die mit dem DeutschlandTicket zu generierenden Potenziale voll auszuschöpfen.

Mit der Einführung des Tarifmodells DeutschlandTicket eröffnet sich Arbeitgebern die Möglichkeit, ihren MitarbeiterInnen und Mitarbeitern das vergünstigte DeutschlandTicket Job anzubieten. Unter der Voraussetzung eines Arbeitgeberzuschusses beträgt der Rabatt mindestens 25 %, wobei zusätzlich eine weitere Ermäßigung von 5 % seitens

des Verkehrsunternehmens gewährt wird. Somit beläuft sich der Endpreis auf 34,30 € pro Monat, anstelle der regulären 49 €.

Ab dem 1. August 2023 wurde das DeutschlandTicket Schule zu einem monatlichen Preis von 29 € eingeführt. Das DeutschlandTicket Schule ist, wie das bisherige SchokoTicket, als Selbstzahler-Ticket und als Ticket für Anspruchsberechtigte erhältlich. Hiermit können Schülerinnen und Schüler deutschlandweit für 29 € den ÖPNV nutzen.

Zum 1. Dezember 2023 wurde das DeutschlandTicket Sozial eingeführt. Das Abonnement kann zu einem monatlichen Preis von 39 € für die deutschlandweite Nutzung des ÖPNV erworben werden.

Bereits zu Beginn der Einführung zeigt sich eine überwiegende Verlagerung der Bestandskunden aus den Regeltarifen zu einem DeutschlandTicket Abonnement. Es sind aber nicht nur die Bestandskunden, sondern auch Neukunden, die sich für dieses Abonnementmodell begeistern und regelmäßig nutzen.

Fahrgäste

Insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023 führte zu einem signifikanten Zuwachs an Fahrgästen. Darüber hinaus dürfte die Aufhebung der Maskenpflicht als letzte Corona-Schutzmaßnahme im ÖPNV zum 1. Februar 2023 einen positiven Effekt auf die Fahrgastzahlen gehabt haben.

Bei den absoluten Fahrgastzahlen verstärkt sich der positive Trend: Mit einem Zuwachs von 4,3 Mio. auf 32,3 Mio. Fahrgäste (+ 15,36 %) legte die STOAG ein signifikantes Plus zum Vorjahr hin, als noch 28 Mio. Fahrgäste gezählt wurden. Da das Wachstum 2022 gegenüber 2021 noch 7,0 % betrug, stellt sich auch die relative Fahrgastentwicklung als erfreulich dar und kann als Beleg dafür gewertet werden, dass ein modernes Mobilitätsangebot auf eine rege und steigende Nachfrage in der Gesellschaft stößt.

In Reichweite gelangen damit wieder die Werte aus den letzten Jahren vor der Coronapandemie, als noch 34,5 Mio. Fahrgäste in den Jahren 2018 und 2019 gezählt wurden. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass weiterhin noch Auswirkungen spürbar sind, wie beispielsweise die immer noch hohe Anzahl an Home-Office-Tagen, die zu einer verminderten Nutzung des ÖPNV im Vergleich zu 2019 führen.

Die Fahrgastzahlen liegen im gesamten Ausbildungsverkehr (Schüler und Auszubildende) um 5,3 % unter den Werten des Vorjahres 2022. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass annähernd alle Fahrgäste ihr Young-Ticket beziehungsweise YoungTicketPlus-Abonnement bereits im Mai auf das DeutschlandTicket umgestellt haben. Im Schülerbereich steigen die Fahrgastzahlen bei den ermäßigten SchokoTickets/ermäßigten DeutschlandTicket Schule um 1,0 %. Bei den Selbstzahlern ist ein Zuwachs um 8,2 % zu verzeichnen.

Bei der Inanspruchnahme von Bartarifen (Einzel-/Mehrfahrten-/Tagestickets) zeigt sich ein Wachstum von 14,8 % im Vergleich zum Vorjahr, was insofern bemerkenswert ist, da der Trend von 2021 zu 2022 mit -1,0 % noch negativ war. Mit einem Plus von 18,8 % gegenüber 2022 zeigt sich die hohe Attraktivität der Zeitfahrausweise (Monatskarten, Abonnement, 9-Euro-Ticket, Deutschlandticket).

Betriebsleistung

Im Jahr 2023 beträgt die Summe der Nutzwagenkilometer (Nwkm) 8,87 Mio. Hiervon entfallen 8,512 Mio. Nwkm auf den Busverkehr und 0,349 Mio. Nwkm auf den Straßenbahnverkehr. Damit liegen die Nutzwagenkilometer im Jahr 2023 insgesamt um 0,360 Mio. Nwkm niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang ist unter anderem auf die im Rahmen der Tarifverhandlungen zum Entgelttarifvertrag durchgeführten Warnstreiktage im Jahr 2023 sowie kurzfristige Kursausfälle in der Erbringung von Bus- und Straßenbahnleistungen zurückzuführen.

Durch die Umstellung der Linie NE12 von der Schiene auf die Straße, ergibt sich eine Verlagerung der Leistungserbringung von der Straßenbahnleistung auf die Busleistung.

Im Augst 2023 wurde im Rahmen der Umsetzung des Nahverkehrsplans (NVP) der Stadt Mülheim an der Ruhr die Linie SB90 Stadtgrenzen übergreifend von Oberhausen bis nach Mülheim-Styrum verlängert. Die Nwkm der Linie SB90 auf dem Stadtgebiet Mülheim an der Ruhr beträgt im Jahr 2023 49.177,31 Nwkm.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der STOAG beträgt -16.495 T€ (Vorjahr: -18.324 T€). Der Ausgleichsbetrag der Stadt Oberhausen veränderte sich von 10.155 T€ im Jahr 2022 um 10.122 T€ auf 33 T€.

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 27.708 T€. Diese lagen mit 4.318 T€ über dem Vergleichswert des Vorjahres (23.390 T€). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr (20.670 T€) auf 24.422 T€ erhöht haben. Bei den Umsatzerlösen ist zu berücksichtigen, dass eine Tarifanpassung mit 3,9 % im gewichteten Mittel zum 01.01.2023 vorgenommen wurde.

Am 1. Mai 2023 wurde das Deutschland-Ticket eingeführt. Derzeit nutzen bundesweit 11,2 Mio. Menschen dieses Angebot. Gleichzeitig verschärft sich die finanzielle Lage im deutschen Nahverkehr. Steigende Kosten für Personal und Material, gekürzte Förderprogramme wie beispielsweise für E-Busse, sowie angekündigte weitere finanzielle Einschnitte setzen auch den Kommunen und Bundesländern als Träger des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs erheblich zu.

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW, wurden im Jahr 2023 in Höhe von 1.202 T€ ausgezahlt (Vorjahr: 1.198 T€).

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lagen vom VRR die endgültigen Auswertungen zur Einnahmeaufteilung 2022 vor. Daraus hat die STOAG zusätzliche Erträge in Höhe von 31 T€ generiert. Im Jahresergebnis 2023 wurde dadurch bedingt die geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2023 in Höhe von -615 T€ bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) berücksichtigt. Eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen aus der Einnahmeaufteilung 2023 wurde nicht gebildet.

Die STOAG hat im Jahr 2023 Vorauszahlungen für die Schwerbehindertenbeförderung in Höhe von 644 T€ erhalten. Zum 31. Dezember 2023 wurden weitere 197 T€ als Forderung gegen die Bezirksregierung Düsseldorf aus der Beförderung von Schwerbehinderten eingebucht, sodass ein Gesamtbetrag in Höhe von 841 T€ im Jahresergebnis eingeflossen ist. Im Wirtschaftsplan 2023 wurden 828 T€ berücksichtigt.

Die sonstigen Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 1.827 T€.

Das ÖPNVG NRW sieht ab dem Jahr 2017 vor, dass von dem Anteil, der durch die Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV weiterzuleitenden ÖPNV-Pauschale, gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW mindestens 30 % der ÖPNV-Pauschale innerhalb des europarechtlichen Rahmens „als Anreiz zum Einsatz neuer und barrierefreier Fahrzeuge“ an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten sind.

Es entfallen 1.104 T€ auf Alternative B (Ausbildungsverkehr). Weitere 473 T€ werden investiv für die Beschaffung und den Einsatz neuwertiger Fahrzeuge verausgabt. Diese Mittel wurden mittels Änderungsbescheid im Dezember 2023 beschieden und nach Bestandskraft an die STOAG ausgezahlt. Die STOAG wird diese Mittel im laufenden Geschäftsjahr 2024 mit den Anschaffungskosten der 15 batterieelektrischen Solobusse verrechnen.

Die STOAG hat Ausgleichszahlungen für entstandene Mindereinnahmen 2023 in Höhe von 3.957 T€ (Vorjahr: 9.634 T€ erhalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 2.930 T€ auf 7.876 T€. Diese Erträge beinhalten unter anderem Erträge aus der Zuschreibung der Gemeinschaft-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA), Oberhausen in Höhe von 3.785 T€.

Des Weiteren sind im Geschäftsjahr 2023 Positionen, genauer Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.067 T€, Erträge aus dem Projekt „Soziale Teilhabe“ und der Position „Eingliederungszuschuss Busfahrer“ in Höhe von 246 T€ sowie ein Energiekostenzuschuss in Höhe von 1.418 T€ enthalten.

Somit ergeben sich im Geschäftsjahr Gesamtbetriebserträge in Höhe von 40.645 T€ (Vorjahr: 37.286 T€).

Der Materialaufwand erhöhte sich marginal von 20.495 T€ auf 20.606 T€.

Der Personalaufwand erhöhte sich unter anderem durch den Tarifabschluss im TV-N NW von 25.319 T€ auf 27.023 T€.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende und Mitarbeitende in der Ruhephase der Altersteilzeit veränderte sich von 454 im ersten Quartal des Jahres 2023 auf 455 am Jahresende.

Die Abschreibungen veränderte sich unwesentlich um 48 T€ von 4.119 T€ auf 4.071 T€.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2023 5.440 T€ und ist gegenüber dem Vorjahr (5.678 T€) um 238 T€ gesunken.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 13.000 T€ auf 22.743 T€. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf erhöhte Beteiligungserträge von der FSO KG aufgrund einer erhöhten Ergebnisabführung seitens der evo AG zurückzuführen. Die Ausschüttung der GMVA steigert sich von 3.191 T€ im Vorjahr auf 5.098 T€.

Der Jahresabschluss 2023 der STOAG ist des Weiteren von einer besonderen steuerlichen Position beeinflusst. Die evo AG ist an der KSBG kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (als Organträger der STEAG GmbH) mit einem Anteil von 6 % beteiligt. Der Gewinnanteil der evo AG an der STEAG GmbH wird im Jahr 2023 mit 53,3 Mio. € prognostiziert. Über den Gewinnabführungsvertrag der evo AG mit der FSO KG wird der STOAG das anteilig entstandene Mehrergebnis der STEAG GmbH zugerechnet. Unter diesen Annahmen ergibt sich ein Einkommensteueraufwand in Höhe von 2.418 T€.

Des Weiteren beinhaltet die Position Steueraufwand die Grundsteuer (74 T€) und Kraftfahrzeugsteuer (3 T€).

Die oben beschriebenen Sachverhalte führten dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge der Stadt Oberhausen im Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2023 von 10.155 T€ im Jahr 2022 um 10.122 T€ auf 33 T€ verminderten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2023 betrug 92.894 T€. Die Veränderung zum Vorjahreswert (77.373 T€) resultiert unter anderem aus der Erhöhung der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 10.431 T€. Eine wesentliche Position beschreibt die gegenüber dem Planansatz 2023 erhöhte Ergebnisabführung der FSO GmbH & Co. KG von 3.190 T€ auf 13.622 T€.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen sind erhaltene Zuschüsse, beispielsweise für das Projekt „Digitales Funksystem“ in Höhe von 608 T€, sowie zu verrechnende Zuschüsse des Bundes für die Beschaffung von E-Bussen in Höhe von 943 T€, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden können, enthalten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 18.785 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr (16.699 T€) um 2.086 T€ gestiegen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verminderten sich geringfügig auf 8.900 T€ (Vorjahr: 8.990 T€). Im Geschäftsjahr 2023 wurde des Weiteren eine Rückstellung für die Zahlung einer Körperschaftsteuer sowie für die Zahlung eines Solidaritätszuschlages aufgrund von erwartetem Zurechnungseinkommen der KSBG/STEAG in Höhe von 2.418 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 35.089 T€ veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr (25.787 T€) um 9.302 T€. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 13.909 T€, die sich bedingt durch geleistete Tilgungen für die in den Vorjahren aufgenommene Darlehen im Vergleich zum Vorjahr (16.512 T€) um 2.602 T€ reduzierten. Eine Kreditaufnahme ist im Jahr 2023 in Höhe von 719 T€ erfolgt. Weiterhin sind die erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 4.863 T€ (Vorjahr: 195 T€), enthalten.

Die STOAG hatte zum Bilanzstichtag Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.225 T€ (Vorjahr 1.420 T€). Dem standen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 13.909 T€ (Vorjahr 16.512 T€) entgegen. Die Liquidität ist durch unterjährige Abschlagszahlungen durch den Gesellschafter -Stadt Oberhausen- auf den geplanten Finanzierungsbetrag des Wirtschaftsjahres und durch kurzfristige Tagesgeldausleihungen bei der evo AG gesichert.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2023, ohne Berücksichtigung von Zuschüssen in Höhe von 3.352 T€, auf 7.232 T€. Die größten Positionen bilden mit 4.268 T€ die Ladeinfrastruktur für den Einsatz der batterieelektrischen Busse, welche voraussichtlich Mitte des Jahres 2024 geliefert werden sowie 1.390 T€ für Sanierungsmaßnahmen an den Schienenauszugsvorrichtungen an den Brücken Emscher und A42 sowie an den Weichen Hauptbahnhof. Des Weiteren wurde mit dem Neubau der Brücke „Blaue Brücke“ begonnen (227 T€).

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der STOAG im Berichtsjahr wird seitens der Geschäftsführung als gut bewertet.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die vergangenen Wirtschaftsjahre waren durch Ereignisse geprägt, welche Einfluss auf die Umsatzerlöse der Verkehrsunternehmen hatten. In den Jahren 2020 bis Anfang 2023 hatte die Coronapandemie Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Im Jahr 2022 wurde kurzfristig für die Monate Juni bis August das sogenannte 9-Euro-Ticket eingeführt. Zum Mai 2023 war der Start des DeutschlandTickets, welcher bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2023 nicht berücksichtigt werden konnte.

Zur Bewertung der Geschäftsentwicklung werden die Umsatzerlöse, welche maßgeblich von den Fahrgeldeinnahmen beeinflusst sind, als ein finanzieller Leistungsindikator herangezogen. Im Wirtschaftsplan 2023 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 28.740 T€ angesetzt. In diesem Posten wurden unter anderem Erträge aus Verkehrsleistungen in Höhe von 26.400 T€ berücksichtigt (Verkaufserlöse: 23.950 T€). Die tatsächlichen Umsatzerlöse belaufen sich für das Jahr 2023 auf 27.708 T€ (Vorjahr: 23.390 T€), wobei die Erträge aus Verkehrsleistungen 25.881 T€ (Vorjahr: 22.040 T€) und die darin enthaltenen Verkaufserlöse 24.422 T€ (Vorjahr: 20.670 T€) betragen.

Die Abnahme der Umsatzerlöse auf den Istwert von 27.708 T€ um rund 3,6% gegenüber dem Planwert von 28.740 T€ ist auch auf den Rückgang der sonstigen Umsatzerlöse gegenüber dem Planwert von 513 T€ zurückzuführen.

Durch die Tarifmaßnahmen in 2022 und 2023 sowie den Auswirkungen der Coronapandemie wurden für 2022 9.634 T€ und im Jahre 2023 3.957 T€ Ausgleichszahlungen vereinnahmt.

Eine weitere Kennzahl beschreibt die Kosten des Fahrbetriebes der STOAG. Diese Position setzt sich aus Aufwendungen für den Einsatz von Straßenbahnen, Bussen, der Instandhaltung und Versorgung der Fahrzeuge in der Werkstatt sowie der entsprechenden Personaleinsätze der jeweiligen Bereiche zusammen. Des Weiteren werden Aufwendungen für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer berücksichtigt. Im Planansatz wurden für das Jahr 2023 Aufwendungen in

Höhe von 44.120 T€ berücksichtigt. Die tatsächlichen Kosten beliefen sich auf 42.927 T€ (Vorjahr: 42.256 T€). Die sich gegenüber dem Planansatz geminderten Aufwendungen in Höhe von 1.193 T€ sind unter anderem auf sinkende Treibstoffkosten sowie geringere Aufwendungen im Bereich der Werkstatt zurückzuführen.

C. Prognose, Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der Risikoinventur 2023 wurden dieselben 6 Risiken wie im Vorjahr erfasst.
- IT - Sicherheit: Datenverlust der Branchenlösung
- IT – Sicherheit: Zerstörung der Hardware
- Schwerbehinderten-Erhebung
- Ausfall „EFM-System“
- Ausfall von Straßenbahnen
- Allgemeine potenzielle Risiken aus dem Betriebsbereich

Die Auswirkungen sind im Risikobericht beschrieben. Die Bewertung der Risiken hat sich nicht verändert.

Bei den beiden Risiken zur IT-Sicherheit wurde 2023 eine neue Bewertung in Zusammenarbeit mit dem Datensicherheitsbeauftragten durchgeführt. 2024 wird ein neues Datensicherungskonzept und ein Datenbank Cluster eingeführt.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risiko-Paten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

2. Chancen

Das Jahr 2023 markierte einen Zeitpunkt des Durchatmens. Die Coronapandemie ist Vergangenheit, das öffentliche Leben sowie die Rückkehr zur Normalität stehen nun im Fokus. Die Pandemie zwang nicht nur zu Einschränkungen in verschiedenen Bereichen, sondern regte auch dazu an, sich von gewohnten Mustern zu lösen und flexible Lebens- und Arbeitsweisen zu entwickeln. Die Digitalisierung erlebte insbesondere während der Krisenjahre einen enormen Schub, wodurch unter anderem Unternehmensabläufe neugestaltet und optimiert wurden. Im Zuge des digitalen Wandels und der Implementierung von künstlicher Intelligenz bieten sich Arbeitgebern herausragende Möglichkeiten, um die Qualität und Effizienz im Arbeitsalltag positiv zu beeinflussen

Das DeutschlandTicket übernimmt eine bedeutende Rolle in Richtung Mobilitätswende. Durch eine Kombination von attraktiven Tarifen, einer entsprechenden Angebotsausweitung im ÖPNV sowie der guten Ausweitung von alternativen Antriebstechnologien kann ein integriertes Mobilitätskonzept entstehen, dass sowohl kundenorientiert als auch im Sinne der Klimaziele ausgerichtet ist. Voraussetzung hierfür ist eine finanzielle Förderung durch Bund, Land und Kommunen.

In den vergangenen Jahren hat die Digitalisierung im Verkehrssektor deutliche Fortschritte gemacht. Verkehrsbetriebe wie die STOAG bieten immer mehr digitale Dienstleistungen an, um den Bedürfnissen der Fahrgäste gerecht zu werden und moderne nachhaltige Mobilitätslösungen anzubieten. Hierzu gehört auch die Bereitstellung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen über Apps oder Ticketshops. Über diese digitalen Plattformen können Fahrgäste bequem Fahrausweise, einschließlich des DeutschlandTickets, erwerben, Fahrpläne einsehen, Verbindungen suchen und Informationen zu Mobilitätsangeboten erhalten. Dies vereinfacht die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und ermöglicht eine effiziente Abwicklung von Ticketverkäufen und Fahrplanauskünften.

Mit der Direktvergabe, mit der die STOAG durch den Rat der Stadt bis Ende 2029 mit der Erbringung der Verkehrsleistung in Oberhausen betraut worden ist, hat die STOAG die nötige Planungssicherheit für den Ausbau weiterer Mobilitätsangebote.

3. Ausblick und Prognose

<u>Finanzielle Leistungsindikatoren</u>

Die Umsatzerlöse für 2024 sind in Höhe von 33.200 T€ prognostiziert. Gegenüber 2023 wird eine signifikante Erhöhung der Erlöse erwartet (29.838 T€). Darin enthalten sind im Wirtschaftsplan 2024 Zahlungen zum Ausgleich der Mindereinnahmen durch Bund und Land in Höhe von 8.450 T€ berücksichtigt.

Die Kosten des Fahrbetriebs werden für das Jahr 2024 mit 46.195 T€ prognostiziert und liegen somit höher im Vergleich zum Vorjahr 2023 (42.927 T€).

Fahrgastentwicklung und Kundenbindung

Nachdem die mit der Coronapandemie eingeführten Restriktionen zum 07. April 2023 in Gänze abgeschafft wurden, normalisierte sich zusehends das Mobilitätsbedürfnis in der Gesellschaft, was zu einem signifikanten Wachstum der Fahrgastzahlen 2023 führte. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen das breite Mobilitätsangebot der STOAG an.

Es zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger das preiswerte DeutschlandTicket dazu nutzten, um den ÖPNV wieder in ihren Alltag fest zu integrieren. Das starke Wachstum im Bereich der Zeitfahrausweise, zu denen das DeutschlandTicket zählt, belegen, dass das neue Tarifmodell nicht nur Bestandskunden bindet, sondern auch Neukunden im Sektor ÖPNV gewinnt und bindet. Mit einem vergleichbaren Wachstum der Fahrgastzahlen könnten im nächsten Jahr die Werte aus 2019 nicht nur erreicht, sondern übertroffen werden, was vor dem Hintergrund der immer noch häufig in Anspruch genommenen Home-Office-Tage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als bemerkenswert ist.

Weitere Fortschritte macht die STOAG bei der Digitalisierung. Ziel bleibt weiterhin die kontinuierliche Weiterentwicklung der digitalen Services hin zu einem komfortablen und zeitsparenden Rund-um-Sorglos-Paket, dass es den Kunden erlaubt, alle Kauf- und Serviceoptionen digital zu erledigen.

Die STOAG arbeitet im Geschäftsjahr 2024 weiterhin gemeinsam mit der Stadt Oberhausen an der Digitalisierung des Vertriebsprozesses von ermäßigten Schülertickets. Im bestehenden AboOnline soll das ermäßigte DeutschlandTicket Schule im Abo zu erwerben und zu bestellen sein. Das Projekt befindet sich in der Entwicklungsphase. Es werden Testphasen durchgeführt, um das System zu überprüfen, bevor ein Pilotprojekt startet. Nach erfolgreicher Durchführung des Pilotprojekts wird das System vollständig implementiert und ausgerollt.Mit dem Schulamt der Stadt Oberhausen sollen die Bestellung und Anspruchsüberprüfung ab dem nächsten Schuljahr 2024/2025 über die digitale Plattform AboOnline abgewickelt werden.

Tarifmaßnahmen

Im Mittelpunkt des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) steht das DeutschlandTicket als wegweisende Tarifmaßnahme.

Eine zentrale Chance besteht in der Schaffung eines attraktiven Mobilitätsangebots. Die klare Preisstruktur und die monatliche Abrechnung erleichtern die Budgetplanung der Fahrgäste und schaffen Vertrauen zum ÖPNV als alltägliches Beförderungsmittel.

Seit dem Sommersemester 2024 haben Studierende Zugang zum DeutschlandSemesterTicket. Die Universitäten und Fachhochschulen schließen hierfür Verträge mit den Verkehrsunternehmen der jeweiligen Städte ab. Die Kosten für das Ticket werden, ähnlich wie beim regulären Semesterticket, über die von den Studierenden zu zahlenden Sozialbeiträge pro Semester abgerechnet.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr begrüßt die Einführung des DeutschlandTickets und betrachtet die abnehmende Nutzung anderer Tarifmodelle als Chance, das Ticketangebot im Rahmen einer neuen Vertriebsstrategie zu überarbeiten und zu vereinheitlichen. Mit diesem Schritt soll sichergestellt werden, dass Fahrgäste von einem noch benutzerfreundlicheren und effektiveren Tarifsystem profitieren können.

On-Demand-Verkehr

Die Resonanz auf den Revierflitzer® ist durchweg positiv, wobei an zahlreichen Wochenenden die Beförderung von über 200 Fahrgästen täglich verzeichnet wird. Zu diesen Spitzenzeiten erreicht das System seine Kapazitätsgrenzen. Um das Angebot zu verbessern, werden zwei zusätzliche Fahrzeuge im Jahr 2024 beschafft. Mit der Erhöhung der Fahrzeuganzahl kann das Angebot für grenzüberschreitende Verbindungen, wie beispielsweise Fahrten von Oberhausen nach Mülheim-Styrum oder Essen-Dellwig, über den On-Demand-Verkehr realisiert werden.

Es wird untersucht, neben der Anschaffung neuer Ridepooling-Fahrzeuge den Revierflitzer® gezielt in Gebieten mit geringerer Nachfrage der Nacht-Express-Linien als alternative Lösung einzusetzen. Hierfür müssen nicht nur VRR-Tarife flexibilisiert werden, sondern auch eine Integration in die Fahrplanauskunft erfolgen. Durch Tarifanpassungen und eine verbesserte Verfügbarkeit über das Buchungssystem soll der On-Demand-Verkehr in Zukunft auch die Funktion der Daseinsvorsorge in Oberhausen erfüllen können.

In Zusammenarbeit mit dem VRR, dem Kompetenzcenter Digitalisierung NRW (KCD) und der Via Van GmbH werden diese Potenziale untersucht, um optimale Anpassungen und Erweiterungen des Angebots für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Entwicklung Elektromobilität

Die Umstellung des Betriebes auf Elektromobilität steht fortwährend im Fokus der STOAG und wird vorangetrieben. Beim Hersteller VDL Bus & Coach aus den Niederlanden sind 15 batterieelektrische Busse bestellt. Die Lieferung dieser Solo-Busse vom Typ Citea LF-122 sollte im Jahr 2023 erfolgen. Durch anhaltende Lieferschwierigkeiten von Produktionsteilen,

unter anderem bedingt durch den Ukrainekrieg, sowie Produktionsschwierigkeiten im Werk, wird die Lieferung im zweiten Quartal 2024 erwartet. Nach Auslieferung und Inbetriebnahme sollen die Elektrobusse an den Start gehen und wie geplant auf den Linien SB97/952, 953/961, 954 und 956 zum Einsatz kommen. Mit der Inbetriebnahme der batterieelektrischen Busse werden Busse mit Dieselantrieb ausgesondert.

Für das Jahr 2025 ist bereits die Beschaffung weiterer 23 batterieelektrischer Busse geplant, wovon 16 als Solo-Busse und 7 als Gelenk-Busse ausgeschrieben wurden. Die Solo-Busse sollen auf der Linie 976 und 143 zum Einsatz kommen. Die Gelenk-Busse werden auf der Linie SB93 eingesetzt. Für diese geplante Beschaffungsmaßnahme erhält die STOAG Fördermittel vom Land NRW. Die Förderung beträgt 60 % des Differenzbetrages zwischen einem batterieelektrisch betriebenen Bus gegenüber einem vergleichbaren Dieselbus. Weitere Busbeschaffungsmaßnahmen sind für das Jahr 2027 und folgende geplant.

Für den Einsatz der batterieelektrischen Busse wird die erforderliche Ladeinfrastruktur sowohl auf dem Betriebshof als auch an den Endpunkten für das so genannte „opportunity charging" im Oberhausener Liniennetz errichtet. Für den Einsatz der ersten 15 batterieelektrischen Busse wurde die erforderliche Ladeinfrastruktur fertiggestellt und die Versorgung der Fahrzeuge mit elektrischer Energie sichergestellt. Auf dem Betriebshof wurden 18 Ladepunkte mit einer Ladeleistung von 75 bis 150 kW errichtet. An den Endhaltestellen Everslohstraße, Wehrstraße, Goerdelerstraße und Hirschkamp im Liniennetz wurden Schnellladestationen mit einer Ladeleistung von bis zu 500 kW errichtet und in Betrieb genommen. Die Trafostationen wurden künstlerisch und ortsbezogen gestaltet, um sowohl eine gute Einbindung in das Stadtbild zu gewährleisten als auch vor Vandalismus zu schützen.

Für die geplante Busbeschaffung des Jahres 2025 sind die Haltestellen Fröbelplatz und Falkestraße als Endpunkte im Liniennetz für die Ladung von batterieelektrischen Bussen vorgesehen.

Die Errichtung der Ladeinfrastruktur wird durch die NRW-Landesförderung mit bis zu 90 % der förderfähigen Kosten bezuschusst.

Mit Hilfe einer eingehenden Machbarkeitsstudie, die von einem Ingenieurbüro durchgeführt wurde, hat sich herausgestellt, dass ein Um- und Neubau des Betriebshofs aufgrund der Anforderungen im Bereich Elektromobilität die beste Option darstellt. Vor diesem Hintergrund hat die STOAG beschlossen, den gesamten Betriebshof um- bzw. neu zu gestalten.

Die Planungsleistungen für dieses Vorhaben werden nun im nächsten Schritt öffentlich ausgeschrieben. Die Baumaßnahmen werden mit bis zu 60 % der förderfähigen Kosten bezuschusst. Die Förderung berücksichtigt den Differenzbetrag zwischen einem Elektrobetriebshof gegenüber einem vergleichbaren Betriebshof für den Einsatz von Dieselfahrzeugen.

Im Rahmen des Neubauvorhabens ist geplant, das angrenzende Flurstück der Stadt Oberhausen, welches derzeit als Parkplatz genutzt wird, in die Planung einzubeziehen. Diese Fläche wird der STOAG für die Nutzung und Errichtung weiterer Ladeinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Eine Evaluierung der Gebrauchstauglichkeit des etwa 12.000 m² großen Grundstücks erfolgt anhand eines Bodengutachtens sowie der Festlegung erforderlicher Nutzungsbedingungen mit Dritten.

Entwicklung Angebot

Die STOAG konzentriert sich auf die Realisierung langfristiger Großvorhaben, sodass zunächst keine Angebotserweiterungen für das Jahr 2024 auf Oberhausener Stadtgebiet umgesetzt werden, vgl. Abschnitt 3 Ausblick Prognose – Straßenbahnlinie 105, XBus-Linien.

Straßenbahnlinie 105

Der "Masterplan Neue Mitte" wurde von der Stadt Oberhausen mit Einbindung der STOAG erarbeitet. Am 16. Mai 2022 wurde der „Masterplan Neue Mitte" im Rat der Stadt beschlossen. Ziel ist unter anderem die großräumige Erschließung des Gebiets für Gewerbe, Wohnen und Verkehr. Der ÖPNV soll mit der Linie 105 die Haupterschließungsfunktion für das Gebiet Brammenring/NEWAG-Gelände übernehmen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat mit Beschluss vom 5. Februar 2024 die Stadt Oberhausen und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH beauftragt, die erforderlichen Planungs- und Verfahrensschritte zur Inbetriebnahme der Straßenbahnstrecke VI und der Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 von Essen-Frintrop nach Oberhausen einzuleiten.

Die gesamte Planungsphase dieses Vorhabens wird in enger Zusammenarbeit zwischen der STOAG und der Stadtverwaltung durchgeführt. Die Planungszeit wird auf insgesamt 3 Jahre veranschlagt und soll bis zum Jahr 2027 abgeschlossen sein. Die Inbetriebnahme der Straßenbahnverlängerung 105 soll voraussichtlich im Jahr 2030 erfolgen.

XBus-Linien

Am 12. Juni 2022 wurde die X-Bus-Linie X42 als gemeinsames Projekt mit der Vestischen Straßenbahnen GmbH gestartet. Diese Linie bietet eine stündliche Verbindung von Oberhausen nach Dorsten sowie eine stündliche Verbindung zum Movie-Park nach Bottrop-Kirchhellen. Die Fahrten bilden eine halbstündige Verbindung von Oberhausen direkt nach Bottrop-Kirchhellen.

Die X42 hat sich nahtlos in dem bestehenden Liniennetz integriert. Die Anzahl der Fahrgäste verzeichnet einen kontinuierlichen und signifikanten Anstieg. Während die durchschnittliche monatliche Fahrgastzahl im Jahr 2022 noch bei 35,6 Tausend lag, stieg sie im Jahr 2023 auf durchschnittlich 49,3 Tausend Fahrgäste pro Monat an.

Ein Vergleich der beiden Monate September 2022 und September 2023, die in Bezug auf Faktoren wie Witterung, Feiertage und Schulferien gut vergleichbar sind, zeigt einen Anstieg von 39,1 Tausend auf 58,2 Tausend Fahrgäste, was einem Zuwachs von +48,85 % entspricht.

Der VRR hat ein zweites Paket neuer XBus-Linien angekündigt. Die STOAG hat die Möglichkeit, weitere XBus-Linien in Oberhausen einzuführen, darunter die X38 (Moers – Duisburg-Hamborn – Oberhausen Sterkrade), X39 (Oberhausen Sterkrade – Bottrop – Gelsenkirchen) und X41 (Dinslaken – Oberhausen Schmachtendorf – Bottrop). Die drei aufgeführten X-Bus Linien sind im Rahmen eines Verkehrsmodells vom VRR unter den 20. nachfragestärksten Linien hervorgegangen. Derzeit gibt es keine Zusage über die Finanzierung mit dem Land NRW.

Beteiligungen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo AG) hat im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 36,3 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) erwirtschaftet. Die STOAG erhält über die FSO KG im Geschäftsjahr 14,0 Mio. €. Auszahlungswirksam wird die Ergebnisabführung nach der Hauptversammlung der evo AG im Mai 2024.

Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die FSO GmbH & Co. KG – als Muttergesellschaft der evo AG – eine Ergebnisabführung für die Jahre 2024 bis 2028 von jährlich insgesamt 13,2 Mio. € bis 14,9 Mio. € erwirtschaftet, wobei der STOAG als einer von zwei Gesellschaftern der FSO GmbH & Co. KG jeweils 6,6 Mio. € bis maximal 7,5 Mio. € anteilig pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Oberhausen ist in hohem Maße von der Auslastung der Verbrennungskapazitäten sowie i vom Vermarktungspreis pro MWh abhängig. Die GMVA führt den Weg der Konsolidierung stetig fort und hat im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis in Höhe von 33.587 T€ (Vorjahr 16.183 T€) erzielt. In das Jahresergebnis 2023 der STOAG ist daraus eine Ausschüttung in Höhe von 5.098 T€ eingeflossen.

Die GMVA hat für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 27.011 T€ erzielt. Entsprechend dem Beteiligungsanteil in Höhe von 15,18% ergibt sich bei Vollausschüttung des Jahresüberschusses für die STOAG ein Betrag von 4,1 Mio. €. In der Planung für das Geschäftsjahr 2024 wurde eine Ausschüttung der GMVA für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 3,0 Mio. € eingeplant.

Für die nächsten Jahre ist mit einer Reduzierung der Ergebnisabführung der GMVA zu rechnen. Für das Jahr 2026 ist eine Revision geplant, wodurch die Erzeugungsmenge an Strom stark sinken wird. Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die GMVA eine Ergebnisabführung für die Jahre 2024 bis 2028 von jährlich zwischen 10 T€ und 1,4 Mio. € erwirtschaftet.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-AG-Aktien wurde für das Geschäftsjahr 2022 im Jahr 2023 eine Dividende in Höhe von 0,90 EUR pro Aktie ausgezahlt.

Die Hauptversammlung der RWE AG, Essen, fand am 3. Mai 2024 statt. Für das Geschäftsjahr 2023 beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat, eine Dividende in Höhe von 1,00 EUR je dividendenberechtigter Stückaktie der Hauptversammlung, die am 8. Mai 2024 ausgezahlt wurde. Dies bedeutet für die STOAG, dass im Jahr 2024 ein Dividendenertrag in Höhe von 1.434 T€ zufließen würde. Dies deckt sich mit dem Planansatz der STOAG für das Jahr 2024.

Die STOAG geht von einer gleichbleibenden Entwicklung der Dividende für die Jahre 2025 bis 2028 aus und hat für die Jahre 2025 – 2028 eine Spanne in Höhe von circa 1,10 € pro Aktie im Jahr 2025 bis 1,40 € pro Aktie im Jahr 2028 eingeplant und geht folglich mit Beträgen in Höhe von 1.578 T€ bis 2.008 T€ aus.

Die Ausschüttung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) an die STOAG betrug für das Geschäftsjahr 2022 2.305 T€ und wurde im Jahr 2023 auszahlungswirksam. Die Geschäftsführung der WBO GmbH möchte auf den erzielten Jahresüberschuss des Jahres 2023 in Höhe von 4.046.729,59 € (Vorjahr 4.515 T€) und dem Gewinnvortrag in Höhe von 4.521 T€ (Vorjahr 4.536 T€) eine Ausschüttung in Höhe von 4.520 T€ vornehmen. Als Bilanzgewinn wird dann der verbleibende Betrag in Höhe von 4.047 T€ ausgewiesen.

Die STOAG hat im Planansatz 2024 einen Betrag in Höhe von 1.738 T€ berücksichtigt. Für die Wirtschaftsjahre 2025 bis 2028 sind Ergebnisabführungen in Höhe von ca. 1,3 Mio. eingeplant.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2024 bis 2028 weist nach derzeitiger Planung gegenüber dem Jahresergebnis 2023 einen erhöhten Finanzierungsbetrag seitens der Stadt Oberhausen aus.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 sind Umsatzerlöse in Höhe von 35.490 T€ eingeplant (Vorjahr: 28.740). Darin sind Erträge aus Verkehrsleistungen in Höhe von 33.200 T€ (Verkaufserlöse: 22.250 T€) berücksichtigt. Die Erhöhung gegenüber des Jahres 2023 ist unter anderem auf die Einführung des DeutschlandTickets zurückzuführen. Die Wirtschaftsplanung für das

Jahr 2024 weist unter Berücksichtigung der Beteiligungserträge einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 14.045 T€ aus.

Für die Jahre ab 2025 trifft die STOAG die Annahme, dass die durch den Verkauf des DeutschlandTickets entstehende Einnahmeverluste durch Ausgleichszahlungen von Bund und Länder kompensiert werden. Für die Jahre 2025 - 2028 hat die STOAG die erforderlichen Beträge von Ausgleichszahlungen eingeplant. Diese wurden, wie für das Jahr 2024, in die Folgejahre übertragen, folglich 8.450 T€ pro Jahr.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zwischen 9,8 Mio. € und 11,0 Mio. € pro Jahr betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.

Für den Zeitraum von 2025 bis 2028 ergeben sich auf Basis der Mittelfristplanung Finanzierungsbeträge seitens der Stadt Oberhausen in Höhe von ca. 18,3 Mio. € bis zu 23,4 Mio. € erwartet.

4. Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die STOAG grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

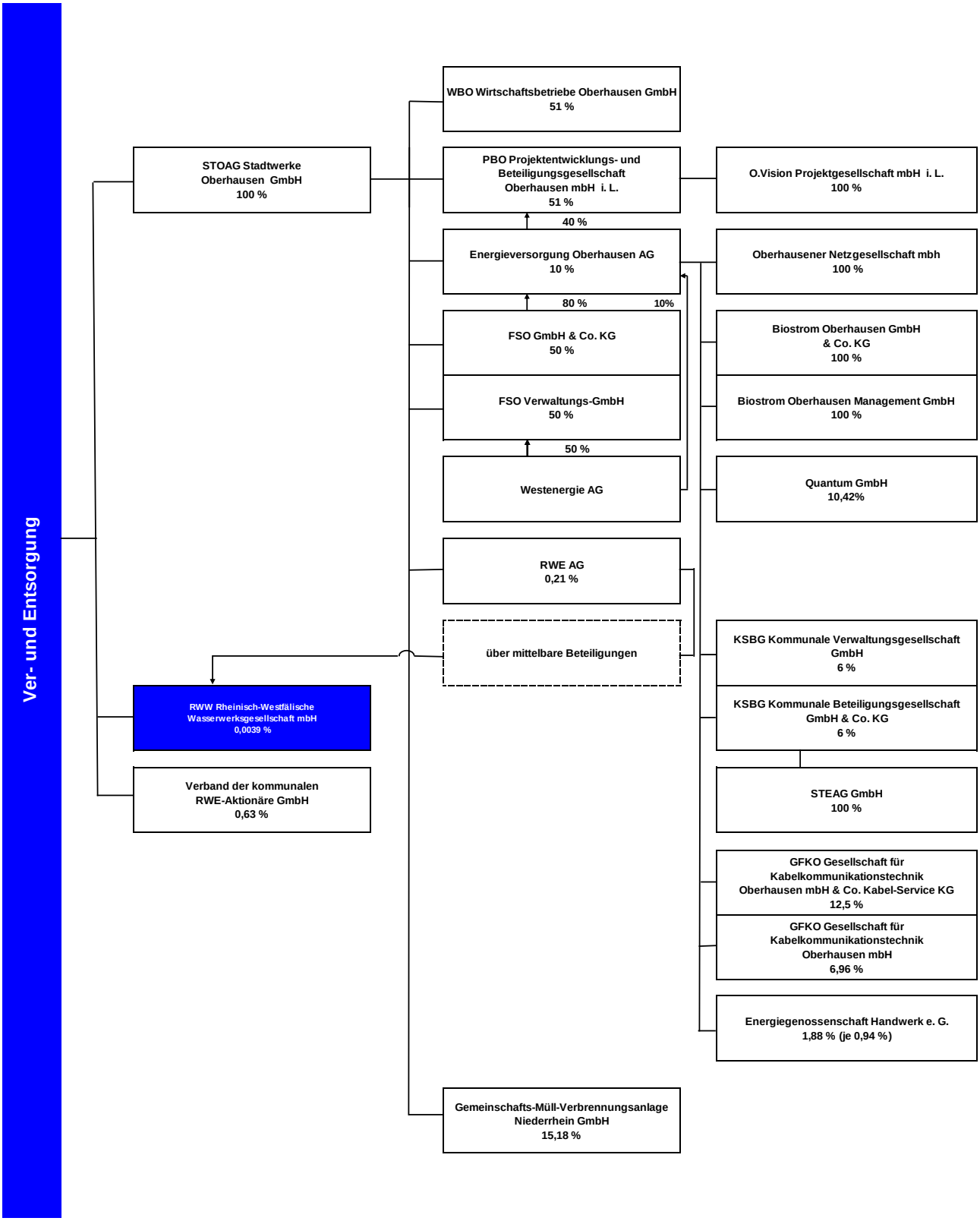
5. Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289f HGB)

Die Erklärung zur Unternehmensführung werden im Geschäftsbericht veröffentlicht, der auf den Internetseiten der Gesellschaft unter der Adresse www.stoag.de/stoag/geschaeftsberichte.html dauerhaft zugänglich gemacht wird.

Oberhausen, 24. Mai 2024

Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	http://www.rww.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Dorsten	55,15	0,36
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00
Westenergie Aqua GmbH	12.272,45	79,78

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Ehlen, Simone
	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Küppers, Stefan
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	stellv. Vorsitzender	Buchholz, Marc
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Henrichs, Oliver
	Mitglied	Dagli, Hülya
	Mitglied	Ehrbar-Wulfen, Silke
	Mitglied	Hemmersbach, Christian
	Mitglied (AN)	Trapka, Alexander
	Mitglied (AN)	Knöpfel, Christian
Prokura:	Prokurist	Dr. Grotelüschen, Henning
	Prokurist	Dr.-Ing. Plath, Michael
	Prokurist	Wagner, Henning

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,16
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
Windenergie Schermbeck-Rüste GmbH & Co. KG	35,00	14,29
Windenergie Schermbeck-Rüste Verwaltungsgesellschaft m.b.H.	3,60	14,29

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	125.443,30	60,6	126.714,45	55,9	125.851,93	53,9
Umlaufvermögen	80.732,26	39,0	99.158,68	43,8	107.230,69	45,9
Rechnungsabgrenzungsposten	658,38	0,3	739,76	0,3	339,58	0,1
Bilanzsumme	**206.833,94**	**100,00**	**226.612,90**	**100,00**	**233.422,20**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	74.859,84	36,2	61.221,73	27,0	70.477,47	30,2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.048,66	2,9	6.696,38	3,0	6.353,80	2,7
Rückstellungen	118.156,40	57,1	148.744,02	65,6	151.955,44	65,1
Verbindlichkeiten	7.752,08	3,7	9.927,49	4,4	4.608,94	2,0
Rechnungsabgrenzungsposten	16,97	0,0	23,28	0,0	26,55	0,0
Bilanzsumme	**206.833,94**	**100,00**	**226.612,90**	**100,00**	**233.422,20**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	123.553,66	129.758,97	132.564,54
andere aktivierte Eigenleistungen	339,36	466,47	309,16
sonstige betriebliche Erträge	2.566,87	8.194,66	1.168,52
Materialaufwand	32.668,44	36.219,53	40.048,13
Personalaufwand	36.391,03	49.172,60	41.520,99
Abschreibungen	7.916,54	7.671,40	7.892,26
sonstige betriebliche Aufwendungen	27.796,17	28.781,42	28.924,14
Erträge aus Beteiligungen	261,43	1.636,81	251,15
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,29	61,01	2.645,35
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.862,68	17.373,71	-2.650,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.086,73	899,26	21.204,14
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.765,11	7.537,37	6.243,21
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5.321,63	-6.638,11	14.960,93
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.321,63	-6.638,11	14.960,93

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	4,31	-5,12	11,29
Eigenkapitalrentabilität:	7,65	-9,78	26,95
Cash-Flow:	13.238,17	1.033,29	22.853,19
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	305,46	340,10	326,14
Personalaufwandsquote:	28,78	35,52	30,98

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	59,53	55,01	53,09
Eigenkapitalquote:	36,19	27,02	30,19
Fremdkapitalquote:	63,81	72,98	69,81
Anlagendeckungsgrad 2:	139,43	149,17	156,42
Verschuldungsgrad:	176,29	270,15	231,20

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserversorger – gemessen an der Trinkwasserabgabe (m³) – zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt im westlichen Ruhrgebiet und angrenzenden Münsterland rund 900.000 Einwohner sowie Industrie und Gewerbebetriebe mit Trink- und Brauchwasser.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW drei Flusswasserwerke. Durch Einsatz eines mehrstufigen Aufbereitungsprozesses liefern diese Flusswasserwerke im südlichen RWW-Versorgungsgebiet Trinkwasser. Im nördlichen Versorgungsgebiet hingegen verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern, welches zu Trinkwasser aufbereitet wird.
Brauchwasser gewinnt RWW zudem mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von rd. 3.000 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Werke, Netze, Geschäftsentwicklung, Recht, Personal, Finanzen sowie Controlling. Die Organisationseinheiten Arbeitssicherheit/Umweltmanagement und kommunales Partnermanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen direkt zugeordnet. Die Tätigkeit der internen Revision wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von der E.ON SE, Essen, erbracht.

Die Westenergie Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Weitere Gesellschafter sind die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie Stadt Dorsten, die die Anteile vom Kreis Recklinghausen im Berichtsjahr erwarb, sämtliche Gesellschafterkommunen sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten.

Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW).

Managementseitig wird RWW von der Westenergie AG, Essen geführt.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Als Wasserversorger ist RWW in besonderem Maße von der Witterung (Temperatur und Niederschlag) abhängig. Die durchschnittliche Temperatur im Winter 2022/2023 lag in NRW bei 4,0 °C und somit deutlich über dem Durchschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 2,7 °C). Nach anfangs frostigen Temperaturen und zwischenzeitlich einigen kühleren Phasen kletterten die Temperaturen bereits Ende des Jahres 2022 auf ungewöhnliche Höhen und hielten sich bis Ende Februar 2023 auf teilweise vorfrühlingshaftem Niveau. Seit der ersten Klimaperiode (1881 bis 1910) zeigt sich ein stetiger Temperaturanstieg um 3,0 °C auf 4,0 °C. Damit belegt der Winter 2022/2023 den 13. Platz der wärmsten Winter seit Aufzeichnungsbeginn.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2022/2023
1,0 °C	1,7 °C	2,7 °C	4,0 °C

Die Niederschlagssumme, zeitlich ungleichmäßig verteilt, lag im Winter mit 241 l/m² knapp 4 l/m² über dem Mittelwert der Referenzperiode (1991 bis 2020: 237 l/m²) sowie um 51 l/m² über der Klimanormalperiode 1881 bis 1910. Der überwiegende Teil des Niederschlags ging jedoch als Regen und nicht als flächendeckender Schnee nieder und reichte trotzdem nicht aus, um aufgebaute Niederschlagsdefizite aus den Vormonaten vollständig auszugleichen.

Der Frühling 2023 fing dort an, wo der Winter aufhörte: Bei reichlich Niederschlag. Nach 14 zu trockenen Jahren waren die Monate März und April 2023 erstmals wieder überdurchschnittlich niederschlagsreich. Mit 246 l/m² lag die mittlere Niederschlagsmenge mit 69 l/m² deutlich über dem Durschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 177 l/m²).

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
172 l/m²	205 l/m²	177 l/m²	246 l/m²

Die durchschnittliche Temperatur im Frühling 2023 lag in NRW mit 9,3 °C und damit -0,2 °C leicht unter dem Durchschnitt der Referenzperiode 1991-2020 von 9,5 °C. Gegenüber der Klimanormalperiode 1881 bis 1910 ergibt sich jedoch ein Anstieg von 1,5 °C.

Die überaus feuchte Witterung wurde im Frühjahr 2023 durch einen leichten Rückgang bei der Anzahl der Sonnenstunden begleitet (477 Stunden zu 497 Stunden im Mittel der Referenzperiode von 1991 bis 2020).

Der Trend des Frühlings setzte sich auch Sommer 2023 fort. So wechselten sich warme und sonnige Phasen mit niederschlagsreichen Episoden ab. Dabei lagen die Temperaturen im Mittel mit 18,4 °C um 0,9 °C über dem Durchschnittswert der Referenzperiode (1991 bis 2020: 17,4 °C).

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
16,1 °C	16,3 °C	17,5 °C	18,4 °C

Begleitet wurden die erhöhten Temperaturen durch eine hohe Sonnenscheindauer. Vor allem der sehr sonnenscheinreiche Juni katapultierte den Sommer 2023 auf Platz 12 der sommerreichsten Jahre in NRW. Mit 675 Stunden lag die Sonnenscheindauer deutlich über der Referenzperiode (1991 bis 2020: 605 Stunden).

1951-1980	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
553 h	554 h	605 h	675 h

Die erhöhten Temperaturen und Sonnenscheindauer fielen allerdings auch mit einer außergewöhnlich hohen Niederschlagsmenge im Sommer 2023 zusammen. 310 l/m² festigten den 16. Platz der niederschlagsreichsten Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen. Im Vergleich zur Referenzperiode bedeutet das einen Abweichung von 72 l/m² (1991 bis 2020: 238 l/m²).

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
249 l/m²	241 l/m²	238 l/m²	310 l/m²

Der Herbst 2023 war in jeder Hinsicht überdurchschnittlich. Die mittlere Temperatur lag mit 12,4 °C 2,3 °C oberhalb der Referenzperiode (1991 bis 2020: 10,1 °C) – Rang 2 der wärmsten Herbste seit Beginn der Aufzeichnung.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
8,8 °C	9,5 °C	10,1 °C	12,4 °C

Aber auch der Niederschlag im Herbst 2023 bescherte Deutschland mit 327 l/m², und damit weit über dem Durchschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 219 l/m²), den 3. Platz der nassesten Herbste seit Aufzeichnungsbeginn.

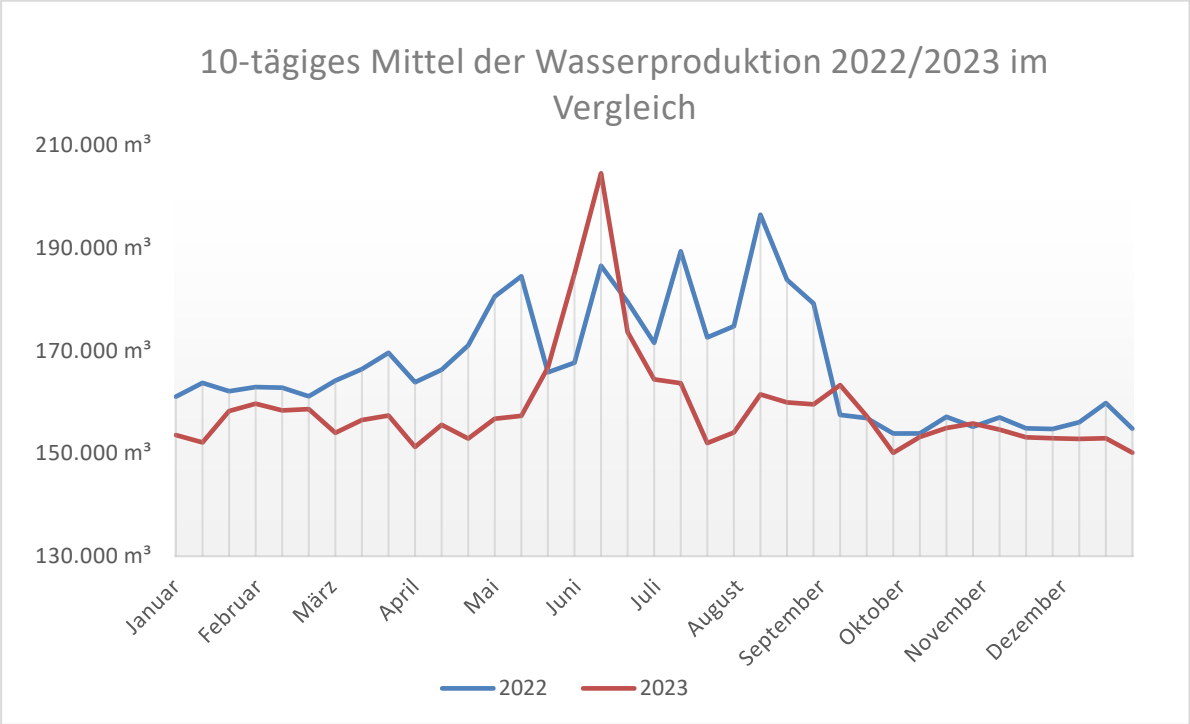
1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
196 l/m²	309 l/m²	219 l/m²	327 l/m²

Begleitet wurde das Ganze von einer erhöhten Anzahl von Sonnenstunden. Mit 362 Stunden lagen diese 56 Stunden oberhalb des Referenzmittelwerts (1991 bis 2020: 306 Stunden).

1951-1980	1961 - 1990	1991 - 2020	2023
301 h	294 h	306 h	362 h

Die erhöhten Temperaturen und die erhöhte Anzahl der Sonnenstunden trugen jedoch nicht zu einer positiven Absatzmengenerhöhung bei. Im Gegenteil wirkten sich die überdurchschnittlich feuchten Witterungsbedingungen negativ auf die Absatzmengen aus.

Neben den Mengenrückgängen auf Grund der Witterung ließ sich ein weiterer Effekt beobachten: In Kombination mit dem allgemeinen Anstieg der Inflation im September 2022 in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, sank das Verbrauchsniveau vor allem im Privat- und Geschäftskundensegment. Beide Effekte lassen sich im Jahresverlauf der Fördermengen erkennen:



Geschäftsverlauf

Mit Wirkung zum 1. Januar 2023 wurde der Bereich Technik einer Reorganisation unterzogen. So ressortieren die technischen Hauptbereiche nun direkt bei der Geschäftsführung.

In der Folge wurde der Bereich „Netze“ im Laufe des Geschäftsjahres umstrukturiert: Dem zentralen, überregionalen Ansatz mit spezialisierten Teams wurde ein dezentraler, stärker regionaler Ansatz mit generalistischen Teams vorgezogen, um einerseits die Flexibilität im Betrieb und andererseits die Präsenz in den Konzessionskommunen zu stärken.

Eine weitere organisatorische Änderung erfolgte mit Wirkung zum 1. Oktober 2023. In der Gesellschafterversammlung vom 24.02.2023 wurde Frau Simone Ehlen als weitere Geschäftsführerin bestellt. Laut Geschäftsordnung verantwortet Frau Simone Ehlen den kaufmännischen und Herr Dr. Schulte den technischen Bereich sowie die Arbeitssicherheit und das Umweltmanagement. Der Bereich Geschäftsentwicklung wird gemeinsam geführt.

Neben all den aktuellen Herausforderungen startete das Jahr mit einem Erfolg: Nach einem mehrjährigen behördlichen und anschließend mehrjährigen gerichtlichen Verfahren hat das Verwaltungsgericht in Düsseldorf die wasserrechtliche Bewilligung „Üfter Mark“ bestätigt. So stehe die Bewilligung im Einklang mit den wasserwirtschaftlichen Bewirtschaftungszielen und auch liege kein Verstoß gegen natur- oder artenschutzrechtliche Regelungen vor, urteilte das Gericht. Diese für RWW positive Entscheidung erspart dem Unternehmen bei Grundwasserförderung aus der Brunnengalerie am Wasserwerk in Holsterhausen aufwendige Folgemaßnahmen.

Ein weiterer Erfolg war die Unterzeichnung der Ergänzungsvereinbarungen zu den Konzessionsverträgen der Gesellschafterkommen Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Gladbeck und Bottrop, die eine Fortsetzung der Konzessionsverträge bis 2041 ermöglichen. Die Vereinbarungen sind ein Vertrauensbeweis für RWW: In Mülheim, Oberhausen, Bottrop und Gladbeck bleibt das Unternehmen auch künftig verantwortlich für eine sichere und zuverlässige Trinkwasserversorgung.

Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stiegen im Herbst 2022 die Energiekosten am Spotmarkt in bisher nicht für möglich gehaltenem Maße. Durch die Energiekrise entwickelte sich eine Inflation, die sich teilweise massiv bei den Roh-Hilfs- und Betriebsstoffen (Aktivkohle und Chemikalien) sowie im Fremdleistungsaufwand bemerkbar machte.

Energieseitig hatte RWW zu dem Zeitpunkt bereits einen Großteil der für 2023 benötigten Energiemengen vertraglich fixiert, so dass die Kostensteigerung überschaubar blieb. Gleichwohl sind in der Vorausschau für 2024 im Energiebezug Aufwandssteigerungen zu erwarten.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Laufwasserkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal so viel Wasser, dass möglichst alle drei vorhandenen Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Der Einsatz der Turbinen ist dabei abhängig von der Wasserführung der Ruhr und wirkt insofern direkt auf die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes bzw. die eigenerzeugten Strommengen. Zum weiteren Ausbau der Eigenerzeugung auf Basis regenerativer Energie hat RWW weiterhin damit begonnen, Photovoltaikanlagen an den eigenen Standorten (insbesondere den Wasserwerken) zu projektieren.

Durch den hohen Abfluss der Ruhr konnte nahezu im gesamten Jahresverlauf regenerative Energie auf hohem Niveau erzeugt werden: Im Geschäftsjahr 2023 wurde netto eine Strommenge von 24,5 GWh (Vorjahr: 12,5 GWh) produziert. Nach den internen Aufzeichnungen wurde noch nie innerhalb eines Jahres so viel Strom im Kraftwerk Kahlenberg erzeugt. Im November wurde so viel elektrische Energie erzeugt, dass RWW diese nicht für interne Produktions- und Förderprozesse nutzen und einen Teil in das öffentliche Netz einspeisen konnte.

Im Zuge der allgemeinen Preissteigerungen war RWW wie viele deutsche Unternehmen gezwungen, die Endkundenpreise im Rahmen der vorgegebenen Regelungen (moderat) anzupassen: Ab dem 1. Juli 2023 liegt der Mengenpreis für 1.000 Liter Trinkwasser bei 1,48 € brutto statt bisher bei 1,43 €. Der Systempreis einschließlich Umsatzsteuer erhöht sich ebenfalls, beispielsweise für ein Einfamilienhaus jährlich um 13,21 € auf 269,74 €, ein Drei-Familienhaus um 17,98 € auf 367,20 € und ein Sechs-Familienhaus um 26,59 € auf 542,84 €.

Die Preisanpassung entspricht einer Steigerung von rechnerisch 4,6 % für 1,5 Jahre bezogen auf die letzte Preisanpassung zum 1. Januar 2022. Sie liegt damit deutlich unterhalb der Inflation aus den Jahren 2022 und 2023 und auch unterhalb der durchschnittlichen Preissteigerungen deutscher Wasserversorger im Jahr 2023.

Nach mehr als zwei Jahren intensiver Diskussion ist die Novelle der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) Ende Juni 2023 in Kraft getreten. Wesentliche Änderungen für RWW haben sich in Bezug auf neue Qualitätsparameter und niedrigere Grenzwerte für Schadstoffe im Trinkwasser ergeben. Aber auch die Informationspflichten für die Öffentlichkeit haben sich erweitert: RWW kommt dieser Pflicht in Form von regelmäßig aktualisierten Informationsbeileger in den Jahresrechnungen nach. Ergänzt wird das Informationsangebot auf der Unternehmens- Homepage unter https://www.rww.de/wasserwelt.

Für weitere Neuregelungen - wie beispielsweise einheitliche hygienische Anforderungen an Materialien und Werkstoffe, die mit Trinkwasser in Berührung kommen - gelten Übergangsfristen. Die Pflicht zur Risikobewertung und zum Risikomanagement für die komplette Versorgungskette vom Einzugsgebiet bis zum Verbraucher ist noch nicht abschließend gesetzlich konkretisiert und bedarf weiterer Regelungen durch den Gesetzgeber. Hier bringt sich RWW intensiv über den BDEW in das Verfahren ein.

Nach mehrjähriger Entwicklungs- und Erprobungsphase konnte ein wichtiger Meilenstein mit dem Marktstart des Wasserhelden im April 2023 erreicht werden. Zum Marktstart wird der Wasserheld zunächst für gewerbliche und öffentliche Gebäude im RWW-Versorgungsgebiet zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus arbeitet RWW an einer White-Label-Lösung für interessierte dritte Versorger. Zu einem späteren Zeitpunkt soll der Wasserheld auch für private Wohngebäude angeboten werden. Über den Wasserhelden erhalten Kunden auf einer App-Oberfläche Transparenz über ihren Wasserverbrauch. Zudem erfahren sie mittels Push-Nachricht schnellstmöglich von Verbrauchsanomalien, die in der Regel durch Leckagen entstehen. Weiterhin können Abweichungen von durch den Kunden individuell eingestellte Regeln gemessen werden. Dadurch ermöglicht der Wasserheld ein kurzfristiges Eingreifen bei Verbrauchsanomalien und verhindert Wasserverluste und damit größere Schäden. Aus Kundensicht zahlt der Wasserheld damit auf TOP-Themen wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung ein.

Das Hochwasser hatte im Jahr 2021 erhebliche Schäden an den Ruhrwasserwerken hinterlassen, die gemäß der „Förderrichtlinie Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen“ (hier: Aufbauhilfe für die Infrastruktur der Kommunen) durch unabhängige Gutachter für die Bereiche Bau und Maschinen und maschinelle Anlagen begutachtet wurden. Die Beseitigung der Hochwasserschäden befindet sich auf der Zielgeraden und eine Regulierung der entstandenen Schäden ist im nächsten Jahr zu erwarten.

Mit dem Auslaufen der Test- und Quarantäneverordnung des Landes NRW sind auch bei RWW sämtliche Beschränkungen in Bezug auf das Corona Virus (SARS CoV 2) aufgehoben worden.

Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Wesentliche Steuerungsgrößen sind das Betriebsergebnis, die Förder- und Absatzmenge, die Höhe der Investitionen sowie das Jahresergebnis.

Die Kennziffer „Betriebsergebnis“ ist definiert als Ergebnis vor Steuern und Zinsen. Dieses reduzierte sich im Geschäftsjahr um 2,3 Mio. € auf 15,9 Mio. € und liegt damit um 5,4 Mio. € unter dem Budgetwert. Im Gegensatz zum Ergebnis des Jahres 2022, welches durch diverse Einmalmaßnahmen geprägt war, wurde das Ergebnis 2023 maßgeblich von den Preissteigerungen im Sondervertragskunden-Segment getragen, das den starken Rückgang der Absatzmengen im Segment der Privat- und Geschäftskunden überkompensieren konnte. Im Materialaufwand wirkten vor allem Mengeneffekte und die gestiegenen Beschaffungskosten für Fremdleistungen aufwandserhöhend. Im Personalaufwand hingegen hatte die Zinsumkehr einen positiven Effekt auf die Aufwendungen für die Altersversorgung.

Die gesamte Absatzmenge 2023 von 70,1 Mio. m³ liegt mit 0,5 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge jedoch 0,2 Mio. m³ über Budget. Während der Absatz spar- und witterungsbedingt im Tarifkundensegment um 3,1 Mio. m³ sank, erhöhte sich der Absatz bei den Sondervertragskunden um 2,6 Mio. m³ - ausschließlich bedingt durch die erhöhte Förderung und Abgabe von Betriebswasser.

Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv, weswegen die Höhe der Investitionen eine weitere Zielgröße des Unternehmens ist. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 7,3 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €; Budget: 12,5 Mio. €). Davon entfielen auf das Verteilnetz 2,1 Mio. € sowie auf die Wassergewinnung

und -aufbereitung 3,0 Mio. €. RWW baut die Rehabilitationsplanung auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Die aus dem System abgeleiteten Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert.

Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht. Der Rückgang der Investitionen im Rohrnetz steht mit den erhöhten Planungsleistungen für den Lückenschluss des Rohrnetzes von RWW im Norden („Nordraumanbindung“) im Zusammenhang. Der Lückenschluss erhöht die Versorgungssicherheit im nördlichen Versorgungsgebiet von RWW deutlich und wird in den kommenden Jahren bis ca. 2028 überdurchschnittlich hohe Investitionen im Netzbereich zur Folge haben.

Der Steigerung des Jahresergebnisses um 21,6 Mio. € auf 15,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zum Budget von 7,0 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen auf Grund der Zinsumkehr und den Entwicklungen am Kapitalmarkt. So konnte der CTA signifikant an Wert aufholen, während zum anderen ein geringerer Zinsaufwand für die Altersversorgung sowie ein höherer Haben-Zins für die Cash Pool-Einlagen der RWW im Konzernverbund anfielen.

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2023 Mio. €	2022 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	132,9	130,3
Sonstige betriebliche Erträge	1,1	8,2
Materialaufwand	-40,0	-36,2
Personalaufwand	-41,5	-49,2
Abschreibungen	-7,9	-7,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-28,9	-28,8
Zins- und Finanzergebnis	5,5	-15,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6,2	-7,5
Jahresüberschuss	15,0	-6,6

Die Umsatzerlöse (einschl. aktivierter Eigenleistung) erhöhten sich um 2,6 Mio. € auf 132,9 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die energiepreisbasierten Preisgleitklauseln im Sondervertragskundensegment und der Preisanpassung zum 01. Juli 2023 im Tarifkundensegment.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserbeschaffung der RWW:

	2023 Mio. m³	2022 Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	62,6	63,8
Fremdbezug	12,8	12,5
Summe	75,4	76,3

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserabgabe der RWW:

	2023 Mio. m³	2022 Mio. m³
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	21,9	22,6
Betriebswasser	13,1	9,8
Summe	35,0	32,4
Tarifkunden	35,1	38,2
Gesamtsumme	70,1	70,6
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netzverluste (unentgeltliche Verbräuche)	5,3	5,7

Die eigenerzeugte Fördermenge lag mit 62,6 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge von 63,8 Mio. m³. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Reduzierung von 1,2 Mio. m³. Ursächlich hierfür ist die deutlich rückläufige Trinkwasserförderung (-3,0 Mio. m³), während die Förderung von Betriebswasser gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist (+1,8 Mio. m³).

Die Wasserbeschaffungsmengen aus dem Fremdbezug Wasserhandel mit Trink- und Rohwasser belaufen sich auf 12,8 Mio. m³. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Zuwachs von +0,3 Mio. m³ zu verzeichnen.

Mit 70,1 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um -0,5 Mio. m³ unter Vorjahresniveau.

Auf das gesamte Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 35,0 Mio. m³, dies sind +2,6 Mio. m³ mehr als im Vorjahr; Haupttreiber für die Mehrmenge ist das Betriebswasser. In den Kundensegmenten „Bergbau“ und „Stahl“ sind leicht rückläufige Mengen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, der Absatz im Sondervertragskundenbereich erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der Anstiege in den Segmenten „Industrie“ und „Konzernwasser“.

Von der gesamten Trinkwasserabgabe in Höhe von 57,0 Mio. m³ entfielen 35,1 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden- ca. 8,1% weniger als im Vorjahr. Die sehr nasse Witterung über das gesamte Jahr 2023 sowie das Sparverhalten der Haushalte wirkten sich verbrauchsreduzierend aus.

Im Berichtsjahr ergaben sich unentgeltliche Verbräuche (Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen und Netzverluste) in Höhe von ca. 5,3 Mio. m³ (Vorjahr: 5,7 Mio. m³).

Die Netzschadensraten waren insbesondere zu Beginn des Jahres 2023 aufgrund der milden Witterung erneut sehr gering.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen aufgrund von Einmaleffekten im Jahr 2022 um 7,0 Mio. € auf 1,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2023 zurück.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 3,8 Mio. € auf 40,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung entfällt mit 3,7 Mio. € fast ausschließlich auf den Bereich „Aufwendungen für bezogene Leistungen“, wo sich Menge und Preis nach oben entwickelten.

Die Personalaufwendungen verringerten sich um 7,7 Mio. € auf 41,5 Mio. €. Die Tariferhöhung zum 01.03.2023 wirkte sich mit 2,2% leicht erhöhend auf die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie die Sozialabgaben aus. Die Aufwendungen für Altersversorgung gingen um 8,3 Mio. € zurück, im Wesentlichen bedingt durch die geringere Anpassung des Gehaltstrends (Berichtsjahr: 20 Basispunkte; Vorjahr: 40 Basispunkte) sowie des geringeren Rententrends (Berichtsjahr: 20 Basispunkte; Vorjahr: 40 Basispunkte).

Zum Stichtag 31.12.2023 beschäftigte RWW 435 (Vorjahr 428) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach leicht modifizierter Definition des Personalbestandes seitens der Mehrheitsgesellschafterin werden nunmehr auch die Werkstudenten zum Personalbestand hinzugezählt.

15 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden.

Die Zahl der Angestellten stieg leicht von 224 auf 232 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich waren 2023 203 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 17,7% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 30,6%. Am 31.12.2023 befanden sich 24 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik und Fachkraft für Wasserversorgungstechnik.
RWW beschäftigte zum Jahresende 31 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich sechs Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €) geringfügig über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotierten mit 28,9 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (28,8 Mio. €). Während die sonstigen Beiträge und Gebühren nahezu auf Vorjahresniveau blieben, stiegen die übrigen sonstigen Aufwendungen um knapp 0,6 Mio. €.

Aufgrund der Zinsumkehr - die durch die allgemeine starke Inflation im europäischen und deutschen Wirtschaftsraum und die daraufhin von Zentralbanken initiierten Leitzinssatzerhöhun-gen eingeleitet wurde - sowie der stark verbesserten Performance der Kapitalmärkte, verbesserte sich das Zins- und Finanzergebnis von RWW im Vergleich zum Vorjahr um 21,2 Mio. € (Berichtsjahr: Ertrag 5,5 Mio. €; Vorjahr: Aufwand 15,7 Mio. €). Der Cash Pool generierte im Vergleich zu den Vorjahren erhöhte Zinserträge (Berichtsjahr: 2,6 Mio. €; Vorjahr: 0,1 Mio. €). Die Marktbewertung des CTA führte zu einer Ergebnisverbesserung von 16,2 Mio. € (Berichtsjahr: Ertrag 4,4 Mio. €; Vorjahr: Aufwand 11,8 Mio. €). Gleichzeitig reduzierten sich die Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen um 3,8 Mio. € (Berichtsjahr: 1,8 Mio. €; Vorjahr: 5,6 Mio. €). Darüber hinaus sanken die Erträge aus Beteiligungen (nach dem Verkauf der Geschäftsanteile der SEG Schwerte im Vorjahr) wieder auf ein normales Niveau (Berichtsjahr: 0,3 Mio. €; Vorjahr: 1,6 Mio. €).

Der Ertragsteueraufwand von 6,2 Mio. € erreichte eine Steuerquote von knapp 30%.

Finanzlage

Zwischen der RWW und der E.ON SE besteht ein Zerobalancing-Verfahren (= automatisches Saldenübertragungsverfahren) verbunden mit einem konzerninternen Clearing. Der zugrunde liegende Vertrag umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2023 waren insgesamt 76,2 Mio. € (Vorjahr 71,0 Mio. €) bei der E.ON SE angelegt.

Wie der nachfolgend dargestellten Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Anstieg des Finanzmittelfonds um 5,1 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2023 Mio. €	2022 Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,1	24,9
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7,3	-6,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-5,7	-7,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**5,1**	**11,0**

Der Rückgang des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit um 6,8 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgend aufgeführter Veränderungen:
- Rückgang der Rückstellungen (-27,4 Mio. €),
- Anstieg des Jahresergebnisses (+21,6 Mio. €),
- Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+8,1 Mio. €),
- Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände (-3,7 Mio. €),
- Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+5,6 Mio. €).

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit erhöhte sich geringfügig um 0,4 Mio. € auf -7,3 Mio. €. Die Zahlungsströme waren durch den Verkauf der Anteile an der Stadtentwässerung Schwerte GmbH im Jahr 2022 einmalig erhöht, wurden jedoch durch die rückläufigen Investitionen überkompensiert. Aufgrund der Ergebnislage im Jahr 2022 reduzierte sich der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit um 1,3 Mio. € auf -5,7 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanz gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2023 Mio. €	31.12.2022 Mio. €
Anlagevermögen	125,8	126,7
Umlaufvermögen (einschl. aktive Rechnungsabgrenzung)	107,6	99,9
Bilanzsumme	**233,4**	**226,6**
Eigenkapital	70,5	61,2
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,3	6,7
Rückstellungen	152,0	148,7
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	4,6	10,0
Bilanzsumme	**233,4**	**226,6**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,8 Mio. € auf 233,4 Mio. €. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen bedingt durch die um 5,3 Mio. € erhöhten Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (im Wesentlichen Erhöhung der Cash-Bestände) sowie eine Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände um 6,6 Mio. €. Gegenläufig wirken um 3,5 Mio. € reduzierte Bestände bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Auf der Passivseite sind vor allem erhöhte Rückstellungen (+3,3 Mio. €), im Wesentlichen begründet durch die Bruttodarstellung der Ertragsteuern und rückläufige Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber verbundenen Unternehmen hierfür verantwortlich.

Das Anlagevermögen reduzierte sich um 0,9 Mio. € auf 125,8 Mio. €, bei Gesamtinvestitionen von 7,3 Mio. €, Nettoabgängen von 0,3 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 7,9 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

Anlagenzugänge

	31.12.2023 Mio. €	31.12.2022 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,2	0,2
Grundstücke und Bauten	0,1	0,0
Technische Anlagen und Maschinen	3,0	3,1
Rohrnetz und Wasserzähler	2,2	4,5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,8	1,7
Gesamtinvestitionen	**7,3**	**9,5**

Das Eigenkapital des Berichtsjahres erhöhte sich um 9,3 Mio. € auf 70,5 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch den Jahresüberschuss von 15,0 Mio. €, der einem Jahresfehlbetrag und einer Reduzierung der freien Rücklagen im vergangenen Jahr gegenübersteht.

Die Eigenkapitalquote erhöht sich leicht auf 30,2% (Vorjahr 27,1%).

3. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement der Westenergie AG eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft Westenergie nach KonTraG abgestellt. Diese Eingliederung ist seitens der RWW freiwillig gewählt worden, da RWW als nicht-börsendotiertes Unternehmen den Vorgaben des KonTraG nicht unterstehen müsste. Um jedoch ein möglichst effektives und konzernnahes Risikomanagement zu gewährleisten, werden die entsprechenden Vorgaben umgesetzt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden zwecks transparenter Dokumentation und Risiko-Steuerung in einem Katalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig (zweimal jährlich), um den Risikokatalog entsprechend zu inventarisieren und zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschussvorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Ersatz- und/oder Neuinvestitionen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu agieren, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen ist wichtiges Ziel des Unternehmens.

Die RWW ist grundsätzlich vor allem folgenden Risiken ausgesetzt:

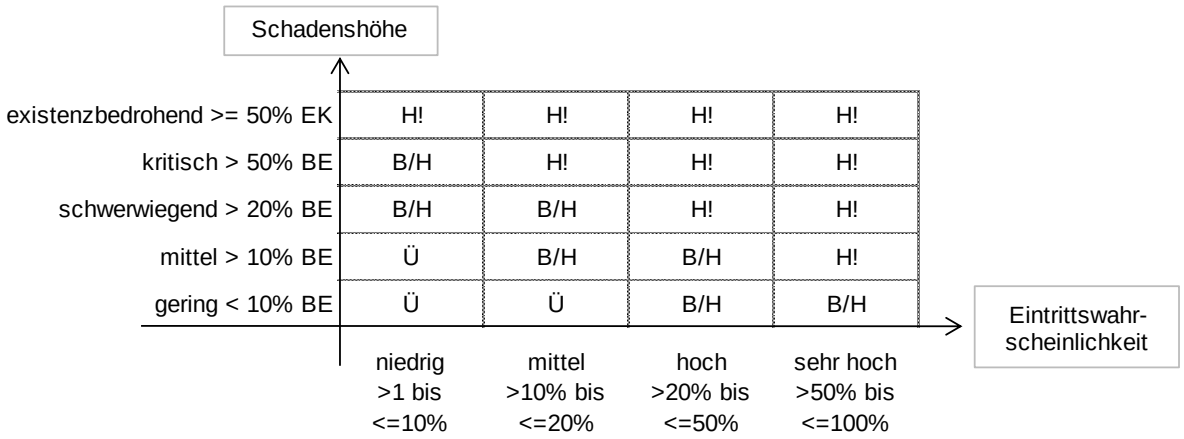
Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. dem Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch ein aktives kommunales Partnermanagement sowie eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung der damit verbundenen Prozesse wird Störungen vorgebeugt. Dies ist die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit. RWW synchronisiert ferner regelmäßig zwischen kaufmännischem und technischem (auf Basis ISM/TSM) Risikomanagement und zielt somit auf eine transparente und integrierte Steuerung mit prozessualer Sicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Ursachen sind z.B. die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Das Unternehmen hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen (CTA). Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen, Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenpapiere. Die Anlage erfolgt zudem in verschiedenen Regionen. Aus der Anlage in Aktien soll langfristig eine Risikoprämie gegenüber Rentenanlagen erzielt werden. Um zusätzlich möglichst gleichmäßig hohe Erträge zu erreichen, wird auch in (Finanz-)Produkte investiert, die im Zeitverlauf gleichmäßig positive Erträge erzielen sollen. Ein Asset Management Committee beschließt die Anlagestrategie in Bezug auf das Treuhandvermögen. Dennoch bestehen kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden. Mit Wirkung zum 01.11.2020 / 01.01.2021 hat die RWW die Leistungen des „Kundenservice“ an die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, vergeben. Zu den von RWW übertragenen Tätigkeiten zählen im Besonderen die zentrale Kundenbetreuung, Abrechnung und Debitorenmanagement, Forderungsmanagement und Inkassoleistungen sowie das Management von Beschwerden aller Art.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!…aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Schlussfolgerung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken der Kategorien H! oder B/H bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2024 nicht erkennbar sind. Sämtliche zuvor erläuterten Risiken sind der Kategorie Ü zuzuordnen.

4. Prognosebericht

Strategie

Infolge des gesellschaftlichen Wandels, vor allem aber infolge des Klimawandels und den damit verbundenen Entwicklungsdynamiken verändern sich die Anforderungen auch an RWW. Die Nachhaltigkeitsdebatte und die Versorgungssicherheit haben durch die Corona-Pandemie einen weiteren - im Sinne von RWW durchaus wichtigen und richtigen - Wertewandel bewirkt (u. a. Nachhaltigkeit versus Preis).

Die Veränderungen der Branche sind allerorts zahlreich und bergen zugleich Chancen aber auch Risiken. Diese hat RWW in Bezug auf das eigene Unternehmen im Rahmen des Strategieprozesses analysiert und entsprechende strategische Handlungsfelder festgelegt bzw. bereits in der Vergangenheit erarbeitete Handlungsfelder entsprechend nachgeschärft, um die Zukunft des Unternehmens zu gestalten und gleichzeitig die vorhandenen Unternehmensressourcen effektiv und effizient einzusetzen.

Als kapitalintensives Unternehmen und dem Anspruch der Nachhaltigkeit entsprechend liegt ein Fokus der Strategie auf dem Asset-Management. Strategisch planen und entsprechend investieren, langfristige Investitionsprogramme entwickeln und in eine Nachhaltigkeitsstrategie integrieren, dies sind die Ziele, an denen RWW sich - neben einem Ergebnis auf

konstant gutem Niveau - in den nächsten Jahren messen lassen wird. Die Modernisierung der Prozessleit- und Automatisierungstechnik sowie die Nordraumanbindung sind hier als Beispiele zu nennen.

RWW wird auch in den kommenden Jahren den größten Teil des Umsatzes mit dem Wassergeschäft generieren. Allerdings gilt es im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens neue Produktfelder und Geschäftsmodelle zu ergänzen bzw. zu erschließen. Ein Fokus wird hierfür u. a. der Wasserzähler als Schnittstelle zum Kunden sein. Mit dem Marktstart des Wasserhelden im April 2023 wurde hier ein weiterer Meilenstein erreicht.

Rückgrat des Unternehmens sind die Konzessionsverträge. Mit dem Aufbau eines Kommunalen Partnermanagements hat sich RWW neu aufgestellt - mit der „Verlängerung" der Konzessionsverträge in den 4 Gesellschafterkommunen stellen sich nun erste Erfolge ein.

RWW setzt im Rahmen der Digitalisierung weiter auf Prozessexzellenz durch konzernweite Standardisierung, auf eine Reduzierung der Komplexität durch Harmonisierung von Infrastruktur und Anwendungslandschaft sowie auf Effizienzsteigerung durch Smartifizierung und Vernetzung von Assets. Mit dem Rollout von Microsoft 365 im gesamten Unternehmen sowie mit dem Releasewechsel von SAP von R3 auf S4HANA beschreiten wir diesen Weg konsequent weiter.

Effektivität und Effizienz

Die Einführung von S4HANA integriert viele Geschäftsprozesse und erfordert weitere Umstellungen der Arbeitsweisen und die konsequente Anwendung neuer Technologien, die RWW in die Lage versetzt, Prozesse noch effizienter durchzuführen. So wird im Jahr 2024 beispielsweise ein Workforce-Mangementsystem eingeführt, welches eine effiziente und zielgerichtete Disposition von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den technischen Prozessen ermöglicht.

Kultur- und Personalentwicklung

Nachdem im vergangenen Jahr das „Botschafter-Format" den Fokus auf die Belegschaft richtete, gab es in diesem Jahr verschiedene Formate für die Führungskräfte im Unternehmen. So konnten diese beispielsweise mit den sog. „Learning-Nuggets" interessante Impulse zu Organisations- und Führungsthemen mitnehmen. Im Jahr 2024 wird der Fokus vermehrt auf der prozessualen Ebene liegen, um somit Erfolge der Kulturarbeit weiter zu institutionalisieren und zu etablieren.

Demographie

In den kommenden Jahren wird eine nennenswerte Anzahl von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (sowohl bundesweit als auch spezifisch bei RWW) in den Ruhestand gehen. Somit wird sich das Angebot an qualifizierten Fach- und Führungskräften für RWW in den nächsten Jahren verknappen. Den zukünftigen Fach- und Führungskräftebedarf sichert RWW durch die stetige Verbesserung der Ausbildung von Nachwuchskräften (Berufsausbildung, Praktika für Schüler und Studenten, Durchführung von Praxissemestern, Begleitung von Bachelor- und Masterarbeiten) sowie vorausschauender Personalplanung und Ableitung zielgerichteter Personalmaßnahmen z. B. in den Bereichen Recruiting und Mitarbeiterentwicklung. In diesem Zusammenhang wird aktuell ein ATZ-Programm aufgesetzt, um den Übergang in der Belegschaft zu beschleunigen und den neuen Arbeitswelten neuen Raum geben zu können. Zudem sind die Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Belegschaft für das Unternehmen wesentlich. Dies wird unterstützt durch die zielgerichtete Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements: Im Jahr 2023 wurde dazu ein umfangreiches Informations-Cockpit aufgesetzt, welches zusätzliche Transparenz in dieses wichtige Thema bringen wird.

Stellenplan

Den uns gestellten Herausforderungen - verschärft durch die Megatrends demographische Entwicklung, Digitalisierung und Wertewandel – begegnet RWW mit einer Personalplanung, die wir ausgehend von unserer heutigen, operativen kurz- bis mittelfristigen Planung zu einer langfristigen, strategischen Personalplanung ausweiten werden. So können wir künftige Entwicklungen rechtzeitig antizipieren und vorausschauend planen, wie viele Mitarbeiter mit welchen Kompetenzen wir in den kommenden Jahren benötigen und daraus zielgerichtete Personal-Maßnahmen (z. B. Recruiting, Mitarbeiterentwicklung) ableiten. Neben der Neuauflage eines dezidierten Planungsprozesses wurden Funktionsbeschreibungen umfassend aktualisiert, so dass viele Bausteine der Personalstrategie künftig effektiver umgesetzt werden können.

5. Ausblick

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein betriebliches Ergebnis von rund 18,5 Mio. €, andererseits jedoch ein Jahresergebnis von ca. 16,4 Mio. € angestrebt. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer leicht rückläufigen Absatzmenge von ca. 71,0 Mio. m³. Die deutlich gestiegenen Kosten im Material- und Personalaufwand werden voraussichtlich durch eine kosteninduzierte Tarifanpassung an die Verbraucher weitergegeben werden müssen.
Im Finanzergebnis ist durch die Zinsumkehr von einer „Entspannung" und somit von einem verbesserten Jahresergebnis auszugehen.

Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres in Höhe von 14,5 Mio. € konzentrieren sich auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen. Aber auch durch die Zukunfts-Projekte „Automatisierung der Wasserwerke" sowie „Nordraumanbindung" steht die Stärkung der Versorgungssicherheit im Jahr 2024 weiter im Vordergrund.

Nach Auslaufen des Konzessionsvertrages für das Wasserversorgungsnetz in der Gemeinde Schermbeck zum 31.12.2021 ist das wettbewerbliche Auswahlverfahren zur Ermittlung des künftigen Konzessionsnehmers für die Trink-

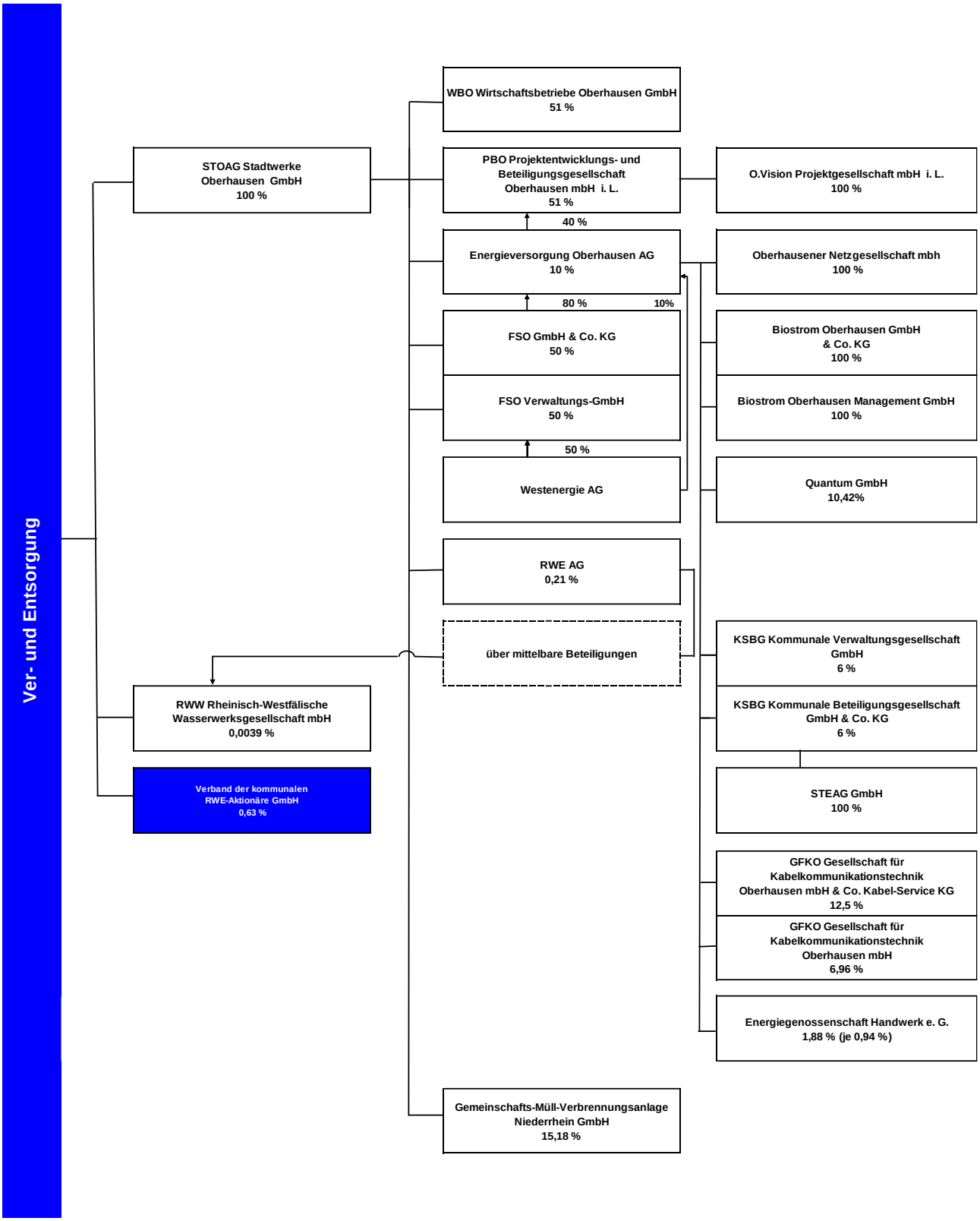
und Löschwasserversorgung in der Gemeinde Schermbeck am 20. Juni 2023 entschieden worden. Am 23. Juni 2023 wurde RWW mitgeteilt, dass der Mitbewerber den Zuschlag erhält. In der Folge hat RWW mit einem Eilantrag eine vorläufige Untersagungsverfügung erwirkt und ein Nachprüfungsverfahren angestoßen.

Aufgrund der operativ guten Ergebnisaussichten der Gesellschaft und der sinkenden Belastung im Finanzergebnis aufgrund der Zinsumkehr geht die Geschäftsführung von einer Dividendenzahlung im Jahr 2025 für 2024 in Höhe von 10,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 29. Januar 2024

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	http://www.vka-rwe.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

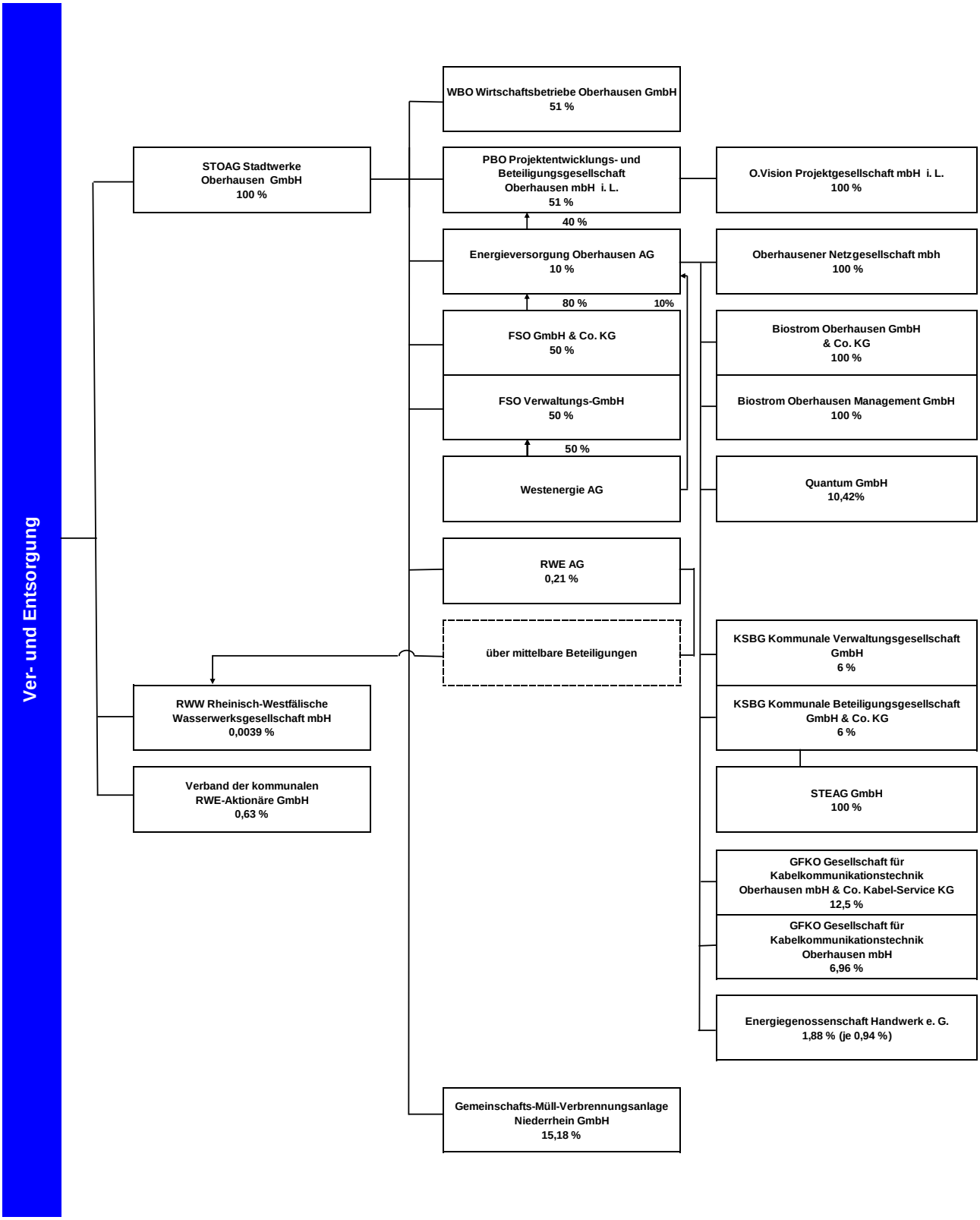
Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mager, Udo
	Geschäftsführer	Graul, Birger
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Geisel, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Schartz, Günther

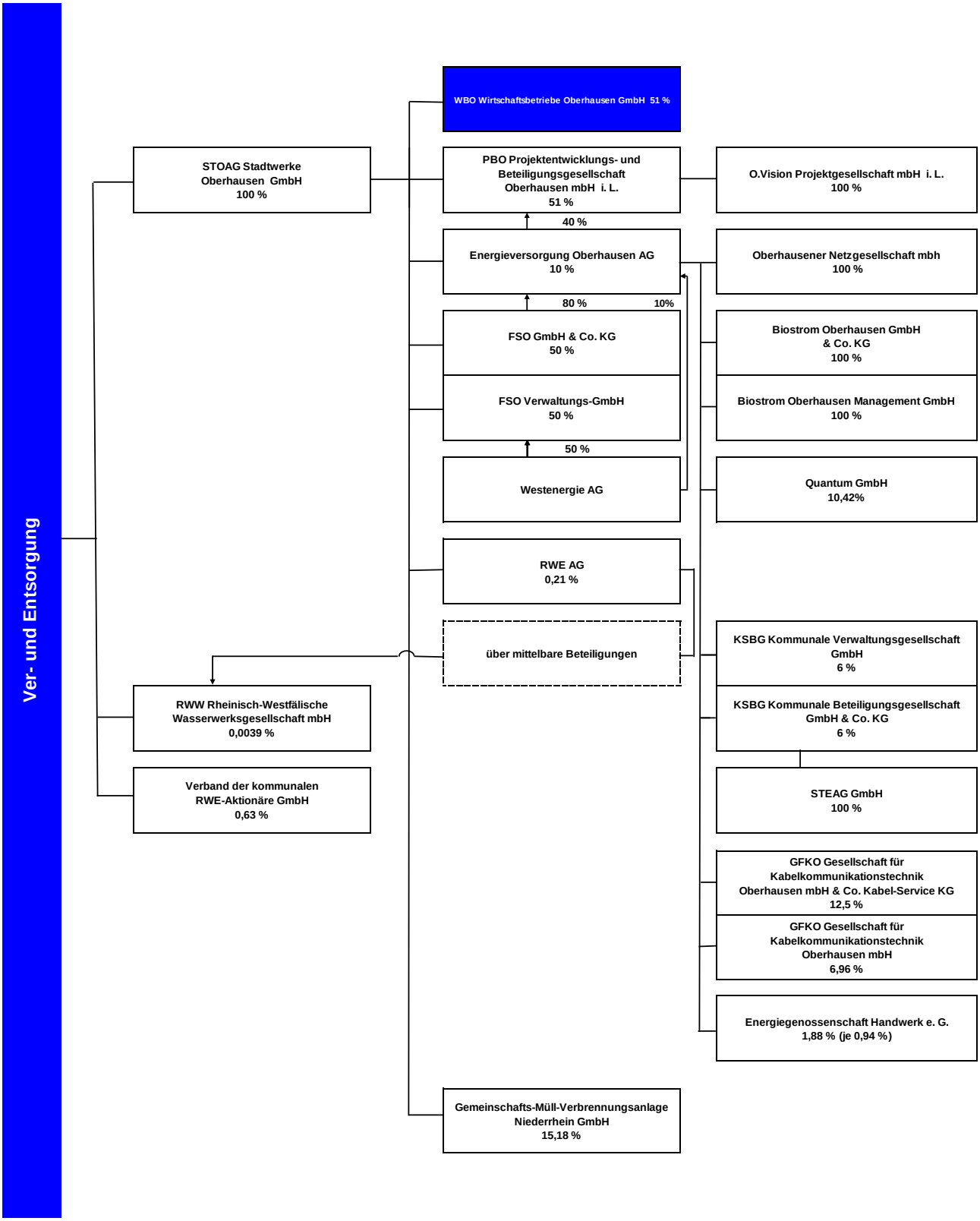
2. stellv. Vorsitzender	Bertram, Rudi
	sowie weitere 10 Mitglieder
Prokura:	Bloch-Fancello, Gabriele
	Jung, Michael

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	http://www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Hadrossek, Julia
	Geschäftsführer	Kußel, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Jehn, Michael
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Dresen, Marga
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Prof. Dr. Hartwig, Peter
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Froese, Anke
	Mitglied (AN)	Brands, Pierre
	Mitglied (AN)	Brinkert, Matthias
	Mitglied (AN)	Gellert, Heiko

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	12.057,56	27,4	11.993,58	26,8	12.629,88	27,1
Umlaufvermögen	31.850,56	72,3	32.628,54	72,9	33.840,86	72,7
Rechnungsabgrenzungsposten	144,59	0,3	120,23	0,3	101,45	0,2
Bilanzsumme	**44.052,71**	**100,00**	**44.742,35**	**100,00**	**46.572,19**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.115,81	13,9	6.100,80	13,6	5.627,53	12,1
Rückstellungen	4.922,18	11,2	5.304,43	11,9	5.706,63	12,3
Verbindlichkeiten	33.014,72	74,9	33.337,13	74,5	35.238,03	75,7
Bilanzsumme	**44.052,71**	**100,00**	**44.742,35**	**100,00**	**46.572,19**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	49.430,55	53.223,29	52.452,75
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.294,05	3.519,42	2.397,74
andere aktivierte Eigenleistungen	20,75	11,81	39,37
sonstige betriebliche Erträge	640,27	429,14	497,65
Materialaufwand	18.846,12	22.025,20	19.569,18
Personalaufwand	23.216,09	23.236,56	24.796,01
Abschreibungen	1.993,52	2.220,09	2.262,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.136,87	2.479,77	2.441,19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,30	38,37	123,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,08	3,41	5,81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.195,25	7.256,98	6.436,43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.583,02	2.659,82	2.306,52
sonstige Steuern	80,33	82,17	83,18
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.531,90	4.514,99	4.046,73
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.314,08	4.535,98	4.520,97
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4.310,00	4.530,00	4.520,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.535,98	4.520,97	4.047,70

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,17	8,48	7,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	286,86	285,79	256,15	%
Cash-Flow:	6.525,42	6.735,08	6.309,39	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	138,66	149,70	140,58	T€
Personalaufwandsquote:	43,49	40,63	44,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	27,10	26,59	26,73	%
Eigenkapitalquote:	13,88	13,64	12,08	%
Fremdkapitalquote:	86,12	86,36	87,92	%
Anlagendeckungsgrad 2:	51,04	51,19	44,86	%
Verschuldungsgrad:	620,31	633,39	727,58	%

e) Lagebericht

1. Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) erbringt insbesondere für die Stadt Oberhausen Dienstleistungen im Bereich der Müllentsorgung, Straßenreinigung, Entwässerung, der Fließgewässerunterhaltung, der Straßenunterhaltung, der Unterhaltung von Verkehrseinrichtungen und Signalanlagen. Darüber hinaus betreibt die WBO eine eigene Kfz-Werkstatt.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Das gezeichnete Kapital der WBO beträgt T€ 1.250. Davon hält die Gesellschafterin STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH einen Anteil von 51 % (T€ 637,5) und die die Gesellschafterin REMONDIS Kommunale Dienst West GmbH, Bochum, einen Anteil von 49 % (T€ 612,5).

Rahmenbedingungen

Der überwiegende Teil der Leistungen wird für die Stadt Oberhausen erbracht. Die WBO agiert somit lokal begrenzt in einem Markt, der durch zahlreiche Vorschriften, Verordnungen und Gesetze reguliert und bestimmt ist. Darüber hinaus können sich Einflüsse auf die Stadt Oberhausen als größtem Auftraggeber indirekt auf die WBO auswirken. Die WBO verfolgt dabei das Ziel, sich abzeichnenden Veränderungen mit innovativen Entwicklungen und Konzepten zu begegnen und somit als kompetenter Dienstleister den beschriebenen Markt und die Stadt Oberhausen optimal zu bedienen.

2. Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Unternehmenssteuerung wird ein monatliches Berichtswesen erstellt, das Auskunft über alle Kostenstellen und Organisationseinheiten gibt. Das Ergebnis ist eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wichtigste Leistungskennzahl ist dabei der Jahresüberschuss in Verbindung mit den erbrachten Leistungsmengen, insbesondere im Leistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen sowie im Kanal- und Straßenbau.

Wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren unterscheiden sich nach Leistungsbereichen und stellen z.B. die angenommenen Abfallmengen, die Anzahl von Werkstattaufträgen, die Anzahl beseitigter wilder Müllkippen oder gereinigter Straßeneinläufe dar. Ein wichtiger Leistungsindikator ist die standardisierte Qualitätskontrolle der Reinigungsleistung.

3. Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einer Gesamtleistung von T€ 55.388 ab, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 3,1 % entspricht. Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	52.453	53.223	-770	-1,4
Bestandsveränderungen	2.398	3.520	-1.122	-31,9
Aktivierte Eigenleistungen	39	12	27	225,0
Sonstige betriebliche Erträge	498	429	69	16,1
Gesamtleistung	**55.388**	**57.184**	**-1.796**	**-3,1**

Die Umsatzerlöse liegen um 1,4 % unter dem Niveau des Vorjahres. Ursächlich dafür sind insbesondere die geringeren Umsätze aus dem Kanalbauprogramm.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um T€ 2.261 (Vorjahr: Erhöhung um T€ 3.431). Gemeinsam mit den Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von T€ 137 ergibt sich in Summe eine positive Bestandsveränderung in Höhe von T€ 2.398.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 264, Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von T€ 57, Versicherungserstattungen in Höhe von T€ 45 sowie Fördermittel für die Fuhrparkumstellung, Strompreis- und Bonuserstattungen als auch Erträge aus dem Verkauf defekter Müllbehälter enthalten.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Leistungsvertrag Stadt OB	32.517	31.961	556	1,7
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	3.776	3.194	582	18,2
Sonderbauprogramme Stadt OB	8.532	10.351	-1.819	-17,6
sonstige Umsätze	7.628	7.717	-89	-1,2
Summe Umsatzerlöse	**52.453**	**53.223**	**-770**	**-1,4**

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 1,7 % ausschließlich auf die Preisindizierungen zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften erhöhen sich um 18,2 %. Der Zuwachs ist zum einen durch höhere Entgelte für die Sammlung des gewerblichen Altpapieranteils bedingt. Zum anderen wurden Erlöse durch Reinigungs- und Absperrleistungen für Großveranstaltungen im Oberhausener Stadtgebiet erzielt, die in den Vorjahren nicht in vollem Maße stattfinden konnten. Schließlich konnten im Berichtsjahr höhere Erlöse für Straßenbauprojekte außerhalb des regulären Bauprogramms generiert werden.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen haben sich im Verhältnis zum Vorjahr um 17,6 % verringert. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestandsveränderungen für die Kanalbaumaßnahmen ergibt sich insgesamt eine Reduzierung der Leistungen für die Sonderbauprogramme in Höhe von 21,7 % zum Vorjahr.

	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	8.532	10.351	-1.819	-17,6
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	2.261	3.431	-1.170	-34,1
Leistungen Sonderbauprogramme	**10.793**	**13.782**	**-2.989**	**-21,7**
darin enthaltene Ingenieurleistungen (HOAI)	1.044	1.192	-148	-12,4

Die sonstigen Umsätze liegen mit -1,2 % weitgehend auf Vorjahresniveau.

Der Materialaufwand beläuft sich auf T€ 19.569 und liegt damit um T€ 2.456 unter dem Aufwand des Vorjahres (T€ 22.025). Dies korrespondiert mit den geringeren Leistungen bei den Sonderbauprogrammen.

Der Personalaufwand liegt mit T€ 24.796 um T€ 1.560 über dem Vorjahr (T€ 23.236). Ausschlaggebend für diesen Anstieg war der Ganzjahreseffekt der Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst gegenüber dem Vorjahr (Tariferhöhung erst ab 01.04.2022) und die in 2023 anteilig gezahlte Inflationsausgleichzahlung.

Die Abschreibungen fallen mit T€ 2.263 und einer Differenz in Höhe von T€ 43 zum Vorjahr nur unwesentlich höher aus.

Ähnlich gering verändert stellt sich die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen dar, die mit T€ 2.441 sogar um T€ 39 gesunken sind.

Der Jahresüberschuss liegt mit T€ 4.047 um T€ 468 (10,4 %) unter dem Vorjahresergebnis (T€ 4.515), gestaltet sich jedoch deutlich positiver als im Wirtschaftsplan 2023 (T€ 2.873) verabschiedet.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2023	**2022**
Umsatzrentabilität*	7,7%	8,5%
Gesamtkapitalrentabilität**	8,7%	10,1%
Eigenkapitalrentabilität***	256,2%	285,8%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Aufgrund des geringeren Jahresüberschusses im Vergleich zum Umsatz verringert sich die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Der Rückgang der Gesamtkapitalrentabilität erklärt sich aus der Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere infolge gestiegener Bestände für nicht abgeschlossene Kanalbaumaßnahmen und der Verringerung des Jahresüberschusses.

Die Veränderung der Eigenkapitalrentabilität resultiert aus der Verringerung des Jahresüberschusses.

4. Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage / Investitionen

Wesentlich für die Vermögenslage ist die Entwicklung des Anlagevermögens und der Unfertigen Leistungen, insbesondere im Bereich des Kanalbaus, denen jedoch erhaltene Anzahlungen durch die Stadt Oberhausen zur Finanzierung der Baukosten gegenüberstehen.

Die Investitionen stellen sich in 2023 wie folgt dar:

	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	72	29	43	148,3
Grundstücke und Bauten	542	79	463	586,1
andere Anlagen, BGA	1.845	1.539	306	19,9
Anlagen im Bau	442	510	-68	-13,3
Summe Investitionen	**2.901**	**2.157**	**744**	**34,5**

Die Investitionstätigkeit (T€ 2.901) ist mit 34,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen. Dies ist im Wesentlichen Folge des Grundstückskaufs „Zum Eisenhammer 11“, der Modernisierung des Verwaltungsgebäudes auf dem zentralen Betriebshof sowie der Beschaffung von Pressmüll- und Unterflurbehältern.

Finanzlage

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit erhöhte sich um T€ 1.584 auf T€ 6.244. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen zurückzuführen.

Der Mittelabfluss aus laufender Investitionstätigkeit betrug T€ -2.844 (vgl. Kapitalflussrechnung, Anlage VI Blatt 6). Die Investitionen konnten damit nicht in voller Höhe durch Abschreibungen gedeckt werden.

Der Cashflow aus laufender Finanzierungstätigkeit beinhaltet die Ausschüttung an die Gesellschafter (T€ -4.520) und die letzte Tilgung für Darlehen in Höhe von T€ -88. Damit bestehen keine Verbindlichkeiten mehr gegenüber Kreditinstituten.

In Summe beläuft sich der Finanzmittelfond am Ende der Periode auf T€ 6.413 (Vorjahr T€ 7.621)

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2023	2022
Eigenkapital (T€)	5.628	6.101
Eigenkapitalquote*	12,1%	13,6%
Verschuldungsgrad**	87,9%	86,4%
Anlagendeckungsgrad***	44,6%	50,9%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital reduziert sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Verminderung des Bilanzgewinns.

Die gesunkene Eigenkapitalquote erklärt sich aus der Verringerung des Eigenkapitals und der gestiegenen Bilanzsumme. Der Verschuldungsgrad als korrespondierende Größe erhöht sich entsprechend.

Der verringerte Anlagendeckungsgrad resultiert sowohl aus der Verringerung des Eigenkapitals als auch der Erhöhung des zu Restbuchwerten ausgewiesenen Anlagevermögens im Vergleich zum Vorjahr.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) entwickelt sich negativ (-T€ 533). Die Entwicklung dieser Kennzahl gegenüber dem Vorjahr erklärt sich insbesondere durch den geringeren Jahresüberschuss im Berichtsjahr.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risikomanagementsystem

Zur Einschätzung und Beobachtung von Risiken werden quartärlich Risikomanagementsitzungen durchgeführt, in denen Risiken benannt, bewertet und soweit möglich, entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung verabschiedet werden.

Absatzmarktrisiken

Die WBO agiert relativ unabhängig von allgemeinen Marktentwicklungen. Grund dafür sind langfristig abgeschlossene Verträge mit der Stadt Oberhausen und deren Beteiligungsgesellschaften sowie mehrjährige Verträge mit REMONDIS.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO im Jahr 2022 einen Kündigungsverzicht für den bestehenden Leistungsvertrag bis zum 31.12.2032 ausgesprochen.

Die aktuelle Haushaltslage der Stadt Oberhausen könnte für den Zeitraum der Haushaltskonsolidierung Leistungskürzungen bei der WBO zur Folge haben, was kurzfristig negative Effekte auf die Ergebnissituation auslösen würde.

Beschaffungsmarktrisiken

Wesentliche Betriebsmittel für die Leistungserbringung sind Baustoffe, Müllgefäße und Treibstoffe. Hier besteht eine gewisse Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Dieser wird mit langfristigen Partnerschaften und frühzeitiger Beschaffung planbarer Bedarfe begegnet.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich ist die WBO durch adäquate Versicherungen gegen Risiken aus der unternehmerischen Tätigkeit abgesichert.
Mit Ausweitung der Digitalisierung steigt zwangsläufig die Gefahr von Cyberattacken, dies nicht nur im Zuge des Ukrainekrieges und damit einhergehender verstärkter Cyberattacken aus dem Ausland. Hier wird mit Unterstützung der IT-Abteilung der Stadt Oberhausen und externen Fachleuten fortwährend an den IT-Sicherheitssystemen der WBO gearbeitet. Es wurden unter anderem Backuplösungen geschaffen, die im Falle eines Angriffs die Handlungsfähigkeit sicherstellen.

Finanzrisiken

Basierend auf einer laufenden Liquiditätsplanung erfolgt tageweise die Liquiditätssteuerung für ein optimales Finanzergebnis. Die vorhandenen Kreditlinien mussten im vergangenen Jahr nicht in Anspruch genommen werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden abgebaut und Investitionen innenfinanziert. Anlagen von Liquiditätsüberschüssen werden auf Tagesgeld- oder Festgeldkonten der Stadtsparkasse Oberhausen oder der LBBW vorgenommen.

Gesamtrisiko

Die Risikoinventuren haben keine wesentlichen oder bestandsgefährdenden Risiken mit Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgezeigt. Für die Zukunft sind derartige Risiken ebenfalls nicht zu erkennen.

Chancenbericht

Chancen der WBO liegen in der weiteren Digitalisierung und einer damit verbundenen Effizienz- und Qualitätssteigerung.

Darüber hinaus können Gesetze wie z.B. das Einwegkunststofffondgesetz zu neuen Betätigungsfeldern auch auf einem lokal begrenzten Markt führen, die eine Ausweitung der Leistungserbringung ermöglichen.

Die erhöhte Nachfrage nach Unterflurbehältern stellt ebenfalls eine Chance zur Ausweitung der Leistungen dar.

Die weitere Umrüstung des Fuhrparks auf alternative Antriebstechniken hilft bei der Einsparung von Emissionen. Dies wird unterstützt durch die geplante Installation einer Photovoltaikanlage.

6. Prognosebericht

Der Wirtschafts- und Finanzplan für das Jahr 2024 wurde mit einer Gesamtleistung in Höhe von T€ 54.878 beschlossen. Der geplante Jahresüberschuss beläuft sich auf T€ 2.116. Die Abschmelzung des Jahresüberschusses gegenüber den Vorjahren ist auf die tarifliche Steigerung von Personalkosten zurückzuführen, die aufgrund vertraglicher Regelungen weitestgehend nicht durch höhere Leistungsentgelte kompensiert werden können.

Im Laufe des Jahres 2024 wird die WBO sich an den neuen Ausschreibungen des Dualen Systems Deutschland zur Sammlung von Altglas im Stadtgebiet von Oberhausen beteiligen. Ebenso ist die Teilnahme an der Ausschreibung der Stadt Oberhausen zur Sammlung und Verwertung von Straßenlaub und Straßenkehricht geplant.

Die WBO plant weiterhin, den bestehenden Wertstoffhof an der Buschhausener Straße sowohl betrieblich als auch verkehrlich neu zu gestalten. Die Etablierung der Annahmestelle an der Gabelstraße hat zu veränderten Rahmenbedingungen geführt, die nun, nach Ende der Coronapandemie und einer Normalisierung der Anliefersituation, neu bewertet werden müssen. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse werden in eine Anpassung der bis dato angestellten Planung einfließen.

Der Einsatz von Unterflur- und Halbunterflurbehältern entwickelt sich weiter positiv. Mit der Investition in ein Fahrzeug mit „intelligentem“ Aufnahmesystem wird dieser Entwicklung Rechnung getragen und soll dieser Leistungsbereich weiter ausgebaut werden.

Die Betriebsführungssysteme der Betriebe „Entsorgung“ und „Kanäle und Straßen“ werden weiterhin sukzessive ausgebaut, um Prozesse weiter zu digitalisieren und Synergien zu schaffen. Im Bereich der Kfz-Werkstatt wird ebenfalls nach einer unterstützenden Software gesucht.

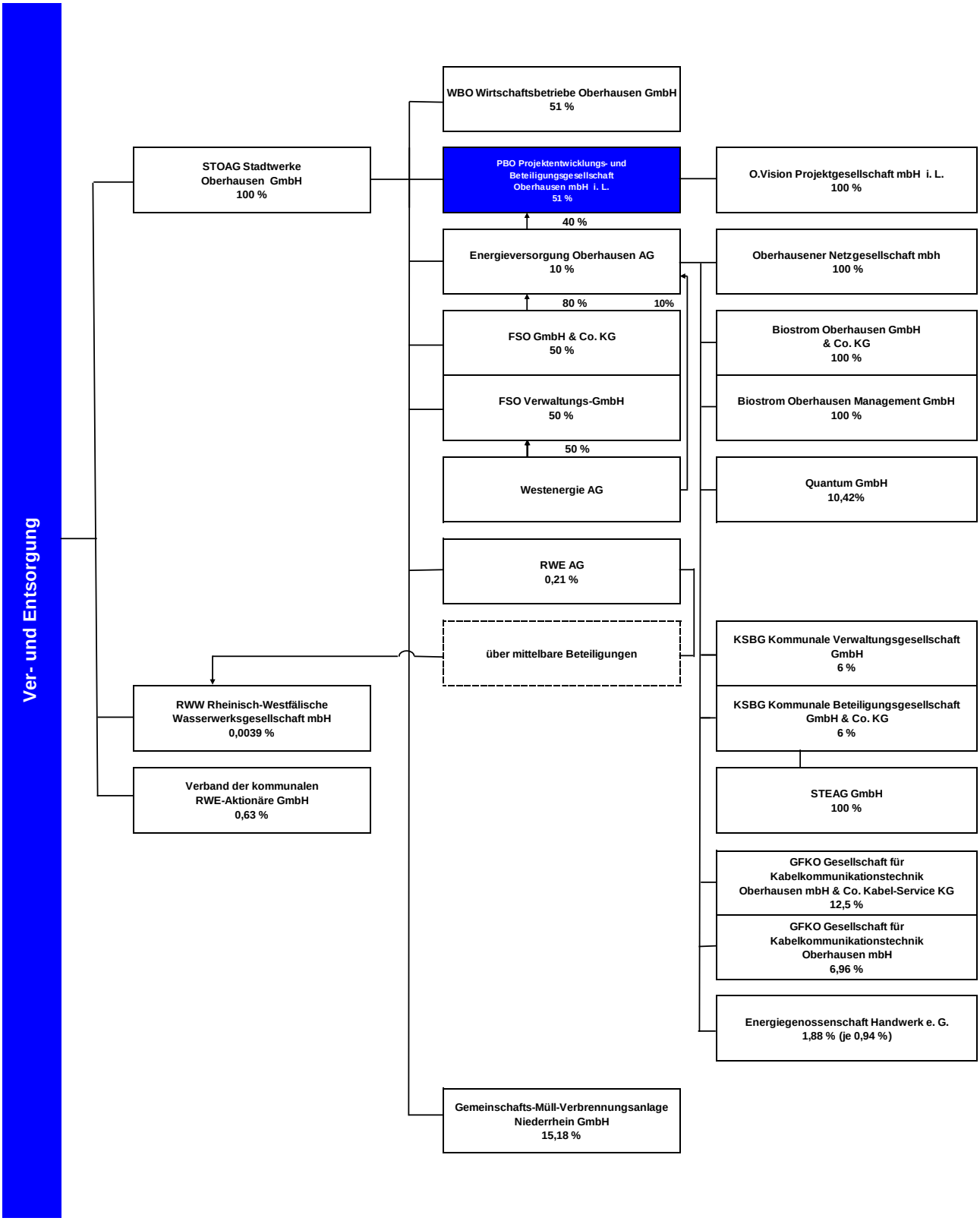
Der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel stellt die WBO weiterhin vor Herausforderungen. Es ist von entscheidender Bedeutung, innovative Lösungen zu entwickeln und somit eine nachhaltige Personalentwicklung zu schaffen. Die vorhandenen Konzepte zum Recruiting sollen überarbeitet und an die neuen Anforderungen angepasst werden.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren erfolgreichen Einsatz im Jahre 2023. Wir setzen auch in Zukunft großes Vertrauen in unsere Belegschaft.

Oberhausen, 19. Februar 2024

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Julia Hadrossek / Andreas Kußel
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/85 03 610
e-Mail	herzog.pbo@gmx.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Overkamp, Werner

c) Beteiligungen unmittelbar

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Umlaufvermögen	5.257,76	61,8	5.226,45	61,1	5.285,10	61,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,85	0,0	0,71	0,0		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.243,10	38,1	3.323,31	38,9	3.351,41	38,8
Bilanzsumme	**8.501,71**	**100,00**	**8.550,47**	**100,00**	**8.636,51**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	722,11	8,5	721,61	8,4	720,41	8,3
Verbindlichkeiten	7.779,59	91,5	7.828,86	91,6	7.916,10	91,7
Bilanzsumme	**8.501,71**	**100,00**	**8.550,47**	**100,00**	**8.636,51**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	39,50	39,50	42,41
sonstige betriebliche Erträge	0,04	0,49	1,22
Personalaufwand	7,06	7,07	7,07
sonstige betriebliche Aufwendungen	108,37	401,88	367,63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	385,58	385,91	396,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	99,68	96,32	92,96
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	210,02	-79,36	-27,39
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,00		
sonstige Steuern	0,85	0,85	0,71
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	209,17	-80,21	-28,10
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	209,17	-80,21	-28,10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	529,49	-203,04	-66,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	209,17	-80,21	-28,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	39,55	40,00	43,63	T€
Personalaufwandsquote:	17,84	17,67	16,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Anlagendeckungsgrad 2:	0,00	0,00	0,00	%

e) Lagebericht

Jahresabschluss 2023

Im Geschäftsjahr 2023 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) aus dem Verkauf einer Grundstücksfläche an die Stadt Oberhausen Umsatzerlöse in Höhe von 2.908 € erzielt. Die Erlöse aus dem Verkauf der restlichen Grundstücksflächen werden erst 2024 verbucht.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2023 einen Jahresfehlbetrag von 28 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.351 T€ erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (334 T€) und Zinsaufwendungen (96 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse (40 T€ Kostenweiterberechnungen und 3 T€ Grundstücksveräußerungen) sowie durch Zinserträge (397 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

Ausblick

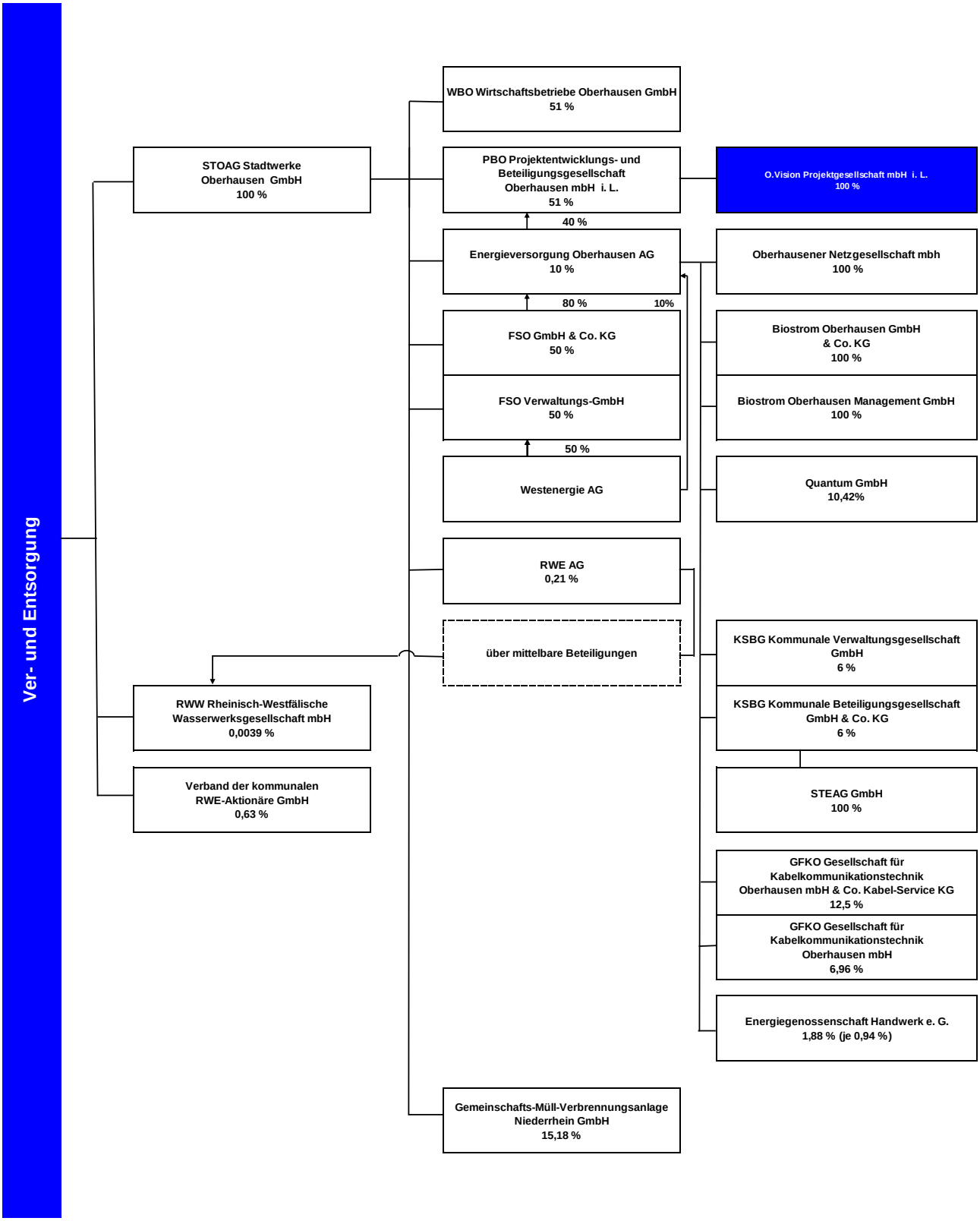
Die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L. wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Die Auflösung soll 2024 beendet werden. Die im Eigentum der PBO befindlichen Grundstücksflächen wurden 2023 komplett an die Stadt Oberhausen veräußert. Die Liquidationen der Gesellschaften PBO und OVP sind noch nicht abgeschlossen, da die Löschung von unterschiedlichen Rechten in Abt. II und Abt. III des Grundbuches noch nicht realisiert werden konnte.

Oberhausen, 19. Februar 2024

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. (PBO)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Bahnhofstr. 66 46145 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/ 85 03 610
e-Mail	-
Internet	-
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	3.216,49	13,6	3.292,24	13,6	3.371,35	13,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,85	0,0	0,71	0,0		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	20.491,65	86,4	20.841,17	86,4	21.185,29	86,3
Bilanzsumme	**23.708,98**	**100,00**	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	7,58	0,0	8,00	0,0	6,00	0,0
Verbindlichkeiten	23.701,41	100,0	24.126,13	100,0	24.550,64	100,0
Bilanzsumme	**23.708,98**	**100,00**	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	8,65	8,65	8,65
sonstige betriebliche Erträge	0,23	0,06	2,06
sonstige betriebliche Aufwendungen	54,13	54,21	50,80
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-348,34	-348,59	-343,17
sonstige Steuern	0,94	0,94	0,94
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-349,28	-349,53	-344,11
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-349,28	-349,53	-344,11

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	-4.038,19	-4.038,68	-3.976,09
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00
Cash-Flow:	-349,28	-349,53	-344,11
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:			
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00

e) Lagebericht

Jahresabschluss 2023

Die OVP konnte im Geschäftsjahr 2023 keine Umsatzerlöse erzielen, da die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen an die Stadt Oberhausen erst 2024 verbucht werden können. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 344.111,89 € resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2023 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2023 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 15 Mio. € sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. €. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2023 nicht gegeben.

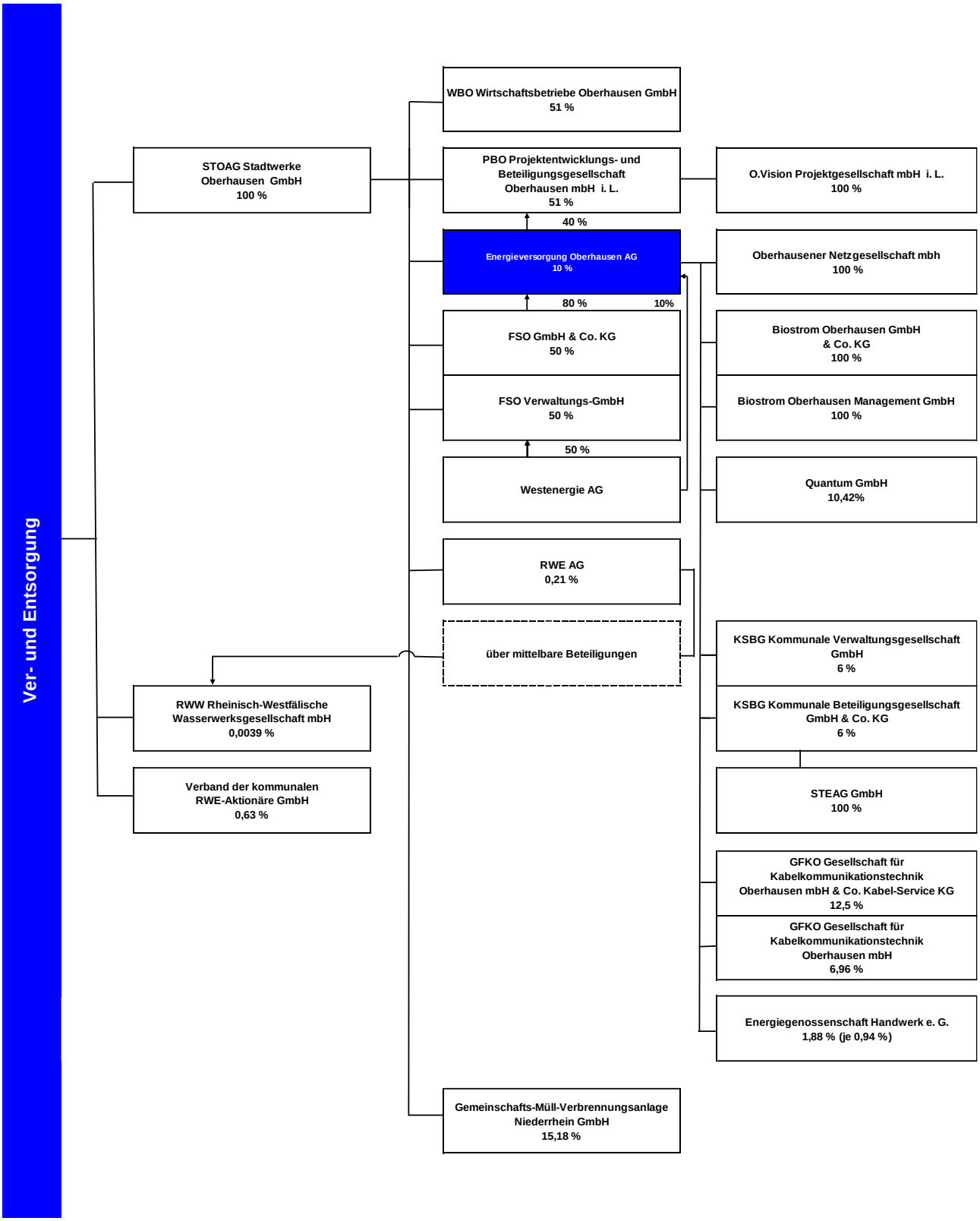
Ausblick / Risiken

Die O.VISION Projektgesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst. Die Auflösung soll 2024 beendet werden. Die im Eigentum der OVP befindlichen Grundstücksflächen wurden 2023 komplett an die Stadt Oberhausen veräußert. Die Liquidationen der Gesellschaften PBO und OVP sind noch nicht abgeschlossen, da die Löschung von unterschiedlichen Rechten in Abt. II und Abt. III des Grundbuches noch nicht realisiert werden konnten.

Oberhausen, 19. Februar 2024

O.VISION Projektgesellschaft mbH i. L. (OVP)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00
Westenergie AG	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

- die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Ladeinfrastrukturen und zugehörigen Nebenanlagen sowie der Betrieb von Fahrzeugen im Bereich der E-Mobilität oder anderer alternativer Antriebsmethoden;

- die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Energie-Contracting-Projekten;

- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

- Dienstleistungen erbringen;

- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

- Forschung und Entwicklung betreiben;

- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;

- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Mitglied	Basler, Christian
	Mitglied	Dolezych, Timm
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Schröder, Achim
	1. stellv. Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Teigelkamp, Frank
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied	Bockelmann, Cosima

	Mitglied	Eckenroth, Lutz
	Mitglied	Dr. Schmidt, Lars
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied (AN)	van Laak, Dennis
	Mitglied (AN)	Wolf, Britta
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard
	Prokurist	Hüser, Reinald

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	12,50
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	8,73
strasserauf GmbH i.L.	7,50	30,00
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	139.713,15	73,6	139.571,44	76,6	161.666,08	69,2
Umlaufvermögen	49.982,41	26,3	42.607,99	23,4	71.884,89	30,8
Rechnungsabgrenzungsposten	102,23	0,1	91,43	0,1	73,15	0,0
Bilanzsumme	**189.797,79**	**100,00**	**182.270,85**	**100,00**	**233.624,12**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	35.344,99	18,6	35.344,99	19,4	43.562,25	18,6
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.953,01	4,2	9.085,88	5,0	8.630,50	3,7
Rückstellungen	53.683,28	28,3	62.079,58	34,1	62.606,09	26,8
Verbindlichkeiten	92.816,51	48,9	75.617,83	41,5	118.706,47	50,8
Rechnungsabgrenzungsposten			142,57	0,1	118,81	0,1
Bilanzsumme	**189.797,79**	**100,00**	**182.270,85**	**100,00**	**233.624,12**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	192.001,30	202.431,13	282.824,96
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7,12	16,56	0,14
andere aktivierte Eigenleistungen	201,91	147,24	232,66
sonstige betriebliche Erträge	6.168,15	2.856,47	27.910,12
Materialaufwand	132.700,62	146.612,62	216.246,60
Personalaufwand	25.429,41	26.301,77	27.149,37
Abschreibungen	6.754,00	6.280,07	5.749,41
sonstige betriebliche Aufwendungen	20.413,49	21.922,22	21.746,52
Erträge aus Beteiligungen	8,50	4,50	6,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	41,28
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	296,33	356,92	1.012,89
Aufwendungen aus Verlustübernahmen			188,47
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	276,28	264,33	174,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.906,97	1.482,01	2.485,66
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.188,30	2.949,80	38.287,27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.271,80	-325,49	1.997,00
sonstige Steuern	187,64	183,96	192,71
Erträge aus Verlustübernahmen	6.634,39	3.048,87	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.363,25	6.140,19	27.880,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	8.217,26
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			8.217,26
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	2,46	1,53	12,76
Eigenkapitalrentabilität:	13,38	8,75	82,86
Cash-Flow:	11.759,14	9.635,72	42.021,72
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	826,52	856,05	1.352,03
Personalaufwandsquote:	12,82	12,80	8,73

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	42,91	44,59	34,88
Eigenkapitalquote:	18,62	19,39	18,65
Fremdkapitalquote:	81,38	80,61	81,35
Anlagendeckungsgrad 2:	43,87	44,80	44,35
Verschuldungsgrad:	436,99	415,69	436,30

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo) nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals (vormals OXEA Group).

Die Energiebeschaffung der evo erfolgt über einen Dienstleister - die Quantum GmbH, Ratingen. Der von der evo erzeugte Strom wird ebenfalls über diesen Dienstleister am Großhandelsmarkt vermarktet. Die zu beschaffenden Erdgas- und Strommengen werden durch den prognostizierten Vertriebsabsatz bestimmt. Aufgrund der Energiekrise hatte die evo die Beschaffungsaktivitäten für die Haushaltskunden zeitweise ausgesetzt und ab März 2023, mit Beginn einer Marktberuhigung, wieder begonnen, Strom und Gas strukturiert zu beschaffen.

Der Wettbewerb bei Strom und Gas hat seit Ende des 3. Quartal 2023 wieder zugenommen. Getrieben wurde diese Entwicklung durch die sinkenden Preise auf den Energiebeschaffungsmärkten, die überregionalen Anbietern vorübergehend einen Vorteil bei der Beschaffung bieteten. Die Wechselbereitschaft der Kunden ist wieder gestiegen. Nachdem die evo in 2022 den überregionalen Vertrieb wegen der Marktverwerfungen eingestellt hatte, bietet der evo-Vertrieb seit Mitte 2023 wieder bundesweit Strom- und Gaslieferung an.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie AG und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-%ige Tochter der evo und betreibt das ihr eigene Strom- und Gasverteilungsnetz.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Rahmenbedingungen

Die Energiewirtschaft steht nicht zuletzt durch den andauernden Krieg in der Ukraine und die angespannten Commodity-Märkte vor großen Herausforderungen. Demnach bestehen unter Berücksichtigung der allgemeinen Umstände sehr viele Unsicherheiten und Unwägbarkeiten.

In vertrieblicher Hinsicht wurden die notwendigen Energiemengen bereits vor Lieferbeginn zu 100 % im Strom und zu ca. 90 % im Schnitt für Gas beschafft, um bei einer durchschnittlichen Witterung analog zu den letzten Jahren eine vollständige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Um den aktuellen Herausforderungen des Energiemarktes gerecht zu werden, unterliegt die Strategie der evo zur Energiebeschaffung einer kontinuierlichen Prüfung und Weiterentwicklung. Vorrangiges Ziel ist die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Risiken zu minimieren. Gleichzeitig soll der evo-Vertrieb wettbewerbsfähige Endkundenpreise anbieten können und große Preissprünge möglichst vermeiden.

Auch die Zinssteigerungen seit Ende 2022 an den Kapitalmärkten können zu langfristig deutlich höheren Refinanzierungskosten führen. Ohne eine angemessene Eigenkapitalausstattung der evo ergibt sich daraus möglicherweise eine erhebliche wirtschaftliche Belastung. Die finanziellen Stabilitätskennzahlen werden daher kontinuierlich überwacht, um die Einhaltung von zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen nicht zu gefährden.

Aus den Kreditgesprächen mit den Banken ist zu erkennen, dass die gesamte Energiebranche als „Klumpenrisiko" betrachtet wird und sich weitere Kreditlinien nur mit hohen Berichtsauflagen akquirieren lassen, auch wenn sich singulär betrachtet - bezogen auf die evo - noch keine Bonitätsverschlechterung ergeben hat. Die Kreditinstitute analysieren die sog. Verschuldungskapazität auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanung. Die evo hat dabei regelmäßig den Nachweis zu erbringen, dass die Verbindlichkeiten innerhalb einer akzeptablen Zeit (maximal sind dies 10 Jahre) aus nachhaltigen Cash-Flows bedient werden können.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen die Gewinnabführung durch die OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO KG sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance") werden aktuell aufgenommen und werden künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 36,1 Mio. €. Der Jahresüberschuss vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag liegt 28,9 Mio. € über der Planung und steigt gegenüber dem Vorjahr um 30,0 Mio. €. Die Steigerung des Jahresüberschusses vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag resultiert im Wesentlichen aus einem außerordentlichen Buchgewinn aus der Zuschreibung der Anteile an der KSBG aufgrund der Veräußerung ihrer Anteile an der STEAG sowie Rohertragsverbesserungen bei den Vertriebsaktivitäten von Commodities.

Die Verbesserung des Rohertrages gegenüber Budget ist auf geringere, spezifische Beschaffungskosten im Strom- und Gasvertrieb zurückzuführen; die Budgetplanung erfolgte vor dem Hintergrund der mit dem Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise unter großer Unsicherheit.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die buchhalterische Zuschreibung der Gesellschafteranteile der KSBG (22,3 Mio €) enthalten; gegenläufig wirken u. a. erhöhte Pauschalwertberichtigungen auf den Forderungsbestand in Folge eines insgesamt gestiegenen Preisniveaus. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus gegenüber der Planung gestiegenen Personalaufwendungen (+1,8 Mio €), welche aus der Anhebung des Rententrends zur Ermittlung der Altersvorsorgerückstellungen und weiteren Anpassungen im Bereich der sonstigen Personalrückstellungen resultieren. Gegenläufig positiv entwickelt sich der Diskontierungsaufwand bei den Personalrückstellungen im Finanzergebnis. Weitere Belastungen gegenüber der Planung ergeben sich aus dem gestiegenen Steueraufwand aufgrund des besseren operativen Ergebnisses sowie der Bildung von Rückstellungen, die bei der Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses nicht berücksichtigt werden.

Absatz- und Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

- **Vertrieb Strom**

Im Geschäftsjahr 2023 ist der Stromabsatz der evo insgesamt um 2,4 % auf 355,2 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz im Stammgebiet an Privat- und Gewerbekunden mit 257,7 GWh um -3,3 % unter dem des Vorjahresniveaus

(266,6 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden steigt der Absatz (79,1 GWh) um 2,8 %. Beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (18,4 GWh) geht er um 10,0 % zurück.

Die Entwicklung auf den Energiemärkten zwang die evo in 2023 zu kurzfristigen Preisanpassungen. So veranlassten die gestiegenen Beschaffungskosten die evo, trotz der letzten Preisanpassungen bei den Privat- und Gewerbekunden zum 01. Oktober 2022 in Höhe von 9,5 ct/kWh in der Grundversorgung und 6,2 ct/kWh der TOB Verträge, um weitere 2,2 ct/kWh zum 01.01.2023 anzuheben. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 78 % zum Jahreswechsel auf Vorjahresniveau.

- **Vertrieb Erdgas und Fernwärme**

Besonders im Bereich Gas führte die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine zu hohen Preisvolatilitäten mit extremen Preisspitzen und zu kostspieligen Beschaffungspreisen für die Sicherung der Versorgung unserer Kunden. Die geänderte Beschaffungsstrategie ermöglichte der evo die Aussetzung einer Preisanpassung in 2023, mit Ausnahme der Fixpreistarife (erhöht zum 1.1.2023). Die Endverbraucherpreise sind letztmalig zum 01. Oktober 2022 in Höhe von 3,05 ct/kWh in der Grundversorgung und 2,24 ct/kWh in den TOB-Verträgen sowie zum 01. November 2022 um 0,95 ct/kWh angepasst worden.

Der Wärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Gradtagzahl nahezu auf dem Niveau von 2022. Im 5-Jahresmittel sind es -8,0 % zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses. Vor allem der Zeitraum September bis Dezember 2023 war milder als im langjährigen Mittel. So unterschreitet der Gasabsatz witterungsbedingt sowie durch geändertes Verbraucherverhalten mit 527,2 MWh den Vorjahreswert um - 26,9 GWh (ca. - 4,9 %). Bei den Privat- und Gewerbekunden (498,2 GWh) liegt der Absatz mit - 4,7 % unter dem des Vorjahres. Im Bereich der Geschäfts- und Industriekunden (17,7 GWh) fällt der Absatz um - 9,4 % niedriger aus. Außerhalb von Oberhausen sinkt der Gesamtabsatz (11,2 GWh) im Vorjahresvergleich um - 6,2 %. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 79 % zum Jahreswechsel auf Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz mit 367,9 GWh, bei einer Abweichung von - 5,1 %, unter dem des Vorjahres. Die Anpassung der Endkundenpreise unserer Wärmekunden unterliegt nach den aktuellen vertraglichen Regelungen einer Preisgleitklausel. So erfolgte die Anpassung zum 01. Oktober 2023 für den Arbeitspreis um + 3,96 ct/kWh und für die CO^2-Komponente + 0,11 ct/kWh. Des Weiteren gibt die evo seit der Preisanpassung 2022 mit dem neuen Preiselement „Gasumlagen“ anteilig die Gasspeicherumlage an die Kunden weiter (0,05 ct/kWh). Die mengenabhängige Preiskomponente erhöht sich damit in Summe um 4,12 ct/kWh.

- **Dienstleistungen sowie Energielösungen**

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen liegt mit 14,0 GWh witterungsbedingt unter dem Vorjahr (15,0 GWh).

Strategische Beteiligungen

Die evo hält verschiedene operative und strategische Beteiligungen, von denen Nachfolgende für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung waren.

- **Oberhausener Netzgesellschaft mbH**

Im Geschäftsjahr 2023 hat die evo den Verlust der OB-Netz in Höhe von - 193 T€ (Vj. + 2.137 T€ Gewinnabführung) übernommen. Das Vorjahresergebnis war durch niedrigere Personalaufwendungen, verminderte Abschreibungen sowie geringeren Dienstleistungsaufwendungen mit der evo positiv beeinflusst. Gegenüber dem Budgetansatz für 2023 verbessert sich die Verlustübernahme um 1.584 T€. Die Verbesserung resultiert aus im Wesentlichen aus gestiegenen Ergebnisbeiträgen im regulierten Strom- und Gasnetzbereich. Auf Grund des geänderten Verbrauchsverhaltens (Gas) und Einsparverhaltens (Strom) der Oberhausener Kunden sind zwar die den Umsatzerlöse aus Netzentgelten für das Jahr 2023 zu Grunde liegenden Mengen geringer ausgefallen, die Umsatzerlöse sind jedoch aufgrund von Preiseffekten gestiegen. Zudem konnten ein im Saldo positiver Ergebnisbeitrag aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung sowie periodenfremde Umsatzerlöse erzielt werden. Gegenläufig wirkte die Entwicklung der Personalaufwendungen, die mit 17,7 Mio.€ das Vorjahresniveau um 2,5 Mio.€ übersteigen. Dieser Anstieg resultiert neben dem Wechsel von Mitarbeitern der evo zur OB-Netz aus der Bewertung von Personalrückstellungen.

- **Biostrom GmbH & Co. KG**

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d.h. der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks (BMK) - obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-%ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Als Brennstoff werden Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo eingespeist.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag nach Steuern von T€ 186,6 (Vj. Jahresüberschuss T€ 915,1). Zur Stärkung der Kapitalstruktur, z. B. für unvorhergesehene Reparaturen und Stillstände, ist aktuell keine Gewinnauszahlung an die evo geplant.

- **Beteiligung KSBG - STEAG**

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken war die evo mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile - bezogen auf die evo sind dies 6 % - sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Mit dem Erwerb der Anteile bis 2014 waren für die Konsorten Erwartungen verbunden, die sich nicht mehr erfüllen ließen. Für die evo kommt hinzu, dass die Verbindung der angrenzenden Fernwärmenetze nicht mehr weiterverfolgt wurde. KSBG und STEAG befanden sich zuletzt in einem Restrukturierungsprozess. Ziel des Restrukturierungsprozesses war eine Veräußerung der STEAG als Ganzes, soweit sich dies als umsetzbare und wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Seit der Grundsatzentscheidung der Konsorten im Jahre 2021, die STEAG wieder zu verkaufen, hat das Geschäft durch die Energiekrise eine ganz neue Attraktivität für Investoren bekommen. In einem Verkaufsprozess fiel der Zuschlag im August 2023 auf den spanischen Infrastruktur-Investor Asterion Industrial Partners. Dazu haben die Gremien der Eigentümer ihre einvernehmliche Zustimmung gegeben und der Vertrag wurde entsprechend unterzeichnet und beurkundet (Signing). Der Abschluss des Verfahrens, das so genannte „Closing“, erfolgte noch im Dezember 2023. Der bereits in den Jahren 2016-2020 voll abgeschriebene Beteiligungsbuchwert wurde zum Stichtag 31.12.2023 wieder voll zugeschrieben.

Ertragslage

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 282,8 Mio. € und haben sich damit um - 9,7 Mio. € gegenüber der Planung reduziert (Vorjahr 202,4 Mio.).

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme eine leichte Zunahme der Umsatzerlöse in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen. Das generelle Einsparverhalten der Kunden in allen drei Commodities und die witterungsbedingt erneut niedrigere Absatzmenge im Bereich Gas und Fernwärme führen zu einem Rückgang der den Umsatzerlösen für 2023 zugrunde liegenden Mengen, welcher jedoch Preis- und periodenfremde positive Effekte kompensiert werden können. In den Energieumsätzen ist der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren u. a aus der Direktvermarktung der Kraftwerke und des Intraday-Handels. Durch eine geringere Laufleistung der Kraftwerke und gesunkenen Marktpreisen an der Strombörse liegen diese Erlöse 7,1 Mio. € unter dem Budget.

Der Anstieg bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen auf 27,9 Mio. € gegenüber dem Budget (1,5 Mio. €) ist im Wesentlichen auf die buchhalterische Zuschreibung der Gesellschafteranteile und des Gesellschafterdarlehens der KSBG zurückzuführen.
Der Materialaufwand beträgt 216,3 Mio. € und unterschreitet in Folge geringerer spezifischer Beschaffungskosten die Planung um 19,6 Mio. € (Vorjahr 146,6 Mio. €). Vor dem Hintergrund der mit dem Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise erfolgte die Budgeterstellung unter großer Unsicherheit.

Der Personalaufwand übersteigt mit 27,2 Mio. € den Budgetansatz um 1,8 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung für Altersvorsorgerückstellungen in Folge von einem Anstieg des zu berücksichtigenden Rententrends.

Die Abschreibungen von 5,7 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) liegen mit 0,3 Mio. € leicht über dem Budgetansatz.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 21,7 Mio. € übertreffen die Planung um 5,5 Mio. € (Vorjahr 21,9 Mio. €). Dies ist u. a. auf höhere Wertberichtigungen auf Kundenforderungen für drohende Forderungsausfälle in Folge des gestiegenen Preisniveaus zurückzuführen. Des Weiteren sind die Kundenbetreuungskosten durch ein erhöhtes telefonisches Anrufaufkommen (bspw. durch Rückfragen zur Energiepreisbremse) weiterhin auf einem hohen Niveau.

Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage/Investitionen

Durch die Übertragung der Strom- und Gasnetze auf die OB-Netz werden die entsprechenden Investitionen dort direkt aktiviert; lediglich die Investitionen für das Fernwärmenetz werden bei der evo als Zugang im Anlagevermögen ausgewiesen. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung des Fernwärmenetzes wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben.

Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen im Jahr 2023 für die Verteilungsanlagen der Fernwärmeversorgung bei der evo an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug rund 71 %.

	Budget 2023 in T€	**Ist 2023 in T€**	**Ist 2022 in T€**
Investitionen	12.950	5.825	6.658
Abschreibungen	6.100	5.925	6.280

Neben Investitionen in Höhe von T€ 1.057 für die Strom- und Wärmebereitstellung sowie T€ 5.205 zur Erneuerung des Fernwärmenetzes sah das Investitions-Budget 2023 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von T€ 6.688 vor.

Die Investitionen im Berichtsjahr betrugen T€ 5.825 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2023 in T€	**Ist 2022 in T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände	161	379
Sachanlagen		
▪ Strom- und Wärmebereitstellung	587	107
▪ Stromversorgung	0	0
▪ Erdgasversorgung	0	0
▪ Fernwärmeversorgung	3.716	4.038
▪ Energieservice	727	1.118
▪ Gemeinsame Anlagen	612	874
Finanzanlagen	22	142
Gesamtbetrag	**5.825**	**6.658**

Auch im Berichtsjahr wurden zahlreiche Projekte im Bereich Contracting und Nahwärme umgesetzt. Diese Vertriebsprojekte bestehen aus Maßnahmen von einzelnen Heizkesseln (Kleinanlagen-Contracting) bis hin zu kleineren Nahwärmenetzen, bei dem Blockheizkraftwerke die angeschlossenen Häuser mit Wärme und Strom versorgen. Durch diese für die

evo wirtschaftlich sinnvollen Neuinvestitionen wird zudem das Marktrisiko - insbesondere im Gasvertrieb - durch langfristige Kundenbindung reduziert.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Einleitung der Energiewende ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2024 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 15.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2024 im Konzern bereits frühzeitig im Oktober 2023 aufgenommen, zur Auszahlung von drei festverzinslichen Darlehen kam es im Dezember 2023.

Finanzlage

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich im Jahr 2023 um rund T€ 21.840 auf T€ 2.513. Die ist u.a. auf die Zunahme der Forderungen (T€ -35.507) sowie die Zunahme der Verbindlichkeiten (T€ 19.850) zurückzuführen. Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ - 5.733 (Vorjahr T€ - 6.369). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe unten). Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ - 4.457) beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (T€ - 27.881) auch die Einzahlungen aus langfristigen Krediten in Höhe von T€ 25.000 sowie die Zunahme der Kontokorrentkredite (T€ 9.495). Zum 31. Dezember 2023 kam es zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 7.677 auf T€ 1.098.

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin - wie unter Vermögenslage erläutert - ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Tätigkeitsabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Nr. 1 - 7 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitsabschluss zu erstellen. Bei der evo umfasst dies die beiden Tätigkeitsbereiche Dienstleistungen Stromverteilung und Dienstleistungen Gasverteilung. Für die Bereiche Dienstleistung Stromverteilung und Dienstleistung Gasverteilung wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

In den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG werden die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereichs zusammengefasst.

Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2023 insgesamt 48 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (42 Risiken) der niedrigsten Risikoklassen zugeordnet. Lediglich sechs Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV (Niederspannungsanschlussverordnung), der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, Cyberrisiken, unbeabsichtigter Datenabfluss, der Margenverlust im Privatkundengeschäft sowie eine Erhöhung der Energiebeschaffungspreise durch Lieferanten von klassischen Commodities bei der evo.

Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind.

Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte.

Das Risiko einer drohenden Gasmangellage hat sich erheblich verringert. Die Gründe hierfür liegen in der milden Witterung, dem sparsamen Verbrauchsverhalten der Abnehmer sowie den inzwischen auch realisierten Versorgungsalternativen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) können wir zu jeder Zeit sicherstellen, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht bei Bedarf in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen. In diesem werden die sich aus der Energiekriese ergebenden Gefahren analysiert und Gegenmaßnahmen geplant; die Abstimmungen erfolgen in einem kontinuierlichen Austausch auch mit der städtischen Feuerwehr, der Polizei und weiteren Behörden. Das Ziel ist es, bei Versorgungsengpässen adäquat und abgestimmt zu reagieren.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurde für den Berichtszeitraum auf Ebene der evo ein neues Risiko identifiziert, es wurden drei Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Wegfall der Nutzungsmöglichkeit einzelner E.ON -Rahmenverträge“ konnte geschlossen werden, da durch verstärkten Wettbewerb ausgewählter Waren (z. B. Kabel oder Trafostationen) teilweise günstiger beschafft werden konnten als über die E.ON-Rahmenverträge. Weiterhin wurde das Risiko „Impairmentbedarf der KSBG“ abgemeldet, da die KSBG-Beteiligung an der STEAG zum Jahresende erfolgreich veräußert wurde. Auch das Risiko „Vertragsstörungen bei Ausschreibungen" konnte im Berichtsjahr abgemeldet werden, da aufgrund vorliegender Rechtsgutachten keine öffentlichen bzw. EU-Ausschreibungen durchgeführt werden. Das Risiko von Beanstandungen seitens der Vergabekammer oder an der Ausschreibung beteiligter Bieter und den daraus abzuleitenden Vertragsstörungen besteht nicht. Neu aufgenommen wurde hingegen das Risiko „Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern" infolge der Gefährdung der Erfüllung der Versorgungspflicht oder der gesetzlichen Vorschriften und Auflagen. Dieses Risiko wurde der niedrigen Risikoklasse zugeordnet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Ein weiteres Risiko besteht in der strukturierten Energiebeschaffung. Da die evo als Energieversorger der Stadt Oberhausen auch der Versorgungssicherheit verpflichtet fühlt, werden zur Absicherung der bestehenden Lieferverträge im Rahmen der strukturierten Beschaffung Energiemengen sukzessive eingekauft. Dies ist in geringeren Umfang auch bei sehr hohen Preisen auf den Beschaffungsmärkten erfolgt. Aggressivere, bundesweit agierende Anbieter haben diese Verpflichtung nicht erfüllt. Wenn die Preise auf den Beschaffungsmärkten auf ein deutlich niedrigeres Niveau sinken, können diese Konkurrenten wegen ihrer kurzfristigeren Einkaufsstrategie deutlich günstigere Endverbraucherpreise anbieten, was den Wettbewerb zusätzlich anfacht und aus Sicht der evo zu Kunden- und/oder Margenverlusten führen kann.

Der Preisverfall auf den Energiemärkten führt zu zunehmender Spreizung zwischen den Bestandskundenpreise und Neuabschlüssen, damit ist das zunehmende Risiko der Wechselbereitschaft sowohl in günstigere Tarife als auch zu fremden Versorgern. Für die evo geht dies mit einem zunehmenden Rückvermarktungsrisiko einher.

Auch größere Energieversorger (seriöse) werben mittlerweile mit hohen Boni Prämien. Es herrscht „Goldgräberstimmung“.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back", d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt die Beschaffung sukzessiv und strukturiert. Der große Anteil von Haushaltskunden kann anhand von Erfahrungswerten unter Berücksichtigung zukünftiger Kundenflüsse gut prognostiziert werden. Dies reduziert das gegebene Mengenrisiko. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen sowohl bei der Quantum als auch bei der evo minimiert.

Die evo hat auf die extreme Situation auf den Energiemärkten reagiert und die Beschaffungsstrategie angepasst. Über die Phase der höchsten Preisnotierungen wurde die strukturierte Beschaffung im Rahmen eines engen Monitorings ausgesetzt. Die Beschaffungsstrategie wurde in Hinblick auf Eindeckungsquoten, Beschaffungszeitraum und spezifische Beschaffungsstrategie überarbeitet.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden. Dieser Prozess erfolgt im Rahmen der täglichen Kraftwerksoptimierung, die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen. Die extremen Preisschwankungen auf den Energiemärkten erschweren den Optimierungsprozess erheblich. Ferner sind vor allem die Quellen der industriellen Abwärme gefährdet. So muss damit gerechnet werden, dass die hohen Energiepreise bei diesen Industrieunternehmen zu Veränderungen unter Umständen zu Verlagerung der Produktionsprozesse führen. Somit stehen diese günstigen Fernwärmequellen nicht mehr vollständig zur Verfügung und müssen durch teurere Quellen ersetzt werden. Dieser Effekt ist auf der Absatzseite nicht durch die Preisbestimmungen mit den Endkunden auffangbar, sondern belastet unmittelbar das Ergebnis der evo. Im September 2023 gab es einen Totalschaden der Gasturbine im HKW II. Bis zum Eintreffen der Ersatzturbine im November 2023 wurde die fehlende Strom- und Wärmeerzeugung bestmöglich durch andere bestehende Erzeugungs- und Bezugsquellen kompensiert.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z. B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schäden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Seit der Corona-Pandemie wurden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, das den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z. B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten.

Zudem ergeben sich weitere Chancen aus der Dekarbonisierung der Stromversorgung sowie der Wärmewende als Teil der Energiewende. Diese bietet den größten Hebel zur Emissionsreduktion. Das übergeordnete Ziel ist hierbei, Bürger:innen im Versorgungsgebiet bis 2040 mit CO^2-neutraler Wärme zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits bei der Bezirksregierung ein Bohr-Recht erwirkt, um in den nächsten Jahren durch Probebohrungen das genau tiefengeothermische Potenzial zu ermitteln. Tiefengeothermie ist ein Schlüssel zur sukzessiven Dekarbonisierung der Fernwärme. Auch die Nutzung industrieller Abwärme, die ebenfalls im Fernwärmenetz zum Einsatz kommt, soll weiter ausgebaut werden. Um auch dezentralere Lösungen anbieten zu können, werden wir in den nächsten Jahren außerdem vermehrt Quartierslösungen in Form von Nahwärmeinseln entwickeln. Im Bereich Wärme wollen wir Kund:innen weiterhin dabei unterstützen, autarker zu werden, zum Beispiel durch Technologien wie Wärmepumpen im Contracting-Modell. Bereits umgesetzte Maßnahmen enthalten die Modernisierung und Erweiterung unserer Fernwärmeerzeugungsanlagen sowie den Umbau alter Öltanks zu Wärmespeichern.

Durch die zunehmende Elektrifizierung des Stadtverkehrs planen wir auch im Bereich von emissionsfreien Mobilitätsdienstleistungen eine Vorreiterrolle in Oberhausen einzunehmen. Durch unsere Expertise im Bereich öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur und Netzbetrieb werden wir hier wichtige Voraussetzungen schaffen. Mit städtischer Unterstützung wollen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien in unserem Gebiet den Anteil des eigenerzeugten, grünen Stroms in unserem Produktportfolio erhöhen.

Genau wie bei der Wärme spielt aber auch die dezentrale Versorgung eine große Rolle bei der Dekarbonisierung. Deshalb wollen wir unseren Kund:innen zu einem höheren Autarkiegrad verhelfen, indem wir entsprechende Solaraufdachmodule anbieten. Auf den Dächern Oberhausens könnten z. B. insgesamt 770 GWh Strom durch Photovoltaik Aufdachanlagen pro Jahr erzeugt werden. Außerdem planen wir eine Photovoltaik-Aufdach-Kampagne für städtische Liegenschaften.

Verteilt über das ganze Stadtgebiet Oberhausens beabsichtigen wir 100 Ladepunkte mit bis zu 22 KW für Elektrofahrzeuge aufzubauen. An zwei weiteren Standorten sollen drei HPC-Ladesäulen[3] gebaut werden. Weiterhin wollen wir die Stadt bei der Errichtung eines New Mobility Hubs unterstützen und unser bereits vorhandenes E-Roller-Sharingkonzept in Oberhausen skalieren. Außerdem sollen sukzessive weitere alternative emissionsfreie Mobilitätslösungen in Abstimmung mit der Stadt entwickelt werden.

Ein wichtiger Baustein im Bereich Infrastruktur ist die Digitalisierung der Netze. Es ist geplant, digitale Messtechnologien in die Netze zu integrieren, um Zustandsinformationen zu erhalten und daraus weitere Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die in Richtung Netzoptimierung abzielen. Bereits heute haben wir außerdem einige Smart-City-Projekte umgesetzt, so zum Beispiel zur Bewässerung junger Bäume. In Zukunft sollen Technologien im Bereich LoRaWAN genutzt werden, um datenbasiert und fundiert die Lebensqualität in der Stadt zu steigern. Projekte sind hierbei auch in den Bereichen Klimaanpassung und Katastrophenschutz denkbar.

Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der evo hat am 23.11.2023 dem Budget sowie der Finanzplanung 2024 zugestimmt. Das budgetierte Ergebnis für 2024 ist dabei außerordentlich durch den Verkauf der STEAG-Beteiligung durch die KSBG und den daraus realisierten Ertrag der evo geprägt.

Operativ ist das Ergebnis der evo im Jahr 2024 durch ein hohes Rohertragsniveau geprägt, da es im Bereich Wärme durch preisindizierte Verträge zu Nachholeffekten kommt. Roherträge der vergangenen Jahre waren diesbezüglich belastet. Die Planung 2024 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 271,7 Mio. € und Materialaufwendungen von 205,9 Mio. € aus. In den

3 Schnellladesysteme, High Power Charging (HPC), sind Ladesysteme mit denen Batterien von Elektrofahrzeugen schnell mit höchster Leistung geladen werden.

Jahren 2025/2026 wird der Rückgang auf ein normales Rohertragsniveau unterstellt. Die sonstigen Erlöse entwickeln sich im Planungszeitraum i.W. durch höhere Ergebnisbeiträge aus der Direktvermarktung Strom, Förderungen für Projekte im Rahmen der Energiewende sowie höhere aktivierte Eigenleistungen positiv. Der Personalaufwand steigt im Planungszeitraum aufgrund des Tarifabschlusses 2023 stetig an. Der sonstige betriebliche Aufwand kann in den Planjahren bis 2026 relativ konstant gehalten werden. Die Kostenspitze im Jahr 2024 resultiert dabei i.W. aus den Projektkosten für die IT-Umstellung auf S4-Hana. Operativ ist ein Ergebnis nach Steuern in Höhe 14,9 Mio.€ budgetiert.

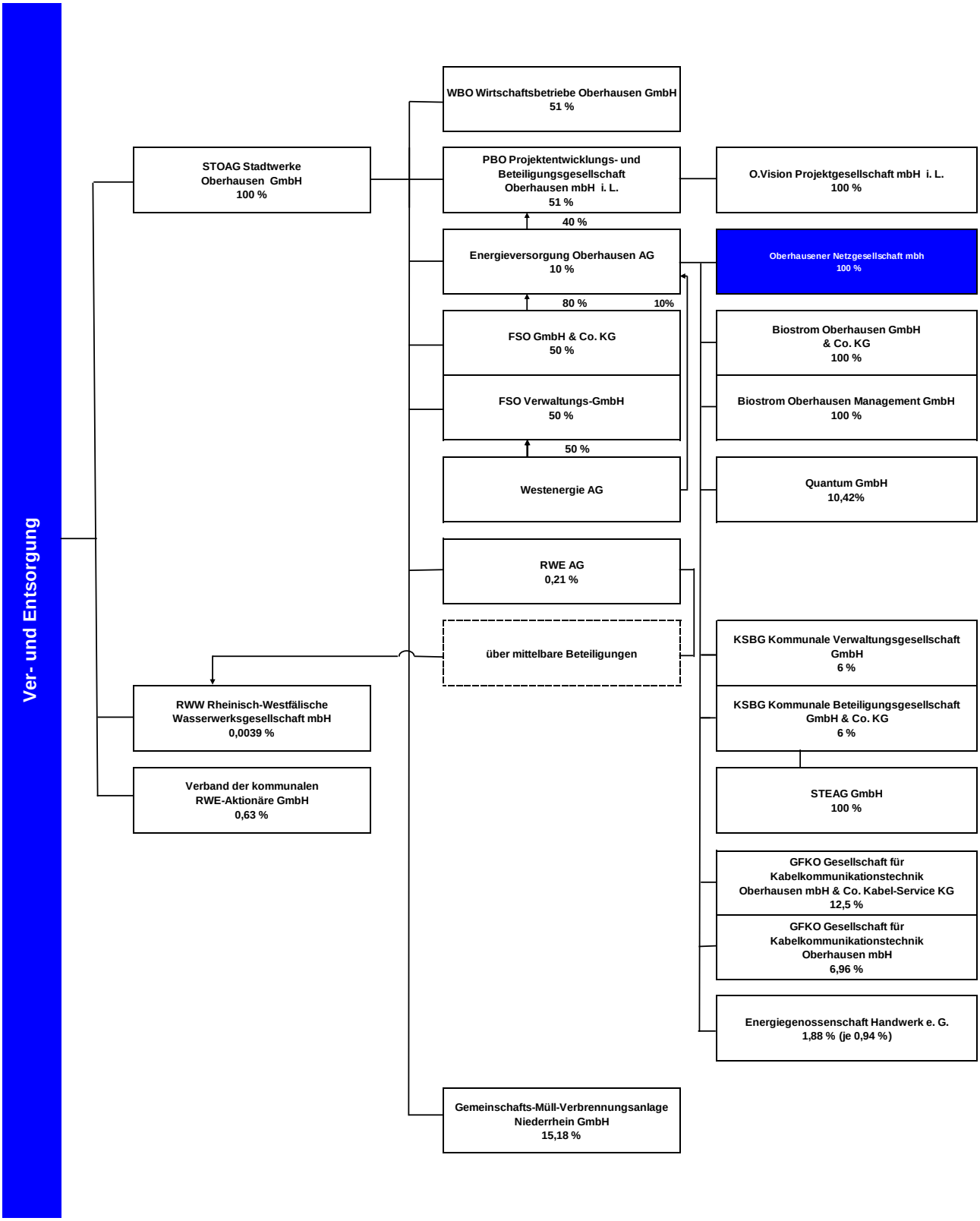
Unter Berücksichtigung eines – nach aktuellem Kenntnisstand - weiteren ausgekehrten Ertrages aus dem STEAG-Verkauf durch die KSBG i.H.v. 48 Mio. € ergäbe sich ein Ergebnis nach Steuern von 63,1 Mio. €. Hiervon sollen 18,3 Mio. € an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, davon 3,4 Mio. € um Steuerbelastungen, die auf Ebene der Gesellschafter für die STEAG angefallen sind, zu kompensieren. Das restliche Ergebnis in Höhe 44,6 Mio. € soll den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Das zusätzliche Kapital dient der evo als Startbasis für die kommenden Herausforderungen der Energie- und Wärmewende in Oberhausen.

Zusammenfassend strebt die Planung für das Geschäftsjahr 2024 damit einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von 18,3 Mio. € (inkl. außerordentlicher Effekt KSBG/STEAG) an. In den Jahren 2025 und 2026 werden Gewinnabführungen von jeweils rd. 13,2 Mio. € erwartet. Oberhausen, den 5. März 2024

Oberhausen, 05. März 2024

Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)

Dolezych / Basler
Vorstand


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-3000
Fax	0208/835-2697
e-Mail	info@ob-netz.de
Internet	http://www.ob-netz.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hell, Bernd Paul
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Alberts, Hans-Jörg Möckl, Oliver Rüdiger

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	74.559,08	74,7	78.026,22	74,9	84.646,50	82,7
Umlaufvermögen	25.267,47	25,3	26.189,91	25,1	17.743,37	17,3
Rechnungsabgrenzungsposten	5,16	0,0	4,78	0,0	4,85	0,0
Bilanzsumme	**99.831,72**	**100,00**	**104.220,91**	**100,00**	**102.394,72**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	55.249,80	55,3	55.249,80	53,0	55.249,80	54,0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	30,17	0,0				
Rückstellungen	14.005,09	14,0	15.261,36	14,6	15.718,26	15,4
Verbindlichkeiten	13.811,34	13,8	16.942,50	16,3	13.208,12	12,9
Rechnungsabgrenzungsposten	16.735,32	16,8	16.767,26	16,1	18.218,54	17,8
Bilanzsumme	**99.831,72**	**100,00**	**104.220,91**	**100,00**	**102.394,72**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	90.833,86	90.340,28	111.920,05
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	37,57	-53,15	7,88
andere aktivierte Eigenleistungen	2.071,01	1.879,65	2.409,68
sonstige betriebliche Erträge	807,73	710,93	803,22
Materialaufwand	39.951,34	46.754,96	68.420,60
Personalaufwand	17.336,99	15.145,48	17.662,96
Abschreibungen	2.617,64	2.635,28	2.832,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	26.818,41	25.254,58	26.945,09
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,73	119,37	649,40
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	389,46	145,11	113,14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.638,06	3.061,67	-184,41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.108,93	911,49	4,10
sonstige Steuern	3,67	12,80	4,07
Erträge aus Verlustübernahmen			192,57
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	4.525,46	2.137,38	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,98	2,37	-0,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,19	3,87	-0,35	%
Cash-Flow:	7.143,10	4.772,66	2.640,28	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	575,15	573,32	673,34	T€
Personalaufwandsquote:	18,49	16,31	15,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,29	74,55	82,31	%
Eigenkapitalquote:	55,34	53,01	53,96	%
Fremdkapitalquote:	44,66	46,99	46,04	%
Anlagendeckungsgrad 2:	76,52	73,25	67,55	%
Verschuldungsgrad:	80,69	88,64	85,33	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen und gesellschaftsrechtliche Situation

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich die Unterhaltung und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die technische Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Mit der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV); ferner ist die Gesellschaft in den Konzern der FSO GmbH & Co. KG und als Organgesellschaft in eine ertragsteuerliche Organschaft eingebunden.

Rahmenbedingungen

Die Netzgesellschaft betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), bei deren Ausfall es zu erheblichen nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen kommen könnte. Durch die z. T. globalen Lieferketten kam es aufgrund diverser Krisen zu Problemen bei einigen wichtigen Betriebsmitteln, wie z. B. Transformatoren, welche zu sehr langen Lieferzeiten führten und auch weiterhin führen werden. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde die Beschaffungsstrategie für wichtige Betriebsmittel dahingehend angepasst, dass wesentliche Materialien/Betriebsmittel deutlich früher bestellt sowie ein höherer Bestand vorgehalten wird, um auf veränderte Nachfragesituationen oder Schadensfälle im Sinne der Versorgungssicherheit adäquat reagieren zu können.

Daneben gab es wirtschaftlich negative Einflüsse aus der Energiekrise, ausgelöst durch den Ukrainekrieg, die insbesondere zu massiv gestiegenen Gas- und Strompreisen führten. Insbesondere die Beschaffung der Verlustenergie im Stromnetz war von den stark gestiegenen Strompreisen betroffen, deren Realisierung als Aufwand im Geschäftsjahr 2023 erfolgte. Als Konsequenz daraus wurde die Beschaffungsstrategie für die Mengen ab 2025 (Futures) angepasst und seit August 2023 über eine Ausschreibungsgemeinschaft der Westnetz GmbH umgesetzt.

Neben den weltweiten Krisen, die z. T. erheblichen Einfluss auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aller Branchen haben, ist die Energiebranche mit einer Vielzahl von neuen gesetzlichen Anforderungen aus der Umsetzung der Energiewende betroffen. Die Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetz (GEG), diverse Novellen (EEG, EnWG, Festlegungen) und das Wärmeplanungsgesetz (WPG), dass noch in Landesrecht umzusetzen ist, und deren Umsetzungen binden große personelle und im Nachgang auch monetäre Ressourcen. Zudem bestehen Unsicherheiten, inwieweit und wie lange diese Regelungen Bestand haben werden, weil immer neue gesetzliche Anpassungen („Reparaturen“) in Berlin erzeugt werden.
Die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden (C-718/18) sorgte für eine Novellierung des EnWG. Die Behörden (insb. die BNetzA) haben nun größere Spielräume, durch Festlegungen zu regulieren. Dies wird ab der fünften Regulierungsperiode wirksam, aber im Jahr 2024 fachlich konzipiert werden. In der derzeit laufenden 4. RP

gelten hingegen weiterhin die bestehenden Verordnungen (insb. Netzzugangs-, Netzentgelt- und Anreizregulierungsverordnung).

Netzbetreiber haben durch die im November 2023 erlassene Festlegung der BNetzA zum § 14a EnWG zu den Steuerbaren Verbrauchseinheiten (SteuVE) eine anspruchsvolle Aufgabe erhalten. Ab dem Geschäftsjahr 2024 dürfen keine neuen SteuVE, wie z. B. Wärmepumpen oder private Ladeinrichtungen, aus netztechnischen Gründen mehr abgelehnt werden. Im Gegenzug können die Anlagen bei Netzengpässen aber gesteuert werden und der Betreiber einer SteuVE erhält dafür eine finanzielle Gegenleistung in Form einer Reduzierung auf die Netzentgelte. Dazu muss die Steuerbarkeit durch die Betreiber der Anlagen und den Netzbetreiber sichergestellt, die Messtechnik in den Niederspannungsnetzen (NSP-Netz) verbaut, Netzberechnungen automatisiert und Steuerungsbefehle zeitnah verteilt werden. Bis spätesten 2029 sind so alle kritischen Bereiche des NSP-Netzes auf die netzorientierte Steuerung auszulegen. Gleichzeitig besteht das Ziel des bedarfsorientierten Netzausbaus, um eine Überlastung ihrer Netze zu vermeiden. Damit dieser gelingt, ist die Schaffung von Transparenz, die Erhebung von Daten aus der Niederspannung unerlässlich.

Die OB-Netz beteiligt sich am Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) unter der Leitung des DVGW, um mittels eines strukturierten Prozesses eine Transformation des Gasverteilnetzes zur Klimaneutralität zu erreichen.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode (RP) wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode wurde durch die Landesregulierungskammer (LRegK) NRW eine Kostenprüfung startend im Jahr 2021 durchgeführt. Man erzielte im Geschäftsjahr 2022 eine Übereinkunft über das als sachgerecht erachtete Ausgangsniveau nach § 6 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Höhe von 17,1 Mio. €.

Im Anschluss an eine Kostenprüfung werden die individuellen Kosten aller Netzbetreiber der individuellen Versorgungsaufgabe gegenübergestellt und mit den anderen Netzbetreibern verglichen. Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben. Es wurden im Erhebungsprozess vier Datenveröffentlichungen im Internet seitens der BNetzA (die letzte am 21.06.2023) vorgenommen sowie eine Branchenkonsultation durchgeführt. Die OB-Netz hat sich an dieser Konsultation beteiligt und die Bereinigung von großen Netzbetreibern gefordert, die in hohem Maße Transportnetzfunktionen innehaben und insbesondere Sonderanschlüsse wie Speicher und große Kraftwerke betreiben. Diese Netzbetreiber verfälschen den Benchmark und sollten entsprechend gesondert betrachtet werden.

Im Entwurf des Gutachtens der frontier economics vom 20.06.2023 im Auftrag der BNetzA wurde ein Best-of-four Effizienzwert von 87,94 % für die OB-Netz ausgewiesen (Verbesserung ggü. 82,75 % aus 3. RP). Am 26.09.2023 erging vor dem BGH ein Urteil zum Effizienzvergleich der 3. RP (EnVR 37/21), das wegen der Berücksichtigung von ehemaligen regionalen Fernleitungsnetzbetreibern (siehe vorheriger Abschnitt) in den Effizienzvergleich auch Auswirkungen auf die Kalkulation der Effizienzwerte für die 4. RP hat. Die BNetzA ist somit gefordert, eine rechtlich einwandfreie neue Berechnung für die 4. RP anzustellen. Diese liegt derzeit noch nicht vor. Daher gibt es, obwohl die 4. RP bereits zum 01.01.2023 begonnen hat, immer noch keinen Beschluss.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hat den Kostenantrag für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028) zum 30.06.2022 fristgerecht übermittelt. Der Beginn der offiziellen Anhörung erfolgte im Januar 2023, eine erste Stellungnahme wurde bis zum 10. Februar 2023 fristgerecht übermittelt. Nach ausführlicher Erörterung und Verhandlung konnte Anfang Juni eine Übereinkunft über die Ausgangsbasis für die 4. RP in Höhe von 35,5 Mio. € erzielt werden. Die Ergebnisse aus dem Effizienzvergleich stehen noch aus. Daher gibt es bisher auch noch keinen Beschluss.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch (Strom: VI-3 Kart 371/21 (V), Gas: VI-3 Kart 351/21 (V)) eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf wurde am 30.08.2023 mit der Aufhebung der Festlegungen der Bundesnetzagentur zu den Eigenkapitalzinssätzen und einer Neufestlegung abgeschlossen. Dagegen hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt.

Neben der Beschwerde zu den EK-Zinsen wurden im Dezember 2023 noch Anträge nach § 29 Abs. 2 EnWG bei der Bundesnetzagentur eingereicht mit dem Ziel der Neufestlegung der Zinssätze und insb. einer angemessenen Berücksichtigung der Zinswende ab 2022. Zum Zeitpunkt der Festlegung der Zinssätze ist die Nichteinbeziehung der Zinswende gem. OLG-Urteil rechtlich nicht zu beanstanden. Da sich aber in der Zwischenzeit die Verhältnisse am Kapitalmarkt deutlich verändert haben, würde eine erneute Festlegung diese Veränderungen mit einbeziehen müssen und den risikolosen Basiszinssatz als eine Komponente des EK-Zinses deutlich erhöhen.

Die OB-Netz strengte zudem eine Beschwerde gegen die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Fremdkapitalzinssatzes für Betreiber von Verteilernetzen im Kapitalkostenaufschlag beim OLG Düsseldorf (VI-3 Kart 466/23 [V]) an. Die Beschwerde gegen den X-Gen Strom für die 3. RP wurde seitens der OB-Netz im November 2023,

nachdem das BGH-Urteil EnVR 28-22 die Beschwerde gegen die BNetzA Festlegung zurückgewiesen hatte, zurückgenommen.

Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Verlust 2023 (nach Steuerumlage) vor Übernahme durch die evo beläuft sich auf - 0,2 Mio. € und steigert sich um 1,6 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz (- 1,8 Mio. €). Auf Grund der vergleichsweisen milden Witterung (Gas) und des geänderten Verbrauchsverhalten (Strom, Gas) der Oberhausener Kunden sind die Ergebnisbeiträge des regulierten Netzgeschäfts für das Jahr 2023 geringer als geplant ausgefallen. Gegenüber der Planung konnte diese Ergebnisbelastung jedoch durch einen im Saldo positiven Ergebnisbeitrag aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung sowie aus periodenfremden Umsatzerlösen fast kompensiert werden. Geringere Budgetauslastungen in den sonstigen Dienstleistungen der OB-Netz, höhere aktivierte Eigenleistungen sowie höhere sonstige betriebliche Erträge (z. B. aus Rückstellungsauflösungen) verbessern das Ergebnis in 2023. Des Weiteren sind die Aufwendungen aus dem Personalgestellungsvertrag mit der evo gegenüber der Planung gesunken, da entsprechende Mitarbeiter von der evo zu OB-Netz gewechselt sind und nun in den originären Personalaufwendungen der OB-Netz Berücksichtigung finden. Gegenläufig wirkte die Entwicklung der Personalaufwendungen, die mit 17,7 Mio.€ das Budgetniveau um 2,1 Mio.€ übersteigen. Dieser Anstieg resultiert neben dem Wechsel von Mitarbeitern der evo zur OB-Netz aus der Bewertung von Personalrückstellungen.

Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit

Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

	Gj. 2023 (in MWh)	**Vorjahr** (in MWh)
Stromnetz:	**632.415**	**654.201**
Gas an Kunden:	786.500	856.733
Gas an evo-Kraftwerke:	364.723	221.436
Gas gesamt:	**1.151.223**	**1.078.169**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	370.438	387.895
Dampf-Bereitstellung:	0	2.226
Fernwärme gesamt:	**370.438**	**390.121**
Energiebereitstellung gesamt	**2.154.076**	**2.122.491**

Die Verringerung der durchgeleiteten Energiemengen im Strom gegenüber 2022 erfolgte über alle Netz- und Umspannebenen und Kundengruppen. Der Rückgang der durchgeleiteten Gasmengen an Kunden in 2023 ist insbesondere auf ein geändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen. Im Bereich der Kraftwerke ergibt sich eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr; die evo-Kraftwerke wurden vermehrt zur Wärmeerzeugung eingesetzt. Der Rückgang im Bereich der Fernwärme an die Kunden ist witterungsbedingt. Da in 2023 keine Turbinenprüfläufe durch die MAN Energy Solutions SE durchgeführt wurden, waren seitens evo keine Dampflieferungen erforderlich.

In Bezug auf die Verfügbarkeit im Stromnetz liegt die OB-Netz für Nieder- und Mittelspannung leicht über dem Branchendurchschnitt, sodass im Qualitätselement ein Bonus entstanden ist. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Ertragslage

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 111,9 Mio. €. Hierin sind Netznutzungsentgelte Strom (67,7 Mio. €) und die Netznutzungsentgelte Gas (27,3 Mio. €) enthalten. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist u. a. auf höhere Erlöse aus der Mehr-Mindermengenabrechnung zurückzuführen. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG).

Der Materialaufwand von 68,4 Mio. € ist maßgeblich durch die vorgelagerten Netzkosten bestimmt und umfasst neben den an die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber abzuführenden Entgelte ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger, Umlagen (gleichlautend in den Netznutzungsentgelten enthalten) und Aufwendungen aus der Mehr-Mindermengenabrechnung. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Fernwärme-Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen aus der Einspeisung erneuerbarer Energien. Der Anstieg um 21,7 Mio. € ist vor allem auf die Kosten der Verlustenergie (+7,8 Mio. €) und erhöhte Mehr-Mindermengenabrechnungen (+7,3 Mio. €) zurückzuführen. Der Personalaufwand mit 17,7 Mio. € erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. €, da in 2023 - bedingt durch eine organisatorischen Änderung - Mitarbeiter der Bereiche Fernwärme, Gebäudeenergieservice und der Öffentlichen Beleuchtung in die Netzgesellschaft gewechselt sind. Ferner wird diese Position durch personalbezogene Rückstellungszuführungen belastet sowie die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie.

Die Abschreibungen betragen 2,8 Mio. € und liegen leicht über Vorjahresniveau (2,6 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 26,9 Mio. € erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 15,4 Mio. € (Vj: 14,4 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,3 Mio. €. Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen in dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr ist in den übrigen Aufwendungen eine Rückstellungszuführung für eine drohende Lieferanteninsolvenz in Höhe von 0,5 Mio. € enthalten.

Aufgrund der Ergebnisentwicklung ergibt sich für die OB-Netz eine geringere an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 0,004 Mio. € (Vj: 0,9 Mio. €).

Das Ergebnis nach Steuern beträgt vor Verlustübernahme durch die evo - 0,2 Mio. € (Vorjahr + 2,1 Mio. € Gewinnabführung an die evo).

Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch das Anlagevermögen geprägt. Die Entwicklung wird im Anlagespiegel dargestellt. Die immateriellen Vermögens-, Sach- und Finanzanlagen (84.646.504,06 €, Vorjahr 78.026.221,26 €) haben einen Anteil von 82,7 Prozent an der Bilanzsumme. Niedrigere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (15.167.962,41 €, Vorjahr 23.667.531,55 €) kompensieren den Anstieg des Anlagevermögens und führen zur Verminderung der Bilanzsumme (102.394.720,97 €, Vorjahr 104.220.913,93 €).

Die Passivseite wird durch das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 55.249.795,01 € geprägt, es gab im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung. Die Eigenkapitalquote erhöht sich in 2023 durch die leicht gestiegene Bilanzsumme auf 54,0 Prozent (Vorjahr 53,0 Prozent). Zudem verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (7.820.660,00 €, Vorjahr 9.589.380 €) aufgrund der vertraglich vereinbarten Tilgungen.

Finanzlage/Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung der Strom- und Gasnetze wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen im Jahr 2023 für die Verteilungsanlagen der Sparten Strom und Gas bei der Netzgesellschaft an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 86 %.

	Budget 2023 in T€	Ist 2023 in T€	Ist 2022 in T€
Investitionen	7.685	9.511	6.184
Abschreibungen	2.900	2.842	2.635

Neben Investitionen in Höhe von T€ 6.115 für die Erneuerung des Stromnetzes sowie T€ 521 zur Erneuerung des Gasnetzes sah das Investitions-Budget 2023 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von T€ 1.049 vor.

Die Investitionen betrugen T€ 9.511 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2023 in T€	Ist 2022 in T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	7.454	4.426
▪ Erdgasversorgung	1.971	1.738
▪ Gemeinsame Anlagen	0	0
Finanzanlagen	86	20
Gesamtbetrag	**9.511**	**6.184**

Die Investitionen in die Erneuerung der Netze der Strom- und Gasversorgung waren die wesentlichen Anlagenzugänge im Jahr 2023. In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nach aktueller Einschätzung nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Energiewende ausreichen.

Seit dem Jahr 2022 wurde damit begonnen, den Fremdkapitalbedarf der Netzgesellschaft zur Finanzierung der Investitionen in die Strom- und Gasversorgung durch die evo aufzunehmen und die entsprechende Liquidität über das Cash-Pooling an die Netzgesellschaft weiterzureichen.

Falls es zukünftig aus regulatorischen Gesichtspunkten für den Konzern von Vorteil ist, Teile des benötigten Fremdkapitalbedarfs unmittelbar bei der Netzgesellschaft aufzunehmen, wird dies unterjährig geprüft und entsprechend umgesetzt.

Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen, der Instandhaltung der Netze sowie der jährlichen Gewinnabführung an die evo. Eventuelle Jahresfehlbeträge werden durch die evo ausgeglichen.

Aus den Finanzplanungen für die kommenden Jahre ergibt sich - wie unter 5.2 erläutert - ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen, hierbei können die erforderlichen Mittel sowohl direkt am Kapitalmarkt oder aber auch über die evo beschafft werden.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Netzgesellschaft wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo als zufriedenstellend betrachtet.

Tätigkeitsabschlüsse

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG verpflichtet gesonderte Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen. In der Netzgesellschaft werden vier Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas, Messstellenbetrieb sowie die Sonstigen Aktivitäten. Für die Bereiche Verteilnetze Strom und Gas sowie Messstellenbetrieb wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs. Die Tätigkeit Messstellenbetrieb betrifft das Zählerdatenmanagement.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

In der letzten Risikoinventur wurden 12 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Netz-Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Bei den halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum keine neuen Risiken erfasst und 2 Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Beschaffung von Verlustenergie“ konnte geschlossen werden; die Beschaffung wird zukünftig für das Beschaffungsjahr 2025 durch die Westnetz vorgenommen, wodurch das Risiko aufgrund einer höheren Anzahl von Auktionen entsprechend minimiert werden kann.

Weiterhin wurde das Risiko „BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsabschlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG)“ geschlossen. Die BNetzA hatte eine Festlegung veröffentlicht, in der zusätzliche Bestimmungen bei der Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen von vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen enthalten sind. (BK8-19-/00002-A). Die Netzgesellschaft hatte hierin monetäre Risiken gesehen insbesondere im gesonderten Ausweis saldierter Forderungen/Verbindlichkeiten und der damit vermuteten zusätzlichen Kürzung im UV sowie der Erhöhung des Abzugskapital. Aufgrund der Erfahrungen in der letzten Kostenprüfung Strom ist nicht mehr mit einer Entsaldierung der Forderungen und Verbindlichkeiten und den damit verbundenen negativen Effekten im Ausgangsniveau zu rechnen.

Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:
Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NAV, Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes und Risiko „7,5 GWh“ (Delta zwischen Netznutzungsabrechnung und Netzlast/Regulierungskonto), Gasmangellage und Materialbeschaffung, Preissteigerungen und Lieferzeiten.

Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich sich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den voranschreitenden Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz werden dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft arbeitet weiterhin intensiv an grundsätzlichen Strukturveränderungen mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Prognosebericht

Die operativen und wirtschaftlichen Herausforderungen alle Verteilnetzbetreiber sind durch die sich verändernden Rahmenbedingungen deutlich gestiegen. Die Energiewende hat sich u. a. durch die mit dem Ukrainekrieg ausgelösten Energiekrise beschleunigt. Es kommt zu einem verstärkten Ausbau dezentraler Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen und auch die Mobilitätswende mit einer steigenden Elektrifizierung ist durch Verteilnetzbetreiber strategisch zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Klimaschutzgesetz und die Verpflichtung Deutschlands zur der Treibhausgasneutralität werden die Investitionstätigkeiten im Bereich der Gasnetze deutlich vermindert. In der Vergangenheit wurde die sogenannte „Retrofit-Strategie“ im Bereich der Versorgungsnetze verfolgt; d.h. es wurde beispielsweise „vorbeugende“ Investitionen zur Modernisierung vorgenommen. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen wird der Fokus jedoch auf Instandhaltungsmaßnahmen gelegt, was zu verminderten Investitionsaktivitäten im Bereich der Gasnetze führt.

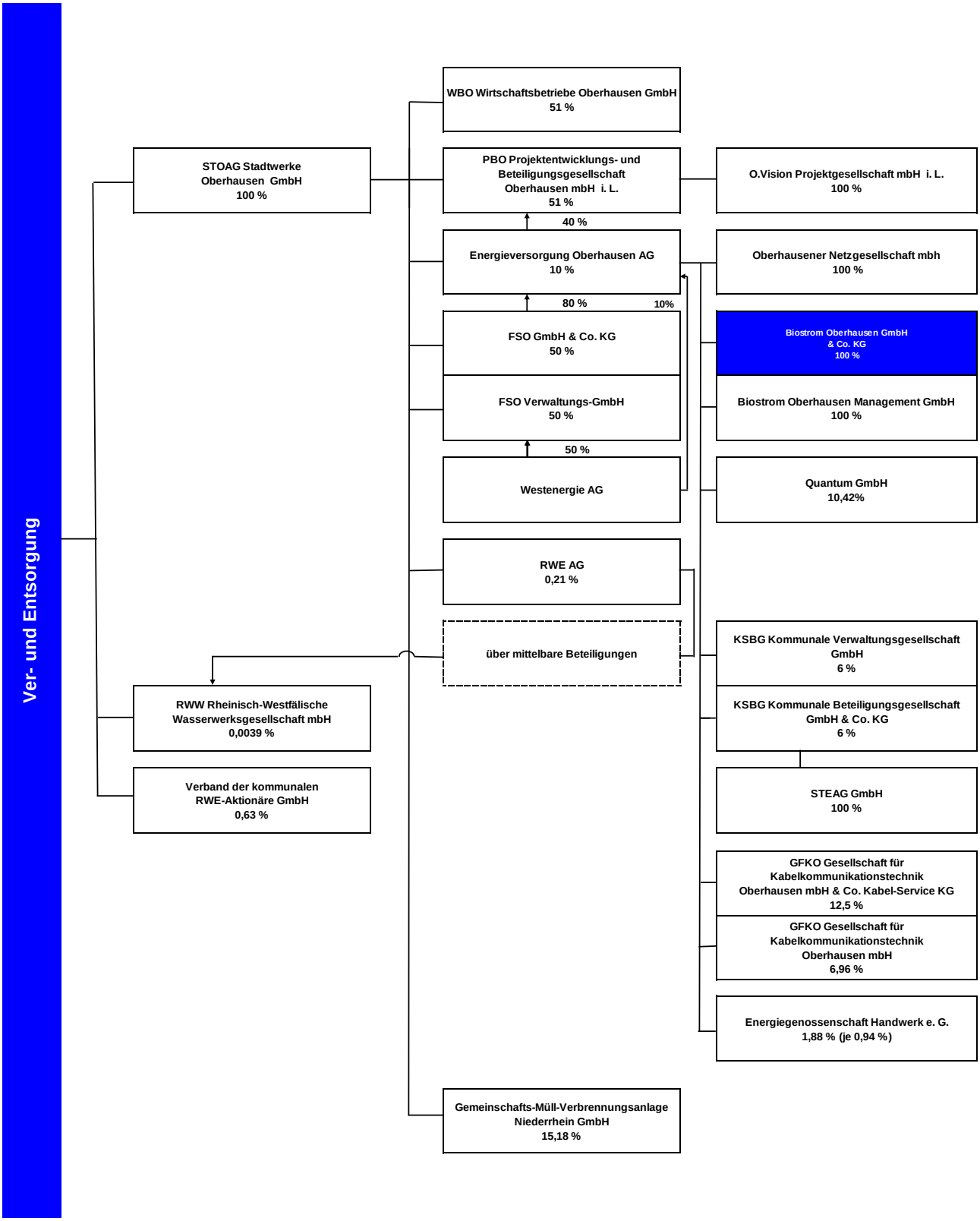
Die Gesellschafterversammlung der OB Netz hat am 23.11.2023 dem Budget sowie der Finanzplanung 2024 zugestimmt. Auch im Jahr 2024 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas bestimmt. Es werden Umsätze in Höhe von ca. 107,1 Mio.€ sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2024 bei erwarteten Materialaufwendungen von 56,4 Mio. €, Personalaufwendungen von 18,5 Mio € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 24,8 Mio. € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von 6,8 Mio.€ angenommen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein positiver Jahresüberschuss in Höhe von 4,1 bzw. 4,3 Mio. € erwartet.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlösposition kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar. Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, 05. März 2024

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Bernd Hell
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.102,75	91,4	7.441,72	76,6	6.961,64	89,3
Umlaufvermögen	764,68	8,6	2.278,81	23,4	833,68	10,7
Bilanzsumme	**8.867,42**	**100,00**	**9.720,54**	**100,00**	**7.795,32**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.008,99	56,5	5.924,10	60,9	5.737,52	73,6
Rückstellungen	358,98	4,0	442,79	4,6	696,93	8,9
Verbindlichkeiten	3.499,45	39,5	3.353,64	34,5	1.360,87	17,5
Bilanzsumme	**8.867,42**	**100,00**	**9.720,54**	**100,00**	**7.795,32**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5.086,50	5.777,15	5.003,10
sonstige betriebliche Erträge	86,29	74,25	985,49
Materialaufwand	2.795,99	3.016,18	4.511,21
Abschreibungen	815,47	832,47	833,93
sonstige betriebliche Aufwendungen	680,59	799,97	714,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,56	1,48	1,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34,18	32,48	59,67
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	848,11	1.171,78	-129,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	190,62	256,67	57,39
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	657,49	915,11	-186,58
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	657,49	915,11	-186,58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	12,93	15,84	-3,73
Eigenkapitalrentabilität:	15,11	18,27	-3,15
Cash-Flow:	1.472,96	1.747,57	647,35
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,38	76,56	89,31	%
Eigenkapitalquote:	56,49	60,94	73,60	%
Fremdkapitalquote:	43,51	39,06	26,40	%
Anlagendeckungsgrad 2:	61,82	79,61	82,42	%
Verschuldungsgrad:	77,03	64,08	35,87	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig technischer Vorstand der evo.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2023 wurden in der Anlage 30.281,10 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche, im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge, lag bei 2,05%, der Anteil der Feinasche bei 0,26%. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine hinreichend gute Qualität des eingesetzten Brennstoffes.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2023 war - durch Störungen, den Revisionsstillstand und einen Zeitraum mangelnder Wirtschaftlichkeit - niedriger als im Jahr 2022, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag 2023 bei 4.996,50 Stunden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.800 Stunden) unter dem angestrebten Zielwert. Dies ist auf die genannten Betriebsstörungen, die Revisionszeit und die Stillstandsphase zurückzuführen.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2023 bei 12.389,89 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 50.752,25 MWh.

Durch den beschriebenen Mengenrückgang (geringere Verfügbarkeit der Anlage sowie geringerer Bruttostromeinspeisung und gesunkener Fernwärmeerzeugung) hat die BSO geringere Umsatzerlöse erzielen können.

Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,1 Mio. € mit 0,8 Mio. € nicht erreicht werden. Weiterhin kam es zu einem Jahresfehlbetrag von T€ 186,6, geplant war ein Überschuss von T€ 163. Ursächlich für die Entwicklung waren u.a. stark erhöhte Brennstoffeinsatzkosten sowie ungeplante Instandhaltungsaufwendungen. Positiv wirkten sich die Preiserhöhung Fernwärme gegenüber der evo sowie der ungeplante Zuschuss der evo für Instandhaltung aus.

Während der Anlagenrevision im Juni/Juli 2023, lag der Fokus auf der Sanierung der Feuerfest-Auskleidung (Erneuerung der Wände im Feuerraum, Austausch der Frontschicht im 1. Zug). Dieser letzte geplante Bauabschnitt des Sanierungskonzeptes, konnte erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Außerdem wurde die „Große Turbinenrevision“ an der MARC1-Dampfturbine durchgeführt. Bedingt durch das festgestelltes Schadensbild, konnte der Revisionszeitplan nicht gehalten werden. Die Gesellschaft hat einen Zuschuss der evo für ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen von T€ 991 erhalten.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision 2023, wurden am Dampfkessel und am ECO weitere Luftkanonen installiert, um eine noch effektivere Abreinigung der Heizflächen zu erreichen. Aus Sicht der BSO KG wird durch dieses System einer Verschmutzung der Kesselrohre - und damit einer Verminderung des Wirkungsgrades - vorgebeugt und die Reisezeit der Anlage weiter erhöht.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungsstunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Handeln und Planen berücksichtigt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag nach Steuern von T€ 186,6 (Vj. Jahresüberschuss T€ 915,1). Das EBITDA beläuft sich auf 0,8 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von T€ 5.003,1 sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 774,1 gesunken, dies ist auf die geringeren Betriebsstunden zurückzuführen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2023 bei 4.996,5 VBh (Vj. 7.087,5 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2023 bei 12.389,89 MWh (Vj. 17.898,90 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 50.752,25 MWh (Vj. 68.724,64 MWh).

Die Materialaufwendungen erhöhten sich um T€ 1.495,0 auf T€ 4.511,2. Bei gesunkenen Volllastbenutzungsstunden der Anlagen sanken die Aufwendungen für Energie-, Gas- und Wasserbezug. Dagegen erhöhten sich jedoch die Aufwendungen für Brennstoffeisatz preisbedingt sowie die Aufwendungen für Fremdleistungen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit T€ 985,5 über dem Wert aus dem Vorjahr (T€ 74,3); sie beinhalten im Wesentlichen eine Erstattung der evo von Mehrkosten für Wartung und Instandsetzung (€ 900.930,91), eine Energiesteuererstattung (T€ 51,4) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 33,1).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sinken um T€ 85,3 auf T€ 714,6.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben einem Gesellschafterdarlehen (T€ 1.220) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu T€ 400 eingeräumt. Das Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2023 bei 73,6 % (Vj. 60,9 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 26,4 % (Vj. 39,1 %).

Risiko- und Chancenbericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2023 38 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (33 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich fünf Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind davon ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Chancen ergeben sich aufgrund des Marktgeschehens durch hohe erzielbare Preise aus der Direktvermarktung, die bei der Gesellschaft zu höheren Umsatzerlöse führen können.

Prognosebericht

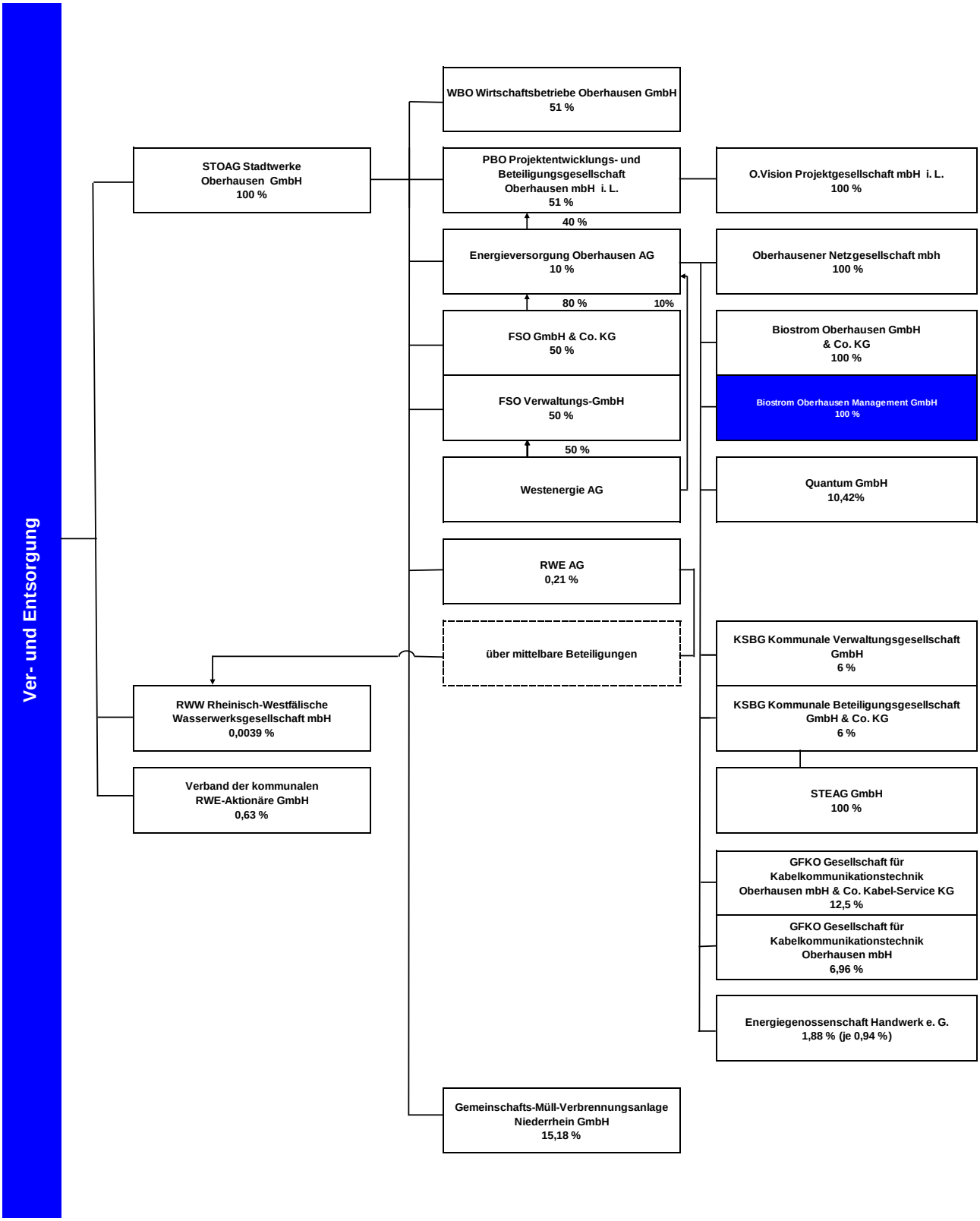
Für 2024 werden realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.524 (Vj. 7.650 Stunden) angestrebt. Die Verfügbarkeit der Anlage soll im Jahr 2024 stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wärmevergütung von T€ 7.180 stehen geplante Brennstoffkosten von T€ 3.282 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2024 für das folgende Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,7 Mio. € vor. Der Jahresüberschuss 2024 wird auf T€ 625 prognostiziert.

Oberhausen, 26. Januar 2024

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer der Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Danziger Straße 31 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	30,02	100,0	28,98	100,0	31,84	100,0
Bilanzsumme	**30,02**	**100,00**	**28,98**	**100,00**	**31,84**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	27,22	90,7	25,93	89,5	28,03	88,0
Rückstellungen	2,50	8,3	2,75	9,5	3,40	10,7
Verbindlichkeiten	0,30	1,0	0,30	1,0	0,41	1,3
Bilanzsumme	**30,02**	**100,00**	**28,98**	**100,00**	**31,84**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,50	6,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,51	3,80	4,32
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1,01	-1,30	2,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,40
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1,01	-1,30	2,10
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1,01	-1,30	2,10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

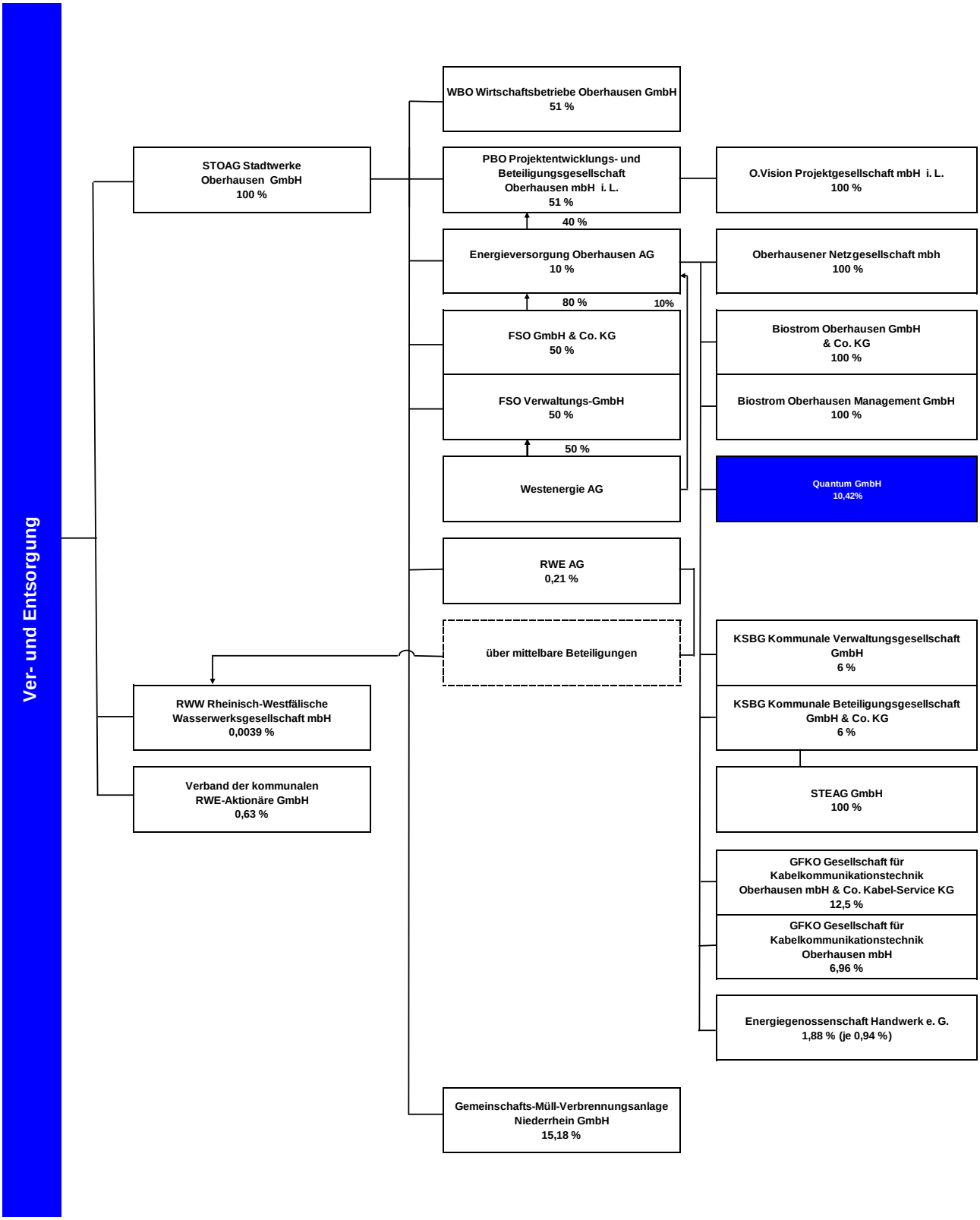
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:			
Eigenkapitalrentabilität:	-3,57	-4,76	8,11
Cash-Flow:	-1,01	-1,30	2,10
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalquote:	90,68	89,48	88,04
Fremdkapitalquote:	9,32	10,52	11,96
Verschuldungsgrad:	10,28	11,75	13,58

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	http://www.quantum.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.035,25

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	6,11
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	8,73
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	1,75
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	3,49
SWK Energie GmbH	247,50	26,20
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	3,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Geschäftsführer	Benz, Andreas

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesell-schafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Herschbach, Stefan
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Dolezych, Timm
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Ferling, Siegfried
	Mitglied	Dercks, Claudia
Prokura:	Prokurist	Schäfer, Michael
	Prokurist	Schechinger, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	108,30	0,3	92,19	0,2	101,98	0,1
Umlaufvermögen	31.078,28	99,5	41.518,53	99,7	196.612,43	99,9
Rechnungsabgrenzungsposten	46,76	0,1	50,45	0,1	64,98	0,0
Bilanzsumme	**31.233,35**	**100,00**	**41.661,16**	**100,00**	**196.779,38**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.405,96	17,3	5.601,79	13,4	7.620,77	3,9
Rückstellungen	2.322,56	7,4	4.566,40	11,0	15.236,16	7,7
Verbindlichkeiten	23.487,04	75,2	31.472,88	75,5	173.917,93	88,4
Rechnungsabgrenzungsposten	17,79	0,1	20,10	0,0	4,52	0,0
Bilanzsumme	**31.233,35**	**100,00**	**41.661,16**	**100,00**	**196.779,38**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	522.094,15	879.919,05	1.554.192,48
sonstige betriebliche Erträge	198,59	179,07	277,72
Materialaufwand	516.430,12	872.941,05	1.546.345,12
Personalaufwand	2.301,99	2.901,83	2.945,73
Abschreibungen	46,70	44,00	31,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.782,36	3.488,26	3.315,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			2.209,53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350,05	450,73	1.538,40
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	381,53	272,26	2.503,08
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	65,22	76,26	831,96
sonstige Steuern	0,67	0,17	0,74
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	315,64	195,83	1.670,38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	315,64	195,83	1.670,38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	0,02	0,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,20	3,62	28,07	%
Cash-Flow:	362,34	239,83	1.702,19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	23.421,20	33.849,93	64.769,59	T€
Personalaufwandsquote:	0,44	0,33	0,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,27	0,19	0,05	%
Eigenkapitalquote:	17,31	13,45	3,87	%
Fremdkapitalquote:	82,69	86,55	96,13	%
Anlagendeckungsgrad 2:	4991,52	6076,48	7472,88	%
Verschuldungsgrad:	477,76	643,71	2482,15	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Quantum GmbH

Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet diverse Dienstleistungen an, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Das angebotene Dienstleistungsspektrum zielt darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Dienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Kurzfristoptimierung 24/7
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Prozessdienstleistungen (MaBis / GaBi)
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden können.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Management von Überführungszeitreihen nach dem „erneu-erbare-Energien-Gesetz“
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen
- Kraftwerkseinsatzoptimierung
- Prozessdienstleistungen Vertriebs- und Netz EDM
- Unterstützung im Geschäftskundenvertrieb (White Label-Vertriebsstrategie „Tranche Komfort“)
- Umsetzung BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz)
- Umsetzung Redispatch 2.0
- Direktvermarktung
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Vision und Strategie für die dezentrale, „grüne“ Energiewelt so-wie darauf basierender Geschäftsmodelle

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Kunden offen. Im Zuge ihrer kontinuierlichen Bemühungen, den Gesellschafterkreis zu erweitern, hat die Quantum im zweiten Halbjahr 2023 die Vorbereitungen für die Aufnahme von zwei weiteren kommunalen Unternehmen als Gesellschafter aufgenommen. Es ist vorgesehen, dass die betreffenden Stadtwerke den Gesellschafterstatus rückwirkend zum 1. Januar 2024 erlangen werden.

Im Geschäftsjahr hat die Quantum die Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten in Richtung Dekarbonisierung und Integration der Erneuerbaren Energien in die Portfolien ihrer Gesellschafter und Kunden konsequent fortgeführt. In diesem Zuge wurde das Anlagenportfolio im Bereich der Direktvermarktung weiter aufgebaut und die Beratung der Gesellschafter beim Bezug bzw. der Vermarktung Erneuerbarer Energien ausgeweitet. Ende 2023 wurde den Gesellschaftern ein erweitertes Dienstleistungskonzept vorgestellt, welches eine umfassende Unterstützung auf allen relevanten Stufen der Wertschöpfungskette im Bereich der emissionsfreien, dezentralen Energiewelt zum Ziel hat. Dieses Konzept wurde von den Gesellschaftern angenommen und wird beginnend im ersten Quartal 2024 über die folgenden 24 Monate sukzessive umgesetzt werden.

Strategien und Ziele

Quantum Beschaffungsstrategien

Wie auch schon das Vorjahr 2022, war das Geschäftsjahr stark von den Auswirkungen der Energiepreiskrise geprägt. Obwohl es im Laufe des Jahres zu deutlichen Preisrückgängen bei Strom und Gas und zu einem Anstieg der Liquidität am Großhandelsmarkt kam, war das Umfeld am Beschaffungsmarkt weiter von Herausforderungen wie volatilen Preisen und hohen Besicherungsanforderungen der Lieferanten geprägt. Basierend auf ihrem Netzwerk an verlässlichen Handelspartnern und den bewährten Beschaffungsstrategien war die Quantum dennoch jederzeit in der Lage, die von ihren Gesellschaftern und Kunden beauftragten Mengen an Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten auf wettbewerbsfähige Weise zu befassen. Im Rahmen der längerfristig ausgelegten Beschaffungsstrategien konnte ein bezogen auf die extremen Preisstände zum Höhepunkt der Energiepreiskrise deutlich niedriger durchschnittlicher Beschaffungspreis erreicht werden.

Kurzfristoptimierung

Quantum nutzte wie in den Vorjahren die Optimierungschancen am Kurzfristmarkt (Day- Ahead und Intraday-Spotmarkt an der EEX) durch die Glattstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe des hierbei eingesetzten automatisierten Handelssystems werden solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr am kurzfristigen Markt risikominimierend gehandelt. Als weiteres Ziel wird die Erwirtschaftung zusätzlicher Deckungsbeiträge verfolgt.

Kraftwerkseinsatzoptimierung

Im Geschäftsjahr erbrachte die Quantum diese Dienstleistung weiter bei insgesamt vier Gesellschaftern. Die eingesetzten Methoden und Systeme werden stetig weiterentwickelt, um die bestehenden Flexibilitäten bestmöglich im Sinne der Anlagenbetreiber am Markt einzusetzen.

Absatzportfoliomanagement

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement wird aktuell von vier Quantum- Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung werden rund 50% des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- und Kostenüberblick einzelner Vertriebssegmente.

Quantum-Portal

Im Zuge der Aktualisierung des Quantum-Portals wurde das neue Frontend mit den überarbeiteten und um zusätzliche Funktionen erweiterten Portfolioberichten live genommen und den Kunden zur Nutzung übergeben. Insbesondere stehen den Kunden nun detailliertere Sichten und Daten-Downloads zur Verfügung. Darüber hinaus wurden Perfomance-Verbesserungen umsetzt und das Design des Quantum-Portals modernisiert.

Prozessoptimierung, -digitalisierung und -automatisierung

Die Zusatzdienstleistung "Prozesse und Digitalisierung" (PuD) wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 eingestellt.
Im Laufe des Jahres 2023 hat sich gezeigt, dass die erforderliche Nachfrage innerhalb des Gesellschafterkreises nicht gegeben ist. Eine wettbewerbliche Betätigung außerhalb des Gesellschafterkreises ist aufgrund des geltenden Kommunalrechts nicht möglich.

Organisation

Seit einigen Jahren wird die Organisation konsequent im Sinne des Arbeitens nach agilen Werten weiterentwickelt. Im Sinne des überarbeiteten Führungsleitbildes wurde das eigenverantwortliche unternehmerische Handeln und Entscheiden in den Teams weiter gefordert und gefördert. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Teams und so genannte Boards mit interdisziplinäreren Kompetenzen sowie klar fokussierten Aufgabenstellungen. Einzelne Mitarbeiter können je nach Kompetenz und Interesse in mehreren Teams, Boards und Kreisen mitwirken. Die Quantum arbeitet mit einer flachen Hierarchie. Abgesehen von den Teams bringt sich die Geschäftsführung in die Arbeit der Boards und Kreise mit ein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Vertriebseinheiten unserer Gesellschafter sowie die bestmögliche Erfüllung der Bedürfnisse der Kunden steht im Zentrum und Fokus aller Bestrebungen und Aktivitäten der Quantum.

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2023 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

Energie für Morgen

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum einerseits durch die Inno- vations-Plattform EFM („Energie für morgen") vorangetrieben, die den Gesellschaftern und Kunden als Zusatzdienstleistung zur Entwicklung verschiedener Zukunftsthemen zur Verfügung steht. Andererseits entstehen wichtige Zukunftsimpulse für die Quantum aus ihrer Rolle als Initiator und Mitveranstalter einer jährlichen Konferenz für die emissions- freie Daseinsvorsorge (Stadtwerke Impact Day).

Auf dieser Grundlage wurde in 2023 mit ausgewählten Gesellschaftern die Arbeit am 2022 gestarteten Projekt „Klimaneutrales Stadtwerk" fortgeführt. Als technologische Da- tenbasis wurde bei den Stadtwerken ein sogenannter digitaler Zwilling installiert, der die relevanten Informationen, Verbrauchsdaten und CO2-Entwicklungspfade an einer zentra- len Stelle zusammenfasst und verfügbar macht.

Durch das Projekt „Klimaneutrales Stadtwerk" mitinitiiert wurde die Neu- und Weiterent- wicklung der Basisdienstleistungen der Quantum zur Integration von erneuerbaren Ener- gien in die Portfolien. Mit der zunehmenden Verlagerung der operativen Projektaktivitä- ten in die teilnehmenden Stadtwerke wurde die Innovations-Plattform EFM für 2024 in- haltlich neu auf den Wissensaustausch zum Auf- und Ausbau der Erzeugung erneuerba- rer Energien ausgerichtet.

Zum Ende 2023 entstand für Quantum zudem die Möglichkeit, sich mit verschiedenen anderen Stadtwerken außerhalb der Quantum an einem Projekt zum Aufbau einer Pro- sumer-Plattform auf Basis dynamischer Tarife zu beteiligen.

II. Wirtschaftsbericht

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Hier sind vor allem EMIR 3.0 und REFIT sowie die Fortschritte bei der Ausgestaltung des zukünftigen Strommarktdesigns auf deutscher und europäischer Ebene zu nennen.

Die Branche war zudem stark durch die abrechnungsbezogenen Herausforderungen der Strom- und Gaspreisbremse geprägt. Quantum war hiervon jedoch nicht unmittelbar betroffen.

Darüber hinaus fand im Jahr 2023 eine Anpassung am Format der REMIT-Meldungen statt, welche mit Unterstützung externer IT-Dienstleister umgesetzt werden konnte.

Ab dem 01. April 2024 sind laut Beschluss der Bundesnetzagentur alle Marktpartner verpflichtet, die Marktkommunikation Strom per AS4-Protokoll durchzuführen. Dies stellte die Branche insgesamt vor große Herausforderungen. Quantum hat im Jahr 2023 intensiv mit einem externen IT-Dienstleister an der fristgerechten Umsetzung der Vorgaben gearbeitet.

Geschäftsverlauf Gesellschafterangelegenheiten

In 2023 konnte die Quantum drei weitere Stadtwerke als neue Gesellschafter gewinnen. Die Stadtwerke Lingen GmbH erweiterten über einen Anteilsverkauf den Gesellschafterkreis der Quantum GmbH. Für die Stadtwerke Dinslaken GmbH sowie für die Stadtwerke Wülfrath GmbH wurde die für eine Aufnahme als Gesellschafter notwendige Kapitalerhöhung der Quantum GmbH beschlossen.

Strommarkt

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte in 2022 zu massiven Preissteigerungen für Erdgas und Kohle geführt, infolge derer auch die Strompreise in Deutschland und Europa massiv angestiegen waren. Ab Oktober 2022 sank das durchschnittliche Strompreisniveau am Großhandelsmarkt dann wieder. Zu Anfang des Berichtsjahres stiegen die Strompreise zwar nochmals kurzzeitig an, in den Folgemonaten setzen sich die Preisrückgänge jedoch fort. Ungeachtet dessen verharrte die Volatilität der Preise aufgrund der anhaltenden geopolitischen Risiken und fundamentalen Unsicherheiten am Markt weiter auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Energiepreiskrise.

Der höchste Strompreis wurde an der EEX-Börse am ersten Handelstag des Berichtsjahres, dem 02.01.2023, mit 214,27 €/MWh für das Baseloadprodukt 2024 erreicht. Die niedrigste Notierung für dieses Produkt wurde am 19.12.2023 mit 86,62 €/MWh festgestellt. Der offizielle Schlusskurs am 27.12.2023 lag bei 95,72 €/MWh.

Gasmarkt

Die infolge des Ukraine-Krieges gegen Russland verhängten Sanktionen führten im Laufe des Jahres 2022 zu einer deutlichen Reduktion der russischen Pipeline-Gaslieferungen nach Europa, wodurch es zu einem massiven Anstieg der Gaspreise kam. Seit Anfang 2023 hat sich die Lage am Erdgasmarkt wieder beruhigt. Am 02.01.2023, dem ersten Handelstag des Berichtsjahres, wurde mit einem Preis von 78,00 €/MWh die höchste Notierung an der EEX- Börse für das Kalenderprodukt 2024 im Marktgebiet THE erreicht. Im weiteren Jahresverlauf ist das Preisniveau stetig gesunken. Ursächlich hierfür waren sowohl der verringerte Bedarf

des Wärmesektors aufgrund des milden Winters 2022/2023 als auch konjunkturbedingte Verbrauchsrückgänge der Industrie. Des Weiteren sorgten die allgemein gute LNG-Versorgungslage und der Aufbau eigener LNG-Importkapazitäten in Deutschland für hohe Gasspeicherstände und damit für eine Entspannung der Großhandelsmarktpreise. Auch beim Erdgas war der Preisverlauf aufgrund der weiterhin angespannten geopolitischen Lage und den daraus resultierenden Risiken für die Gasversorgung weiter durch ein hohes Maß an Volatilität gekennzeichnet. Der Abschlusskurs vom 27.12.2023 für das Kalenderprodukt 2024 im Markt- gebiet THE lag bei 37,21 €/MWh. Am 19.12.2023 wurde mit 34,90 €/MWh der niedrigste Kurs im Jahresverlauf erzielt. Der durchschnittliche Preis fiel im Vergleich zum Vorjahr um 64,89
€/MWh auf 53,59 €/MWh.

Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2023 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele der Wirtschaftsplanung erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich „1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht unmittelbar betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2023 1.554,2 Mio.€. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2023 wurde um ca. 38,1% überschritten, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr Mehrerlöse von 43,4%. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von 442,8 Mio.€ auf

867,9 Mio.€ erhöht (+96,0%), die Gasumsätze stiegen von 369,0 Mio.€ auf 600,5 Mio.€ (+62,7%). Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen und Zusatzdienstleistungen an Gesellschafter und Partner sowie auf Erlöse mit Zertifikaten (2023: 78,3 Mio.€) und Ähnlichem zurück.

	2023 T€	2022 T€	Veränderung T€	Veränderung %
+ Umsatzerlöse	1.554.192	879.919	674.273	76,6%
- Materialaufwand	1.546.345	872.941	673.404	77,1%
Rohertrag	**7.847**	**6.978**	869	12,5%
- Personalaufwand	2.946	2.902	44	1,5%
- Abschreibungen	32	44	-12	-27,3%
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.315	3.488	-173	-5,0%
+ Sonstige betriebliche Erträge	278	179	99	55,3%
Betriebsergebnis	**1.832**	**723**	1.109	>100%
+ Zinserträge	2.210	90	2.120	>100%
- Zinsaufwendungen	1.538	541	997	>100%
Finanzergebnis	**671**	**-451**	1.122	>100%
- Ertragsteuern	832	76	756	>100%
Ergebnis nach Ertragsteuern	**1.671**	**196**	1.475	>100%
- Sonstige Steuern	1	0	1	>100%
Jahresüberschuss	1.670	196	1.474	>100%

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Der bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator ist das Jahresergebnis. Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von 1.670,4 T€ erzielt und damit den Plan von 2,4 T€ um 1.668,0 T€ übertroffen.
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren liegen nicht vor.

Die Personalkosten sind im Berichtszeitraum um 1,5 % beziehungsweise um 0,44 Mio.€ auf 2,9 Mio.€ gestiegen.

Im Jahr 2023 sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 3.488 T€ auf 3.315 T€ (-5,0%) gesunken.

Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung (DRS 21)	**2023 - T€ -**	**2022 - T€ -**
	Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	1.670	196
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anla- gevermögen	32	44
±	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	10.670	2.244
±	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderun- gen aus Lieferungen und Leistungen sowie ande- rer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzie- rungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.504	-10.826
±	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-11	0
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Pas- siva, die nicht der Investitions- oder Finanzie- rungstätigkeit zuzuordnen sind	141.563	7.985
±	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1	0
±	Zinsaufwendungen / Zinserträge	-671	451
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**151.750**	**94**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sa- chanlagevermögens	12	1
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanla- gevermögen	-44	-29
+	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-32**	**-28**
±	Ein- / Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	349	0
+	Gezahlte Zinsen	-671	-451
-	**Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-322**	**-451**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanz- mittelfonds**	**151.396**	**-385**
=	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	17.121	17.506
+	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**168.517**	**17.121**

Der Finanzmittelfond setzt sich zusammen aus dem Guthaben bei Kreditinstituten (49 T€, Vorjahr 17,1 T€)) und der Liquiditätsüberlassung an die SWK AG (120T€, Vorjahr 0 €).

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist um 150.985 T€ gestiegen. Diese Steigung resultiert im Wesentlichen aus den per Saldo gestiegenen Forderungen, denen gestiegenen Verbindlichkeiten aus Energielieferungen gegenüberstehen. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Mittelabfluss von 32 T€ (VJ 28 T€). Dieser resultiert aus Auszahlungen aus dem Sachanlagevermögen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit vermindert sich um 63T€ auf -322 T€ und resultiert im Wesentlichen aus Zinsen zur Besicherung und aus Zinsen von kurzfristigen Geldanlagen. Auch insgesamt lief es auf eine Erhöhung des Finanzmittelfonds um 151.396 T€ auf 168.517 T€ (VJ: 17.121 T€) hinaus.

Kapitalstruktur	2023 T€	2022 T€	Veränderung T€	%
Summe Eigenkapital	7.621	5.602	2.019	36,0%
Summe Fremdkapital	189.159	36.059	153.100	424,6%
Bilanzsumme	**196.779**	**41.661**	**155.118**	372,3%

	%	%
Eigenkapitalquote	3,9	13,4
Fremdkapitalquote	96,1	86,6

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote verminderte sich aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme auf 3,9%.

Bei den Forderungen ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung von +123,7 Mio.€, bei den Verbindlichkeiten von +142,5 Mio.€. Beide Effekte führten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme mit der entsprechenden Wirkung auf die Eigenkapitalquote.

Aufgrund der Zinssituation wurden zum 31.12.2023 die Lieferanten nicht vorfällig gezahlt. Hierdurch erhöhten sich die Verbindlichkeiten sowie die Guthaben bei Kreditinstituten, was zu einem erheblichen Anstieg der Bilanzsumme und somit zum Absenken der Eigenkapitalquote geführt haben.

Die bereinigte Eigenkapitalquote nach Verrechnung des Bankguthabens und der Liquiditätsüberlassung an die SWK AG zum 31.12.2023 zugrunde, ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 22,6 %.

Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2023 stets über ausreichende Liquidität. Seit 2020 existiert ein Vertrag zur gegenseitigen Liquiditätsüberlassung mit der SWK Stadtwerke Krefeld AG. Ziel des Vertrages ist es, Kreditzinsen durch gegenseitige Liquiditätsüberlassung zu vermeiden.

Vermögenslage

Seit der im Jahr 2018 erfolgten Kapitalerhöhung und der damit verbundenen Aufstockung der Rücklagen hat sich nominal das Eigenkapital der Quantum durch Gewinnvorträge erhöht. Legt man die bereinigte EK Quote zugrunde, wird die Höhe des Eigenkapitals durch Gesellschafter und Geschäftsführung für den allgemeinen Geschäftsbetrieb als ausreichend angesehen.

Organisation

Im Jahr 2023 waren alle Bereiche der Quantum mit insgesamt durchschnittlich 24,0 (Vorjahr 26,0) qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 20,3 (Vorjahr 20,0) Vollzeitkräfte und 3,7 (Vorjahr 6,0) Teilzeitkräfte.

III. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, synergienutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Entsprechend dem Gesellschaftervertrag können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50% in kommunalem Eigentum stehen.

Die Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die Schwankungen der Energiemarktpreise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde fortgeführt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Nach dem starken Anstieg der Großhandelspreise im Jahre 2022 folgte im Jahr 2023 eine Phase der Preisrückgänge. In der Folge sind die Kreditrisiken auf Seiten der Quantum deutlich gesunken wohingegen der Besicherungsbedarf der Handelspartner einen beträchtlichen Anstieg verzeichnete. Gemeinsam mit den Handelspartnern und in Abstimmung mit dem Risikokomitee der Quantum wurden entsprechende Lösungen erarbeitet, um auch in dieser außergewöhnlichen Phase am Energiemarkt handlungsfähig zu sein.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Markt- preisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Terminpositionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebs- kosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt die Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung – insbesondere von Beschaffungsvorgängen – sind die Prozesse in hohem Maße automatisiert. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die Bundesregierung arbeitet weiterhin an einer Anpassung des Strommarktdesigns. Diese dürfte großen Einfluss auf die Branche haben.
Die europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) wird ein Update der REMIT (REMIT 2.0) vornehmen. Quantum wird die Entwicklungen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die bestehenden Meldeprozesse prüfen.

Weiterhin wird die Quantum im ersten Halbjahr 2024 an der Umsetzung der AS4-verschlüs- selten Marktkommunikation im Strom zum 01. April 2024 arbeiten, um die Vorgaben der Bun- desnetzagentur fristgerecht einhalten zu können. Die Bedeutung von Power Purchase Agree- ments (PPA) wird mit dem stetigen Zubau von Erzeugungskapazitäten aus Erneuerbaren Energien weiter an Bedeutung gewinnen. Die Etablierung vertraglicher Standards wird folglich vorangetrieben werden.

Prognosebericht / Chancenbericht Wirtschaftliche Aussichten

Auf Grundlage der aktuellen Mengen- und Preiserwartungen erwartet die Quantum im Jahr 2024 Umsatzerlöse aus Energiegeschäften von ca. 1.057,4 Mio.€. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis nach Steuern erzielen wird.

Die Teams der Quantum ermitteln fortlaufend die Bedürfnisse der Kunden und beobachten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Dies geschieht im Hinblick auf die bereits ange- botenen Lösungen und die mögliche Entwicklung neuer Lösungen.

Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entspre- chende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung, Optimie- rung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähig- keit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum, sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten erwartet.

Der mehrheitlich von der Gesellschaft gewünschte und politisch getriebene Umbau der Energieversorgung in Deutschland (Energiewende) setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im zukünftigen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken beinhaltet, aber auch Chancen eröffnet.

Bei der Umsetzung der sich immer komplexer gestaltenden Anforderungen werden nach unserer Einschätzung insbesondere kleine und mittlere Versorgungsunternehmen zunehmend die Unterstützung von professionellen Dienstleistern in Anspruch nehmen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine moderat steigende Nachfrage. Allerdings besteht vor allem im Markt für Portfolio-Dienstleistungen eine unverändert hohe Wettbewerbsintensität.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden, insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen bereitet sich die Quantum auf zukünftige Herausforderungen vor, indem sie die Grundlagen für eine möglichst effiziente Erbringung ihrer Dienstleistung schafft.

Energie für morgen

Im Jahr 2024 wird im Rahmen der Innovations-Plattform EFM im Bereich der erneuerbaren Energien wunschgemäß ein Format angeboten, über das sich die Gesellschafter und Kun- den der Quantum zum Thema „Erzeugung erneuerbarer Energien“ austauschen können. Zudem wird die Quantum über dieses Format wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der neuen Basisdienstleistung „Erneuerbare Energien“ erhalten.

Sofern sich Anfang 2024 eine ausreichende Anzahl Gesellschafter und Kunden für das Pro- jekt „Prosumer-Plattform“ interessieren, wird in 2024 die Bündelung der Projektaktivitäten durch die Quantum eine wichtige Aufgabe der Innovation-Plattform EFM darstellen.

Quantum-Portal

Im Jahr 2024 werden die Funktionalitäten der Portfolioberichte im neuen Quantum-Portal abgerundet und weitere Bereiche (z. B. die Geschäfts- und Auftragslisten) im neuen Frontend umgesetzt. Der Hauptschwerpunkt liegt aber darin, das Portal technisch vollumfänglich neu aufzusetzen, um die notwendige Flexibilität der Plattform für die zukünftigen Anforderungen und Erweiterungen sicherzustellen.

Prozessautomatisierung & Digitalisierung

Mit dem stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien steigen auch die Anforderungen bezüglich Datenhaltung und -auswertung. Aus diesem Grund wird in 2024 ein zukunftsfähiges Data Warehouse System und eine Business Intelligence (BI) Lösung aufgebaut.

Softwareumstellung

Im Geschäftsjahr 2024 wird die ERP-Software eine bedeutende Veränderung durchlaufen, indem Sie von SAP R/3 auf SAP S/4 HANA migriert. Diese Umstellung verspricht schnellere Datenverarbeitung und eine moderne Datenbankstruktur, die den Anforderungen der heutigen digitalen Wirtschaft besser gerecht wird.

Gesellschafterangelegenheiten

In 2024 werden alle der Kapitalerhöhung folgenden gesellschaftsrechtlichen Voraussetzun- gen zur Aufnahme der Stadtwerke Dinslaken GmbH und der Stadtwerke Wülfrath GmbH umgesetzt. Weitere Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH zeichnen sich für 2024 aktuell nicht ab. Unabhängig davon ist die Quantum GmbH weiterhin bestrebt, neue Kunden und Gesellschafter insbesondere für das Kerngeschäft „Portfoliomanage- ment“, aber auch für die zahlreichen Zusatzdienstleistungen zu gewinnen.

Organisation

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 beschäftigte die Quantum 20,0 (Vorjahr 20,0) Vollzeit- und 8,0 (Vorjahr 6,0) Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftragseingangs für die neuen Geschäftsfelder im Stadtwerkeumfeld wird ein Personalaufbau angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können. Für die neue Basisdienstleistung Erneuerbare Energien wurden für das Jahr 2024 fünf zusätzliche Stellen genehmigt.

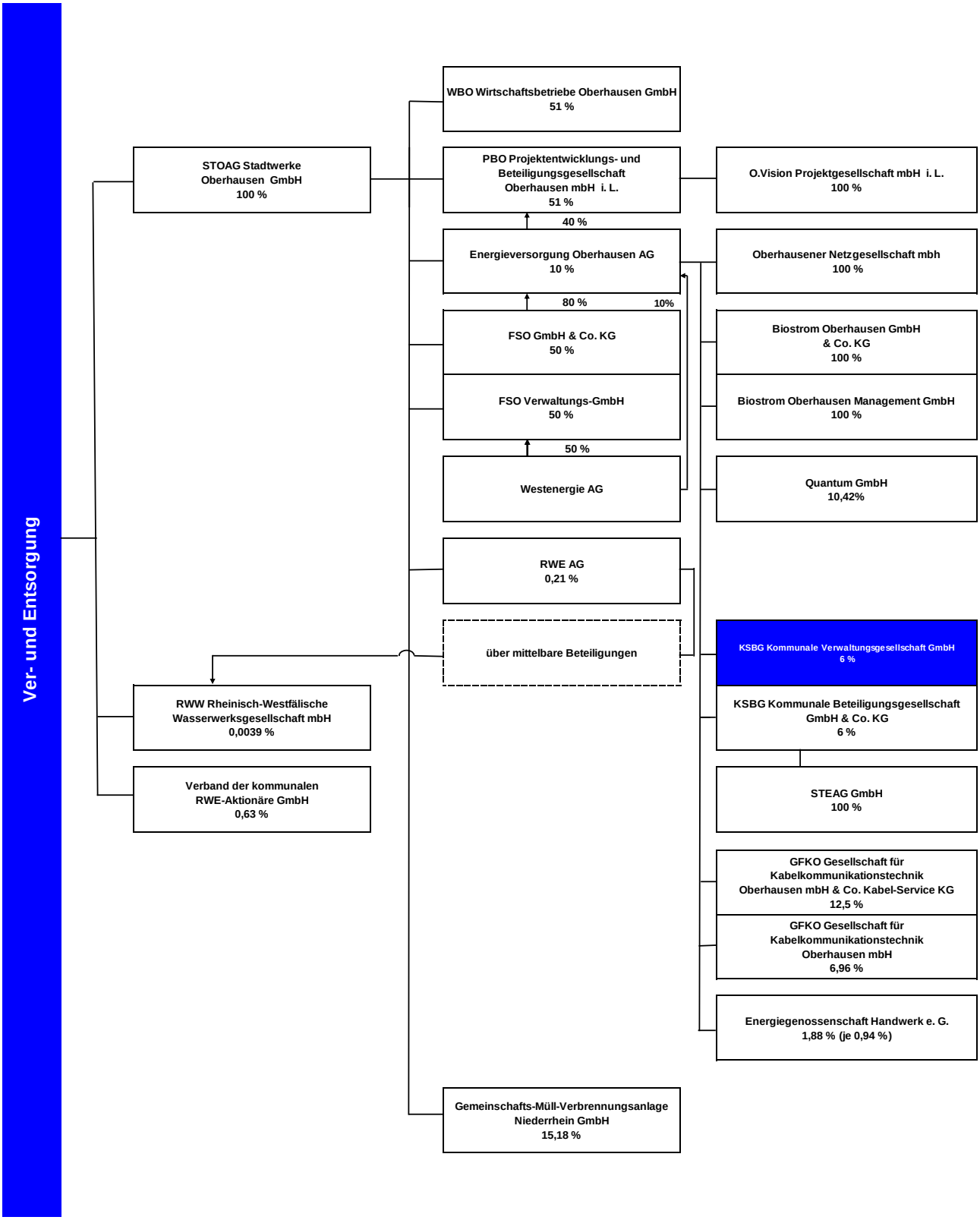
Die Quantum konnte im letzten Jahr trotz der Energiekrise zu jeder Zeit die Energiebeschaf- fung für ihre Gesellschafter und Kunden sicherstellen und hat darüber hinaus im Wirtschafts- jahr 2023 ein positives Ergebnis erzielt. Letzteres wurde im Wesentlichen durch die Zinser- träge sowie den positiven Ergebnisse bei der Kurzfristoptimierung erreicht.

Auch wenn die Ungewissheiten über die Entwicklung des Marktumfeldes weiterhin hoch sind, liegen Anzeichen einer erheblichen Verschlechterung der Geschäftsaussichten für Quantum nicht vor. Eine Anpassung der Ergebnisprognose erfolgt daher nicht.

Düsseldorf, 28. März 2024

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Andreas Benz
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	36,00	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Westphal, Thomas

	Mitglied	Prof. Dr. Hermanns, Julia
	Mitglied	Banaszak, Jörg
	Mitglied	Dinter, Thomas
	Mitglied	Samland, Ursula
	Mitglied	Kremer, Josef
	Mitglied	Wittig, Marcus
	Mitglied	Kiefer, Elmar
	Mitglied	Grabmeier, Gerhard
	Mitglied	Hanke, Jörg
	Mitglied	Reuter, Ingrid
Prokura:	Prokuristin	Unterberg, Carina
	Prokuristin	Sommerfeld, Anke
	Prokurist	Grau, Tobias
Präsidium:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Sikorski, Ralf
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Wittig, Marcus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1,65	0,6	4,79	1,0	3,16	0,6
Umlaufvermögen	265,73	99,4	489,81	99,0	525,68	99,4
Bilanzsumme	**267,39**	**100,00**	**494,60**	**100,00**	**528,84**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	151,40	56,6	156,40	31,6	161,40	30,5
Rückstellungen	25,11	9,4	35,42	7,2	83,75	15,8
Verbindlichkeiten	90,88	34,0	302,77	61,2	283,69	53,6
Bilanzsumme	**267,39**	**100,00**	**494,60**	**100,00**	**528,84**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	995,58	960,76	1.033,25
Personalaufwand	678,60	734,70	809,59
Abschreibungen	1,48	2,61	1,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	232,50	222,07	184,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	83,00	1,38	37,88
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	77,77	-3,86	32,94
sonstige Steuern	0,24	0,24	-0,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,00	5,00	5,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,00	5,00	5,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

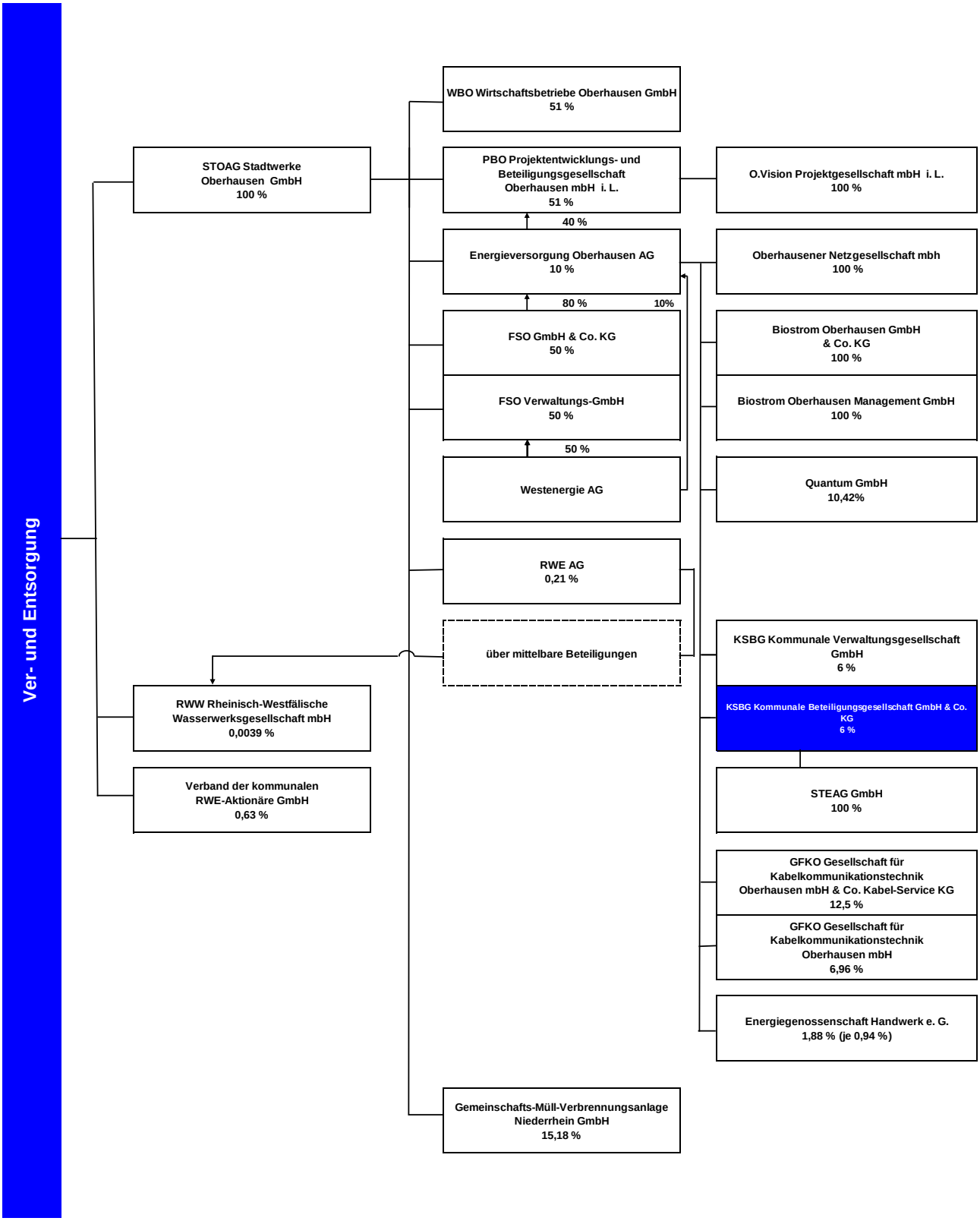
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,42	3,30	3,20	%
Cash-Flow:	6,48	7,61	6,63	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	331,86	320,25	344,42	T€
Personalaufwandsquote:	68,16	76,47	78,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,62	0,97	0,60	%
Eigenkapitalquote:	56,62	31,62	30,52	%
Fremdkapitalquote:	43,38	68,38	69,48	%
Anlagendeckungsgrad 2:	9151,05	3267,16	5105,87	%
Verschuldungsgrad:	76,61	216,23	227,65	%

e) Lagebericht

Der zusammengefasster Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und Ihre Tochtergesellschaft (zusammen „KSBG-Konzern“) ist unter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG nachzulesen.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.
KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	0,36	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	828.742,31	82,8	1.200.969,08	63,1	1.127,80	0,0
Umlaufvermögen	172.045,04	17,2	701.260,10	36,9	2.946.688,39	100,0
Rechnungsabgrenzungsposten	199,26	0,0	138,26	0,0		
Bilanzsumme	**1.000.986,61**	**100,00**	**1.902.367,44**	**100,00**	**2.947.816,19**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	347.387,99	34,7	1.177.113,17	61,9	1.599.695,89	54,3
Rückstellungen	17.399,32	1,7	69.071,64	3,6	39.746,36	1,3
Verbindlichkeiten	636.199,30	63,6	656.182,63	34,5	1.308.373,94	44,4
Bilanzsumme	**1.000.986,61**	**100,00**	**1.902.367,44**	**100,00**	**2.947.816,19**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.449,34	2.052,91	2.107,47
sonstige betriebliche Erträge	217.721,51	271.127,74	11.763,32
Materialaufwand	872,47	1.474,69	1.155,68
Abschreibungen	122,98	122,97	122,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.832,69	6.696,14	439.641,56
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	134.866,54	676.854,97	1.032.422,48
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		3.005,90	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	627,15	2.386,33	31.341,56
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	0,00		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.007,27	32.585,52	48.433,92
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	311.829,12	914.548,52	588.280,83
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.371,58	84.822,57	157.547,81
sonstige Steuern	1.136,17	0,78	8.150,29
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	301.321,37	829.725,18	422.582,72
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	301.321,37	829.725,18	422.582,72

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	20.790,31	40.416,95	20.051,62
Eigenkapitalrentabilität:	654,10	238,85	35,90
Cash-Flow:	301.444,35	829.848,15	422.705,57
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	0,13	0,06	0,04
Eigenkapitalquote:	34,70	61,88	54,27
Fremdkapitalquote:	65,30	38,12	45,73

e) Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft
1.1 Geschäft

Die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) ist ein Konsortium aus sechs deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens war neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Sämtliche Anteile an der STEAG GmbH wurden im Rahmen eines "Mitternachtsgeschäfts" mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2023 / 1. Januar 2024 von der KSBG KG an die STEAG Group GmbH, Essen (vormals: Benki BidCo GmbH), einem mittelbaren Tochterunternehmen der Asterion Industrial Partners SGEIC SA, Madrid/Spanien, veräußert.
Mit Gesellschafterbeschluss vom 28. Februar 2024 wurde der Gesellschaftsvertrag der KSBG KG daraufhin insoweit geändert, dass Gegenstand des Unternehmens nunmehr die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern sowie die Verwaltung eigenen Vermögens ist.

Mit Datum vom 17. Dezember 2021 hatten die Kommanditisten der KSBG KG sowie die Gesellschafter der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH (KSBG GmbH) jeweils 89,9 % der Kommandit- bzw. Geschäftsanteile an den beiden Gesellschaften im Rahmen eines Treuhandvertrages an die KSBGTH GmbH übertragen. Das wirtschaftliche Eigentum der Anteile verblieb hierbei weiterhin bei den ursprünglichen Kommanditisten bzw. Gesellschaftern. Mit Vertrag vom 31. Januar 2024 wurde entsprechender Treuhandvertrag beendet und die Kommandit- bzw. Geschäftsanteile an die Kommanditisten bzw. Gesellschafter zurück übertragen.

1.2 Organisatorische Struktur der Gesellschaft

Die KSBG KG war bis zur Anteilsveräußerung Alleingesellschafterin der STEAG GmbH. Somit war die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen wurden. Mit Verkauf der Anteile an der STEAG GmbH ist die Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2023 entfallen.

Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wurde deren Konzerntätigkeit durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Hierbei nutzte die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählten beispielsweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse. Diese Funktionen werden seit dem 1. Januar 2024 im Wesentlichen per Dienstleistung durch den Gesellschafter DSW21 Dortmunder Stadtwerke AG, Dortmund, erbracht.

2. Wirtschaftsbericht
2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1

Das nach wie vor krisengeprägte Umfeld mit hohen Preisen in allen Wirtschaftsstufen, ungünstigeren Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland hinterließ deutliche Bremsspuren in der deutschen Wirtschaft. Zwar sanken die Importe stärker als die Exporte, was zu einem positiven Außenbeitrag führte und somit das Bruttoinlandsprodukt stützte. Aber der private Konsum nahm durch die nach wie vor hohen Verbraucherpreise ab. So ging die Inflation zwar im Vorjahresvergleich zurück (2022: 6,9 Prozent), aber sie lag im Jahr 2023 immer noch bei 5,9 Prozent und hat somit den zweithöchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch der Staat reduzierte erstmals seit fast 20 Jahren seine Konsumausgaben. Dies liegt im Wesentlichen an dem Wegfall staatlich finanzierter Corona-Maßnahmen wie den Impfungen oder den Ausgleichszahlungen für freie Bettenkapazitäten in Krankenhäusern. Auch die Bauinvestitionen gingen im vergangenen Jahr spürbar zurück, da sich neben den hohen Baupreisen auch die spürbar gestiegenen Bauzinsen bemerkbar machten. Wenngleich sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust zeigte, schwächt sich die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus ab. Alles in allem ist das Bruttoinlandsprodukt in 2023 um 0,3 Prozent gesunken, nachdem es im Vorjahr noch um 1,8 Prozent gestiegen war.

2.2 Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG

Die Entwicklung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 über deren Beteiligungsergebnis noch wesentlich durch die Entwicklung der STEAG GmbH und derer Tochtergesellschaften sowie der Veräußerung der Anteile an der STEAG GmbH geprägt.

1 Die nachfolgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Kieler Konjunkturberichte, Institut für Weltwirtschaft (IFW) Kiel, Deutsche Konjunktur, Nr. 110 (2023/Q4), (4) 2022, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, RWI Konjunkturberichte 74 (2023) Heft 4, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2023, Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15. Januar 2024 - 019/24.

Ertragslage

in Millionen €	2023	2022
Umsatzerlöse	2,1	2,1
Sonstige betriebliche Erträge	11,8	271,1
Materialaufwand	-1,2	-1,5
Abschreibungen und Wertminderungen	-0,1	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-439,6	-6,7
Beteiligungsergebnis	1.032,4	676,9
Finanzergebnis	-17,1	-27,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-157,6	-84,8
Ergebnis nach Steuern	430,7	829,7
Sonstige Steuern	-8,1	0,0
Jahresüberschuss	422,6	829,7

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 2,1 Mio. €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €), der im Wesentlichen auf den Heizöl- und Gaseinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten waren gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Berichtsjahr insbesondere aus Erträgen aus Erstattungsansprüchen gegenüber den Gesellschaftern von 11,4 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Demgegenüber war die Vorjahresperiode durch Zuschreibungen auf Finanzanlagen von 267,6 Mio. € geprägt.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird im Geschäftsjahr 2023 insbesondere der Verlust aus dem Verkauf der Anteile an der STEAG GmbH in Höhe von 408,5 Mio. € erfasst. Die Bewertung dieses Veräußerungsergebnisses basiert auf einer vorläufigen Kaufpreiskalkulation, die der KSBG KG durch die STEAG Group GmbH Ende März 2024 grundlegend auf dem finalen Konzernabschluss der STEAG GmbH zur Verfügung gestellt wurde. Die Einigung bzw. Bestätigung des finalen Kaufpreises erfolgt zwischen den Vertragsparteien zeitlich nachgelagert zu der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 der KSBG KG. Eine zur vorläufigen Kaufpreiskalkulation etwaig abweichende Einigung wird bei der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 erfasst.

Daneben werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 31,1 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) hauptsächlich Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen für die kaufmännischen und technischen Dienstleistungsverträge sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen ausgewiesen. Die deutliche Erhöhung dieser Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit der Anteilsveräußerung der STEAG GmbH.

Aus dem bis zum 31. Dezember 2023 mit der STEAG GmbH bestehenden Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge in Höhe von 1.032,4 Mio. € (Vorjahr: 676,9 Mio. €).

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr: 27,3 Mio. €) wurde analog zum Vorjahr wesentlich durch in der Vergangenheit aufgenommene Kredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen, Vorfälligkeitsgebühren und Provisionen in Höhe von 48,4 Mio. € (Vorjahr: 32,6 Mio. €) standen Zinserträge von 31,3 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) gegenüber.

Vermögenslage

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2023 eine im Vergleich zum Vorjahr um 1.045,5 Mio. € höhere Bilanzsumme von 2.947,8 Mio. € (Vorjahr: 1.902,3 Mio. €) aus.

Aktiva

in Millionen €	31.12.2023	31.12.2022
Sachanlagen	1,1	1,2
Finanzanlagen	-	1.199,8
Anlagevermögen	1,1	1.201,0
Vorräte	0,2	0,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.707,4	680,7
Flüssige Mittel	1.239,1	19,9
Umlaufvermögen	2.946,7	701,2
Rechnungsabgrenzungsposten	-	0,1
Summe Aktiva	2.947,8	1.902,3

Passiva

in Millionen €	31.12.2023	31.12.2022
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	1.177,1	347,4
Jahresüberschuss	422,6	829,7
Eigenkapital	1.599,7	1.177,1
Rückstellungen	39,7	69,0
Verbindlichkeiten	1.308,4	656,2
Summe Passiva	2.947,8	1.902,3

Die Veränderung im Finanzanlagevermögen resultiert insbesondere aus dem Verkauf und entsprechendem Abgang der 100 prozentigen Beteiligung an der STEAG GmbH. Im Vorjahr erfolgte eine vollständige Wertaufholung auf den Beteiligungsbuchwert der STEAG GmbH, der dann 1.095,0 Mio. € betrug. Darüber hinaus wurde das gewährte Gesellschafterdarlehen (Vorjahr: 104,8 Mio. €) im Berichtsjahr von der STEAG GmbH vollständig zurückgeführt.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.245,5 Mio. € auf 2.946,7 Mio. € (Vorjahr: 701,2 Mio. €). Hierbei stiegen die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 1.026,7 Mio. € auf 1.707,4 Mio. €. Diese enthalten insbesondere die Forderung aus der Ergebnisabführung in Höhe von 1.032,4 Mio. € (Vorjahr: 676,9 Mio. €) und eine am Stichtag bestehende Darlehensforderung von 320,0 Mio. € gegen die STEAG GmbH. Die Forderungen aus den Ergebnisabführungen für die Geschäftsjahre 2021 und 2022 gegen die STEAG GmbH wurden in der Vergangenheit in Darlehen umgewandelt. Dieses Gesellschafterdarlehen in Höhe von 544,5 Mio. € wurde am 29. Dezember 2023 in Höhe eines Teilbetrages von 224,5 Mio. € an die STEAG Group GmbH veräußert. Die Übertragung der verbleibenden 320,0 Mio. € auf die STEAG Group GmbH erfolgte im Januar 2024. Darüber hinaus werden unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen Kaufpreisforderungen aus der Anteilsveräußerung an der STEAG GmbH gegenüber der STEAG Group GmbH in Höhe von 343,1 Mio. € erfasst. Die flüssigen Mittel haben sich insbesondere aufgrund der Gewährung eines kurzfristigen Darlehens (Advanced Profit Loan) in Höhe von 1.107,2 Mio. € durch die STEAG GmbH im Vergleich zum Vorjahr um 1.219,2 Mio. € auf 1.239,1 Mio. € erhöht.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 422,6 Mio. € auf 1.599,7 Mio. € (Vorjahr: 1.177,1 Mio. €). Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 829,7 Mio. € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss den Rücklagekonten gutgeschrieben. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von 422,6 Mio. € aus. Die Eigenkapitalquote verringerte sich um 7,6 Prozentpunkte auf 54,3 Prozent (Vorjahr: 61,9 Prozent).

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 39,7 Mio. € (Vorjahr: 69,0 Mio. €) berücksichtigen im Wesentlichen Steuerrückstellungen in Höhe von 27,5 Mio. € (Vorjahr: 64,6 Mio. €), Verpflichtungen aus IHK-Beiträgen, Prämienzahlungen anlässlich der Anteilsveräußerung an der STEAG GmbH sowie mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die noch im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH im Jahr 2011 stehen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 652,2 Mio. € auf 1.308,4 Mio. € (Vorjahr: 656,2 Mio. €) ist im Wesentlichen aus der Aufnahme des kurzfristigen Advanced Profit Loans von der STEAG GmbH in Höhe von 1.107,2 Mio. € zurückzuführen. Demgegenüber wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr: 320,4 Mio. €) vollständig zurückgeführt und die Verbindlichkeit aus dem Aufwärtsdarlehen der STEAG GmbH (Vorjahr: 169,6 Mio. €) im Rahmen des Gesellschafterwechsels der STEAG GmbH auf den neuen Anteilseigner STEAG Group GmbH übertragen.

Finanzlage

Zum 31. Dezember 2023 bestehen Finanzaktiva in Form von Bankguthaben in Höhe von 1.239,1 Mio. € (Vorjahr: 19,9 Mio. €). Finanzverbindlichkeiten bestehen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 137,4 Mio. €, derer verbundenen Unternehmen in Höhe von 41,7 Mio. € sowie gegenüber der STEAG GmbH aus dem Advanced Profit Loan von 1.107,2 Mio. €. Es bestehen keine außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Mit der Anteilsveräußerung der STEAG GmbH und dem Verkauf der Heizwerke bestehen künftig aus dem operativen Geschäft lediglich Chancen und Risiken von untergeordneter Bedeutung.

Neben der finalen Abwicklung von Themen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der STEAG GmbH wird die Gesellschaft in den folgenden Geschäftsjahren Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern erbringen und ihr eigenes Vermögen verwalten.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird aufgrund der geänderten Geschäftstätigkeit bzw. der Veräußerung der Anteile an der STEAG GmbH im Vergleich zum Vorjahr von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen.

Der Liquiditätsbedarf der KSBG KG wird künftig durch deren Gesellschafter sichergestellt.

4. Nachtragsbericht

Am 23./24. August 2023 haben die KSBG KG und die STEAG Group GmbH einen Anteilskaufvertrag über den Verkauf und Kauf aller von der KSBG KG gehaltenen Anteile an der STEAG GmbH geschlossen. In diesem Anteilskaufvertrag ist u.a. auch der Abschluss eines Vertrages über die Übertragung der Heizwerke der KSBG KG einschließlich aller Immobilien, Verträge, materiellen und immateriellen Vermögenswerte, Rechte und Unterlagen, soweit sie sich auf die Heizwerke beziehen, definiert. Mit Abschluss des Kauf- und Übertragungsvertrages / Grundstückskaufvertrages vom 29. Dezember 2023 als rechtliche Einheit sind die KSBG KG und die Iqony Energies GmbH dieser Absicht nachgekommen. Der Verkauf und die Übereignung der zu veräußernden Vermögensgegenstände erfolgte hierbei unter der aufschiebenden Bedingung der vollständigen Kaufpreiszahlung und mit wirtschaftlicher Wirkung zum Beginn des zweiten Tages, der auf das Effective Date im Sinne des Anteilskaufvertrag über den Verkauf/Kauf der Anteile an der STEAG GmbH folgt. Entsprechend sind die Heizwerke am 26. Februar 2024 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 2. Januar 2024 von der KSBG KG auf die Iqony Energies GmbH übergegangen.

Mit Vertrag vom 31. Januar 2024 und Handelsregistereintragung am 18. März 2024 wurde der Treuhandvertrag vom 17. Dezember 2021, mit dem die Kommanditisten der KSBG KG sowie die Gesellschafter der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH (KSBG GmbH) jeweils 89,9 % der Kommandit- bzw. Geschäftsanteile an den beiden Gesellschaften im Rahmen eines Treuhandvertrages an die KSBGTH GmbH übertragen haben, mit sofortiger Wirkung beendet, da sich der Zweck der Treuhand erledigt hat. Gleichzeitig wurden die Kommandit- bzw. Geschäftsanteile an die Kommanditisten bzw. Gesellschafter zurückgeführt.

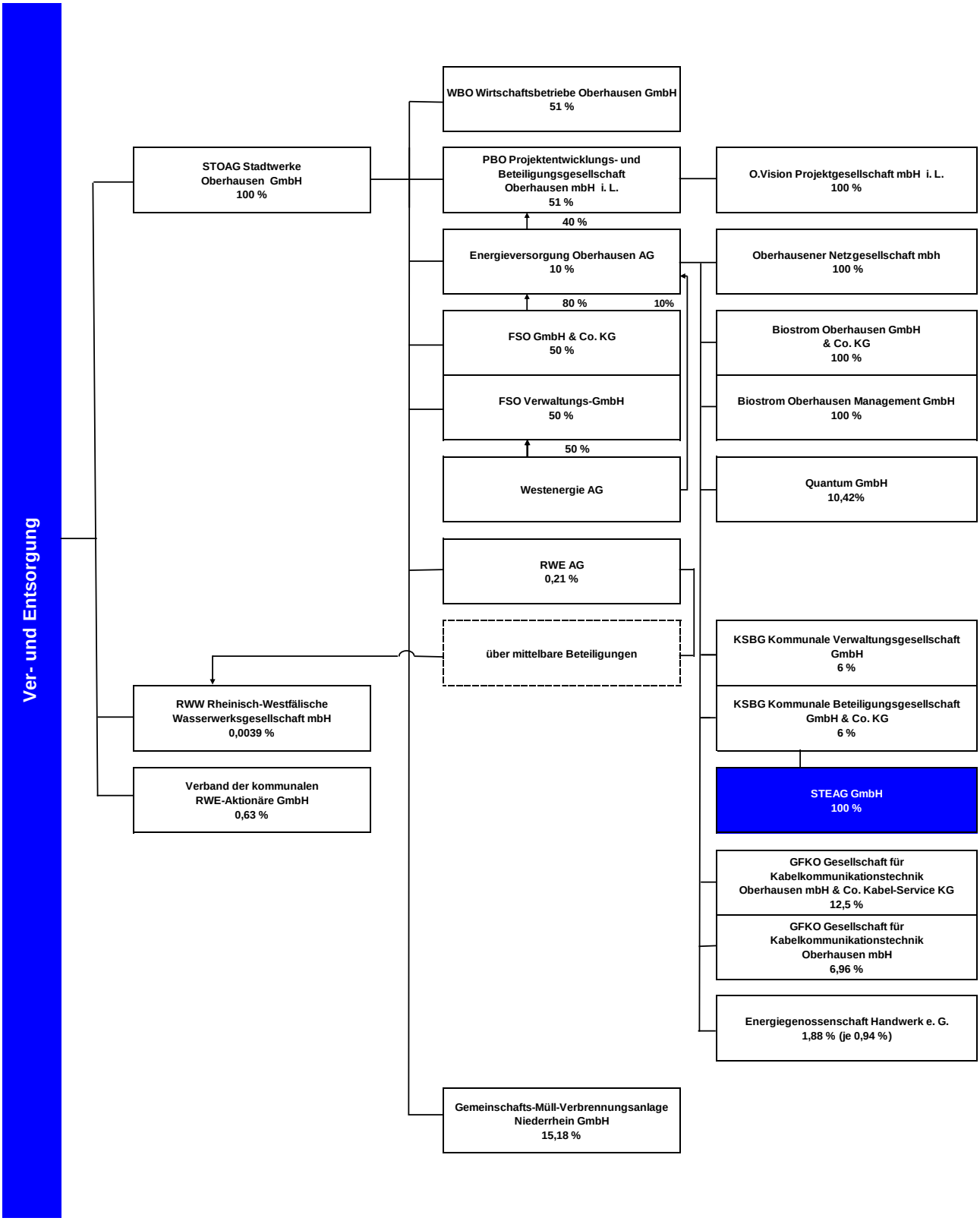
Sonstige Berichtsbestandteile

Der Jahresabschluss wurde am 27. Mai 2024 festgestellt.

Essen, 03. Mai 2024

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Jacoby / Spohn
Geschäftsführung der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Rüttenscheider Str. 1-3 45128 Essen
Kontakt:	
Telefon	+49 201 801-00
Fax	+49 201 801-6388
Internet	www.steag.com
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	128.000,00

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und hiermit verbundene Dienstleistungen,
b) Beschaffung und Vermarktung von Energien, sonstigen Medien sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Reichel, Andreas
	Geschäftsführer	Dr. Schiele, Ralf
	Geschäftsführer	Schmitz, Ralf
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Enzweiler, Rainer
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Jacoby, Jörg
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Vassiliadis, Michael
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied	Detemple, Andreas
	Mitglied	Drese, Markus
	Mitglied	Zimmer, Thomas
	Mitglied	Schröder, Karl-Wilhelm
	Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
	Mitglied (AN)	Banaszak, Jörg

Mitglied (AN)	Dinter, Thomas
Mitglied (AN)	Samland, Ursula
Mitglied (AN)	Kremer, Josef

c) Beteiligungen

unmittelbar

STEAG Fernwärme GmbH

mittelbar

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.579.100,00	42,3	1.067.200,00	33,4	1.042.100,00	24,4
Umlaufvermögen	2.148.100,00	57,6	2.124.500,00	66,6	3.225.200,00	75,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2.900,00	0,1	400,00	0,0		
Bilanzsumme	**3.730.100,00**	**100,00**	**3.192.100,00**	**100,00**	**4.267.300,00**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	478.300,00	12,8	485.300,00	15,2	485.300,00	11,4
Rückstellungen	1.492.400,00	40,0	266.700,00	8,4	218.500,00	5,1
Verbindlichkeiten	1.757.400,00	47,1	2.440.100,00	76,4	3.563.500,00	83,5
Rechnungsabgrenzungsposten	2.000,00	0,1				
Bilanzsumme	**3.730.100,00**	**100,00**	**3.192.100,00**	**100,00**	**4.267.300,00**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.734.100,00	2.196.500,00	135.500,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	82.900,00	68.700,00	0,00
sonstige betriebliche Erträge	487.900,00	402.800,00	53.200,00
Materialaufwand	1.727.200,00	2.014.300,00	134.600,00
Personalaufwand	172.300,00	101.300,00	2.100,00
Abschreibungen	12.800,00	34.200,00	200,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	390.900,00	464.400,00	137.000,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	291.100,00	703.800,00	1.195.400,00
Erträge aus Beteiligungen	31.200,00	11.300,00	0,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10.700,00	9.800,00	6.300,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.300,00	14.900,00	45.300,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	81.800,00	21.700,00	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	29.000,00	6.700,00	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84.800,00	79.800,00	107.500,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	142.400,00	685.400,00	1.054.300,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.700,00	5.100,00	10.300,00
sonstige Steuern	1.800,00	3.400,00	11.600,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	134.900,00	676.900,00	1.032.400,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

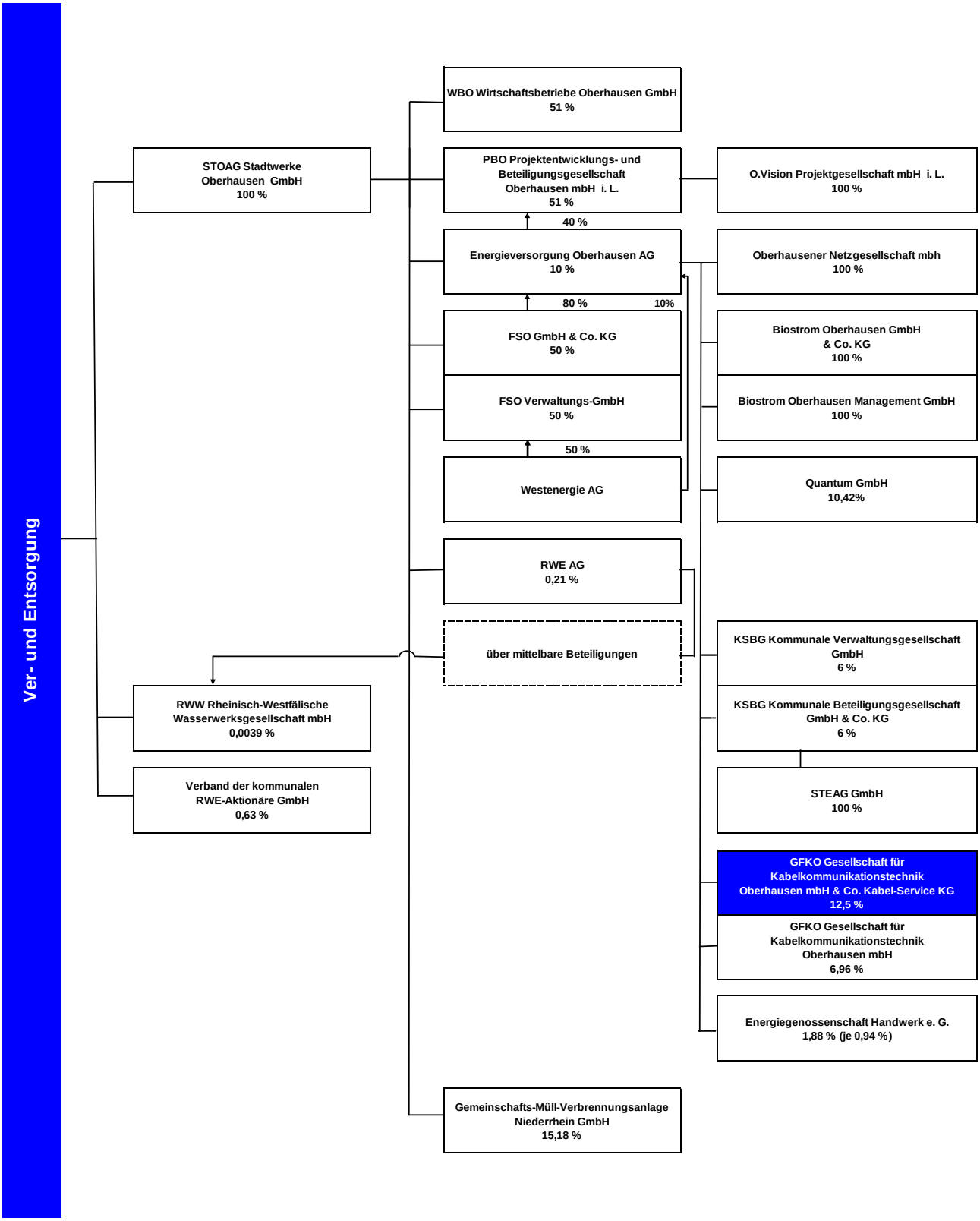
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,78	30,82	761,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	28,20	139,48	212,73	%
Cash-Flow:	176.700,00	717.800,00	1.032.600,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.144,09	3.322,54	188.700,00	T€
Personalaufwandsquote:	7,48	3,80	1,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,82	0,00		%
Eigenkapitalquote:	12,82	15,20	11,37	%
Fremdkapitalquote:	87,18	84,80	88,63	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag-iqony-group.com unter dem Stichwort „Lagebericht" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Str. 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 143,16

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	17,90	12,50
Groesdonk und Holl GmbH	17,90	12,50
Günther Töller	17,90	12,50
Jürgen Schneider	17,90	12,50
Klaus Wilhelm Pütz	17,90	12,50
Norbert Albrecht	17,90	12,50
Ralf Günter Kock	17,90	12,50
Reinhold Jost	17,90	12,50
Ulrich Hütter	17,90	12,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Breitbandverteilanschlüssen, insbesondere das Angebot aller im Zusammenhang mit dem Breitbandverteilanschluss und der Rundfunkprogramm-Versorgung stehenden Leistungen aus einer Hand. Hierzu zählt auch das Errichten und Betreiben der auf privatem und öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilanschlüsse und auf öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilnetze, außerdem die Kundengewinnung, Betreuung und Verwaltung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

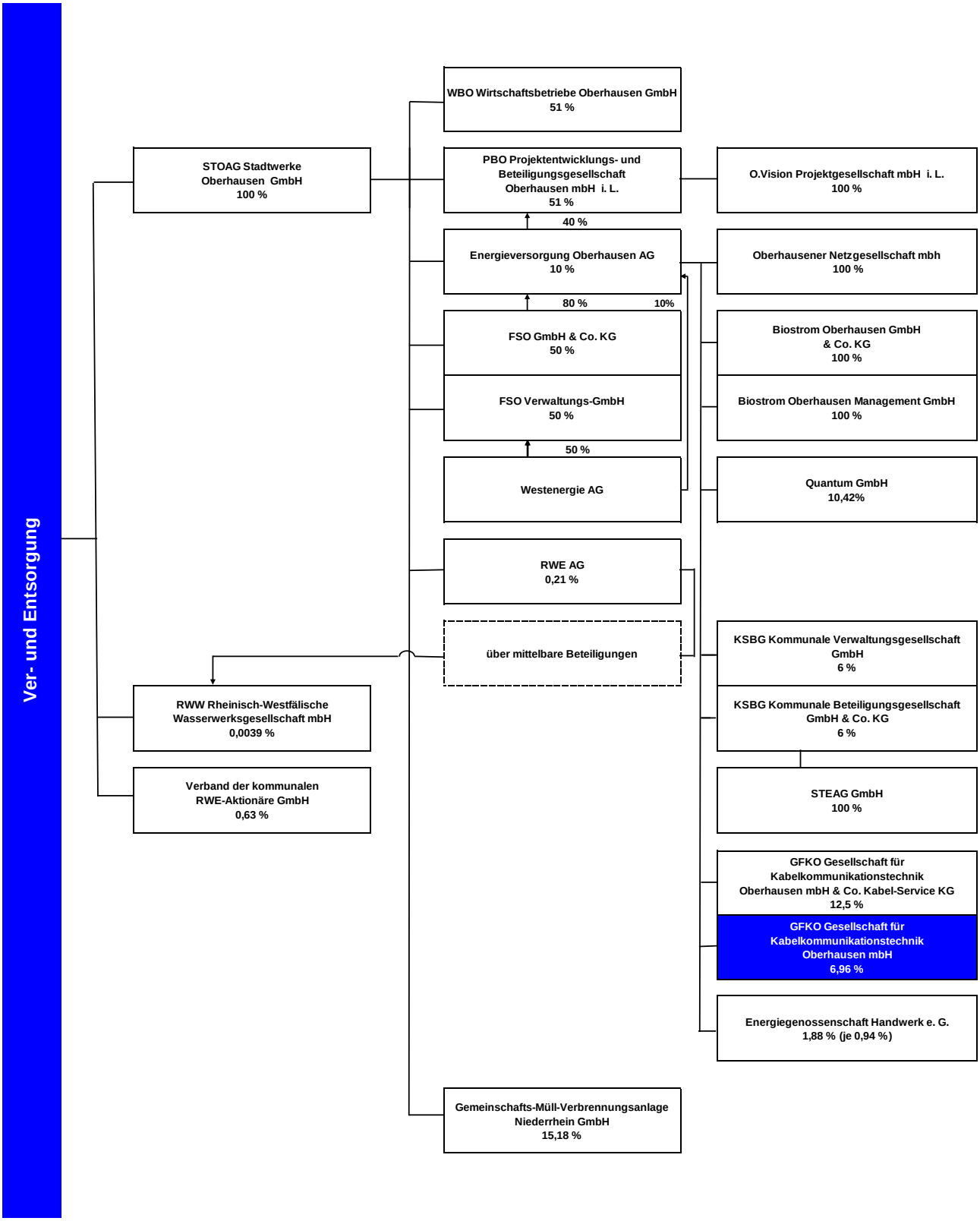
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Straße 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,30

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,60	6,96
Groesdonk und Holl GmbH	2,30	10,00
Günther Töller	2,30	10,00
Jürgen Schneider	2,30	10,00
Klaus Wilhelm Pütz	2,30	10,00
Norbert Albrecht	2,30	10,00
Ralf Günter Kock	2,30	10,00
Reinhold Jost	2,30	10,00
Ulrich Hütter	2,30	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, das Betreiben und die Vermietung von Kabelfernseh- und Kommunikationssystemen sowie die Entwicklung und Erarbeitung neuer technischer Lösungen in folgenden Bereichen: benutzerspezifische Monolog- und Dialogsysteme (Privatfernsehen o. ä.); Datenfernabfrage, z. B. Stromzähler, Wasserzähler, Gaszähler; hausinterne Datenerfassung, z. B. Heizkostenverteilung, Wasserverteilung; Energiespar- und Überwachungsmaßnahmen für weiträumig verteilte Unternehmen und Behörden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

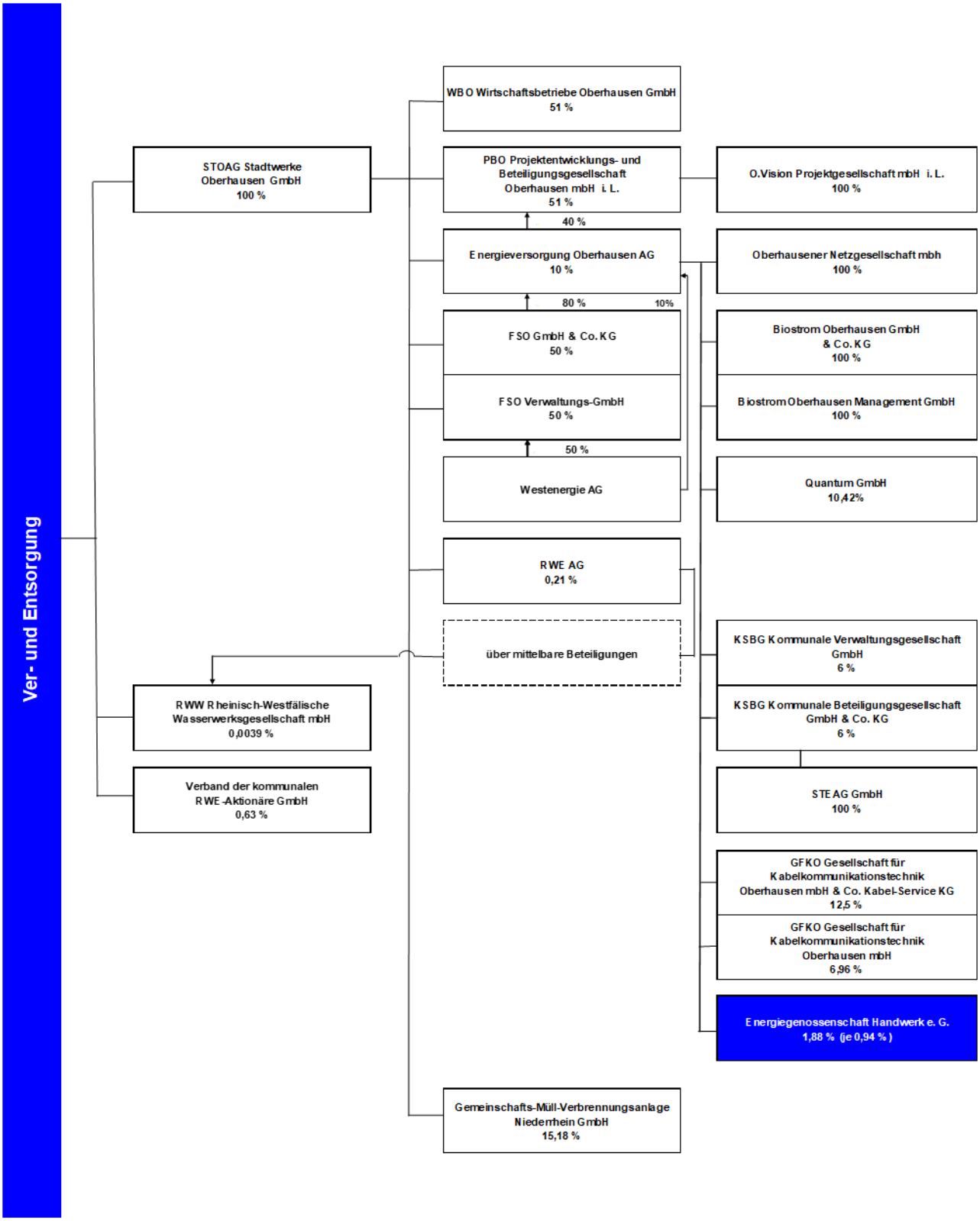
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jürgen
Prokura:	Prokurist	Holl, Ulrich
	Prokurist	Pütz, Klaus Wilhelm

e) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH
15,18 %

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	info@energiegenossenschaft-handwerk.de
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.energiegenossenschaft-handwerk.de
Internet	www.kh-mo.de

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:
a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

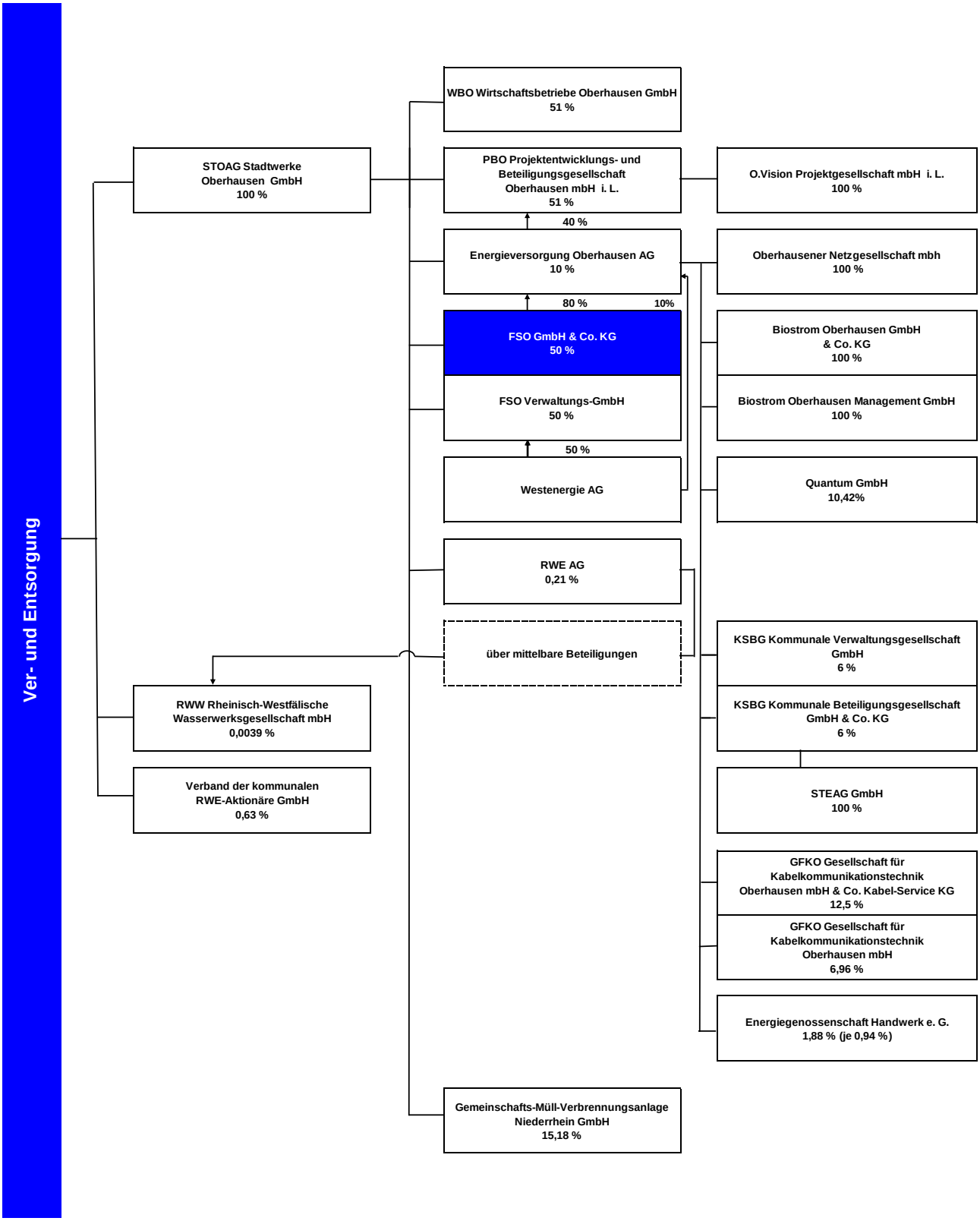
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Mitglied	Beucher, Steffen
	Mitglied	Yeboah, Barbara

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Rechtsform:	GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€:	30,00

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00

mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,37
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	199,68	1,25
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,28	5,57
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	14,32	10,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80

Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	6,99
STEAG Fernwärme GmbH	984,00	4,80
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH i.L.	6,00	24,00

	2021		2022		2023	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	21.561,84	60,3	21.561,84	72,0	21.561,84	40,6
Umlaufvermögen	14.216,53	39,7	8.404,16	28,0	31.585,52	59,4
Bilanzsumme	**35.778,37**	**100,00**	**29.965,99**	**100,00**	**53.147,36**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	32.961,51	92,1	28.093,85	93,8	49.574,68	93,3
Rückstellungen	1.307,41	3,7	899,77	3,0	2.363,58	4,4
Verbindlichkeiten	1.509,45	4,2	972,38	3,2	1.209,11	2,3
Bilanzsumme	**35.778,37**	**100,00**	**29.965,99**	**100,00**	**53.147,36**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	519,85	538,07	539,10
sonstige betriebliche Erträge	14,38	45,26	44,02
Materialaufwand	171,88	120,33	123,49
Personalaufwand	230,43	263,94	276,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	81,50	88,06	87,75
Erträge aus Beteiligungen	16.635,04	5.814,70	29.877,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	60,46	490,27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,89	58,35	409,95
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.682,56	5.927,80	30.052,52
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.282,89	-604,21	2.039,68
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.399,67	6.532,01	28.012,84
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.399,67	6.532,01	28.012,84

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2.192,88	1.213,98	5.196,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	52,87	30,29	129,92	%
Cash-Flow:	11.399,67	6.532,01	28.012,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	133,56	145,83	145,78	T€
Personalaufwandsquote:	43,13	45,25	47,50	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,13	93,75	93,28	%
Fremdkapitalquote:	7,87	6,25	6,72	%
Anlagendeckungsgrad 2:	152,87	130,29	229,92	%
Verschuldungsgradr	8,55	6,66	7,21	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo) sowie die Konzernenkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo) nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals (vormals OXEA Group).

Die Energiebeschaffung der evo erfolgt über einen Dienstleister - die Quantum GmbH, Ratingen. Der von der evo erzeugte Strom wird ebenfalls über diesen Dienstleister am Großhandelsmarkt vermarktet. Die zu beschaffenden Erdgas- und Strommengen werden durch den prognostizierten Vertriebsabsatz bestimmt. Aufgrund der Energiekrise hatte die evo die Beschaffungsaktivitäten für die Haushaltskunden zeitweise ausgesetzt und ab März 2023, mit Beginn einer Marktberuhigung, wieder begonnen, Strom und Gas strukturiert zu beschaffen.

Der Wettbewerb bei Strom und Gas hat seit Ende des 3. Quartal 2023 wieder zugenommen. Getrieben wurde diese Entwicklung durch die sinkenden Preise auf den Energiebeschaffungsmärkten, die überregionalen Anbietern vorübergehend einen Vorteil bei der Beschaffung bieteten. Die Wechselbereitschaft der Kunden ist wieder gestiegen. Nachdem die evo in 2022 den überregionalen Vertrieb wegen der Marktverwerfungen eingestellt hatte, bietet der evo-Vertrieb seit Mitte 2023 wieder bundesweit Strom- und Gaslieferung an.

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie AG und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich die Unterhaltung und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört die technische Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Rahmenbedingungen

Die Energiewirtschaft steht nicht zuletzt durch den andauernden Krieg in der Ukraine und die angespannten Commodity-Märkte vor großen Herausforderungen. Demnach bestehen unter Berücksichtigung der allgemeinen Umstände sehr viele Unsicherheiten und Unwägbarkeiten.

In vertrieblicher Hinsicht wurden die notwendigen Energiemengen bereits vor Lieferbeginn zu 100 % im Strom und zu ca. 90 % im Schnitt für Gas beschafft, um bei einer durchschnittlichen Witterung analog zu den letzten Jahren eine vollständige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Um den aktuellen Herausforderungen des Energiemarktes gerecht zu werden, unterliegt die Strategie der evo zur Energiebeschaffung einer kontinuierlichen Prüfung und Weiterentwicklung. Vorrangiges Ziel ist die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Risiken zu minimieren. Gleichzeitig soll der evo-Vertrieb wettbewerbsfähige Endkundenpreise anbieten können und große Preissprünge möglichst vermeiden.

Auch die Zinssteigerungen seit Ende 2022 an den Kapitalmärkten können zu langfristig deutlich höheren Refinanzierungskosten führen. Ohne eine angemessene Eigenkapitalausstattung der evo ergibt sich daraus möglicherweise eine erhebliche wirtschaftliche Belastung. Die finanziellen Stabilitätskennzahlen werden daher kontinuierlich überwacht, um die Einhaltung von zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen nicht zu gefährden.

Aus den Kreditgesprächen mit den Banken ist zu erkennen, dass die gesamte Energiebranche als „Klumpenrisiko“ betrachtet wird und sich weitere Kreditlinien nur mit hohen Berichtsauflagen akquirieren lassen, auch wenn sich singulär betrachtet - bezogen auf die evo - noch keine Bonitätsverschlechterung ergeben hat. Die Kreditinstitute analysieren die sog. Verschuldungskapazität auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanung. Die evo hat dabei regelmäßig den Nachweis zu erbringen, dass die Verbindlichkeiten innerhalb einer akzeptablen Zeit (maximal sind dies 10 Jahre) aus nachhaltigen Cash-Flows bedient werden können.

Die OB-Netz betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), bei deren Ausfall es zu erheblichen nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen kommen könnte. Durch die z. T. globalen Lieferketten kam es aufgrund diverser Krisen zu Problemen bei einigen wichtigen Betriebsmitteln, wie z. B. Transformatoren, welche zu sehr langen Lieferzeiten führten und auch weiterhin führen werden. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde die Beschaffungsstrategie für wichtige Betriebsmittel dahingehend angepasst, dass wesentliche Materialien/Betriebsmittel deutlich früher bestellt sowie ein höherer Bestand vorgehalten wird, um auf veränderte Nachfragesituationen oder Schadensfälle im Sinne der Versorgungssicherheit adäquat reagieren zu können.

Daneben gab es wirtschaftlich negative Einflüsse aus der Energiekrise, ausgelöst durch den Ukrainekrieg, die insbesondere zu massiv gestiegenen Gas- und Strompreisen führten. Insbesondere die Beschaffung der Verlustenergie im Stromnetz war von den stark gestiegenen Strompreisen betroffen, deren Realisierung als Aufwand im Geschäftsjahr 2023 erfolgte. Als Konsequenz daraus wurde die Beschaffungsstrategie für die Mengen ab 2025 (Futures) angepasst und seit August 2023 über eine Ausschreibungsgemeinschaft der Westnetz GmbH umgesetzt.

Neben den weltweiten Krisen, die z. T. erheblichen Einfluss auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aller Branchen haben, ist die Energiebranche mit einer Vielzahl von neuen gesetzlichen Anforderungen aus der Umsetzung der Energiewende betroffen. Die Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetz (GEG), diverse Novellen (EEG, EnWG, Festlegungen) und das Wärmeplanungsgesetz (WPG), dass noch in Landesrecht umzusetzen ist, und deren Umsetzungen binden große personelle und im Nachgang auch monetäre Ressourcen. Zudem bestehen Unsicherheiten, inwieweit und wie lange diese Regelungen Bestand haben werden, weil immer neue gesetzliche Anpassungen („Reparaturen“) in Berlin erzeugt werden.

Die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden (C-718/18) sorgte für eine Novellierung des EnWG. Die Behörden (insb. die BNetzA) haben nun größere Spielräume, durch Festlegungen zu regulieren. Dies wird

ab der fünften Regulierungsperiode wirksam, aber im Jahr 2024 fachlich konzipiert werden. In der derzeit laufenden 4. RP gelten hingegen weiterhin die bestehenden Verordnungen (insb. Netzzugangs-, Netzentgelt- und Anreizregulierungsverordnung).

Netzbetreiber haben durch die im November 2023 erlassene Festlegung der BNetzA zum § 14a EnWG zu den Steuerbaren Verbrauchseinheiten (SteuVE) eine anspruchsvolle Aufgabe erhalten. Ab dem Geschäftsjahr 2024 dürfen keine neuen SteuVE, wie z. B. Wärmepumpen oder private Ladeinrichtungen, aus netztechnischen Gründen mehr abgelehnt werden. Im Gegenzug können die Anlagen bei Netzengpässen aber gesteuert werden und der Betreiber einer SteuVE erhält dafür eine finanzielle Gegenleistung in Form einer Reduzierung auf die Netzentgelte. Dazu muss die Steuerbarkeit durch die Betreiber der Anlagen und den Netzbetreiber sichergestellt, die Messtechnik in den Niederspannungsnetzen (NSP-Netz) verbaut, Netzberechnungen automatisiert und Steuerungsbefehle zeitnah verteilt werden. Bis spätesten 2029 sind so alle kritischen Bereiche des NSP-Netzes auf die netzorientierte Steuerung auszulegen. Gleichzeitig besteht das Ziel des bedarfsorientierten Netzausbaus, um eine Überlastung ihrer Netze zu vermeiden. Damit dieser gelingt, ist die Schaffung von Transparenz, die Erhebung von Daten aus der Niederspannung unerlässlich.

Die OB-Netz beteiligt sich am Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) unter der Leitung des DVGW, um mittels eines strukturierten Prozesses eine Transformation des Gasverteilnetzes zur Klimaneutralität zu erreichen.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode (RP) wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode wurde durch die Landesregulierungskammer (LRegK) NRW eine Kostenprüfung startend im Jahr 2021 durchgeführt. Man erzielte im Geschäftsjahr 2022 eine Übereinkunft über das als sachgerecht erachtete Ausgangsniveau nach § 6 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Höhe
von 17,1 Mio. €.

Im Anschluss an eine Kostenprüfung werden die individuellen Kosten aller Netzbetreiber der individuellen Versorgungsaufgabe gegenübergestellt und mit den anderen Netzbetreibern verglichen. Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben. Es wurden im Erhebungsprozess vier Datenveröffentlichungen im Internet seitens der BNetzA (die letzte am 21.06.2023) vorgenommen sowie eine Branchenkonsultation durchgeführt. Die OB-Netz hat sich an dieser Konsultation beteiligt und die Bereinigung von großen Netzbetreibern gefordert, die in hohem Maße Transportnetzfunktionen innehaben und insbesondere Sonderanschlüsse wie Speicher und große Kraftwerke betreiben. Diese Netzbetreiber verfälschen den Benchmark und sollten entsprechend gesondert betrachtet werden.

Im Entwurf des Gutachtens der frontier economics vom 20.06.2023 im Auftrag der BNetzA wurde ein Best-of-four Effizienzwert von 87,94 % für die OB-Netz ausgewiesen (Verbesserung ggü. 82,75 % aus 3. RP). Am 26.09.2023 erging vor dem BGH ein Urteil zum Effizienzvergleich der 3. RP (EnVR 37/21), das wegen der Berücksichtigung von ehemaligen regionalen Fernleitungsnetzbetreibern (siehe vorheriger Abschnitt) in den Effizienzvergleich auch Auswirkungen auf die Kalkulation der Effizienzwerte für die 4. RP hat. Die BNetzA ist somit gefordert, eine rechtlich einwandfreie neue Berechnung für die 4. RP anzustellen. Diese liegt derzeit noch nicht vor. Daher gibt es, obwohl die 4. RP bereits zum 01.01.2023 begonnen hat, immer noch keinen Beschluss.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hat den Kostenantrag für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028) zum 30.06.2022 fristgerecht übermittelt. Der Beginn der offiziellen Anhörung erfolgte im Januar 2023, eine erste Stellungnahme wurde bis zum 10. Februar 2023 fristgerecht übermittelt. Nach ausführlicher Erörterung und Verhandlung konnte Anfang Juni eine Übereinkunft über die Ausgangsbasis für die 4. RP in Höhe von 35,5 Mio. € erzielt werden. Die Ergebnisse aus dem Effizienzvergleich stehen noch aus. Daher gibt es bisher auch noch keinen Beschluss.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch (Strom: VI-3 Kart 371/21 (V), Gas: VI-3 Kart 351/21 (V)) eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf wurde am 30.08.2023 mit der Aufhebung der Festlegungen der Bundesnetzagentur zu den Eigenkapitalzinssätzen und einer Neufestlegung abgeschlossen. Dagegen hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt.

Neben der Beschwerde zu den EK-Zinsen wurden im Dezember 2023 noch Anträge nach § 29 Abs. 2 EnWG bei der Bundesnetzagentur eingereicht mit dem Ziel der Neufestlegung der Zinssätze und insb. einer angemessenen Berücksichtigung der Zinswende ab 2022. Zum Zeitpunkt der Festlegung der Zinssätze ist die Nichteinbeziehung der Zinswende gem. OLG-Urteil rechtlich nicht zu beanstanden. Da sich aber in der Zwischenzeit die Verhältnisse am Kapitalmarkt deutlich verändert haben, würde eine erneute Festlegung diese Veränderungen mit einbeziehen müssen und den risikolosen Basiszinssatz als eine Komponente des EK-Zinses deutlich erhöhen.

Die OB-Netz strengte zudem eine Beschwerde gegen die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Fremdkapitalzinssatzes für Betreiber von Verteilernetzen im Kapitalkostenaufschlag beim OLG Düsseldorf (VI-3 Kart 466/23 [V]) an. Die Beschwerde gegen den X-Gen Strom für die 3. RP wurde seitens der OB-Netz im November 2023, nachdem das BGH-Urteil EnVR 28-22 die Beschwerde gegen die BNetzA Festlegung zurückgewiesen hatte, zurückgenommen.

Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der evo

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen die Gewinnabführung durch die OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO KG sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und werden künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 36,1 Mio. €. Der Jahresüberschuss vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag liegt 28,9 Mio. € über der Planung und steigt gegenüber dem Vorjahr um 30,0 Mio. €. Die Steigerung des Jahresüberschusses vor Einstellung in Rücklagen und Ergebnisabführungsvertrag resultiert im Wesentlichen aus einem außerordentlichen Buchgewinn aus der Zuschreibung der Anteile an der KSBG aufgrund der Veräußerung ihrer Anteile an der STEAG sowie Rohertragsverbesserungen bei den Vertriebsaktivitäten von Commodities.

Die Verbesserung des Rohertrages gegenüber Budget ist auf geringere, spezifische Beschaffungskosten im Strom- und Gasvertrieb zurückzuführen; die Budgetplanung erfolgte vor dem Hintergrund der mit dem Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise unter großer Unsicherheit.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die buchhalterische Zuschreibung der Gesellschafteranteile der KSBG (22,3 Mio €) enthalten; gegenläufig wirken u. a. erhöhte Pauschalwertberichtigungen auf den Forderungsbestand in Folge eines insgesamt gestiegenen Preisniveaus. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus gegenüber der Planung gestiegenen Personalaufwendungen (+1,8 Mio €), welche aus der Anhebung des Rententrends zur Ermittlung der Altersvorsorgerückstellungen und weiteren Anpassungen im Bereich der sonstigen Personalrückstellungen resultieren. Gegenläufig positiv entwickelt sich der Diskontierungsaufwand bei den Personalrückstellungen im Finanzergebnis. Weitere Belastungen gegenüber der Planung ergeben sich aus dem gestiegenen Steueraufwand aufgrund des besseren operativen Ergebnisses sowie der Bildung von Rückstellungen, die bei der Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses nicht berücksichtigt werden.

Absatz- und Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

- **Vertrieb Strom**

Im Geschäftsjahr 2023 ist der Stromabsatz der evo insgesamt um 2,4 % auf 355,2 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz im Stammgebiet an Privat- und Gewerbekunden mit 257,7 GWh um -3,3 % unter dem des Vorjahresniveaus (266,6 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden steigt der Absatz (79,1 GWh) um 2,8 %. Beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (18,4 GWh) geht er um 10,0 % zurück.

Die Entwicklung auf den Energiemärkten zwang die evo in 2023 zu kurzfristigen Preisanpassungen. So veranlassten die gestiegenen Beschaffungskosten die evo, trotz der letzten Preisanpassungen bei den Privat- und Gewerbekunden zum 01. Oktober 2022 in Höhe von 9,5 ct/kWh in der Grundversorgung und 6,2 ct/kWh der TOB Verträge, um weitere 2,2 ct/kWh zum 01.01.2023 anzuheben. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 78 % zum Jahreswechsel auf Vorjahresniveau.

- **Vertrieb Erdgas und Fernwärme**

Besonders im Bereich Gas führte die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine zu hohen Preisvolatilitäten mit extremen Preisspitzen und zu kostspieligen Beschaffungspreisen für die Sicherung der Versorgung unserer Kunden. Die geänderte Beschaffungsstrategie ermöglichte der evo die Aussetzung einer Preisanpassung in 2023, mit Ausnahme der Fixpreistarife (erhöht zum 1.1.2023). Die Endverbraucherpreise sind letztmalig zum 01. Oktober 2022 in Höhe von 3,05 ct/kWh in der Grundversorgung und 2,24 ct/kWh in den TOB-Verträgen sowie zum 01. November 2022 um 0,95 ct/kWh angepasst worden.

Der Wärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Gradtagzahl nahezu auf dem Niveau von 2022. Im 5-Jahresmittel sind es -8,0 % zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses. Vor allem der Zeitraum September bis Dezember 2023 war milder als im langjährigen Mittel. So unterschreitet der Gasabsatz witterungsbedingt sowie durch geändertes Verbraucherverhalten mit 527,2 MWh den Vorjahreswert um - 26,9 GWh

(ca. - 4,9 %). Bei den Privat- und Gewerbekunden (498,2 GWh) liegt der Absatz mit - 4,7 % unter dem des Vorjahres. Im Bereich der Geschäfts- und Industriekunden (17,7 GWh) fällt der Absatz um - 9,4 % niedriger aus. Außerhalb von Oberhausen sinkt der Gesamtabsatz (11,2 GWh) im Vorjahresvergleich um - 6,2 %. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 79 % zum Jahreswechsel auf Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz mit 367,9 GWh, bei einer Abweichung von - 5,1 %, unter dem des Vorjahres. Die Anpassung der Endkundenpreise unserer Wärmekunden unterliegt nach den aktuellen vertraglichen Regelungen einer Preisgleitklausel. So erfolgte die Anpassung zum 01. Oktober 2023 für den Arbeitspreis um + 3,96 ct/kWh und für die CO^2-Komponente + 0,11 ct/kWh. Des Weiteren gibt die evo seit der Preisanpassung 2022 mit dem neuen Preiselement „Gasumlagen“ anteilig die Gasspeicherumlage an die Kunden weiter (0,05 ct/kWh). Die mengenabhängige Preiskomponente erhöht sich damit in Summe um 4,12 ct/kWh.

- Dienstleistungen sowie Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen liegt mit 14,0 GWh witterungsbedingt unter dem Vorjahr (15,0 GWh).

- Beteiligung KSBG - STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken war die evo mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile - bezogen auf die evo sind dies 6 % - sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Mit dem Erwerb der Anteile bis 2014 waren für die Konsorten Erwartungen verbunden, die sich nicht mehr erfüllen ließen. Für die evo kommt hinzu, dass die Verbindung der angrenzenden Fernwärmenetze nicht mehr weiterverfolgt wurde. KSBG und STEAG befanden sich zuletzt in einem Restrukturierungsprozess. Ziel des Restrukturierungsprozesses war eine Veräußerung der STEAG als Ganzes, soweit sich dies als umsetzbare und wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Seit der Grundsatzentscheidung der Konsorten im Jahre 2021, die STEAG wieder zu verkaufen, hat das Geschäft durch die Energiekrise eine ganz neue Attraktivität für Investoren bekommen. In einem Verkaufsprozess fiel der Zuschlag im August 2023 auf den spanischen Infrastruktur-Investor Asterion Industrial Partners. Dazu haben die Gremien der Eigentümer ihre einvernehmliche Zustimmung gegeben und der Vertrag wurde entsprechend unterzeichnet und beurkundet (Signing). Der Abschluss des Verfahrens, das so genannte „Closing“, erfolgte noch im Dezember 2023. Der bereits in den Jahren 2016-2020 voll abgeschriebene Beteiligungsbuchwert wurde zum Stichtag 31.12.2023 wieder voll zugeschrieben.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der OB-Netz

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Verlust 2023 (nach Steuerumlage) vor Übernahme durch die evo beläuft sich auf - 0,2 Mio. € und steigert sich um 1,6 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz (- 1,8 Mio. €). Auf Grund der vergleichsweisen milden Witterung (Gas) und des geänderten Verbrauchsverhalten (Strom, Gas) der Oberhausener Kunden sind die Ergebnisbeiträge des regulierten Netzgeschäfts für das Jahr 2023 geringer als geplant ausgefallen. Gegenüber der Planung konnte diese Ergebnisbelastung jedoch durch einen im Saldo positiven Ergebnisbeitrag aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung sowie aus periodenfremden Umsatzerlösen fast kompensiert werden. Geringere Budgetauslastungen in den sonstigen Dienstleistungen der OB-Netz, höhere aktivierte Eigenleistungen sowie höhere sonstige betriebliche Erträge (z. B. aus Rückstellungsauflösungen) verbessern das Ergebnis in 2023.Des Weiteren sind die Aufwendungen aus dem Personalgestellungsvertrag mit der evo gegenüber der Planung gesunken, da entsprechende Mitarbeiter von der evo zu OB-Netz gewechselt sind und nun in den originären Personalaufwendungen der OB-Netz Berücksichtigung finden. Gegenläufig wirkte die Entwicklung der Personalaufwendungen, die mit 17,7 Mio.€ das Budgetniveau um 2,1 Mio.€ übersteigen. Dieser Anstieg resultiert neben dem Wechsel von Mitarbeitern der evo zur OB-Netz aus der Bewertung von Personalrückstellungen.

Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit

Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

	Gj. 2023 (in MWh)	Vorjahr (in MWh)
Stromnetz:	**632.415**	**654.201**
Gas an Kunden:	786.500	856.733
Gas an evo-Kraftwerke:	364.723	221.436
Gas gesamt:	**1.151.223**	**1.078.169**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	370.438	387.895
Dampf-Bereitstellung:	0	2.226
Fernwärme gesamt:	**370.438**	**390.121**
Energiebereitstellung gesamt	**2.154.076**	**2.122.491**

Die Verringerung der durchgeleiteten Energiemengen im Strom gegenüber 2022 erfolgte über alle Netz- und Umspannebenen und Kundengruppen. Der Rückgang der durchgeleiteten Gasmengen an Kunden in 2023 ist insbesondere auf ein geändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen. Im Bereich der Kraftwerke ergibt sich eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr; die evo-Kraftwerke wurden vermehrt zur Wärmeerzeugung eingesetzt. Der Rückgang im Bereich der Fernwärme an die Kunden ist witterungsbedingt. Da in 2023 keine Turbinenprüfläufe durch die MAN Energy Solutions SE durchgeführt wurden, waren seitens evo keine Dampflieferungen erforderlich.

In Bezug auf die Verfügbarkeit im Stromnetz liegt die OB-Netz für Nieder- und Mittelspannung leicht über dem Branchendurchschnitt, sodass im Qualitätselement ein Bonus entstanden ist. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der BSO KG

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungsstunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Handeln und Planen berücksichtigt.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2023 wurden in der Anlage 30.281,10 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche, im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge, lag bei 2,05%, der Anteil der Feinasche bei 0,26%. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine hinreichend gute Qualität des eingesetzten Brennstoffes.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2023 war - durch Störungen, den Revisionsstillstand und einen Zeitraum mangelnder Wirtschaftlichkeit - niedriger als im Jahr 2022, die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag 2023 bei 4.996,50 Stunden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.800 Stunden) unter dem angestrebten Zielwert. Dies ist auf die genannten Betriebsstörungen, die Revisionszeit und die Stillstandsphase zurückzuführen.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2023 bei 12.389,89 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 50.752,25 MWh.

Durch den beschriebenen Mengenrückgang (geringere Verfügbarkeit der Anlage sowie geringerer Bruttostromeinspeisung und gesunkener Fernwärmeerzeugung) hat die BSO geringere Umsatzerlöse erzielen können.

Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,1 Mio. € mit 0,8 Mio. € nicht erreicht werden. Weiterhin kam es zu einem Jahresfehlbetrag von T€ 186,6, geplant war ein Überschuss von T€ 163. Ursächlich für die Entwicklung waren u.a. stark erhöhte Brennstoffeinsatzkosten sowie ungeplante Instandhaltungsaufwendungen. Positiv wirkten sich die Preiserhöhung Fernwärme gegenüber der evo sowie der ungeplante Zuschuss der evo für Instandhaltung aus.

Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,1 Mio. € mit 0,8 Mio. € nicht erreicht werden. Weiterhin kam es zu einem Jahresfehlbetrag von T€ 186,6, geplant war ein

Überschuss von T€ 163. Ursächlich für die Entwicklung waren u.a. stark erhöhte Brennstoffeinsatzkosten sowie ungeplante Instandhaltungsaufwendungen. Positiv wirkten sich die Preiserhöhung Fernwärme gegenüber der evo sowie der ungeplante Zuschuss der evo für Instandhaltung aus.

Während der Anlagenrevision im Juni/Juli 2023, lag der Fokus auf der Sanierung der Feuerfest- Auskleidung (Erneuerung der Wände im Feuerraum, Austausch der Frontschicht im 1. Zug). Dieser letzte geplante Bauabschnitt des Sanierungskonzeptes, konnte erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Außerdem wurde die „Große Turbinenrevision“ an der MARC1-Dampfturbine durchgeführt. Bedingt durch das festgestelltes Schadensbild, konnte der Revisionszeitplan nicht gehalten werden. Die Gesellschaft hat einen Zuschuss der evo für ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen von T€ 991 erhalten.

Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Im Rahmen der Revision 2023, wurden am Dampfkessel und am ECO weitere Luftkanonen installiert, um eine noch effektivere Abreinigung der Heizflächen zu erreichen. Aus Sicht der BSO KG wird durch dieses System einer Verschmutzung der Kesselrohre - und damit einer Verminderung des Wirkungsgrades - vorgebeugt und die Reisezeit der Anlage weiter erhöht.

Ertragslage der evo

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 282,8 Mio. € und haben sich damit um - 9,7 Mio. € gegenüber der Planung reduziert (Vorjahr 202,4 Mio.).

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme eine leichte Zunahme der Umsatzerlöse in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen. Das generelle Einsparverhalten der Kunden in allen drei Commodities und die witterungsbedingt erneut niedrigere Absatzmenge im Bereich Gas und Fernwärme führen zu einem Rückgang der den Umsatzerlösen für 2023 zugrunde liegenden Mengen, welcher jedoch Preis- und periodenfremde positive Effekte kompensiert werden können. In den Energieumsätzen ist der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten. Sonstige Umsatzerlöse resultieren u. a aus der Direktvermarktung der Kraftwerke und des Intraday-Handels. Durch eine geringere Laufleistung der Kraftwerke und gesunkenen Marktpreisen an der Strombörse liegen diese Erlöse 7,1 Mio. € unter dem Budget.

Der Anstieg bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen auf 27,9 Mio. € gegenüber dem Budget (1,5 Mio. €) ist im Wesentlichen auf die buchhalterische Zuschreibung der Gesellschafteranteile und des Gesellschafterdarlehens der KSBG zurückzuführen.

Der Materialaufwand beträgt 216,3 Mio. € und unterschreitet in Folge geringerer spezifischer Beschaffungskosten die Planung um 19,6 Mio. € (Vorjahr 146,6 Mio. €). Vor dem Hintergrund der mit dem Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise erfolgte die Budgeterstellung unter großer Unsicherheit.

Der Personalaufwand übersteigt mit 27,2 Mio. € den Budgetansatz um 1,8 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung für Altersvorsorgerückstellungen in Folge von einem Anstieg des zu berücksichtigenden Rententrends.

Die Abschreibungen von 5,7 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) liegen mit 0,3 Mio. € leicht über dem Budgetansatz.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 21,7 Mio. € übertreffen die Planung um 5,5 Mio. € (Vorjahr 21,9 Mio. €). Dies ist u. a. auf höhere Wertberichtigungen auf Kundenforderungen für drohende Forderungsausfälle in Folge des gestiegenen Preisniveaus zurückzuführen. Des Weiteren sind die Kundenbetreuungskosten durch ein erhöhtes telefonisches Anrufaufkommen (bspw. durch Rückfragen zur Energiepreisbremse) weiterhin auf einem hohen Niveau.

Ertragslage der OB-Netz

In Ergänzung zu den detaillierten Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 111,9 Mio. €. Hierin sind Netznutzungsentgelte Strom (67,7 Mio. €) und die Netznutzungsentgelte Gas (27,3 Mio. €) enthalten. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist u. a. auf höhere Erlöse aus der Mehr-Mindermengenabrechnung zurückzuführen. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG).

Der Materialaufwand von 68,4 Mio. € ist maßgeblich durch die vorgelagerten Netzkosten bestimmt und umfasst neben den an die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber abzuführenden Entgelte ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger, Umlagen (gleichlautend in den Netznutzungsentgelten enthalten) und Aufwendungen aus der Mehr-Mindermengenabrechnung. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Fernwärme-Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen

zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen aus der Einspeisung erneuerbarer Energien. Der Anstieg um 21,7 Mio. € ist vor allem auf die Kosten der Verlustenergie (+7,8 Mio. €) und erhöhte Mehr-Mindermengenabrechnungen (+7,3 Mio. €) zurückzuführen.

Der Personalaufwand mit 17,7 Mio. € erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. €, da in 2023 - bedingt durch eine organisatorischen Änderung - Mitarbeiter der Bereiche Fernwärme, Gebäudeenergieservice und der Öffentlichen Beleuchtung in die Netzgesellschaft gewechselt sind. Ferner wird diese Position durch personalbezogene Rückstellungszuführungen belastet sowie die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie.

Die Abschreibungen betragen 2,8 Mio. € und liegen leicht über Vorjahresniveau (2,6 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 26,9 Mio. € erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 15,4 Mio. € (Vj: 14,4 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,3 Mio. €. Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen in dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr ist in den übrigen Aufwendungen eine Rückstellungszuführung für eine drohende Lieferanteninsolvenz in Höhe von 0,5 Mio. € enthalten.

Aufgrund der Ergebnisentwicklung ergibt sich für die OB-Netz eine geringere an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 0,004 Mio. € (Vj: 0,9 Mio. €).

Das Ergebnis nach Steuern beträgt vor Verlustübernahme durch die evo - 0,2 Mio. € (Vorjahr + 2,1 Mio. € Gewinnabführung an die evo).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BSO KG

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag nach Steuern von T€ 186,6 (Vj. Jahresüberschuss T€ 915,1). Das EBITDA beläuft sich auf 0,8 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von T€ 5.003,1 sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 774,1 gesunken, dies ist auf die geringeren Betriebsstunden zurückzuführen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2023 bei 4.996,5 VBh (Vj. 7.087,5 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2023 bei 12.389,89 MWh (Vj. 17.898,90 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 50.752,25 MWh (Vj. 68.724,64 MWh).

Die Materialaufwendungen erhöhten sich um T€ 1.495,0 auf T€ 4.511,2. Bei gesunkenen Volllastbenutzungsstunden der Anlagen sanken die Aufwendungen für Energie-, Gas- und Wasserbezug. Dagegen erhöhten sich jedoch die Aufwendungen für Brennstoffeisatz preisbedingt sowie die Aufwendungen für Fremdleistungen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit T€ 985,5 über dem Wert aus dem Vorjahr (T€ 74,3); sie beinhalten im Wesentlichen eine Erstattung der evo von Mehrkosten für Wartung und Instandsetzung (€ 900.930,91), eine Energiesteuererstattung (T€ 51,4) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 33,1).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sinken um T€ 85,3 auf T€ 714,6.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben einem Gesellschafterdarlehen (T€ 1.220) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu T€ 400 eingeräumt. Das Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2023 bei 73,6 % (Vj. 60,9 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 26,4 % (Vj. 39,1 %).

Zusammengefasste Konzern-Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2023 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- Position	**FSO T€**	**BSO GmbH T€**	**BSO KG T€**	**evo T€**	**OB-Netz T€**	**Summe T€**	**Konzern T€**
Umsatzerlöse	539	0	5.003	282.825	111.920	400.287	287.098
Materialaufwand	123	0	4.511	216.247	68.421	289.302	193.979
Personalaufwand	277	0	0	27.149	17.663	45.089	45.089
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	834	5.749	2.833	9.416	9.365
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.309	8.309	8.309
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	43	0	57	1.993	4	2.097	1.196
Ergebnis nach Steuern	133	2	- 187	36.483	- 189	36.242	36.811
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	133	2	- 187	36.290	- 192	36.046	36.614
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahresdurchschnitt)*	4	0	0	254	171	429	429

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragssteuersatz von 20,3 % (Vorjahr 20,3 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo und die OB-Netz geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (T€ 277.270), im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung um T€ 74.996 zu verzeichnen.

Finanz- und Vermögenslage im Konzern

Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich in 2023 um rund T€ 47.480 auf T€ -6.163. Dies resultiert aus einer deutlichen Zunahme der Forderungen aus höheren Zuschreibungen auf Beteiligungen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ -15.133 (Vorjahr T€ -12.754). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (T€ -6.532) ebenfalls die Kredittilgungen von T€ -13.049 sowie die Neuaufnahme von Krediten (T€ 34.495).

Es kommt zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von T€ 7.883, dieser stellt sich mit T€ 2.391 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in Anlage II Nr. 4 dargestellt.

Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind durch Maßnahmen der evo und der Netzgesellschaft geprägt. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2023 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 78,6 %.

	Budget 2023 in T€	**Ist 2023 in T€**	**Ist 2022 in T€**
Investitionen	20.635	15.691	13.013
Abschreibungen	9.000	9.376	9.837

Neben den Investitionen in Höhe von T€ 12.890 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2023 weitere Erneuerungen im Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung und der Gemeinsamen Anlagen von T€ 7.745 vor. Die Investitionen im Geschäftsjahr betrugen T€ 15.691 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2023 in T€	**Ist 2022 in T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände	161	376
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	7.454	4.426
▪ Erdgasversorgung	1.971	1.738
▪ Fernwärmeversorgung	3.716	4.038
▪ Energieservice	727	1.118
▪ Gemeinsame Anlagen	1.554	1.155
Finanzanlagen	108	162
Gesamtbetrag	**15.691**	**13.013**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von T€ 108.

Wie in den Vorjahren wurde die Erneuerung der Netze der Strom- Gas- und Fernwärmeversorgung im Berichtsjahr vorangetrieben.

Auch im Berichtsjahr wurden zahlreiche Projekte im Bereich Contracting und Nahwärme umgesetzt. Diese Vertriebsprojekte bestehen aus Maßnahmen von einzelnen Heizkesseln (Kleinanlagen-Contracting) bis hin zu kleineren Nahwärmenetzen, bei dem Blockheizkraftwerke die angeschlossenen Häuser mit Wärme und Strom versorgen. Durch diese für die evo wirtschaftlich sinnvollen Neuinvestitionen wird zudem das Marktrisiko - insbesondere im Gasvertrieb - durch langfristige Kundenbindung reduziert.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Einleitung der Energiewende ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2024 wurden die Verhandlungen zur Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 15.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2024 im Konzern bereits frühzeitig im Oktober 2023 aufgenommen, zur Auszahlung von drei festverzinslichen Darlehen kam es im Dezember 2023.

Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo und die OB-Netz geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der Netzgesellschaft sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen nach Einschätzung der Geschäftsführung angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist nach Einschätzung der Geschäftsführung eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

Risiko- und Chancenbericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die Oberhausener Netzgesellschaft und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Risiko- und Chancenbericht der evo

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2023 insgesamt 48 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (42 Risiken) der niedrigsten Risikoklassen zugeordnet. Lediglich sechs Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV (Niederspannungsanschlussverordnung), der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, Cyberrisiken, unbeabsichtigter Datenabfluss, der Margenverlust im Privatkundengeschäft sowie eine Erhöhung der Energiebeschaffungspreise durch Lieferanten von klassischen Commodities bei der evo.

Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktizieren wir bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind.

Außerdem gibt es bei der evo einen Pandemieplan sowie eine Betriebsvereinbarung „Pandemie“. Diese Instrumente waren wichtige Voraussetzungen, mit der die evo in der Corona-Krise die Lage schnell analysieren, die betriebliche Krisen-Situation einschätzen und frühzeitig wesentliche Maßnahmen (z.B. frühzeitige Ermöglichung der mobilen Arbeit, dezentrale Steuerung der Netzleitwarte) veranlassen konnte.

Das Risiko einer drohenden Gasmangellage hat sich erheblich verringert. Die Gründe hierfür liegen in der milden Witterung, dem sparsamen Verbrauchsverhalten der Abnehmer sowie den inzwischen auch realisierten Versorgungsalternativen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) können wir zu jeder Zeit sicherstellen, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht bei Bedarf in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen. In diesem werden die sich aus der Energiekriese ergebenden Gefahren analysiert und Gegenmaßnahmen geplant; die Abstimmungen erfolgen in einem kontinuierlichen Austausch auch mit der städtischen Feuerwehr, der Polizei und weiteren Behörden. Das Ziel ist es, bei Versorgungsengpässen adäquat und abgestimmt zu reagieren.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurde für den Berichtszeitraum auf Ebene der evo ein neues Risiko identifiziert, es wurden drei Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Wegfall der Nutzungsmöglichkeit einzelner E.ON -Rahmenverträge“ konnte geschlossen werden, da durch verstärkten Wettbewerb ausgewählter Waren (z. B. Kabel oder Trafostationen) teilweise günstiger beschafft werden konnten als über die E.ON-Rahmenverträge. Weiterhin wurde das Risiko „Impairmentbedarf der KSBG“ abgemeldet, da die KSBG-Beteiligung an der STEAG zum Jahresende erfolgreich veräußert wurde. Auch das Risiko „Vertragsstörungen bei Ausschreibungen" konnte im Berichtsjahr abgemeldet werden, da aufgrund vorliegender Rechtsgutachten keine öffentlichen bzw. EU-Ausschreibungen durchgeführt werden. Das Risiko von Beanstandungen seitens der Vergabekammer oder an der Ausschreibung beteiligter Bieter und den daraus abzuleitenden Vertragsstörungen besteht nicht. Neu aufgenommen wurde hingegen das Risiko „Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern" infolge der Gefährdung der Erfüllung der Versorgungspflicht oder der gesetzlichen Vorschriften und Auflagen. Dieses Risiko wurde der niedrigen Risikoklasse zugeordnet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.
Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Ein weiteres Risiko besteht in der strukturierten Energiebeschaffung. Da die evo als Energieversorger der Stadt Oberhausen auch der Versorgungssicherheit verpflichtet fühlt, werden zur Absicherung der bestehenden Lieferverträge im Rahmen der strukturierten Beschaffung Energiemengen sukzessive eingekauft. Dies ist in geringeren Umfang auch bei sehr hohen Preisen auf den Beschaffungsmärkten erfolgt. Aggressivere, bundesweit agierende Anbieter haben diese Verpflichtung nicht erfüllt. Wenn die Preise auf den Beschaffungsmärkten auf ein deutlich niedrigeres Niveau sinken, können diese Konkurrenten wegen ihrer kurzfristigeren Einkaufsstrategie deutlich günstigere Endverbraucherpreise anbieten, was den Wettbewerb zusätzlich anfacht und aus Sicht der evo zu Kunden- und/oder Margenverlusten führen kann.

Der Preisverfall auf den Energiemärkten führt zu zunehmender Spreizung zwischen den Bestandskundenpreise und Neuabschlüssen, damit ist das zunehmende Risiko der Wechselbereitschaft sowohl in günstigere Tarife als auch zu fremden Versorgern. Für die evo geht dies mit einem zunehmenden Rückvermarktungsrisiko einher.

Auch größere Energieversorger (seriöse) werben mittlerweile mit hohen Boni Prämien. Es herrscht „Goldgräberstimmung“.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt die Beschaffung sukzessiv und strukturiert. Der große Anteil von Haushaltskunden kann anhand von Erfahrungswerten unter Berücksichtigung zukünftiger Kundenflüsse gut prognostiziert werden. Dies reduziert das gegebene Mengenrisiko. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen sowohl bei der Quantum als auch bei der evo minimiert.

Die evo hat auf die extreme Situation auf den Energiemärkten reagiert und die Beschaffungsstrategie angepasst. Über die Phase der höchsten Preisnotierungen wurde die strukturierte Beschaffung im Rahmen eines engen Monitorings ausgesetzt. Die Beschaffungsstrategie wurde in Hinblick auf Eindeckungsquoten, Beschaffungszeitraum und spezifische Beschaffungsstrategie überarbeitet.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden. Dieser Prozess erfolgt im Rahmen der täglichen Kraftwerksoptimierung, die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen. Die extremen Preisschwankungen auf den Energiemärkten erschweren den Optimierungsprozess erheblich. Ferner sind vor allem die Quellen der industriellen Abwärme gefährdet. So muss damit gerechnet werden, dass die hohen Energiepreise bei diesen Industrieunternehmen zu Veränderungen unter Umständen zu Verlagerung der Produktionsprozesse führen. Somit stehen diese günstigen Fernwärmequellen nicht mehr vollständig zur Verfügung und müssen durch teurere Quellen ersetzt werden. Dieser Effekt ist auf der Absatzseite nicht durch die Preisbestimmungen mit den Endkunden auffangbar, sondern belastet unmittelbar das Ergebnis der evo. Im September 2023 gab es einen Totalschaden der Gasturbine im HKW II. Bis zum Eintreffen der Ersatzturbine im November 2023 wurde die fehlende Strom- und Wärmeerzeugung bestmöglich durch andere bestehende Erzeugungs- und Bezugsquellen kompensiert.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z. B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schäden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Seit der Corona-Pandemie wurden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, das den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z. B. im Bereich dezentrale Erzeugung

oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten.

Zudem ergeben sich weitere Chancen aus der Dekarbonisierung der Stromversorgung sowie der Wärmewende als Teil der Energiewende. Diese bietet den größten Hebel zur Emissionsreduktion. Das übergeordnete Ziel ist hierbei, Bürger:innen im Versorgungsgebiet bis 2040 mit CO^2-neutraler Wärme zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits bei der Bezirksregierung ein Bohr-Recht erwirkt, um in den nächsten Jahren durch Probebohrungen das genau tiefengeothermische Potenzial zu ermitteln. Tiefengeothermie ist ein Schlüssel zur sukzessiven Dekarbonisierung der Fernwärme. Auch die Nutzung industrieller Abwärme, die ebenfalls im Fernwärmenetz zum Einsatz kommt, soll weiter ausgebaut werden. Um auch dezentralere Lösungen anbieten zu können, werden wir in den nächsten Jahren außerdem vermehrt Quartierslösungen in Form von Nahwärmeinseln entwickeln. Im Bereich Wärme wollen wir Kund:innen weiterhin dabei unterstützen, autarker zu werden, zum Beispiel durch Technologien wie Wärmepumpen im Contracting-Modell. Bereits umgesetzte Maßnahmen enthalten die Modernisierung und Erweiterung unserer Fernwärmeerzeugungsanlagen sowie den Umbau alter Öltanks zu Wärmespeichern.

Durch die zunehmende Elektrifizierung des Stadtverkehrs planen wir auch im Bereich von emissionsfreien Mobilitätsdienstleistungen eine Vorreiterrolle in Oberhausen einzunehmen. Durch unsere Expertise im Bereich öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur und Netzbetrieb werden wir hier wichtige Voraussetzungen schaffen. Mit städtischer Unterstützung wollen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien in unserem Gebiet den Anteil des eigenerzeugten, grünen Stroms in unserem Produktportfolio erhöhen.

Genau wie bei der Wärme spielt aber auch die dezentrale Versorgung eine große Rolle bei der Dekarbonisierung. Deshalb wollen wir unseren Kund:innen zu einem höheren Autarkiegrad verhelfen, indem wir entsprechende Solaraufdachmodule anbieten. Auf den Dächern Oberhausens könnten z. B. insgesamt 770 GWh Strom durch Photovoltaik Aufdachanlagen pro Jahr erzeugt werden. Außerdem planen wir eine Photovoltaik-Aufdach-Kampagne für städtische Liegenschaften.

Verteilt über das ganze Stadtgebiet Oberhausens beabsichtigen wir 100 Ladepunkte mit bis zu 22 KW für Elektrofahrzeuge aufzubauen. An zwei weiteren Standorten sollen drei HPC-Ladesäulen[4] gebaut werden. Weiterhin wollen wir die Stadt bei der Errichtung eines New Mobility Hubs unterstützen und unser bereits vorhandenes E-Roller-Sharingkonzept in Oberhausen skalieren. Außerdem sollen sukzessive weitere alternative emissionsfreie Mobilitätslösungen in Abstimmung mit der Stadt entwickelt werden.

Ein wichtiger Baustein im Bereich Infrastruktur ist die Digitalisierung der Netze. Es ist geplant, digitale Messtechnologien in die Netze zu integrieren, um Zustandsinformationen zu erhalten und daraus weitere Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die in Richtung Netzoptimierung abzielen. Bereits heute haben wir außerdem einige Smart-City-Projekte umgesetzt, so zum Beispiel zur Bewässerung junger Bäume. In Zukunft sollen Technologien im Bereich LoRaWAN genutzt werden, um datenbasiert und fundiert die Lebensqualität in der Stadt zu steigern. Projekte sind hierbei auch in den Bereichen Klimaanpassung und Katastrophenschutz denkbar.

Risiko- und Chancenbericht der OB-Netz

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

In der letzten Risikoinventur wurden 12 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Netz-Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

4 Schnellladesysteme, High Power Charging (HPC), sind Ladesysteme mit denen Batterien von Elektrofahrzeugen schnell mit höchster Leistung geladen werden.

Bei den halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum keine neuen Risiken erfasst und 2 Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Beschaffung von Verlustenergie“ konnte geschlossen werden; die Beschaffung wird zukünftig für das Beschaffungsjahr 2025 durch die Westnetz vorgenommen, wodurch das Risiko aufgrund einer höheren Anzahl von Auktionen entsprechend minimiert werden kann.

Weiterhin wurde das Risiko „BNetzA Festlegung zur Erstellung und Prüfung von Tätigkeitsabschlüssen in viEVUs (zu § 6b EnWG)“ geschlossen. Die BNetzA hatte eine Festlegung veröffentlicht, in der zusätzliche Bestimmungen bei der Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen von vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen enthalten sind. (BK8-19-/00002-A). Die Netzgesellschaft hatte hierin monetäre Risiken gesehen insbesondere im gesonderten Ausweis saldierter Forderungen/Verbindlichkeiten und der damit vermuteten zusätzlichen Kürzung im UV sowie der Erhöhung des Abzugskapital. Aufgrund der Erfahrungen in der letzten Kostenprüfung Strom ist nicht mehr mit einer Entsaldierung der Forderungen und Verbindlichkeiten und den damit verbundenen negativen Effekten im Ausgangsniveau zu rechnen.

Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:
Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NAV, Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes und Risiko „7,5 GWh“ (Delta zwischen Netznutzungsabrechnung und Netzlast/Regulierungskonto), Gasmangellage und Materialbeschaffung, Preissteigerungen und Lieferzeiten.

Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich sich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den voranschreitenden Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz werden dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft arbeitet weiterhin intensiv an grundsätzlichen Strukturveränderungen mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Risiko- und Chancenbericht der BSO KG

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2023 48 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (42 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich sechs Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind davon ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Chancen ergeben sich aufgrund des Marktgeschehens durch hohe erzielbare Preise aus der Direktvermarktung, die bei der Gesellschaft zu höheren Umsatzerlöse führen können.

Prognosebericht der evo

Der Aufsichtsrat der evo hat am 23.11.2023 dem Budget sowie der Finanzplanung 2024 zugestimmt. Das budgetierte Ergebnis für 2024 ist dabei außerordentlich durch den Verkauf der STEAG-Beteiligung durch die KSBG und den daraus realisierten Ertrag der evo geprägt.

Operativ ist das Ergebnis der evo im Jahr 2024 durch ein hohes Rohertragsniveau geprägt, da es im Bereich Wärme durch preisindizierte Verträge zu Nachholeffekten kommt. Roherträge der vergangenen Jahre waren diesbezüglich belastet. Die

Planung 2024 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 271,7 Mio. € und Materialaufwendungen von 205,9 Mio. € aus. In den Jahren 2025/2026 wird der Rückgang auf ein normales Rohertragsniveau unterstellt. Die sonstigen Erlöse entwickeln sich im Planungszeitraum i.W. durch höhere Ergebnisbeiträge aus der Direktvermarktung Strom, Förderungen für Projekte im Rahmen der Energiewende sowie höhere aktivierte Eigenleistungen positiv. Der Personalaufwand steigt im Planungszeitraum aufgrund des Tarifabschlusses 2023 stetig an. Der sonstige betriebliche Aufwand kann in den Planjahren bis 2026 relativ konstant gehalten werden. Die Kostenspitze im Jahr 2024 resultiert dabei i.W. aus den Projektkosten für die IT-Umstellung auf S4-Hana. Operativ ist ein Ergebnis nach Steuern in Höhe 14,9 Mio.€ budgetiert.

Unter Berücksichtigung eines – nach aktuellem Kenntnisstand - weiteren ausgekehrten Ertrages aus dem STEAG-Verkauf durch die KSBG i.H.v. 48 Mio. € ergäbe sich ein Ergebnis nach Steuern von 63,1 Mio. €. Hiervon sollen 18,3 Mio. € an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, davon 3,4 Mio. € um Steuerbelastungen, die auf Ebene der Gesellschafter für die STEAG angefallen sind, zu kompensieren. Das restliche Ergebnis in Höhe 44,6 Mio. € soll den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Das zusätzliche Kapital dient der evo als Startbasis für die kommenden Herausforderungen der Energie- und Wärmewende in Oberhausen.

Zusammenfassend strebt die Planung für das Geschäftsjahr 2024 damit einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die FSO KG in Höhe von 18,3 Mio. € (inkl. außerordentlicher Effekt KSBG/STEAG) an. In den Jahren 2025 und 2026 werden Gewinnabführungen von jeweils rd. 13,2 Mio. € erwartet.

Prognosebericht der OB-Netz

Die operativen und wirtschaftlichen Herausforderungen alle Verteilnetzbetreiber sind durch die sich verändernden Rahmenbedingungen deutlich gestiegen. Die Energiewende hat sich u. a. durch die mit dem Ukrainekrieg ausgelösten Energiekrise beschleunigt. Es kommt zu einem verstärkten Ausbau dezentraler Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen und auch die Mobilitätswende mit einer steigenden Elektrifizierung ist durch Verteilnetzbetreiber strategisch zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Klimaschutzgesetz und die Verpflichtung Deutschlands zur der Treibhausgasneutralität werden die Investitionstätigkeiten im Bereich der Gasnetze deutlich vermindert. In der Vergangenheit wurde die sogenannte „Retrofit-Strategie“ im Bereich der Versorgungsnetze verfolgt; d.h. es wurde beispielsweise „vorbeugende“ Investitionen zur Modernisierung vorgenommen. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen wird der Fokus jedoch auf Instandhaltungsmaßnahmen gelegt, was zu verminderten Investitionsaktivitäten im Bereich der Gasnetze führt.

Die Gesellschafterversammlung der OB Netz hat am 23.11.2023 dem Budget sowie der Finanzplanung 2024 zugestimmt. Auch im Jahr 2024 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas bestimmt. Es werden Umsätze in Höhe von ca. 107,1 Mio.€ sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2024 bei erwarteten Materialaufwendungen von 56,4 Mio. €, Personalaufwendungen von 18,5 Mio € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 24,8 Mio. € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von 6,8 Mio.€ angenommen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein positiver Jahresüberschuss in Höhe von 4,1 bzw. 4,3 Mio. € erwartet.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlösposition kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar. Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Prognosebericht der BSO KG

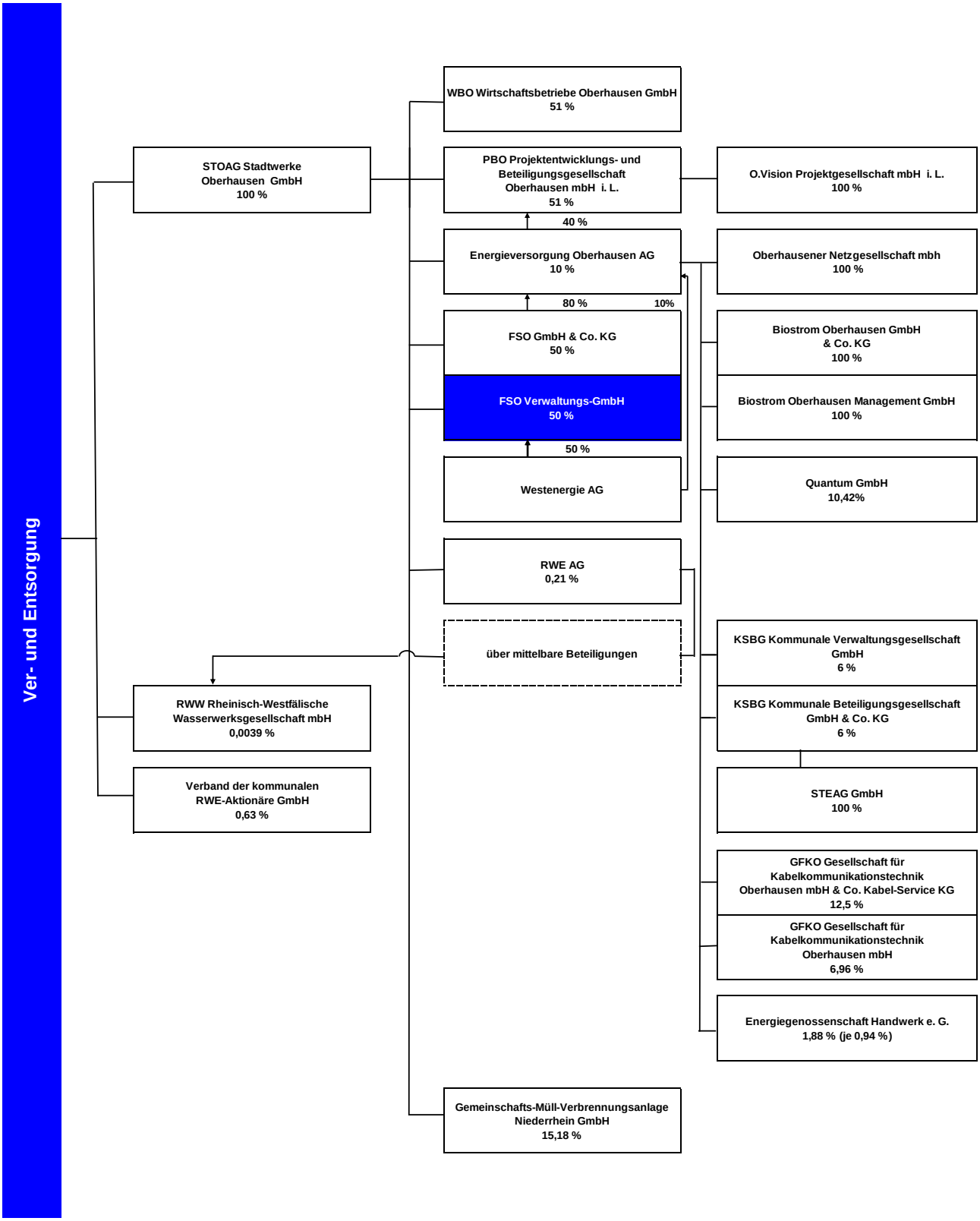
Für 2024 werden realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.524 (Vj. 7.650 Stunden) angestrebt. Die Verfügbarkeit der Anlage soll im Jahr 2024 stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wärmevergütung von T€ 7.180 stehen geplante Brennstoffkosten von T€ 3.282 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2024 für das folgende Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,7 Mio. € vor. Der Jahresüberschuss 2024 wird auf T€ 625 prognostiziert.Oberhausen, den 12. April 2024

Oberhausen, 12. April 2024

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Timm Dolezych / Christian Basler


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
	Geschäftsführer	Dolezych, Timm
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023		Veränder-ungen
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Umlaufvermögen	37,23	100,0	37,30	100,0	36,46	100,0	0,07
Bilanzsumme	**37,23**	**100,00**	**37,30**	**100,00**	**36,46**	**100,00**	**0,07**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	34,33	92,2	34,15	91,6	32,92	90,3	-0,18
Rückstellungen	2,61	7,0	2,84	7,6	3,08	8,4	0,23
Verbindlichkeiten	0,30	0,8	0,30	0,8	0,47	1,3	0,00
Bilanzsumme	**37,23**	**100,00**	**37,30**	**100,00**	**36,46**	**100,00**	**0,07**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	5,64	5,33	5,36
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,59	5,50	6,60
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,05	-0,17	-1,24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,01	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,04	-0,17	-1,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,04	-0,17	-1,24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,13	-0,50	-3,63	%
Cash-Flow:	0,04	-0,17	-1,24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

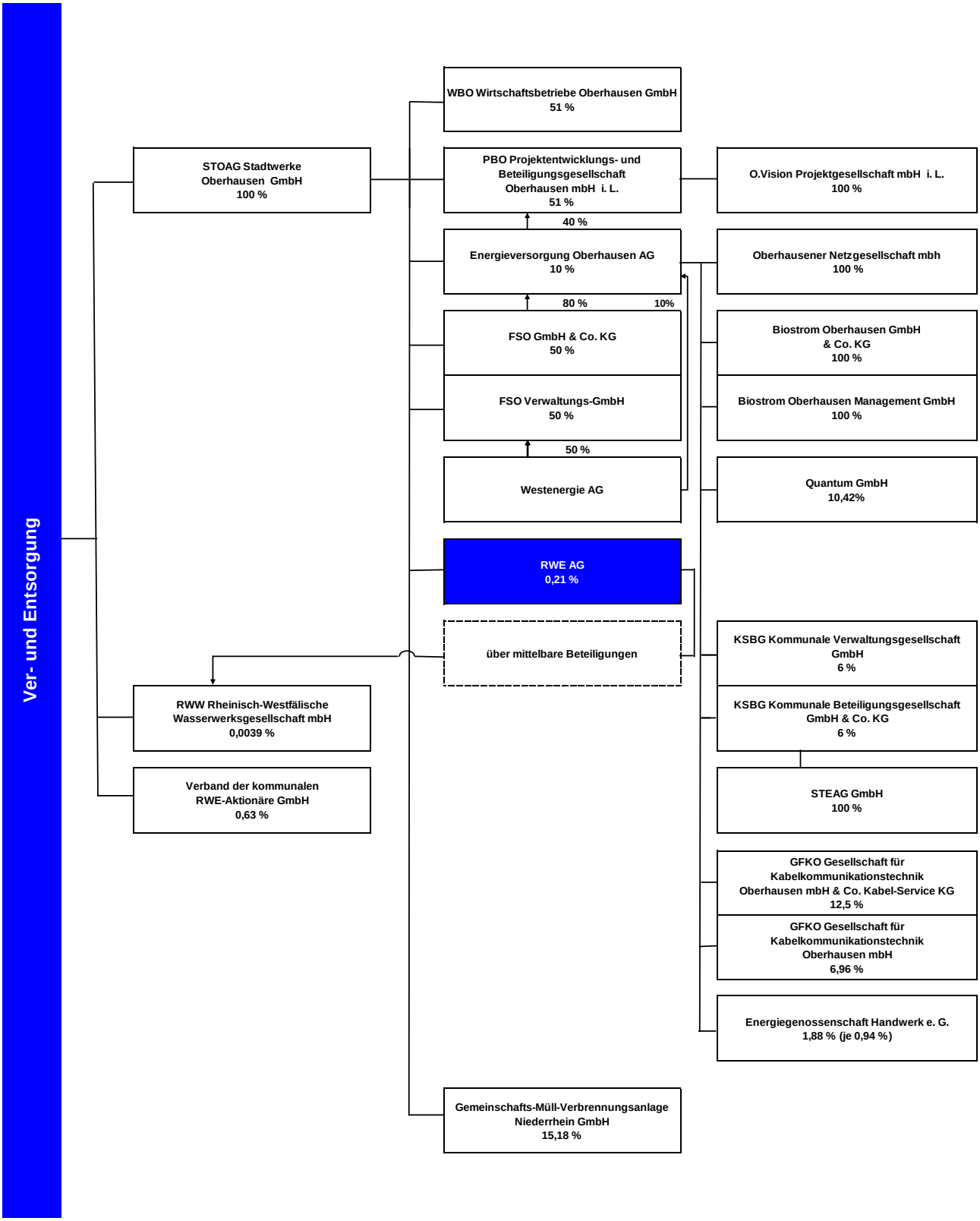
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	92,20	91,57	90,28	%
Fremdkapitalquote:	7,80	8,43	9,72	%
Verschuldungsgrad:	8,46	9,20	10,76	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt

.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Altenessener Straße 35
45141 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de/
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:
a) Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
b) Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
c) Versorgung und Handel mit Energie,
d) Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
e) Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
f) Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

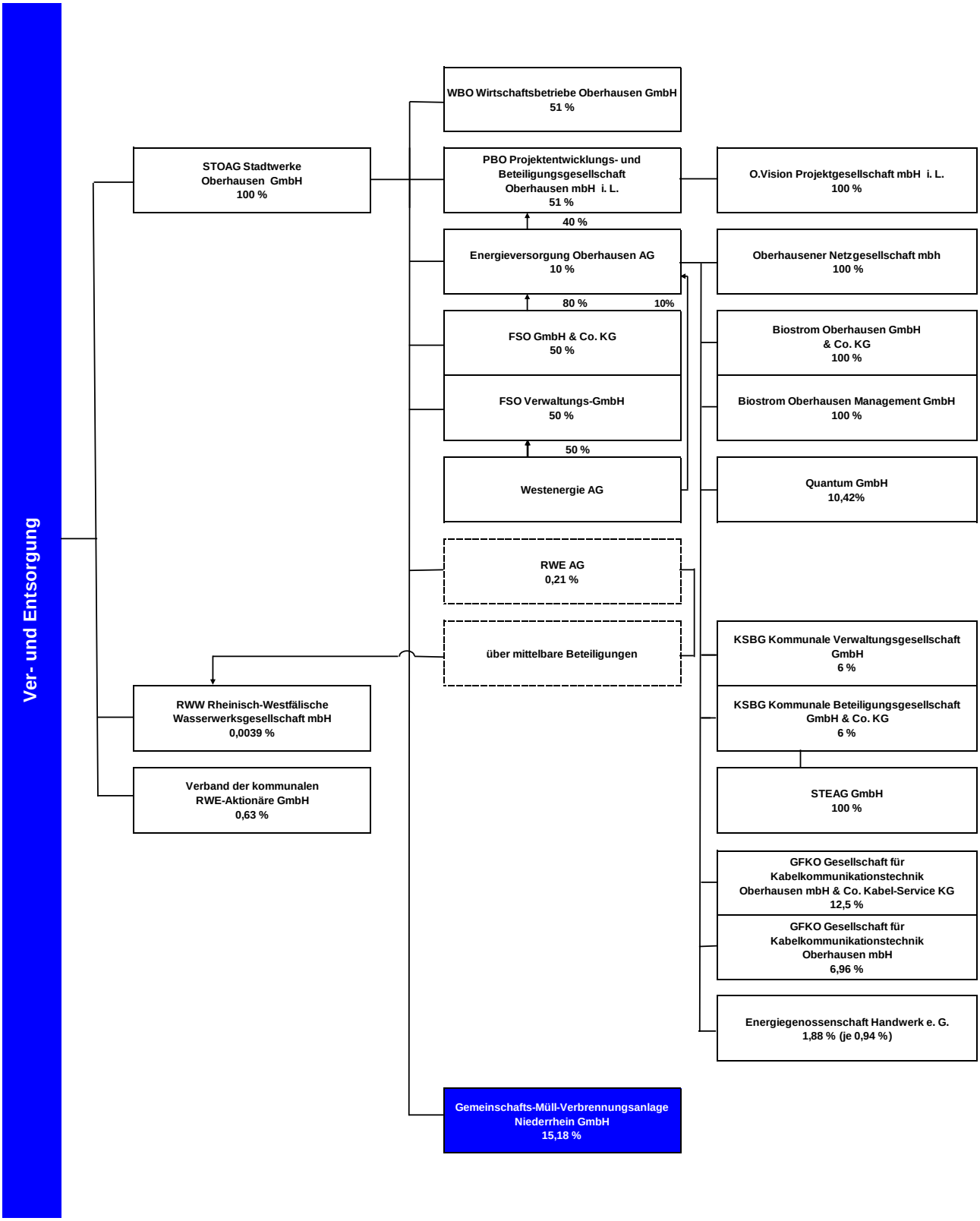
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Krebber, Markus
	Mitglied	Dr. Müller, Michael
	Mitglied	van Doren, Katja
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e) Lageberich

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Geschäftsbericht 2023“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Richter, Adrian
	Geschäftsführerin	Schröder, Michaela
	Geschäftsführer	Nachtsheim, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Susen, Thomas
	stellv. Vorsitzender	Bandel, Frank
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Dr. Ritter, Sebastian
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Stallmann, Ulrich
	Mitglied	Wolters, Thomas
	Mitglied	Haak, Sebastian
	Mitglied	Hadrossek, Julia
	Mitglied (AN)	Hoffmann, Andreas
	Mitglied (AN)	Brauner, Lukas
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Jehn, Michael
	stellv. Mitglied	Ingendoh, Holger
	stellv. Mitglied	Heitmann, Dagmar
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	17.850,03	27,9	19.103,50	21,8	21.462,80	32,8
Umlaufvermögen	46.229,53	72,1	68.463,09	78,2	43.877,33	67,2
Bilanzsumme	**64.079,56**	**100,00**	**87.566,59**	**100,00**	**65.340,13**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	46.668,93	72,8	59.232,05	67,6	52.656,46	80,6
Rückstellungen	14.100,90	22,0	23.002,20	26,3	9.177,65	14,0
Verbindlichkeiten	3.309,73	5,2	5.332,35	6,1	3.506,02	5,4
Bilanzsumme	**64.079,56**	**100,00**	**87.566,59**	**100,00**	**65.340,13**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	73.749,76	113.213,20	98.722,01
sonstige betriebliche Erträge	1.779,30	731,56	530,64
Materialaufwand	17.158,89	31.897,52	30.760,70
Personalaufwand	15.186,40	16.079,88	14.604,54
Abschreibungen	3.450,97	2.971,68	2.828,22
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.555,37	8.654,00	7.884,28
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,20	0,54	721,75
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	0,00	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15,18	19,38	34,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.162,44	54.322,84	43.862,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.039,51	19.033,61	15.028,55
sonstige Steuern	3.939,22	1.702,39	1.822,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	16.183,72	33.586,84	27.011,25
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	16.183,72	33.586,84	27.011,25

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	21,94	29,67	27,36
Eigenkapitalrentabilität:	53,09	130,97	105,33
Cash-Flow:	19.634,69	36.558,52	29.839,47
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	410,48	609,33	542,36
Personalaufwandsquote:	20,11	14,11	14,71

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	27,10	21,43	31,27	%
Eigenkapitalquote:	72,83	67,64	80,59	%
Fremdkapitalquote:	27,17	32,36	19,41	%
Anlagendeckungsgrad 2:	262,76	311,23	246,28	%
Verschuldungsgrad:	37,31	47,84	24,09	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „GMVA“ genannt) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 01. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche anfallenden andienungspflichtigen Abfälle ihrer Vertragspartner im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH (49,0 %).

2. Entwicklung Gesamtwirtschaft und Branche

Das Geschäftsjahr 2023 war erneut durch eine hohe Jahresteuerungsrate von 5,9 % gekennzeichnet (Vj. 6,9 %). Die Teuerungsrate liegt damit auf einem anhaltend hohen Niveau. Ursächlich sind die Preisanstiege bei Energieprodukten und Lebensmitteln infolge der geopolitischen Konflikte und den Nachwirkungen weltweit gestörter Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie. Zur Sicherung der Preisstabilität haben die Zentralbanken in den USA und Europa in der Folge die Leitzinsen innerhalb kürzester Zeit stark angehoben. In Europa liegt der Leitzins nach 6 Zinserhöhungen im Jahr 2023 zum Jahresende bei 4,5 %. Die allgemeine Wirtschafts- und Bauleistung in Deutschland zeigen bereits eine deutliche Verlangsamung bzw. sind leicht rückläufig im Vergleich zum Vorjahr.

Die europäische Gesamtwirtschaft war und ist noch immer von den Folgen des Ukrainekrieges und den hieraus resultierenden Unterbrechungen der Gaslieferungen aus Russland betroffen. Stark gestiegene Preise für Erdgas und Strom sowie für energieintensive Produkte der europäischen Chemie- und Stahlindustrie sind nur eine Konsequenz aus dem geopolitischen Konflikt. In Bezug auf die Terminkontrakte als auch in Bezug auf die Preise am Spotmarkt konnten auch 2023 hohe Stände verzeichnet werden, wovon auch die GMVA mit den erzeugten und vermarkteten Strommengen profitieren konnte.

Mit dem Strompreisbremsegesetz (StromPBG) hat der deutsche Gesetzgeber mit Wirkung zum 01.12.2022 einen Mechanismus eingeführt, um die von Energieproduzenten erzielten Erlöse, die eine fixierte Erlösobergrenze überschreiten, abzuschöpfen. Der Abschöpfungszeitraum endete zum 30.06.2023 und betraf auch die Energieerlöse der GMVA. Nicht betroffen waren im Jahr 2023 die erzeugten Dampfmengen für die Wärmeproduktion.

Der Krieg in der Ukraine und seine energiewirtschaftlichen Folgen haben wie im Vorjahr auch im Jahr 2023 zu einer Unsicherheit auf den europäischen Märkten sowie zu einer anhaltend hohen Inflation geführt. Sukzessive stellten sich die Märkte und Preise aber ab Ende 2022 und im ersten Halbjahr 2023 auf die veränderte Situation ein.

Insgesamt belief sich das angelieferte Abfallaufkommen im Jahr 2023 auf hohem Niveau. In der Kumulation zeigen die Kommunalmengen eine positive Mengenabweichung zum Vorjahr. Auch Drittmengen weichen positiv ab. Das Abfallaufkommen aus Industrie und Gewerbe lag gering unter dem Vorjahreswert. Die GMVA verfügt durch ihre bestehenden, langfristigen Lieferverträge über ausreichende Abfälle zur Auslastung der Anlage.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sanken von 113,2 Mio. € (2022) um 14,5 Mio. € bzw. 12,8 % auf 98,7 Mio. € im Jahr 2023. Das Abfallaufkommen der GMVA betrug im Jahr 2023 723.332 t, was eine Steigerung von 989 t gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 mit 722.343 t darstellt.

Die Zusammensetzung der Umsätze ist wesentlich durch den jahresbezogenen vereinbarten Selbstkostenrichtpreis und dessen Regelung bzgl. der Berücksichtigung der Strompreisabschöpfung geprägt. Unterjährig wurde der Richtpreis sodann in einen Festpreis gewandelt, der aufgrund der hohen Energieerlöse deutlich unter den Selbstkostenfestpreisen der

Vorjahre gelegen hat. Die Energieerlöse machen im Geschäftsjahr 2023 einen Großteil des Umsatzes aus. Im Vergleich der Jahre 2022 zu 2023 zeichnet sich eine leichte Steigerung der kommunalen Mengen in Höhe von 1.815 t ab. Die Veränderung zwischen den Städten war dabei sehr unterschiedlich ausgeprägt: Duisburg -2,1 %und Oberhausen unverändert demgegenüber standen Mengensteigerungen bei Steinfurt +6,5 % und Coesfeld +3,6 %. Weitere Mengen von Remondis verringerten sich hingegen um -2,2 % während Drittmengen um +4,6 % anstiegen.

4. Geschäftsergebnis

Das Jahr 2023 war in der Unternehmensgeschichte ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Insgesamt konnte ein Überschuss von 27,0 Mio. € erzielt werden. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 33,6 Mio. € ausgewiesen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

Werte in T€	2023	2022	2021	2020	2019
Anlagenintensität in %	32,9	21,8	27,8	37,0	34,9
Bilanzsumme	65.340	87.567	64.080	56.414	75.906
Fremdkapitalquote in %*	19,4	32,4	27,2	45,9	60,9
Jahresergebnis	27.011	33.587	16.184	11.452	15.489
Umsatzerlöse	98.722	113.213	73.750	58.156	67.621
Materialaufwand	30.761	31.898	17.159	22.296	23.362
Personalaufwand	14.605	16.080	15.186	14.448	14.250

* inkl. passiver Rechnungsabgrenzungsposten (bis 2020)

Die Anlagenintensität ist auf 32,9 % gestiegen. Die gesunkene Bilanzsumme resultiert insbesondere aus höheren Steuervorauszahlungen und in der Folge geringeren Steuerrückstellungen sowie gleichzeitig geringeren Forderungen und Kassenbeständen. Diese sind im wesentlichen auf geringere Umsatzerlöse zurückzuführen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 9,2 % auf 14,6 Mio. € gesunken, was insbesondere auf unbesetzte Stellen sowie die im Vorjahr enthaltene Rückstellungsbildung für Jubiläen zurückzuführen ist.

6. Produktion

Die Durchsatzmenge im Jahr 2023 übertraf mit 723.332 t die Leistung des Vorjahres um 989 t. Die Mengenanlieferung des Jahres 2023 überstieg mit 723.690 t das Vorjahr (719.343 t) um 4.347 t. Der höhere Durchsatz beruht bei ähnlichem Heizwert wie im Vorjahr überwiegend auf einer besseren Anlagenverfügbarkeit. Die Abgabe an das Stromnetz stieg von 335,1 GWh auf 337,8 GWh.

7. Beschaffung

Ein sehr erheblicher Anteil des Abfallaufkommens war und ist durch Verträge mit dem Gesellschafter REMONDIS, den Gesellschafterkommunen Oberhausen und Duisburg, der Kreislaufwirtschaft Duisburg sowie der EGN, Viersen, gesichert. Die verbleibende Restmenge wurde durch Verträge mit Kunden aus dem Ausland, hier vor allem Belgien, gefüllt.

8. Investitionen

Größere Investitionen erfolgten insbesondere in Vorbereitungsarbeiten für den Neubau des Sozialgebäudes, für die Erneuerung der Entschlackung an Kessellinie 1, Austausch und Erweiterung des Rohwassersammlers (Einlaufbauwerk) und die Verlegung der neuen Kanalwasserleitungen zur Versorgung der Anlage. Zudem ist ein Baukostenzuschuss für Mittelspannungs-Netzanschlüsse gezahlt worden.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kreditfinanzierungen.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2023 waren bei der GMVA 188 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 4 Auszubildende (31.12.2022 = 193 Beschäftigte, davon 5 Auszubildende) beschäftigt.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung (BImSchV), wurden auch im Jahr 2023 bei allen Parametern deutlich unterschritten.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2023 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 98.722 T€ (Vj. 113.213 T€) gesunken. Die Erlöse aus Abfallanlieferungen verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Rückgang, der hauptsächlich auf gesunkene kommunale Preise in Verbindung mit dem vorübergehenden Selbstkostenrichtpreis und der enthaltenen Strompreiskomponente zurückzuführen ist. Dagegen ist der Anteil der Energieerlöse am Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegen. Diese Veränderung ist vor allem Ergebnis der im Jahr 2023 anhaltend hohen Energieerlöse, die sich insbesondere aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung an der EEX, als auch im Terminmarkt, ergeben hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahr 2023 um 201 T€ oder 27,5 % auf 531 T€ gegenüber dem Vorjahr gesunken. Im Vorjahr waren für einen Turbinenschaden Versicherungsleistungen in Höhe von 210 T€ enthalten.

Der Materialaufwand, der sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammensetzt, sank um 1.137 T€ auf 30.760,7 T€. Die Reduktion ist zum einen auf geringere Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zurückzuführen. Im Bereich der Aufwendungen für Fremdleistungen wurden 670,7 T€ weniger aufgewendet.

Der Personalaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um rd. 9,2 % und belief sich inklusive sozialer Abgaben und der Bildung von Rückstellungen auf 14.605 T€ (Vj 16.080 T€).

Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr von 2.972 T€ auf 2.828 T€ und sind Ausdruck der Investitionstätigkeiten der letzten Jahre.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 770 T€ auf 7.884 T€. Rund 1.192 T€ (Vj. 3.612 T€) betreffen hierbei die aufgrund des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG) abzuführenden Differenzerlöse zwischen dem Spotmarktpreis und der gesetzlich verankerten Höchstgrenze von 100 €/MWh zzgl. 10% Überschusserlösanteil für die Monate Januar bis Juni 2023.

Das Zinsergebnis umfasst im Wesentlichen die Zinserträge aus den unterjährig angelegten Finanzmitteln sowie den Zinsaufwand für die Aufzinsung der Rückstellungen und betrug per Saldo 687,2 T€ (Vj. -18,8 T€).

Die sonstigen Steuern sind von 1.702 T€ im Vorjahr auf 1.822 T€ im Jahr 2023 leicht angestiegen. Der Posten weist die Stromsteuer für den sog. Kraftwerkseigenverbrauch der Anlage aus. Gegen die erlassenen Bescheide (2019-2023) wurde Einspruch eingelegt. Die Verfahren sind derzeit ruhend gestellt, da der gleiche Sachverhalt für andere Anlagen auch im Rahmen einer Musterklage gerichtsanhängig gestellt worden ist

Infolge des hohen Jahresüberschusses und der vollen Steuerpflicht auf die Ergebnisse liegen die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag bei 15.028,5 T€ (Vj. 19.033,6 T€). Der Jahresüberschuss nach Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 33.587 T€ um 6.576 T€ auf 27.011 T€ verringert (- 20 %).

2. Finanzlage

Die Fremdmittel sind von 28.335 T€ um 15.651 T€ auf 12.684 T€ gesunken. Dies entspricht einer Fremdfinanzierungsquote von 19,4 % (Vj. 32,4 %). Ursächlich hierfür sind deutliche gesunkene Steuerrückstellungen und Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen sowie nicht mehr erforderliche Rückstellungen für die Abführung von Überschusserlösen im Zusammenhang mit dem StromPBG.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betrugen 1.793 T€ (Vj. 1.607 T€). Sonstige Verbindlichkeiten bzw. Steuerverbindlichkeiten bestanden in Höhe von 1.713 T€ (Vj. 3.725 T€). Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bargeld und Bankguthaben bei Kreditinstituten betrugen zum Bilanzstichtag 17.251 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 52,3 % gesunken. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2024 werden zur Aufrechterhaltung der Investitions- und Geschäftstätigkeit Fremdfinanzierungen erforderlich sein.

Die Eigenkapitalquote beträgt 80,6 % (Vj. 67,6 %).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Anlagevermögen hat sich von 19.103 T€ auf 21.463 T€ im Jahr 2023 erhöht. Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen wurden vollständig aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind von 2.972 T€ im Vorjahr auf 2.828 T€ gesunken.

Die Vorräte erhöhten sich von 6.587 T€ gegenüber dem Vorjahr um 593 T€ auf 7.180 T€.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen am Bilanzstichtag 16.978 T€ und lagen damit um 8.378 T€ unter dem Vorjahreswert. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhen sich im Wesentlichen aus einer Gewerbesteuererforderung um 2.109 T€ auf 2.468 T€.

Der Posten Kassenbestand/ Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr, insbesondere aufgrund der geringeren Erlöse und höheren Steuervorauszahlungen, um 18.909 T€ auf 17.251 T€ gesunken.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

In einem anspruchsvollen Umfeld, das von anfänglich hoher Unsicherheit geprägt war und durch regulatorische Eingriffe in den Energiemarkt gekennzeichnet ist, zeigt sich die Geschäftsführung äußerst zufrieden mit dem Verlauf des Geschäftsjahres und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Das Unternehmen befindet sich in einer stabilen wirtschaftlichen Lage und war im Geschäftsjahr stets in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Planergebnis für das Geschäftsjahr 2023 von 80 T€ ist übertroffen worden. Ursächlich dafür sind die hohen durch das geopolitische Umfeld geprägten Energieerlöse, denen kein entsprechender Anstieg im Aufwandsbereich gegenübergestanden hat.

B. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Der Ukrainekrieg hält zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts nach wie vor an, eine Entschärfung ist bisher nicht absehbar. Die Unsicherheit an den Energiemärkten hinsichtlich der Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Energiepreisen in den kommenden Wintermonaten 2024/2025 hat sich mit Blick auf die aktuellen Gaspreise und Speicherfüllstände spürbar verbessert. Mit dem Auslaufen des StromPBG zum 30.06.2023 ist zumindest eine Unsicherheit in Bezug auf die Abschöpfung von Erträgen aus der Stromvermarktung genommen.

Wir erwarten in einigen Segmenten eine anhaltend angespannte Beschaffungssituation. Preissteigerungen bei Betriebsstoffen und Vormaterialien haben sich inzwischen auf höherem Niveau stabilisiert. Allerdings bleibt die Verfügbarkeit einiger technischer Materialien und Komponenten schwierig.

Weiter gehen wir von einem geringen Wirtschaftswachstum aus, was vor allem im Bereich der Industrie- und Gewerbeabfälle zu einer verringerten Anlieferungsdynamik führen wird. Speziell aus dem Baubereich sind aufgrund der anhaltend hohen Finanzierungskosten und teilweise ausstehender öffentlicher Förderprogramme zur Schaffung von Wohnraum geringere Aktivitäten und folglich Anlieferungsmengen zu erwarten.

Für die kommenden Jahre sind die notwendigen Mengen zur Auslastung der Anlage überwiegend mit den Gesellschaftern kontrahiert. Mit Blick auf die aktuellen Energiemärkte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Höchststände bei den Energiepreisen aus den Jahren 2023 und 2022 nicht mehr erreicht werden. In Anbetracht der dadurch sinkenden Energieerlöse wird, bei weiterhin bestehender Volatilität, ein zumindest auskömmliches Umsatz- und Ergebnisniveau erwartet.

Eine weitere Steigerung der Abfallmengen, wie sie in den letzten Jahren zu erkennen war, halten wir für eher unwahrscheinlich: Preise für Sekundärrohstoffe werden sich vor dem Hintergrund von Dekarbonisierungsbemühungen und der Ressourcenknappheit voraussichtlich erhöhen, was zu einer Verringerung der zu verbrennenden Abfallmengen führen dürfte. Darüber hinaus ist mit dem nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz eine zusätzliche Kostenkomponente geschaffen worden, welche die Entsorgung und Verbrennung der Abfallmengen sukzessive verteuern wird.

Wir gehen von einem mittelfristig schwieriger werdenden Umfeld für Müllverbrennungsanlagen aus, was sich durch die anhaltenden Dekarbonisierungsbemühungen beschleunigen dürfte. Eine Chance für Müllverbrennungsanlagen sehen wir neben der nachhaltigen und sicheren Abfallentsorgung in der Bedeutung als regionaler Anker für die Wärme- und Energieversorgung durch die effiziente Nutzung der unvermeidbaren Abwärme der Anlagen.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie der GMVA ist generell darauf ausgerichtet, durch konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine möglichst durchgehend hohe Auslastung die Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Energie- und Wärmewende in Deutschland kommt der Entwicklung neuer Geschäftsfelder eine besondere Bedeutung zu.

Generelle unternehmensstrategische Risiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Abfallmenge können sich aus der verschärften Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ergeben, indem durch Abfallvermeidungsmaßnahmen und die weitere Intensivierung der Abfalltrennung der Abfallanteil, der einer thermischen Verwertung zugeführt werden kann, weiter sinkt.

Ein weiteres generelles Unternehmensrisiko besteht hinsichtlich der Einstufung des biogenen Anteils im Abfall. Bisher führt die thermisch-energetische Verwertung dieses Anteils per Legaldefinition zu „Erneuerbarer Energie". Gesetzgebungsvorhaben könnten grundsätzlich dazu führen, dass Teile der produzierten Strommengen aus Müllverbrennungsanlagen nicht mehr als „grün" gelten. Projekte, die sich mit der Erzeugung und Vertrieb von Wasserstoff im Umfeld von Müllverbrennungsanlagen beschäftigen, scheint immer noch aufgrund des anzunehmenden fehlenden „grünen Charakters", die wirtschaftliche Basis entzogen zu sein.

Müllverbrennungsanlagen gehören aus physikalischen Gründen zu Emittenten von CO_2. Die Bepreisung dieser Emissionen ab 2024 ff. unterliegt einiger Unsicherheit. So hat bspw. der Gesetzgeber Ende 2023 die CO_2-Zertifikatekosten innerhalb weniger Monate aus haushaltstechnischen Gründen von zunächst 35 €/t auf 40 €/t und Mitte Dezember 2023 auf 45 €/t erhöht. Solch kurzfristige Anpassungen lassen sich in Unternehmensplanungen nicht vollständig berücksichtigen und schädigen den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Zudem ist im Bereich des Gewerbeabfalls zu befürchten, dass die Kosten der nationalen Besteuerung nicht vollständig weitergegeben werden können, damit eine Absteuerung der Abfallmengen ins nahegelegene europäische Ausland vermieden werden kann.

Generelle unternehmerische Risiken für eine Müllverbrennungsanlage können sich zudem grundsätzlich durch sinkende Abfallpreise steigende Kosten und niedrigere Energieerlöse ergeben.

Vor allem urbane Lagen, wie auch in Oberhausen, sind von mehr oder weniger temporären Überschreitungen der Stickoxid-Werte betroffen. Es ist nach wie vor zu befürchten, dass hier weitere regulatorische Maßnahmen den unternehmerischen Spielraum auch für die GMVA weiter einschränken bzw. Zusatzinvestitionen erforderlich machen.

Die auf europäischer Ebene im Rahmen des sog. „Sevilla-Prozesses" diskutierte weitere Verschärfung der Grenzwerte wird die GMVA ebenfalls betreffen.

Ebenfalls belastend können geänderte Rechtsauslegungen, insbesondere im Bereich der Verbrauchssteuern, sein. Zu nennen ist bspw. der geplante Abbau von Regelungen, wie z.B. dem steuerbefreiten Kraftwerkseigenverbrauch mit seinen direkten Auswirkungen auf die Ergebnissituation des Unternehmens.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch die verstärkte Entstehung neuer Abfallfraktionen können sich leistungswirtschaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle ergeben. Erhöhtes stoffliches Recycling, auch im Bereich der Gewerbeabfälle, und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Verstärkte Bemühungen, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen, kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagendurchsatz reduziert, da der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnden Abfällen steigt. Darüber hinaus entstehen zusätzliche CO_2 Kosten für die sodann nachteiligere Zusammensetzung des Abfalls mit höheren fossilen Anteilen.

Der forcierte Ausstieg aus der Kohleverstromung könnte eine Umlenkwirkung auf die Entsorgungswege von Sekundärbrennstoffe oder Klärschlämme bedeuten, mit der Folge, dass diese Stoffe zunehmend in Müllverbrennungsanlagen angeliefert werden. Die abweichende Zusammensetzung dieser Abfallströme kann Schäden an der eingespielten Anlagentechnik verursachen.

Leistungswirtschaftliche Risiken können vor allem auf den Beschaffungsmärkten entstehen. Insbesondere technische Komponenten im IT- und Anlagenbereich sind nach wie vor schwierig sowie häufig nur zu deutlich gestiegenen Preisen zu beschaffen. Die GMVA begegnet diesem Risiko durch vertrauensvolle und auf Dauer ausgelegte Geschäftsbeziehungen mit den Lieferanten zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und zuverlässiger Beschaffungswege, um die Verfügbarkeit der Anlage sicherzustellen.

4. Personal-, IT und Finanzwirtschaft

In Folge des demographischen Wandels und veränderter Arbeitskulturen wird es für die GMVA insgesamt schwieriger, geeignetes und motiviertes Fachpersonal zu finden und an das Unternehmen zu binden. Zentral sind daher Bemühungen, durch frühzeitige interne Aus- und Weiterbildung sowie durch gezielte Nachfolgeregelungen der Situation Einhalt zu gebieten. Führungskräfte werden zudem gezielt gefördert und für weiterführende Aufgaben entwickelt. Darüber hinaus wurden Maßnahmen angestoßen, um durch gezielte interne und externe Kommunikation eine starke Arbeitgebermarke zu formen.

Die Lohnkosten werden absehbar weiter deutlich steigen. Die aktuelle Tariflaufzeit endet im Dezember 2024. Es bleibt abzuwarten, wie die nächsten Tarifverhandlungen geführt werden können. In Deutschland lassen sich aktuell intensive Tarifauseinandersetzungen mit teils hohen Gewerkschaftsforderungen beobachten. Die Strahlkraft solcher Verhandlungen kann sich auch auf die Entsorgungswirtschaft auswirken.

Ein grundsätzliches Risiko liegt weiterhin in der zunehmenden Bedrohung durch Cyberattacken, die auch die Müllverbrennungsanlage als kritische Infrastruktur betreffen können. Mit IT-Sicherheitskonzepten soll diesem Risiko begegnet werden. Insbesondere die Leittechnik des Kraftwerkes könnte ein Angriffspunkt sein. Seit dem Jahr 2022 ist der Bereich der kritischen Infrastrukturen um den Sektor Siedlungsabfallentsorgung erweitert worden. Die GMVA hat bereits 2022 mit der

Umsetzung eines Informations-sicherheitsmanagementsystem (ISMS) begonnen. Dieses Managementsystem umfasst Methoden und Regeln, um die Informationssicherheit systematisch und strukturiert zu erhöhen. Hiermit soll den Anforderungen der IT- bzw. Anlagensicherheit bestmöglich entsprochen werden. Im Jahr 2024 soll das ISMS nach ISO 27001 auditiert werden.

Finanzwirtschaftliche Risiken sehen wir aufgrund der aktuellen Liquiditätssituation der GMVA nur bedingt. Die steigende Investitionstätigkeit wird zukünftig verstärkt Fremdfinanzierungen erfordern. Die Finanzierungskraft aus Abschreibungen und Rückstellungsgegenwerten ist hierfür nicht ausreichend.

Die GMVA unterhält ausschließlich Geschäftsbeziehungen zu inländischen Banken mit entsprechenden Einlagensicherungssystemen.

5. Sonstige Risiken

Die GMVA war aufgrund mehrerer Gerichtsentscheidungen, vor allem in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster aus April 2015, und der Ergebnisse der Prüfung der Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf zur Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen verpflichtet worden. Seitdem wird die Kalkulation der kommunalen Verbrennungsentgelte durch die Preisüberwachungsstelle oder eine drittähnliche Instanz, für die Preise 2024 bspw. erneut durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Aus dieser Prüfung heraus können sich grundsätzlich Umstände ergeben, die die Höhe oder den Umfang der anzusetzenden Kosten im Verbrennungsentgelt und somit die Finanzwirtschaft der GMVA beeinflussen. So wurden in der jüngsten Entgeltkalkulation zentrale Rahmenparameter, wie die Verbrennungsleistung und die Methodik zur Berücksichtigung von Nebenerlösen modifiziert. Dies verringert den Handlungsspielraum bei ungeplanten Anlagenausfällen, um die geplante Verbrennungsleistung und die Ergebnisse zu erreichen.

Die geprüften Verbrennungsentgelte werden laufend gegenüber den kommunalen Anlieferern abgerechnet.

D. Prognosebericht

Auch für das laufende Geschäftsjahr 2024 und das Folgejahr gehen wir von einer guten Anlagenauslastung, auch mit kommunalen Mengen, aus. Wir erwarten weitestgehend stabile Umsätze und eher steigende Kosten, vor allem im Bereich der technischen Kosten sowie der gesetzlich verankerten CO_2-Abgabe. Engpässe auf den für die GMVA relevanten Beschaffungsmärkten könnten trotz vorausschauender Materialwirtschaftsaktivitäten die Versorgung der Anlage mit den notwendigen Betriebsmitteln und Ersatzteilen erschweren.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert angemessen auf die Änderungen des rechtlichen Umfeldes, des Abfallmarktes und des Strommarktes. Planungssicherheit und Planungstiefe des Planungssystems haben sich bewährt.

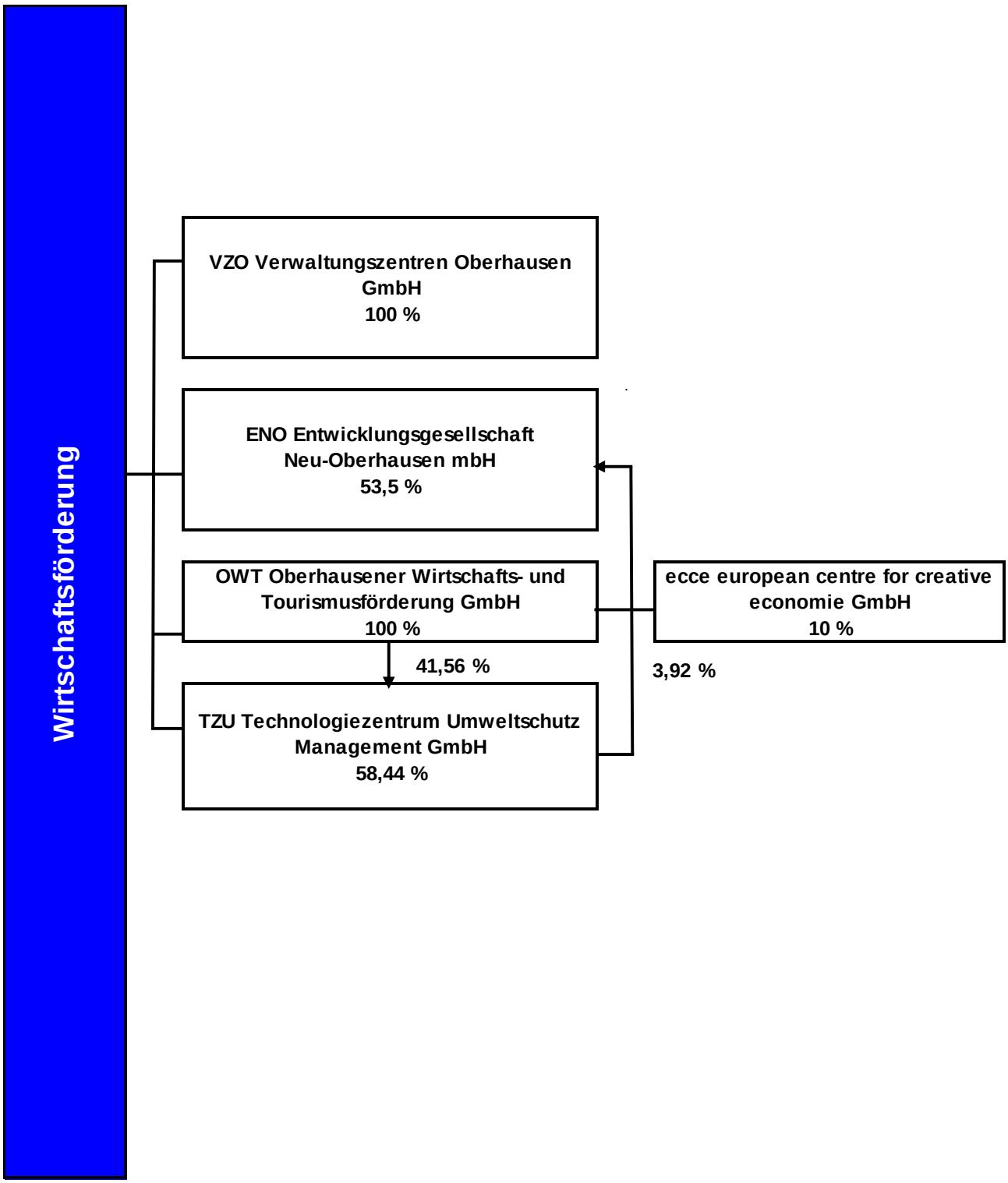
Die für die Planung erforderlichen Daten werden durch eine intensive Beobachtung der rechtlichen Entwicklungen, des Abfallmarktes und des Strommarktes gewonnen. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des vgbe energy e.V., dem europäischen Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung, sowie der Meinungsaustausch und der Besuch von Fachveranstaltungen tragen dazu bei, problematische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

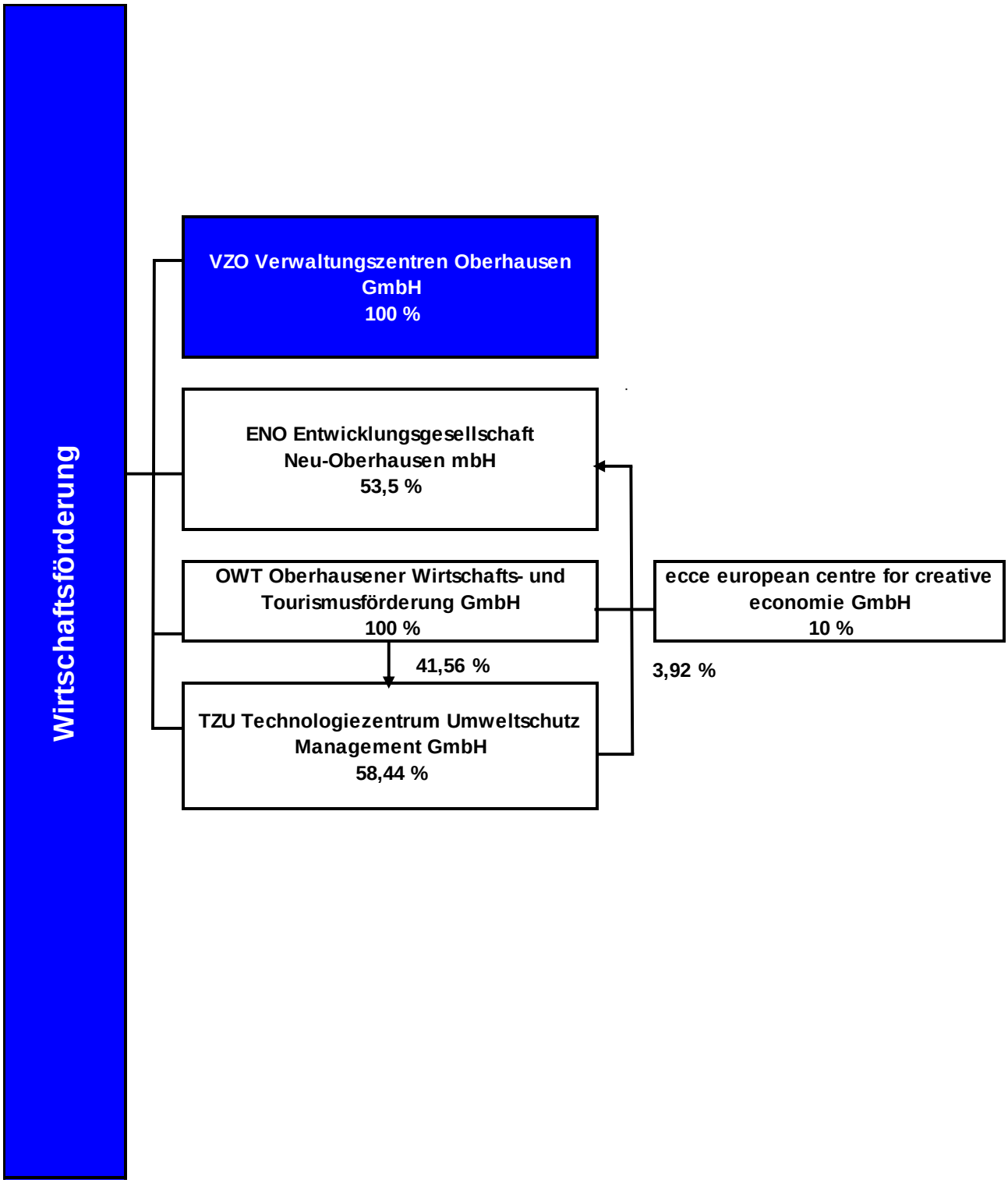
Oberhausen, 15. März 2024

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Dr. A. Richter / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -




Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
41,56 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
3,92 %

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Schwartzstr. 72 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/594 7000
Internet	-
Mitarbeiter/-in Telef.	0208/825 2806
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Miet- und Betriebsführungsvertrag zwischen der SBO (vormals OGM) und der VZO über das Bürogebäude "Jobcenter Marktstraße" und das Parkhaus Marktstraße 10
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Bürogebäude an der Bahnhofstraße 66
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kunz-Aue, Torsten

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Jehn, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	49.273,72	97,3	47.114,70	95,2	44.919,97	92,6
Umlaufvermögen	1.387,38	2,7	2.390,32	4,8	3.599,97	7,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1,30	0,0				
Bilanzsumme	**50.662,40**	**100,00**	**49.505,02**	**100,00**	**48.519,93**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	7.552,01	14,9	9.066,15	18,3	10.614,79	21,9
Rückstellungen	87,60	0,2	224,66	0,5	310,30	0,6
Verbindlichkeiten	43.022,79	84,9	40.214,21	81,2	37.594,84	77,5
Bilanzsumme	**50.662,40**	**100,00**	**49.505,02**	**100,00**	**48.519,93**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	5.596,74	5.686,12	5.685,17
sonstige betriebliche Erträge	15,00	0,39	3,61
Materialaufwand	750,94	503,86	471,10
Personalaufwand			8,19
Abschreibungen	2.159,02	2.159,02	2.157,80
sonstige betriebliche Aufwendungen	26,87	24,22	20,94
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02		3,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	754,36	606,18	556,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.920,58	2.393,23	2.477,66
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	304,16	379,09	391,51
sonstige Steuern	-0,00		-0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.616,42	2.014,14	2.086,15
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.121,07	5.237,49	6.714,12
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.737,49	7.251,63	8.800,27

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	28,88	35,42	36,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	89,08	111,00	114,97	%
Cash-Flow:	3.775,44	4.173,16	4.243,95	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			5.688,79	T€
Personalaufwandsquote:			0,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,26	95,17	92,58	%
Eigenkapitalquote:	14,91	18,31	21,88	%
Fremdkapitalquote:	85,09	81,69	78,12	%
Anlagendeckungsgrad 2:	15,33	19,24	23,63	%
Verschuldungsgrad:	570,85	446,04	357,10	%

e) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet. Dieser Generalmietvertrag wurde zum 01.01.2021 durch den städtischen Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen (SBO) im Rahmen einer partiellen Gesamtrechtsnachfolge übernommen. Per Vertrag übernimmt der Generalmieter den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses am Technischen Rathaus in Sterkrade beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiber des Parkhauses ist der städtische Eigenbetrieb SBO.

Der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM- beauftragt. Hierin wurden die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert. Zu diesem Zweck hat die VZO Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbausubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechenden Neubauprojektes ist zum Ende des 4. Quartal 2018 planmäßig erfolgt.

Analog zu den vertraglichen Gestaltungen zum Technischen Rathaus in Sterkrade wurde auch für das JobCenter die gleiche Betriebsstruktur bestehend aus ein Generalmietvertrag und ein Betreibervertrag mit der OGM geschlossen, welche ebenfalls im Rahmen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge zum 01.01.2021 durch die SBO übernommen worden sind. Betrieb und Verwaltung obliegen der SBO; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer ist ein Untermietvertrag geschlossen.

Im Rahmen des Projektes JobCenters wurde im Geschäftsjahr ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt finalisiert: auf dem Dach des neu errichteten Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ - umgesetzt worden. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe von 2.300 T€ zugesagt. Im Rahmen eines 2016 durgeführten städtebaulichen Wettbewerbs *für das Gesamtgebäude* gewann der Entwurf des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi; dieser bildet die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen.

Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ wurde ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen. Es wurde verabredet, dass für den Betrieb des Dachgartens der VZO keine weiteren Kosten entstehen. Die Fertigstellung / Übergabe des Dachgartens erfolgte im 3. Quartal 2019; der Betrieb wird über die SBO (als Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung) in Kooperation mit privaten Partnern sichergestellt.

Für das Neubauprojekt JobCenter wurden die entsprechenden grundsätzlichen Finanzierungsverhandlungen bereits 2017 abgeschlossen, eine auf Grund von unvorhersehbaren Preissteigerungen notwendige Nachfinanzierung wurde 2018 in das Gesamtfinanzierungskonzept integriert. Weitere Nachforderungen der Generalübernehmerin aus dem Geschäftsjahr 2020 werden derzeit noch geprüft.

Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste für die Bestandsdarlehen ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; zum 01.01.2022 (TR Sterkrade) bzw. zum 01.04.2022 (JobCenter) wurden die Mieten für die beiden Hauptobjekte der VZO gemäß den mietvertraglichen Regelungen um jeweils 10,65% erhöht. Im Geschäftsjahr 2023 sind keine weiteren Anpassungen erfolgt.

Die aktuellen langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Die Darlehen zur Finanzierung der Baumaßnahmen sind allesamt langfristig aufgenommen, letzte Prolongationen wurden im Geschäftsjahr 2021 für das Objekt „Technisches Rathaus Sterkrade“ vorgenommen, wobei in Anbetracht des Zinsniveaus zum Prolongationszeitpunkt erhebliche Nominalzinsreduzierungen erreicht werden konnten. Durch entsprechende Anpassungen des Schuldendienstes ist sichergestellt, dass insbesondere für die ursprünglich zur Finanzierung des Technische Rathauses aufgenommene Darlehen zum Auslauf der aktuell geltenden Zinsbindungszeiträume vollständig getilgt sein werden.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden keine weiteren Prolongationen umgesetzt.

Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2023 nicht in Anspruch genommen. Die übrigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig reduziert werden (ca. 3.104 T€).

Zum Stichtag 31.12.2023 war bei der VZO lediglich ein Geschäftsführer im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses tätig; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses und des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring sowie in der Vermietung des JobCenters und des Parkhauses Marktstraße 10. Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2023 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2023 konnte wieder ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.086 T€ ausgewiesen werden; die moderate Steigerung gegenüber dem Vorjahr (2.014 T€) ist hauptsächlich auf die weitere Reduzierung der Zinsaufwendungen (-60 T€) sowie der Reduzierung des Aufwandes für bezogene Leistungen (-32 T€) zurückzuführen.

Dieser Gewinn wird zunächst auf neue Rechnung vorgetragen; die Bilanzgewinne belaufen sich zum Bilanzstichtag somit auf 8.800 T€. Gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan sollen aus den Jahresergebnissen jeweils 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet werden, sofern die Liquidität der Gesellschaft dies zulässt.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beläuft sich somit zum Bilanzstichtag auf Eigenkapitalquote 21,88% (Vorjahr 18,31 %).
Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich hohe Aufwendungen, welche aber durch bereits längerfristig laufende Projekte überkompensiert werden können, so dass die sich die Ertragslage konsequent positiv entwickeln wird.

2. Auswirkungen der Corona-Pandemie

Da der wesentliche Geschäftsbetrieb der VZO sich auf die Vermögensverwaltung bezieht, der Betrieb der Gebäude über Miet- bzw. Betreiberverträge und ohne eigenes Personal sichergestellt ist, haben sich auf den operativen Geschäftsbetrieb der VZO auch im Geschäftsjahr 2023 keine pandemiebedingten Auswirkungen ergeben.

3. Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2023 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2024 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2024 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Aus der seitens der Stadt Oberhausen als 100%-Gesellschafterin rückwirkend zum 01.01.2021 auf dem Wege einer Teilvermögensübertragung umgesetzten Umstrukturierung der Generalmieterin OGM zum städtischen Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen gemäß Beschluss des Rates vom 22.06.2020 ergeben sich keine direkten Konsequenzen für die VZO, da der Eigenbetrieb im Rahmen der partiellen Gesamtrechtsnachfolge in die bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen OGM und VZO eingetreten ist.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der von der Gesellschaft zu tragenden Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des TR Sterkrade sowie ebenfalls hohe Tilgungsquoten für die Finanzierungsdarlehen im Hinblick auf das JobCenter ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

Der Rat der Stadt Oberhausen als Alleingesellschafterin der VZO hat in seiner Sitzung am 26.09.2022 (Drucksache B/17/2510-01) beschlossen, im Rahmen der Umsetzung des städtischen Immobilienkonzeptes die VZO spätestens im Sommer 2024 mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 01.01.2024 auf die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH, einer mittelbaren 100%-Beteiligung der Stadt Oberhausen, zu verschmelzen. Mit dem nunmehr vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2023 sind seitens der VZO die notwendigen Voraussetzungen für diese Umwandlung gegeben.

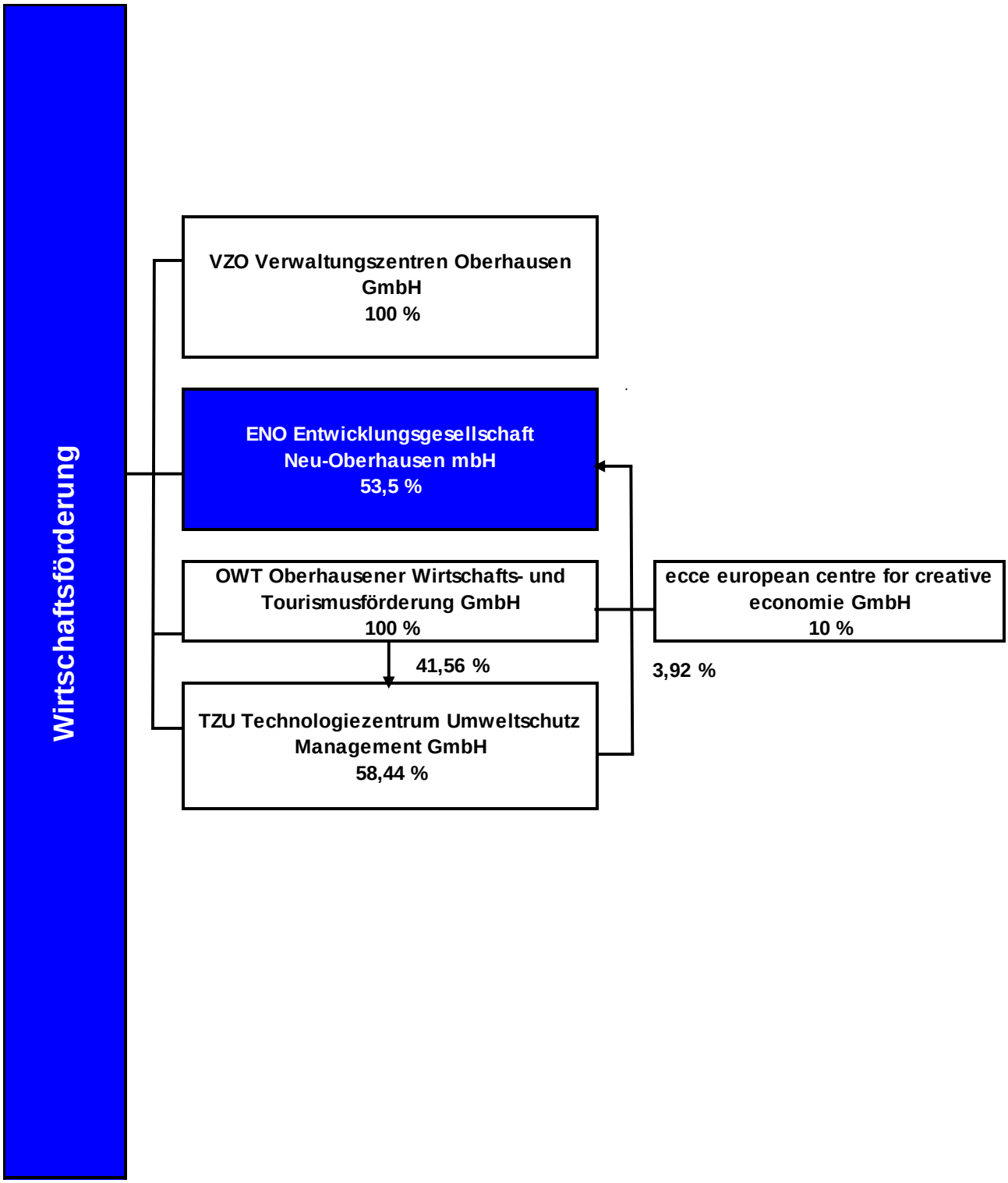
4. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit den SBO (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei den SBO um einen echten Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen handelt. Erfolg und Liquidität der Gesellschaft werden hierbei kontinuierlich überwacht und gesteuert.

Oberhausen, im Mai 2024

Verwaltungszentren Oberhausen GmbH (VZO)

Torsten Kunz-Aue
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
41,56 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
3,92 %

ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208/8503610
e-Mail	info@eno-gmbh.de
Internet	http://www.eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft AG i.L.	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
BDSK Handes gmbH & Co. KG	0,66	0,22
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
Bioni CS GmbH	0,50	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Der Baustoff-Mann Schneider KG	0,36	0,12
ECOVIS KSO Treuhand- u. Steuerberatungs-gesellschaft mbH & Co. KG	0,50	0,17
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Group GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik Interna-tional mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH i.L.	0,61	0,21
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG i.L.	0,61	0,21
MAN Energy Solutions SE	6,39	2,16
move elevator GmbH	0,31	0,10
Otto Horstmann GmbH	0,50	0,17
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
Ruhrwert Immobilien und Beteiligungs GmbH	0,30	0,10
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksge-sellschaft mbH	6,39	2,16
Sirius	1,50	0,51
Skaylink GmbH	0,50	0,17
Stadt Oberhausen	159,40	53,79

Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	19,03
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08
ZAR Oberhausen Reha GmbH & Co. KG	0,50	0,17

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Henseler, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzende	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Basler, Christian
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Simon, Michael
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Steiner, Julia
Prokura:	Prokurist	Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7,56	1,5	6,08	1,1	9,33	1,5
Umlaufvermögen	492,57	98,1	529,72	98,5	605,35	98,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2,05	0,4	2,00	0,4	2,08	0,3
Bilanzsumme	**502,18**	**100,00**	**537,80**	**100,00**	**616,75**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	220,28	43,9	220,57	41,0	329,88	53,5
Rückstellungen	220,59	43,9	225,16	41,9	211,42	34,3
Verbindlichkeiten	61,31	12,2	92,06	17,1	75,45	12,2
Bilanzsumme	**502,18**	**100,00**	**537,80**	**100,00**	**616,75**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	959,00	1.008,64	1.071,00
sonstige betriebliche Erträge	16,47	3,83	5,64
Personalaufwand	152,64	267,88	217,05
Abschreibungen	0,96	1,47	1,92
sonstige betriebliche Aufwendungen	750,04	776,10	745,34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	2,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,38	7,42	6,03
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	42,46	-40,41	109,01
sonstige Steuern	0,31		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	42,15	-40,41	109,01
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-338,52	-296,37	-336,78
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-296,37	-336,78	-227,77

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	4,40	-4,01	10,18
Eigenkapitalrentabilität:	8,16	-7,25	19,55
Cash-Flow:	43,11	-38,93	110,93
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	487,74	506,24	538,32
Personalaufwandsquote:	15,65	26,46	20,16

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	1,50	1,13	1,51
Eigenkapitalquote:	43,86	41,01	53,49
Fremdkapitalquote:	56,14	58,99	46,51
Anlagendeckungsgrad 2:	2915,66	3626,68	3536,48
Verschuldungsgrad:	127,98	143,82	86,96

e) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2023 weist einen Jahresüberschuss von T€ 110 aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag 2022 in Höhe von T€ 40 bedeutet dies eine Verbesserung von rd. T€ 150.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Gesellschafterzahlungen und Weiterberechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die OWT GmbH. Weiterberechnungen ohne Gewinnzuschlag sind hierbei unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgeführt. Darüber hinaus ist die Vermittlungsprovision aus Vorjahren, auf die sich die ENO mit der Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) vergleichsweise geeinigt hat, enthalten. Im Rahmen der Vereinbarung hat EAI die Zahlung von insgesamt 90 T €, aufgeteilt in zwei zum 31.12.2023 bzw. 30.09.2024 fällige Teilzahlungen, zugesagt.

Als Ergebnis der in 2017 durchgeführten Betriebsprüfung sind die Gesellschafterzahlungen ab 2018 der Umsatzsteuer unterworfen. Die Zuschusszahlungen sind daher ab 2018 zuzüglich der sich hierauf errechnenden Mehrwertsteuer angefordert worden. Bei den Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter ergibt sich durch die Steueranteile ein Fehlbetrag von rd. T€ 106, der durch Reduzierung des Auftragsvolumens mit der OWT um T€ 150 kompensiert werden konnte. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 750 sind die mit der OWT geschlossenen Projektverträge mit T€ 600 enthalten. Im Rahmen der in 2020 durchgeführten Betriebsprüfung wurden die Feststellungen der Vorprüfung aufgegriffen und bestätigt.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2023 von T€ 110 mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von T€ 337 zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 ist bedingt durch den Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr (T€ 538) um rund T€ 79 auf nunmehr T€ 617 angestiegen.

Das in den Vorjahren durch die Steuernachzahlung reduzierte Eigenkapital ist mit T€ 330 in 2023 gegenüber T€ 221 in 2022 angestiegen und liegt damit über dem bilanzierten Stammkapital.

Die ENO verfügt unverändert über kein wesentliches eigenes Anlagevermögen. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Forderungen ergeben sich beinahe vollständig durch die stichtagsbezogene Betrachtung. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um zwischenzeitlich ausgeglichene Ansprüche auf Kostenverrechnung gegen OWT.

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch ausreichende flüssige Mittel und eine positive Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Es wird weiterhin angestrebt, das Jahresergebnis der ENO unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Gesellschafterzahlungen im Wesentlichen ausgeglichen zu gestalten. Über die jährliche Vereinbarung der Verträge mit der OWT ist die ENO in der Lage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren. Aufgrund des inzwischen wieder gestärkten Eigenkapitals der ENO kommt eine Erhöhung des jährlichen Geschäftsbesorgungsbetrags an die OWT kurz- bis mittelfristig in Frage.

Das laufende Geschäftsjahr 2024 soll gemäß des vom Aufsichtsrat am 09.11.2023 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans mit einem Jahresüberschuss von T€ 31 enden. Mit diesem Überschuss soll das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist weiterhin nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2023 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 23 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme neuer Stammeinlagen ermöglichen.

Um zukünftig die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze mit beeinflussen zu können, ist es notwendig, ausreichende Grundstücks- und Immobilienangebote inkl. der begleitenden Serviceleistung anzubieten. Da die Wirtschaftsförderung über keine eigenen Flächen verfügt, ist es dringend notwendig, weiterhin mit Partnern Gewerbegrundstücke zu entwickeln und Immobilienflächen zu vermarkten.

Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der ENO und der OWT (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:
- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung, Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung, Qualifizierung, Fachkräftesicherung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW, BMR, CityO, Wirtschaftsjunioren .
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme an nationalen Immobilienmessen

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Generell ist es der ENO möglich, für die Vermittlung oder Zuführung von Käufern oder Mietern an Grundstückseigentümer Provisionseinnahmen zu erhalten. Im Rahmen des mit EAI geschlossenen Vergleichs wurde jedoch neben der oben beschriebenen Provisionszahlung auch die Aufhebung der diesbezüglichen Vereinbarung geregelt. Zumindest für das weiterhin im Eigentum von EAI stehende Restgrundstück des ehemaligen Stahlwerks werden somit keine neuen Vermittlungserlöse zu erzielen sein. Insgesamt ist aufgrund der geringen freien Flächenpotenziale im Stadtgebiet sowie einer zunehmend professionalisierten Eigenvermarktung der Eigentümergesellschaften, zum Teil unterstützt durch gewerbliche Anbieter auch aus dem Gesellschafterkreis der ENO, das Geschäftsfeld der provisionsbasierten Vermittlung stark rückläufig. Überwiegend erfolgt das Vermittlungsgeschäft zwischen Flächen-/ Immobilieneigentümern und Interessenten als Serviceleistung zur Standortsicherung, selten noch auf Basis von Provisionsvereinbarungen.

Nach wie vor stehen für die Erledigung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung im Unternehmensverbund ENO/OWT durch die seit 2018 geänderte Umsatzbesteuerung ca. T€ 100 per anno weniger zur Verfügung.

Abschließend lässt sich aber auch festhalten, dass durch die Vergabe von Projektverträgen - von ENO an OWT - über das PPP-Modell eine entsprechend positive Einflussnahme der Privatwirtschaft hinsichtlich der operativen Inhalte ermöglicht wird. Zur Erhaltung dieses Einflusses ist es das Ziel, die Gesellschafterstruktur zu festigen und wo möglich auszubauen.

Beschleunigt durch die Pandemie, aber strukturell bereits seit längerem erkennbar, haben sich die Aufgaben der Wirtschaftsförderung verändert. So haben in den vergangenen Jahren vor allem die Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Fachkräftemangel für die Unternehmen an Bedeutung gewonnen. Insbesondere dieses Themenfeld hat unter dem Einfluss internationaler Krisen und Kriege stark gestiegener Zuwanderung im vergangenen Jahr deutlich an Relevanz gewonnen. Der zunehmende Mangel an zur Verfügung stehenden Wirtschaftsflächen sowie ungünstiger werdende wirtschaftliche Rahmenbedingungen, insbesondere für energieintensive industrielle Fertigung, am Standort Deutschland sowie sich günstiger entwickelnde Standortkosten im direkten Umland werden zusätzliche Entwicklungsimpulse durch Neuansiedlungen künftig immer weniger spürbar werden lassen.

Um diese Entwicklungen aufzugreifen, hat die Wirtschaftsförderung sich bereits 2021 strategisch neu ausgerichtet. So wurden die bisherigen Arbeitsschwerpunkte um die Themenfelder „Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Arbeit und Fachkräfte“ ergänzt.

Zum „Nachhaltigen Wirtschaften“ gehört seit 2023 der Kompetenzaufbau im Bereich Circular Economy / Kreislaufwirtschaft. Beispielhaft ist hier die Teilnahme der ENO am Modellvorhaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) zum Thema „Kreislaufstadt“ zu nennen. Ziel dieses bis Anfang 2025 laufenden Projektes ist es, einen Prozess zur Entwicklung einer kommunalen Kreislaufwirtschaftsstrategie als Instrument der Wirtschaftsförderung für Oberhausen zu entwerfen.

Im Zuge des sich insgesamt in NRW und Deutschland zuspitzenden Arbeitskräftemangels unterstützt die OWT als Bindeglied zwischen Arbeitsagentur, IHK, HWK, Regionalagentur MEO und Kreishandwerkerschaft in unterschiedlichen Projekten dabei, die spezifischen Bedarfe der Betriebe im Stadtgebiet zu adressieren. Hierbei gilt der Blick unter dem Stichwort „Migrantenökonomie“ auch verstärkt der Einbeziehung von Unternehmen mit Einwanderungsgeschichte in die verschiedenen Netzwerke der Wirtschaftsförderung.

Um dem zu erwartenden Flächenengpass zu begegnen, wird das in 2022 durch den Rat der Stadt verabschiedete Wirtschaftsflächenkonzept nun laufend gemeinsam mit Stadtentwicklung und Stadtplanung vor allem mit dem Ziel einer Definition erwünschter Branchen je Gebiet aktualisiert und fortentwickelt. Dabei werden auch Schlüsselflächen identifiziert, die aus Sicht der Wirtschaftsförderung für einen Erwerb durch die Stadt in den Blick genommen werden sollten, um eine noch stärkere Steuerung der Nutzung an diesen Stellen zu ermöglichen. In enger Zusammenarbeit mit der Stadtplanung begleitet die ENO die Umsetzung des Masterplans Neue Mitte. Dabei steht die Entwicklung eines vermarktungsfördernden Narrativs im Zentrum, um die Entwicklung der Neuen Mitte zu einem vollfunktionalen vierten Stadtteil in den nächsten Jahren vorantreiben zu können.

Besonderes Augenmerk widmet die Wirtschaftsförderung auf Beschluss des Rates der Entwicklung eines Gründerökosystems, um auch über diesen Weg neue Unternehmensansiedlungen zu forcieren.

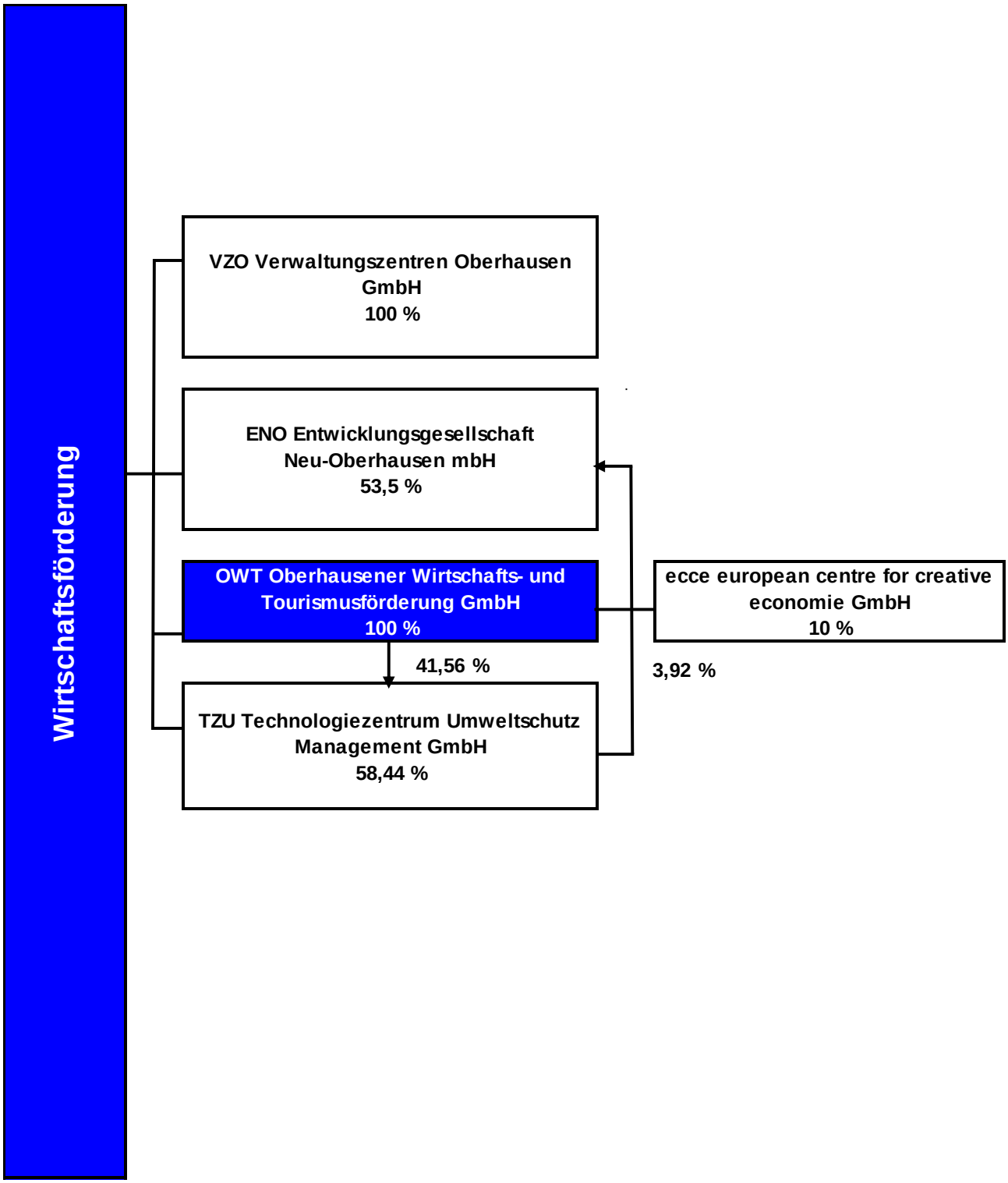
Weitere Impulse zur Fokussierung der inhaltlichen Arbeit wird die im ersten Quartal 2024 mit externer Begleitung zu erarbeitende Branchenstrukturanalyse sein. Diese wird die Aussagen des anlässlich der Gründung der OWT erarbeiteten Gutachtens hinsichtlich Leitbranchen und Wertschöpfungsketten überprüfen und perspektivisch an Relevanz zunehmende Aktivitätsfelder skizzieren.

Die hieraus resultierenden mittelfristigen Zielvorgaben bestimmen neben den laufenden Aufgaben der Beratung und Unterstützung der Oberhausener Unternehmen die Tätigkeiten der Oberhausener Wirtschaftsförderung.

Oberhausen, 14. März 2024

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Dr. Andreas Henseler
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
41,56 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
3,92 %

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Centroallee 269 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@owtgmbh.de
Internet	http://www.owtgmbh.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen insbesondere durch Schaffung, Vorhaltung und Ausbau von Wohn- und Gewerbeflächen sowie durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:
a. Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen, durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
b. Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
c. Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für die Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
d. die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
e. der Neu- und Umbau von Verwaltungs- und sonstigen Gebäuden der Stadt Oberhausen
f. die Vermietung von Wohn- und Gewerbeimmobilien (bei
Geschäftsraumvermietung je nach Fall
einschließlich der Geschäftsausstattung);
die Vermietung von Gewerbeimmobilien
beschränkt sich auf die zum Stichtag
31.08.2023 im Bestand stehenden
Immobilien;
g. Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
h. Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
i. Marketing für des Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Henseler, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Jörg
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Küsters, Andrea
Prokura:	Prokurist	Suhr, Rainer
	Prokurist	Sprenger, Detlef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	153,39	41,56
mittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	5,20	1,75

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.883,12	32,2	1.794,43	30,1	1.681,82	31,5
Umlaufvermögen	3.967,99	67,7	4.146,82	69,6	3.656,43	68,4
Rechnungsabgrenzungsposten	5,79	0,1	17,20	0,3	7,74	0,1
Bilanzsumme	**5.856,91**	**100,00**	**5.958,45**	**100,00**	**5.345,99**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.817,68	65,2	3.660,95	61,4	3.314,07	62,0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	42,42	0,7				
Rückstellungen	153,35	2,6	152,05	2,6	172,25	3,2
Verbindlichkeiten	1.838,77	31,4	2.141,17	35,9	1.855,17	34,7
Rechnungsabgrenzungsposten	4,69	0,1	4,28	0,1	4,50	0,1
Bilanzsumme	**5.856,91**	**100,00**	**5.958,45**	**100,00**	**5.345,99**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.295,17	2.595,17	2.627,13
andere aktivierte Eigenleistungen	248,63	194,48	173,05
Materialaufwand	632,07	883,95	1.041,33
Personalaufwand	2.070,14	2.251,77	2.240,17
Abschreibungen	189,61	171,55	119,38
sonstige betriebliche Aufwendungen	937,50	964,02	1.061,16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,29	27,53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13,45	11,88	10,28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.298,95	-1.493,24	-1.644,60
sonstige Steuern	61,77	64,28	64,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.360,72	-1.557,52	-1.709,46
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.030,59	-3.391,31	-4.948,83
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-3.391,31	-4.948,83	-6.658,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	-59,29	-60,02	-65,07
Eigenkapitalrentabilität:	-18,88	-18,09	-17,14
Cash-Flow:	-1.171,10	-1.385,97	-1.590,08
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	72,68	77,49	77,78
Personalaufwandsquote:	81,38	80,72	80,00

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	7,37	5,78	4,40
Eigenkapitalquote:	65,18	61,44	61,99
Fremdkapitalquote:	34,82	38,56	38,01
Anlagendeckungsgrad 2:	202,73	212,01	202,55
Verschuldungsgrad:	53,42	62,76	61,31

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2023 konnten die Erwartungen auf eine weitere Erholung nach Ende der Corona-Pandemie nicht erfüllen. Die gesamtdeutsche Wirtschaftsleistung sank gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent. Unter dem Einfluss multipler Krisen entwickelte sich Nordrhein-Westfalen noch einmal deutlich schlechter als der Bundesdurchschnitt. Um 1 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2022 zurück.

Während der Corona-Pandemie nur noch in den ersten Monaten eine einschränkende Wirkung auf das Wirtschaftsgeschehen zugeschrieben werden kann, blieben der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der am 7. Oktober erfolgte Terroranschlag der Hamas auf Israel einschließlich der folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen außenpolitische Risikofelder. Innenpolitisch bestimmten die Energie- und Migrationspolitik der Bundesregierung die öffentliche Debatte.

Die seitens der Politik beschlossenen Maßnahmen zur Preisdeckelung auf dem Strom- und Gasmarkt haben in 2023 zu einer Beruhigung der Energiemärkte beigetragen. Die Preisstützungspolitik der Europäischen Zentralbank und wieder belastbare Lieferketten ließen die Inflation im Jahresverlauf stetig sinken. Mit durchschnittlich 5,9 % Steigerung gegenüber 2023 verteuerten sich die Verbraucherpreise dennoch weiter deutlich. Folgewirkungen auf den privaten Konsum sowie die Investitionstätigkeit der Unternehmen beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung zunehmen negativ. Trotz der energiepolitischen Stützungsmaßnahmen steht der Industriestandort Deutschland erheblich unter Druck. Insbesondere energieintensive Industrien können trotz des für 2024 und 2025 angekündigten Strompreispaketes immer weniger international wettbewerbsfähig produzieren. Mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe von 3,8 % tritt diese Entwicklung schon deutlich zutage.

Während die Inflation gedrückt wurde, führte das steigende Zinsniveau zu einer Verteuerung von Neubauvorhaben im gewerblichen und privaten Bereich. Zunehmende Insolvenzen im Immobiliensektor zum Jahresende 2023 hinterlassen auch im Bausektor ihre Spuren. Bestehende Aufträge werden abgearbeitet, neue Vorhaben entstehen derzeit nur in geringer Zahl.
Diesen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen können sich auch die Unternehmen in Oberhausen nicht entziehen. Einer sich verschlechternden Ertragslage stehen inflationsgetrieben hohe Tarifabschlüsse gegenüber. Die Arbeitskosten werden zudem durch Mindestlohnsteigerungen, immer höhere Soziallasten und einen sich inzwischen über alle Branchen hinweg deutlich auswirkenden Arbeitskräftemangel in die Höhe getrieben. Die Unternehmen halten daher aktuell aus der Befürchtung, keine neuen Arbeitskräfte zu finden, länger als wirtschaftlich sinnvoll an ihren Belegschaften fest.

Aus dieser Stapelkrisenlage heraus bildeten die Themen Nachhaltiges Wirtschaften, Fachkräftesicherung sowie in zunehmendem Maße auch Nachfolge- und Fördermittelberatung wesentliche Grundlagen für die Beratungs- und Veranstaltungsangebote der OWT.

Auch für 2024 ist ein anhaltender Einfluss der globalen Multikrise zu erwarten. Ende März 2024 gingen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland zwar von einem deutlichen Absinken der Inflation auf durchschnittlich 2,3 % aus, jedoch wird nur ein Wirtschaftswachstum von 0,1 % gegenüber 2023 erwartet. Das Zinsniveau wird sich weiter auf die Refinanzierung von Krediten der Unternehmen, der öffentlichen Hand und der Privathaushalte auswirken, mit wahrscheinlich weiter negativen Auswirkungen auf Investitionen und Konsum. Angesichts der geopolitischen Gesamtlage ge-

winnt die Transformation hin zu einer klimaneutralen, nachhaltigen und innovativen Wirtschaft eine deutlich größere Dynamik. Daraus erwachsen für die hiesigen Unternehmen etwa im Bereich der Baustoff-Kreislaufwirtschaft oder der wasserstofforientierten Produktion neue Marktchancen.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2023 standen auf dem Beratungsprogramm der OWT nicht länger die verschiedenen Corona-Förderprogramme von Bund und Land. Statt dessen rückten verstärkt Fragen zur Förderung von Maßnahmen der IT-Sicherheit, klimaschonender Energieerzeugung, Gründung und Einsatzmöglichkeiten des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms in den Mittelpunkt.

Im ersten Post-Corona-Jahr stießen Präsenz- und Netzwerkveranstaltungen auf hohen Zuspruch. Die OWT richtete im Jahresverlauf über 80 Veranstaltungen mit rund 1.500 Teilnehmenden aus. Auch die Präsentation des Standortes Oberhausen auf der Immobilienmesse Expo Real in München sowie der Investorentour Ruhr durch die OWT konnte erneut erfolgen.

Zum 1. April fand ein Wechsel in der Geschäftsführung des OWT statt. Die bereits in 2022 vorgenommene Ergänzung der OWT-Arbeitsfelder um die Themenbereiche „Nachhaltiges Wirtschaften“ sowie „Arbeit und Fachkräfte“ wurde konsequent durch die Hinterlegung mit Veranstaltungen und Beratungsangeboten fortgesetzt. So wurden etwa die langjährige Zusammenarbeit im Netzwerk HydrOB durch die Mitgliedschaft im gleichnamigen Verein verstetigt, Anbahnungsgespräche zur Gründung einer „Circular Economy Allianz Ruhr“ unter dem Dach der Business Metropole Ruhr geführt sowie eine Weiterbildung des OWT-Personals in Sachen Förderung regenerativer Energieerzeugung durchgeführt.

Auf der katapult-Ausbildungsmesse eröffnete die OWT zehn Kleinunternehmen die Möglichkeit, ihren Betrieb dort den Schülerinnen und Schülern zu präsentieren. Zum Paket gehörte erstmals auch ein Messetraining für die Aussteller. Mit der Unterstützung der Oberhausener Nacht der Ausbildung, des Weiterbildungsnetzwerks Mülheim-Oberhausen sowie einem gemeinsamen Beratungsangebot mit der Bundesagentur für Arbeit und der Mitwirkung bei der 1. Oberhausener Arbeitsmarktkonferenz bilden die Bereiche Ausbildung und Fachkräftesicherung einen Schwerpunkt der Aktivitäten ab.

Die Netzwerkfamilie wurde, befristet bis Ende 2024, um das Netzwerk:Unternehmer*innen mit Einwanderungsgeschichte bereichert. Dessen hohe Akzeptanz innerhalb der angesprochenen Community verdeutlicht die Relevanz des Thema Migrantenökonomie in Oberhausen. Nach erfolgreicher Initialisierung des Netzwerkes ist eine eigenständige Weiterentwicklung außerhalb der OWT avisiert.

Der Aufbau eines Gründerökosystems in Oberhausen wurde mit verschiedenen Maßnahmen vorangetrieben: Bei der 15. Oberhausener Gründermesse wurde jungen Oberhausener Unternehmen im Rahmen des Feierabendmarktes auf dem Saporischja-Platz die Möglichkeit gegeben, ihre Geschäftsideen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Mit dem Format „Walk&Talk“ wird jungen Unternehmen die Chance gegeben, sich zu vernetzen, ihr Business zu präsentieren oder von etablierten Unternehmensleitungen zu lernen. Gemeinsame Formate mit dem Startercenter NRW Mülheim-Essen-Oberhausen sowie ein intensiviertes Beratungsangebot für Gründungswillige bei der OWT sind weitere Bausteine. In 2023 stand insbesondere die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Innovationsquartiers in der Neuen Mitte im Fokus, deren Ergebnisse im Frühjahr 2024 präsentiert werden. Ebenfalls zum Jahresende initiiert wurde der Aufbau einer Plattform zur Bündelung der Beratungs- und Veranstaltungsformate für Gründer*innen. Die Fertigstellung ist für die Jahresmitte 2024 vorgesehen.

Initiiert durch die IHK zu Essen, die Stadt Oberhausen und die OWT wurde gemeinsam mit den Innenstadtakteuren aus Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld unter der Leitung des Dortmunder Büros Stadt+Handel ein Zentrenmanagementkonzept für Oberhausen erarbeitet. Der Abschlussbericht skizziert mögliche organisatorische und inhaltliche Aufgabenfelder. Eine weitere Operationalisierung des Konzeptes wird 2024 angestrebt.

Mit der Beteiligung am erstmalig durchgeführten Oberhausener Wirtschaftsempfang am 20. Juni bei Topgolf sowie am 11. Wirtschaftsforum, welches am 18. Oktober im Zentrum Altenberg durchgeführt wurde, erhielten jeweils rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich mit aktuellen Themen der Wirtschaftsentwicklung auseinanderzusetzen und das persönliche Netzwerk auszubauen.

Auch im Jahr 2023 herrschte eine unveränderte Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen. Das vom Rat der Stadt Ende 2022 verabschiedete Wirtschaftsflächenkonzept diente als Grundlage für die Flächenzuschlüsselung. Um zukünftig eine geeignete Steuerung der verschiedenen Flächennutzungsformen zu ermöglichen, wurde in 2023 mit der Verfeinerung des Konzeptes einschließlich der Nutzungspriorisierung begonnen.

Auch unter Berücksichtigung dieser Flächen, erweist sich die Tatsache, dass die OWT derzeit über keine eigenen oder städtischen Flächen zur Vermarktung mehr verfügt, weiter als Hemmnis für die Standortvermarktungstätigkeit der OWT. Inwieweit sich die aktuelle Zinsentwicklung auf die Verkaufsbereitschaft der privaten Grundstückseigentümer auswirkt, bleibt abzuwarten. Die starke Abhängigkeit von diesen Dritten mit ihren jeweiligen Einzelinteressen gilt somit unverändert weiter.

Für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberhausen markiert 2023 eine erfreuliche Trendwende: Nach langen und erheblichen Beeinträchtigungen sowohl durch die Auswirkungen der Corona-Krise als auch durch die Zurückhaltung bei allgemeinem Konsum, bei Freizeitausgaben und bei Reisen infolge der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf

die Ukraine, war im Berichtsjahr in Oberhausen eine deutliche Belebung des Übernachtungs- und des Tagestourismus zu verzeichnen.

Dazu trugen einmal mehr ein überdurchschnittlich starkes Veranstaltungsgeschäft in der Rudolf-Weber-Arena und eine erfreuliche Wiederbelebung des Business-Verkehrs einschließlich wichtiger Messen in Essen und Düsseldorf bei. Darüber hinaus kam es ganzjährig im Mittel, aber mit deutlich positiven Ausschlägen im letzten Quartal, zu einer gestiegenen Nachfrage durch ausländische Gäste, insbesondere aus den Niederlanden und Belgien, aber auch aus Polen und Österreich.

Infolgedessen verbuchten die Oberhausener Beherbergungsbetriebe 2023 einen neuen Rekord: Erstmals wurden mehr als 600.000 Übernachtungen in einem Jahr gezählt. 2023 stieg die Anzahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 18,4 Prozent auf 608.456. Vor Beginn der Corona-Pandemie hatte Oberhausen 2019 noch mit 546.466 Übernachtungen das bis dahin beste Ergebnis erzielt. Das Wachstum, bezogen auf das letzte Jahr vor Corona, betrug demnach 11,4 Prozent. In diesem Zeitraum lag Oberhausen damit deutlich sowohl über den Steigerungsraten des gesamten Ruhrgebiets (plus 2,2 Prozent) als auch des Übernachtungsmarktes in ganz Nordrhein-Westfalen (plus 0,6 Prozent).

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Bettenauslastung mit 42,9 Prozent zumindest wieder genau dem Landesschnitt entspricht. Hier hatte es in Oberhausen zuletzt durch Corona und die Eröffnung neuer Hotels im Verhältnis einen Rückgang gegeben.

Weitere wichtige Indikatoren weisen im Betrachtungszeitraum Januar bis Dezember 2023 ebenfalls Zuwächse auf. Die Zahl der Ankünfte aller Gäste (272.601) liegt gegenüber 2022 um 20,1 Prozent höher. Gleichzeitig sind auch die Ankünfte aus dem Ausland um 26,7 Prozent auf 59.806 gestiegen. Ausländische Gäste tragen insgesamt mit einem Volumen von 121.201 Übernachtungen und einem Plus von 21,7 Prozent zu 2022 wesentlich zur touristischen Gesamtentwicklung in Oberhausen bei. Seit 2019 gewinnen ausländische Quellmärkte mit einem Plus von insgesamt 16,9 Prozent weiter an Bedeutung.

Insbesondere im wichtigen Quellmarkt Niederlande, aber auch im flämischen Teil Belgiens hat die OWT nach Corona bei Messen, durch Mailings, mit gezielten Print- und Onlinekampagnen sowie seit neuestem auch mit eigenen Social-Media-Profilen in niederländischer Sprache einen besonderen Schwerpunkt im Auslandsmarketing gesetzt. In der Folge hat sich die Zahl der von Niederländern getätigten Übernachtungen in 2023 um 48 Prozent gegenüber dem bisherigen Rekord von 2019 gesteigert.

Auch im Tagesausflugsverkehr verbuchten die Betriebe im Oberhausener Netzwerk der Freizeitwirtschaft 2023 eine spürbare Belebung und zum Teil sogar Rekordergebnisse. Namentlich die erfolgreiche Gasometer-Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ und die Attraktionen von Merlin-Entertainments können hier beispielhaft genannt werden, nicht zuletzt das Ende 2022 eröffnete „House of Magic“ und Topgolf, wo seit der Eröffnung Ende Januar 2022 bis zum Ende des Berichtsjahrs 2023 fast eine Million Besucherinnen und Besucher begrüßt werden konnten. Ende 2023 unterstrich Merlin-Entertainments mit der Neueröffnung seiner „Immersive Gamebox“ am Sealife-Aquarium den hohen Stellenwert und das Vertrauen in eine weitere positive Entwicklung seines Freizeit-Clusters Oberhausen.

Zu schaffen macht den Betrieben der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberhausen – insbesondere der Gastronomie – allerdings in zunehmendem Maße der Mangel an Fachkräften und Aushilfen, letzteres vor allem im Saisongeschäft.

Seit April 2020 hat sich die Tourismussparte der OWT mit einem kontinuierlich fortgeschriebenen Strategiepapier zum Neustart und mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf die Herausforderungen der Corona-Krise und ihre dramatischen Folgen für den privaten, wie für den Geschäfts-Reiseverkehr in Oberhausen eingestellt. Daran wurde auch 2023 erfolgreich weitergearbeitet. Schwerpunkte lagen und liegen dabei weiterhin in den Bereichen Digitalisierung, Medien- und Netzwerkarbeit zur verbesserten Wahrnehmung Oberhausens als Ziel für Städte- und Freizeittrips sowie im Ausbau des Convention- und Incentive-Geschäfts zur Profilierung Oberhausens als Kongress- und Veranstaltungsdestination.

Beide Tourist-Informationen – am Hauptbahnhof sowie im Westfield-Centro – profitierten im Berichtsjahr 2023 erneut und gegen den allgemeinen Trend eines schwachen Konsumklimas von einer gestiegenen Nachfrage bei Geschenkartikeln, Souvenirs und vor allem beim Ticketing auf der Basis eines stabilisierten Veranstaltungsgeschäfts. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 konnten die Umsätze in der Summe beider Standorte um 16 Prozent gesteigert werden und selbst gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 betrug das Plus noch 8 Prozent. Damit ist es erstmal seit der Schließung des Metronom-Theaters im März 2020 gelungen, die erheblichen Einbußen im regulären Musical-Ticketing wie im Last-Minute-Geschäft für Musical-Vorstellungen nicht nur vollständig auszugleichen, sondern auch zu überkompensieren.

III. Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2021 wurde eine inhaltliche Neuausrichtung der OWT erarbeitet. Zusätzlich zu den bestehenden Handlungsfeldern wurden die Themen „Arbeit und Fachkräfte“ und „Nachhaltiges Wirtschaften“ ergänzt und mit Projekten hinterlegt. Diese bildeten die Grundlage der Geschäftstätigkeit in 2023. Auch die Aktivitäten in der Betreuung von Gründern wurden um weitere Maßnahmen ergänzt.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2023 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.709 (Vj.: T€ -1.361) aus. Gegenüber der Planvorgabe von T€ - 1.857 bedeutet dies eine Verbesserung von T€ 148.

Die Umsatzerlöse liegen bei insgesamt T€ 2.627 (Vj.: T€ 2.595). Hierin sind die Umsätze aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO mit T€ 600 enthalten. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der ENO wurde die im Jahr 2019 erstmalig durchgeführte Reduzierung des Auftragsvolumens beibehalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei T€ 173 und damit um T€ 21 unter dem Vorjahresergebnis.

Der Anstieg der mit T€ 2.240 leicht über der Planvorgabe von T€ 2.178 liegenden Personalaufwendungen ergibt sich u.a. durch die im Rahmen des Tarifabschlusses vereinbarten Inflationsausgleichszahlungen. Die Gesellschafterin hat sich bereit erklärt, diese einmaligen Belastungen der Jahre 2023 und 2024 durch eine erhöhte Zuschusszahlung auszugleichen.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt T€ 5.346 (Vj.: T€ 5.958). Der Jahresfehlbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind noch T€ 6 (Vj.: T€ 191) für die Coronahilfe Stadtgutscheine enthalten, die die OWT treuhänderisch für die Stadt Oberhausen verwaltet.

Die Kapitalrücklage wurde durch die Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen gestärkt.

Das Vermögen der OWT ist weiterhin durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 61,99% (Vj.: 61,44%) geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das von der Stadt Oberhausen über die OWT und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH an die PBO Projektentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH durchgereichte Liquiditätsdarlehen von T€ 1.240 wird weiterhin unter den Sonstigen Vermögensgegenständen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Es zeigt sich, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung und den aus eigener Kraft zu erzielenden Einnahmen zumindest mittelfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann. Die weiterhin bestehende Kürzung des Auftragsvolumens mit der ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH von insgesamt T€ 250 wirkt sich hierbei als problematisch aus. Da sich bei der ENO im Vergleich zu den Vorjahren inzwischen eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung eingestellt hat, besteht für die kommenden Jahre die Möglichkeit mit der ENO zu prüfen, ob eine Erhöhung des Geschäftsbesorgungsbetrages kurz- bis mittelfristig möglich ist.

Der Gesellschaft stehen auch durch die Zuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen für die derzeitigen Aufgaben grundsätzlich ausreichende Mittel zur Verfügung, um die mit diesen Projekten verbundenen finanziellen Risiken tragen zu können. Sollten zukünftig zusätzliche Aufgaben wie zum Beispiel die Ausweitung von Gründeraktivitäten über die bisherigen Projekte hinaus entstehen, sich der im Aufbau befindliche Convention-Bereich etablieren oder Aktivitäten im Bereich des Citymanagements auf die OWT übertragen werden, müsste je nach Umfang eine Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen erfolgen. In diesem Zusammenhang hat die OWT ein zusammen mit der IHK zu Essen und der Stadt Oberhausen angestoßenes Projekt zur Neuorganisation des Zentrenmanagements geleitet und ist mit der Umsetzungsvorbereitung betraut.

Derzeit erarbeitet die Stadtverwaltung Oberhausen ein Konzept zur Strukturierung des Immobilienbesitzes innerhalb des „Konzerns Stadt“. Ziel ist es, die im Eigentum der Stadt und der städtischen Töchter befindlichen Immobilien und Grundstücke neu zu ordnen. Der Rat der Stadt hat im Sommer 2022 über das Feinkonzept beraten. Sollte es zu dieser Neuordnung kommen, würde die OWT nach derzeitigem Sachstand die bisher selbst gehaltenen Immobilien und Grundstücke an eine zu gründende Immobilienbestandsgesellschaft abgeben. Dies ist für 2024 geplant. Entsprechende Auswirkungen auf die Vermögenswerte der Gesellschaft und auf die Ertragslage werden die Folge sein. Eine entsprechende finanzielle Kompensation wurde in den bisherigen Beteiligungsgesprächen zugesagt. Eine Konkretisierung ist bislang nicht erfolgt. Die Auswirkungen dieses Umstrukturierungsprozesses auf die finanzielle Ausstattung und Organisationsstruktur der OWT sind damit bislang nur skizziert. Damit stellt das Vorhaben aktuell ein Risiko für die finanziellen und daraus folgend auch inhaltlichen Gestaltungsspielräume der Wirtschafts- und Tourismusförderung dar.

Deutlich gestiegene Kosten bei Druck, Papier und Verteilung führen zu einem steigenden Defizit des Stadtmagazins Oh!, welches seit 2013 von der OWT im Auftrag der Stadt herausgegeben wird. Für 2023 konnte das Defizit durch eine einmalige Zuschusserhöhung der Stadt Oberhausen aufgefangen werden. Die kostendeckende Finanzierung des Magazins ist für 2024 nicht gesichert. In Kombination mit der gemäß des städtischen Haushaltssicherungskonzeptes ab 2024 vorgesehenen Kürzung des Zuschusses an die OWT in Höhe von 120.000 €, den noch nicht konkretisierten Auswirkungen des Immobilienkonzeptes der Stadt auf die Finanzausstattung der OWT sowie tarifbedingt überdurchschnittlich gestiegenen Personalkosten bildet die Herausgabe des Stadtmagazins ohne eine veränderte Finanzierungsstruktur ein erhebliches Risiko für die Gesellschaft ab. Die Situation wurde den beteiligten Partnern, im wesentlichen städtischen Beteiligungsun-

ternehmen, bereits im Dezember 2023 schriftlich erläutert, mit dem Ziel, das Defizit durch eine kostenangemessene Beteiligung der städtischen Partner gerecht zu verteilen. Entsprechende Gespräche über die Anpassung der seit elf Jahren unveränderten Kostenbeteiligungen werden in 2024 geführt.

Neue Betätigungsfelder resultieren aus der stetig relevanter werdenden Nachhaltigkeitsbewegung, die sich mittelfristig auf Jahresabschlüsse und Investitionsverhalten der Unternehmen auswirken wird. Inbesondere die Transformation hin zu klimafreundlicher Energieerzeugung sowie der Leitgedanke einer Circular Economy lassen einen steigenden Beratungsbedarf in der Unternehmerschaft erwarten.

Tendenziell werden konjunkturell schwache Zeiten begleitet von einer stärkeren Gründungsaktivität. Diese Entwicklung gemeinsam mit Partnern wie dem Startercenter NRW zu begleiten, Beratungsleistungen auszubauen aber vor allem Netzwerke und Kontakte vermitteln ist eine der Stärken der OWT. Inwieweit der sich parallel immer weiter verschärfende Arbeitskräftemangel dieser zu erwartenden Entwicklung entgegensteht bleibt abzuwarten. Grundsätzlich eröffnen sich auch hieraus neue Chancen bei der Fokussierung auf Unterstützungsleistungen im Bereich Aus- und Weiterbildung, Familienfreundlichkeit und beruflicher Integration.

Der von der Stadt Oberhausen beschlossene „Masterplan Neue Mitte 4.0“ wird unter der Projektleitung der Stadtplanung weiter verfeinert und in seiner Umsetzung vorangetrieben. Die OWT ist hier unter anderem bei der Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Innovationsquartiers, der Entwicklung eines Narrativs der Neuen Mitte zur Standortvermarktung sowie der Zuführung von möglichen Nutzern und Investoren aktiv. Nimmt die Entwicklung Fahrt auf, können hieraus positive Impulse für die Flächenvermarktung bei der OWT erwachsen.

Für das neue Reisejahr 2024 und die Entwicklung der Freizeit- und Tourismuswirtschaft in Oberhausen zeigt sich die OWT optimistisch. Die Signale aus den ersten Wochen der neuen Saison sind durchweg positiv: angefangen bei der sehr guten Resonanz auf die Messebeteiligungen bei der Vakantiebeurs in Utrecht und bei der Internationalen Tourismusbörse in Berlin über die ersten Monatsstatistiken im Übernachtungstourismus bis zum überaus erfolgreichen Start der neuen Gasometer-Ausstellung „Planet Ozean“ und schließlich zum Verkauf des Metronom-Theaters mit dem Ziel, hier noch 2024 wieder regelmäßig Live-Entertainment anzubieten.

Eine im 1. Halbjahr 2024 durchzuführende Branchenstrukturanalyse als Aktualisierung des zur OWT-Gründung durchgeführten Strukturgutachtens könnte weitere Impulse für die inhaltliche Ausrichtung der OWT ergeben.

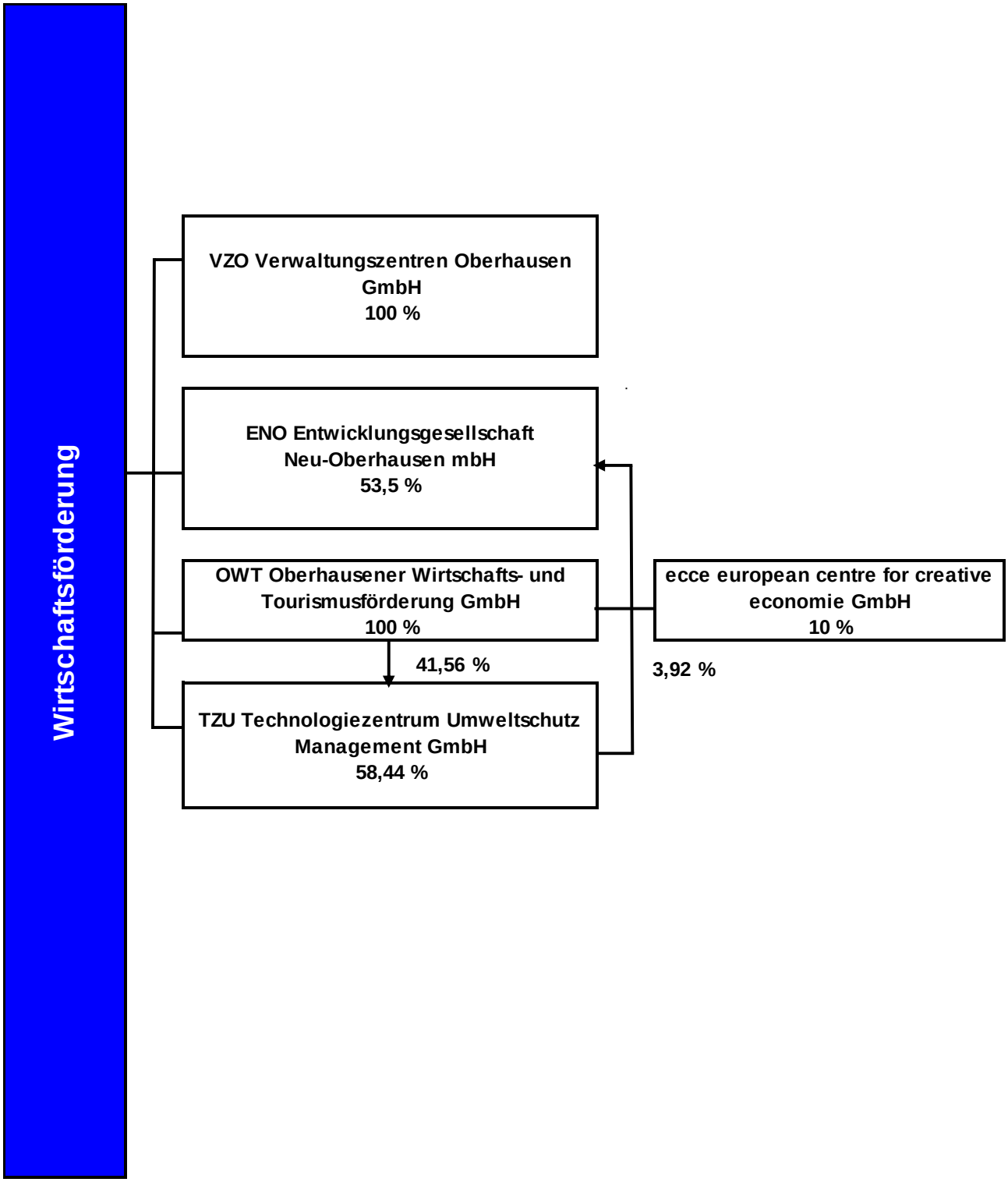
Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2023 von T€ 1.709 auf neue Rechnung vorzutragen.

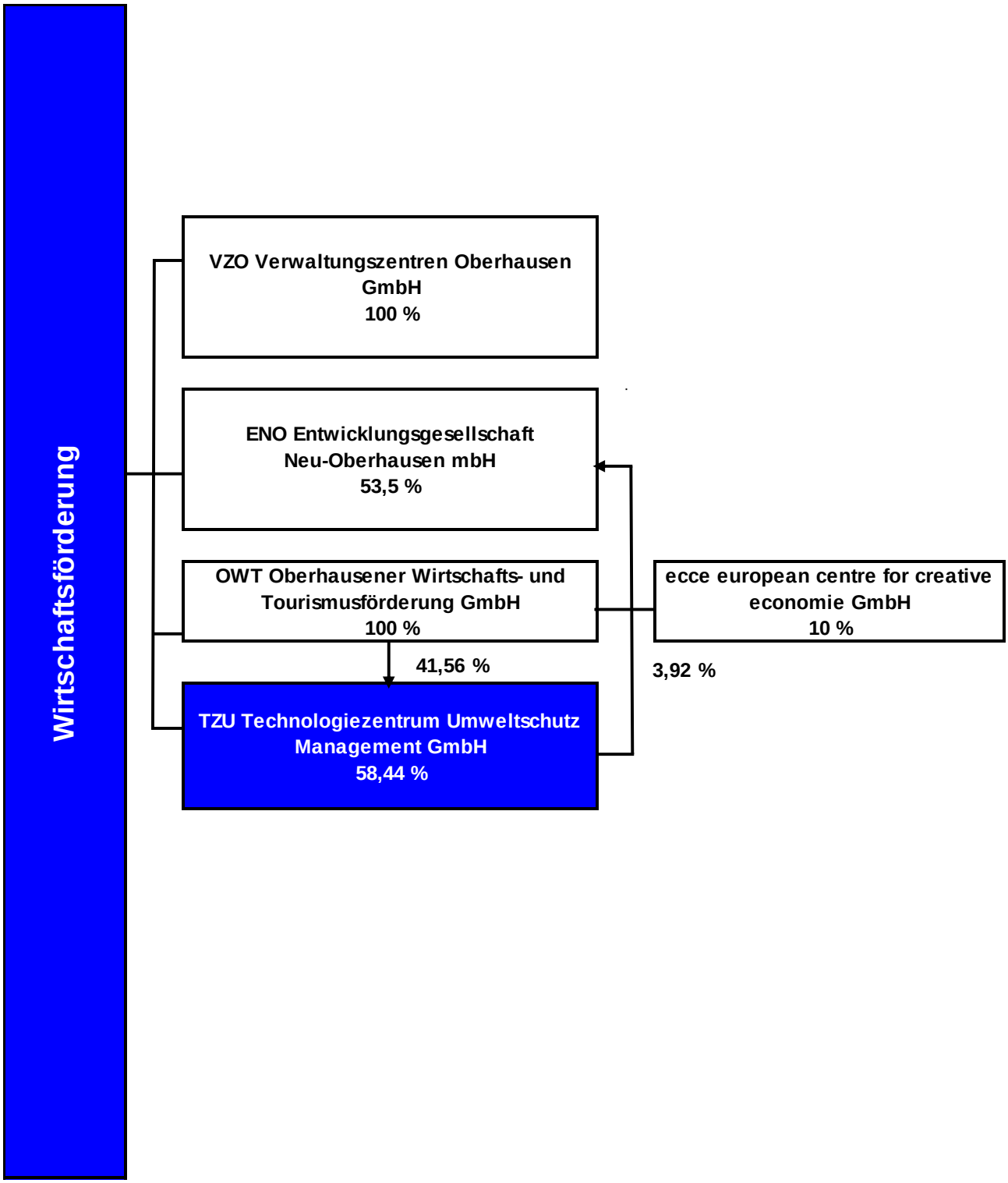
Oberhausen, 21. März 2024

Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Dr. Andreas Henseler
Geschäftsführer

Wirtschaftsförderung - mittelbare Beteiligungen -




Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
41,56 %
3,92 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	info@tzu.de
Internet	http://www.tzu.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 369,04

Gesellschafter:	**T€**	**%**
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	153,39	41,56
Stadt Oberhausen	215,65	58,44

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung des Technologietransfers
- der Neu- und Umbau von Verwaltungs- und sonstigen Gebäuden der Stadt Oberhausen
- die Vermietung von Wohn- und Gewerbeimmobilien (bei Geschäftsraumvermietung je nach Fall einschließlich der Geschäftsausstattung); die Vermietung von Gewerbeimmobilien beschränkt sich auf die zum Stichtag 31.08.2023 in Bestand stehenden Immobilien
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 12.01.2010
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Dienstleistungsvertrag: Inanspruchnahme von Dienstleistungen der SBO gegen Entgelt durch die TZU
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Miet- und Betreibervertrag Vertragsgegenstände sind die Vermietung von Parkflächen von der TZU an die SBO sowie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Betreibertätigkeit) der SBO gegen Entgelt durch die TZU

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Robert
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		**2022**		**2023**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	244,98	2,3	214,37	2,1	10.911,06	38,1
Umlaufvermögen	10.210,05	97,6	9.814,13	97,8	16.731,22	58,4
Rechnungsabgrenzungsposten	6,28	0,1	2,81	0,0	996,14	3,5
Bilanzsumme	**10.461,31**	**100,00**	**10.031,31**	**100,00**	**28.638,42**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	9.760,10	93,3	9.316,44	92,9	19.895,43	69,5
Rückstellungen	485,91	4,6	531,37	5,3	1.007,28	3,5
Verbindlichkeiten	215,30	2,1	158,50	1,6	7.495,11	26,2
Rechnungsabgrenzungsposten			25,00	0,2	240,60	0,8
Bilanzsumme	**10.461,31**	**100,00**	**10.031,31**	**100,00**	**28.638,42**	**100,00**

bb) GuV

	2021	**2022**	**2023**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	872,17	849,58	3.323,75
sonstige betriebliche Erträge	208,08	51,13	508,26
Materialaufwand	864,98	701,33	1.739,31
Personalaufwand	189,44	215,05	338,30
Abschreibungen	16,00	10,61	375,25
sonstige betriebliche Aufwendungen	416,47	379,00	771,67
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,04	186,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4,93	2,24	130,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-411,57	-407,49	663,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-70,51		51,89
sonstige Steuern	36,17	36,17	158,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-377,23	-443,66	453,30
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-23.362,71	-23.739,93	-24.183,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-23.739,93	-24.183,59	-23.730,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-43,25	-52,22	13,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,13	-1,32	1,04	%
Cash-Flow:	-361,23	-433,05	828,55	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	360,08	300,24	958,00	T€
Personalaufwandsquote:	17,54	23,88	8,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,19	1,14	37,78	%
Eigenkapitalquote:	93,30	92,87	69,47	%
Fremdkapitalquote:	6,70	7,13	30,53	%
Anlagendeckungsgrad 2:	4173,98	4576,08	187,01	%
Verschuldungsgrad:	7,18	7,67	43,94	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Unternehmens

1. Allgemeines

Die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH – nachfolgend TZU genannt – ist im Besitz zu 58,4 % bei der Stadt Oberhausen und zu 41,6 % im Besitz der Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT). Die OWT ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Die TZU hat durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 28.08.2023 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 28.08.2023 und des Rates der Stadt Oberhausen vom 19.06.2023 rückwirkend zum 01.01.2023 den Geschäftsbetrieb der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung über die Stadt Oberhausen übernommen.

Die Übertragung der Vermögensgegenstände und Schulden einschließlich der Verträge ist mit Eintragung im Handelsregister zum 28.09.2023 rechtlich wirksam geworden.

Im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages wurde das Kapital der TZU um 215.647 €€ erhöht. Die neu entstandenen Anteile wurden komplett an die Stadt Oberhausen ausgegeben.

Vor der Übertragung der OGM generiete die TZU ihre Erlöse aus den Bereichen Büroflächenvermietung und der Vermietung von Veranstaltungsräumen ausschließlich im Gebäude TZU 1, dem sogenannten ehemaligen Werksgasthaus, mit einer vermietbaren Bürofläche von insgesamt 2.510,70 m^2.

Mit der Übertragung des Immobilienbesitzes der ehemaligen OGM ist die TZU darüber hinaus für die Vermietung weiterer vermieteter und auch unbebauter Grundstücke zuständig.

Aufsichtsgremium der Gesellschaft ist der Aufsichtsrat der OWT.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für die TZU nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die TZU unterliegt als 58,4%ige Tochter der Stadt Oberhausen und 41,6%ige Tochter der OWT den strengen Regelungen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich sowie allgemeine Preissteigerungen zu verzeichnen.

Geschäftsverlauf

In der Vorperiode geplante Wirtschaftsdaten waren insbesondere aufgrund der Übertragung im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages nicht in allen Bereichen zutreffend. Bezüglich der Finanzmittelströme wird auf die diesem Bericht beigefügte Kapitalflussrechnung verwiesen.

Beteiligungen

Die TZU GmbH hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse beruhen ausschließlich auf Erlösen aus der Immobilienvermietung.

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt auf 3.324 T€. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Erhöhung um 2.474 T€, welche maßgeblich begründet ist in der erhöhten Anzahl an Immobilienvermietungen aufgrund der übernommenen Immobilien der ehemaligen OGM.

Aufgrund der Übertragung der Vermögenswerte und Schulden der OGM auf die TZU wurden die Vorjahreswerte zusätzlich um eine Darstellung angepasst, die die Vergleichbarkeit der Geschäftsjahre verbessern soll. Diese Vorjahreszahlen sind so dargestellt, als ob die OGM bereits zum 1. Januar 2022 auf die TZU übertragen worden wäre.

Im Vergleich zum angepassten Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse um 19 T€ erhöht.

Auch die Veränderungen im Materialaufwand von 702 T€ auf 1.739 T€ ist auf den erhöhten Immobilienbestand zurückzuführen. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr hat sich der Materialaufwand um 247 T€ verringert.

Die Personalkosten von 338 T€ liegen um 123 T€ über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr hat sich der Personalaufwand um 16 T€ erhöht.

Die Abschreibungen erhöhten sich von 11 T€ auf 375 T€ aufgrund des erhöhten Immobilienbestands. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr sind die Abschreibungen im Wesentlichen unverändert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 772 T€ und liegen um 392 T€ über dem Vorjahreswert von 379 T€. Auch hier ist die Ursache der erhöhte Immobilienbestand. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 122 T€ verringert.

Insgesamt liegt das Betriebsergebnis mit einem Gewinn von 607 T€ um 1.013 T€ über dem Vorjahresverlust von 406 T€. Im Vergleich zum angepassten Vorjahres-Betriebsergebnis hat sich das Betriebsergebnis um 800 T€ verbessert.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 58 T€ auf 56 T€ insbesondere aufgrund von Zinserträgen aus angelegtem Termingeld. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr hat sich das Finanzergebnis um 199 T€ erhöht.

Die Ertragsteuern ergeben sich mit 30 T€ aus Gewerbesteuer für das Vorjahr und mit 22 T€ aus der Auflösung von latenten Steuern. In Kombination mit den Sonstigen Steuern (158 T€) ergibt sich so für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von 453 T€ und somit eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 897 T€. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 1.019 T€ erhöht.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2022	2022 (angepasst)	2023
Umsatzerlöse (T€)	850	3.305	3.324
Materialaufwandsquote	82%	60%	52%
Personalintensität	25%	10%	10%
Jahresergebnis (T€)	-444	-566	453
Eigenkapital (T€)	9.316	19.442	19.895
Eigenkapitalquote	93%	68%	69%
Verschuldungsquote*	7%	31%	30%
Anlagevermögen (T€)	214	11.454	10.911
Anlagenintensität	2%	40%	38%
Abschreibungsintensität	10%	3%	4%

*=((Rückstellungen+Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)

2. Sonstiges

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 durchgängig aus vorhandener Liquidität gegeben.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

3. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2023	T€
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	453
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	375
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	141
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-12
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-372
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	92
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	-383
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-56
Ertragsteueraufwand/-ertrag	52
Ertragsteuerzahlungen	-30
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**261**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	533
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	20
Erhaltene Zinsen	186
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**738**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	204
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-691
Gezahlte Zinsen	-140
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-628**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**371**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.435
Zugang durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag	1.103
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	10.909
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	10.909
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2024 / Finanzplanung 2024 ff.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird bei einer im Wesentlichen unveränderten Gesamtleistung in Höhe von 3.318 T€, wegfallenden Erträgen aus Grundstücksverkäufen und erhöhten Materialaufwendungen von 2.096 T€ (Nachholung von ausgebliebenen Sanierungsmaßahmen) ansonsten mit einer nur wenig veränderten Geschäftsentwicklung der TZU gerechnet, so dass insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. 174 T€ kalkuliert wird. In der Planung wurde das Gebäude TZU I sowie Immobilien aus dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag im Zusammenhang mit der OGM berücksichtigt.

Weitere im Rahmen des städtischen Immobilienkonzepts geplante Immobilienübertragungen wurden in der Planung nicht berücksichtigt.

Ein Investitionsplan ist für das Wirtschaftsplanjahr 2024 nicht erforderlich, da für den Eigenbedarf der TZU keine Investitionen notwendig sind.

2. Risikomanagement

Aufgrund der Größe des Unternehmens, der Art der Geschäftstätigkeit und der engen Einbindung der Geschäftsführung in das operative Geschäft des Unternehmens, die es erlaubt, latente Risiken rechtzeitig zu erkennen, wurden im Berichtsjahr keine Risikoinventuren durchgeführt.

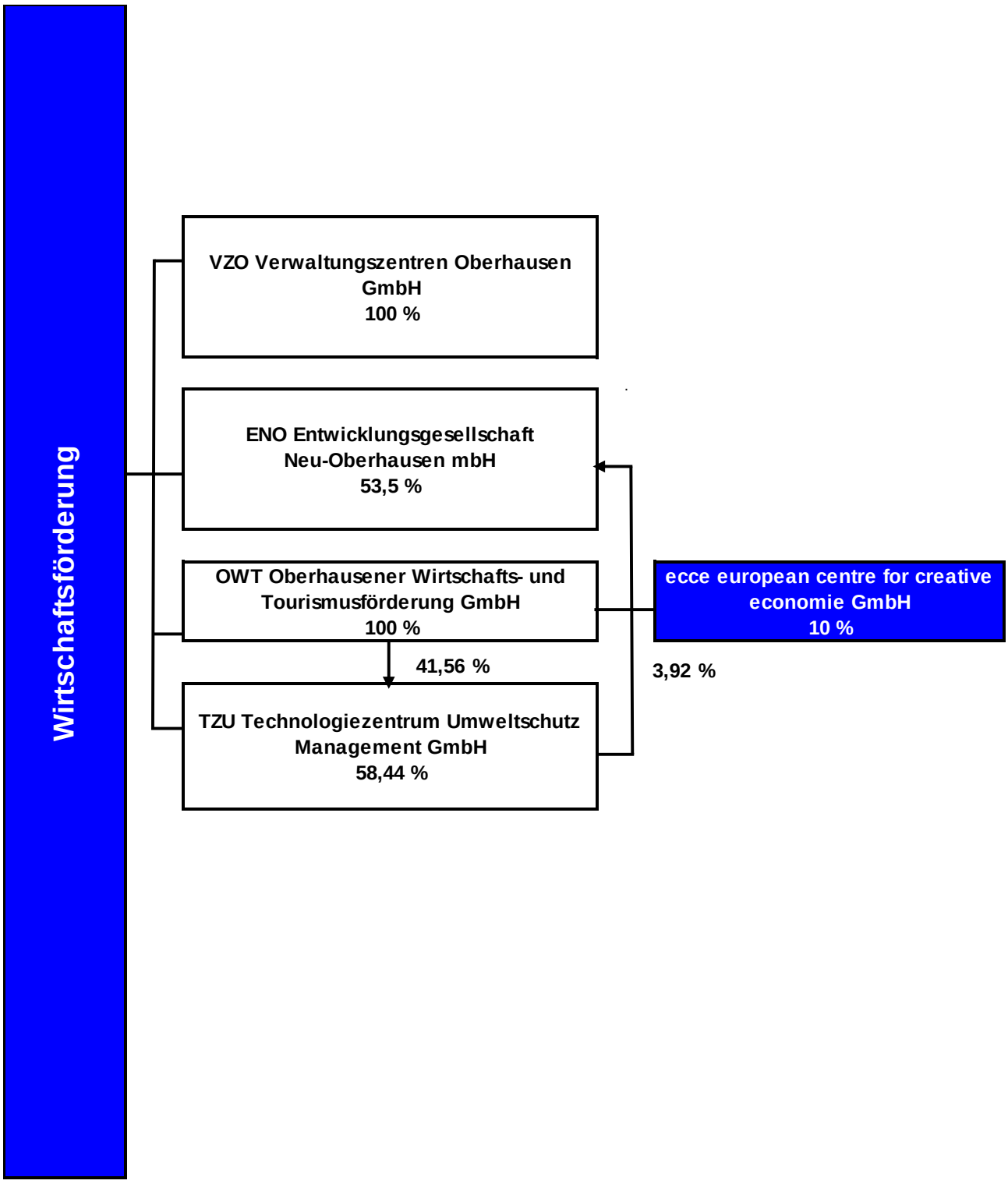
3. Steuerung des Unternehmens

Die SBO Servicebetriebe Oberhausen, als Dienstleister der TZU, stellt der TZU ihr Controlling zur Verfügung. Hier erfolgen in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der TZU, Analysen im Rahmen von Plan-Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummern-/Profitcentersystems. Das entsprechende Datenmaterial wird quartalsmäßig zur Verfügung gestellt und ermöglicht damit eine zeitnahe Steuerung.

Oberhausen, 10. Juni 2024

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

Jürgen Robert Schmidt
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
100 %
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
53,5 %
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
41,56 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
58,44 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
3,92 %

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Park der Parnerstädte 2
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/22227500

Internet http://www.e-c-c-e.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Business Metropole Ruhr GmbH	5,00	20,00
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weyers, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Sprenger, Detlef
Prokura:	Prokuristin	Edelhoff, Marion
Kuratorium:	Vorsitzender	Stüdemann, Jörg
	stellv. Vorsitzende	Geiß-Netthöfel, Karola
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Dr. Kaluza, Hildegard
	Mitglied	Kufen, Thomas
	Mitglied	Al Ghusain, Muchtar
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Jacob, Andreas
	Mitglied	Völker, Andreas
	Mitglied	Lamest, Andrea
	Mitglied	Jeßel, Barbara
	Mitglied	Malsch, Sophie
	Mitglied	Marzen, Heike
	Mitglied	Prof. Dr. Flatten, Tessa
	Mitglied	Scherer, Axel Jakob
	Mitglied	Dr. Hülskamp, Nicola
	Mitglied	Gräfingholt, Lothar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,23	0,3	8,38	4,7	0,03	0,0
Umlaufvermögen	68,25	99,7	170,71	95,3	80,63	99,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,0	0,02	0,0	0,02	0,0
Bilanzsumme	**68,48**	**100,00**	**179,11**	**100,00**	**80,67**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	36,5	25,00	14,0	25,00	31,0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,23	0,3	8,39	4,7		
Rückstellungen	30,28	44,2	8,50	4,7	8,50	10,5
Verbindlichkeiten	12,68	18,5	137,22	76,6	47,17	58,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0,30	0,4				
Bilanzsumme	**68,48**	**100,00**	**179,11**	**100,00**	**80,67**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	83,41	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	460,13	625,76	495,22
Materialaufwand	95,36	21,23	19,05
Personalaufwand	317,49	357,46	376,07
Abschreibungen	3,38	4,23	8,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	127,25	242,84	88,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			0,06
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,06		3,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	0,00		
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00
Cash-Flow:	3,38	4,23	8,35
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	67,94	69,53	55,02
Personalaufwandsquote:	58,41	57,12	75,94

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,33	4,68	0,03	%
Eigenkapitalquote:	36,51	13,96	30,99	%
Fremdkapitalquote:	63,49	86,04	69,01	%
Anlagendeckungsgrad 2:	10964,91	298,40	96153,85	
Verschuldungsgrad:	173,93	616,43	222,68	

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung durch die Stadt Dortmund als zunächst einzige Gesellschafterin hat die ecce GmbH am 28.11.2011 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr (RVR) haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass *„die von RUHR.2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden"* soll.

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absicherte. Seit 2019 werden die Betriebskosten der ecce GmbH institutionell durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW (MKW) und den Regionalverband Ruhr gefördert.

Die Gesellschafter-Struktur ist per 31.12.2023 unverändert:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	10 %
Business Metropole Ruhr GmbH	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2023 durch das MKW und den RVR Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 485.528 €, davon € 355.528 von MKW und 130.000,00 € vom RVR.
B. Im Rahmen von Kreativ.Quartiere Ruhr (KQR): Fördermittel zur Weiterleitung in 2023 in Höhe von 913.007,27 € sowie eine KQR-Kommunikations-/Overheadpauschale in Höhe von 20.000,00 €, die in den o.g. Betriebskosten (A.) enthalten ist.
C. Im Rahmen des Regionalen Kultur Programm (RKP): Personalkosten Büroleitung von Höhe von rd. 70.000 € sowie eine RKP-Kommunikations-/Overheadpauschale in Höhe von 20.000,00 €, die in den o.g. Betriebskosten (A.) enthalten ist.

Mit der Neuauflage des Förderprogramms Kreativ.Quartiere Ruhr und der Eröffnung des RKP-Büros Ruhrgebiet bei ecce ab 2022 wurde das Angebot an Fördermaßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in der Metropole Ruhr ausgeweitet. Die Förderung der Kreativ.Quartiere im Ruhrgebiet ist dabei das zentrale Handlungsfeld, in denen die Ziele von ecce eingelöst werden, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und Künstler*nnen zu verbessern und die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie deren entsprechende urbane Verortung zu stärken. Die Berücksichtigung europäischer Akzente konnte in 2023 nicht forciert werden, ecce sondiert bis zu einer Entscheidung über die Fortführung einer europäischen Strategie durch das MKW die europäischen Förderrahmen und -programme auf mögliche Anknüpfungspunkte. Die Fördermittel für die beantragten Einzelprojekte werden gesondert vom Land bzw. dem MKW bereitgestellt.

Im Folgenden sind einige wesentliche Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:
Nach einer Evaluation in 2018 wurde vom MKW eine Überarbeitung des Förderprogramms **Kreativ.Quartiere Ruhr** mit einer inhaltlichen Neuausrichtung erbeten. Nach dieser Überarbeitung hat ecce das vom MKW gewünschte spezifische Förderkonzept, konzentriert auf sieben starke Quartiere („Modellquartiere"), konkretisiert. ecce hat eine Laufzeit von 1,5 bis zwei Jahren als Pilotphase empfohlen, die im Anschluss auf positive Effekte und Erfolge hin zu überprüfen ist.

Im Dezember 2020 erfolgte die Zusage des MKW NRW zur Förderung der Kreativ.Quartiere Ruhr im Rahmen einer institutionellen Förderung ab 2021. Im Juli 2021 hat das neue Kreativ.Quartiere-Ruhr-Team die Arbeit aufgenommen.

Diese sieben „Modellquartiere“ waren bereits in der ersten Förderphase 2022-2023 antrags- und förderberechtigt:

- Bochum Victoriaquartier
- Dortmund Unionviertel
- Essen City Nord
- Gelsenkirchen Ückendorf
- Hagen Wehringhausen
- Witten Wiesenviertel
- Oberhausen Mitte

Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der förderfähigen Modell.Quartiere von sieben auf zehn, da sich drei weitere Quartiere erfolgreich beim MKW NRW beworben haben:

- Duisburg Ruhrort
- Hamm Mitte
- Unna Lindenviertel

ecce hat die Quartiere bei ihren Bewerbungsprozessen intensiv begleitet.

In der Bewerbungsphase wurden bis Ende Juli 2023 aus neun Kreativ.Quartieren 49 Bewerbungen eingereicht, die alle an die Jury übergeben werden konnten. Es wurden 27 Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 913.000 € für die Förderperiode 2024 ausgewählt. Die Projekte konnten ab Anfang 2024 mit der Umsetzung starten. Das ganzheitlich angelegte Projekt aus dem Kreativ.Quartier Unna Lindenviertel wurde vom MKW gesondert gefördert.

Im Mai und Dezember 2023 fanden zwei KQR-Netzwerktreffen statt, bei dem sich viele der aktuell laufenden Projekte präsentierten und mit den TeilnehmerInnen verschiedene Aspekte zur Quartiersentwicklung diskutiert wurden. Die drei „neuen“ Modellquartiere Duisburg Ruhrort, Hamm Mitte und Unna Lindenviertel wurden in den Social-Media-Kanälen von KQR mit Quartiersvideos vorgestellt. Mit der RuhrTourismus GmbH (RTG) wurde eine Kooperation in deren Projekt „Urban Hiking“ im Rahmen von „Erlebnis NRW“ gestartet, die dazu führt, dass die von der RTG geplanten Urbantrails in den entsprechenden Kommunen durch die Kreaktiv-Quartiere führen.

Die ecce GmbH wurde 2021 vom MKW mit der Umsetzung des Förderprogramms Regionales Kultur Programm RKP für das Ruhrgebiet beauftragt. Wie in den anderen neun NRW-Kulturregionen hat das Ruhrgebiet seit Januar 2022 ein eigenständiges RKP-Kulturbüro, das für die Programmberatung sowie die Koordinierung und Betreuung der Antragsteller im Ruhrgebiet zuständig ist und die Projektträger im Rahmen der geförderten Projekte begleitet. Außerdem organisiert das RKP-Büro die Bildung regionaler Kooperationen und Netzwerke. Für das neue RKP-Büro wurde eine Online-Präsenz auf der ecce-Website geschaffen: https://www.e-c-c-e.de/rkp-ruhrgebiet.html. Das RKP-Kulturbüro Ruhrgebiet hat Ende März 2023 ein erstes Netzwerktreffen im Union-Gewerbehof in Dortmund durchgeführt, mit einer Keynote und Workshops zu den Zielen und möglichen inhaltlichen Schwerpunkten für Leitlinien für die Region.

Das von ecce initiierte europäische NICE-Netzwerk besteht in 2023 unverändert aus 41 Institutionen aus 18 EU-Mitgliedsstaaten.

ecce beobachtet kontinuierlich EU-Aktivitäten und neue Förderformate wie z.B. New European Bauhaus, um sowohl inhaltlich als auch förderseitig über die aktuellen Entwicklungen und über potentielle Anknüpfungspunkte zu bestehenden Aktivitäten als auch zu neuen Trends und Themenfeldern informiert zu sein.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2023 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs ist durch die institutionelle Förderung und die der oben genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist für 2024 nicht festzustellen. Die Finanzierung der allgemeinen Betriebskosten der GmbH ist durch eine institutionelle Förderung abgesichert. Die Finanzierung der Projekte Kreativ.Quartiere Ruhr und Regionales Kultur Programm (RKP) ist durch eine Förderung des MKW gesichert.

4. Prognosebericht

Mit den Förderzusagen für die beiden Formate Kreativ.Quartiere Ruhr (KQR) und Regionales Kulturprogramm (RKP) startete die Förderung für beide Programme mit dem 1. Januar 2023. Bei KQR endet die Einreichung der Anträge nunmehr Ende Juli, bei RKP stets Ende September.

Die anhaltende Schwächung der weltweiten Wirtschaft – weiterhin bedingt durch Auswirkungen der sich überlagernden Krisensituationen (abgeklungene Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation/Preisverteuerung usw.) wird nach Einschätzung der Geschäftsführung keine gravierenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da die Fördermittelvergabe kurz- bis mittelfristig unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird.

Nach Aussage der Geschäftsführung lassen sich die konkreten Auswirkungen der angespannten wirtschaftlichen Gesamtlage auf die geschäftliche Entwicklung und die Projekte derzeit nicht quantifizieren und es werden in enger Absprache mit dem Ministerium ggf. notwendige organisatorische Maßnahmen (wie z.B. die Änderung oder Verschiebung einzelner Maßnahmen) getroffen, um Auswirkungen zu minimieren.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NW

Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

Dem Gebot der wirtschaftlichen Betriebsführung wurde konsequent gefolgt. Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch eine entsprechende Aufgabenerledigung auch tatsächlich eingehalten. Zu § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW (Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung) wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihrer satzungsgemäßen Aufgabe nachgekommen ist.

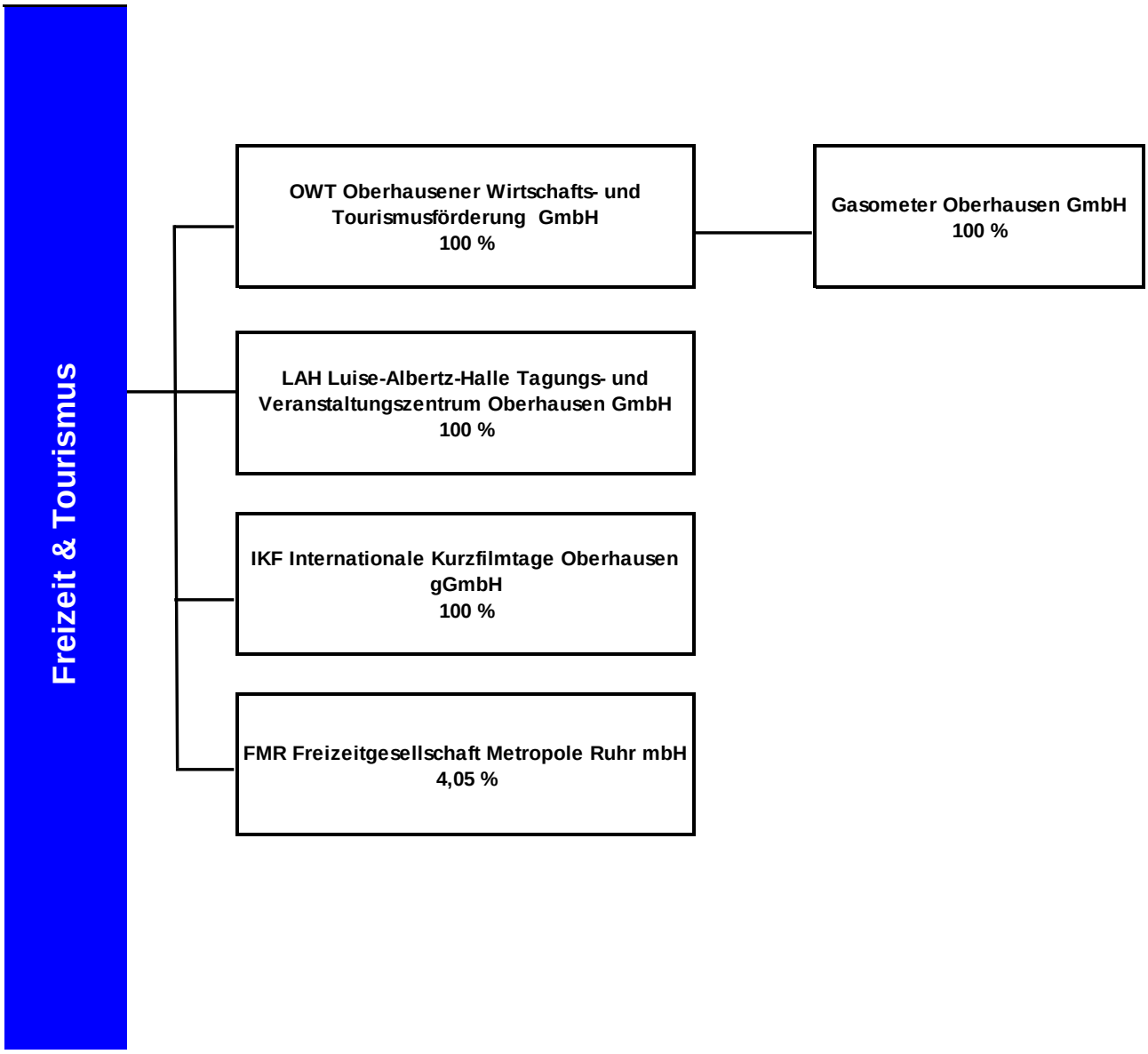
Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

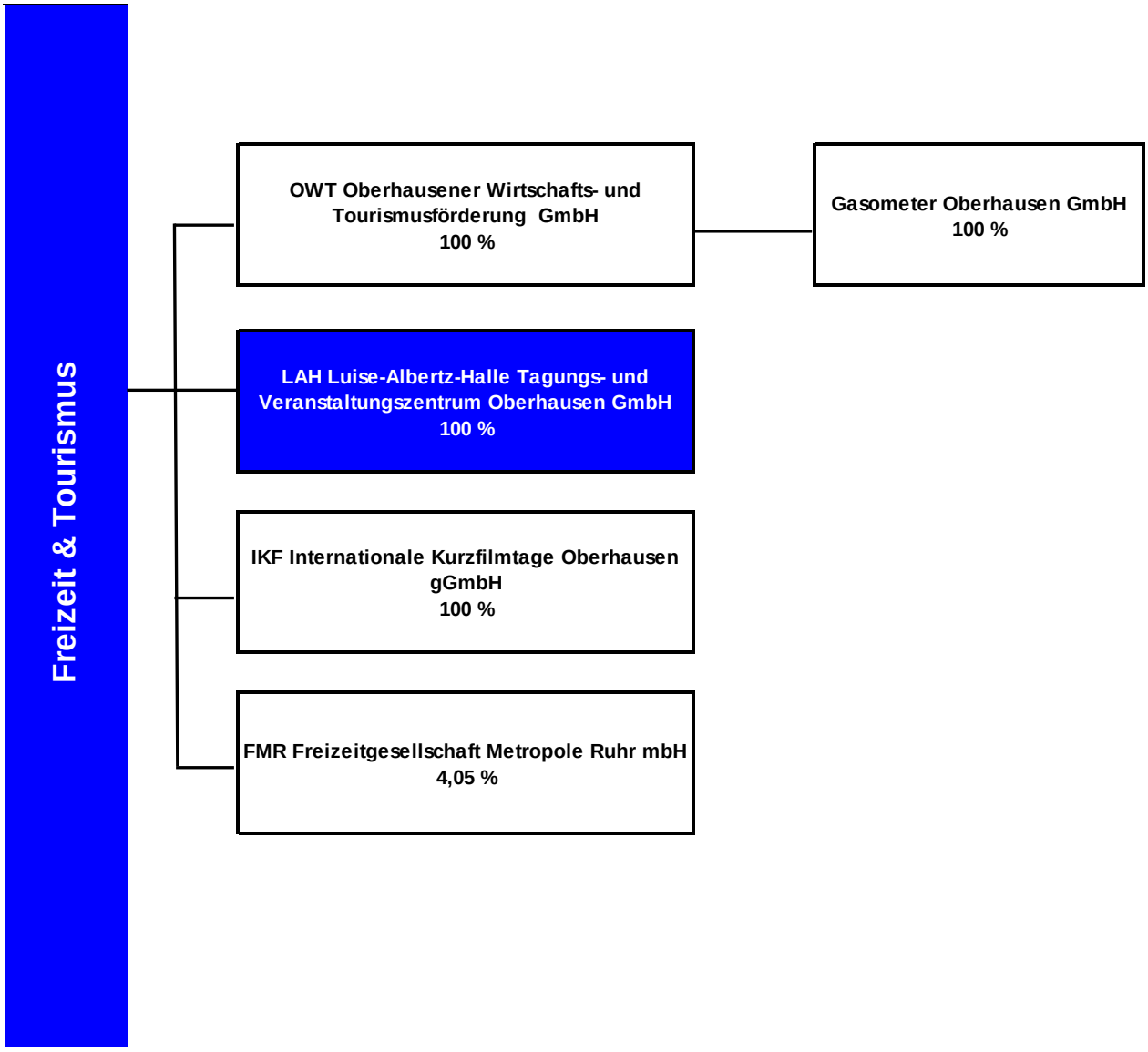
Dortmund, 12. April 2024

european centre for creative economy GmbH (ecce)

Christian Weyers
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Düppelstraße 1 46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	http://www.cc-oberhausen.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in TDM:	500,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CCO Eventgastronomie GmbH	Verlängerung vom 22.06.2023
Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
GEWA GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung), Vertragsbeginn 01.01.2022
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999
Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Mitglied	Schaugg, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Salwik, Claudia

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4.965,20	91,2	4.869,98	89,1	4.857,71	89,9
Umlaufvermögen	479,98	8,8	593,54	10,9	544,04	10,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1,99	0,0	1,00	0,0	4,50	0,1
Bilanzsumme	**5.447,17**	**100,00**	**5.464,52**	**100,00**	**5.406,26**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.621,02	29,8	1.936,42	35,4	1.914,74	35,4
Rückstellungen	24,09	0,4	22,96	0,4	28,69	0,5
Verbindlichkeiten	3.802,06	69,8	3.505,14	64,1	3.462,83	64,1
Bilanzsumme	**5.447,17**	**100,00**	**5.464,52**	**100,00**	**5.406,26**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	538,53	814,64	746,29
sonstige betriebliche Erträge	80,22	4,15	2,88
Materialaufwand	557,54	637,41	696,33
Personalaufwand	354,37	408,63	486,64
Abschreibungen	195,60	210,92	215,94
sonstige betriebliche Aufwendungen	142,53	140,38	166,74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33,10	26,59	25,73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-664,40	-605,14	-842,22
sonstige Steuern	95,45	95,44	95,45
Erträge aus Verlustübernahmen	1.057,99	1.015,98	915,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	298,14	315,40	-21,68
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-432,77	-134,63	180,77
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-134,63	180,77	159,09

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-141,10	-86,00	-125,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	-43,28	-39,90	-53,41	%
Cash-Flow:	-564,24	-489,66	-721,72	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	103,12	136,47	124,86	T€
Personalaufwandsquote:	57,27	49,91	64,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,60	88,36	88,90	%
Eigenkapitalquote:	29,76	35,44	35,42	%
Fremdkapitalquote:	70,24	64,56	64,58	%
Anlagendeckungsgrad 2:	32,65	39,76	39,42	%
Verschuldungsgrad:	236,03	182,20	182,35	%

e) Lagebericht

A. Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) wurde im Jahre 1962 gegründet. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen. Die Luise-Albertz-Halle wurde als öffentliche Einrichtung im Sinne des §8 der GO NRW als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte gewidmet.

Mit Umbau und Generalsanierung in den Jahren 1999/2000 wurde das Haus zum Kongresszentrum erweitert und bietet seither eine breite Palette an Räumen und Möglichkeiten für Kongresse, Tagungen, Messen und Ausstellungen, Kulturveranstaltungen, Bälle und gesellschaftliche Veranstaltungen. Zur Förderung des Unternehmenszwecks darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung). Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

B. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2023 sinkt um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Nach Aussage des statistischen Bundesamtes kam die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in einem krisengeprägten Umfeld ins Stocken. Die hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur. Hinzu kamen ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland. Die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 setzt sich nicht weiter fort. Im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, ist das BIP 2023 allerdings um 0,7 % höher.

Der Dienstleistungssektor, dem die Veranstaltungswirtschaft und damit das Geschäftsfeld der LAH zugerechnet wird, hat im Jahr 2023 nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) real (preisbereinigt) 2,0 % mehr Umsatz erwirtschaftet als im Jahr 2022. Insgesamt erzielt der Dienstleistungssektor im Jahr 2023 den höchsten realen Umsatz seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2015. Verglichen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019 liegt er um 5,8 % höher. (Quelle: Destatis).

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

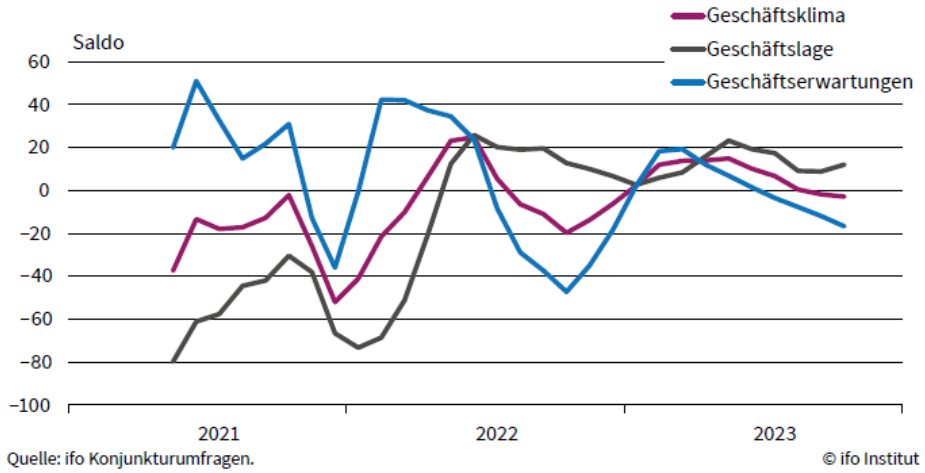
Trotz der hohen gesellschaftlichen Bedeutung führt die Heterogenität der Veranstaltungswirtschaft dazu, dass sie nicht als eigenständiger Sektor in der Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik ausgewiesen wird. Seit Mai 2021 berechnet das ifo-Institut ein eigenes Geschäftsklima und weitere Konjunkturindikatoren für die Veranstaltungsbranche. In der ifo-Analyse (ifo Schnelldienst 11/2023) „Wo steht die Veranstaltungsbranche nach drei schwierigen Jahren?“ gibt das Institut eine aktuelle Einschätzung zur Branchensituation.

Im Jahr 2019 wurden demnach in der Veranstaltungswirtschaft 89 Mrd. € umgesetzt. Gleichzeitig beschäftigte der Sektor rund 1,1 Mio. Mitarbeitende. Im Verlauf der Corona-Pandemie kam der Wirtschaftszweig weitgehend zum Erliegen. Im Jahr 2020 lagen die Umsätze der Veranstaltungsbranche 59,9 % unter denen von 2019. 2021 waren es sogar 63,2 % (RIFEL 2022). Seit dem Rückgang des Pandemiegeschehens und den damit einhergehenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen im Frühjahr 2022 erholte sich auch die Veranstaltungsbranche spürbar. Entscheidend waren dabei vor allem die Nachholeffekte.

Im ifo-Geschäftsklimaindex für die Veranstaltungsbranche überwiegen seit Sommer 2022 die zufriedenen Bewertungen der Geschäftssituation. Das erklärt sich aus der Umsatzentwicklung im Jahr 2022, die durch Nachholeffekte im Nachgang der Coronakrise mehr als befriedigend war. In der ersten Jahreshälfte 2023 fallen die Geschäftserwartungen der Unternehmen noch mehrheitlich zuversichtlich aus, auch das Geschäftsklima liegt im positiven Bereich. Mitte 2023 trüben sich die Erwartungen jedoch spürbar ein, seit September 2023 ist auch das Geschäftsklima wieder in den negativen Bereich gefallen. Die gesamtwirtschaftliche Eintrübung spiegelt sich in einer vermehrten Konsumzurückhaltung wider, die auch die Veranstaltungsbranche zu spüren bekommt (Quelle: ifo Schnelldienst 11/2023).

Abb. 2

Veranstaltungswirtschaft: Geschäftsklima, -lage und -erwartungen



Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Die Faktoren, die die Geschäftstätigkeit der Unternehmen in der Veranstaltungs-wirtschaft behindern, verlagern sich seit Herbst 2022 von der Nachfrage- zur Angebotsproblematik. Das heißt, die Unternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, die Nachfrage bedienen zu können, vor allem wegen fehlendem Personal. Ende 2022 klagen 64 % der Unternehmen über fehlende Fachkräfte, im Herbst 2023 sind es immer noch 40 %.

Das ifo-Institut bewertet die Lage der Veranstaltungswirtschaft im Jahr 2023 als zufriedenstellend. Die Branche konnte sich demnach von den schwierigen Corona-Jahren erholen. Der Ausblick ist laut ifo jedoch eher verhalten. Es besteht die Sorge, dass die Nachholeffekte nachlassen und die Verbraucher*innen angesichts der nach wie vor hohen Inflationsraten stärker bei Konzerten oder Kulturveranstaltungen sparen.

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH erzielte vor der Pandemie den Großteil ihres Geschäftsvolumens mit Tagungsveranstaltungen. Dazu zählen Kongresse, Tagungen, Seminare, Bildungs- und Prüfungsveranstaltungen. Weitere Schwerpunkte im Jahresprogramm sind Social Events wie Bälle, Empfänge, Feiern oder Karnevalsveranstaltungen. In geringerem Umfang tragen Kultur- und Konzertveranstaltungen sowie Messen und Ausstellungen zum Ergebnis bei.

Während der Pandemie haben der große Anteil an Ausbildungs- und Prüfungsveranstaltungen sowie städtische Sitzungen das Geschäft der LAH nachhaltig gestützt. Im Verlauf des Jahres 2022 konnte mit dem Auslaufen der Corona-Einschränkungen schrittweise das übliche Geschäftsmodell wieder aufgenommen werden. Die oben beschriebenen Nachholeffekte haben sich bei der LAH exemplarisch ausgewirkt. 2022 war das umsatzstärkste Jahr seit mehr als 10 Jahren. Die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2023 waren aber erheblich gedämpft. Parallel zu den Brancheneinschätzungen blieben im aktuellen Geschäftsjahr die Nachholeffekte weitgehend aus.

Geschäftsverlauf LAH GmbH

Die Prognosen und der darauf aufbauende Wirtschaftsplan für das Veranstaltungsjahr 2023 waren gedämpft. Der Nachholeffekt nach der Corona-Pandemie ist Ende 2022 abgeebbt. Veranstalter halten sich wegen der multiplen Krisen, wie steigenden Energiekosten, Personalmangel und wegen schleppender Ticketverkäufe zurück. Dennoch kann das Veranstaltungsjahr 2023 mit einem vor allem im letzten Quartal gut gefüllten Veranstaltungskalender die Erwartungen noch erfüllen.

Nach 2 Jahren Coronapause können erstmals wieder Karnevalsveranstaltungen und der Jahresempfang der Stadt Oberhausen durchgeführt werden. Premiere haben zwei mehrtägige Tanzveranstaltungen der German Dance Unit, jeweils inklusive einer Galaveranstaltung.

Im Geschäftsjahr 2023 werden 206 Veranstaltungen mit 274 Belegungstagen durchgeführt. Im Vorjahr verbuchte die LAH wegen der Durchführung aller städtischen Sitzungen noch 337 Veranstaltungen an 397 Veranstaltungstagen. Die Zahl der genutzten Räume (Tag-Raum-Buchungen) liegt bei 920, ein Minus von 128 gegenüber dem Vorjahr (1048; - 12,2%).

In den Sommermonaten 2023 wurde ein Teil der Hallen-Grundbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel umgebaut. Die Maßnahme wurde mit eigenem Personal geplant und umgesetzt. Die Kosten für den Umbau werden sich in gut einem Jahr amortisieren und dauerhaft pro Jahr rund 10.000 KWh Strom einsparen.

Im Herbst 2023 musste außerplanmäßig ein Teil der Kücheneinrichtung ersetzt werden. Der zentrale Küchenblock war nach 23 Einsatzjahren teilweise nicht mehr funktionsfähig und obsolet. Die LAH GmbH investierte rund 130 T€ in die Großküchen-Produktionseinheit. Mit der neuen Kücheneinheit wird eine Effizienzsteigerung und eine spürbare Energieeinsparung möglich.

Die Umsatzerlöse aus Veranstaltungen reduzieren sich um 12,4 % gegenüber dem Vorjahr, liegen aber deutlich (22,6 %) über den Planzahlen. Die variablen Veranstaltungskosten bleiben 9,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Wegen der höheren technischen und personellen Anforderungen der Veranstaltungen und der gestiegenen Einkaufskosten, vor allem für Personaldienstleistungen, bleibt die Einsparung hinter dem Erlösrückgang zurück. In der Planung war mit einer Kostenreduzierung von rund 30 % gerechnet worden.

Die Gastronomieumsätze erhöhen sich in der aktuellen Periode von 59 T€ auf 105 T€. Im Zuge der Prüfung wurde der Erlös um T€ 21 auf 84 T€ reduziert, da der Forderungsbestand gegenüber der CCO-Gastronomie korrigiert werden musste. Bei der abschließenden Prüfung der diversen Vertragszusätze und deren Verbuchung wurden noch nicht bereinigte oder abgerechnete Stundungen aus den Jahren 2019 und 2020 festgestellt. Durch die abschließenden Verbuchungen reduziert sich der Forderungsbestand gegen die Gastronomie um T€ 21.

Die bezogenen Leistungen im Bereich Gebäudeunterhaltung liegen rund 40 T€ unter den Planzahlen. Durch Sparmaßnahmen und mit Hilfe der gesetzlichen Strom- und Gaspreisbremsen bleiben die prognostizierten Aufschläge auf die Energiekosten unter den Erwartungen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich jedoch ein Anstieg des Aufwands in Höhe von 18,6 %. Die Personalkosten liegen unter den Planzahlen, da eine geplante Stellenneubesetzung nicht realisiert wird.

Im Jahr 2023 hat die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 916 einen operativen Jahresverlust von T€ 1 erzielt. Der Verlust erhöht sich durch die Korrekturen der Gastronomieforderungen aus vorherigen Perioden auf T€ 22. Der Wirtschaftsplan ging von einem negativen Ergebnis in Höhe von 80 T€ aus.

C. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in T€	**Ist 2022**	**Plan 2023**	**Ist 2023**
Umsatzerlöse	**814,64**	**636**	**746,29**
davon Halle	755,21	540	661,83
davon Gastronomie	59,43	96	84,46
sonstige Erträge	4,03	10	2,88
Erträge	**818,67**	**646**	**749,17**
Materialaufwand (Gebäude)	-328,36	-428	-390,08
davon Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-13,36	-12	-21,59
davon Aufwand für bez. Leistungen	-315,00	-416	-368,49
Bezogene Veranstaltungsleistungen	-308,94	-192	-306,25
Personalaufwand	-408,63	-534	-486,64
Abschreibungen	-210,91	-206	-215,94
sonstige betriebliche Aufwendungen	-140,38	-160	-166,74
sonstige Steuern	-95,44	-95	-95,45
Aufwand	-1.492,66	-1.615,00	-1.661,10
EBIT	**-673,99**	**-969,00**	**-911,93**
Finanzergebnis	-27	-27	-25,73
davon Zinsertrag	0,00	0	0,00
davon Zinsaufwand	-26,59	-27	-25,73
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-700,58**	**-996,00**	**-937,66**
Ertrag aus Verlustübernahme	1.015,98	916,00	915,98
Jahresüberschuss	**315,40**	**-80,00**	**-21,68**

Die Umsatzerlöse aus Vermietung reduzieren sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 93 (- 12,4%). Während das erste Halbjahr die Rückkehr zum normalen Turnus mit Karneval, Neujahrsempfang und anderen öffentlichen Veranstaltungen markiert, bleiben im zweiten Halbjahr die Nachholeffekte aus, die im vorigen Geschäftsjahr einen Umsatzrekord auslösten. Gegenüber dem Wirtschaftsplan hat sich der Vermietungserlös um 121 T€ erhöht, ein Plus von 20,6 %.

Die Umsätze aus Gastronomiepacht und der Umsatzprovision steigen um 46 T€ gegenüber dem Vorjahresergebnis (+ 77.4 %), weil nach verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der Gastronomie während der Pandemie zum normalen Abrechnungssystem zurückgekehrt werden konnte. Im Geschäftsjahr werden die Betriebskosten aus dem Vorjahr (2022) vollständig abgerechnet und ausgeglichen. Die Verrechnungen der aktuellen Betriebskosten verschieben sich wegen Abrechnungsverzögerungen bei den Lieferanten in die Folgeperiode. Durch die abschließenden Verbuchungen der Corona-Sondervereinbarung mit der CCO-Gastronomie reduziert sich der Forderungsbestand gegen die Gastronomie um T€ 21. Der Erlös der Abrechnungsperiode wird dadurch von 105 T€ auf 84 T€ reduziert.

Der Aufwand für bezogene Leistungen unterteilt sich üblicherweise in 2 ähnlich große Bereiche. Rund 60 % sind fixe Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt, die Wartung sowie Energiekosten. Rund 40 % der Kosten sind variabel zugekaufte Veranstaltungs-aufwendungen, wie Securitypersonal, Veranstaltungstechnik, Bestuhlungsarbeiten oder Ordnerdienste.

Im Berichtszeitraum erhöht sich der Materialaufwand für Gebäudeunterhaltung um 62 T€ auf 390 T€ (VJ 328 T€), eine Steigerung von 19 % gegenüber dem Vorjahr. Im Plan war mit einer noch deutlicheren Erhöhung der Gebäudekosten gerechnet worden, da sich vor allem die Energiebeschaffung wegen des Ukrainekrieges erheblich verteuert hat. Die Entlastung gegenüber dem Wirtschaftsplan beträgt 38 T€ (9 %).

Der Veranstaltungsaufwand verbleibt auf dem Niveau des Vorjahres, obwohl sich die Veranstaltungsfrequenz reduziert hat. Gegenüber dem Vorjahr sinkt der Aufwand geringfügig um 2 T€. Im Vergleich zur Planung ergibt sich eine negative Abweichung von rund 60 % (114 T€). Die Kostensteigerung ergibt sich hauptsächlich durch die erstmals seit 3 Jahren wieder durchgeführten Karnevalsveranstaltungen. Die Veranstaltungen zeichnen sich durch lange Laufzeiten, viel Personalbedarf und hohem Energie- und Ressourcenverbrauch aus. Zudem sind die dabei anfallenden Personalkosten erheblich gestiegen (Security, Reinigung usw.).

Der Personalaufwand erhöht sich planmäßig wegen der Besetzung einer neuen Stelle, bleibt aber unter dem Planansatz, da eine geplante Vollzeitstelle zugunsten von 2 Azubistellen aufgegeben wurde. Der gesamte Personalaufwand beträgt 487 T€ (VJ 409 T€), ein Anstieg um 78 T€ (+ 19 %). Gegenüber dem Planansatz ergibt sich eine Reduzierung um 47 T€ (- 9 %).

Durch eigene Investitionen in das bewegliche Anlagevermögen erhöhen sich die Abschreibungen moderat um 5 T€ auf 216 T€. Die Sonstigen Betrieblichen Aufwendungen steigen um rund 26 T€ gegenüber dem Vorjahr an. Dies ist einerseits der geplanten Steigerung der Marketingaktivitäten geschuldet. Andererseits steigen insbesondere die Kosten für die Gebäudeversicherung und allgemeine Verwaltungskosten.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt im Jahr 2023 wie in den Vorjahren negativ und führt nur in Verbindung mit der Zahlung des Gesellschafters Stadt Oberhausen zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum GmbH hat unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von T€ 916 ein negatives Jahresergebnis von T€ - 22 erzielt. Der maximale Verlustausgleich durch die Stadt Oberhausen wurde um 100 T€ abgesenkt, im Wirtschaftsplan war deshalb ein Defizit von 80 T€ prognostiziert worden.

D. Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen liegen in der Belastung der Gesellschaft durch Zinsen und Kapitaldienst an der Immobilie. Die Bau- und Sanierungskosten aus den Jahren 1999/2000 wurden vollständig über Darlehen der Gesellschaft finanziert. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war dafür nicht ausreichend und Erträge aus der eigenen Geschäftstätigkeiten waren zu keiner Zeit ausreichend, um die Belastung auszugleichen.

Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich des Ergebnisses jedes Jahr einen auf zuletzt maximal T€ 1.116 begrenzten Verlustausgleich, dieser wurde für das aktuelle Geschäftsjahr auf T€ 916 gesenkt. Trotzdem wurden seit der Sanierung ein erheblicher Verlustvortrag und die teilweise Unterkapitalisierung der Gesellschaft realisiert. In den Jahren 2017 und 2018 wurde durch eine Kapitaleinlage von insgesamt 1,5 Mio. € der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ ausgeglichen. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus. Durch die nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung aus den Darlehensverträgen kann die Kapitalausstattung der Gesellschaft in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich verbessert werden.

Die Vermögenslage ist durch die hohe Anlagenintensität geprägt. Das Sachanlagevermögen beträgt T€ 4.806 (Vorjahr 4.828) und entspricht 88,5 % der Bilanzsumme. Die LAH GmbH ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen T€ 3.304 (VJ 3.427 T€) oder in relativen Zahlen 69 % der Bilanzsumme in mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von - 1 T€ mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr zu verrechnen. Die verbleibenden T€ 180 sollen in der Gewinnrücklage verbleiben.

E. Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH GmbH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von 1.500.000,00, verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, beschlossen. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ konnte durch die Zuführung zur Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH somit ein positives Eigenkapital aus.

Als Ergebnis einer im Jahr 2017 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung wird der Verlustausgleich seit dem Geschäftsjahr 2017 als ertragswirksame Einnahme verbucht. Dieser Ertrag ist nach Einschätzung der Betriebsprüfer nicht umsatzsteuerpflichtig, da eine eindeutige Zuordnung von Zahlungsbestandteilen zu einzelnen Leistungen nicht möglich ist.

In den Jahren 2008 bis 2017 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Seit dem Jahr 2018 erfolgte eine Reduzierung um T€ 60 als Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. In den zurückliegenden Geschäftsjahren kann auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung und guter Liquidität die Ausgleichszahlung auf zunächst 1.016 T€ reduziert werden, im GJ 2023 nochmal um € 100 auf 916 T€. In den zukünftigen Jahren kann bei der prognostizierten Ertrags- und Finanzlage auf eine entsprechende Verlustausgleichszahlung in ähnlicher Höhe nicht verzichtet werden.

Im Herbst 2020 wurde die Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers ausgeschrieben und zum 1. Januar 2021 besetzt. Zusammen mit der Stelle des Geschäftsführers sollen in den folgenden Jahren – entsprechend der Entwicklung der pandemischen Lage – auch weitere derzeit offene Stellen wiederbesetzt werden. Der wachsende Personalaufwand soll mit zusätzlichem und nachhaltigem Neugeschäft sowie einer verbesserten Marktstellung der Gesellschaft kompensiert werden.

F. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr zeigen den Verlauf der Umsatzentwicklung im Verhältnis zu Vorjahres- und Planzahlen auf. Die unterjährige Erfolgsplanung, Liquiditätsanalyse und Kostenkontrolle bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Werterhaltung der Immobilie werden regelmäßig Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Die große Zahl von Wettbewerbern – Veranstaltungszentren, Tagungshotels, Event-Locations im Großraum Rhein-Ruhr bedeutet grundsätzlich ein Risiko für den Bestand an Veranstaltungen, insbesondere bei Kongressen und Firmenveranstaltungen. Intensiver Kundenkontakt, kontinuierliche Marktrecherche und aktive Akquise von potenziellen Neukunden sollen dauerhaft für eine verbesserte Auslastung sorgen. Andererseits bietet die Lage im Zentrum des größten Ballungsraums Deutschlands mit über 5 Mio. Einwohnern auch erhebliche Vorteile bei der Gewinnung neuer Kunden oder von zusätzlichen Besuchern.

Die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) hat höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch die Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in 2017 / 2018 und die regelmäßige Verlustabdeckung ist die Liquiditätssicherung unabhängig von externen Finanzierungmitteln möglich. Die positiven Jahresergebnisse nach Verlustabdeckung haben inzwischen zu einer Auflösung des Verlustvortrages geführt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Mit dem Ende der pandemischen Einschränkungen kann im ersten Quartal 2023 erstmals wieder eine komplette Karnevalssession durchgeführt werden. Durch die hohen Kosten dieser Veranstaltungen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen allerdings eher nachteilig. Mit einem starken 4. Quartal kann die Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH für das GJ 2023 insgesamt noch ein gutes wirtschaftliches Ergebnis erzielen. Neben dem positiven Geschäftsverlauf führen auch die deutlich reduzierte Zinsbelastung und ein im Geschäftsjahr 2022 ausgelaufenes Darlehen zu finanziellen Verbesserungen.

Im Ausblick auf das Jahr 2024 zeigt sich die Anzahl der Veranstaltungen und der Raumbelegungen niedriger als im Vorjahr: Die Zahl der gebuchten oder angefragten Veranstaltungen liegt bei 141, im Vorjahr waren es noch 219. Hauptverantwortlich für den Unterschied sind die weggefallenen städtischen Sitzungen, die im Vorjahr noch für das gesamte Jahr angelegt waren. Die Zahl der Veranstaltungstage ist im Jahresvergleich dagegen ähnlich. Für das Jahr 2023 waren 270 VA-Tage angelegt, für das kommende Geschäftsjahr sind es derzeit 252 VA-Tage.

Die wirtschaftliche Prognose ist positiv, da die gebuchten Veranstaltungen ein höheres Umsatzvolumen mit sich bringen. Der Veranstaltungskalender weist eine große Bandbreite an Veranstaltungen auf, vor allem die Zahl der Tournee- und Kulturveranstaltungen hat sich gegenüber der Vor-Corona-Zeit erhöht. Dazu kommen drei medizinische Kongresse, ein Bundeskongress, ein Landesparteitag sowie Wiederholungsveranstaltungen von Neukunden aus den Jahren 2022 und 2023.

In den Sommermonaten 2023 wurde ein Teil der Hallen-Grundbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel umgebaut. Eine Fortsetzung in weiteren Bereichen ist für 2024 geplant. Die Maßnahmen sollen dauerhaft rund 10.000 KWh Strom pro Jahr einsparen. Im Herbst 2023 musste außerplanmäßig ein Teil der Kücheneinrichtung ersetzt werden. Der zentrale Küchenblock war nach 23 Einsatzjahren nicht mehr funktionsfähig. Die LAH GmbH investierte rund 130 T€ in die Großküchen-Produktionseinheit. Die Investition wurde über Darlehen finanziert. Auch mit dieser Investition werden eine Effizienzsteigerung und eine spürbare Energieeinsparung möglich.

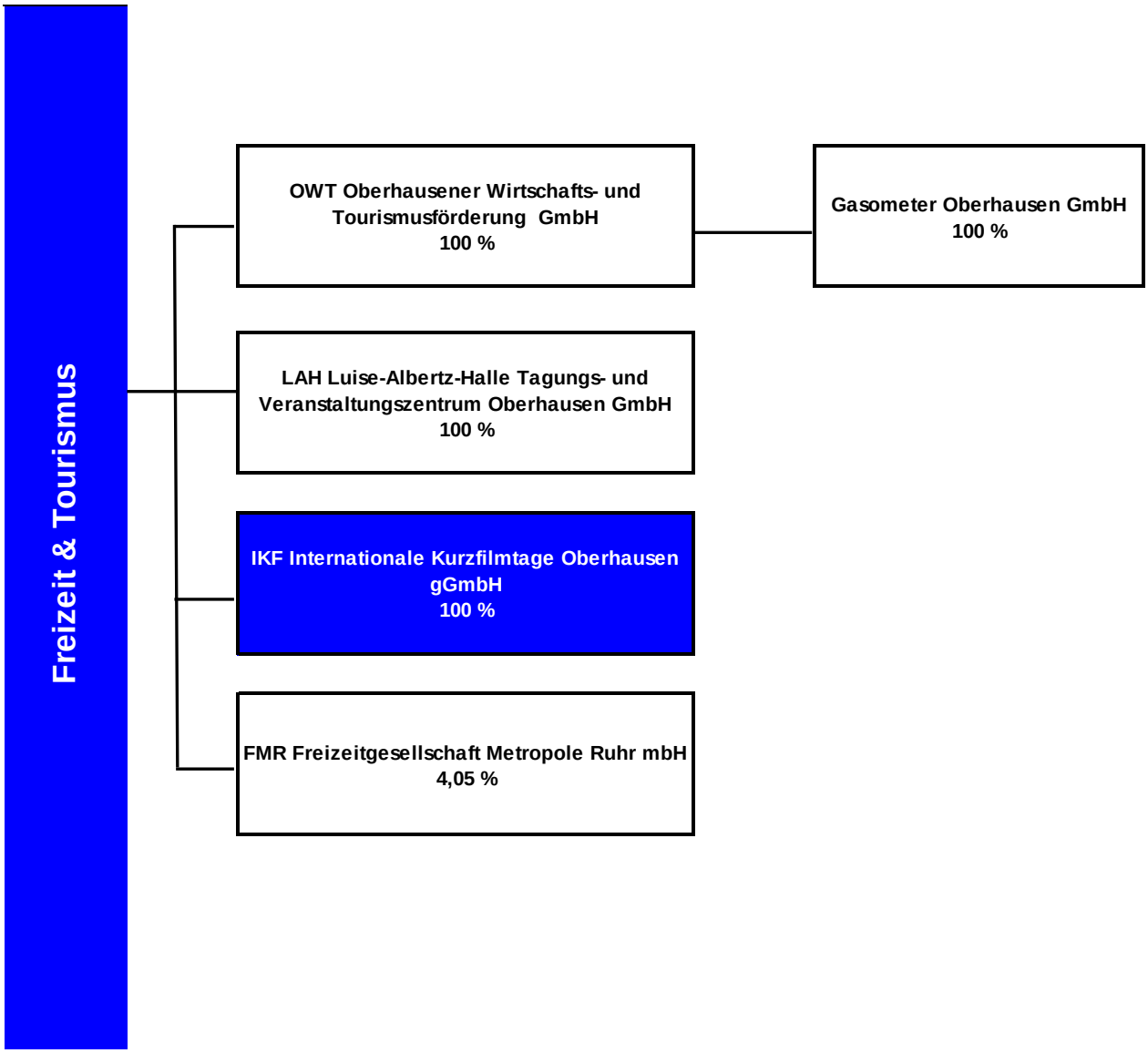
Die LAH wird auch 2024 aus eigener Kraft in bewegliches Vermögen investieren. Im kommenden Geschäftsjahr ist die Umsetzung des neuen grafischen Auftritts im gesamten Hallen-Innenbereich geplant. Unter anderem werden dabei Wände neu gestrichen, die Hinweisbeschilderung erneuert und zusätzliche Beleuchtungselemente eingesetzt. Damit soll eine optische Aufwertung des Hauses und eine Erhöhung der gefühlten Qualität erreicht werden

Die Chancen für die LAH in der Zukunft weiter am Markt zu bestehen und die eigene Position im Bereich der Tagungsveranstaltungen zu verbessern, sind intakt. Die finanzielle Unterstützung durch die Stadt Oberhausen ist aber weiterhin notwendig.

Oberhausen, 02. Mai 2024

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Willi Joe Schaugg
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Grillostr. 34 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	http://www.kurzfilmtage.de
Rechtsform:	gGmbH
Stammkapital in T€:	25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied gem. § 113 GO	Hallen, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Heinzen, Tim
	Mitglied	Bandel, Bärbel
	Mitglied	Hoff, Amelie
	Mitglied	Jankowski, René
	Mitglied	Kompa, Hartwig
	Mitglied	Noldus, Erich
	Mitglied	Racel, Britta
	Mitglied	Wilts, Silke
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
	stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
	stellv. Mitglied	Hoff, Marc
	stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	stellv. Mitglied	Grothe, Helga
	stellv. Mitglied	Lange, Jörg
	stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
	stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
	stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
	stellv. Mitglied	Sauer, Florian
	stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
	stellv. Mitglied	Völker, Andreas
	stellv. Mitglied	Schiller, Heidi
	stellv. Mitglied	Waradarajah, Agilan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4,95	0,6	1,38	0,2	3,64	0,6
Umlaufvermögen	796,08	99,1	718,25	99,5	576,68	99,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2,15	0,3	2,52	0,3	2,38	0,4
Bilanzsumme	**803,18**	**100,00**	**722,15**	**100,00**	**582,70**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	330,34	41,1	322,07	44,6	277,41	47,6
Rückstellungen	321,48	40,0	308,45	42,7	281,24	48,3
Verbindlichkeiten	151,36	18,8	78,27	10,8	24,05	4,1
Rechnungsabgrenzungsposten			13,36	1,9		
Bilanzsumme	**803,18**	**100,00**	**722,15**	**100,00**	**582,70**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.390,42	1.474,99	1.466,79
sonstige betriebliche Erträge	73,05	85,56	46,53
Materialaufwand	522,61	797,10	760,39
Personalaufwand	741,20	680,61	699,73
Abschreibungen	8,96	8,18	3,90
sonstige betriebliche Aufwendungen	73,15	82,69	94,33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,01	0,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117,55	-8,02	-44,10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,18	0,26	0,56
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	117,37	-8,27	-44,66
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	117,37	-8,27	-44,66
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2021	31.07.2022	31.07.2023
Umsatzrentabilität:	8,44	-0,56	-3,04
Eigenkapitalrentabilität:	35,53	-2,57	-16,10
Cash-Flow:	126,33	-0,09	-40,75
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	146,35	156,06	151,33
Personalaufwandsquote:	50,65	43,61	46,24

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2021	31.7.2022	31.7.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,44	0,19	0,62	%
Eigenkapitalquote:	41,13	44,60	47,61	%
Fremdkapitalquote:	58,87	55,40	52,39	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar sowie die mit der Digitalisierung einhergehenden rapiden Veränderung des Freizeit- und Besucherverhaltens. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Allgemeine Kostensteigerungen übersteigen erreichte Zuschussanhebungen. Mit Auslaufen des EU-MEDIA Programms des Jahres 2014 wurde im Berichtsjahr ein neues, angepasstes EU-Förderprogramm bekannt gegeben. Die Gesellschaft ist bemüht, EU-Förderung auch unter den neuen Bedingungen zu erreichen und so die EU als dauerhaften Förderer zu halten. Mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung können zukünftig nur durch öffentliche Zuschüsse vermieden werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen. Sie eignen sich nicht, um den Kostensockel des Festivals, insbesondere regelmäßige Anpassungen der Gehälter, zu sichern.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2022/23 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Die anhaltende Bedeutung der Kurzfilmtage als eine der wichtigsten internationalen Plattformen für die kurze Form zeigen aber die knapp 800 Akkreditierungen bzw. Besuche aus 67 Ländern und die überaus positiven Rückmeldungen der internationalen Festivalgäste und des Publikums, sowie die unvermindert hohe Zahl an Wettbewerbseinreichungen. Es wurden aus 6.400 Einreichungen 120 Arbeiten ausgewählt.

In der Aufsichtsratssitzung vom 23.06.2022 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2022/23 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 20.04.2023 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2022/23 konnten in einigen Bereichen nicht erreicht werden bzw. mussten aufgrund von starken Kostensteigerungen angepasst werden.

Die Ergebnisse weichen in einigen Positionen von der angepassten Planung im April 2023 ab.

Die Sponsoringerlöse liegen unter den Planzahlen; trotz erhöhter Anstrengungen konnten keine neuen Sponsoren gewonnen werden. Erlöse aus dem Verkauf der Festivaltickets liegen unter den geplanten Eintrittserlösen. Neben Erlösminderungen haben Erlösverschiebungen Einfluss auf die Einnahmesituation. Unter Berücksichtigung erneuter Erlösverschiebungen sowie vorzunehmender Abgrenzungen liegt die Gesamtleistung unter den angepassten Planzahlen.

Ebenso wie bei den Erlösen weichen die vorläufigen Ergebnisse bei den Aufwendungen beinahe durchgehend von den Planzahlen ab. Sie werden in den meisten Fällen unterschritten oder sind in Gänze entfallen. Lediglich in wenigen Aufwandspositionen werden die Planansätze erreicht oder sogar überschritten. Auch unter Berücksichtigung der Zusatzvergütungen für Mehrstunden/Inflationsbonus liegen die Aufwendungen für Festangestellte über dem Planansatz. Zur Betreuung neuer Bereiche wie z.B. Expanded Cinema wurden zusätzlich Mitarbeiter befristet eingestellt.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Drei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Drei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv und ein weiterer Mitarbeiter wird befristet als Aushilfskraft aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs.

Die Gesellschaft schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2022/23 einem Jahresfehlbetrag ab. Die Unterdeckung soll einer satzungsgemäßen Rücklage entnommen werden.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2022 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring weitgehend von Stiftungen übernommen, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise 2008ff Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus der Kulturförderung zurückgezogen hatten. Mit der Zuordnung der Zuschüsse und ähnlichen Erträgen zu den Umsatzerlösen beträgt der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung im Berichtsjahr 95%. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Laut Freistellungsbescheid ist die Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 583 T€ und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 83 % aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 277 T€ setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und zweckgebundenen Rücklagen nach § 62 AO und erreicht eine Quote von 47,5%.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2019/2020

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2022/2023 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur durch Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird. Da Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft, die naturgemäß einen großen und auch kontinuierlich anwachsenden Teil der Gesamtkosten darstellen, in der Regel durch Fördermittel und Zuschüsse nicht anteilig abgerechnet werden können, droht allmählich zudem ein strukturelles Defizit für Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrechterhalten werden. Allein durch die Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die allgemeine Kostensteigerungen zumindest annähernd ausgleichen.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2024 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung zum Jahresende 2023 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat für das Jahr 2024 bereits eine Verpflichtungsermächtigung ausgesprochen.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch weiterhin jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Wegen der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation sowie der anhaltenden Corona-Krise, kann die Gesellschaft kein aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandising“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern. Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt.

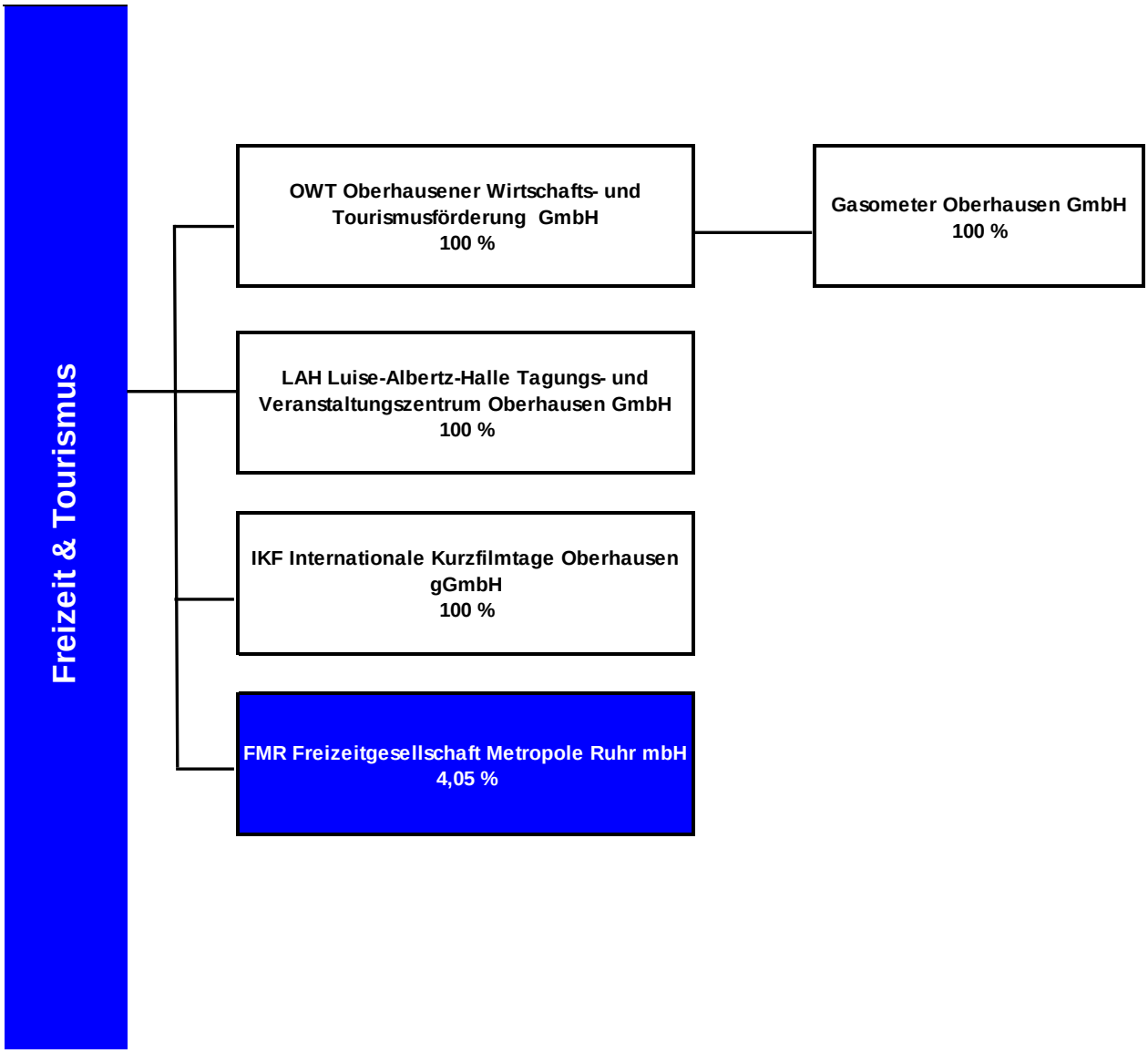
Die Datenbank der Kurzfilmtage wird künftig für externe Nutzer noch komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Ende des Kalenderjahres 2020 erfolgte ein umfassender Relaunch der Website mit ganz erheblich erweiterten digitalen Angeboten, die einen Strukturwandel des Festivals von einer Veranstaltung zu einer Plattform einleiten sollten. Schon vor der Corona-Krise standen Festivals vor der Frage, wie die Klimabilanz durch digitale Angebote verbessert werden könnte, wie digitale Wege der Kommunikation und Verbreitung von Filmen erforscht und genutzt werden könnten, um Zielgruppen zu binden und neue zu erreichen.

Die Kurzfilmtage setzen mit Filmchief fortlaufend ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit internationalen Filmfestivals um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und Videos. Mit Filmchief wurden auch die Online-Ausgaben umgesetzt.

Oberhausen, 23. Oktober 2023

Internationale Kurzfilmtage gGmbH (IKF)

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Querenburger Straße 29
58455 Witten

Kontakt:

Telefon 02302/20120

Fax 02302/201212

e-Mail verwaltung@kemnadersee.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 440,30

Gesellschafter:

	T€	%
Ennepe-Ruhr-Kreis	12,50	2,84
Regionalverband Ruhr	282,40	64,14
Stadt Bochum	31,50	7,15
Stadt Bottrop	17,85	4,05
Stadt Duisburg	35,95	8,16
Stadt Essen	11,75	2,67
Stadt Gelsenkirchen	11,75	2,67
Stadt Oberhausen	17,85	4,05
Stadt Witten	18,75	4,26

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes. Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden und in denen als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in den öffentlichen Badbereichen und den sonstigen Einrichtungen das Jedermannschwimmen angeboten, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote gemacht sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.
Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:
- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen) und
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg).

Die genannten vier Betriebsstätten bestehen aus den in den als Anlagen 1 bis 4 diesem Gesellschaftsvertrag beigefügten Lageplänen gekennzeichneten Bereichen und den dort befindlichen Gebäuden und Anlagen. Die Grundstücke befinden sich mehrheitlich im Eigentum der Belegenheitskommunen. Es wird festgehalten, dass diejenigen Grundstücke/Grundstücksflächen, an denen die Gesellschaft weder Eigentum noch grundstücksgleiche Rechte besitzt, aufgrund getroffener Absprachen mit den Belegenheitskommunen weiterhin der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfolgung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hecht, Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schmidt, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schlüter, Markus
	stellv. Vorsitzende	Ossowski, Silke
	stellv. Vorsitzende	Brosch, Alfred
	Mitglied gem. § 113 GO	Blumenthal, Heiko
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Richter, Tim
	Mitglied	Boos, Thomas
	Mitglied	Schmück-Glock, Martina
	Mitglied	Brambora-Schulz, Susanne
	Mitglied	Föhse, Björn
	Mitglied	Günzel, Gabriele
	Mitglied	Krampitz, Christian
	Mitglied	Lilla-Oblong, Martina
	Mitglied	Purps, Christoph
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	van Geister, Daniel
	Mitglied	Waßmann, Uwe
	Mitglied	Moenikes, Nicole
	Mitglied	Thieser, Dietmar
	Mitglied	Welsch, Philipp
Beirat:	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Geise, Hans-Christian
	Mitglied	Müller, Klaus
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Wischermann, Hermann
	Mitglied	Berger, Frank
	Mitglied	Dr. Bunse, Antoinette
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	Tepperis, Maria
	Mitglied	van Geister, Daniel
	Mitglied	Kohl, Doreen
Prokura:	Prokurist	Dümenil, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	22.108,49	94,4	22.646,54	93,3	21.968,99	86,9
Umlaufvermögen	1.309,82	5,6	1.612,88	6,6	3.311,70	13,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0,67	0,0	2,52	0,0	7,32	0,0
Bilanzsumme	**23.418,98**	**100,00**	**24.261,94**	**100,00**	**25.288,00**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	7.939,62	33,9	6.953,72	28,7	10.469,08	41,4
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9.447,13	40,3	10.529,20	43,4	10.371,63	41,0
Rückstellungen	201,94	0,9	317,86	1,3	686,04	2,7
Verbindlichkeiten	4.547,38	19,4	5.138,72	21,2	2.289,11	9,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.282,91	5,5	1.322,44	5,5	1.472,14	5,8
Bilanzsumme	**23.418,98**	**100,00**	**24.261,94**	**100,00**	**25.288,00**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	3.932,42	9.602,82	11.328,41
sonstige betriebliche Erträge	1.870,26	1.786,95	2.757,88
Materialaufwand	4.019,65	6.389,23	7.830,77
Personalaufwand	5.787,48	8.446,05	9.173,61
Abschreibungen	1.563,67	1.609,60	1.641,68
sonstige betriebliche Aufwendungen	974,66	1.052,90	1.102,30
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,12	0,13	0,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23,70	48,70	55,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.563,35	-6.156,58	-5.717,06
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-48,30	27,18	8,74
sonstige Steuern	7,44	38,19	35,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-6.522,49	-6.221,95	-5.761,54
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-6.365,61	-5.645,06	-5.761,54
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-156,88	-576,89	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	-165,86	-64,79	-50,86
Eigenkapitalrentabilität:	-80,56	-82,62	-55,03
Cash-Flow:	-4.958,83	-4.612,35	-4.119,86
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	41,15	62,93	78,69
Personalaufwandsquote:	99,74	74,15	65,12

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	94,12	93,10	86,78
Eigenkapitalquote:	33,90	28,66	41,40
Fremdkapitalquote:	66,10	71,34	58,60
Anlagendeckungsgrad 2:	35,91	30,71	47,65
Verschuldungsgrad:	194,96	248,91	141,55

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder-, Jugend- und erstmals seit dem Jahr 2023 auch der Altenhilfe sowie der Kultur und des Landschaftsschutzes.

Diese Zwecke wurden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit regionaler Bedeutung, die als Betriebsstätten der gemeinnützigen GmbH geführt werden.

Angebote der Gesellschaft sind u. a. öffentliche Badbereiche, sonstige Einrichtungen des Jedermannschwimmens, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, zielgruppenorientierte Programm- und Veranstaltungsangebote, sowie Park-, Spiel-, Sport- und Wassersportflächen und dazu passende Gesundheits- und Wellnessdienstleistungen in den 2023 modernisierten Parkanlagen und öffentlichen Bädern der Gesellschaft.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- Freizeitzentrum Kemnade, Witten
- Revierpark Mattlerbusch, Duisburg
- Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen
- Revierpark Vonderort, Oberhausen

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Arbeitslosenquote beträgt zum Zeitpunkt der Berichtserstellung 6,1 %. Die Quote ist damit abermals um 0,4 % höher als im Vorjahr. Es bleibt aber schwierig, vor allem Fachpersonal für die Aufrechterhaltung des Bäderbetriebs und der Verwaltung zu bekommen.
Die hohe Inflation des Jahres 2023 wurde durch Lohnerhöhungen in den letzten Monaten etwas kompensiert, so dass das Konsumklima wieder leicht anzieht. Das Jahr 2023 zeichnete sich durch eine Rezession aus, für 2024 ist von einem Wachstum von unter 1 % auszugehen. Der gesamtwirtschaftliche Rahmen ist den Vorhersagen nach dennoch mittel- und langfristig eher positiv.

3. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft und ihrer Betriebsstätten

3.a Einfluss der Corona- und Ukrainekrisen, staatliche Energiepreisbremsen

Die COVID-19 Pandemie hatte auf den Geschäftsverlauf des Jahres 2023 nur noch geringfügige Auswirkungen. Die für die FMR relevanten Energiepreise waren auch im Geschäftsjahr 2023 auf sehr hohem Niveau und haben die Ergebnisse der Bäder stark beeinträchtigt, haben sich allerdings nicht so dramatisch entwickelt, wie dies im Wirtschaftsplan befürchtet wurde. Besonders deutlich waren die Auswirkungen in Mattlerbusch.

Die Rechtslage zur Inanspruchnahme der staatlichen Energiepreisbremsen war zu Beginn des Jahres noch unklar. Die Energiehilfen konnten aber in voller Höhe (ca. 1,14 Mio. € bzw. 1,23 Mio. € inkl. Dezemberhilfen) in Anspruch genommen werden, dennoch belasten 1,0 Mio. € höhere Energiekosten als 2022 unser Jahresergebnis.

3.b Die Lage im Freizeitzentrum Kemnade

Auch in Kemnade belasten 545 T€ höhere Energiekosten als im Vorjahr das Ergebnis. Durch den Verkauf von Haus Herbede (realisierter Buchgewinn von 965 T€) liegt das Ergebnis bei -224 T€ liegt und ist damit das beste Ergebnis der letzten Jahre. Erfreulich ist auch, dass der Kemnader Bad- und Saunabereich trotz eines verregneten Sommers mit 335 T Besuchern die Vor-Corona-Besucherzahl des Jahres 2019 (335 T) wieder erreicht hat.

Weitere Modernisierungsmaßnahmen im Freizeitbad Heveney

Die Qualität der Angebote wurde auch im Jahr 2023 durch verschiedene kleinere Maßnahmen gesteigert. Sowohl Energie- als auch Marketingmaßnahmen wurden durchgeführt. Auch konnte die Angebotsvielfalt, gerade im Bereich der gut besuchten Veranstaltungen, verbessert werden:

Vereinzelt wurden weitere Bereiche mit modernem LED-Licht ausgestattet. Diese Maßnahmen werden in 2024 komplett abgeschlossen sein.

Zur Verbesserung unserer Wasserqualität wurden zwei Drehkolbengebläse in der Wasseraufbereitung installiert. Des Weiteren wurde eine neue Messzelle zur Bestimmung und Steuerung der Chemikalien angeschafft.
Für die dringend erforderliche Erneuerung der Dachkonstruktion im Freizeitbad Heveney wurden bereits die Leimbinder angefertigt und Ende Dezember geliefert, so dass der geplante Baubeginn in der zweiten Januarwoche 2024 erfolgen konnte.

Es wurden neue Liegen für die Bereiche der Sauna und der Schwimmhalle angeschafft, um mehr Ruhemöglichkeiten zu schaffen und die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Das Event- und Kurskonzept für die Bad- und Saunalandschaft wurde überarbeitet und durch neue Veranstaltungen ergänzt. Dazu gehörten zwei DJ-Events im Bad, die Erweiterung der Saunanächte sowie ein neu ausgedehntes Kursangebot. Ein weiterer Mitarbeiter wurde zum Saunameister ausgebildet, um unser Saunaangebot weiter zu stärken.

Das Freizeitbad Heveney hat im Laufe des Jahres einen eigenen Instagram-Kanal bekommen, um so weitere Kunden zu erreichen und zu gewinnen.

Der neue Pächter der Saunagastronomie hat ein vielfältiges Angebot an Speisen und Getränken, was sehr gut von den Gästen angenommen wird und zu einer Umsatzsteigerung von 65 % geführt hat.

Attraktivierung am Kemnader See

Eine weitere Parkplatzbewirtschaftungsanlage am Hafen Heveney wurde in Eigenregie installiert und ist seit dem 06.07.2023 in Betrieb. 14 Beleuchtungsmasten und eine Videoüberwachung sorgen für mehr Sicherheit und Wohlbefinden auf dem Parkplatz. Das mag zunächst nicht als Attraktivierung verstanden werden, tatsächlich führt aber diese Lösung zu mehr Ordnung und vor allem zu mehr Sicherheit für Besucher vor allem an langen Winterabenden.
Weitere 10 Metallliegen wurden aus dem Freizeitbad Heveney zur Verfügung gestellt und rund um den See platziert, um die Verweildauer der Gäste am See zu erhöhen.

Außerdem wurden erneut zwei neue Simply 19 für den Kursbetrieb der Wassersportschule erworben. 5 neue Tretboote mit verschiedenen Tiermotiven bereichern das Angebot für die kleinen Besucher. Auch der Verleih in der Halle Gibraltar wurde mit neuen Fahrrädern ausgestattet und bekam darüber hinaus neue Inliner.

Die Beschilderung rund um den See wurde erneuert und trägt nun einheitlich das FMR- Logo.

Der Fallschutz auf Spielplätzen wurde gewechselt und die Holzspielgeräte haben einen neuen Holzschutzanstrich bekommen.

Wassersportschule

In 2023 wurde die Liquidation der Wassersportschule Kemnade abgewickelt und das Stammkapital zurückgezahlt. Die noch vorhandenen Bankbestände der Wassersportschule in Höhe von 110.887,65 € wurde von der Betriebsstätte Freizeitzentrum Kemnade vereinnahmt und haben die Liquidität erhöht.

Haus Herbede

Die aus dem 15. Jahrhundert stammende Burganlage „Haus Herbede“ belastet seit Jahren die Etats der Gesellschafter Witten und EN. Zum Stichtag 01.10.2023 wurde Haus Herbede nach einer mehrjährigen Konzeptausschreibung für 1 Mio. € an Herrn Markus Bürger verkauft. Damit konnte ein erheblich höherer Verkaufspreis gegenüber dem Angebot aus dem Jahr 2017, das bei 445.000,00 € lag, erzielt werden. Der Verkaufserlös entlastet fast in gleicher Höhe das Kemnader Ergebnis.

3.c Die Lage im Revierpark Mattlerbusch

Auch im Revierpark Mattlerbusch hatte die Corona Pandemie in 2023 kaum noch Auswirkungen. Besonders beliebt waren die Veranstaltungen, die erstmals seit Jahren wieder vollumfänglich stattfinden konnten: Sauna- und Romantiknächte, Familienangebote wie die beliebte Kindersauna und auch Motto-Tage, die regelmäßig angeboten wurden. Dies zeigte sich auch deutlich an den Besucherzahlen, die an das Niveau von 2019 fast heranreichten. Rund 215.000 Gäste besuchten die Therme mit Sauna und Sole und weitere 41.200 Gäste besuchten das Wellenbad. Es kamen insgesamt 43.598 Besucher mehr als geplant. So erreichte der Revierpark Mattlerbusch einen fast 675 T€ höheren Umsatz als im Vorjahr und schloss deutlich besser ab als geplant (-3.500 T€), erzielte jedoch energiepreisbedingt mit -1.542 T€ ein etwas schlechteres Ergebnis als im Vorjahr.

Energiesituation in Mattlerbusch

Das Jahr 2023 ist besonders in Mattlerbusch von hohen Energiekosten geprägt. Aufgrund der steigenden Energiepreise hatten sich die Beiräte und der Aufsichtsrat bereits im Jahr 2022 dazu entschlossen, ab dem 1. Juli 2022 auf alle Tarife für Erwachsene einen Aufschlag von 1 € zu erheben. Kindertickets waren und sind davon ausgenommen. Die Akzeptanz bei den Besuchern war und ist groß. Der Energieeuro wurde bis heute beibehalten.

In der Beiratssitzung im Mai 2023 wurde erstmalig der Wunsch geäußert, die aktuellen Energiepreis- und Besucherzahlenentwicklungen im Vergleich zu den Jahren vor der Krise zu prüfen, um so den Energiezuschlag auf Basis der Fakten erneut zu diskutieren. Jedoch zeigt die Energiepreisentwicklung deutlich auf, unter welchem Druck die Niederrhein-Therme auch weiterhin steht. Die Entwicklung der Energiepreise (hier Arbeitspreise ohne Steuern und Netzentgelte) zeigt sich wie folgt:

Strom (jährlicher Verbrauch liegt bei rund 2 Millionen kWh)

2018/2019	3,586 ct/kWh
2023	41,184 ct/kWh

Wärme (jährlicher Verbrauch liegt bei rund 7 Millionen kWh)

2018/2019	3,0228 ct/kWh
2023	15,346 ct/kWh

Durch die Wegnahme des Energieeuros würden die Besucherzahlen voraussichtlich nicht steigen. Bei der aktuellen Besucherzahl würde dies einen Umsatzverlust in Höhe von netto mindestens 200 T€ ausmachen, der ggf. von den Gesellschaftern aufgefangen werden müsste. Aufgrund der andauernden hohen Kosten wurde einstimmig daran festgehalten, die immer noch hohen Energiekosten so zu einem kleinen Teil abzufangen.

Ersatzneubau Niederrhein-Therme

Um die Niederrhein-Therme für die kommenden Jahre betriebssicher, wirtschaftlich und energetisch sinnvoll aufzustellen, die Besucherzahlen zu steigern und neue Zielgruppen zu erschließen, bedarf es nicht nur einer vollumfänglichen Sanierung, sondern vielmehr auch einer Attraktivierung, einer Anpassung und Erweiterung des Gesamtkonzepts und, am wichtigsten, einer zukunftsfesten Energieversorgung.

Deswegen soll geprüft werden, ob ein Neubau oder einer Generalsanierung der Niederrhein-Therme Optionen sein können und welche Kosten dabei auf die Gesellschaft zukommen würden. Und so haben wir mit Hilfe eines Vergaberechtsanwalts die Ausschreibung für diese Planung veröffentlicht. Bis zum 28. November 2023 hatten Bewerber Zeit, ihr Interesse an diesem Projekt zu bekunden und ihre Befähigung dazu nachzuweisen. Zusammen mit dem in 2023 gebildeten Bauausschuss der Niederrhein-Therme wurde dann das Auswahlverfahren gestartet, was zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung noch nicht abgeschlossen war.

Der Architekt soll zunächst eine Planung und Kostenberechnung vornehmen, die etwa dem Arbeitsstand der Leistungsphase 3 HOAI entspricht. Dies wird als Grundlage für geplante Fördermittelanträge gesehen.

Bisher sind Planungskosten in Höhe von ca. 30 T€ netto angefallen. Diese werden von beiden Gesellschaftern zu gleichen Teilen getragen.

Zukunft und Heimat: Revierparks 2020

Das Projekt Revierparks 2020 konnte im Sommer 2023 erfolgreich mit einem kleinen Eröffnungsfest abgeschlossen und gefeiert werden.

Durch veränderte klimatische und gesellschaftliche Anforderungen sind sowohl die ökologische Aufwertung und Revitalisierung als auch die barrierearme und für alle frei zugängliche Gestaltung der Angebote in den Parkanlagen notwendig geworden; zeitgemäße Freizeitangebote ermöglichen nun besondere Erlebnisse und steigern die Attraktivität des Revierparks.

Der zentrale Platz um das Gradierwerk herum ist seit dem Sommer 2023 wieder komplett zugänglich. Der gesamte zentrale Bereich wurde neugestaltet und aufgewertet. Er erfreut sich großer Beliebtheit, ebenso wie der neue, große Erlebnisspielplatz, die Boule Bahnen und der um den Musikpavillon angelegte Naschgarten.

Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Auf dem Gradierwerkplatz befinden sich ein Kiosk mit einem Biergarten und auch eine Toilettenanlage wurde zumindest übergangsweise aufgebaut.

Für das Urban Gardening Projekt konnte ein Partner gefunden werden, der mit seinen Mitarbeitern und Kunden mit großem Engagement und Freude anpflanzt und pflegt. Es handelt sich hierbei um das HPZ Duisburg (LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen).

Die Parkpflege nach dem neuen Parkpflegekonzept erfolgt durch das bereits vorhandene Parkpflegeteam. Dies stellt eine Herausforderung für das Team dar, da Gartenpflegeexperten nicht zur Verfügung stehen.

Stellvertretend für alle FMR-Parks sei hier besonders erwähnt, dass dieses Projekt die Zukunft der Parks prägen wird und die Parks seit der Wiedereröffnung deutlich mehr Zuspruch erfahren.

3.d Die Lage im Revierpark Nienhausen

Die Besucherzahlen im Saunabereich beliefen sich auf insgesamt 98.518 (Vorjahr 88.961) Gäste. In das Freibad Nienhausen kamen dagegen leider nur 14.630 (Vorjahr 23.296) Gäste.

Zukunft und Heimat

Die ökologische Aufwertung und Umgestaltung der Parkanlage mit umfangreicher Aufwertung der Angebote durch neue Spielbereiche, Wegeführungen, Beleuchtungen und Pflanzungen wurde im ersten Halbjahr fertiggestellt. Am 18. Juni konnte unter Mitwirkung von Landesministerin Neubauer und Landesminister Krischer der Park der Bevölkerung übergeben werden.

Die Parkangebote werden seitdem sehr gut angenommen. Dem erhöhten Pflegeaufwand wird in Abstimmung mit den Gesellschaftern Rechnung getragen und über Parkpflegekonzepte weiterentwickelt.

Starkregenereignis

Im August des Jahres mussten durch ein nächtliches Starkregenereignis zahlreiche technische Einrichtungen wie Pumpen, Heizkessel etc. komplett ausgetauscht werden. Der Gesamtschaden belief sich auf über 100 T€ und konnte über die Elementarschadenversicherung abgedeckt werden.

Veranstaltungen und Zirkus Probst

Veranstaltungen wie das Parkfest konnten wegen der noch durchgeführten Bautätigkeit und der damit verbundenen terminlichen Engpässe noch nicht durchgeführt werden, sollen zukünftig aber wieder mehr stattfinden.

Der Weihnachtszirkus Probst gastierte zum Jahreswechsel wieder auf dem Festwiesenbereich und will auch in den nächsten Jahren zu Gast sein. Allerdings bedarf die Festwiese umfangreicherer Entwässerungsmaßnahmen, da mit dem Projekt Zukunft und Heimat die Topographie nun etwas anders ist und Drainagerohre verlegt wurden.

3.e Die Lage im Revierpark Vonderort

Seit Ende August 2019 ist das große Solebecken des Standortes mit einem kapitalen Schaden ausgefallen. Nach intensiven Diskussionen mit den Gesellschaftern und den politischen Vertretern wurde immer deutlicher, dass bis auf das neu modernisierte Freibad und die im Jahr 2010 gründlich überholte Gartenanlage der Sauna sowohl das Schwimmbad als auch das Freizeithaus so stark sanierungsbedürftig sind, dass hier nur noch der Ersatzneubau beider Einrichtungen als eine sinnvolle Option erscheint. Dieses Vorhaben mit dem Arbeitstitel „Komplettlösung“ wurde im Laufe des Jahres 2022, regelmäßig begleitet durch den Beirat Vonderort und den Aufsichtsrat der FMR, weiterentwickelt. Nach europaweiter Ausschreibung der Planungsleistung arbeitete ein Team aus Fachplanern und dem beauftragten Architekturbüro an der Planung dieses Projekts weiter. Im Spätsommer wurde auf Basis der Planungen ein Förderantrag beim Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK) vorbereitet und eingereicht. Leider wurde der Antrag zum Ende des Jahres 2022 nicht positiv beschieden. Das Vorhaben wurde daraufhin umgeplant, um dem Förderfokus „Generalsanierung vor Ersatzneubau“ eher zu entsprechen. Im Spätsommer 2023 wurde ein erneuter Antrag des gleichnamigen Förderprogramms des Jahres 2023 gestellt und obwohl der Umfang des Förderprogrammsum mehr als die Hälfte gekürzt wurde, hat unser Antrag auf „Energetische Generalsanierung des Revierparkbades“ die Förderhöchstsumme von 6 Mio. € erhalten.

Trotz des reduzierten Badangebots, eines schlechten Sommers und 4.840 Freibadgästen weniger als geplant, besuchten 2023 101.675 Gäste und damit 5.254 mehr als erwartet die Anlage.

Bewegungshügel und Zukunft und Heimat

Die Multisportfläche auf dem Bewegungshügel wurde am 10. August 2022 offiziell eröffnet. Zum Winter 2023 ließ die FMR noch eine Beleuchtungsanlage für den Bewegungshügel erstellen. 1,394 Mio. € Fördermittel, übrigens auch aus dem Förderprogramm „Sanierung kommunale Infrastruktur“, sind in dieses Projekt geflossen, bei knapp 1,487 Mio. € Gesamtkosten eine sehr hohe Förderquote. Mit der Neueröffnung der Revierparks, auch der Vonderorter Park wurde am 18.06.2023 wieder seiner Bestimmung übergeben, hat die Multisportanlage auf dem Bewegungshügel im Jahresverlauf einen sehr großen, in diesen Maßen nicht angenommen Zuspruch erfahren.

3.f Organisation und IT-Infrastruktur der FMR

Der Führungskreis der FMR hat sich als zentrales Führungselement bewiesen und wurde im Laufe des Jahres 2023 um die Leitung der Finanzbuchhaltung, Frau Belinda Zrno, der auch Prokura erteilt wurde, erweitert. Damit besteht der Führungskreis nun aus fünf Führungskräften, den Betriebsstätten-Leitungen und dem Geschäftsführer: Jürgen Hecht, Geschäftsführer; Franz Dümenil, Leiter der Betriebsstätten Vonderort und Nienhausen und Prokurist der FMR mit dem Themenschwerpunkt Technik; Dirk Clemens, Leiter der Betriebsstätte Kemnade mit dem Themenschwerpunkt Personal sowie Sandra Blat

y Bränder, Leiterin der Betriebsstätte Mattlerbusch, mit dem Themenschwerpunkt Marketing und Frau Zrno, Leitung Finanzbuchhaltung und Controlling.

Die Organisationsstruktur ist als schmal zu bezeichnen, vor allem vor dem Hintergrund des administrativ aufwändigen Rahmens der FMR und einer Vielzahl von externen Terminen in örtlichen Gremien.

Die IT-Infrastruktur wurde bereits im Jahr 2022 durch das Vertragsmanagementtool „ELO“ erweitert. Dies wurde im Jahr 2023 bereits umfangreich gepflegt.

Durch die Ausstattung der Verwaltungsmitarbeiter mit Notebooks, Monitoren und Telefonen können diese auch aus dem Home-Office vollumfänglich auf Dateien und Systeme zugreifen.

Die FMR nutzt zwei Zoom-Lizenzen für Videokonferenzen.

Mit Beginn des Jahres 2023 hat die FMR die Finanzbuchhaltung des Revierparks Gysenberg übernommen.

3.g Gerichtsprozesse

Es gab keine Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2023.

3.h Pachtverhältnisse

Der Pachtvertrag „Zeltfestival“ in Kemnade wurde für weitere 5 Jahre mit besseren Konditionen verlängert. Außerdem ist in diesem Vertrag erstmals verankert, dass die Erträge aus der Bewirtschaftung der Parkplätze am Bad und am Hafen allein der FMR zustehen. Ebenfalls in Kemnade wurde das Pachtverhältnis der Seegastronomie nicht verlängert und stattdessen mit einem neuen Pächter neu abgeschlossen. In Vonderort scheiterte die geplante Veranstaltung „Lumina“ nach einem Veto des Umweltausschusses Oberhausens.

Mehrere kleine Pachtverhältnisse mit gastronomischen Dienstleistern, Eis- und Kaffeeverkäufern, Imbissbetreibern etc. pp. wurden abgeschlossen oder verlängert und es galt im Jahr 2023 zahlreiche Altschwierigkeiten mit unseren Pächtern zu lösen, die fast ausschließlich auf die Coronakrise zurückzuführen waren.

4. Wirtschaftliche Lage

4.a Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Die hohen Energiepreise des Jahres 2023 haben wie bereits erwähnt das Ergebnis der FMR stark belastet. Die Transformation hin zu erneuerbaren Energien ist deswegen für uns wichtig, gleichzeitig aber auch schwieriger und langwieriger als erwartet. So wurde der geplante Bau einer Photovoltaikanlage im Freizeitzentrum Kemnade das ganze Jahr 2023 über verfolgt und ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung im April 2024 immer noch nicht genehmigungsreif.

Aber auch der über die Jahre entstandene Sanierungsstau hemmt die Entwicklung der Gesellschaft. Sehr deutlich wird das am Beispiel des ausgefallenen Solebeckens in Vonderort. Der Neubau unserer Anlagen, bestenfalls gefördert mit öffentlichen Mitteln, scheint hier das beste Mittel zur Lösung dieses Problems zu sein.

Neben Sanierungsstau und hohen Energiekosten belasten immer höhere Personalaufwendungen die Gesellschaft. Die Bäder in ihrer jetzigen Ausgestaltung erfordern eine angemessene und vorgeschriebene Personalausstattung, um Unfälle zu verhindern und den ordnungsgemäßen Anlagenbetrieb zu gewährleisten. Die Parkanlagen bedürfen gerade nach Fertigstellung des Zukunft und Heimat Projekts vermehrter Pflege.

4.b Strategieprozess der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr

Der im Jahr 2022 begonnene Strategieprozess der FMR wurde im Jahresverlauf 2023 finalisiert und abgeschlossen. Verständlicherweise lassen sich viele der in der Strategie beschlossenen Punkte und Ziele nur mit erheblichen Investitionen erreichen. Dies wurde bei der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2024 mit den Gesellschaftern diskutiert und bei möglicher Realisierung in die Investitionsplanung aufgenommen. Auch wenn bereits im letzten Lagebericht detailliert auf die Strategie eingegangen wurde, sollen die wesentlichen Ergebnisse hier nochmals aufgezeigt werden.

Die Vision der FMR lautet:
Gesunde Naherholung und aktive Freizeitgestaltung für alle in der Metropole Ruhr.

Die Mission lautet:
Wir sind DER Motor für die Entwicklung nachhaltiger und vielfältiger Freizeitangebote zum Nutzen der Menschen in der Metropole Ruhr.

Das Leitbild der FMR lautet:
1. *Wir bieten allen Menschen der Metropole Ruhr Spaß, Spiel und Sport sowie Ruhe, Rast und Reflektion in naher Umgebung.*
2. *Unsere Angebote sind bürgernah und gut, sympathisch und bezahlbar.*
3. *Mit unseren Angeboten vermitteln wir unseren Gästen eine aktive, gesunde und nachhaltige Lebensweise.*
4. *Wir nutzen die Vorteile einer Zentralorganisation und steigern kontinuierlich unsere Qualität und Kompetenzen.*
5. *Wir handeln ausgewogen, kaufmännisch verantwortungsvoll und entscheiden wirtschaftlich.*
6. *Wir sind Vorbild in der pragmatischen Umsetzung von Nachhaltigkeit und Energieeffizienz.*
7. *Wir positionieren die FMR als Dachmarke, stellen die Alleinstellungsmerkmale der Standorte heraus und entwickeln unser Team.*
8. *Wir arbeiten gemeinsam und abgestimmt: Mit Kollegen, mit Kommunen und Institutionen der Metropole Ruhr.*

Die Qualitätsaussage der FMR lautet:
Sicher: *Angebote und Aufenthaltsmöglichkeiten entsprechen modernsten Standards und sind geprüft. Hauptwege und -parkplätze sind beleuchtet. Soziale Kontrolle ist Gestaltungsziel. Schwimmen in unseren Bädern ist sicher.*

Sauber: *Unsere Bäder sind vorbildlich sauber, unsere Anlagen und Immobilien sind gepflegt. Wir kümmern uns vorrangig selber darum.*

Sympathisch: *Wir sind freundlich und finden passende, pragmatische und preiswerte Lösungen. Unsere Angebote sind bezahlbar, gut und unkompliziert.*

4.c Ergebnis, Aufwands- und Ertragslage

Das **Jahresergebnis** vor Zuschüssen beträgt -5.761.544,48 € nach -6.221.950,46 € in 2022.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden **Umsatzerlöse** in Höhe von 11.328.415 € erzielt, nach 9.602.818 € im Vorjahr. In den Umsatzerlösen sind Pachterlöse in Höhe von 878.757 € enthalten.

Insgesamt kamen im letzten Jahr 828.344 Besucher in die FMR-Bäder:

- Hallenbäder 221.971 Besucher
- Freibäder 28.705 Besucher
- Saunaanlagen 577.668 Besucher

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan sind das 73.873 Besucher mehr.

Der **Personalaufwand** betrug 9.173.606 € und liegt damit deutlich über dem coronaunbelasteten Vergleichsjahr 2019, 7.529.593 €. Dies ist vor allem auf die gestiegene Mitarbeiterzahl (vor allem im Landschaftsparkbereich) sowie die Lohnsteigerungen der letzten Jahre zurückzuführen.

Der **Materialaufwand** steigt auf **7.830.768 €,** davon entfallen 5.138.624 € oder 66 % des Materialaufwands auf die Energiekosten.

Die **Abschreibungen** steigen aufgrund der in den Vorjahren getätigten Sonderinvestitionen abermals auf jetzt 1.641.682,26 € an. Sonderabschreibungen gab es im Berichtsjahr nicht.

4.d Vermögens- und Kapitalstruktur sowie Investitionen

Die **Bilanzsumme** stieg im Berichtsjahr um 1.026.062 € auf 25.288.004 €. Der Anteil des **Anlagevermögens** an der Bilanzsumme beträgt 86,9 % (Vorjahr 93,4 %).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden **Investitionen** in das Anlagevermögen in Höhe von 1.060.541,24 € getätigt, in Kemnade 421.648,13 €; Mattlerbusch 60.823,67 €; Nienhausen 220.711,79 €, in Vonderort 339.709,92 € und in der Zentrale 17.647,73 €.

Die wesentlichen Investitionen im Geschäftsjahr betrafen die Erweiterungen des Bewegungshügels in Vonderort, die Schrankenanlage am Parkplatz Heveney und zwei Radlader sowie die noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen Neubau Solbad und Neubau Dach.

Die **Eigenkapitalquote** beträgt zum Bilanzstichtag 41,4% nach 28,6 % im Vorjahr. Die Steigerung ist auf das um 3.516 T€ höhere Eigenkapital von 10.469 T€ zurückzuführen. Unter Einbeziehung der **eigenkapitalähnlichen Sonderposten für Investitionszuschüsse** ergibt sich eine Quote von 82,4 % (Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals).

Die deutlich geringeren **Verbindlichkeiten** sind darauf zurückzuführen, dass die Gesellschafter von den zum 31. Dezember 2022 bestehenden Gesellschafterdarlehen Verbindlichkeiten von 1.705 T€ erlassen haben oder werden (oder in ihrer Wirkung vergleichbare Entscheidungen treffen) und die FMR Rückzahlungen von 978 T€ geleistet hat. Für Tilgungen haben oder werden die Gesellschafter Sonderzuschüsse in Höhe von 679 T€ gewähren. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** konnten leicht vermindert werden.

Der statistische Verschuldungsgrad (Fremdkapital / Eigenkapital) hat sich von 38,8 % auf 21,3 % verringert.

4.e Liquiditätslage, Zuschüsse

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung im April 2024 ist die Liquiditätssituation mit 1.775.187,53 € vergleichsweise gut. Dennoch ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der **Liquidität** auch zukünftig auf Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen.

Die **Verfügungslinie** beträgt insgesamt 550 T€.

Die **Zuschüsse für das Jahr 2023** von insgesamt 6.126.404 € wurden im Jahr 2023 erstmalig monatlich bezahlt. Dies hat das Cash Management der Gesellschaft deutlich vereinfacht.

4 f Finanzielle Auswirkungen der Ukraine-Krise

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität sicherten die Gesellschafter zu, die zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung 2023 befürchteten Energiekosten auszugleichen.

Aus der Endabrechnung der in diesem Zusammenhang gewährten und tatsächlich abgerufenen Energiekosten- und Coronazuschüsse ergibt sich folgende Situation, in T€:

	Kemnade	**Mattlerbusch**	**Nienhausen**	**Vonderort**	**Gesamt**
Corona	-266	0	-87	-201	-554
Energie	+76	+286	+249	+102	+714
Summe	**-190**	**+286**	**+163**	**-99**	**+159**

Das bedeutet, dass nach Endabrechnung der Sonderzuschüsse der FMR noch 159 T€ (genau 159.366,08 €) zustehen.

5. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 3 GO NW für das Geschäftsjahr 2023

Die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade stellen ganzjährig besuchte, attraktive und eintrittsfreie Naherholungslandschaften für die Metropole Ruhr dar. Es kamen fast 850.000 Menschen in die Bäder, Freibäder und Saunen der FMR ein erfreulicher Besucherzuspruch, der in Mattlerbusch und Kemnade Vor-Coronazahlen erreicht.

Erfreulich sind auch die unzähligen und nicht gezählten Besucher der Parklandschaften. Gerade an Wochenenden und in den Abendstunden sind unsere Parkanlagen gut besucht und Orte zum Auftanken und Sporttreiben. Dieser Zuspruch ist mit der Wiedereröffnung der renovierten Parks noch deutlicher spürbar.

Gesellschaftliche Großveranstaltungen wie z. B. das Zeltfestival erreichten Rekordbesucherzahlen.

Der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist nachhaltig erfüllt.

6. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6.a Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist in ihren Betätigungsfeldern unternehmerischen Chancen und Risiken ausgesetzt. Bei der Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungsraum von mindestens einem Jahr zugrunde gelegt. Die Risiken werden gemäß ihren geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch", „mittel" oder „gering" eingestuft und auch in dieser Reihenfolge nachfolgend beschrieben:

Das Risiko des **Ausfalls ganzer Anlagenteile** wie jüngst in Vonderort und zuletzt in Kemnade wird als relativ hoch eingeschätzt. Dieses Risiko gilt besonders für die Solebecken in Nienhausen und in Mattlerbusch, da Solewasser die technische Infrastruktur und die unmittelbare Umgebung stark belastet. Das Risiko besteht unverändert.

Abgesehen von der Soleproblematik gibt es ebenfalls Probleme mit den **Dachkonstruktionen** in Mattlerbusch und Kemnade. Dies ist ein hohes, sogar bestandsgefährdendes Risiko in Mattlerbusch. In Kemnade begannen die Dachsanierungsarbeiten der Liegehalle des Bades im November des Jahres 2023 nach einer ca. sechsmonatigen Planungsphase. Das Risiko einer Teilschließung ist damit abgewendet. Mit der Wiedereröffnung dieses Bereichs

ist spätestens vor den Sommerferien zu rechnen. Dass in den unsanierten Anlagen überall fortwährende Probleme mit denelektrischen Anlagen und der Wassertechnik herrschen wird als mittleres Risiko eingeschätzt.

Daraus resultierende Instandhaltungsaufwendungen und auch gegebenenfalls erforderliche **außerplanmäßige Abschreibungen** würden übrigens das Ergebnis belasten.

Klar erkennbar ist der **Fachkräftemangel,** der für die FMR bei der Besetzung von Fachpersonal in der Verwaltung und mittlerweile auch in allen Badbereichen deutlich spürbar ist. Das Risiko, künftig kein Personal mehr zu finden, wird als „hoch" eingeschätzt.

Die zuletzt **stark gestiegenen Energiepreise** gefährden den Fortbestand der überwiegend älteren, energieverzehrenden Anlagen. Durch die in den letzten Monaten deutlich besser gewordenen Energiebezugskonditionen haben sich dieAuswirkungen dieses Risiko allerdings erheblich vermindert sind. Die Einführung des Energieeuros ab dem 01.07.2022 war eine richtige Maßnahme (1 € Aufschlag auf alle Erwachsenentickets, Kindereintritte ausgenommen), die 2023 nach Diskussionen zur Abschaffung dennoch beibehalten wurde. Die Akzeptanz bei den Besuchern war und ist groß. Der Energieeuro sollte deswegen beibehalten werden.

Für den Fall des Nichtbaus der **Komplettlösung** in Vonderort käme es zu einer aufwandswirksamen Auflösung der bisher unter Anlagen im Bau aktivierten Investitionen in das Projekt. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung freut sich die Gesellschaft über zugesagte Fördermittel. Die Gesamtfinanzierung allerdings ist noch nicht geklärt. Das im letzten Jahr als Mittel eingeschätzte Risiko, dass keine Fördermittel für das Projekt eingeworben werden könnten, ist glücklicherweise nicht eingetreten.

Nach wie vor bestehen Risiken aufgrund der Entstehung von **weiterem lokalem Wettbewerb,** der allerdings etwas schwächer geworden ist, denn die Projekte im Bochumer Süden oder in Gelsenkirchen scheinen, so wie ursprünglich geplant, wohl nicht realisiert zu werden. Dies ist ggf. auch das Ergebnis des mittlerweile deutlich spürbaren Trends in Deutschland, die Bäderanzahl zu reduzieren (ca. 1.000 Bäder weniger als vor 10 Jahren).

Außerdem besteht auch weiterhin der **Trend zu privaten Spas.** Die daraus möglichen Risiken werden als gering eingeschätzt. Dennoch führt dies zu einem Rückgang vor allem der etwas zahlungskräftigeren Kunden in den Saunaanlagen.

Das Thema **textillose Sauna** ist seit Jahrzehnten unter leichtem Druck. Auch wenn in diesem Bereich nach wie vor die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft liegen, verzeichnet der Markt im langen Mittel eine Abnahme der Besucher von ca. 1,0 % pro Jahr. Diesem niedrigen Risiko könnte begegnet werden, indem die Saunaanlagen zumindest in Teilbereichen auf Textilsaunen umgestellt werden.

Auch wenn sich das Freizeitverhalten der Menschen durch die Coronapandemie geändert hat, wird das Risiko, dass öffentliche Bäder und Wellnessanlagen gänzlich weniger besucht werden, mittlerweile als eher niedrig eingeschätzt Dies unterstreichen auch die Besucherzahlen des Jahres 2023, die sich fast wieder auf dem Niveau des Jahres 2019 befinden.

Das EU-Beihilferecht kam 2023 erstmals nicht mehr bei der FMR zur Anwendung, wodurch sich der Gestaltungsspielraum für die FMR erheblich erhöht hat. So wurde beispielsweise das Lösungsmodell „Erlassanträge" erst ermöglicht.

6.b Chancen der Gesellschaft

Oben aufgezeigte Risiken bestehen für die FMR und bestünden in unter Umständen stärkerer Form, wenn es nicht zur Verschmelzung gekommen wäre. Insofern ist ein größeres FMR-Gebilde sicherlich besser gegen aufgezeigte Risiken gewappnet als die vormals deutlich kleineren Einheiten.

Die Idee „Verschmelzung zur FMR" funktioniert. Weitere Verschmelzungen sind derzeit nicht absehbar. Käme es aber dennoch dazu, ließen sich wichtige Querschnittsthemen deutlich besser erledigen.

Es wurde zum Ende des Jahres 2022 bereits beschlossen, eine weitere **Schrankenanlage** am Parkplatz Hafen Heveney im Freizeitzentrum Kemnade zu installieren. Die Anlage wurde im Juni des Jahres 2023 installiert und hat sich trotz eines eher geringen Parkentgeltes von 2 € innerhalb von sechs Monaten bereits amortisiert Die Bewirtschaftung der Parkplätze kann somit einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beitragen.

6.c Voraussichtliche Entwicklung

Der in der Gesellschafterversammlung vom 20. Dezember 2023 genehmigte Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 sieht Erträge von 13.162 T€, Aufwendungen von 20.188 T€ und einen Jahresfehlbetrag von ca. 7 Mio. € vor. Dieser wurde unter Berücksichtigung steigender Personalkosten aufgestellt, die sich aus dem Abschluss des im Jahr 2023 abgeschlossenen Tarifvertrages ergeben. Neben den planmäßigen Gesellschafterzuschüssen von 5.666 T€ wurden ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 685 T€ und ein Parkpflegekostenzuschuss in Höhe von 540 T€ gewährt. Die Gesellschaft hat in den letzten Monaten alle erzielbaren Einsparungen genutzt, so dass es im Jahresverlauf vielleicht gelingen kann, den Personalaufwand etwas geringer als geplant ausweisen zu können.

Abgesehen von den immer weiter steigenden Personalaufwendungen scheinen die Perspektiven der Gesellschaft positiv wie nie in den letzten Jahren, sogar noch besser als zum Zeitpunkt der letzten Lageberichtserstellung:

Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter wird es ab etwa dem Jahr 2026 **eine Bäderrenaissance** geben. In den Ruhestand geht eine wirtschaftlich leistungsstarke Rentnergeneration, die Gesundheitsthemen hoch priorisieren wird, die Zeit sinnvoll füllen will und die die Bäder aus Ihrer Kindheit kennt. Für diese Kindergeneration wurden die Bäder einst gebaut. Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, für diese zahlenmäßig große Kohorte ein passendes, attraktives Angebot zu machen: Schwimmen mit den Enkelkindern, gemeinsame Zeit mit dem Freundeskreis in der Sauna und gemeinsame Quality Time als Paar beim Wellness. Aktuellste Analysen von Freizeit- und Zukunftsforschern belegen eindeutig diesen Trend, wobei zusätzlich auch die heutige Familiengeneration als wieder interessierte Kundengruppe identifiziert wird. Denn Kinder lieben Pools, Rutschen und das Erlebnis im und am Wasser. Unter dem Stichwort „**elternreiche Kinder“** entsteht eine neue Zielgruppe der Patchwork Kinder, die mit ihren Eltern, Stiefeltern, Großeltern und Urgroßeltern die Bäder besuchen wollen. Hierauf gilt es sich einzustellen mit Schwimmkursen und kombinierten Angeboten für alle Generationen, eine gesellschaftliche Entwicklung mit einer sehr großen Chance für Erlebnisbäder wie unsere.

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft wird bis 2045 mit zahlreichen Fördermitteln unterstützt werden müssen. Im Sommer des Jahres 2023 wurde für die Realisierung der „Vonderorter Komplettlösung“ ein zweiter Förderantrag mit dem Fokus „energetische Generalsanierung“ gestellt. Trotz der Haushaltsprobleme in Berlin, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Übertragung nicht benötigter Coronamittel in den Klima- und Transformationsfonds ergaben, haben wir kurz vor Ostern des Jahres 2024 die Zusage des Förderhöchstbetrages von sechs Mio. € für das Vorhaben in Vonderort erhalten. Es gilt nun Finanzierungsklarheit für dieses Vorhaben herzustellen.

Die Geschäftsführung sieht erhebliche Chancen, **überfällige Modernisierung mit ökologischer Transformation zu verbinden** (und so das Sanierungsstauproblem nachhaltig zu lösen). Und so wurde auch im Jahresverlauf 2023 die Sanierung der Niederrheintherme vorangetrieben und die Ausschreibung der Planung dieses Projekts vorbereitet. Zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung ist für die Beauftragung der Planung noch der endgültige Beschluss des Aufsichtsrates der FMR erforderlich. Dieser soll am 07. Mai 2024 erfolgen.

Insofern sieht die Geschäftsführung die demographische Entwicklung und die Klimatransformation als Chancen und geht, bestärkt durch sehr erfreuliche Besucherzahlen des Jahres 2023 und den höchsten Umsatz, den die Gesellschaft nach der Verschmelzung erzielt hat, davon aus, dass **die Entwicklungsperspektiven der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr positiver als in der jüngeren Vergangenheit sind.**

7. Klimapolitische Verantwortung und Umweltschutz

Bereits im Winter 2019/2020 hat der Führungskreis den Schutz des Klimas als einen der vier Eckpfeiler der Strategie der FMR benannt, was der Aufsichtsrat jetzt auch im Strategieprozess bestätigt hat. Wesentlicher Teil der FMR-Strategie ist der Erhalt der Anlagen und deren pragmatischer, klimawandelgerechter Umbau.

Die FMR betreibt einige der größten Bäder der Metropole Ruhr, die ganzjährig 16 Stunden täglich betrieben werden und die teilweise sogar beheizte Außenbecken auch im Winter den Gästen zur Verfügung stellen.

Der Energiebedarf der Anlagen pro Jahr stellt sich etwa wie folgt dar:

Verbräuche in kWh		**Energieträger**		
Betriebsstätten	**Gas**	**Strom**	**Fernwärme**	**Summe**
Kemnade	6.000.000	2.500.000	0	8.500.000
Mattlerbusch	690.000	2.150.000	7.300.000	10.140.000
Nienhausen	7.225.000	220.000	0	7.445.000
Vonderort	3.150.000	540.000	0	3.690.000
Gesamt in kWh	**17.065.000**	**5.410.000**	**7.300.000**	**29.775.000**
Co2 in kg	**4.283.315**	**2.272.200**	**1.854.200**	**8.409.715**
	250g / kWh	450 g / kWh	254 g / kWh	

Die vier Bäder der FMR brauchen am Tag gemittelt etwa 82.000 kWh Energie. Dies entspricht etwa einem CO2- Ausstoß von ca. 23.000 Kg täglich. Hierbei sind bereits die in der Ukrainekrise erreichten Energiesparmaßnahmen von ca. 15 % berücksichtigt. Abgesehen von den hohen Kosten, die künftig durch die CO2 - Umlage zusätzlich zum ohnehin bereits deutlich gestiegenen Energiepreis die Aufwandsseite belasten, gilt es **die klimapolitische Verantwortung** wahrzunehmen und die FMR-Bäder zukunftsfest zu machen, indem der Energiebedarf der Einrichtungen klimaneutral ge- staltet wird. Die in diesem Zusammenhang geplanten Projekte in Vonderort und Mattlerbusch sind richtungsweisend und Antwort auf diese Herausforderung. Wären alle FMR-Bäder dementsprechend energetisch generalsaniert oder gar neu gebaut, würde der tägliche Energieverbrauch deutlich fallen, im Wesentlichen Strom, der im Winter gebraucht wird für den Betrieb der Wärmepumpen und CO2, der dann frei zugekauft werden sollte. Dies wird nicht nur die Akzeptanz der FMR- Bäder bei der zunehmend klimasensibleren Gesellschaft

erhöhen, dies wäre vielmehr auch ein Beitrag der FMR für den Klimaschutz und die Schonung der Ressourcen unseres Planeten.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung hat die FMR einen Bauantrag für eine große Freiland PV Anlage in Kemnade gestellt und lässt über einen Vorbescheid die Machbarkeit eines Windrades am Kemnader See offiziell prüfen. Zwar fühlen sich die Genehmigungsverfahren als lang und schwierig an, wenn diese aber abgeschlossen sind, ergeben sich neue Perspektiven für eine sehr lange Zeit.

Die FMR bekommt den Umweltschutzimpuls für ihre Revierparks vom Gesellschafter RVR, denn das einmalige Projekt „Zukunft und Heimat“ bringt den Umweltschutzgedanken im Großen in unsere Parks. Dieses Projekt wurde vom RVR mit der Wiedereröffnung aller Parks am 18.06.2023 sehr erfolgreich abgeschlossen.

8. Schluss und Dank an die Gesellschafter

Abschließend wird versichert, dass in diesem Jahresabschluss und Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf dargestellt, das Ergebnis richtig ermittelt und die Chancen und Risiken sowie die Entwicklungsperspektiven nach jetzigem Wissensstand beschrieben sind.

Die hier beschriebene Lage der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mit ihren Betriebsstätten entspricht den heute bekannten, tatsächlichen Verhältnissen.

Corona- und Energiekrise forderten die FMR und deren Gesellschafter in den letzten Jahren mehr als zu erwarten war, aber Durchhalten und jahrelange Arbeit haben sich ausgezahlt. So war 2023 ein erfolgreiches Jahr für die Gesellschaft, in dem viele Probleme gelöst wurden.

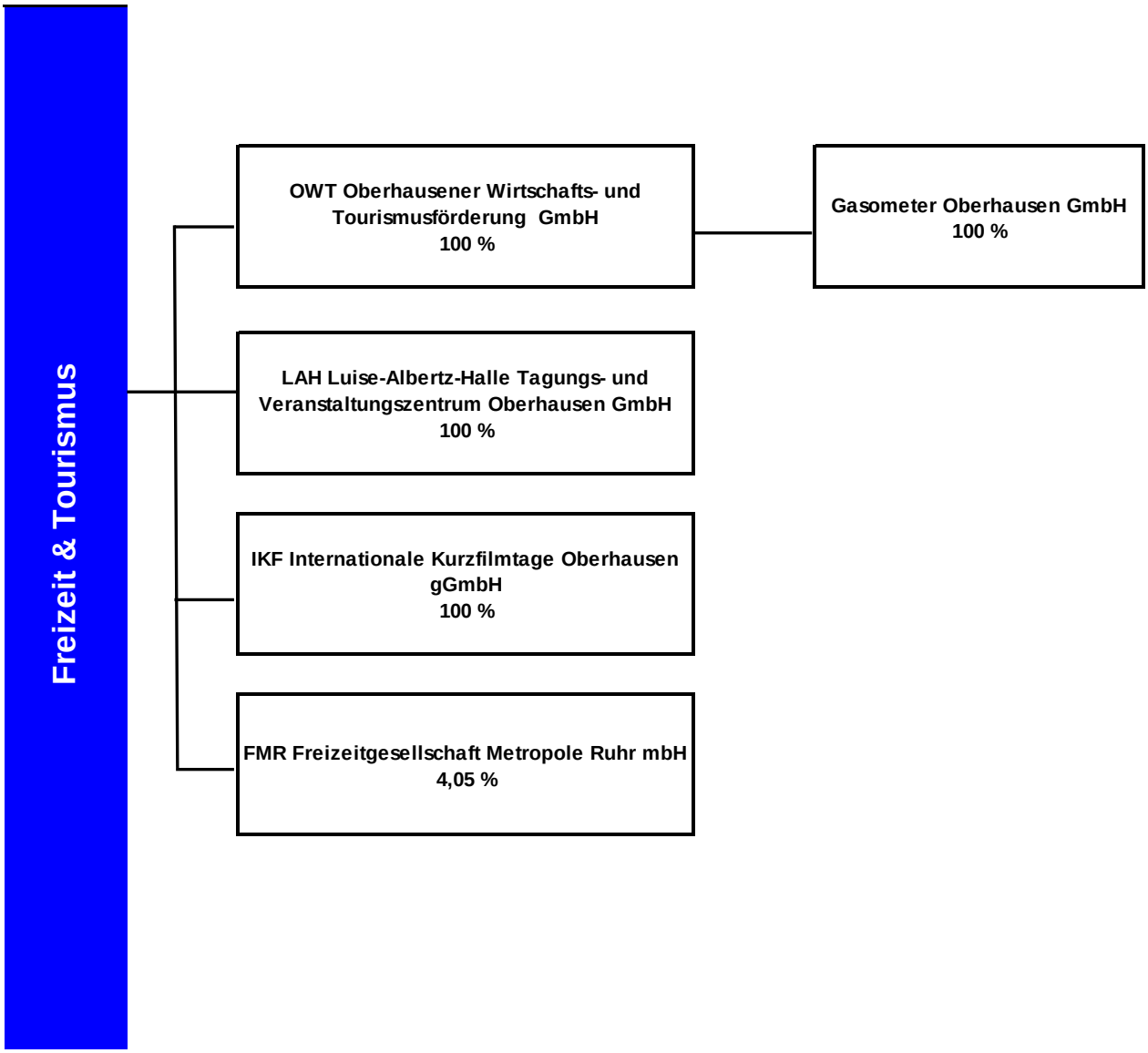
Die Neubewertung der EU-Anwendungsvorschriften zum Beihilferecht und der Erlass der Coronaverbindlichkeiten waren die gemeinsam geschaffenen Schlaglichter des Jahres, die bis in die Gremien der Gesellschafter hineingewirkt haben und dort beschlossen werden mussten. Auf vielen Ebenen wurde an der Lösung dieser Probleme mit hohem Engagement gearbeitet. Danke dafür an alle Beteiligten.

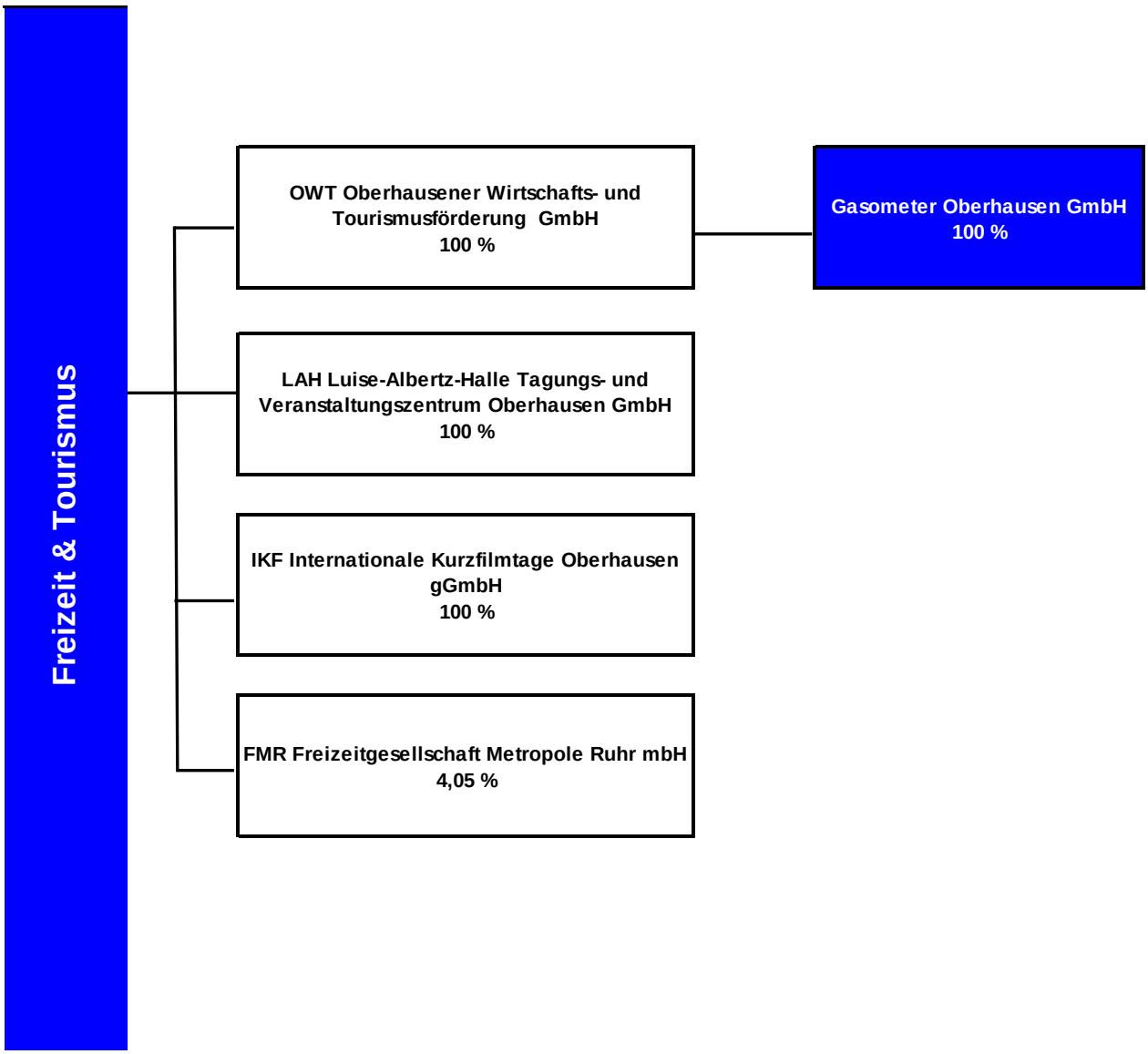
Witten, 25. April 2024

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Jürgen Hecht
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - *mittelbare Beteiligungen* -




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
100 %
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Essener Str. 3 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	http://www.gasometer.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in TDM:	50,00

Gesellschafter:	**TDM**	**%**
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	390,29	8,3	607,42	9,7	864,90	10,7
Umlaufvermögen	4.322,40	91,7	5.683,50	90,3	7.183,82	89,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,71	0,0	3,11	0,0	0,71	0,0
Bilanzsumme	**4.713,40**	**100,00**	**6.294,03**	**100,00**	**8.049,44**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.016,83	85,2	5.143,57	81,7	6.411,84	79,7
Rückstellungen	30,75	0,7	333,75	5,3	853,41	10,6
Verbindlichkeiten	665,82	14,1	766,71	12,2	320,65	4,0
Rechnungsabgrenzungsposten			50,00	0,8	463,54	5,8
Bilanzsumme	**4.713,40**	**100,00**	**6.294,03**	**100,00**	**8.049,44**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.850,56	4.764,93	4.319,61
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	645,96	-512,40	298,03
sonstige betriebliche Erträge	5.191,87	969,87	555,16
Materialaufwand	1.452,73	983,27	1.887,72
Personalaufwand	431,33	808,85	812,74
Abschreibungen	81,63	71,23	105,27
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.908,65	2.212,46	618,35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	69,26
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-185,96	1.146,59	1.817,99
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			529,86
sonstige Steuern	19,86	19,86	19,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-205,82	1.126,73	1.268,27
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.781,22	2.575,41	3.702,14
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.575,41	3.702,14	4.970,41

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	-11,12	23,65	29,36
Eigenkapitalrentabilität:	-14,28	78,17	87,99
Cash-Flow:	-124,18	1.197,97	1.373,54
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.562,80	1.740,80	862,13
Personalaufwandsquote:	5,61	15,49	15,71

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	8,28	9,65	10,74
Eigenkapitalquote:	85,22	81,72	79,66
Fremdkapitalquote:	14,78	18,28	20,34
Anlagendeckungsgrad 2:	1029,19	846,80	741,34
Verschuldungsgrad:	17,34	22,37	25,54

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2023 war erneut von der erfolgreich laufenden Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ geprägt sowie von den Vorbereitungen für die neue Ausstellung „Planet Ozean“ im Jahr 2024.

Ertragslage

„Das zerbrechliche Paradies“ endete am 26. November 2023 mit insgesamt 1.350.018 Besuchern und Besucherinnen. Damit war „Das zerbrechliche Paradies“ die bislang erfolgreichste Ausstellung der Gasometer Oberhausen GmbH. Die hohe Besucherzahl spiegelte sich in den Einnahmen aus Eintrittsgeldern wider, die insgesamt bei 3.902.672 € lagen. Im Berichtsjahr 2022 lagen die Einnahmen aus Eintrittsgeldern aufgrund der längeren Ausstellungs-Laufzeit von 12 Monaten etwas höher. Weitere Einnahmen wurden unter anderem aus der Vermietung der Gastronomie und des Bookshops erzielt sowie der Beteiligung an dem Verkauf der Audioguides. Insgesamt ergaben diese Positionen Einnahmen in Höhe von knapp 124.000 €. Hinzu kamen noch Einnahmen aus Sponsorengeldern, so dass die Umsatzerlöse für das Geschäfts-jahr insgesamt 4.319.610 € betrugen. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 555.164 € setzten sich in erster Linie aus dem Zuschuss des RVR zur Gebäudeunterhaltung in Höhe von 397.648 € und Erträgen aus Porto für Ticketbestellungen sowie den Werbeeinnahmen für zwei Megaposter am Gasometer zusammen. Im Geschäftsjahr 2022 war diese Position wesentlich höher, weil die Gesellschaft noch Zuwendungen in Höhe von 500.000 € vom Land NRW für die Sanierung des Gasometers erhalten hatte.

Auch die Aufwandseite zeigt gegenüber dem Vorjahr erhebliche Veränderungen. Den Erlösen standen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 40.438 € (Strom, Gas) sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1.847.284 € gegenüber. In dieser letzten Position sind die Kosten für die Verlängerung der Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ enthalten, wie beispielsweise Gebühren für Lizenz-Verlängerungen, Abbau der Ausstellung, aber auch für den Ausstellungs-Betrieb (293.661,62 €). Die größte Position in Höhe von 875.047 € sind jedoch schon im Geschäftsjahr anfallende Produktionskosten für die Ausstellung „Planet Ozean“, die in 2024 analog der Betriebslaufzeit aktiviert werden. Die restlichen Kosten in Höhe von 412.468 € beziehen sich auf die Gesellschaftskosten. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden die Kosten für Hausmeister und Nachtbewachung dieser Position zugeordnet und nicht dem Ausstellungsbetrieb, da die Kosten auch ohne Betrieb einer Ausstellung anfallen würden.

Der Personalaufwand in Höhe von 812.737 € entsprach ungefähr den Kosten des Vorjahres. Insgesamt wurden sechs festangestellte Mitarbeiter*innen und 55 Aushilfskräfte beschäftigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen bei 618.353 € und wichen damit erheblich vom Geschäftsjahr 2022 (2.212.463 €) ab. Der Grund liegt in der 2022 buchhalterisch teilweise noch zu berücksichtigenden Sanierung. Im Berichtsjahr entfielen auf diese Position hauptsächlich die Geschäftsbesorgungskosten für die OWT (389.394 €) sowie weitere Beträge für die Gesellschaft (z.B. Megaposter, Baumkontrollen, Elektro-, Postaufwendungen, Steuer- und Rechtsberatungskosten, etc.).

Laut der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023 liegt der Gewinn der Gesellschaft nach Steuern bei 1.268.272,60 €.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite ist insbesondere durch den Kauf von acht Projektoren der Firma Epson auf 864.898 € gestiegen.

Die unfertigen Leistungen in Höhe von 915.603 € beinhalten die Produktionskosten für die Ausstellung „Planet Ozean“ in den Jahren 2022 und 2023.

Die Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ lag im Vergleich zum Vorjahr höher, weil der RVR die zweite Abschlagszahlung der RVR-Förderung für 2023 in Höhe von 198.000 € noch nicht gezahlt hatte. Der Kassenbestand hat sich auf 5.668.640 € erhöht.

Der Bilanzgewinn auf der Passivseite beträgt 4.970.411 €. Mit Blick auf den noch nicht geprüften Verwendungsnachweis für die Sanierung hat die Gesellschaft eine Rückstellung in Höhe von 2% der Fördermittel (303.000 €) für potentielle Rückforderungen gebildet. Die Fördermittel lagen bei 15,15 Mio. €.

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 463.540 € bezieht sich in erster Linie auf Einnahmen, die sich auf die in 2024 beginnende Ausstellung „Planet Ozean“ beziehen.

Für die Gasometer Oberhausen GmbH war das Geschäftsjahr 2023 überaus erfolgreich. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den Gewinn in Höhe von 1.268.272 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel zum 31.12.2023 belaufen sich auf 5.668.640 € und betragen damit 70,4% der Bilanzsumme. Das Eigenkapital beträgt 79,7% der Bilanzsumme.

Die Gesellschaft konnte die Produktion der neuen Ausstellung „Planet Ozean“ vollständig aus eigenen Mittel finanzieren. Auch zukünftig ist davon auszugehen, dass bei weiterhin erfolgreichen Ausstellungsverlauf, nicht auf Fremdmittel zur Finanzierung der zukünftigen Ausstellungen bzw. der Kosten des laufenden Betriebs des Gasometers zurückgegriffen werden muss.

Ausblick

Der Verwendungsnachweis für die Sanierung des Gasometers wurde im Geschäftsjahr 2023 eingereicht und befindet sich in der Prüfung.

Am 14. März 2024 wurde die Ausstellung „Planet Ozean“ eröffnet. Bislang ist die Besucherresonanz überaus positiv.

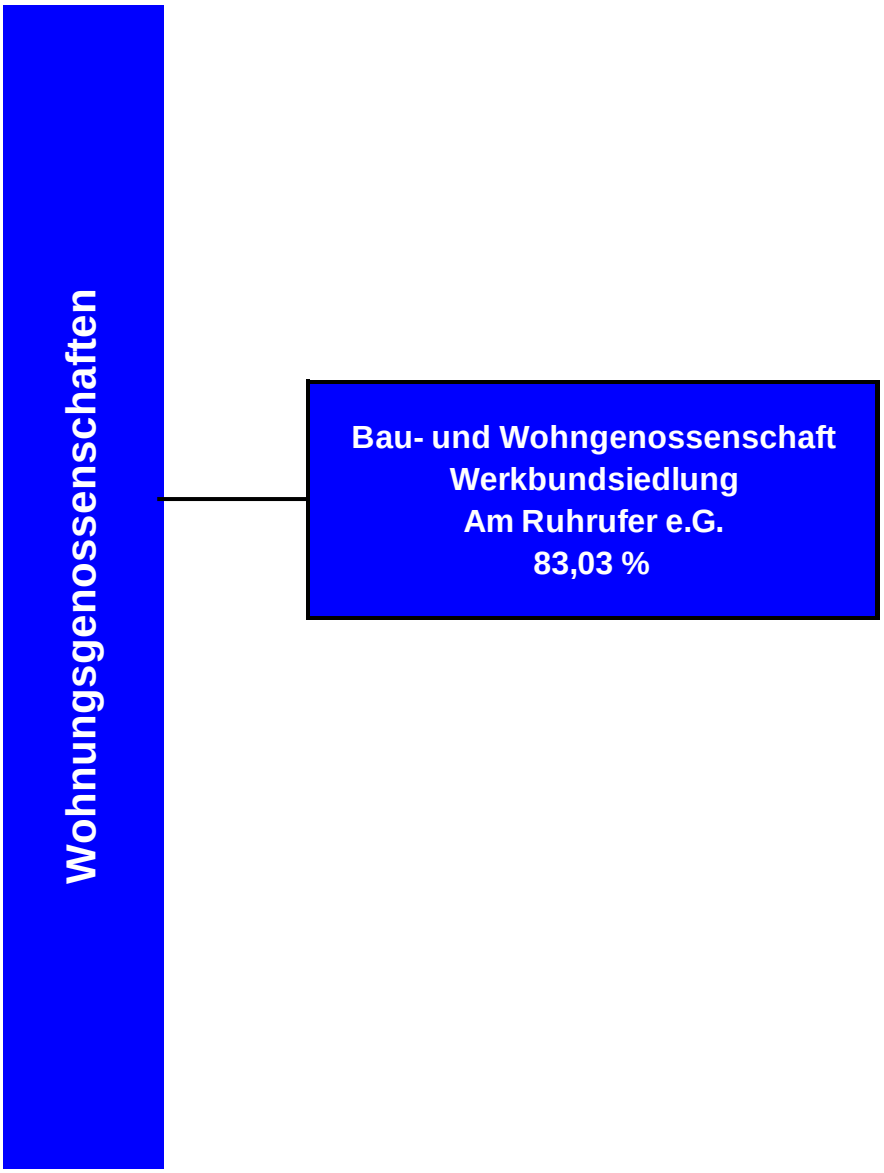
Anhand des Jahresabschlusses 2023 ist wieder einmal deutlich geworden, wie eng die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft mit dem Erfolg der jeweiligen Ausstellung verknüpft ist und wie schnell eine weniger erfolgreiche Ausstellung oder eine Zeit ohne Ausstellungen die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann. Umso wichtiger ist es, dass bei erfolgreichen Ausstellungen die generierten Einnahmen im Unternehmen verbleiben und einer Rücklage zugeführt werden können. Nur so kann gesichert werden, dass in wirtschaftlich schwierigeren Jahren die Gasometer Oberhausen GmbH nicht sofort in ihrer Existenz bedroht ist.

Oberhausen, 03. April 2024

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführerin

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 201,97

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	34,27	16,97
Stadt Oberhausen	167,70	83,03

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Vorsitzende	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Mühle, Stefan
	Mitglied	Perez, Ninovic
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen-Schlünzen, Margret
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Vermöhlen, Nadine
	Mitglied	van Bremen, Nina
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.398,75	89,4	1.372,35	88,2	1.345,95	86,3
Umlaufvermögen	165,61	10,6	183,52	11,8	213,95	13,7
Bilanzsumme	**1.564,36**	**100,00**	**1.555,87**	**100,00**	**1.559,90**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	651,38	41,6	672,42	43,2	712,54	45,7
Rückstellungen	4,00	0,3	11,05	0,7	6,60	0,4
Verbindlichkeiten	908,98	58,1	870,68	56,0	840,76	53,9
Rechnungsabgrenzungsposten			1,73	0,1		
Bilanzsumme	**1.564,36**	**100,00**	**1.555,87**	**100,00**	**1.559,90**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	141,16	144,32	161,61
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2,37	-3,08	-1,14
sonstige betriebliche Erträge	8,00		2,15
Materialaufwand	82,17	54,85	70,72
Abschreibungen	26,40	26,40	26,40
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,93	17,76	5,42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15,09	13,86	13,14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21,94	28,37	46,94
sonstige Steuern	7,36	7,33	7,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	14,58	21,04	39,61
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3,87	4,99	5,43
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	13,46	20,60	24,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4,99	5,43	21,04

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	10,33	14,58	24,51
Eigenkapitalrentabilität:	2,26	3,15	5,73
Cash-Flow:	40,97	47,44	66,01
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

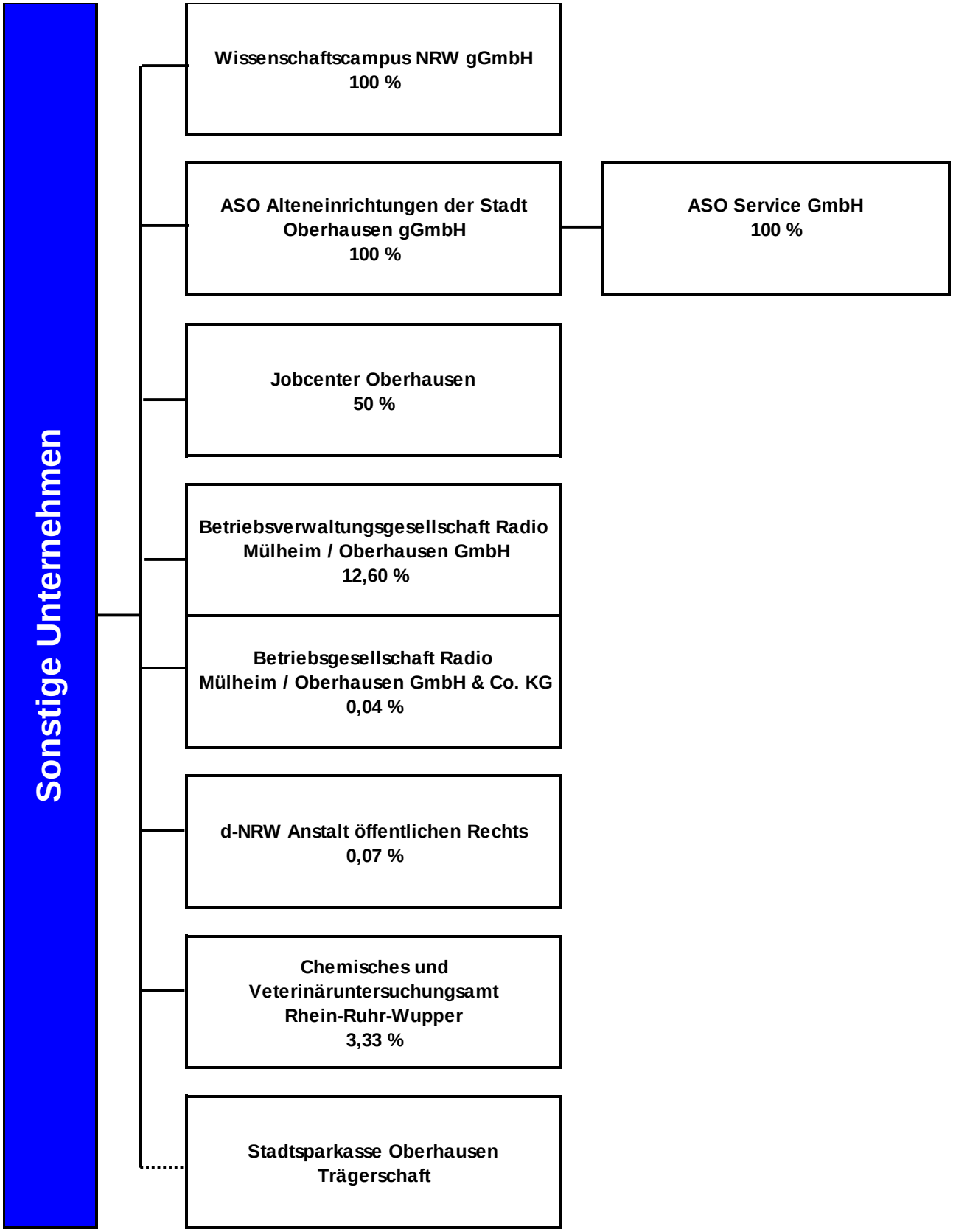
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

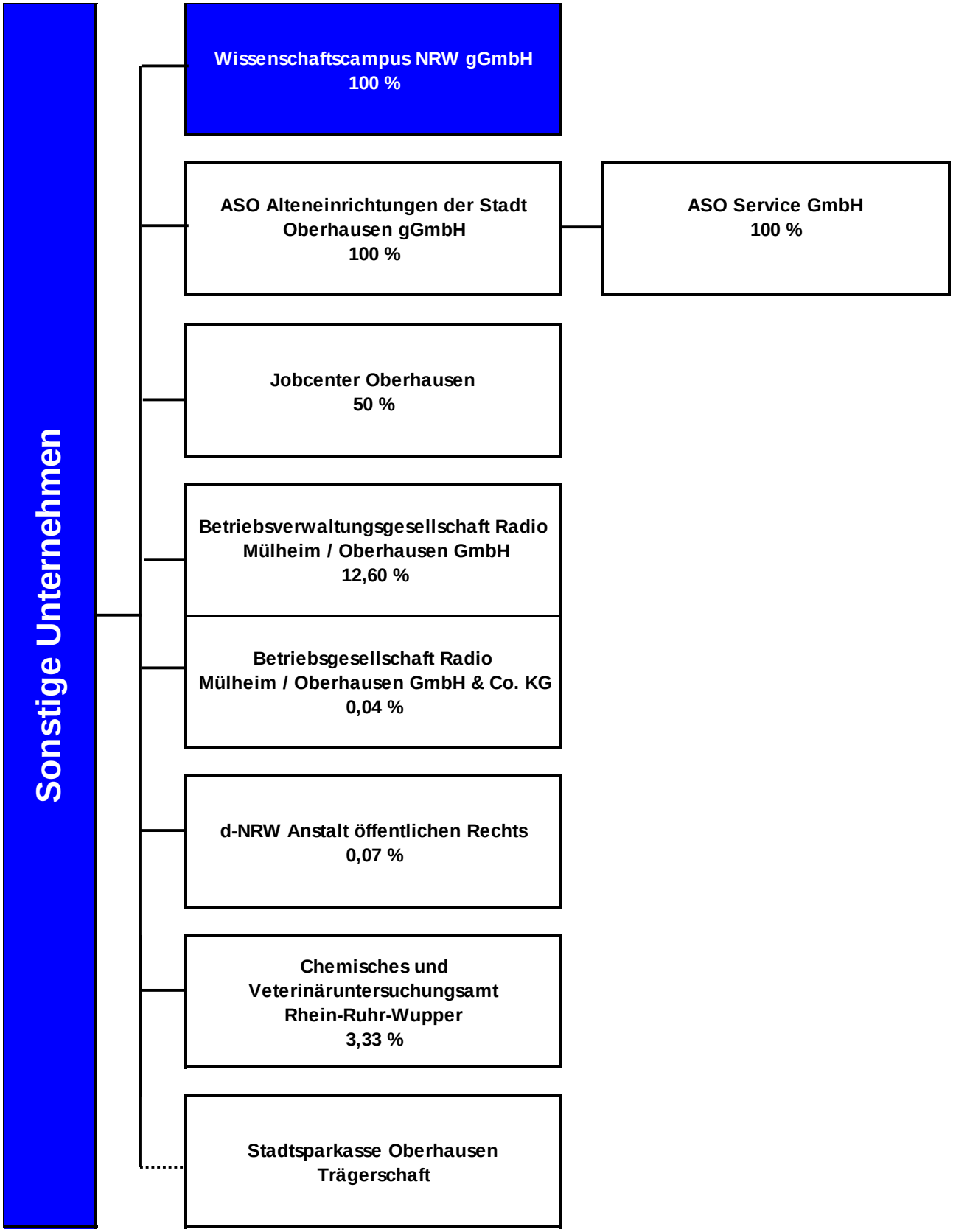
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,41	88,20	86,28	%
Eigenkapitalquote:	41,64	43,22	45,68	%
Fremdkapitalquote:	58,36	56,78	54,32	%
Anlagendeckungsgrad 2:	46,57	94,69	92,27	
Verschuldungsgrad:	140,16	131,38	118,92	

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen -




Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Wissenschaftscampus NRW gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46042 Oberhausen

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

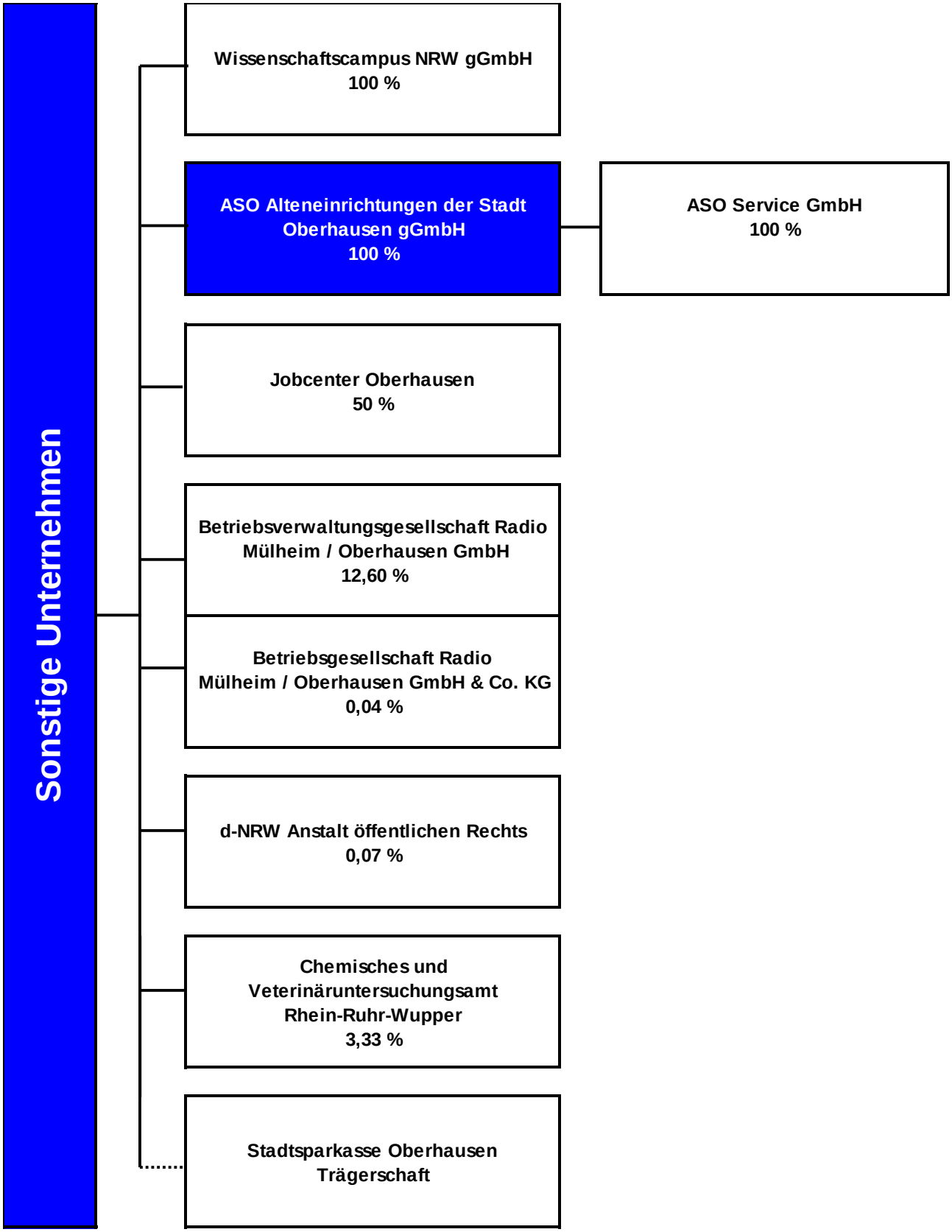
Förderung der Wissenschaft und Forschung sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe sowie des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger Zwecke

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Florack, Martin
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Güldenzopf, Ralf


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	petra.stecker@aso-ggmbh.de
Internet	http://www.aso-ggmbh.de

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Kattler, Thomas
	Mitglied	Lange, Jörg
	Mitglied	Baumann, Louisa
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	Mitglied	Korbar, Ulrike
	Mitglied	Horn, Denise
	Mitglied	Wiemann, Kathrin
Prokura:	Prokurist	Middendorf, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		**2022**		**2023**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.602,60	59,0	8.356,93	56,6	8.182,16	54,1
Umlaufvermögen	5.951,38	40,8	6.396,34	43,3	6.911,80	45,7
Rechnungsabgrenzungsposten	16,11	0,1	12,66	0,1	17,39	0,1
Bilanzsumme	**14.570,09**	**100,00**	**14.765,94**	**100,00**	**15.111,35**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.067,12	34,8	5.166,14	35,0	5.472,26	36,2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	50,19	0,3	52,43	0,4	43,71	0,3
Rückstellungen	2.469,86	17,0	2.689,91	18,2	2.529,27	16,7
Verbindlichkeiten	6.583,09	45,2	6.422,66	43,5	6.530,37	43,2
Rechnungsabgrenzungsposten	399,84	2,7	434,80	2,9	535,72	3,5
Bilanzsumme	**14.570,09**	**100,00**	**14.765,94**	**100,00**	**15.111,35**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.682,04	23.965,86	24.954,69
sonstige betriebliche Erträge	946,95	1.158,60	863,77
Materialaufwand	5.893,85	7.578,02	6.235,02
Personalaufwand	11.889,66	12.255,78	13.810,55
Abschreibungen	342,46	343,47	362,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.188,33	4.822,07	5.084,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,12	3,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27,16	25,54	21,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	287,53	99,70	307,47
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3,19	0,68	1,35
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	284,35	99,02	306,12
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	284,35	99,02	306,12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	1,25	0,41	1,23
Eigenkapitalrentabilität:	5,95	1,95	5,93
Cash-Flow:	626,80	442,49	668,30
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	121,54	134,99	125,95
Personalaufwandsquote:	50,32	48,78	53,49

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	55,42	53,26	50,99
Eigenkapitalquote:	34,78	34,99	36,21
Fremdkapitalquote:	65,22	65,01	63,79
Anlagendeckungsgrad 2:	58,90	61,82	66,88
Verschuldungsgrad:	187,54	185,82	176,14

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit der Zielausrichtung, für ältere Bürger/innen aus Oberhausen und Umgebung barrierefreien Wohnraum mit Betreuungsangeboten sowie Pflege und Beratung in vollstationären und ambulanten Einrichtungen vorzuhalten.

Dazu betreibt das Unternehmen 234 altengerechte Wohnungen, 3 Dauerpflegeeinrichtungen mit 389 Plätzen und 2 Tagespflegen sowie einen ambulanten Pflegedienst.

Verpächter der stationären Einrichtungen Louise Schroeder Heim sowie Haus Bronkhorstfeld ist der Eigenbetrieb ASO. Die Seniorenresidenz am OLGA-Park ist langfristig von INP Control GmbH, Hamburg, gepachtet.

Organe der gemeinnützigen Gesellschaft sind gemäß Satzung die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, die auf Vorschläge der Fraktionen und Gruppen in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 16. November 2020 gewählt wurden. Ein Sitz im Aufsichtsrat entfällt auf ein Mitglied gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW. Der Aufsichtsrat der ASO gGmbH hat in seiner konstituierenden Sitzung am 21.12.2020 einem Mitglied des Betriebsrats der ASO gGmbH, einem Mitglied des Bereiches 9-5/Beteiligungen der Stadt Oberhausen sowie dem Betriebsleiter des Eigenbetriebs ASO ein dauerhaftes Gastrecht eingeräumt.

Die Geschäftsleitung besteht aus der Geschäftsführerin Frau Petra Stecker und dem Prokuristen Herrn Michael Middendorf. Die Aufgabenverteilung ist gemäß Geschäftsordnung und Organigramm in zwei Geschäftsbereiche aufgeteilt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Hatte noch bis ins Jahr 2022 die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wenig Einfluss auf den Geschäftsverlauf, so hat sich dies durch die anhaltende Inflation, die hohen Energiekosten und des dauerhaften Personalmangels deutlich geändert. Aufnahmestopps und Platzzahlreduzierungen durch Personalmangel sowie Kostensteigerungen im Sachbereich verschlechtern erheblich die wirtschaftliche Situation vieler Pflegeeinrichtungen. Zusätzlich verschärft die Einführung der Tariftreue die wirtschaftliche Lage im privaten Pflegesektor, sodass einige Einrichtungen in der Insolvenz enden. Dies führt dazu, dass die Aufnahmeanfragen nicht mehr ausschließlich ortsteil- bzw. städtisch erfolgen, sondern eine deutliche Zunahme aus den umliegenden Städten Bottrop, Duisburg, Mülheim und Essen erfolgt. Mehrfachanmeldungen in verschiedenen Häusern werden aus Sorge, keinen Platz rechtzeitig zu erhalten, veranlasst und verursachen einen hohen Verwaltungsaufwand. Sie führen zu Belegungsschwankungen, die kaum noch kalkulierbar sind.

Flankiert wird diese „unsichere“ Belegungssituation weiterhin durch den nach wie vor geltenden Grundsatz „ambulant vor stationär“. Bewohner verweilen durch ein ambulantes Setting von verschiedenen Dienstleistungen deutlich länger im häuslichen Bereich und ziehen in eine Dauerpflegeeinrichtung meistens nach einem schwerwiegenden Krankenhausaufenthalt ein. Damit sinkt die Verweildauer, die Multimorbidität nimmt zu und die Eingewöhnungszeit verlängert sich. Dies kann negative Auswirkungen auf die Lebensqualität haben.

Besonders aufgrund der Kostensteigerungen für den Pflegebedürftigen im Dauerpflegebereich werden die teilstationären Angebote sowie die Leistungen der ambulanten Pflege und der Hilfen im Alltag für die Bürger und Bürgerinnen immer wichtiger. Zusätzlich werden niederschwellige Freizeit- und Unterstützungsangebote an Nachfrage zunehmen.

Die Aufgabe der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH wird es sein, für den Bürger verschiedene, qualitativ hochwertige Angebote an Pflege- und Unterstützungsleistungen anzubieten und sich besonderen Herausforderungen, wie zum Beispiel der Bekämpfung von Einsamkeit im Alter zu stellen.

Die Politik muss sich ihren Herausforderungen stellen: Rahmenbedingungen einer bezahlbaren Pflege für alle zu schaffen.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann mit einem Jahresergebnis von 306 T€ (99 T€ Vorjahr) unter Berücksichtigungen der gegenwärtig herausfordernden Entwicklungen in der gesamten Pflegebranche als weiterhin gut bezeichnet werden. Der Gesellschaft ist es erneut gelungen, trotz der Kostenentwicklung infolge des weiter andauernden Ukraine-Krieges die Belegungszahlen stabil zu halten und somit die Erlöse zu sichern. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Gesellschaft sind neben den erzielten Erhöhungen der Pflegesätze eine weiterhin stringente Kostenkontrolle.

<u>Belegungsentwicklung im Geschäftsjahr</u>

Die vollstationären Einrichtungen der ASO gGmbH waren im Geschäftsjahr 2023 durchschnittlich mit 89,6 % belegt. Im Louise Schroeder Heim, das größte Pflegeheim des Unternehmens mit 230 Plätzen, liegt die Belegung insgesamt mit 83,5 % (Vorjahr: 82,1 %) immer noch weit unter dem Niveau der anderen Einrichtungen. Dies ist nach wie vor der hohen Anzahl an Doppelzimmern im Louise Schroeder Haus (Altbau) geschuldet, die mittlerweile als Einzelzimmer vergeben werden. Damit erreicht das Haus eine nahezu 100 %ige Zimmerauslastung.

Das Haus Bronkhorstfeld mit 99 Plätzen hat im Jahr 2023 eine Auslastung von 98,2 % erreicht und liegt damit auf dem Belegungsniveau wie vor der Pandemie im Jahr 2019.

Die Seniorenresidenz am OLGA-Park (60 Plätze) hat einen Belegungsdurchschnitt von 99,1 % erreicht und liegt damit ebenfalls auf dem Niveau vor der Pandemie.

Die Tagespflegeeinrichtungen Louise Schroeder Tagespflegezentrum sowie das Tagespflegezentrum Am Steigerhaus erfahren weiterhin eine hohe Nachfrage und lagen mit einem Belegungsdurchschnitt von insgesamt 97,2 % um 2,2 Prozentpunkte über dem Vorjahr.

Die Auslastung liegt für das Louise Schroeder Tagespflegezentrum bei 97,4 %; im Tagespflegezentrum Am Steigerhaus wurde eine Auslastung von 96,9 % erreicht.

Der ambulante Pflegedienst „Häuslicher Pflegedienst Elly Heuss Knapp Quartier“ wurde Anfang 2023 reorganisiert. Durch die Neubesetzung der Führungskraft sowie die konsequente Tourenüberprüfung konnten Kapazitäten geschaffen werden, die es bei nur geringem Personalaufwuchs ermöglichten Neuklienten im Bereich der Pflege und Hauswirtschaft aufzunehmen. Mit Stand Dezember 2023 betrug die Klientenzahl 290 und das monatliche Umsatzvolumen rd. 71 T€.

Der vermietete Wohnungsbestand war im Geschäftsjahr 2023 beinahe durchgängig vollständig vermietet.

Renovierungsmaßnahme Louise Schroeder Haus

Die Belegungssituation im Louise Schroeder Haus zeigt deutlich, dass Menschen, die eine Dauerpflegeeinrichtung suchen, nicht gewillt sind, in ein Doppelzimmer zu ziehen. Kurzzeitpflegegäste und Bewohner auf Zeit im Rahmen einer Verhinderungspflege (Urlaubsvertretung für pflegende Angehörige) hingegen nehmen dies durchaus in Kauf. Deshalb wurde im Jahr 2023 ausführlich mit dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat erörtert, ob und wie eine Modernisierung und Reduzierung der Doppelzimmer auf Einbettniveau die Zukunftsfähigkeit des Standortes sichert.

Der Geschäftsführung wurde der Auftrag erteilt, sukzessive die Wohnbereichsetagen im Bestand zu modernisieren; Daten über die Belegungsmöglichkeiten der Doppelzimmer zu sammeln sowie die Bedeutung von Platzzahlreduzierungen für die Gesellschaft darzustellen und vor Abschluss der Maßnahme darüber einen Beschuss zu erwirken.

Entgeltverhandlungen und Investitionskostenfortschreibung

Die Entgeltverhandlungen für die vollstationären und teilstationären Betriebsteile für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 wurden regelhaft im Oktober 2022 aufgenommen. Mit durchschnittlichen Budgeterhöhung in Höhe von 6,0 % über sämtliche Einrichtungen konnte an den erfolgreichen Verhandlungen der vergangenen Jahre angeknüpft werden.
Zu den Entgeltverhandlungen für den Zeitraum ab 01.01.2024 bis 31.12.2024 ist fristgerecht im November 2023 im Rahmen der pauschalen Fortschreibung aufgefordert worden. Die Verhandlungen wurden im Februar 2024 erfolgreich beendet. In diesem Zusammenhang ist der Versorgungsvertrag für das Louise Schroeder Heim in Bezug auf den Namen der Einrichtung geändert worden. Mit Wirkung ab 1. Januar 2024 wird die Einrichtung unter der Bezeichnung Louise Schroeder Quartier (Louise Schroeder Haus & Haus am Mühlenbach) geführt.

Mit dem novellierten – seit dem 5. September 2020 in Kraft getretenen – Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) einschließlich der novellierten Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW), sind mehrere Änderungen bei der Ermittlung der Investitionskosten vorgenommen worden.

Da sämtliche voll- und teilstationären Einrichtungen der Gesellschaft angepachtet wurden, finden im Rahmen der Investitionskostenfestsetzung die Regelungen nach dem Mietmodell Anwendung.

Die entsprechenden Investitionskostenbescheide des Landschaftsverbandes Rheinland sind für sämtliche Einrichtungen der ASO gGmbH mit Wirkung bis zum 31.12.2024 erlassen worden.

Schadensbeseitigung Objekt Haus 5 und 5a durch das verantwortliche Architektenbüro

Im November 2021 wurde auf Basis einer Zahlungsklage ein zweckgebundener Kostenvor-schuss zur Mängelbeseitigung seitens des Beschuldigten bereitgestellt. Die ASO gGmbH hat einen unabhängigen Architekten beauftragt, die Beseitigung der Mängel durchzuführen. Nach Imitierung der Ausschreibung wurde die Maßnahme erst im Frühjahr 2024 begonnen und ist in vier Bauabschnitte aufgeteilt. Bauabschnitt 1 wird Ende April 2024 abgeschlossen sein und die gesamte Maßnahme ist nach aktueller Zeitplanung bis Ende Juli 2024 fertiggestellt.

Umstrukturierung im Bereich der Außenpflege

Die Grünpflege wurde für das Jahr 2024 im Rahmen einer freihändigen Vergabe an ein neues Unternehmen vergeben, nachdem die Grünpflege im Jahr 2023 nur mangelhaft vom damaligen Vertragspartner erfüllt wurde. Zudem konnten über ein Förderprogramm des Jobcenters drei neue Hilfskräfte eingestellt werden, welche ebenfalls im Bereich der Grünpflege eingesetzt werden. Damit sollte das Ziel einer besseren Regelpflege im Jahr 2024 erreichten werden können.

Digitalisierung für Seniorinnen und Senioren

Im Rahmen der Digitalisierung wurden die Einrichtungen der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH Kooperationspartner der Stadt Oberhausen und der VHS Oberhausen. Mitarbeitende wurden technisch und pädagogisch angeleitet, Podcasts mit Bewohner:innen aufzunehmen und somit Lebenswege und -geschichten aufzuzeichnen. Die Veröffentlichung erfolgt über die üblichen Plattformen. Parallel wurden digitale Freizeitangebote gestaltet, wie zum Beispiel die sportliche Betätigung beim Kegeln mit der Spielekonsole oder der VR-Brille. Der Medieneinsatz zeigt deutlich, dass die Bewohner:innen interessiert sind und hier zukünftig ein Paradigmenwechsel stattfinden muss.

Gesellschaft leben – Eine ehrenamtliche Initiative gegen Einsamkeit

Schon seit Oktober 2022 ist die ASO gGmbH mit der Tagespflege im Louise Schroeder Quartier Koordinierungsstelle für den Bereich Osterfeld der Initiative Gesellschaft leben. Einsam, zurückgezogene Bürgerinnen und Bürger, die beispielhaft Gesellschaft zum Reden und Spazierengehen suchen, werden mit Ehrenamtlichen zusammengebracht. Die Menschen, die dieses Angebot wahrnehmen, nutzen auch die Chance, sich pflegerisch und sozial beraten zu lassen.

Betriebsprüfung
Im Zeitraum von Dezember 2023 bis Februar 2024 wurde eine steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2019 bis 2021 im Bereich der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land durchgeführt. Es wurden keine Beanstandungen festgestellt und für die entsprechenden Steuerbescheide der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben.

3. Aufwands- und Ertragslage

Unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis und die Umsatzerlöse.

Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 306 T€. Zum Vorjahresergebnis ergibt sich eine Verbesserung von 207 T€. Bedingt durch den Einmaleffekt der ertragswirksamen Teilauflösung der Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen von erhaltenen Mitteln im Rahmen der Corona-Pandemie in Höhe 152 T€ wurde das Jahresergebnis positiv beeinflusst.

Insgesamt erhöhten sich die Umsatzerlöse um 4,1 % auf 24.955 T€. Entgegen dem Anstieg der pflegesatzbedingten Umsatzerlöse verringerten sich allerdings die sonstigen Umsatzerlöse infolge der Beendigung der Beköstigung für die Ukraine-Flüchtlinge. Korrespondierend hierzu verringerten sich die Aufwendungen für Lebensmittel, Wasser und Energie, Hausverbrauchsmaterial sowie Personalaufwendungen im Rahmen von Mehrarbeitsstunden. Gegenüber dem Planansatz für das Jahr 2023 konnten um 91 T€ höhere Umsatzerlöse erzielt werden.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die ASO gGmbH finanzielle Mittel im Rahmen der Energiehilfen für Pflegeeinrichtungen in Höhe von 194 T€ beantragt und erhalten. Im Hinblick auf die unsichere Rechtslage hinsichtlich der erhaltenen Mittel wurde durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt.

Der Materialaufwand verringerte sich um 1.343 T€ auf 6.235 T€ insbesondere durch den geringeren Einsatz von Fremdpersonal im Pflegebereich.

Der Personalaufwand für festangestelltes Personal stieg um 1.555 T€ auf 13.811 T€. Ursächlich hierfür ist neben den tariflichen Zahlungen der Inflationsausgleichsprämie ebenfalls die Neueinstellung von Beschäftigten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig verändert.

Damit konnte das für das Geschäftsjahr 2023 geplante Ergebnis von +16 T€ weit übertroffen werden. Dies liegt neben dem vorstehend beschriebenen Einmaleffekt insbesondere auch daran, dass die im Wirtschaftsplan berücksichtigten Personalkostenerhöhungen in Höhe von 6,5 % für das Jahr 2023 mit der vereinbarten steuer- und sozialabgabenfreien Inflationsausgleichsprämie, die einer Erhöhung von rd. 4 % entspricht, geringer ausgefallen sind.

4. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 2.626 T€ (Vorjahr 2.272 T€) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf 5.472 T€. Die Eigenkapitalquote (Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital) erhöhte sich auf 36,2 % (Vorjahr 35,0 %).

Die kurzfristige Liquidität beträgt 2.513 T€ (Vorjahr 2.135 T€) und deckt den betriebsgewöhnlichen monatlichen Finanzbedarf von 2.096 T€ für 1,2 Monate (Vorjahr 1,0 Monate) ab. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs war durch die Liquidität jederzeit sichergestellt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 942 T€ hat ausgereicht die Investitionen des Jahres (184 T€) zu finanzieren. Demgegenüber weist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit einen negativen Stand von 92 T€ aus. Hierin enthalten ist der Kapitaldienst (Zins- und Tilgung) für die in Vergangenheit aufgenommenen Darlehen.

5. Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH strebt eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit an. Wurden in 2022 Anreizsysteme und Beteiligungsmöglichkeiten etabliert, so wurde in 2023 die Krankenquote der Mitarbeiter:innen näher analysiert. Rückkehrgespräche auf Arbeitsebene, Gespräche mit der Pflegedienstleitung bzw. Geschäftsführerin nach Langzeiterkrankung und zur Beginn des Wiedereingliederungsprozesses sowie das konsequente Anbieten der BEM-Gespräche (Betriebliches Eingliederungsmanagement) reduzierten deutlich die Ausfallquoten über alle Einrichtungen. Dies spiegelte sich auch im reduzierten Einsatz von Fremdpersonal wider.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die ursprünglich angedachte Konzeption, dass Louise Schroeder Heim zu einem großzügig angelegten Quartier weiterzuentwickeln, wurde durch den Beginn des Ukraine Krieges ausgebremst. Mittelfristig wurde das Haus 3 im vergangenen Jahr zu einer Dauerflüchtlingsunterkunft umgewandelt. Trotzdem wird seitens des Unternehmens die Umwandlung des Areals in ein Quartier nicht aus den Augen verloren. Altengerechte Wohnungen mit Betreuungs- und Serviceangeboten sind im Rahmen der Sozialquartiersentwicklung unerlässlich und stark nachgefragt. Hierzu kann nach Abschluss der Modernisierungsmaßnahme des Louise Schroeder Hauses das Haus 1 erschlossen werden. Komplementärangebote, wie z.B. die Anbindung einer Zweigstelle des Häuslichen Pflegedienstes werden das Angebot abrunden.

Im Elly Heuss Knapp Quartier muss mittelfristig ein Sanierungskonzept für den Altbestand an Wohnungen entwickelt werden. Nicht nur die energetische Sanierung sowie die mangelnde Barrierefreiheit sind hier ausschlaggebend. Die zukünftige Mietergeneration der „Babyboomer“ erwartet digitale und entlastende Unterstützungsmöglichkeiten aus dem Bereich des Smart Livings.

Besondere Aufmerksamkeit in 2024 wird weiterhin die Umsetzung des bundeseinheitlichen Personalbemessungssystems nach §113 c SGB XI haben. Für jedes Haus wird ein ausgearbeiteter individueller Projektplan abgearbeitet, der sowohl die Qualifizierung des Personals hin zu einer kompetenzorientierten Pflege als auch die dazugehörige Organisationsentwicklung beinhaltet. Die Teilergebnisse sind Grundlage für die nächste Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 wurde mit einem negativen Jahresergebnis von insgesamt 545 T€ bedingt durch die umfassende Renovierungsmaßnahme im Haus 2 des Louise Schroeder Quartiers geplant. Ungeachtet der Aufwendungen für die Renovierungsmaßnahme würde der Wirtschaftsplan 2024 trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einem positivem Jahresergebnis von rd. 50 T€ das Geschäftsjahr abschließen.

Bei der Planung der Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen sowie für Unterkunft und Verpflegung sind in Anbetracht der bereits feststehenden Tariferhöhung im TVöD, die im Rahmen des vereinfachtes Verhandlungsverfahren (pauschale Entgelterhöhung) seitens der Kostenträger angebotenen Entgelterhöhung von 10,74 % berücksichtigt. Die zugrunde gelegten Auslastungen im stationären Bereich liegen bei 80,60 % für das Louise Schroeder Heim infolge der Renovierungsmaßnahme sowie bei 98 % für das Haus Bronkhorstfeld und die Seniorenresidenz am OLGA-Park. Hierdurch erhöhen sich die Erlöse um 1.111 T€ im Vergleich zum Vorjahresplan. Beim Planansatz 2024 sind die Personalaufwendungen anhand der Personalmenge im Zusammenhang mit den Auslastungsquoten einschließlich der in 2024 geltenden Tariferhöhung (Erhöhung der Tabellenentgelte ab 1. März 2024 um einen Sockelbetrag von 200 EUR und anschließend um 5,5%; mindestens insgesamt 340 EUR sowie Zahlung für Januar und Februar 2024 eines Inflationsausgleichsgeld von jeweils 220 €) berücksichtigt worden. Im Planansatz 2024 sind unter den Personalaufwendungen 779 T€ Aufwendungen für Fremdpersonal (Plan 2023: 1.616 T€) enthalten. Hier spiegeln sich unter anderem die konsequent durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung der krankheitsbedingten Ausfallquote wider.

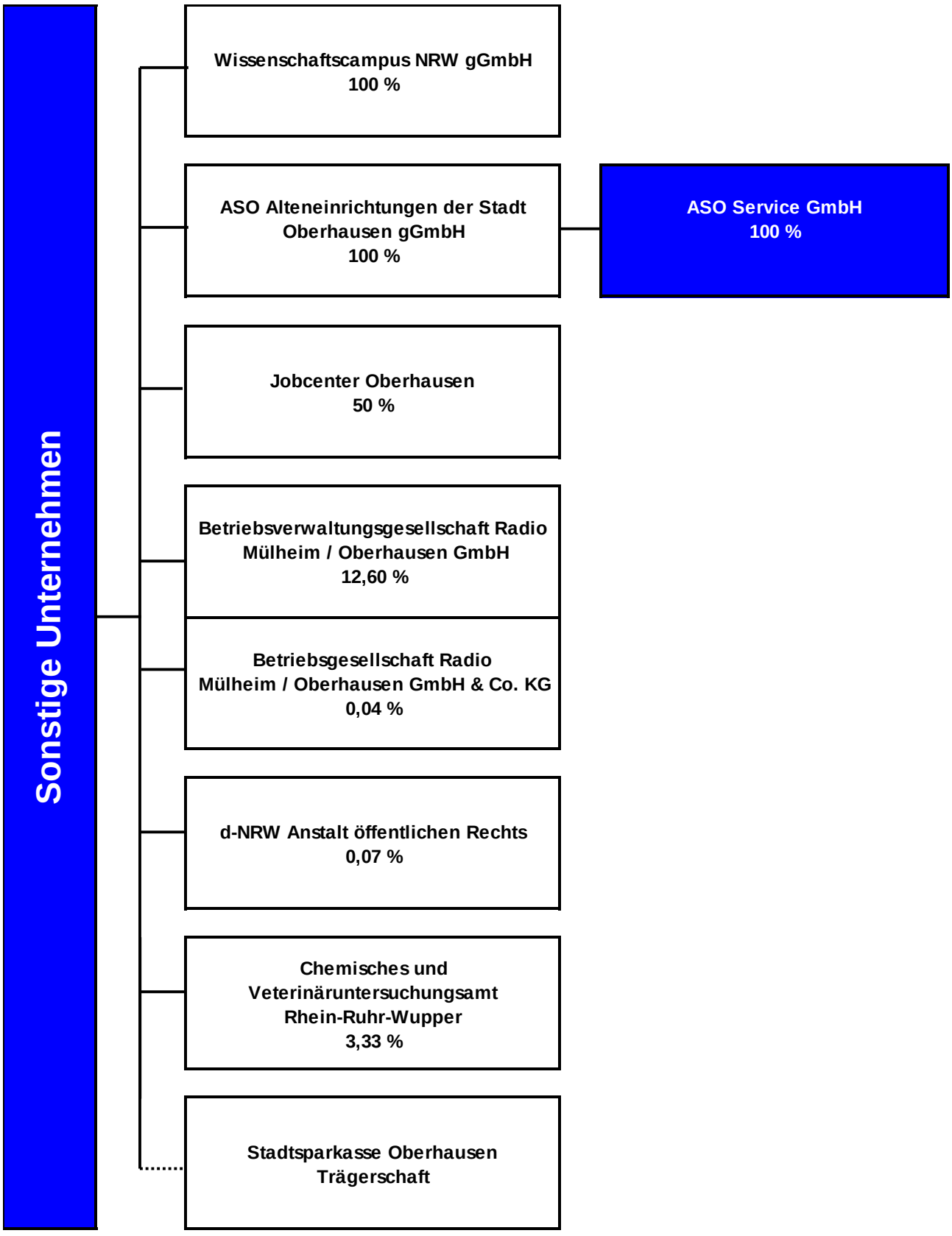
Im Bereich der Abschreibungen für das Anlagevermögen sind neben den laufenden Abschreibungen ebenfalls die Abschreibungen aus den Neuanschaffungen im Zusammenhang mit der Renovierungsmaßnahme des Louise Schroeder Hauses enthalten. Als weiteren negativen Effekt sind die für 2024 geplanten Renovierungsarbeiten des Louise Schroeder Hauses im Bereich der Instandhaltung und Instandsetzung mit geschätzten Kosten in Höhe von 336 T€ kalkuliert worden.

Die Risikolage der Gesellschaft ist vor allem infolge der umfangreichen Renovierungsmaßnahme im Zeitraum 2024 bis 2026 des Louise Schroeder Hauses im laufenden Betrieb somit auch für die kommenden Jahre als angespannt anzusehen. Auch die anhaltende schlechte Wirtschaftslage mit den hohen Energiekosten lässt eine verlässliche Planung kaum zu.

Oberhausen, 31. März 2024

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/691200
Fax 0208/691770
e-Mail petra.stecker@aso-ggmbh.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	217,55	100,0	202,11	100,0	253,79	100,0
Bilanzsumme	**217,55**	**100,00**	**202,11**	**100,00**	**253,79**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	11,5	25,00	12,4	25,00	9,9
Rückstellungen	44,65	20,5	67,22	33,3	63,86	25,2
Verbindlichkeiten	147,90	68,0	109,89	54,4	164,94	65,0
Bilanzsumme	**217,55**	**100,00**	**202,11**	**100,00**	**253,79**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.300,65	1.235,75	1.282,74
sonstige betriebliche Erträge	181,11	146,41	189,91
Personalaufwand	1.386,85	1.348,14	1.435,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	18,07	20,64	23,75
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	76,84	13,38	13,88
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	76,84	13,38	13,88
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	46,29	48,38	47,78
Personalaufwandsquote:	93,59	97,54	97,44

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalquote:	11,49	12,37	9,85
Fremdkapitalquote:	88,51	87,63	90,15
Verschuldungsgrad:	770,20	708,42	915,17

e) Lagebericht

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 1. Februar 2003 als 100 %-tige Tochter der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH gegründet. Sie soll insbesondere hauswirtschaftliche Dienstleistungen in den Pflegeeinrichtungen der Muttergesellschaft übernehmen. Die Gesellschaft ist unabhängig von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Leistungen der Gesellschaft dienen der Versorgung von Pflegebedürftigen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführerin ist Frau Petra Stecker und als Prokurist ist Herr Michael Middendorf bestellt.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

a. Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 1.282.741,15 €. Dies bedeutet im Vergleich zur Planung eine Verschlechterung von 146.667,85 € (Planung 2023: 1.429.409,00 €).

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen. Da die ASO Service GmbH ihre Umsatzerlöse generiert, indem sie die entstandenen Personal- und Materialaufwendungen an die ASO gGmbH weiterberechnet, stellen die Umsatzerlöse den bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikator dar.

b. Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2023 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 30,82 Vollkräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 2,25 Vollkräfte mehr. Bei den Neueinstellungen handelt es sich insbesondere um Beschäftigte im Rahmen des Förderprogramms „Teilhabe am Arbeitsmarkt“. Auch auf diesem Weg versucht die ASO Service GmbH in Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft (ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH) ihr soziales Engagement voranzutreiben.

Auf den vorgenannten Vollkraftstellen wurden durchschnittlich 54 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31. Dezember 2023 waren insgesamt 30,11 Vollkraftstellen mit insgesamt 55 Mitarbeitenden besetzt.

c. Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

d. Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 9,8 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2023 errechnet sich eine kurzfristige Liquidität von 25 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 123 T€ (Vorjahr 115 T€) gegenübersteht.

Dadurch, dass die Leistungen ausschließlich an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH erbracht werden und die aus den Leistungen resultierenden Forderungen zeitnah beglichen werden, ist eine Vorfinanzierung eigener Betriebskosten grundsätzlich nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird regelmäßig durch die Gesellschafterin sichergestellt und war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

e. Betriebsprüfung

Anschließend an die steuerliche Betriebsprüfung im Jahre 2021 für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 wurde im Zeitraum von Dezember 2023 bis Februar 2024 für die Geschäftsjahre 2019 bis 2021 eine Betriebsprüfung im Bereich der Körperschaft- und Gewerbesteuer durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land durchgeführt.

Hierbei ergaben sich wie bereits in der Betriebsprüfung im Jahre 2021 festgestellt wurde, lediglich für das Veranlagungsjahr 2019 Änderungen hinsichtlich der veranlagten Körperschaft- und Gewerbesteuer. Durch die bereits im Jahre 2021 gebildete Rückstellung ergaben sich keine Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung. In sämtlichen Steuerbescheiden ist vom Finanzamt der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben worden.

III. Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator wird die Auslastungsquote der drei stationären Einrichtungen der ASO gGmbH herangezogen. Während die Auslastung in der Seniorenresidenz am OLGA Park mit 99,1 % als auch beim Haus Bronkhorstfeld mit 98,2 % den Vorgaben der Pflegekassen entspricht, muss hinsichtlich des Louise Schroeder Quartiers (230 Plätze) erneut eine unzureichende Auslastung mit 83,5 % konstatiert werden. Deshalb sind in dieser Einrichtung auch unterjährig in Abstimmung mit der ASO gGmbH Personalanpassungen aufgrund der schwankenden Belegung notwendig. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt und liegen im Wesentlichen an dem hohen Doppelzimmeranteil im Bestandsgebäude (Haus 2) des Louise Schroeder Quartiers.

IV. Prognose-, Chancen und Risikobericht

a) Chancen- und Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden.

Die ASO gGmbH wird in 2024 mit einer umfangreichen Renovierungsmaßnahme einhergehend mit einer Neukonzeption hinsichtlich der Zimmer bzw. Plätze in Haus 2 des Louise Schroeder Quartiers beginnen. Vorgesehen ist eine Renovierung im laufenden Betrieb um die maximale Anzahl an Pflegebedürftigen und somit an Beschäftigten der ASO Service GmbH zu erhalten.

b) Prognosebericht

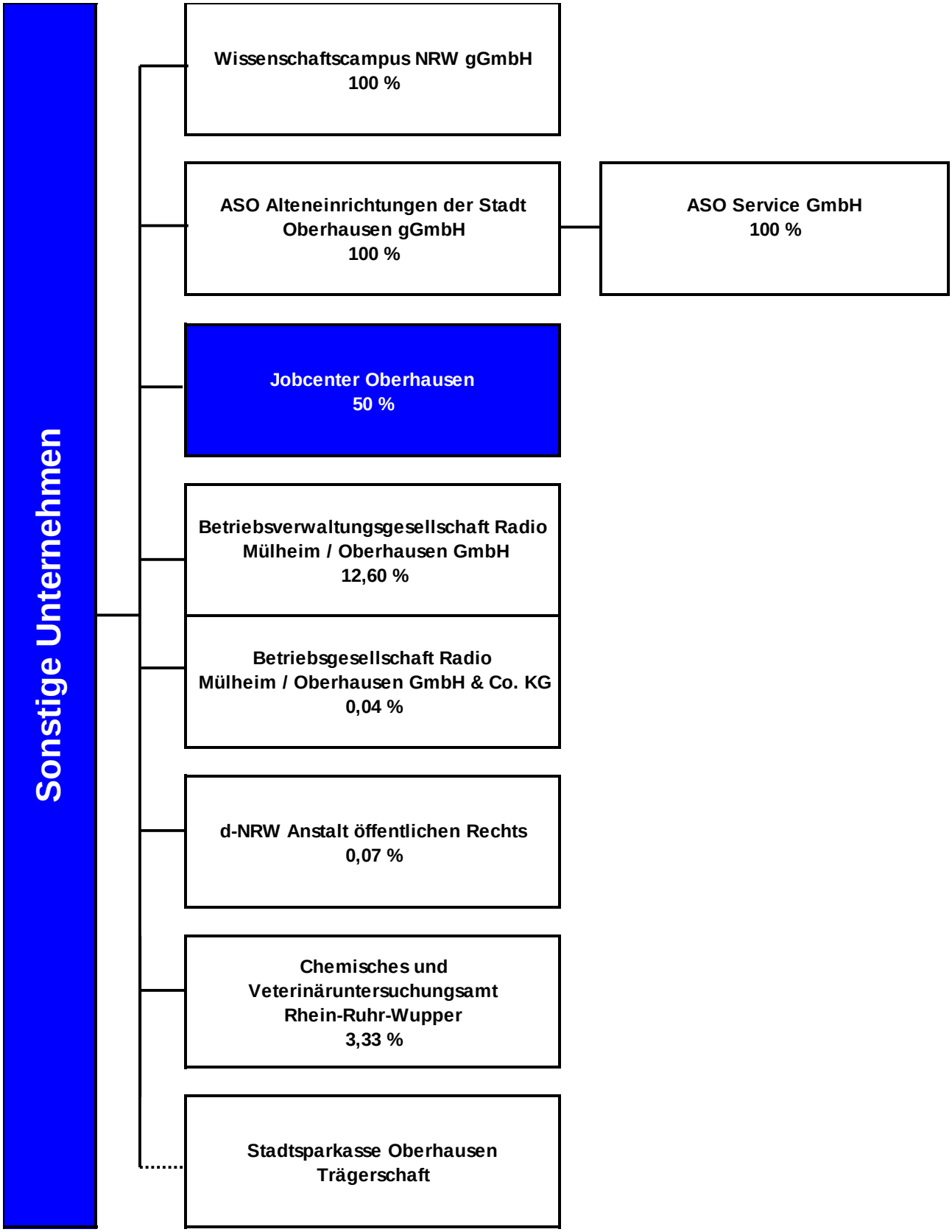
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis sowie mit Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.341 geplant.

Oberhausen, 31. März 2024

ASO Service GmbH

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208-8506855
e-Mail	Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet	http://www.jobcenter-oberhausen.de

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

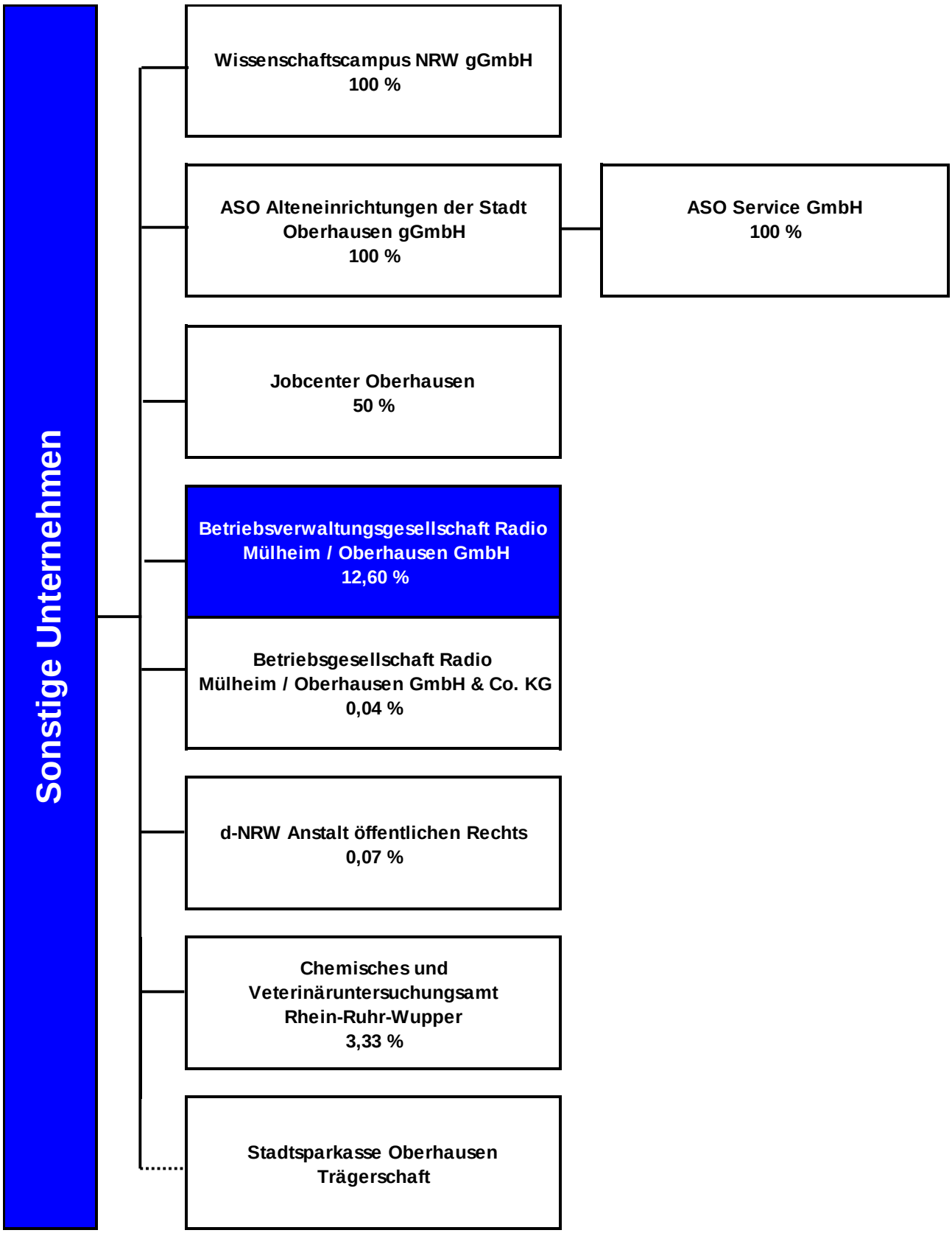
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weinand, Uwe
Trägerversammlung:	Vorsitzender	Motschull, Frank
	stellv. Vorsitzender	Koch, Jürgen
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Sowa, Gabriele
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie

	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Eickholt, Henrike
	Mitglied	Heistermann, Marc
	Mitglied	Roggemann, Franz
	Mitglied	Karschti, Albert
	Mitglied	Domeyer, Frank
	Mitglied	Gerritzen, Mauro
	Mitglied	Prystaw, Birgit
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Ottersbach, Dustin
	Mitglied	Beier, Uwe
	Mitglied	Hanschen, Thomas

c) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

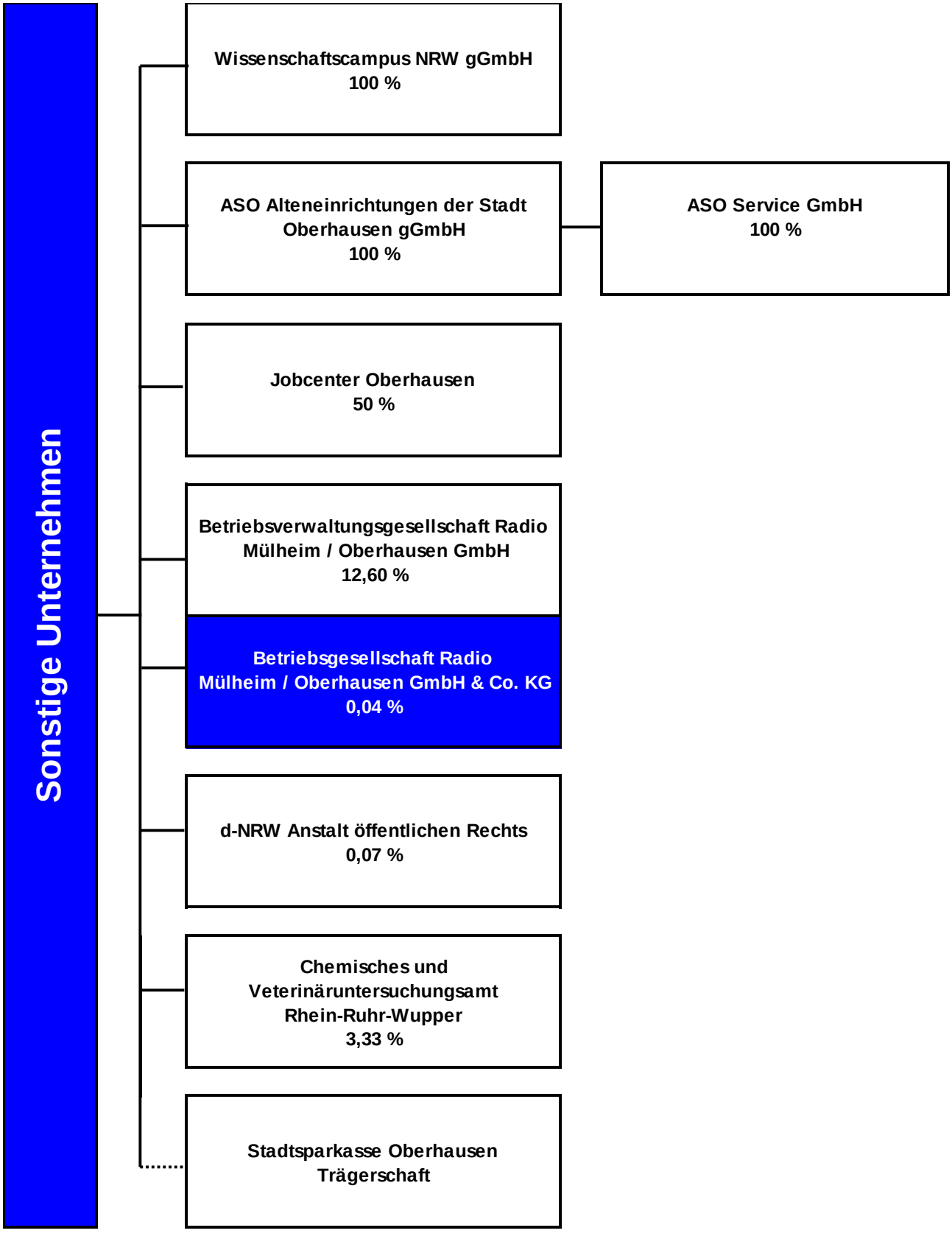
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte
Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

c) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 3.415,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,04
MFS-Holding GmbH	851,27	24,93
Stadt Oberhausen	1,24	0,04
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	2.561,25	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

c) Lagebericht

Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG (nachfolgend auch Radio Mülheim und Radio Oberhausen) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Die Betriebsgesellschaft bedient sich zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei dem zentralen Dienstleister für den Hörfunkbereich der FUNKE MEDIENGRUPPE, der Westfunk GmbH & Co. KG. Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Diese Aufgabe wird im Wesentlichen von FUNKE Services GmbH mit deren Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet durchgeführt.

Die radio NRW GmbH (nachfolgend auch radio NRW) produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. Die radio NRW GmbH lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2023 war erneut geprägt von Unsicherheiten und Herausforderungen, welche neben der Energiekrise vor allem durch geopolitische Spannungen ausgelöst wurden. Dies verunsicherte gleichermaßen Produzenten, Investoren wie auch Konsumenten. Die deutsche Wirtschaft kam im Jahre 2023 im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken. Somit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft vom Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort. Das Bruttoinlandsprodukt ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 % zurück. Die Arbeitslosenquote lag im Geschäftsjahr 2023 bei 5,7% und war somit etwas höher als im Vorjahr (5,4%). Die Energiepreise stabilisierten sich infolge der Ukraine-Krise auf einem hohen Niveau. Zudem verschlechtern steigende Zinsen die jahrelang günstigen Finanzierungsbedingungen. Die nach wie vor hohen Preise dämpften auf allen Wirtschaftsstufen die Konjunktur. Zum Jahresende 2022 lag der ifo Geschäftsklimaindex bei 88,9 und stieg bis April auf 93,1. Ab Mai sank der ifo-Index fast stetig und lag zum Jahresende 2023 bei 86,4. Dies zeigt die Unsicherheit der Wirtschaft in der Krise, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Werbemärkte. Bei den Konsumenten zeichnet sich eine etwas andere Entwicklung ab. Der GfK-Konsumklima-Index lag im Dezember 2022 bei -40,1 und verbesserte sich im Jahresverlauf 2023 auf -27,6 im Dezember. Es zeichnete sich somit eine leichte Verbesserung bei der Konsumentenstimmung ab, wenngleich diese auch weiterhin auf einem niedrigen Niveau verbleibt.

Der RMS-Werbetrend aus Dezember 2023 weist Werbeaufwendungen im Jahre 2023 von insgesamt 34,5 Mrd. € aus, ein Plus von 0,3 Mrd. € bzw. 0,7 %. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio erhöhten sich um 2,9 %. Der Marktanteil der Gattung Radio stieg von 5,6 % auf 5,7 %.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr 2023 mit 1.846 T€ um 99 T€ unter dem Vorjahr.

Die Werbezeitenerlöse lagen im Geschäftsjahr 2023 mit 1.402 T€ leicht unter dem Niveau des Vorjahres (-42 T€).

Die Umsätze über die radio NRW GmbH reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber Vorjahr um 58 T€ auf 299 T€. Die für die Berechnung des Senderanteils maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-Fr.) bei den 14-49-jährigen lag in der E.M.A. 2023 I mit 5,9 % unter dem Vorjahresniveau (E.M.A. 2022 I => 6,7%). Zudem lag auch die Gesamtausschüttung durch radio NRW unter dem Vorjahr.

Auf der Kostenseite verringerten sich v.a. die allgemeinen Verwaltungskosten um 45 T€ sowie die Aufwendungen aus Konzernumlagen (Westfunk) um 31 T€. Im Gegenzug erhöhten sich v.a. die Kosten der Veranstaltergemeinschaft um 59 T€ sowie die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 21 T€.

Das Ergebnis nach Steuern liegt im Geschäftsjahr 2023 bei -186 T€ und damit um 251 T€ deutlich unter dem Vorjahresergebnis (+65 T€).

Das Planergebnis nach Steuern wurde um 243 T€ verfehlt. Die Werbezeitenumsätze (inkl. Erlöse Internet) lagen um 85 T€ unter dem Planziel. Die Gesamtausschüttung durch radio NRW hingegen lag um 17 T€ leicht über dem Ansatz im Wirtschafts- und Stellenplan. Auf der Aufwandsseite wurde der Plan 2023 um 76 T€ überschritten. Ursächlich hierfür waren u.a. höhere Marketing- und Technikkosten. Zudem war auch das Finanzergebnis um 97 T€ schlechter als geplant (i.W. zinsbedingt).

Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 297 T€ und liegt zum Ende des Geschäftsjahres 2023 bei 3.777 T€. Auf der Passivseite erhöhten sich die Steuerverbindlichkeiten um 52 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 244 T€. Auf der Aktivseite erhöhten sich v.a. das Anlagevermögen um 57 T€ (Investitionen Funkhaus), die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 37 T€, die sonstigen Forderungen um 69 T€ sowie der nicht durch Einlagen gedeckte Fehlbetrag um 140 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und liegt bei 1,9 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 71 T€.

Die Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co.KG in Höhe von 3.330 T€ wird durch bedingt rückzahlbare Gesellschafterdarlehen gem. § 6. Absatz 4 des Gesellschaftsvertrages, sowie einer Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG abgewendet.

Gesamtaussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Nach einem positiven Ergebnis im Vorjahr wurde das Geschäftsjahr 2023 leider wieder mit einem deutlich negativen Ergebnis abgeschlossen. Das Ergebnis lag somit sowohl unter Vorjahr (-251 T€) als auch unter Plan (-243 T€). Geringere Werbezeitenumsätze, höhere Kosten (v.a. in den Bereichen Technik, Marketing und Verkauf) sowie deutlich höhere Zinsaufwendungen führten zu der deutlichen Planunterschreitung im Ergebnis. Die Geschäftsführung erarbeitet vor allem mit den Veranstaltergemeinschaften und den FUNKE-internen Dienstleistern Konzepte und Veränderungen, um die Gesellschaft weiterhin wirtschaftlich tragfähig zu halten. Die Relevanz von Hörfunk als Werbemedium ist weiterhin gegeben. Für die Zukunft wird es wichtig sein, digitale Geschäftsfelder stetig weiterzuentwickeln und die Chancen, die sich im Verbund mit weiteren Mediengattungen, v. a. innerhalb der FUNKE MEDIENGRUPPE, aber auch innerhalb des Lokalfunksystems ergeben, zu heben.

Chancen und Risiken

Chancen

Der Marktanteil der Gattung „Radio“ ist im Geschäftsjahr 2023 leicht gestiegen. Eine signifikante Veränderung in den kommenden Jahren ist hieraus nicht ablesbar. Der Aus- und Aufbau digitaler Auftritte und Produkte soll weiter vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vor allem die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre zu erreichen.

Die Werbeangebote im Online Audio Bereich werden gut von den Werbetreibenden angenommen.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besteht die Hoffnung, dass sich sowohl der Energiepreis als auch der Inflationsanstieg in Deutschland weiterhin abschwächt, und durch ein mögliches Ende der Ukraine-Krise eine verhältnismäßige Normalisierung eintritt. Grundsätzlich ergibt sich im Jahre 2024 eine verbesserte Ausgangsposition im Vergleich zu den Jahren 2020 bis 2023 und es ist verhaltener Optimismus hinsichtlich einer Stabilisierung der Werbeeinnahmen gegenüber den Vorjahren angebracht.

Risiken

Für den Prognosezeitraum des nächsten Geschäftsjahres identifizieren wir keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2024 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann für die Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vorgenommen werden und die Gesellschaft entsprechend gesteuert werden. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

Prognosebericht

Im Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft wurden für das Geschäftsjahr 2024 Werbezeitenumsätze (inkl. Erlöse Internet) über dem Vorjahresniveau eingestellt (+84 T€). Die Umsätze über die radio NRW GmbH hingegen wurden um 112 T€ deutlich unter dem Vorjahr geplant. Dies resultiert v.a. aus einem zu erwartenden Gesamtausschüttungsbetrag seitens radio NRW, der deutlich unter dem Niveau der Vorjahre liegen wird. Die neuen Vermarktungsmöglichkeiten im Online-Audio-Bereich sollen verstärkt genutzt werden. Um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, bedarf es allerdings vor allem technischer Investitionen in die IT-Infrastruktur und der digitalen Auftritte des Senders.

Das Kostenniveau der Gesellschaft wurde in etwa auf dem Niveau des Vorjahres geplant (+11 T€). Den geringeren Verwaltungskosten (i.W. Einsparungen bei den Konzernumlagen) und geringeren Verkaufs- und Marketingkosten stehen v.a. deutlich höhere Kosten bei der Veranstaltergemeinschaft gegenüber.

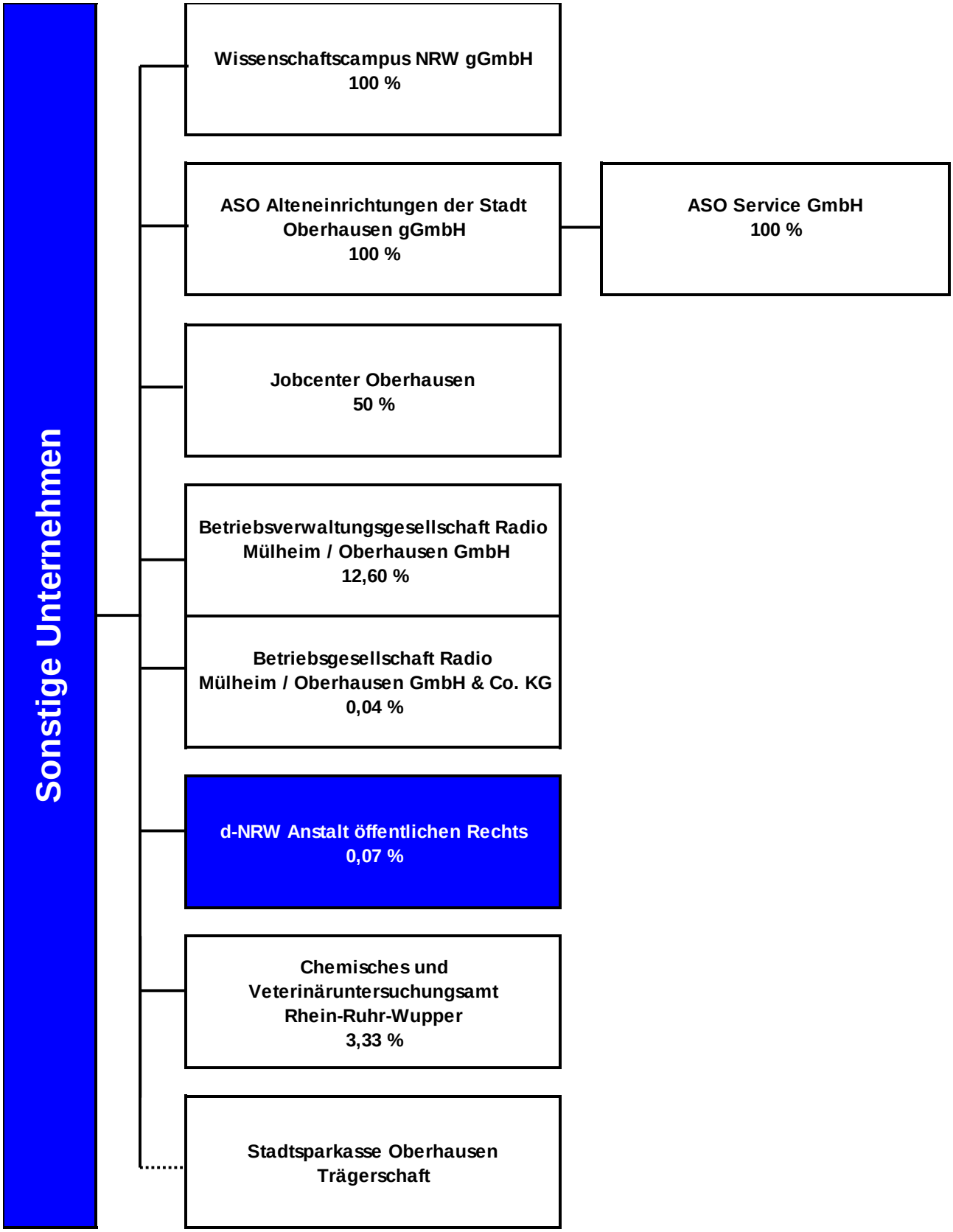
Die Reichweiten des Senders „Radio Mülheim/Oberhausen“ weisen in der E.M.A. 2023 I und E.M.A. 2024 I in der Zielgruppe 14-49 (Mo-Fr.) und 14+ (Mo-Fr.) eine durchschnittliche Stundenreichweite von 7,9 % (Planung 2024: 7,7 %) aus. Die Reichweite liegt somit leicht über dem Wert, welcher für den Wirtschafts- und Stellenplan berücksichtigt wurde. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft soweit möglich unterstützen, um die Reichweiten zu verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die Geschäftsführung nach jetzigem Stand ein negatives Ergebnis nach Steuern in Höhe von ca. 185 T€ (Prognose 2024), welches über dem Ergebnis des Wirtschafts- und Stellenplans 2024 (-219 T€) und auf dem Niveau des Vorjahres (-186 T€) liegen wird.

Essen, 30. April 2024

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG

Axel Schindler
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Str. 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/222438-10

Fax 0231/222438-11

e-Mail info@d-nrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 1.385,00

Gesellschafter:

	T€	%
div. Gebietskörperschaften des Landes NRW	382,00	27,58
Land NRW	1.000,00	72,20
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,00	0,07
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,00	0,07
Stadt Oberhausen	1,00	0,07

Gegenstand des Unternehmens:

Unterstützung ihrer Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt d-NRW AöR insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Lienenkamp, Roger
	stellv. Vorsitzender	Both, Markus
Verwaltungsrat:	Mitglied	Jägers, Diane
	Mitglied	Dr. Kuhn, Marco
	Mitglied	Dr. Oberheim, Heinz
	Mitglied	Dreyer, Simone
	Mitglied	Hamacher, Lee
	Mitglied	Kopietz, Sebastian
	Mitglied	Zillikens, Harald
	Mitglied	Jestaedt, Katharina
	Mitglied	Brügge, Dirk
	Mitglied	Wohland, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	51.001,54	101.209,08	129.383,24
sonstige betriebliche Erträge	344,20	432,74	102,71
Materialaufwand	47.342,14	96.866,33	123.389,75
Personalaufwand	3.312,70	4.039,92	4.892,95
Abschreibungen	39,78	45,63	56,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	636,77	676,09	1.147,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31,33	13,84	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-16,97	0,01	0,01
sonstige Steuern	-16,97	0,01	0,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	39,78	45,63	56,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	828,16	1.473,07	1.523,36	T€
Personalaufwandsquote:	6,45	3,97	3,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,33	0,29	0,12	%
Eigenkapitalquote:	13,64	11,10	5,92	%
Fremdkapitalquote:	86,36	88,90	94,08	%
Anlagendeckungsgrad 2:	3704,34	2073,50	1631,34	%
Verschuldungsgrad:	633,20	800,75	1587,79	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechts-

verordnung zur Aufgabenübertragung auf die d- NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach§ 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2023 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 385 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragsservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD- Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 T€ und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AöR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 T€ und einer Laufzeit von 4 Jahren,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 T€,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 T€ sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 T€ bis zum Jahresende 2028 zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT- Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online- Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d- NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (T€ 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten Aktiva	**T€**	**31.12. 2022**	**T€**	**31.12. 2023**	**Veränderung T€**
Anlagevermögen		140		179	+39
Umlaufvermögen		25.942		48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung		10		111	+101
Passiva					
Eigenkapital		2.897		2.914	+17
Fremdkapital		23.196		46.264	+23.068
Bilanzsumme		**26.093**		**49.178**	**+23.085**

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +T€ 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-T€ 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+T€ 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+T€ 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+T€ 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+T€ 17) und das Fremdkapital ist um +T€ 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+T€ 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+T€ 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-T€ 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht.

(+T€ 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+T€ 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+T€ 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+T€ 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-T€ 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

a) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+T€ 23.085), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+T€ 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt T€ 35.882 (31.12.2022: T€ 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

b) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Register- modernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förder- programmcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022 T€	**2023 T€**	**+/- Vj. T€**
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von T€ 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d- NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2022 T€	**2023 T€**	**+/- Vj. T€**
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	103.766	131.490	27.724
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	101.209	129.384	28.175

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +T€ 26.523 auf T€ 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. T€ 1.147 (Vorjahr: T€ 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten T€ 31 (Vorjahr: T€ 24), Raummiete T€ 201 (Vorjahr: T€ 195), Fortbildungskosten T€ 80 (Vorjahr: T€ 57), Rechts- und Beratungskosten T€ 90 (Vorjahr: T€ 105), Arbeitssicherheit/-medizin T€ (Vorjahr: T€ 5), Abschluss- und Prüfungskosten T€ 38 (Vorjahr: T€ 14), Buchführungskosten T€ 28 (Vorjahr: T€ 27) sowie Mitgliedsbeiträge T€ 15 (Vorjahr: T€ 0), Wartungskosten für Hard- und Software T€ 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten T€ 8 (Vorjahr: T€ 3), Repräsentationskosten T€ 19 (Vorjahr: T€ 12) und Reisekosten T€ 21 (Vorjahr T€ 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwahrentgelte (T€ 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt T€ 14) entfallen

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 1.766 (von ursprünglich T€ 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 40.529 (von ursprünglich T€ 200.000), „nrwGOV 2023-2026“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 3.774 (von ursprünglich T€ 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von T€ 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind. Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitende Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die d- NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der d- NRW AöR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanage- mentsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AöR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement- Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AöR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a. Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten.

Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrhein- westfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

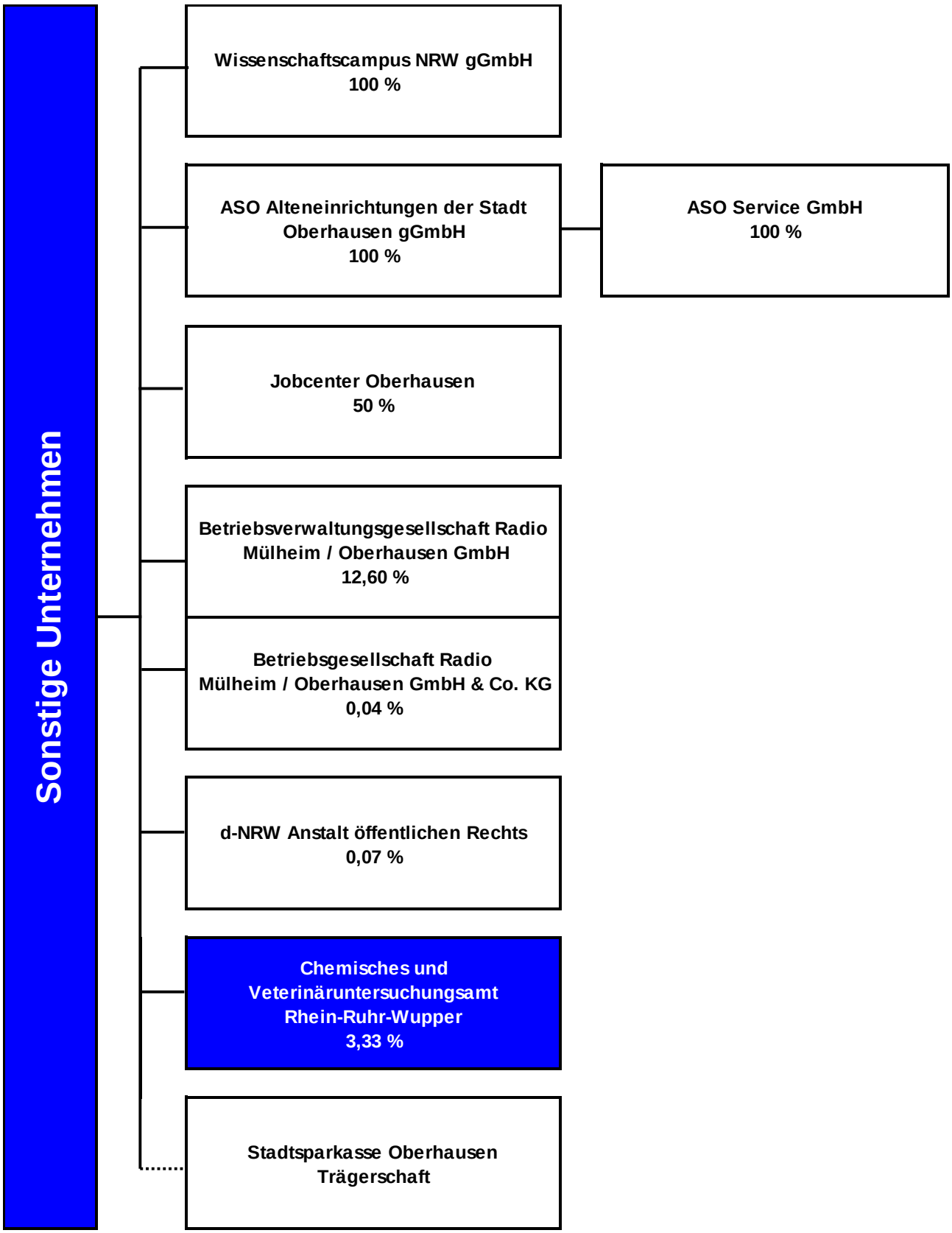
b. Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von T€ 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

Dortmund, 28.03.2024

d-NRW AöR

Dr. Roger Lienenkamp
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151/849-0
Fax	02151/849-4042
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	www.cvua-rrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 450,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Kleve	15,00	3,33
Kreis Mettmann	15,00	3,33
Kreis Rhein-Kreis Neuss	15,00	3,33
Kreis Viersen	15,00	3,33
Kreis Wesel	15,00	3,33
Land NRW	225,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	3,33
Stadt Düsseldorf	15,00	3,33
Stadt Essen	15,00	3,33
Stadt Krefeld	15,00	3,33
Stadt Mönchengladbach	15,00	3,33
Stadt Mülheim	15,00	3,33
Stadt Oberhausen	15,00	3,33
Stadt Remscheid	15,00	3,33
Stadt Solingen	15,00	3,33
Stadt Wuppertal	15,00	3,33

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Vorsitzende	Dr. Stappen, Martha

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Hülsenbusch, Michael
	stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Raskob, Simone
	Mitglied	Nocke, Matthias
	Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
	Mitglied	Welzel, Jan
	Mitglied	Hanheide, Nils
	Mitglied	Dr. Rauscher, Lutz
	Mitglied	Heil, Thomas
	Mitglied	Börger, Matthias
	Mitglied	Dr. Pawlowski, Sibylle
	Mitglied	Dr. Schmitz, Ferdinand
	Mitglied	Meyer, Klaus
	Mitglied	Petrauschke, Hans-Jürgen
	Mitglied	Franke, Anja

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	26.573,15	48,7	28.984,90	48,4	29.297,87	47,7
Umlaufvermögen	27.072,82	49,6	30.166,42	50,4	31.728,10	51,6
Rechnungsabgrenzungsposten	907,81	1,7	688,71	1,2	413,13	0,7
Bilanzsumme	**54.553,78**	**100,00**	**59.840,02**	**100,00**	**61.439,09**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	8.092,57	14,8	9.455,43	15,8	11.338,45	18,5
Rückstellungen	43.928,71	80,5	48.354,54	80,8	48.662,52	79,2
Verbindlichkeiten	2.147,24	3,9	1.822,65	3,0	1.089,51	1,8
Rechnungsabgrenzungsposten	385,25	0,7	207,40	0,3	348,61	0,6
Bilanzsumme	**54.553,78**	**100,00**	**59.840,02**	**100,00**	**61.439,09**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	28.388,67	28.326,28	28.227,11
sonstige betriebliche Erträge	21,02	117,76	33,69
Materialaufwand	8.027,82	7.448,68	7.016,09
Personalaufwand	9.306,60	12.027,46	11.565,76
Abschreibungen	1.471,15	1.437,48	1.390,07
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.776,68	5.430,50	6.153,09
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.697,61	649,78	270,67
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.714,29	1.446,84	523,44
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.810,76	1.302,86	1.883,02
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.810,76	1.302,86	1.883,02
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		126,71	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.810,76	1.176,15	1.883,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,38	4,60	6,67	%
Eigenkapitalrentabilität:	28,83	15,74	19,91	%
Cash-Flow:	3.281,91	2.740,34	3.273,09	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	174,56	163,94	154,43	T€
Personalaufwandsquote:	32,76	42,28	40,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,97	9,88	10,05	%
Eigenkapitalquote:	14,83	15,80	18,45	%
Fremdkapitalquote:	85,17	84,20	81,55	%
Anlagendeckungsgrad 2:	189,06	192,49	197,45	
Verschuldungsgrad:	574,12	532,86	441,86	

e) Lagebericht

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Che- mische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als An- stalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal sowie die Kreise Kleve, Mettmann, Rhein-Kreis-Neuss, Vier- sen und Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit fünfzehn Stim- men, vertreten.

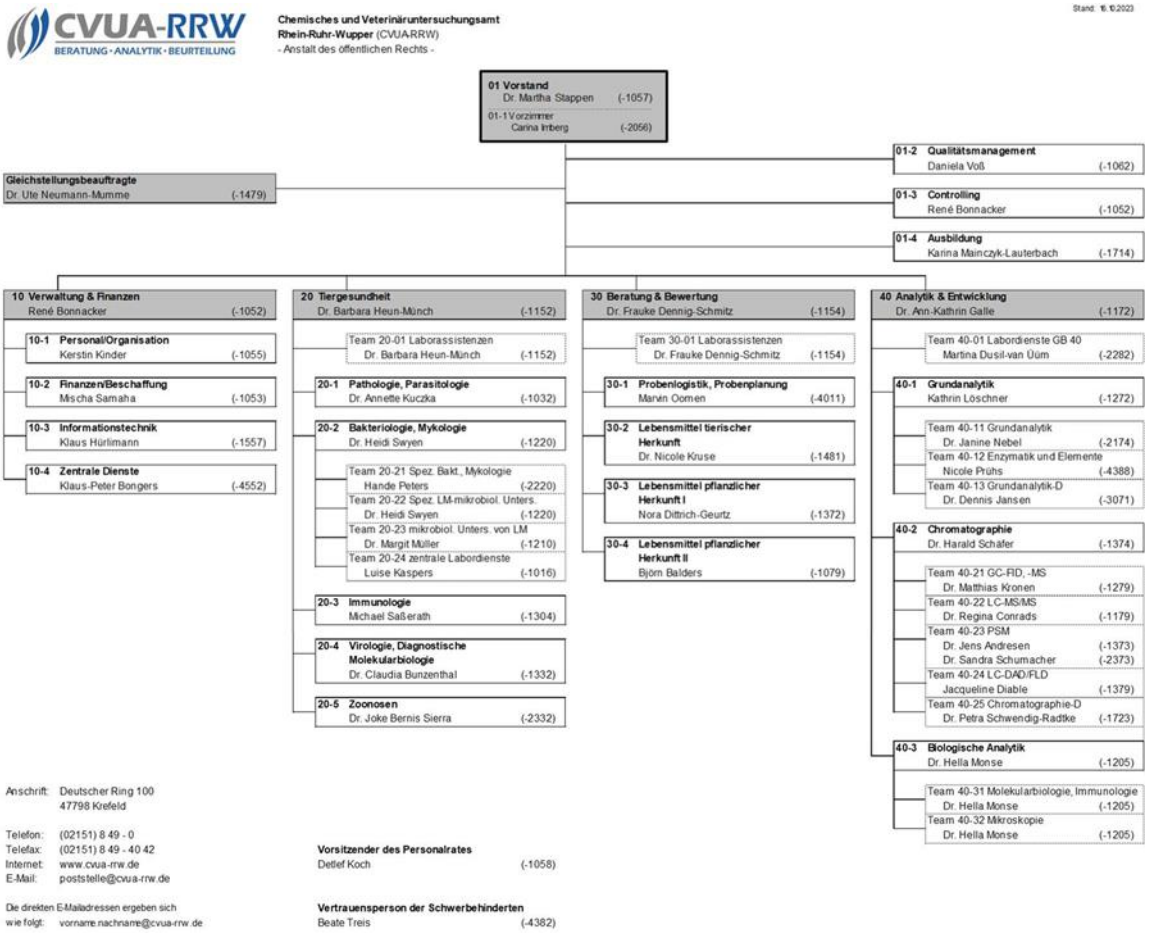
1.2 Organisation

Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungs- anstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verant- wortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar.

Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand:

Vorstandsvorsitzende:	Frau Dr. Martha Stappen
Vorstandsmitglied*:*	Herr Reiner Pöll (bis zum 31.03.2025 in der passiven Phase der Altersteilzeit)

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind. Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsfüh- rung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Drit- ten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweitzugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtlich benanntes Laboratorium gemäß Art. 37 (1) der VO (EU) 2017/625 aus.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kon- trolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:
- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Un- tersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amt- lichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsar- beiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszufüh- ren, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA- RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Ent- gelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA- RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Fut- termittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenstän- den und Kosmetika. Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Ge- schäftsjahr 2023 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:
1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:
4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:
5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2023 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ostwestfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Umlaufbeschluss zur Umstellung der Finanzierung im Abrechnungsverband II der Rhei- nischen Zusatzversorgungskasse

Mit Schreiben der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) vom 27. März 2023 teilt diese mit, dass zum Zwecke der Stabilisierung des Finanzierungssatzes, die Finanzierung im Ab- rechnungsverband II (AV II), die kapitalgedeckte Finanzierung ab dem 1. Januar 2024 bis auf Weiteres nur noch umlagefinanziert erfolgen soll. Nach § 8 Abs. 3 Nr. 4 IUAG NRW entschei- det der Verwaltungsrat über die Grundsätze des Personalwesens und der Personalentwick- lung, somit auch über die Festlegung und Finanzierung der Zusatzversorgungskasse. Mit Um- laufbeschluss vom 3. Mai 2023 beschließt der Verwaltungsrat die Umstellung des Finanzie- rungsverfahrens für zukünftige Anwartschaften und Ansprüche auf die Umlagefinanzierung im Rahmen der hybriden Finanzierung ab dem 1. Januar 2024.

2.1.2 Zukunftsfähigkeit der Liegenschaft CVUA-RRW in Krefeld

Seit 2019 berichtet der Vorstand regelmäßig im Verwaltungsrat über die bautechnischen Män- gel des aus den 60-iger Jahre stammenden Gebäudeteil. Im gleichen Jahr wurde der BLB, Niederlassung Duisburg, vom Vorstand gebeten die Zukunftsfähig zu überprüfen. Gemeinsam (BLB, Verwaltungsrat und Vorstand des CVUA-RRW) wurde beschlossen mit Hilfe eines ex- ternen Dienstleisters eine Bedarfsplanung durchzuführen. Das Ergebnis der Bedarfsplanung lag Mai 2021 vor und hielt eine Flächenerweiterung von 1.560 qm für notwendig. Im Anschluss wurde eine Machbarkeitsstudie (2021) durchgeführt. Die Prüfung ergab, dass das Grundstück am Deutschen Ring 100 keine baurechtliche Flächenerweiterung zulässt. Anmietung oder An- kauf von geeigneten Verwaltungs- und Laborflächen im näheren Umfeld wurden erfolglos ge- prüft. Als umsetzbare Variante im Rahmen der Machbarkeitsstudie verblieb der Neubau auf ein noch zu erwerbendes Grundstück in Krefeld. Das erste Mietangebot des BLB aus 2022 lag bei knapp 9 Mio. € und war wirtschaftlich nicht finanzierbar. Im Rahmen einer Flächenre- duzierung und Neukalkulation hat der BLB 2023 dem Verwaltungsrat ein überarbeitetes Mietangebot von 7 Mio. € vorgestellt. Insbesondere die dem Mietangebot des BLB zu Grunde liegende

Abschreibedauer trifft bei den kommunalen Träger auf großes Unverständnis und kann nicht mit den eigenen Vorgaben im Rahmen des NKF nachvollzogen werden.

2.1.3 Entgelte der Träger zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten des CVUA-RRW

Der Vorstand hat der AG Entgelte in ihrer Sitzung am 12. September 2023 die für das Ge- schäftsjahr 2024 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Die AG Entgelte ist dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt und schlägt dem Verwaltungsrat vor, die Entgelte in 2024 um 1,0 % zu erhöhen. Diese Steigerung reicht aus, um unter Einbeziehung der noch zur Ver- fügung stehenden Finanzmittel in der Allgemeinen Rücklage und in der Kapitalrücklage den prognostizierten Fehlbetrag von ca. 1.240 Tsd. € zu decken.

2.1.4 Vorzeitige Standortschließung Düsseldorf

Der Stadt Düsseldorf als Vermieter der Laborräume in der Ulmenstr. 215 in Düsseldorf wurden seit 2020 Schäden an der technischen Sicherheitsausstattung (Abzüge und der Gesamtlüf- tungsanlage) gemeldet. Die Schäden haben zu erheblichen Einschränkungen geführt. Die Reakkreditierung durch die Deutsche Akkreditierungsgesellschaft (DAkkS) fand im März 2023 statt. Bedingt durch die nicht vollständig funktionierende und nicht TÜV-abgenommene Lüf- tungsanlage konnten nicht alle Vorbereitungen (Validierung von Untersuchungsverfahren bei denen Gefahrstoffe verwendet werden) abgeschlossen werden. In Folge dessen konnten ei- nige Prüfbereiche nicht auditiert und dürfen somit am Standort Düsseldorf nicht als akkredi- tierte Verfahren angegeben werden. Als Folge dessen, mussten einige physikalische-chemische Untersuchungsverfahren zwangsweise an den Standort Krefeld verlagert werden. Sofern die technischen Mängel behoben würden und die Abnahme durch den TÜV erfolgt, sind er- neute kostenpflichtige Auditierungen durch die DAkkS erforderlich, um Prüfbereiche erneut als akkreditierte Verfahren zuzulassen. Im Hinblick auf eine Nichtverlängerung des Untermietver- trages über den 31. Dezember 2024 hinaus und der im Vorfeld zu organisierenden Überleitung der Aufgaben an den Standort Krefeld ist diese Vorgehensweise nicht wirtschaftlich. Aus die- sen Gründen hat der Vorstand den Verwaltungsrat gebeten, die Arbeiten im Labor am Standort Düsseldorf zum 31. Dezember 2023 einzustellen und an den Standort Krefeld zu verlegen. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 14. Juni 2023 der vorzeitigen Überleitung der Aufgaben vom Standort Düsseldorf an den Standort Krefeld zum 31. Dezember 2023 zuge- stimmt.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat das Geschäftsjahr 2023 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.883 Tsd. € abgeschlossen. Im Vergleich zum Vor- jahr hat sich das Jahresergebnis um rund 580 Tsd. € (Jahresüberschuss 2023: rund
1.303 Tsd. €) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 28.227 Tsd. € und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2023	IST 2022	Differenz
Umsatzerlöse	28.227.114,12 EUR	28.326.275,59 EUR	-99.161,47 EUR
Gebühren	1.092.153,43 EUR	1.564.834,84 EUR	-472.681,41 EUR
Entgelte	27.027.680,00 EUR	26.631.241,00 EUR	396.439,00 EUR
Sonstige Umsatzerlöse	107.280,69 EUR	130.199,75 EUR	-22.919,06 EUR

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 99 Tsd. € gesunken. Der Rückgang bei den Gebühreneinnahmen um knapp 473 Tsd. € resultiert auf den Rück- gang der Untersuchungen für den Nachweis auf den Covid19-Erreger und auf den Rückgang von Untersuchungen im Rahmen der Tiergesundheit. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 107 Tsd. € sind Zuschüsse des Landes für die Finanzie- rung von Untersuchungsprojekten sowie zur Unterstützung der Ausbildung.

Die Entgelte gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2023	IST 2022	Differenz
Entgelte	27.027.680,00 EUR	26.631.241,00 EUR	396.439,00 EUR
Landesentgelt	12.154.639,00 EUR	11.975.014,00 EUR	179.625,00 EUR
Kommunales Entgelt	14.852.451,00 EUR	14.632.957,00 EUR	219.494,00 EUR
Sonstiges Entgelt	20.590,00 EUR	23.270,00 EUR	-2.680,00 EUR

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 95,75 %.

Neben diesen Erträgen sind im Geschäftsjahr 2023 sonstige finanzwirksame Erträge in Höhe von rund 58 Tsd. € (Vorjahr: 118 Tsd. €) verbucht worden.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 270 Tsd. € auf rund 1,88 Mio. € gesunken. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 497 Tsd. € auf rund 13,543 Mio. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf die tariflichen Anpassungen zurückzuführen. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für die Altersversorgung betragen in 2023 3,1 Mio. € im Vergleich zu 4,22 Mio. € im Vorjahr. Der Veränderung ist hauptsächlich auf die Änderung der Bewertung der Rückstellungen Pensionen und Beihilfen zurückzuführen.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 42 Tsd. € (Vorjahr: 40 Tsd. €).

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfen entsprach einem Aufwand i.H.v. 0,3 Mio. € (0,8 Mio. € im Vorjahr).

Die im Geschäftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.390 Tsd. € liegen um rund 47 Tsd. € unter den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 59.840 Tsd. € auf 61.439 Tsd. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen und das positive Ergebnis des Jahresabschlusses 2023 begründet. Die Liquidität war während des gesamten Berichtsjahres und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert; das CVUA-RRW kam im abgeschlossenen Geschäftsjahr jederzeit ihren Zahlungsverpflich- tungen nach.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

		2023 Tsd. EUR	**2022** Tsd. EUR
1.	Jahresergebnis	1.883	1.303
2.	+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.390	1.438
3.	+/- Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	56	3.629
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	2
5.	-/+ Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	4	8
6.	+/- Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	252	797
7.	-/+ Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.063	-722
8.	+/- Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-592	-502
9.	**Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit**	4.056	5.953
10.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.500	-1.190
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-207	-121
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-2.550
13.	**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	-1.707	-3.861
14.	+ Einzahlungen der Träger	0	60
15.	- Auszahlungen an die Träger	0	0
16.	**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	0	60
17.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2.349	2.152
18.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.041	6.889
19.	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	11.390	9.041

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	IST 2023	Plan 2023	IST 2022
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.883.019,98 EUR	-1.176.212,84 EUR	1.302.858,14 EUR
Umsatzerlöse	28.227.114,12 EUR	28.177.951,82 EUR	28.326.275,59 EUR
Umsatzrendite in %	**6,67%**	**-4,17%**	**4,60%**

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 € Umsatz verdient hat.

Das CVUA-RRW ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucher- schutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu knapp 96 % aus Trägerentgelten. Da der Be- triebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Das gute Jahresergebnis 2023 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Übergangs- frist für die Anwendung des § 2b UStG bis zum 31.12.2024 verlängert wurde und die anste- henden Mehrbelastungen im Rahmen der Gestellungsverträge schon zum 01.01.2023 mit in den Entgeltzahlungen einkalkuliert wurden. Des Weiteren haben sich die steigenden Leitzin- sen positiv auf die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen ausgewirkt.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

B. Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2023	Plan 2023	IST 2022
Eigenkapital	11.338.452,79 EUR	7.074.543,33 EUR	9.455.432,81 EUR
Bilanzsumme	61.439.094,41 EUR	57.184.575,33 EUR	59.840.024,75 EUR
Eigenkapitalquote in %	**18,45%**	**12,37%**	**15,80%**

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Steigung der Eigenkapitalquote in 2023 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das positive Jahresergebnis zurückzuführen. Das im Gegensatz zum Plan 2023 verbesserte Jahresergebnis führte zu ei- nem Anstieg der Eigenkapitalquote.

B. Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2023	Plan 2023	IST 2022
Rückstellungen	48.662.520,00 EUR	47.537.032,00 EUR	48.354.538,00 EUR
Bilanzsumme	61.439.094,41 EUR	57.184.575,33 EUR	59.840.024,75 EUR
Rückstellungsquote in %	**79,20%**	**83,13%**	**80,81%**

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftretens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihil- fen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklungen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2023 waren im CVUA-RRW 270 Personen beschäftigt (eigenes und ge- stelltes Personal), davon 209 weibliche und 61 männliche. Das Durchschnittsalter der Mitar- beitenden im CVUA-RRW beträgt 48,44 Jahre (2022: 48,38 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	**20-29**	**30-39**	**40-49**	**50-60**	**>60**
Anzahl	15	60	51	104	40

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

Der aktuelle Nutzen der Whole Genom Sequencing (WGS, Ganzgenomsequenzierung) syno- nym auch Next Generation Sequencing (NGS)

Gemäß dem strategischen und operativen Ziel III des mehrjährigen nationalen Kontrollplans der Bundesrepublik Deutschland für die Geltungsperiode 01.01.2022 bis 31.12.2026 gilt es zur Optimierung der Aufklärung und Prävention von lebensmittelbedingen Krankheitsausbrüchen koordinierte interdisziplinäre Kontrollkonzepte unter Nutzung neuer Analysemethoden wie der Whole Genom Sequencing (Ganzgenomsequenzierung, WGS) zu entwickeln. Dabei werden im ganzheitlichen One-Health-Ansatz der Tiergesundheitsbereich, die Tierarzneimittelüberwa- chung, die Humanmedizin und die Lebensmittelüberwachung in den Blick genommen. Insbe- sondere stehen hier pathogene Keime für den Menschen wie z. B. Listeria monocytogenes, Salmonella, Campylobacter und STEC, sowohl im Sektor der Tierhaltung, der Futtermittelher- stellung, als auch in der Produktion Lebensmittel tierischer Herkunft und pflanzlicher Herkunft vermehrt im Fokus.

Mit der Ganzgenomsequenzierung und der anschließenden bioinformatischen Analyse lassen sich genetische Verwandtschaftsbeziehungen von bakteriellen Zoonoseerregern in höchst- möglicher Auflösung untereinander darstellen. So können Hinweise auf epidemiologische Zu- sammenhänge ermittelt werden. Der Ansatz trägt somit zur Prävention durch Aufdeckung von Eintrags- und Verbreitungsquellen entlang der Lebensmittelkette sowie zur Unterstützung von Ausbruchsgeschehen bei, obwohl einzelne Erkrankungen durchaus zeitlich und räumlich (überregional) ausgedehnten Ausbrüchen zugeordnet werden können.

Die Kontaminationsrisiken bei Listeria monocytogenes sind nicht zu vernachlässigen, können doch sogar Todesfälle folgen und großbetriebliche Schließungen drohen.

Ziel eines unter Beteiligung der CVUÄ-OWL und –RRW erstellten fachlichen und technischen Konzeptes war daher ein NRW-weit harmonisiertes Vorgehen zur Nutzung der NGS-Analytik zu etablieren.

Die im CVUA-RRW als amtliches Untersuchungsverfahren etablierte Ganzgenomsequenzie- rung wurde im vergangenen Jahr akkreditiert, so dass den Kreisordnungsbehörden nun justi- ziable Verfahren zur Verfügung stehen. Im nächsten Schritt werden die ständig steigenden genomischen Daten in einer gemeinsamen Datenbank hinterlegt, so dass sie retrospektiv bi- oinformatorisch ausgewertet werden können. Ziel ist die Nutzung der Technik für alle Lebens- mittel- und Tiergesundheits- relevanten pathogenen Zoonoseerreger.

Die Kreisordnungsbehörden der Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln wurden im Rahmen einer Fortbildung am 10.08.2023 durch das CVUA-RRW über die Anwendung der neuen Tech- nik informiert. Die Bedeutung zeigt sich zukunftsgewandt auch in der Schaffung des neuen Fachgebietes „Zoonosen“ im CVUA—RRW.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	Plan 2024	**IST 2023**	**Plan 2023**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.240.318,03 EUR	1.883.019,98 EUR	-1.176.212,84 EUR
Umsatzerlöse	28.430.648,25 EUR	28.227.114,12 EUR	28.177.951,82 EUR
Umsatzrendite in %	**-4,36%**	**6,67%**	**-4,17%**

B. Kennzahlen zur Vermögenslage

	Plan 2024	**IST 2023**	**Plan 2023**
Eigenkapital	8.108.791,73 EUR	11.338.452,79 EUR	7.074.543,33 EUR
Bilanzsumme	59.921.510,73 EUR	61.439.094,41 EUR	57.184.575,33 EUR
Eigenkapitalquote in %	**13,53%**	**18,45%**	**12,37%**

	Plan 2024	**IST 2023**	**Plan 2023**
Rückstellungen	49.615.719,00 EUR	48.662.520,00 EUR	47.537.032,00 EUR
Bilanzsumme	59.921.510,73 EUR	61.439.094,41 EUR	57.184.575,33 EUR
Rückstellungsquote in %	**82,80%**	**79,20%**	**83,13%**

Aufgrund des guten Jahresabschlusses 2022 und im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung 2024 ermittelte guten Prognose 2023 wurden nur mit leicht steigenden Entgelte für 2024 kal- kuliert. Dies bewirkt den geplanten Rückgang der Umsatzrendite als auch den geplanten Rück- gang der Eigenkapitalquote. Der Anstieg der Rückstellungen um 1 Mio. € ist im Wesentli- chen darauf zurückzuführen, dass das gute Tarifergebnis der tariflich Beschäftigten auch auf die Beamten und Pensionäre übertragen wird.

3.2.2 Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjah- resentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1. Branchenbericht

Umsatzsteuerverpflichtung der CVUÄ im Rahmen der Personalgestellung

Die Übergangsfrist für die Anwendung des § 2b UStG läuft am 31.12.2024 aus, deshalb ist davon auszugehen, dass ab dem 01.01.2025 voraussichtlich alle Träger, die Personal an das CVUA-RRW stellen, Umsatzsteuer auf die Personalkosten weiterbelasten werden. Dies führt zu einer erheblichen Mehrbelastung. Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung sind diese zusätzlichen Personalkosten mitkalkuliert und in den Entgeltbeträgen der Träger mitberück- sichtigt worden.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 Zukunftsfähigkeit der Liegenschaft CVUA-RRW in Krefeld

Der Vollzug des Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsgegenständerechts, des Weinrechts und des Tabakerzeugnisgesetzes obliegt den Kreisordnungsbehörden als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung. Dabei bedient sich die Kreisordnungsbehörde zur Durchführung ihrer Aufgaben der integrierten Untersuchungsämter. Die Einzugsbereiche werden in der Errich- tungsVO festgelegt und Träger des CVUA-RRW sind das Land und die Kommunen des Re- gierungsbezirkes Düsseldorf. In Nordrhein-Westfalen wurden bis zur Errichtung der Anstalten des öffentlichen Rechtes amtliche Untersuchungen in Bereichen des Verbraucherschutzes seinerzeit in 16 kommunalen und vier staatlichen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt. In den anderen Bundesländern werden diese Aufgaben bereits seit langem landesweit gebün- delt wahrgenommen. Insofern bestanden bereits seit Jahren Überlegungen, die Untersu- chungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu konzentrieren, um insbesondere zu einer ef- fektiveren und effizienten Auslastung der Einrichtungen zu gelangen. Hinzu kam, dass die Untersuchung von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen und Tabaker- zeugnissen hinsichtlich der Analytik, der Geräteausstattung, der räumlichen Ausstattung sowie der fachlichen Anforderungen an das Personal zunehmend spezieller wurde. Eine Zusammenführung der Lebensmittelüberwachung mit der Futtermittelüberwachung und veterinärmedizinischen Untersuchungen ermöglichte eine optimierte Geräte- und Gebäudeauslastung sowie den von Spezialisten unter Berücksichtigung des Leitgedankes eines ganzheitlichen Verbraucherschutzes nach den damaligen Vorgaben des Weißbuches der Europäischen Kommission“vom Acker bis auf den Tisch“. Diese übertragenen Pflichtaufgaben erledigt das CVUA-RRW in einer Liegenschaft in Krefeld, die vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) vermietet wird. Der Mietvertrag wurde im Jahr 2002 mit dem Umweltministerium, vertreten durch das staatl. Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, abgeschlossen. Der Mietvertrag wurde 2011 mit Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes (für die damaligen kommunlen Labore in Essen, Wesel, und Wuppertal) bis 2037 zwischen dem nun mehr CVUA-RRW und dem BLB verlängert. Die Liegenschaft stößt räumlich als auch technisch mittlerweile an ihre Grenzen. Bisher durchgeführte Verhandlungen mit dem BLB haben noch nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt und werden in 2024 vorgesetzt.

4.2.2 Mietaufhebungsvertrag über ein Gewerberaumuntermietverhältnis

In der Verwaltungsratssitzung vom 14.06.2023 wurden die Probleme mit dem Standort Düsseldorf Ulmenstraße beschrieben. Der Beschluss zur vorzeitigen Standortauflösung wurde gefassst. In einem beauftragten Rechtsgutachten wurde die Fragestellung bewertet, ob dem CVUA-RRW (Untermieter) gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorft (Hauptmieter) hinsichtlich des Mietverhältnisses über Teile der Immobilie Ulmenstraße 215 in Düsseldorf eines der nachfolgenden Gestaltungsrechte zusteht:

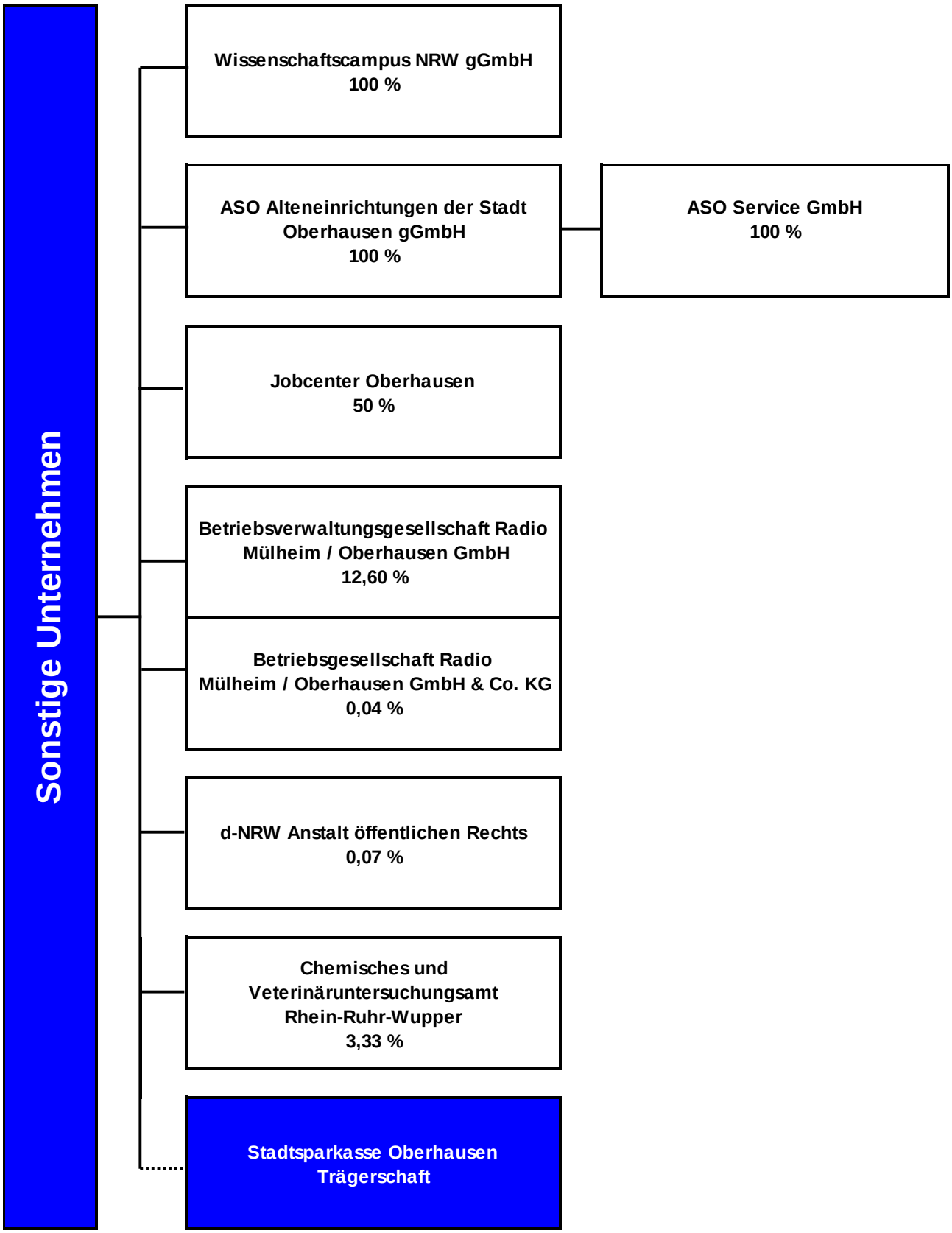
1. Ordentliche Kündigung
2. Außerordentliche Kündigung
3. Minderung

Die Landeshauptstadt Düsseldorf zeigt sich aufgeschlossen und gesprächsbereit, da zumindest über einen Teil der vermiteten Flächen ans CVUA-RRW eine Folgenutzung für die Landeshauptstadt in 2024 angestrebt sei. Dies könnte zu einer Mietreduzierung des noch bis zum 31.12.2024 laufenden Mietvertrages führen.

Krefeld, 30. April 2024

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
- Anstalt des öffentlichen Rechts - (CVUA-RRW)

Dr. Martha Stappen
Vorstand


Sonstige Unternehmen
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2023)

Vorstand:	Vorsitzender	Mebus, Oliver
	Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzende	Bongers, Sonja
	2. stellv. Vorsitzender	Benter, Christian
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
	stellv. Mitglied	Bletgen, David
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Driever, David
	stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
	stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Osmann, Denis

stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
stellv. Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Midzic, Belinda
stellv. Mitglied (AN)	Schäfer, Marc
stellv. Mitglied (AN)	Schwarz, Alexa

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,03
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung GmbH & Co. KG	0,50	50,00
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung Verwaltungsgesellschaft mbH	12,50	50,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	23,01	9,00
ProEco Rheinland GmbH & Co. KG	245,38	1,55
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28.182,82	1,42
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Immobilien Oberhausen GmbH	6.355,00	100,00
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	250,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	297.459,21	10,6	53.312,15	1,8	47.891,68	1,7
Forderungen an Kreditinstitute	80.244,22	2,9	349.045,69	12,0	408.778,49	14,2
Forderungen an Kunden	2.059.643,48	73,3	2.147.905,69	73,8	2.096.028,09	73,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	99.634,78	3,5	90.664,27	3,1	70.731,10	2,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	179.789,71	6,4	173.509,16	6,0	156.783,45	5,5
Beteiligungen	31.778,35	1,1	31.778,35	1,1	31.773,43	1,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	875,00	0,0	6.705,00	0,2	6.705,00	0,2
Treuhandvermögen	9.392,75	0,3	9.003,16	0,3	7.568,20	0,3
Immaterielle Anlagewerte	22,77	0,0	20,99	0,0	30,79	0,0
Sachanlagen	35.250,52	1,3	33.837,26	1,2	32.609,37	1,1
Sonstige Vermögensgegenstände	4.002,85	0,1	2.227,62	0,1	1.046,40	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	173,32	0,0	193,49	0,0	360,90	0,0
Aktive latente Steuern	11.656,90	0,4	10.592,90	0,4	9.724,00	0,3
Bilanzsumme	**2.809.923,85**	**100,00**	**2.908.795,73**	**100,00**	**2.870.030,90**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	429.122,27	15,3	418.238,14	14,4	343.536,60	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.122.897,15	75,5	2.223.942,53	76,5	2.248.466,75	78,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	23.334,09	0,8	23.895,30	0,8	10.178,03	0,4
Treuhandverbindlichkeiten	9.392,75	0,3	9.003,16	0,3	7.568,20	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	1.203,42	0,0	2.108,43	0,1	3.339,63	0,1
Rechnungsabgrenzungsposten	53,83	0,0	102,98	0,0	77,52	0,0
Rückstellungen	38.540,88	1,4	44.490,70	1,5	47.781,21	1,7
Genußrechtskapital	268,94	0,0	125,68	0,0		
Fonds für allgemeine Bankrisiken	52.415,24	1,9	52.415,24	1,8	69.615,24	2,4
Eigenkapital	132.695,29	4,7	134.473,59	4,6	139.467,73	4,9
Bilanzsumme	**2.809.923,85**	**100,00**	**2.908.795,73**	**100,00**	**2.870.030,90**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Zinserträge	45.920,68	46.789,31	75.737,24
Zinsaufwendungen	16.327,90	10.689,77	28.201,26
Laufende Erträge	3.208,75	3.061,60	4.580,51
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	400,00	470,00	462,00
Provisionserträge	26.784,97	28.496,01	28.736,97
Provisionsaufwendungen	2.186,75	1.725,44	1.382,15
Sonstige betriebliche Erträge	7.150,18	7.328,75	4.116,19
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	49.690,66	51.787,12	54.264,96
hierin: Personalaufwand	31.855,34	33.852,00	34.281,61
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.042,31	2.015,17	2.173,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.789,13	1.779,56	1.930,70
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00	
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	286,31	7.391,10	573,05
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1.815,50	16.080,04	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00		5.183,24
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00		
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	3.550,00		17.200,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	6.348,64	9.459,68	14.236,77
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.105,85	7.496,18	9.061,88
Sonstige Steuern	189,55	185,20	180,74
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.053,24	1.778,30	4.994,14
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.053,24	1.778,30	4.994,14

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3	2,26	4,56	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,57	1,34	3,71	%
Cash-Flow:	2.053,24	1.778,30	4.994,14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	169.211,53	179.129,36	252.925,45	T€
Personalaufwandsquote:	41,74	42,95	31,30	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,25	1,16	1,14	%
Eigenkapitalquote:	4,72	4,62	4,86	%
Fremdkapitalquote:	95,28	95,38	95,14	%
Verschuldungsgrad:	2017,58	2063,10	1957,85	

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 8155 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Oberhausen. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die Landkreise Wesel, Recklinghausen sowie die Städte Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) hat am 27.08.2021 einen Beschluss zur Weiterentwicklung des gemeinsamen Sicherungssystems gefasst. Mit ihrer Entscheidung ist die Gruppe entsprechenden Feststellungen der Aufsichtsbehörden nachgekommen. Kern der Einigung ist u. a. ein zusätzlicher Sicherungsfonds (Zusatzfonds), der von den Instituten ab 2025 zu befüllen ist und zusätzlich zu den bestehenden Sicherungsmitteln zur Verfügung stehen soll. Damit soll ermöglicht werden, im Falle einer Krise noch schneller handlungsfähig zu sein.

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß ihrer Geschäftsstrategie das einer „multikanalen Vertriebssparkasse“. Neben den stationären Vertriebskanälen und dem SB-Vertrieb stellen das Online-/Mobile-Banking sowie das Kunden-Service-Center (KSC), das Digitale Beratungs-Center (DBC) und das BusinessCenter (BC) weitere wichtige und auszubauende Vertriebskanäle dar.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,4 % auf 506 verringert, von denen 176 teilzeitbeschäftigt sowie 28 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 7 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 reduziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2023

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verschlechterten sich im Jahr 2023 erneut. Die geopolitische Lage verschärfte sich: zu dem fortdauernden Krieg in der Ukraine kamen die Terroranschläge auf Israel, und auch die Beziehungen zwischen China und den westlichen Staaten verschlechterten sich weiter.

Die Prognose zur Entwicklung der weltweiten Produktion, die der Internationale Währungsfonds (IWF) zum Jahresbeginn 2023 veröffentlicht hatte (+2,9%), wurde mit 3,1% leicht übertroffen, u.a. aufgrund der dynamischeren wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und in mehreren Schwellenländern. Der Welthandel nahm jedoch lediglich um 0,4% zu, statt wie prognostiziert um 2,4% zuzulegen, was die deutsche Exportwirtschaft deutlich belastete.

Deutschland verzeichnete im Jahr 2023 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 0,3% (arbeitstäglich bereinigt: -0,1%), die Prognosen hatten zwischen -0,7% bis +0,3% gelegen. Der BIP-Rückgang um 0,3% war insbesondere auf die Entwicklung der Konsumausgaben zurückzuführen. Die staatlichen Konsumausgaben wurden um 1,5% verringert und reduzierten das BIP damit um 0,3 Prozentpunkte. Die privaten Konsumausgaben legten nominal um 5,6% zu, gingen jedoch bedingt durch die hohe Inflation real um 0,7% zurück, was das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,4 Prozentpunkte verminderte.

Der Außenhandel, der sich in den Vorjahren erholt hatte, entwickelte sich im Jahr 2023 rückläufig. Da die Importe mit einem Minus von 3,4% jedoch stärker zurückgingen als die Exporte (-2,2%), erhöhte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,6 Prozentpunkte.

Die sinkende Investitionstätigkeit reduzierte das BIP-Wachstum im Jahr 2023 um 0,1 %-Punkt. Während sich sowohl die Bauinvestitionen wie auch die Investitionen in sonstige Anlagen reduzierten, konnten die Ausrüstungsinvestitionen als einzige Verwendungskomponente des BIP 2023 real zulegen (+3,0%). Hierbei ist jedoch ein Sondereffekt zu beachten, da der staatliche Umweltbonus für gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge zu einem deutlichen Anstieg der gewerblichen Pkw-Neuzulassungen geführt hat.

Während der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in 2022 zu rasant steigenden Energiepreisen und einer hohen Versorgungsunsicherheit geführt hatte, standen in 2023 die negativen Folgeeffekte im Mittelpunkt, allen voran die Zinswende als Reaktion auf die hohe Inflation. Die Energiepreise blieben jedoch – trotz des deutlichen Rückgangs im Vergleich zu den Höchstständen im Jahr 2022 – hoch und belasteten insbesondere die energieintensiven Industriezweige. Von Produktionsproblemen aufgrund von Materialengpässen berichteten im Jahresdurchschnitt noch rund ein Drittel der Unternehmen.

Die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen in 2023 deutlich um 6,1% zu. Da jedoch die Verbraucherpreise fast im gleichen Maße stiegen, blieben die real verfügbaren Einkommen im Vergleich zum Vorjahr beinahe unverändert. Die im Vorjahr deutlich rückläufige Sparquote erhöhte sich im Jahr 2023 von 11,1% auf 11,4%. Damit lag die Sparquote leicht über dem Niveau vor dem Ausbruch der Pandemie (Jahresdurchschnitt 2017 - 2019: 10,9%).

Erste Folgen der konjunkturellen Schwächephase für den deutschen Arbeitsmarkt hatten sich bereits im Jahresverlauf 2022 gezeigt und verstärkten sich im abgelaufenen Jahr. So nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2023 um 191.000 (+8%) auf 2.609.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote stieg von 5,3% im Jahr 2022 auf 5,7% im vergangenen Jahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg dagegen um ca. 333.000 auf 45,93 Mio., noch nie waren mehr Menschen in Deutschland erwerbstätig. Allerdings fiel der Zuwachs mit +0,7% nicht mehr so deutlich aus wie in den Vorjahren und schwächte sich im Jahresverlauf ab. Der größte Teil des Anstiegs entfiel auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die von Juni 2022 bis Juni 2023 um 264.000 Personen zunahm.

Der Arbeitsmarkt hatte sich in den vergangenen Jahren auch deshalb als so robust erwiesen, weil die befürchtete Zunahme der Unternehmensinsolvenzen als Folge der Corona-Pandemie ausgeblieben war. Verschiedene Sonderregelungen im Insolvenzrecht, aber auch staatliche Stützungsmaßnahmen sowie die starke Ausweitung des Kurzarbeitergeldes hatten dafür gesorgt, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage wenige Unternehmen in der Hochphase der Pandemie Insolvenz anmelden mussten. Mit dem schrittweisen Auslaufen dieser Maßnahmen und den wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine endete der langjährige Trend sinkender Unternehmensinsolvenzen in 2022 (+3,8%).

Im Jahr 2023 schlugen sich die weitere Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die hohen Kostensteigerungen der vergangenen Jahre und die Belastung aufgrund des deutlichen Zinsanstiegs dann deutlich in den Insolvenzzahlen nieder. Die Zahl stieg um 23,5% auf geschätzte 18.100 Unternehmensinsolvenzen, lag damit jedoch immer noch knapp unter dem Niveau von 2019 (18.830) und weit entfernt von den Insolvenzzahlen früherer Jahre (z.B. 2013: 26.120).

Alle Wirtschaftssektoren verzeichneten zweistellige Zuwächse der Insolvenzzahlen. Den stärksten Anstieg gab es im Verarbeitenden Gewerbe (+30,2%) und im Handel (+26%). Die Zahl der Insolvenzen im Baubereich stieg zwar weniger stark (+20,8%), das Insolvenzrisiko ist in diesem Bereich jedoch allgemein am höchsten. Durch den Bauboom der vergangenen Jahre hatte sich der Abstand zu den anderen Wirtschaftsbereichen verringert, er ist aber in den vergangenen zwei Jahren wieder stärker gestiegen. Im Jahr 2022 lag die Insolvenzquote im Baugewerbe bei 81 (Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen), gefolgt vom Handel mit einer Quote von 62.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland im Gesamtjahr 2023 um 5,9% gestiegen. Bis auf das Vorjahr, in dem die Inflationsrate 6,9% betragen hatte, war dies der stärkste Anstieg seit 1981. Dazu trug erneut die Preisentwicklung bei der Haushaltsenergie bei, die sich um durchschnittlich 14% verteuerte, wobei sich die Preise der einzelnen Haushaltsenergieprodukte sehr unterschiedlich entwickelten. Auch die Nahrungsmittelpreise legten erneut zweistellig zu (+12,4%) und lagen damit im Jahresdurchschnitt 2023 gut 30% über dem Basisjahr 2020.

Der Blick auf die Inflationsentwicklung im Jahresverlauf zeigt einen fast durchgängigen Rückgang. Der Anstieg der Inflationsrate zum Jahresende ist auf einen statistischen Basiseffekt zurückzuführen, da der Staat die Abschlagszahlungen der privaten Haushalte für Gas und Fernwärme im Dezember 2022 übernommen hatte, was nun wegfiel.

Die Situation im Wohnungsbau hat sich 2023 angesichts stark gestiegener Zinsen und der Kostensteigerungen durch die Inflation weiter eingetrübt. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen sank im Vergleich zum Vorjahr um 94.100 (-26,6%) auf 260.100 und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 2012. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind im Gesamtjahr 2023 um 4,4% (real) gesunken, haben sich jedoch zuletzt stabilisiert.

Die Baukonjunktur wurde eine Zeitlang noch durch die hohen Auftragsbestände der vorangegangenen Boomphase gestützt, allerdings wurden viele bereits geplante Bauprojekte zwischenzeitlich storniert. In Summe nahmen die bereits 2022 um 1,8% rückläufigen Bauinvestitionen im Jahr 2023 nochmals stärker ab (-2,7%).

Auch die Preise für Wohnimmobilien haben erst mit zeitlicher Verzögerung reagiert und sind seit dem 4. Quartal 2022 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal rückläufig. Der Rückgang hat sich seitdem in jedem Quartal verstärkt und erreichte im 3. Quartal 2023 ein Minus von 10,2%. Dies ist der stärkste Rückgang gegenüber einem Vorjahresquartal seit dem Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000. Dennoch ist das Preisniveau durch den rasanten Anstieg der vorangegangenen Jahre immer noch hoch. Gemessen am Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes lagen die Häuserpreise im 3. Quartal 2023 knapp 60% über dem Wert vor zehn Jahren. Dies stellt – in Kombination mit dem deutlich gestiegenen Zinsniveau – viele Interessenten vor unüberwindbare Hürden beim Erwerb von Wohneigentum.

Der im Jahr 2022 von den großen Notenbanken weltweit eingeleitete Kurswechsel in der Geldpolitik wurde 2023 fortgesetzt. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) hat ihren Leitzins seit dem Frühjahr 2022 von annähernd Null auf ein Niveau von fast 5,5% geführt. Im Jahresverlauf 2023 erhöhte die Fed die Zinsen von einer Bandbreite von 4,25% bis 4,5% zu Jahresbeginn bis auf 5,25% bis 5,50% zur Jahresmitte. Im weiteren Jahresverlauf blieben die Leitzinsen unverändert. Die EZB, die später die Zinswende vollzogen hatte, erhöhte den Hauptrefinanzierungssatz von 2,5% zu Jahresbeginn 2023 bis in den Herbst hinein auf 4,5% (ab dem 20. September 2023). Die Verzinsung der Einlagefazilität wurde im gleichen Zeitraum von 2% auf 4% angehoben. Die Erhöhung im September war die zehnte Zinserhöhung in Folge seit der Zinswende im Sommer 2022. Bei den Sitzungen im Oktober und Dezember 2023 ließ der EZB-Rat die Leitzinsen unverändert.

Nach einem enttäuschenden Börsenjahr 2022 legten die großen Aktienindizes in 2023 deutlich zu. Der Deutsche Aktienindex (DAX) schloss am 29. Dezember 2023 mit 16.751,64 Punkten, ein Plus von fast 20 Prozent im Jahresverlauf. Nach einem Zwischenhoch im Sommer mit rund 16.500 Punkten mussten die Anleger im Herbst einen deutlichen Rückgang bis auf gut 14.600 Punkte erleben, bevor es in den beiden Schlussmonaten wieder zu einem deutlichen Anstieg kam. Ähnlich verlief die Entwicklung beim EUROSTOXX 50 mit einem Jahresplus von knapp 19%; der Dow Jones legte im vergangenen Jahr um knapp 14% zu.

Die Kapitalmarktzinsentwicklung folgte den Vorgaben der EZB weitgehend. Über weite Teile des Jahres 2023 lagen die Kapitalmarktrenditen zunächst über dem Startniveau des Jahres. Insbesondere in den Sommermonaten bewegten sich die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellen, über der Marke von 2,5% (Ende 2022), in der Spitze fast bei 3%. Gegen Ende des Jahres 2023 bildeten sich am Kapitalmarkt die Renditen für lange Zinsbindungsfristen vor dem Hintergrund sinkender Inflationsraten und der Erwartung erster Leitzinssenkungen allerdings wieder zurück. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe fiel Ende 2023 auf 2,06%.

Die dargestellte Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2023 hatte tendenziell, insbesondere hinsichtlich des Kreditneugeschäftes auch einen negativen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Oberhausen zum 31.12.2023 im Jahresvergleich marginal um 0,1% auf 11.580, die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahresende sogar leicht um 0,1%-Punkte auf 10,4%.

1.2 Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2023

Branchenumfeld

Die im Jahr 2022 eingeleitete Zinswende der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich im Berichtsjahr 2023 sowohl auf der Aktiv- wie auch auf der Passivseite deutlich auf das Geschäft der Kreditinstitute ausgewirkt. Wie von der EZB intendiert, ging die Kreditnachfrage deutlich zurück, was zum einen auf das gestiegene Zinsniveau zurückzuführen war, zum anderen aber auch durch die rückläufigen Anlageinvestitionen und die aktuelle Situation am Immobilienmarkt bedingt war.

Im Aktivgeschäft verzeichneten die Kreditinstitute nach Angaben der Deutschen Bundesbank nur noch eine leichte Zunahme der Kredite an inländische Nichtbanken um 1,0% von Dezember 2022 bis Dezember 2023, nach einem Anstieg um 6,5% im Jahr 2022. Am Jahresende 2023 lag der Bestand an Unternehmenskrediten 1,1% über dem Wert des entsprechenden Vorjahres. Bei den Krediten an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen verzeichneten die Kreditinstitute ein Plus von 0,7%.

Die Kreditnachfrage privater Haushalte zum Erwerb von Wohneigentum entwickelte sich – nach dem Einbruch um gut 60% im Jahresverlauf 2022 – weiterhin schwach.

Auch die Sparkassen im Rheinland verzeichneten nur eine geringfügige Zunahme des Kreditvolumens (+0,6%). Dieses Plus resultierte einzig aus dem Firmenkundengeschäft (+1,9%), während es im Geschäft mit privaten Kunden zu Bestandsrückgängen (-1,3%) kam. Im Neugeschäft ging insbesondere die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten zurück (-41,4%), aber auch Konsumentenkredite waren weit weniger gefragt (-22,7%).

Über mehrere Jahre hinweg hatten Niedrig- bzw. Negativzinsen und der Mangel an sicheren Anlagealternativen zu einem starken Anstieg der Sichteinlagen geführt. Der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamteinlagen der Banken erreichte gegen Ende 2021 beinahe 70 Prozent. Im Zuge des steigenden Zinsniveaus wandten sich die Anleger im Jahr 2023 wieder stärker der aktiven Geldanlage zu. In der Folge kam es zu erheblichen Umschichtungen von Sichteinlagen zu Termingeldern und verzinsten Anlageprodukten, die sich im laufenden Jahr fortsetzen dürften.

In Summe nahmen die Einlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten im Inland im Jahr 2023 um 2,0% zu (2022: +4,1%). Während die täglich fälligen Bankguthaben um 6,6% zurückgingen (im Jahr 2022 hatte es noch ein Plus von 2,4% gegeben), gab es deutliche Steigerungen bei Termineinlagen (+25,9%) sowie bei Sparbriefen, die sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als vervierfachten.

Auch die Entwicklung bei den rheinischen Sparkassen bewegte sich im Trend der gesamten Kreditwirtschaft. Insgesamt nahmen die Kundeneinlagen leicht ab, bei gleichzeitig deutlichen zinsbedingten Umschichtungen zwischen den einzelnen Einlagenformen. Die größten absoluten Mittelabflüsse waren im Berichtsjahr 2023 bei täglich fälligen Geldern zu verzeichnen, die in den Vorjahren mangels verzinster Alternativen kontinuierlich zugenommen hatten.

Das nicht bilanzwirksame Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich in Folge des gestiegenen Zinsniveaus spürbar belebt und insbesondere zu einer höheren Nachfrage nach festverzinslichen Papieren geführt. Der gesamte Wertpapierumsatz erreichte 23 Mrd. € und lag damit fast ein Viertel über dem Vorjahreswert.

Nachdem die langandauernde Niedrigzinsphase die Ertragskraft der Kreditinstitute deutlich belastet hatte, führte die Zinswende der EZB zu einem spürbaren Anstieg der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ und machte sich 2023 positiv in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Wie die Deutsche Bundesbank in ihrer Analyse der Ertragslage der deutschen Kreditinstitute hervorhebt, wird sich der Wertberichtigungsbedarf auf festverzinsliche Wertpapiere im Jahr 2023 voraussichtlich verringern, demgegenüber werden die Kreditinstitute voraussichtlich eine höhere Kreditvorsorge zu bilden haben.

Die Analyse für die Ertragsentwicklung in der Kreditwirtschaft im Allgemeinen gilt im Wesentlichen auch für die rheinischen Sparkassen. Die Zinswende der EZB führte zu einem spürbaren Anstieg der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“, auch der Provisionsüberschuss konnte erneut gesteigert werden. Dagegen erhöhte sich der Verwaltungsaufwand bedingt durch die hohe Inflation deutlich. Angesichts steigender Insolvenzzahlen, der schwierigen Lage am Immobilienmarkt und der allgemeinen konjunkturellen Situation erhöhten die rheinischen Sparkassen im abgelaufenen Jahr die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Insgesamt bewegt sich diese jedoch auf einem vergleichsweise moderaten Niveau.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen in weiten Teilen auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu. Im Vergleich zur Entwicklung im Rheinland insgesamt ergab sich in der Sparkasse – zum Teil bedingt durch Sondereffekte – allerdings eine abweichende Entwicklung der Kundenforderungen sowie -einlagen, die im Kapitel 3 näher dargestellt wird.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2023

Die aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen wurden im Jahr 2023 fortgesetzt. Die endgültige Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (7. MaRisk-Novelle) hat die BaFin im Juni 2023 veröffentlicht. Mit dieser Novelle wurden die Anforderungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) an die Kreditvergabe und Überwachung in ein deutsches Rundschreiben überführt. Weitere Ergänzungen und Anpassungen betrafen insbesondere die Regelungen zur Handhabung des Immobiliengeschäfts sowie Anforderungen an das Management von Nachhaltigkeitsrisiken. Soweit die Änderungen der MaRisk klarstellenden Charakter hatten, trat die neue Fassung mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Neue Anforderungen sind ab dem 1. Januar 2024 einzuhalten. Dies bezieht sich insbesondere auf die Regelungen zu den Immobiliengeschäften.

Ab Februar 2023 waren die bereits im Verlauf des Jahres 2022 von der BaFin angeordneten erhöhten Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen. Dies betraf zum einen die Anhebung des antizyklischen Kapitalpuffers von null auf 0,75% der risikogewichteten Aktiva mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensystems präventiv zu stärken. Zum anderen wurde ein sektoraler Systemrisikopuffer von 2,0% der risikogewichteten Aktiva auf mit Wohnimmobilien besicherte Kredite eingeführt. Dieser soll zusätzlich den spezifischen Risiken am Immobilienmarkt entgegenwirken.

Insgesamt müssen sich die Kreditinstitute auf eine Fortsetzung der Regulierungspolitik der letzten Jahre sowie mittelfristig auf weiter erhöhte Eigenmittelanforderungen einstellen. So wurde beispielsweise am 15.02.2024 bereits die 8. MaRisk-Novelle von der BaFin zur Konsultation gestellt.

Aufgrund ihrer zentralen gesamtwirtschaftlichen Verantwortung und Funktion spielen die Kreditinstitute bei den gesetzlichen Maßnahmen zum Thema „Nachhaltigkeit“ eine bedeutsame Rolle. Insbesondere die sukzessive ab dem Geschäftsjahr 2024 deutlich erweiterten Berichtspflichten auf Basis detaillierter gesetzlicher Vorgaben haben von den Kreditinstituten im Jahr 2023 bereits vorbereitende Maßnahmen unter Einsatz erheblicher personeller und organisatorischer Ressourcen erforderlich gemacht.

2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Gesamtkapitalquote nach CRR[1]
Kernkapitalquote nach CRR[2]
Betriebsergebnis vor Bewertung[3]
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung (ohne Effekte aus latenten Steuern) [4]
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR [5]
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR [6]
NPL-Quote gemäß DSGV-Risikomonitoring [7]

[1] Gesamtkapitalquote nach CRR =

Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

[2] Kernkapitalquote nach CRR =

Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)

[3] Betriebsergebnis vor Bewertung =
Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

[4] Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung =
Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage (unter Herausrechnung der Veränderung der bilanzierten latenten Steuern)

[5] Liquiditätsdeckungsquote (LCR) nach CRR =

Verhältnis des Bestands an erstklassigen liquiden Aktiva zum gesamten Nettoabfluss von Barmitteln in den nächsten 30 Kalendertagen

[6] Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) nach CRR =

Verhältnis der – über einen Zeithorizont von einem Jahr – verfügbaren stabilen Refinanzierung zum erforderlichen Betrag an stabiler Refinanzierung

[7] NPL-Quote gemäß DSGV-Risikomonitoring

Verhältnis der notleidenden Darlehen und Kredite sowie außerbilanziellen Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen

Auf die Festlegung von bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wurde verzichtet.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Bestandszahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %	in %
Bilanzsumme	2.870,0	2.908,8	-38,8	-1,3	100,0
Geschäftsvolumen[1]	2.901,2	2.950,8	-49,6	-1,7	101,1
Barreserve	47,9	53,3	-5,4	-10,1	1,7
Forderungen an Kreditinstitute	408,8	349,0	59,8	17,1	14,2
Forderungen an Kunden	2.096,0	2.147,9	-51,9	-2,4	73,0
Wertpapieranlagen	227,5	264,2	-36,7	-13,9	7,9
Beteiligungen / Anteilsbesitz	38,5	38,5	0,0	0,0	1,3
Sachanlagen	32,6	33,8	-1,2	-3,6	1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	343,5	418,2	-74,7	-17,9	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.248,5	2.223,9	24,6	1,1	78,3
1. Eigenkapital	139,5	134,5	5,0	3,7	4,9

[1] Geschäftsvolumen: Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von dem bereits im Vorjahr begonnenen Anstieg des allgemeinen Zinsniveaus. Hervorzuheben sind dabei insbesondere folgende Aspekte, auf die wir im weiteren Verlauf näher eingehen:

- Veränderungen in der Struktur der Kundeneinlagen
- Rückgang des Kreditneugeschäftes, insbesondere im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen

Darüber hinaus kam es zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch einen Sondereffekt im Kommunalkreditgeschäft.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen haben sich im Jahr 2023 – nach einem spürbaren Anstieg im Vorjahr – leicht um 38,8 Mio. € bzw. 49,6 Mio. € (= -1,3 bzw. -1,7 %) reduziert. Ursächlich für diese Entwicklung ist ein Rückgang im Kreditgeschäft mit öffentlichen Kreditnehmern. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines moderaten Rückgangs der Bilanzsumme ist somit eingetreten.

i. Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

In Folge der Zinsentwicklung im Jahr 2023 war eine deutliche Reduzierung der Kreditnachfrage zu beo-bachten. In Kombination mit einem Sondereffekt reduzierte sich das Kundenkreditvolumen.

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) verzeichneten im Jahr 2023 einen spürbaren Rückgang um 51,9 Mio. € (= -2,4 %). Gleichzeitig kam es zu einer leichten Reduzierung der Treuhandkredite (Aktiva 9) um 1,4 Mio. €.

Ursächlich für den Rückgang der Kundenforderungen war die Fälligkeit eines kommunalen Weiterleitungsdarlehens und in Folge dessen ein deutlicher Rückgang der Forderungen gegenüber öffentlichen Kreditnehmern. Demgegenüber war bei den gewerblichen Kreditkunden ein spürbarer Zuwachs sowie im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen tendenziell eine Seitwärtsentwicklung zu verzeichnen. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft ist somit im Bereich der Kommunalkredite eingetreten, während die Prognose im Bereich des gewerblichen Kreditgeschäftes übertroffen sowie bei den privaten Wohnungsbaukrediten leicht verfehlt wurde.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich im Wesentlichen im langfristigen Bereich.

Die Darlehenszusagen beliefen sich – ohne Berücksichtigung der o. g. Treuhandkredite – im Jahr 2023 auf 212,9 Mio. € und lagen damit um 25,3 % unter dem Wert des Vorjahres. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus

reduzierten sich im Gesamtjahr deutlich um 43,5 % auf 103,5 Mio. €. Hierzu beigetragen hat – auch aufgrund einer bewusst vorgenommenen Reduzierung seitens der Sparkasse – ein spürbar unter dem Vorjahresniveau liegendes Vermittlergeschäft.

Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 36,7 Mio. € auf 227,5 Mio. €. Für den Rückgang waren zum einen die Fälligkeit von Wertpapieren sowie zum anderen die Volumenreduzierung eines Spezialfonds der Sparkasse maßgeblich.

Die Barreserve hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Mio. € (= -10,1 %) reduziert. Im Gegenzug erhöhten sich die Forderungen an Kreditinstitute nochmals um 59,8 Mio. € (= 17,1 %). Ursächlich hierfür war die Nutzung der Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank, bei der Einlagen bis zum nächsten Tag angelegt und als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden. Insgesamt setzt sich der Bestand hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen zusammen.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2023 blieb das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Summe konstant bei 38,5 Mio. €.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios ergaben sich dennoch Veränderungen. Im Jahr 2023 wurde der Verkauf der Gesellschaftsanteile der Sparkasse an der S-Direkt-Verwaltungs-GmbH & Co. KG vollzogen. Ebenfalls im Jahr 2023 erfolgte die Gründung der Gesellschaften und damit das Eingehen von Beteiligungen an der „Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung GmbH & Co. KG“ und „Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung Verwaltungsgesellschaft mbH“. Geschäftszweck der erstgenannten Gesellschaft ist der Kauf samt anschließender Entwicklung eines überwiegend gewerblichen Grundstückes im Oberhausener Stadtgebiet. Bei der zweitgenannten Gesellschaft handelt es sich um die Komplementär-GmbH zur erstgenannten Gesellschaft. Darüber hinaus erfolgte im Geschäftsjahr 2023 auch noch die Beteiligung an der vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband neu gegründeten Gesellschaft „ProEco Rheinland GmbH“, über die den Sparkassenkunden zukünftig Dienstleistungen rund um das Thema Nachhaltigkeit angeboten werden sollen.

Abschreibungen auf Beteiligungen waren nicht erforderlich.

Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich in Folge der planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen von 33,8 Mio. € auf 32,6 Mio. €.

ii. Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich deutlich um 74,7 Mio. € bzw. 17,9 % auf 343,5 Mio. €. Ursächlich hierfür war primär die im Geschäftsjahr 2023 eingetretene Fälligkeit eines kommunalen Weiterleitungsdarlehens. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich größtenteils um (Weiterleitungs-)Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der in den Vorjahren vorherrschende Trend eines starken Anstiegs der Kundeneinlagen hat sich im Jahr 2023 angesichts des geänderten Zinsniveaus nicht fortgesetzt. Dennoch erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden leicht um 24,6 Mio. € bzw. 1,1 % (Vorjahr: 4,8 %) auf 2.248,5 Mio. €. Unsere Kunden haben mit Blick auf das gestiegene Zinsniveau die Möglichkeit genutzt, Umschichtungen der kurzfristig angelegten Gelder sowohl in Anlagen der Sparkasse mit fester Laufzeit als auch in nicht bilanzwirksame Wertpapieranlagen vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bevorzugten unsere Kunden insgesamt aber weiterhin liquide Anlageformen. Die täglich fälligen Einlagen machen nunmehr 51,4 % unserer Bilanzsumme aus. Die Spareinlagen haben sich im Jahr 2023 um 88,1 Mio. € bzw. 12,1 % reduziert. Im Gegenzug kam es zu einer Erhöhung der befristeten Einlagen um 114,8 Mio. € auf 120,8 Mio. €. Die im Vorjahr ausgesprochenen Erwartungen eines deutlich verringerten und insgesamt nur noch leichten Anstieg der Einlagenbestände sowie von spürbaren Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände wurden somit erfüllt. Der Zuwachs wurde dabei von gewerblichen Kunden bewirkt, während sich die Einlagen von der privaten Kundschaft leicht rückläufig entwickelt haben.

iii. Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäftsjahr 2023 war im Bereich der Dienstleistungen insbesondere geprägt durch das Wertpapier- sowie das Konsumentenkreditgeschäft.

Im Bereich der Konsumentenkredite musste – auch aufgrund eines deutlichen Anstiegs der Kreditkonditionen – ein deutlicher Rückgang des Vermittlungsvolumens um 6,9 Mio. € bzw. 29,8 % verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung eines leichten Anstiegs im Jahr 2023 wurde somit deutlich verfehlt. Die Wertpapierumsätze haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 % auf einen Wert von 205,6 Mio. € reduziert. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines moderaten Umsatzanstiegs im Wertpapiergeschäft wurde somit – auch aufgrund einer Fokussierung der Sparkasse auf den Einlagenbereich – nicht erreicht. Die bereits im Vorjahr zu beobachtende Veränderung in der Struktur der Wertpapierumsätze hat sich im Geschäftsjahr 2023 fortgesetzt. Während nochmals reduzierte Umsätze bei den Anteilen an Investmentvermögen sowie bei Aktien zu verzeichnen waren, ergaben sich bei den festverzinslichen Wertpapieren hingegen spürbar erhöhte Umsätze.

iv. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen. Der Rückgang der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag ist maßgeblich durch das zum Jahresende rückläufige Zinsniveau begründet.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 134,5 Mio. €. Sie erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2022 um 1,8 Mio. €. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2023 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 139,5 Mio. € aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 17,2 Mio. € auf 69,6 Mio. € erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 7,9 Mio. € zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2023.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Vermögenslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2023	2022
Gesamtkapitalquote nach CRR (%)	15,4 %	15,4 %
Kernkapitalquote nach CRR (%)	14,3 %	14,3 %
NPL-Quote	0,87 %	1,14 %

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2023 15,4 % (Vorjahr 15,4 %) und übertrifft damit die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer). Zum 1. Februar 2022 erhöhte sich der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte. Zudem wurde ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor eingeführt. Die Quoten sind seit dem 1. Februar 2023 zu beachten. Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2023 betragen 1.249,9 Mio. € und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 192,9 Mio. €.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 14,3 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR (im Vorjahr: 14,3 %).

Die im Vorjahr getroffene Erwartung einer tendenziell Seitwärtsentwicklung der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote ist somit eingetreten.

Die NPL-Quote als Verhältnis der notleidenden Kredite, Darlehen und außerbilanzielle Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen beläuft sich per Ende 2023 auf 0,87 % und hat sich damit gegenüber dem Vorjahresende um 0,27 %-Punkte reduziert.

Die Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 CRR (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2023 6,32 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %. Die im Vorjahr prognostizierte Entwicklung ist hierbei ebenfalls eingetreten.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2028 ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) hat sich im Jahr 2023 wie folgt entwickelt:

	2023	**2022**
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR (%)	182 %	168 %

Die LCR lag im Jahr 2023 mit 160 % bis 190 % deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung leicht rückläufiger LCR-Quoten wurde somit tendenziell übertroffen. Zum 31. Dezember 2023 belief sich die LCR-Quote auf 182 %.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR), die als Ergänzung zur kurzfristig ausgelegten LCR beurteilen soll, inwiefern die Sparkasse ihre Zahlungsfähigkeit innerhalb der nächsten 12 Monate aufrechterhalten kann, hat sich im Jahr 2023 wie folgt entwickelt:

	2023	**2022**
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR (%)	135 %	130 %

Die NSFR lag im Jahr 2023 in einer Bandbreite von 129 % bis 135 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung leicht rückläufiger Werte, die aber weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen, hat sich damit tendenziell bestätigt bzw. wurde zum Teil sogar übertroffen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Dispositionslinien bestehen darüber hinaus u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2023 allerdings nicht in Anspruch genommen.

Die Sparkasse nahm 2023 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2023 hingegen nicht genutzt.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als stabil.

4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss[1]	52,6	39,6	13,0	32,7
Provisionsüberschuss[2]	27,4	26,8	0,6	2,4
Sonstige betriebliche Erträge	4,1	7,3	-3,2	-44,1
Personalaufwand	34,3	33,9	0,4	1,3
Anderer Verwaltungsaufwand	20,0	17,9	2,1	11,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen[3]	4,1	3,8	0,3	7,9
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**25,7**	**18,1**	**7,6**	**41,7**
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge[4]	5,8	-8,7	14,5	-166,7
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	17,2	0,0	17,2	--
Ergebnis vor Steuern	**14,2**	**9,5**	**4,8**	**50,3**
Steueraufwand	9,2	7,7	1,5	19,8
Jahresüberschuss	**5,0**	**1,8**	**3,2**	**177,8**

[1] Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
[2] Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
[3] Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17
[4] Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.
Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2023	2022
Betriebsergebnis vor Bewertung in Mio. €	32,5	15,1
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung in Mio. €	20,1	-4,2

Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 32,5 Mio. € um 17,5 Mio. € über dem Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung war insbesondere ein in Folge der Zinsentwicklung deutlich gestiegener Zinsüberschuss. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung einer nochmals spürbar ansteigenden ordentlichen Ergebnissituation wurde somit erfüllt.

Das Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung – ohne Effekte aus latenten Steuern – belief sich im Vorjahr auf -4,2 Mio. €. Vor der noch ausstehenden Entscheidung der Vertretung des Trägers über die Verwendung des Jahresüberschusses beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr – insbesondere bedingt durch die Verbesserung der ordentlichen Ergebnissituation sowie möglichen Wertaufholungen bei den eigenen Wertpapieranlagen – auf 20,1 Mio. €. Die Erwartung eines spürbar steigenden Jahresergebnisses, welches eine deutliche Erhöhung der Eigenmittel der Sparkasse zulässt, wurde damit erfüllt.

Auf Basis der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die einzelnen Komponenten wie folgt entwickelt:

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss als Summe der GuV-Posten Nr. 1 bis 4 deutlich um 32,7 % auf 52,6 Mio. € erhöht. Die Erhöhung des Zinsüberschusses ging unter anderem auf eine marktzinsbedingte deutliche Verbesserung des Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen zurück. Darüber hinaus leisteten kurzfristige Mittelanlagen bei der Zentralbank bzw. anderen Kreditinstituten einen positiven Beitrag zum Zinsüberschuss. Auf Basis der Zahlen des Betriebsvergleiches der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich der Zinsüberschuss sogar um 54,5 % erhöht. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung eines stark steigenden Zinsüberschusses hat sich somit bestätigt.

Entgegen unserer Vorjahreseinschätzung eines leicht rückläufigen Provisionsergebnisses konnten wir in diesem Ertragsfeld eine leichte Steigerung erreichen. So konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. € bzw. 2,4 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Zahlungsverkehr sowie reduzierte Provisionsaufwendungen für Vermittlungstätigkeiten von Dritten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sind hingegen deutlich um 44,1 % auf 4,1 Mio. €. Haupttreiber hierfür war ein im Vorjahr erzielter Ertrag aus einer bestehenden Kreditabsicherung in Höhe von 1,8 Mio. €.

Entgegen der Vorjahrseinschätzung eines spürbaren Anstiegs stieg der Personalaufwand nur leicht um 1,3 % auf 34,3 Mio. €. Hintergrund hierfür waren gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkene Altersvorsorgeaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich erwartungsgemäß und erhöhten sich spürbar um 2,1 Mio. € bzw. 11,5 %. Hier spiegeln sich u. a. erhöhte Pflichtbeiträge und IT-Kosten sowie Kosten aus bestehenden Auslagerungsvereinbarungen wider. Für unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Dotierung des Zusatzfonds im Rahmen des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe haben wir 2023 zulasten des Verwaltungsaufwandes eine Rückstellung in Höhe von 0,2 Mio. € gebildet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Summe der GuV-Posten 11, 12 und 17 erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. € auf 4,1 Mio. €.

Das saldierte Ergebnis aus der Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten Nr. 13 bis 16) weist – nach einem Aufwand von 8,7 Mio. € im Vorjahr – im Jahr 2023 einen Ertrag in Höhe von 5,8 Mio. € auf. Entgegen der im Vorjahr ausgesprochenen Erwartungshaltung eines deutlich steigenden negativen Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ergaben sich im Jahr 2023 keine signifikanten Belastungen im Kreditgeschäft, so dass sich hier per Saldo erneut ein leicht positives Bewertungsergebnis ergab. Das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen stellte sich im Jahr 2023 – wie prognostiziert – aufgrund der im Vorjahr vorgenommenen Wertberichtigungen spürbar positiv dar.

Sonstige Bewertungsmaßnahmen waren von untergeordneter Bedeutung.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurde deutlich um 17,2 Mio. € aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2023 war ein um 1,5 Mio. € auf 9,2 Mio. € gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Hierin enthalten ist auch ein Aufwand von 0,9 Mio. € aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses i. H. v. 5,0 Mio. €.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2023 0,17 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der geopolitischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Zinsentwicklung bewerten wir den Geschäftsverlauf des Jahres 2023 insgesamt als sehr erfreulich. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2023 formulierten Ziele bzw. Planungen vollständig erreicht werden konnten. Infolge der gestiegenen Zinsen war jedoch beim privaten Wohnungsbau und damit auch bei der Nachfrage nach Wohnungsbaufinanzierungen ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen.

Mit der Ertragsentwicklung des Jahres 2023 ist der Vorstand insgesamt sehr zufrieden. Gestiegene Zinsüberschüsse haben den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen deutlich übertroffen. In Verbindung mit der weiterhin moderaten Kreditrisikovorsorge konnten wir unser wirtschaftliches Eigenkapital dadurch – wie im Vorjahr prognostiziert – deutlich stärken.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2023 haben sich nicht ergeben.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Erstmals zum 31. März 2023 wurden damit fristgerecht die Anforderungen der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte umgesetzt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht die Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative Vermögensanlage gekennzeichnet ist.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Auf Basis des ermittelten ökonomischen Risikodeckungspotenzials hat der Vorstand ein Gesamtlimit abgeleitet und so auf die wesentlichen Risiken verteilt, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Die prozentualen Anteile der Risiken sowie der Limite am Risikodeckungspotenzial stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Anteile am Risikodeckungs-potenzial in %	
Risikoart	**Risiken**	**Limite**
Adressenrisiko	6,4	7,8
Marktpreisrisiko	21,6	22,6
Beteiligungsrisiko	3,1	3,5
Liquiditätsrisiko	12,7	15,6
Operationelles Risiko	8,3	9,4
SUMME	**52,2**	**59,0**

Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2028. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse an drei Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate werden sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber gehalten. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Die per 31.12.2023 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei Eintritt derartiger Ereignisse die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht. Der Bericht enthält neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die Risikocontrolling-Funktion, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet die Risikocontrolling-Funktion die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der in der Abteilung Unternehmenssteuerung angesiedelten Gruppe Controlling wahrgenommen. Darüber hinaus werden einzelne Aufgaben (Pflege des Risikofrüherkennungsverfahrens sowie der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme, Verantwor-

tung für die Ad-Hoc-Informationspflicht im Kundenkreditgeschäft) durch die Gruppe Kreditsekretariat in der Abteilung KreditService wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Gruppenleitung Risikocontrolling der Abteilung Unternehmenssteuerung und ist in dieser Funktion dem Marktfolgevorstand direkt unterstellt.

Die Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

2.1 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko z. B. durch einen Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-, das Privatkunden- sowie das Kommunalkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchforderungen	
	31.12.2023 Mio. €	**31.12.2022 Mio. €**
Unternehmenskundenkredite	842	804
Privatkundenkredite	880	882
Kommunalkredite	410	498
Sonstige Kredite[1]	33	35
Gesamt	**2.166**	**2.218**

[1] Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie an ausländische Nichtbanken

Zum 31. Dezember 2023 wurden etwa 39 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 41 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie 19 % an inländische öffentliche Haushalte. Damit weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an gewerblichen Kreditnehmern auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die mit einem Anteil von 28,7 % mit Abstand größte (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Darüber hinaus entfallen 10,2 % auf Ausleihungen an Unternehmen im Kredit- und Versicherungswesen sowie 8,4 % auf Ausleihungen an Unternehmen der Branche Gastgewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 63,4 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 5,0 Mio. €. Der Anteil der Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. €, der sich per 31.12.2023 auf insgesamt 35 Kreditnehmer verteilt, wird maßgeblich durch den vergleichsweise hohen Anteil von Ausleihungen an inländische öffentliche Haushalte beeinflusst.

Die Kredit-Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Hierdurch ergibt sich folgende Ratingklassenstruktur im Kundengeschäft:

Ratingklasse	**31.12.2023 Volumen in %**	**31.12.2022 Volumen in %**
1 bis 9	94,4	94,7
10 bis 15	4,5	3,8
16 bis 18	1,1	1,5

Für die Sparkasse stellt das Länderrisiko kein wesentliches Risiko dar. Zum einen ist der Anteil der Kundenkreditforderungen außerhalb Deutschlands an den gesamten Forderungen marginal. Zum anderen haben die Emittenten der erworbenen Unternehmensanleihen ihren Sitz überwiegend in der Eurozone.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowie hinsichtlich der Größenklassenstruktur.

Insgesamt sind wir dennoch der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse 3 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 9,8 Mio. € in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir angemessene Pauschalwertberichtigungen gebildet. Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigungen ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2023 weist im Vergleich zum Vorjahr eine stabile Entwicklung auf. Das erneut leicht positive Bewertungsergebnis Kredit von 0,6 Mio. € ist auf höhere Auflösungen als Neubildungen und Erhöhungen zurückzuführen. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im Jahr 2023 durchgängig eingehalten.

Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie weiterer öffentlich zugänglicher Informationen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View"

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 227,5 Mio. € (Vorjahr: 264,2 Mio. €). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (70,8 Mio. €), Wertpapierspezialfonds (98,2 Mio. €), Immobilienspezialfonds (18,6 Mio.€), Aktienanlagen (3,7 Mio. €) und sonstige Investmentfonds (36,3 Mio. €). Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch öffentliche Anleihen, gedeckte Schuldverschreibungen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten und Unternehmensanleihen.

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Schuldverschreibungen und Anleihen verfügen – mit Ausnahme der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets erworbenen Initiatoren-Credit Linked Notes sowie einer geringfügigen Verbriefungstransaktion – über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Bei den Anteilen an Wertpapierspezialfonds sowie den sonstigen Investmentfonds wird der Anteil der Positionen mit Ratings unterhalb des Investmentgrades durch die festgelegten Volumenslimite für die einzelnen Assetklassen sowie bei den Spezialfonds zusätzlich durch die definierten Wertuntergrenzen begrenzt.

Es existieren keine wesentlichen Konzentrationen hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Eine separate Limitierung des Adressenrisikos aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2023 nicht. Dieses wurde gemeinsam mit den Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft zusammengefasst, deren Risikolimit in 2023 durchgängig eingehalten wurde.

2.2 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von marktabhängigen Risikofaktoren wie Zinsen, Aktienkurse, Volatilitäten etc. ergibt.

Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread-, das Aktienkurs- und das Immobilienrisiko zentrale Bedeutung auf.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategien unter besonde-rer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

Das festgelegte Limit für Marktpreisrisiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2023 durchgängig eingehalten.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der IT-Anwendung „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der Sparkassen Rating und Risikosystem GmbH (SR) entwickelten IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis einer modernen historischen Simulation der Marktzinsänderungen: Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 250 Tage (Haltedauer) wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts), wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung der Obergrenze von 2,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.
- Ermittlung des Zinsrisikokoeffizienten und des Frühwarnindikators gemäß § 25a Abs. 2 KWG auf Basis des BaFin-Rundschreibens 6/2019 vom 6. August 2019
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Die Auswirkungen eines Zinsschocks um + bzw. - 200 Basispunkte auf den Barwert der zinstragenden Geschäfte des Anlagebuchs stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Zinsänderungsrisiken	
	Barwertveränderung	
	+200 Basispunkte	**-200 Basispunkte**
T€	**- 15.697,7**	**+ 890,7**
in % der Eigenmittel	**- 8,1**	**+ 0,5**

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgenden Bereichen:

- Laufzeitstruktur des Zinsbuches hinsichtlich möglicher Konzentrationen oder Ungleichverteilungen des Cashflows auf einzelne Laufzeitbänder.
- Anteil des Strukturbeitrages (= Ergebnis aus der Fristentransformation) am Zinsüberschuss
- Existenz hochvolumiger Sondertilgungsrechte einzelner Kreditnehmer

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden Steuerungsmaßnahmen zur Anpassung bzw. Aussteuerung von Cashflow-Überhängen abgeschlossen, um die angestrebte Benchmarkstruktur mit einem entsprechenden Hebel zu erreichen. Zudem werden die bestehenden Sondertilgungsrechte regelmäßig ausgewertet und die Optionsrisiken über das Risikolimit für das wertorientierte Zinsänderungsrisiko in der Risikotragfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen berücksichtigt.

Der erneut starke Zinsanstieg im Jahr 2023 führte zu deutlich gesunkenen Bar- und Marktwerten zinstragender Geschäfte, die in die Bewertung des Zinsbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. eingehen. Weitere Zinsanstiege erhöhen das Risiko eines Verpflichtungsüberschusses und damit das Risiko zur Bildung einer Drohverlustrückstellung in künftigen Jahresabschlüssen.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Eine Risikokonzentration besteht bei den Spreadrisiken in der vorliegenden Depot A-Struktur, die zu 30,3 % in ungedeckte Titel (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen) investiert ist und somit entsprechend auf Creditspreadausweitungen reagieren würde. Die Sparkasse hat Volumenlimite für die unterschiedlichen Assetklassen und Emittenten/Kontrahenten festgelegt, um eine Risikostreuung zu erzielen.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

In der normativen Perspektive umfasst das Aktienrisiko darüber hinaus das Risiko, dass Dividendenerträge nicht in der erwarteten Höhe erzielt werden können.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Der sukzessive Aufbau eines Aktienbestandes über den regelmäßigen Kauf eines ETF wurde in 2023 fortgeführt. Per 31.12.2023 beträgt das Volumen 2,1 Mio. €. Zudem wurden im Rahmen der Liquidation einer Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 entsprechende Aktien von der Beteiligungsgesellschaft an die Sparkasse ausgekehrt und in den Direktbestand übernommen (Wert per 31.12.2023 1,6 Mio. €).

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Immobilieninvestitionen unter Renditegesichtspunkten erfolgen über die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Weitere Immobilieninvestitionen erfolgen über vier Immobilienfonds mit einem Gesamtzeichnungsvolumen in Höhe von 19,2 Mio. €, die per 31.12.2023 in voller Höhe abgerufen wurden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR bereitgestellten IT-Anwendung „caballito“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

2.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.
Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spreadschwankungen.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote (LCR)
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Im Rahmen der Ermittlung der Survival Period simuliert die Sparkasse neben einem Planszenario drei Stressszenarien. Im kombinierten Stressszenario liegt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag im Laufzeitbucket länger als 12 Monate und kürzer als 2 Jahre.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen:

- Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle
- Existenz hoher Einzelkundeneinlagen
- Volumen der Wertpapiereigenanlagen in ungedeckten Finanzinstrumenten (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen), die bei Bedarf ggf. schwieriger zu liquidieren sind

Zur Begrenzung dieser Konzentrationen erfolgt zum einen eine regelmäßige Auswertung über die Größenklassenstruktur der Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungskostenrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Sparkasse zum anderen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Hierzu wurden in 2023 die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Nutzung einer Refinanzierung über das sogenannten Pfandbrief-Pooling mit der Landesbank Baden-Württemberg geschaffen. Des Weiteren hat die Sparkasse in ihrer Organisationsrichtlinie für Wertpapiereigenanlagen höhere Volumenslimite für gedeckte Schuldverschreibungen, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Das festgelegte Limit für das Liquiditäts-/Refinanzierungskostenrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2023 durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.
Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien"
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berücksichtigung im adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2023 durchgängig eingehalten.

2.5 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung.
Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die Auswirkung auf aufsichtliche Quoten durch Beteiligungen berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2023:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert Mio. €
Strategische Beteiligungen	31,1
Funktionsbeteiligungen	0,9
Kapitalbeteiligungen	6,5

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die zur Förderung des Geschäftsgebietes sowie unter Renditegesichtspunkten gehalten werden. Hierzu gehört insbesondere die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Eine Konzentration besteht im Beteiligungsportfolio insbesondere aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen. Eine faktische Begrenzung dieser Konzentrationen ist kaum möglich.

Das festgelegte Limit für das Beteiligungsrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2023 durchgängig eingehalten.

2.6 Sonstige Risiken

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Weitere Informationen hierzu können den Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss 2023 entnommen werden.

3. Chancenbericht

Die Chancen für unsere geschäftliche Entwicklung sind eng mit der Entwicklung des geopolitischen und wirtschaftlichen Umfelds verknüpft. Sofern sich dieses positiv entwickelt, erwarten wir auch eine Stabilisierung der Nachfrage nach Krediten für den Wohnungsbau sowie eine wieder zunehmende Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Dies würde sich positiv auf unseren Zinsüberschuss auswirken.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir nutzen, indem wir künftig unser Geschäft mit privaten und insbesondere gewerblichen Kunden mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen rund um das Thema „Nachhaltigkeit“ ausbauen. Große Chancen sehen wir hierbei auch in den notwendigen Transformationsfinanzierungen hin zu einer nachhaltigen und CO2-armen Wirtschaft und Energienutzung. Dies betrifft gewerbliche und private Kunden gleichermaßen.

Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Weitere Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der im Laufe des Jahres 2023 erfolgten Neuausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Nach der erfolgten Anlaufphase erwarten wir hieraus nunmehr positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge.

Darüber hinaus wollen wir Chancen nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

4. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Gemäß unseren internen Risikoberichten bewegten sich die Risiken im Jahr 2023 innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 88,5 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden gemäß unseren internen Risikoberichten sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Auf dieser Basis war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in einer für die Ertragslage ungünstigen Zinsentwicklung, im Fall einer sich weiter eintrübenden Konjunktur, aufgrund des zu beobachtenden stetigen Wachstums im Bereich der Cyber-Kriminalität, hinsichtlich der zunehmenden regulatorischen Anforderungen wie auch bezüglich der steigenden Eigenkapitalanforderungen. Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist allerdings sowohl bei den bestehenden als auch unter Berücksichtigung der erwarteten, aufsichtsrechtlich tendenziell weiter steigenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Da unser Risikodeckungspotenzial die eingegangenen Risiken spürbar übersteigt und sich dies auf Basis unserer Ergebnis- und Kapitalplanung voraussichtlich nicht ändern wird, beurteilen wir unsere Risikolage als befriedigend.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Alle Angaben in diesem Prognosebericht basieren auf den Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanungen im Rahmen unserer internen Planungs- und Risikomanagementverfahren.

1. Ausblick 2024

Die geopolitischen Aussichten für das Jahr 2024 sind erneut von großer Unsicherheit geprägt. Der Krieg in der Ukraine dauert an, ebenso im Nahen Osten, dazu kommen die Angriffe auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer. In 76 Ländern, die für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung stehen, finden im Jahr 2024 Wahlen statt. Als größte Volkswirtschaft der Welt kommt der Präsidentschaftswahl in den USA eine besondere Bedeutung zu, auch an den internationalen Kapitalmärkten.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet mit einem ähnlichen Wachstum der Weltwirtschaft wie im vergangenen Jahr. Die Organisation hat ihre Prognose für die Weltproduktion (BIP) um 0,2 %-Punkte auf 3,1% angehoben und erwartet einen Anstieg des Welthandels um 3,3% (2023: +0,4%). Im Folgejahr erwartet der IWF eine BIP-Wachstumsrate von 3,2% und eine weitere Zunahme des Welthandels um 3,6%.

Für Deutschland fallen die Prognosen weniger gut aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute hatten in ihren jüngsten Prognosen von Dezember 2023 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um +0,5% bis +0,9% im Jahr 2024 und um 1,0% bis 1,4% im Jahr 2025 erwartet. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2024 gegenüber ihrer Herbstprognose deutlich reduziert auf nunmehr 0,2% für das laufende und 1,0% für das kommende Jahr.

Die instabile geopolitische Lage hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Außenwirtschaft, sondern durch die Verunsicherung der Verbraucher ebenso auf den inländischen Konsum und die langfristigen Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Belastend wirken weiterhin die Auswirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffung, die Unternehmensinvestitionen verteuern und in besonderem Maße den Immobilienmarkt stark belasten. Auch der extreme Anstieg der Verbraucherpreise in den vergangenen Jahren dürfte das Konsumverhalten zunächst noch negativ beeinflussen.

Positiv für die Konjunktur im Jahr 2024 ist zu vermerken, dass sich die Energiepreise wieder etwas normalisiert haben. Auch die Beschaffungssituation in der Industrie hat sich deutlich entspannt. Allerdings drohen hier aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage auf dem Seeweg erneut Schwierigkeiten. Für die exportstarke deutsche Wirtschaft würde sich zudem die – beispielweise vom IWF – prognostizierte Belebung des Welthandels positiv auswirken. Im Inland dürften sich der Anstieg der Tariflöhne und im Zeitverlauf die nachlassende Inflation positiv auf den privaten Konsum auswirken.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der ifo-Geschäftsklimaindex nach einer gewissen Stabilisierung im Herbst 2023 zu Jahresbeginn 2024 nur schwach. Während die Dienstleistungsunternehmen sich mehrheitlich eher positiv zu ihrer aktuellen Geschäftslage äußerten, beurteilten die Unternehmen aller anderen Sektoren sowohl ihre aktuelle Lage wie auch die Aussichten negativ. Die Erwartungen im Bausektor sind im Februar 2024 auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken.

Die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe zeigt ein gemischtes Bild. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lagen die Auftragseingänge im Gesamtjahr 2023 5,9% niedriger als im Vorjahr. Dennoch befindet sich der Auftragsbestand auf einem hohen Niveau und die Unternehmen verfügen immer noch über ein Auftragspolster von mehr als einem halben Jahr (7 Monate).

Die rückläufige Zahl der Baugenehmigungen und weitere Faktoren sprechen dafür, dass die Bauindustrie im Jahr 2024 einen weiteren Rückgang verzeichnen wird. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren einen Rückgang der realen Bauinvestitionen um -0,6% bis -2,5%. Die Aussichten in den einzelnen Baubereichen fallen dabei recht unterschiedlich aus. Während es beim Wohnungsbau erste Anzeichen für ein Erreichen der Talsohle gibt, bleibt die Lage im Bereich der Gewerbe- und insbesondere der Büroimmobilien schwierig.

Die Verbraucher schauen zu Jahresbeginn skeptisch in die Zukunft. Das GfK-Konsumklima, das kurzzeitig zum Jahresende 2023 eine leichte Erholung verzeichnete, ist erneut gesunken, und zwar um 4,3 Punkte auf -29,7. Laut der GfK-Umfrage in der ersten Januarhälfte sind die Verbraucher sowohl pessimistischer hinsichtlich der Entwicklung ihrer Einkommenssituation als auch in Bezug auf die allgemeine Konjunkturlage. Infolgedessen neigen sie vermehrt dazu, zu sparen, und zögern bei größeren Anschaffungen.

Die schwierige Konjunkturlage schlägt sich bislang lediglich teilweise in einer steigenden Arbeitslosigkeit bzw. einer rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften nieder. Auch im Jahr 2024 dürfte der deutsche Arbeitsmarkt vergleichsweise stabil bleiben. Für das Gesamtjahr 2024 erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,8% bis 5,9% und eine weitere Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen auf über 46 Mio. (+0,1% bis +0,2%).

Nach den außergewöhnlichen Anstiegen der Inflationsrate in Deutschland in 2022 (+6,9%) und 2023 (+5,9%) lassen die aktuellen Daten zur Preisentwicklung erwarten, dass der Höhepunkt der Inflation überschritten ist. Den Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge wird der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2024 mit +2,2% bis +3,0% nur etwa halb so hoch ausfallen wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +1,8% bis +2,3% wieder weitgehend der 2%-EZB-Zielmarke entsprechen.

Der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich weiter fortsetzen. Der IWH-Insolvenztrend blieb zu Jahresbeginn auf hohem Niveau: 40% über dem Wert vor einem Jahr und 20% über dem Wert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019. Neben dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld dürften die Staatshilfen während der Corona-Pandemie dafür ursächlich sein, die zunächst viele Insolvenzen verhindert hatten. Nachdem der Insolvenztrend im Baugewerbe bereits im vergangenen Jahr klar aufwärtsgerichtet war und die Entwicklung der Baugenehmigungen als Konjunkturindikator auf eine weitere Verschlechterung der Baukonjunktur hinweist, ist ein weiterer Anstieg in diesem Wirtschaftsbereich wahrscheinlich.

Auch zu Jahresbeginn 2024 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Risiken bestehen insbesondere bzgl. des weiteren Verlaufs des Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten und dem Ausgang wichtiger Wahlen in diesem Jahr. Zudem ist es noch ungewiss, ob die Inflation wirklich nachhaltig auf ein stabilitätskonformes Niveau sinkt und im Zuge dessen, die Frage, wann die EZB die erneute geldpolitische Wende vollziehen wird. Der künftige Zinsverlauf ist wiederum ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung am Immobilienmarkt. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft unverändert vor strukturellen Herausforderungen. Der Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft hat sich unverändert ausgeweitet, die Lieferketten sind weiterhin fragil und die Zukunft insbesondere energieintensiver Industrien in Deutschland ist vor dem Hintergrund der Klimakrise ungewiss.

Nachdem die Notenbanken in 2023 weltweit zunächst ihren restriktiven Kurs fortgeführt hatten und in den vergangenen Monaten das Leitzinsniveau stabil gehalten haben, deuten sich nunmehr erste Tendenzen für Zinssenkungen der Zentralbanken im Jahr 2024 an.

Im bisherigen Jahr 2024 haben sich die Zinsen am Geldmarkt wenig verändert. Am Kapitalmarkt war bei den zehnjährigen Bundesanleihen wieder ein Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-Jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,10% und per Mitte März bei ca. 2,35 %.

Die Deutsche Bundesbank geht davon aus, dass sich der Anstieg der Margen im Einlagen- und Kreditgeschäft der deutschen Kreditinstitute so nicht fortsetzen wird. Es ist demnach zu erwarten, dass der zunehmende Wettbewerb im Einlagengeschäft, das schwache Kreditneugeschäft sowie eine Zunahme von Kreditausfällen die Ertragslage der nächsten Jahre belasten werden. Darüber hinaus geht die Bundesbank von steigenden Verwaltungsaufwendungen durch notwendige Investitionen (u.a. zur Verhinderung von Cyberkriminalität und zur verstärkten Digitalisierung) aus.

Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkassen wird im laufenden Jahr aufgrund der Erwartung sinkender Marktzinsen mit leicht rückläufigen Zinsüberschüssen gerechnet. Gleichzeitig werden die Verwaltungsaufwendungen durch das Inkrafttreten des letzten Tarifabschlusses sowie der weiterhin hohen Inflation erneut ansteigen, wenn auch nicht so stark wie im Jahr 2023. Die Kreditnachfrage wird voraussichtlich weiter verhalten ausfallen, während auf der Einlagenseite weitere Umschichtungen von den Sichteinlagen hin zu Termingeldern und Eigenemissionen zu erwarten sind.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des abgelaufenen Jahres rechnen wir für das Jahr 2024 mit einem marginalen Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft. Den grundsätzlich erwarteten Seitwärtsbewegungen im Bereich der privaten Wohnungsbaukredite sowie im gewerblichen Kreditgeschäft steht dabei ein leichtes Wachstum im Kreditgeschäft mit öffentlichen Kreditnehmern sowie bei den Weiterleitungsdarlehen gegenüber. Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir einen leichten Rückgang sowie – analog zum Jahr 2023 – weitere Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände zugunsten von Einlagen mit fester Laufzeit.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten erwarteten Entwicklung im Einlagengeschäft sowie einer erwarteten leicht geringeren Liquiditätsvorhaltung für das Folgejahr einen moderaten Rückgang.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir im Bereich der Konsumentenkredite von einem leichten Anstieg des Vermittlungsvolumens aus. Im Bereich des Wertpapiergeschäftes erwarten wir aufgrund der verstärkten Fokussierung auf das Einlagengeschäft hingegen einen spürbaren Rückgang der Bruttoabsätze.

3. Entwicklung der Lage

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) erwarten wir zwar spürbar unterhalb des Wertes per 31.12.2023, aber weiterhin deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %.

Auch für die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) erwarten wir im Jahr 2024 – allerdings nur leicht – rückläufige Werte, die aber weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen.

Für das Jahr 2024 sind größere Investitionen in unsere Betriebsimmobilien, insbesondere hinsichtlich energetischer Sanierungen geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2024 folgende Entwicklung.

Auf Basis des Betriebsvergleichs der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen wir auf Basis der Annahme eines zunächst konstanten und ab dem vierten Quartal 2024 rückläufigen Zinsniveau mit einem moderaten Rückgang des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einer Seitwärtsentwicklung aus.

Auf Basis unserer Aufwandsplanung beläuft sich der prognostizierte Verwaltungsaufwand für 2024 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Hierbei gehen wir unter Berücksichtigung der Effekte aus dem erfolgten Tarifabschluss sowie den geplanten Gebäudeinvestitionen von einem spürbaren Anstieg sowohl beim Personalaufwand als auch beim Sachaufwand aus. Durch ein stringentes Kostenmanagement wollen wir insbesondere im Bereich der Sachkosten über die Prognose hinausgehende Einsparungen realisieren.

Bezüglich des als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten Betriebsergebnisses vor Bewertung ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2024 insgesamt ein spürbar sinkendes ordentliches Ergebnis von rund 0,96 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großer Unsicherheit zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir – nach den moderaten Auflösungen von Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr – trotz einer weiterhin risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik als Folge der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein insgesamt deutlich steigendes negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial-, Publikums- und Immobilienfonds rechnen wir mit einem per Saldo leicht positiven Bewertungsergebnis.

Für das sonstige Bewertungsergebnis haben wir hinsichtlich unserer strategischen Beteiligungen eine Belastung in Höhe von 1,7 Mio. € eingeplant. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir für das Jahr 2024 von einer spürbar rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. Die Entwicklung des – als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten – Jahresergebnisses nach Steuern und Ausschüttung wird insbesondere durch die weitere Entwicklung des Zinsniveaus und die entsprechenden Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sowie durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Kredit-Bewertungsergebnis determiniert. Gegenüber dem Vorjahr wird ein spürbar geringeres Jahresergebnis erwartet, welches allerdings wiederum eine deutliche Erhöhung der Eigenmittel ermöglicht.

Hinsichtlich der als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren definierten Kapitalquoten (Gesamt- sowie Kernkapitalquote nach CRR) erwarten wir folgende Entwicklung: Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel, so dass die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungs-, antizyklischem Kapital- und Systemrisikopuffer) nach unserer Einschätzung auch künftig spürbar überschritten werden. Für das Jahr 2024 gehen wir unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Jahresabschlusses 2023 sowie des erwarteten moderaten Anstiegs der Risikoaktiva von einem deutlichen Anstieg der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote aus.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte NPL-Quote wird insbesondere durch die weitere wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf unsere Kreditkunden determiniert. Für das Jahr 2024 gehen wir vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Annahmen von einem leichten Anstieg der Quote aus.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) soll über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 % liegen und wird zum 31. Dezember 2024 mit 7,0 % prognostiziert.

Insbesondere bei einer länger anhaltenden konjunkturellen Abschwächung bzw. einer verzögerten konjunkturellen Erholung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. erhöhte Kapitalanforderungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

4. Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2024 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als günstig. Die Sicherstellung einer angemessenen quantitativen sowie qualitativen Personalausstattung stellt hierbei eine notwendige Voraussetzung für die Erreichung unserer Ziele sowie einen zentralen Risikofaktor dar.

Insgesamt rechnen wir zwar mit einer gegenüber dem Vorjahr deutlich negativen Entwicklung der Ertragslage, die aber dennoch eine spürbare Stärkung der Eigenmittel ermöglichen würde.

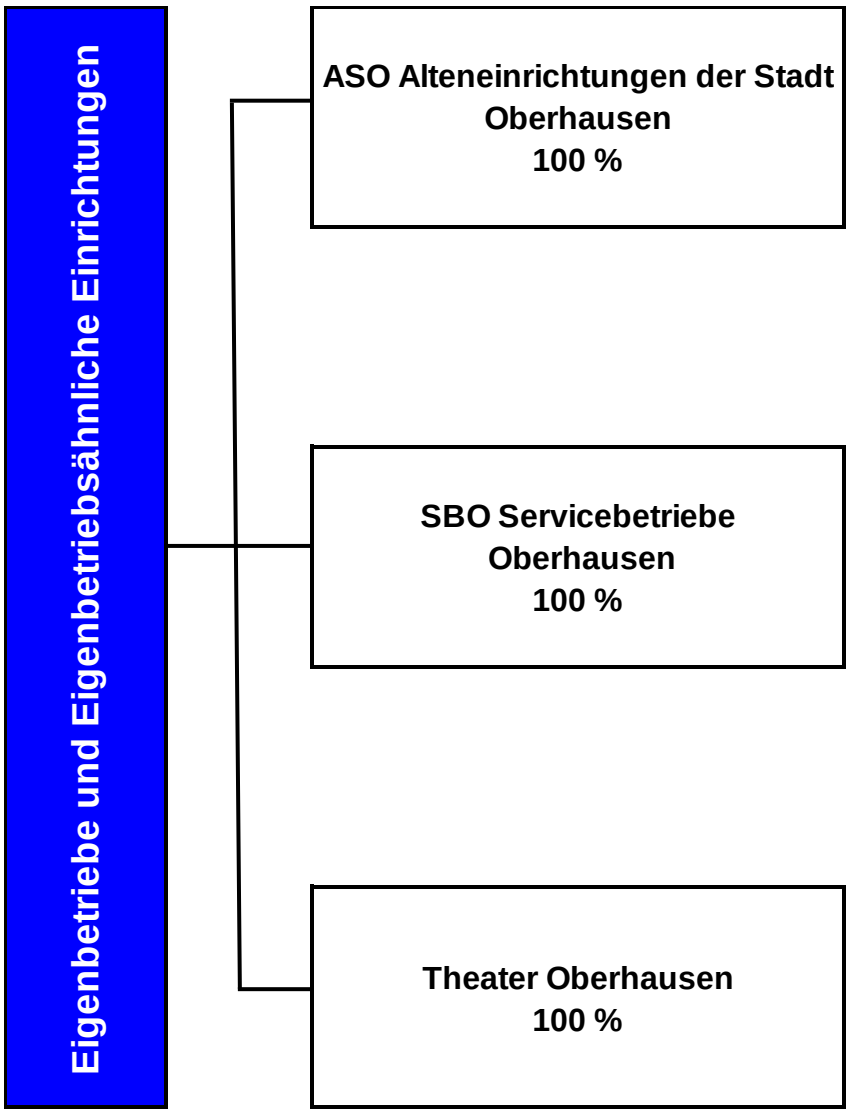
Auf Basis unserer Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

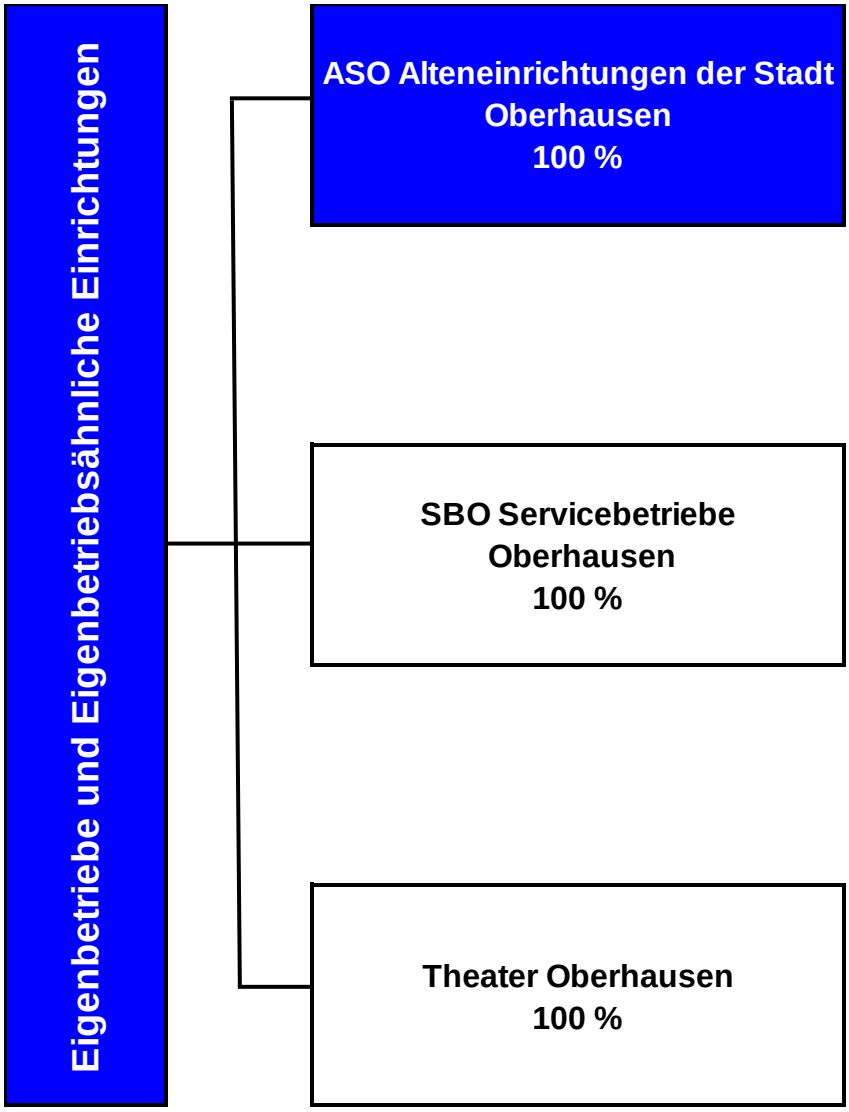
Oberhausen, 25.03.2024

Stadtsparkasse Oberhausen

Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8252665
Fax	0208/8255001
e-Mail	matthias.frerix@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögens-rechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Frerix, Matthias
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Stelzer, Johannes
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Heitmann, Dagmar
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Baumann, Louisa
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg

Mitglied	Büschken, Dieter
Mitglied	Horn, Denise
Mitglied	Mumm, Birgit
Mitglied	Rubin, Finn
Mitglied	Schnettler, Jennifer
Mitglied	Wiemann, Kathrin
Mitglied	Babic, Robert
Mitglied	Imlau, Hartmut
stellv. Mitglied	Dubbert, Karin
stellv. Mitglied	Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Kamps, Thorsten
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen
stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian
stellv. Mitglied	Salwik, Claudia
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Bohnes, Kirsten
stellv. Mitglied	Both, Jutta
stellv. Mitglied	Becker, Christin
stellv. Mitglied	Gördes, Georg
stellv. Mitglied	Müller-Böhm, Eva
stellv. Mitglied	Krauße, Maren

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Anlagevermögen	30.394,93	94,6	29.442,03	95,9	28.353,69
Umlaufvermögen	1.737,99	5,4	1.248,19	4,1	1.532,64
Bilanzsumme	**32.132,92**	**100,00**	**30.690,22**	**100,00**	**29.886,33**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**
Eigenkapital	7.951,68	24,7	8.101,45	26,4	8.329,05
Sonderposten mit Rücklagenanteil	528,94	1,6	507,33	1,7	485,72
Rückstellungen	72,16	0,2	68,93	0,2	65,85
Verbindlichkeiten	23.580,14	73,4	22.012,52	71,7	21.005,71
Bilanzsumme	**32.132,92**	**100,00**	**30.690,22**	**100,00**	**29.886,33**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.044,06	2.035,56	2.089,47
sonstige betriebliche Erträge	2.144,40	21,88	22,54
Abschreibungen	1.290,34	1.100,96	1.088,82
sonstige betriebliche Aufwendungen	508,76	333,43	357,51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,01	0,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	472,85	451,54	416,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.916,52	171,53	249,34
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-0,01
sonstige Steuern	21,75	21,75	21,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.894,77	149,77	227,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.894,77	149,77	227,59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	92,70	7,36	10,89
Eigenkapitalrentabilität:	31,28	1,88	2,81
Cash-Flow:	3.185,10	1.250,73	1.316,42
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			
Personalaufwandsquote:			

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	94,59	95,93	94,87
Eigenkapitalquote:	24,75	26,40	27,87
Fremdkapitalquote:	75,25	73,60	72,13
Anlagendeckungsgrad 2:	26,16	27,52	29,38
Verschuldungsgrad:	304,10	278,82	258,82

e) Lagebericht

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ (im Folgenden „ASO gGmbH“ genannt) und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ (im Folgenden „ASO Eigenbetrieb“ genannt).

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Februar 2023 liegt der Geschäftsbetrieb des ASO Eigenbetriebs in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck des ASO Eigenbetriebs liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe des ASO Eigenbetriebs sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden vom städtischen Sozialausschuss wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Matthias Frerix.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30/30a richtet sich zunächst nach den Pachtverträgen, die zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen auf eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache des ASO Eigenbetriebs als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind über den vermögensverwaltenden ASO Eigenbetrieb abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30/30a

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäude-substanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden durfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III“ oder „Ersatzneubau“ sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau“ die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag folgte der Rat am 21.11.2016. Nach einer intensiven Planungsphase wurde das neue Gebäude im August 2021 vom ASO Eigenbetrieb fertiggestellt und an die ASO gGmbH verpachtet.

Nach der Errichtung des Gebäudes zogen die Bewohner des Hauses III in den Neubau um. Hierbei konnte vollumfänglich berücksichtigt werden, dass die Gemeinschaften, welche sich in den einzelnen Wohnbereichen gebildet hatten, in der bestehenden Form zusammenbleiben. Für die Folgenutzung von Haus III wird die Betriebsleitung dem Betriebsausschuss zum gegebenen Zeitpunkt eine Machbarkeitsstudie vorlegen. Aktuell wird das Haus genutzt, um geflüchteten Menschen aus der Ukraine einen Wohnraum zu geben. Hierzu wurde die Brandmeldeanlage erneuert. Vorteilhaft erweist sich vor allem die vorhandene Privatsphäre, da jede abgeschlossene Wohneinheit über eine eigene Sanitäreinrichtung verfügt.

Zudem ist geplant die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Hauses II durch umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen zu verbessern. Grundsätzlich hat die ASO gGmbH aufgrund des Pachtvertrages mit dem ASO Eigenbetrieb die Aufwendungen für die Instandhaltung zu tragen, während dem ASO Eigenbetrieb die Investitionen obliegen, welche die bauliche Substanz an Dach und Fach betreffen. Um die geeigneten Maßnahmen zu identifizieren, wurde eine externe Begutachtung der Gebäudestruktur durch das Planungs- und Beratungsunternehmen Soleo* GmbH vorgenommen. Diese gibt Aufschluss über den bautechnischen Zustand des Gebäudes, den Instandhaltungs- und Investitionsstau, sowie die landesspezifischen baulichen Anforderungen. Nach Abstimmung des Ergebnisses der Soleo* GmbH mit der Geschäftsleitung der ASO gGmbH und dem Betriebsleiter des ASO Eigenbetriebs wurden die Sanierungsvarianten im Aufsichtsrat der ASO gGmbH vorgestellt. Entsprechend der Beschlussfassung des Aufsichtsrates der ASO gGmbH vom 26.05.2023 begann die ASO gGmbH mit den Instandhaltungsmaßnahmen, die im Jahr 2026 abgeschlossen werden sollen. Danach wird das Haus II auch ausstattungsseitig im Vergleich zur gegenwärtigen Situation deutlich attraktiver sein.

Sowohl der Neubau, wie auch die Folgenutzung von Haus III und die Sanierung von Haus II stehen in einem ganzheitlichen zukunftsweisenden, bedarfsbezogenen Konzept einer Quartiersentwicklung an der Siepenstraße. Neben der Öffnung des Standortes zu einem Quartier, soll das Portfolio der ASO erweitert und diversifiziert werden.

Bereits im Jahr 2022 hat der ASO Eigenbetrieb mit Hilfe von Vodafone im gesamten Louise-Schroeder-Heim Quartier einen Glasfaseranschluss verlegen lassen, an dessen nunmehr alle Gebäude angeschlossen sind. Dies bietet gegenüber der herkömmlichen Verbindung über Kupferkabel viele Vorteile. Glasfaserverbindungen sind nicht nur wesentlich schneller, sondern haben auch eine höhere Bandbreite. So können mehr Nutzer gleichzeitig hohe Datenmengen bewegen und haben in der Regel eine stabilere Internetverbindung. Bereits zuvor hatte der ASO Eigenbetrieb flächendeckendes WLAN in allen Gebäuden des Louise-Schroeder-Heims eingerichtet. Da die ASO gGmbH die Pflegedokumentation über Tablets weiter ausbauen möchte, wurde mit dem Glasfaseranschluss ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung gemacht.

Der Ausbau des Glasfaseranschlusses ist für das Jahr 2024 auch für alle Liegenschaften im Elly-Heuss-Knapp Quartier geplant.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Fassadenrisse am Haus Bronkhorstfeld

An der Fassade rundum das Haus Bronkhorstfeld wurden verschiedene Risse festgestellt. Im Herbst 2023 fand eine Begehung des Betriebsleiters mit dem Technischen Leiter der ASO und einem externen Sachverständigen für den Bereich Bauwesen statt. In einem weiteren Ortstermin erfolgten insgesamt 15 Bauteilfreilegungen des Wärmedämmverbundsystems verteilt über sämtliche Fassadenbereiche. Hierbei wurden Schäden wie z.B. Riss- und Blasenbildungen sowie Nässehinterläufigkeiten analysiert. Es wurde festgestellt, dass diese im Zusammenhang mit dem Mangelzustand des Wärmeverbundsystems stehen. Das Gutachten des Sachverständigen empfiehlt, die schadhaften Bereiche auszubessern, um Mangelfolgeschäden abzustellen. Für die Sanierung der Gebäudefassade wurde im Gutachten ein geschätzter Aufwand in Höhe von ca. 140 – 160 T€ ermittelt. Ein erstes Angebot bestätigt die Kostenschätzung. Im Wirtschaftsplan 2024 wurden 150 T€ für die Sanierung der Gebäudefassade berücksichtigt. Die Umsetzung der Maßnahme soll im Jahr 2024 nach vorheriger Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss erfolgen. Hinsichtlich der Kosten für die Beseitigung der Schäden werden Ansprüche gegen die SBO Servicebetriebe Oberhausen als Rechtsnachfolgerin der untergegangenen OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erhoben, welche das Gebäude errichtet hat und bis vor zwei für die Instandhaltung verantwortlich war.

Dachreparatur am Café Haus Bronkhorstfeld

Bei einer Regelkontrolle fiel auf, dass sich im Bereich des Cafés der Wandanschluss zum Teil gelöst hatte. Dieser wurde wieder in Stand gesetzt. Zudem wurde der Weg des abfließenden Wassers optimiert, da es ein leichtes Kontergefälle gab, wodurch sich das Wasser auf dem Dach sammelte und nicht vernünftig abfließen konnte.

Betriebsprüfung

Von Dezember 2023 bis Februar 2024 fand eine Betriebsprüfung statt. Diese wurde durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land durchgeführt und erstreckte sich auf alle steuerlich relevanten Sachverhalte im Prüfungszeitraum 2019 bis 2021 (Gesamtkontrolle der Körperschaft- und Umsatzsteuer). Es wurden keine Beanstandungen festgestellt.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Unsere bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren sind der Jahresüberschuss und die Umsatzerlöse. Für das Wirtschaftsjahr 2023 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 228 T€ (Vorjahresüberschuss 150 T€).

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 53 T€ von 2.036 T€ auf 2.089 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.083 T€ sowie Mieterlösen von Dritten mit 6 T€.

Die Abschreibungen verringerten sich geringfügig um 12 T€ auf 1.089 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 25 T€ auf 358 T€ gestiegen (Vorjahr 333 T€). Ausschlaggebend hierfür sind vor allem höhere Grundbesitzabgaben infolge der Flüchtlingsunterbringung sowie höhere Versicherungsaufwendungen.

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 36 T€ auf -416 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag mit 66 T€ (Vorjahr -83 T€) vollständig gedeckt.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist mit 95,1 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Vorjahr 95,7 %).

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf 66 T€ (Vorjahr -83 T€).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere weiteren finanziellen Leistungsindikatoren sind der Finanzmittelbestand sowie der Cashflow. Der Finanzmittelbestand ist um 211 T€ gestiegen. Einem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit von 1.764 T€ steht ein negativer Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 1.553 T€ gegenüber.

IV. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hatte in den zurückliegenden Jahren sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten und der sonstige Aufwand in vollem Umfang refinanziert werden konnten. Wegen der vertraglichen Bindung mit der ASO gGmbH ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ASO gGmbH erheblich. Diese wurde erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims und hier wiederum durch dessen Haus II belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten des Hauses II, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Den Auslastungsproblemen und den damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wurde jedoch mit dem Ersatzneubau und den beabsichtigten Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität von Haus II nachhaltig entgegengewirkt.

Im August 2021 wurde der Neubau in Betrieb genommen, welcher mit 80 rollstuhlgerechten Einzelzimmern eine sehr hohe Nachfrage am Markt erfährt. Der Vermarktungsschwierigkeit wurde insofern Rechnung getragen, indem mit der Stilllegung von Haus III insgesamt 22 Doppelzimmer abgebaut wurden. Dennoch ist durch die 36 Doppelzimmer im Haus II weiterer Handlungsbedarf gegeben. Hierzu wurden dem Aufsichtsrat Sanierungsvarianten vorgestellt, mit dem Ziel, die Auslastungszahlen im stationären Bereich zu optimieren. In den Jahren 2024 bis 2026 sollen die Maßnahmen umgesetzt werden. Durch die vertragliche Ausgestaltung des Pachtvertrages hinsichtlich Haus II sind die Kosten von der Pächterin, der ASO gGmbH, zu tragen. Die umfassende Instandhaltungsmaßnahme soll ausschließlich durch Eigenmittel erfolgen. Dies führt zu großen Liquiditätsabflüssen der Pächterin. Nach der Einschätzung der Betriebsleitung und eingeholten Auskünften von der Geschäftsleitung der ASO gGmbH ist die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet.

Seitens der Verpächterin wird nicht daran gezweifelt, dass mit dem Betrieb des Neubaus die Pächterin wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Eine wirtschaftliche Stärkung des Verbundes resultierte nach Auffassung der Betriebsleitung auch durch die Übernahme des Darlehens für das Haus III durch die Stadt Oberhausen im Jahr 2021.

Die Pächterin wird gemäß dem bestehenden Pachtvertrag für das Haus II des Louise-Schroeder-Heims auch in den nächsten Jahren eine Pacht in Höhe der bilanziellen Abschreibungen und der Zinsen entrichten. Hierdurch wird sich ein Delta zwischen den Zahlungen der ASO gGmbH und dem vom ASO Eigenbetrieb aufzubringenden Aufwand für noch zu leistende Tilgungs- und Zinszahlungen ergeben. Diese Problematik erfordert die Aushandlung eines angepassten Pachtvertrages. Dieser muss sich an den Regelungen der Pachtverträge für das Haus Bronkhorstfeld bzw. des Ersatzneubaus orientieren.

Die Risikolage wäre unter normalen Bedingungen gering. Allerdings bestehen weiterhin erhebliche Unsicherheiten durch den Ukraine-Krieg auf den Finanzmärkten. Die hohe Inflation und das anhaltend hohe Zinsniveau könnten das Risiko bei der Aufnahme von Darlehen für mögliche Bauvorhaben erhöhen.

Die genannten Risiken sind für den ASO Eigenbetrieb nicht als bestandsgefährdend einzustufen.

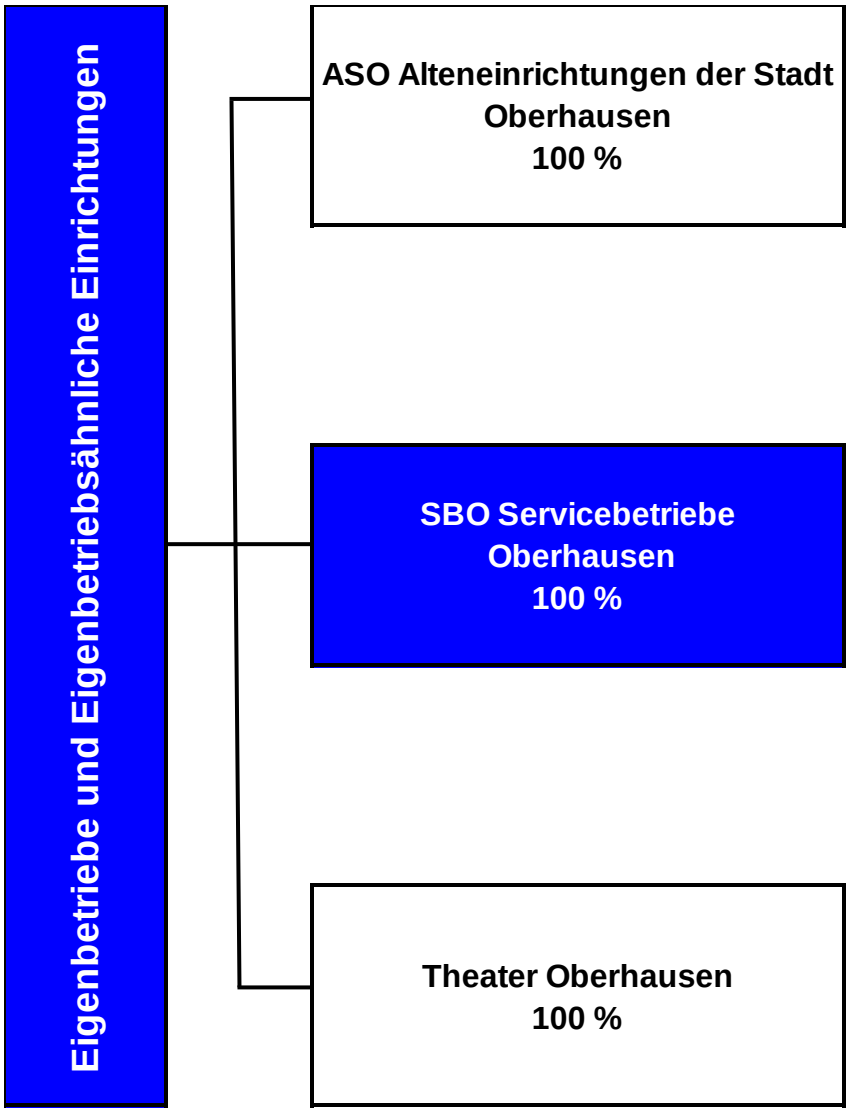
V. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vorgenommenen Weichenstellungen für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig wird es jedoch, eine Lösung für die sich abzeichnende negative Finanzentwicklung des ASO Eigenbetriebs zu entwickeln, indem die Belastung durch eine Anpassung des aktuellen Pachtvertrages für das Haus II des Louise-Schroeder-Heims reduziert wird. Der Neubau ist der Grundstein für eine Quartiersentwicklung, die an der Siepenstraße entstehen soll und trägt sich wirtschaftlich. Die Folgenutzung der Bestandsgebäude und die Umsetzung neuer, moderner Konzepte wird das Thema des Jahres 2024 sein. Hierin sieht die Betriebsleitung ein zukunftsweisendes Projekt, welches das Portfolio des ASO-Verbundes erweitert und wettbewerbsfähig macht. Für das Wirtschaftsjahr 2024 werden Umsatzerlöse von 2.061 T€ sowie ein Jahresüberschuss von 54 T€ geplant.

Oberhausen, 31. März 2024

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (ASO)

Matthias Frerix
Betriebsleiter


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

SBO Servicebetriebe Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: Eigenbetrieb

Stammkapital in T€: 2.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	2.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes
1) Das Gebäudemanagement, die Grünflächenunterhaltung sowie weitere mit den vorgenannten Zwecken im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen werden als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt.
2) Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes gehören insbesondere:
a) alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagement,
b) die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen,
c) das Friedhofswesen,
d) Serviceleistungen für die Stadt Oberhausen und Unternehmen mit städtischer Beteiligung, insbesondere im Rahmen der Beschaffung sowie beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften,
e) Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt Oberhausen als Bauherrin,
f) die Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen,
g) die bedarfsgerechte Versorgung aller Organisationseinheiten der Stadt mit städtischen oder angernieteten Räumen oder Grundstücken,
h) Bäderwesen, Marina,
i) Tiergehege,
j) Restabwicklung Baumaßnahmen,
k) Immobilien- und Mietwesen für Eigenobjekte der OGM GmbH.
3) Der Eigenbetrieb kann alle seinem Betriebszweck fördernden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Miet- und Betriebsführungsvertrag zwischen der SBO (vormals OGM) und der VZO über das Bürogebäude "Jobcenter Marktstraße" und das Parkhaus Marktstraße 10
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der SBO (vormals OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) vom 26. September / 25. Oktober 2001 über das Bürogebäude an der Bahnhofstraße 66

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Kußel, Andreas

Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender	Look, Dietmar
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Völker, Andreas
	Mitglied	Kempkes, Wolfgang
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Mazura, Hubert
	Mitglied (AN)	Hauffe, Dagmar
	Mitglied (AN)	Diebels, Stefan
	Mitglied (AN)	Mandlburger, Nicole
	stellv. Mitglied	Axt, Birgit
	stellv. Mitglied	Bandel, Frank
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bischoff, Jörg
	stellv. Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	stellv. Mitglied	Nakot, Werner
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	stellv. Mitglied	Derißen, Jörn
	stellv. Mitglied	Mumm, Hartmut
	stellv. Mitglied (AN)	Demond, Malte
	stellv. Mitglied (AN)	Papotto, Gaetano
	stellv. Mitglied (AN)	Peuten, Mirko
	stellv. Mitglied (AN)	Stevens, Dunja
	stellv. Mitglied (AN)	Visnjic, Goran

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	32.897,07	50,4	33.684,07	41,9	37.733,32	54,1
Umlaufvermögen	32.278,04	49,5	46.597,88	58,0	31.972,52	45,8
Rechnungsabgrenzungsposten	43,67	0,1	57,26	0,1	56,59	0,1
Bilanzsumme	**65.218,78**	**100,00**	**80.339,21**	**100,00**	**69.762,43**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	4.716,61	7,2	7.379,94	9,2	9.674,46	13,9
Rückstellungen	6.134,84	9,4	6.177,75	7,7	6.355,97	9,1
Verbindlichkeiten	54.273,68	83,2	66.666,40	83,0	53.598,24	76,8
Rechnungsabgrenzungsposten	93,65	0,1	115,11	0,1	133,75	0,2
Bilanzsumme	**65.218,78**	**100,00**	**80.339,21**	**100,00**	**69.762,43**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	99.185,67	114.672,29	128.996,79
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	29.922,57	17.187,19	6.625,67
sonstige betriebliche Erträge	425,31	244,58	431,03
Materialaufwand	84.869,76	85.163,29	87.114,47
Personalaufwand	29.135,12	29.637,80	31.525,16
Abschreibungen	2.416,73	2.636,61	2.876,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.978,41	10.992,43	11.315,26
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,66	15,97	161,22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	680,80	579,35	647,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.455,39	3.110,54	2.735,76
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	223,30	200,00	207,83
sonstige Steuern	254,61	247,20	233,41
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.977,48	2.663,34	2.294,51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.977,48	2.663,34	2.294,51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Umsatzrentabilität:	1,99	2,32	1,78
Eigenkapitalrentabilität:	72,19	56,47	31,09
Cash-Flow:	4.394,20	5.299,94	5.171,33
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	223,72	228,16	242,95
Personalaufwandsquote:	22,49	22,44	23,17

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Sachanlagenintensität:	50,43	41,92	54,07
Eigenkapitalquote:	7,23	9,19	13,87
Fremdkapitalquote:	92,77	90,81	86,13
Anlagendeckungsgrad 2:	15,07	40,68	26,15
Verschuldungsgrad:	1282,75	988,62	621,10

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die SBO Servicebetriebe Oberhausen sind ein Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen.

Die Gründung erfolgte zum 01.01.2021 und wurde am 16.07.2021 rechtskräftig ins Handelsregister eingetragen. Der Eigenbetrieb erbringt für die Stadt Oberhausen Dienstleistungen im Gebäudemanagement und der Grünflächenunterhaltung sowie damit im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Leistungen.

Zum Eigenbetrieb gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagements
- die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen
- das Friedhofswesen
- die Baumpflege und der Baumschutz
- Serviceleistungen für die Stadt oder deren Beteiligungen beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften
- Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt
- Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen
- Versorgung des Bedarfs der Stadt mit Räumen oder Grundstücken
- Betrieb des Bäderwesens und der Marina
- Betrieb des Tiergeheges im Kaisergarten
- Immobilien- und Mietwesen für Eigenobjekte der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH bzw. der Rechtsnachfolgerin TZU Management GmbH

Neben dem angemieteten Bürostandort an der Geschäftsadresse betreibt der Eigenbetrieb einen zentralen Betriebshof in der Stadt, an dem die operativen Einheiten mit Fuhr- und Gerätepark untergebracht sind. Kleinere Dienststellen befinden sich auf den kommunalen Friedhöfen, im Kaisergarten und im Stadion Niederrhein. Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden.

Aufsichtsgremium des Eigenbetriebes ist der Rat der Stadt Oberhausen nach § 4 der Betriebssatzung sowie der Betriebsausschuss nach § 5 der Betriebssatzung.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für den Eigenbetrieb nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Servicebetriebe Oberhausen (SBO) sind als Eigenbetrieb keine eigenständige juristische Person, sondern Dienststelle der Stadt Oberhausen und damit überwiegend Dienstleister der Stadt. Da der maßgebliche Teil der Leistungen direkt für die Stadt erbracht wird, unterliegt der Eigenbetreib nur in begrenztem Maße gesamtwirtschaftlichen Einflüssen.

Einfluss haben Lohn- und Preissteigerungen, die jedoch im Wirtschaftsplan berücksichtigt werden und somit indirekt in den Haushalt der Stadt Oberhausen einfließen.

Durch das anhaltende ukrainische Kriegsgeschehen kommt es im Eigenbetrieb nach wie vor zu hohen Kostenbelastungen. Die Kosten für die Herrichtung, Instandhaltung und haustechnische Betreuung von Flüchtlingsunterkünften nehmen im Jahresergebnis daher wiederum erheblichen, negativen Einfluss.

2. Geschäftsverlauf

Mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1.1.2021 wurden im Wesentlichen die Leistungsbereiche der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) weitergeführt. Einige Teilbereiche wurden nicht übernommen, die Bereiche Friedhofsverwaltung der Stadt Oberhausen und Strategisches Immobilienmanagement kamen hinzu.

Der Wirtschaftsplan wurde basierend auf den Plandaten des Jahres 2022 und den laufenden Geschäftszahlen des Jahres 2022 für das Jahr 2023 aufgestellt.

3. Beteiligungen

Der Eigenbetrieb hält keine Beteiligungen.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen durch die gezahlten Zuschüsse und Entgelte der Stadt Oberhausen geprägt.

Die Entgelte in € sind wie folgt zusammengesetzt und zeigen gegenüber ihrer Planung folgende Entwicklung:

	2023/€ IST	2023/ € PLAN	Abw. / €
Pauschalentgelte	72.905.244	75.000.000	-2.094.756
Umsatzerlöse Objektmanagement	23.575.120	45.500.000	-21.924.880
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	14.552.679	18.866.194	-4.313.515
Mieterträge und Nebenkosten	7.438.319	8.232.728	-794.409
Umsatzerlöse Bäderwesen	4.164.441	3.731.490	432.951
Versicherungserträge	2.159.534	1.540.658	618.876
Erlöse Nutzungsentgelt	718.394	829.110	-110.716
Umsatzerlöse Friedhöfe	345.655	320.438	25.218
Umsatzerlöse Tiergehege	137.919	155.000	-17.081
sonstige Allgemeine Umsatzerlöse	2.999.482	2.254.846	744.636
Summe Umsatzerlöse	**128.996.787**	**156.430.464**	**-27.433.676**

Bestandsveränderungen HF-Baumaßnahmen	6.716.691	0	6.716.691
Bestandsveränderungen BK Immobilien	-91.019	533.237	-624.256

2. Plan- / Ist-Vergleich

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2023 auf insgesamt 129,0 Mio. €. Der überwiegende Teil resultiert aus dem Pauschalzuschuss sowie geleisteten Einzelzuschüssen der Stadt Oberhausen. In der verabschiedeten Wirtschaftsplanung sind diese Zuschüsse unter den Positionen „Zuschuss Stadt Oberhausen (konsumtiver HH) bzw. „Zuschuss Stadt Oberhausen (Investiver HH)“ ausgewiesen. Drittumsätze ergeben sich hauptsächlich aus Mieterträgen sowie Umsätzen des Bäderbetriebs.

Der planmäßig vereinnahmte Pauschalzuschuss in Höhe von 75 Mio. € fließt um 2,1 Mio. € reduziert in die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 ein. Aufgrund noch nicht verausgabter Anteile des Instandhaltungsbudgets für objektspezifische Maßnahmen ergibt sich zum Jahresende eine Aufwands- und Umsatzkorrektur, die noch nicht verwendete Budget-/ bzw. Zuschussanteile in gleichartiger Höhe in den bilanziellen Bestand verlagern.

Drittumsatzerlöse für Mieten und Nebenkosten bleiben hinter ihrem Planansatz zurück. Im Besonderen nimmt hier eine den Miet- und Nebenkostenumsatz mindernde, zum Jahresabschluss gebildete Rückstellung Einfluss, welche das Risiko von eventuell noch anstehenden Umsatzkorrekturen aus noch nicht abgeschlossenen Mietstreitigkeiten berücksichtigt.

Im Bäderbereich führen höhere Besucherzahlen zu Umsatzerlösen oberhalb des geplanten Ansatzes.

Die sonstigen allgemeinen Umsatzerlöse ergeben sich durch zuschussrelevante Abrechnungen mit der Stadt Oberhausen für beschafftes, städtisch aktiviertes Anlage-vermögen, diverse Umsätze aus SBO-Drittgeschäften und verbuchten Perso-

nalkosten-erstattungen im Rahmen der Vereinbarung zur Sozialen Teilhabe. Des Weiteren werden in dieser Umsatzposition ergebnisneutrale Abrechnungssachverhalte dargestellt, die im Rahmen der ausgeübten Mietverwaltungstätigkeit für Immobilien Dritter bei der SBO entstehen.

Die in Höhe von 45,5 Mio. € im Rahmen des städtischen Zuschusses / Investiver Haushalt geplanten Umsatzerlöse des Baumanagements korrespondieren mit den Bestandsveränderungen der Baumaßnahmen, da die noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen keine Umsatzgröße, sondern zunächst einen Bestand darstellen. In Summe saldiert ergibt sich für beide Positionen eine Abweichung von rd. 15,2 Mio. € zur Plangröße, die sich analog durch geringere Bauaufwendungen im Materialaufwand zeigt.

Bestandveränderungen

Hauptsächlich schlägt sich in dieser Position die Bildung und Auflösung von Beständen im Rahmen der Abwicklung städtischer Baumaßnahmen nieder. In kleinerem Maße fließen Bestandsveränderungen ein, die sich aus der Abrechnung von Immobilienbetriebskosten ergeben.

Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge ergeben sich in Höhe von 0,4 Mio. €. Im Wesentlichen handelt es sich um 0,3 Mio. € ungeplanter Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Materialaufwand

Der Materialaufwand zeigt sich mit rd. 7,7 Mio. € insgesamt annähernd planmäßig. Zwar kommt es durch die im Geschäftsjahr für die Stadt Oberhausen beschafften und abgerechneten Anlagegüter (zwei Feuerwehrfahrzeuge) zu einer Planüberschreitung, die jedoch durch die Unterbeanspruchung anderweitiger Materialbeschaffungen für Ge- und Verbrauchsgüter kompensiert werden kann.

Sonstige bezogene Leistungen

Die sonstigen bezogenen Leistungen in Höhe von 79,4 Mio. € bleiben deutlich hinter ihrem Planansatz von 100,4 Mio. € zurück. Die wesentlichste Planunterschreitung ergibt sich durch noch nicht verausgabte Baukosten mit rd. 15,3 Mio. €. Bezogene Leistungen für Energie bleiben mit rd. 3,1 Mio. € hinter dem Planansatz zurück.

Personalaufwand

Der Personalkostenaufwand beläuft sich auf 31,5 Mio. € und bleibt damit um rd. 1,9 Mio. € unterhalb des geplanten Aufwands von 33,4 Mio. €. Ausbleibende Lohnfortzahlungen aufgrund von Langzeiterkrankungen, ungeplanten Austritte sowie verspätete oder nicht im Geschäftsjahr vorgenommene Neu-/ bzw. Ersatzeinstellungen führen im Wesentlichen zu dieser Planunterschreitung.

Weitere Abweichungen resultieren aus Kosten für von der Stadt gestellte Beamte, welche im Materialaufwand dargestellt sind aber in den Personalkosten geplant wurden.

Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Abschreibungen liegen mit 2,9 Mio. € um 0,4 Mio. € unterhalb der geplanten Abschreibung mit 3,3 Mio. €. Bleiben die im Plan 2023 nicht abschreibungs-relevanten Sanierungsinvestitionen am Hallenbad Sterkrade unberücksichtigt, wird das geplante Investitionsvolumen für Beschaffungen von beweglichem Anlagevermögen nahezu vollständig in Anspruch genommen. Eine geringere Abschreibung ist vor diesem Hintergrund eher darin begründet, dass Investitionen zu einem späten Zeitpunkt des Geschäftsjahres getätigt wurden oder vermehrt Investitionsanschaffungen mit einer längeren Abschreibungsdauer gegenüber Plan erfolgten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen belaufen sich auf 11,3 Mio. €. Sie umfassen im Wesentlichen Mietaufwendungen, Postaufwand, Grundbesitzabgaben, Ver-sicherungsbeiträge und übrige sonstige Aufwendungen. Sie bleiben im Geschäftsjahr in Höhe von 3,0 Mio. € unterhalb des Plans.

Finanz-Ergebnis

Der Zinsaufwand des Berichtsjahres liegt rd. 5% unter dem Planansatz, da ein Darlehen für die Investitionen 2023 zu günstigeren Konditionen aufgenommen werden konnte, als zum Planungszeitpunkt angenommen. In 2023 wurde erstmalig ein Tagesgeldkonto eingerichtet um zeitweilige Liquiditätsspitzen anzulegen. Durch die steigende Anlagezinsentwicklung wurden ungeplante Zinserträge erwirtschaftet, insgesamt liegt damit das Finanzergebnis um rd. 0,2 Mio. € unter dem geplanten Aufwand.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Gebuchte Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen für das Geschäftsjahr 2023 mit 0,2 Mio. € planmäßig.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 2,5 Mio. € (2,9 Mio. €).

Sonstige Steuern

Der verbuchte Aufwand für Grundsteuer und KFZ-Steuer verhält sich mit 0,2 Mio. € planmäßig gegenüber dem hierfür im Wirtschaftsplan 2023 hinterlegten Ansatz.

Jahresergebnis

Es ergibt sich für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,3 Mio. €. Der planmäßig vereinnahmte Pauschalzuschuss führt bei insgesamt geringer zu deckenden Kosten des Eigenbetriebes zu einer Verbesserung des Planergebnisses. Der Jahresüberschuss übersteigt den geplanten Überschuss mit 1,2 Mio. €.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur:

	2023	**2022**
Umsatzerlöse (T€)	128.997	114.672
Materialaufwandsquote	64%	65%
Personalintensität	24%	23%
Personalaufwand pro Kopf (T€)	54	49
Jahresergebnis (T€)	2.295	2.663
Eigenkapital (T€)	9.674	7.380
Eigenkapitalquote	13,87%	9,19%
Investitionen (T€)	6.952	3.461
Fremdkapitalquote	85,94%	90,67%
Anlagevermögen	37.733	33.684
Anlagenintensität	54,09%	41,93%
Abschreibungsintensität	2,17%	2,05%

Investitionsplan

Die Summe der Investitionen beläuft sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt auf 7,0 Mio. €. Für Sanierungsarbeiten am Hallenbad Sterkrade bzw. für eine Büroraumerweiterung am Zentralen Betriebshof ergibt sich im Geschäftsjahr ein Investitionsvolumen von rd. 3,4 Mio. €, welches damit deutlich hinter dem geplanten Ansatz von 5,4 Mio. € zurückbleibt.

Die Investitionen für bewegliches Anlagevermögen inklusive immaterieller Vermögensgegenstände belaufen sich im Geschäftsjahr auf rd. 3,5 Mio. €. Davon entfällt ein Investitionsvolumen in Höhe von 1,8 Mio. € auf das für die Stadt Oberhausen beschaffte und über Nutzungsentgelte abgerechnete bewegliche Anlagevermögen. Diese Investitionen übersteigen den für das Geschäftsjahr geplanten Ansatz um rd. 0,4 Mio. € Getätigte Investitionen für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen der SBO belaufen sich auf rd. 1,7 Mio. € damit nur geringfügig hinter dem geplanten Ansatz in Höhe von 1,9 Mio. €.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Darlehensaufnahmen. Kontokorrentkredite wurden nicht in Anspruch genommen.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2023	
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**T€**
Jahresergebnis	2.295
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.877
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	-22
Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	9.240
Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-17.326
Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	-52
Zinsaufwendungen/Zinserträge	486
Ertragssteueraufwand/-ertrag	208
Ertragssteuerzahlungen	-8
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**-2.302**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-12
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	78
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.940
Erhaltene Zinsen	161
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-6.713**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	8.334
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-4.058
Gezahlte Zinsen	-647
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**3.629**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-5.386
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	32.323
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	26.937
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	26.937

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2024 ff

Zur Erfolgsplanung wurden neben den Plandaten des Vorjahres 2023 insbesondere die Jahresergebnisse 2022 sowie die aus dem laufenden Geschäftsjahr 2023 bereits gewonnenen Geschäftsdaten als Basis herangezogen. Darüber hinaus wurden Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Oberhausen berücksichtigt, sofern sie die Erfolgsrechnung der SBO betreffen. Ferner finden die Auswirkungen der Neugründung des städtischen Immobilienkonzerns in der Planung 2024 ff. Beachtung.

Der Wirtschaftsplan 2024 bis 2028 wurde dem Gremium des Betriebsausschusses vorgelegt und vom Rat der Stadt am 05.02.2024 beschlossen.
Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.535 vor. Dieser ergibt sich einzig aus dem Anteil des städtischen Zuschusses, der zur Sicherung der Liquidität und Tilgung der Darlehen dient. Aufgrund der Haushaltssicherungsmaßnahmen ist der Zuschuss insgesamt geringer als die Summe der zu deckenden Kosten und Liquidität. Dies führt zwar zu einem positiven Jahresüberschuss, aber gleichzeitig zu einem negativen Cash-Flow.

Unter Berücksichtigung aller Ergebnisse aus einfließenden Drittgeschäften der SBO ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2024 ein Gesamtzuschussbedarf in Höhe von insgesamt T€ 140.881 (Vorjahr T€ 146.485). Wird der Zuschussbedarf in Einzelsegmenten betrachtet, entstehen bei der SBO auch unter Berücksichtigung auferlegter Einsparvorgaben aufgrund von Tarifsteigerungen im Personalbereich, vertraglich indizierten Preisanpassungen und allgemeinen Marktpreissteigerungen ein Zuschussmehrbedarf im Rahmen des städtischen Pauschalzuschusses sowie der geplanten Einzelzuschüsse aus konsumtiven Haushalt der Stadt Oberhausen. Der mit rd. 15,6 Mio. € geringer gewählte Ansatz im Einzelzuschussbereich aus investivem Haushalt der Stadt Oberhausen, welcher der SBO hauptsächlich für die Abrechnung von Fremdleistungen zu investiven städtischen Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt wird, führt insgesamt für das Jahr 2024 zu einer geplanten Reduzierung des Gesamtzuschussbedarfs der SBO.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 zeigt ein geplantes Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von T€ 13.914. Geplante Anschaffungen von beweglichen Anlagegütern, die der Stadt Oberhausen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden, machen hierbei einen Investitionsbetrag in Höhe von T€ 1.081 aus. Eigene Ersatz- und Neubeschaffungen für bewegliches Anlagevermögen des Eigenbetriebs werden für das Jahr 2024 mit T€ 2.291 veranschlagt. Für die Investition für die Sanierung des Hallenbades Oberhausen berücksichtigt der Investitionsplan T€ 10.541.

Der im Vermögensplan der Jahre 2024 bis 2028 ausgewiesene Cash-Flow gestaltet sich aufgrund der Haushaltsrestriktionen und den damit für die SBO verbundenen, jährlich ansteigenden Einsparvorgaben in Form einer Pauschalzuschussfixierung zunehmend negativ. Es ist vorgesehen, den finanziellen Bedarf zunächst aus dem Bestand der liquiden Mittel zu finanzieren.

2. Risikomanagement

Die SBO hat als Rechtsnachfolgerin der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH das im Geschäftsjahr 2005 eingeführte Risiko-Chancen-Management übernommen. Es werden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung, erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt der Betriebsleitung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 1. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im Januar, Mai und September 2023 und zuletzt zum 31. Januar 2024 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

3. Steuerung des Unternehmens

Der Eigenbetrieb SBO verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Betriebsleitung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung des mit der Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Betriebsleitung und den leitenden Mitarbeitern/innen regelmäßig zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsanalyse.

E. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist der Eigenbetrieb in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2023 im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt.

2. Besetzung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung war/ist wie folgt besetzt:

Andreas Kußel, Moers Diplom-Kaufmann (bis 31.12.2023)	Horst Kalthoff, Oberhausen Diplom-Ingenieur, Architekt (bis 30.09.2023)
Anke Tannert, Mülheim Diplom-Kauffrau (ab 01.01.2024)	Florian Reeh, Haan Bauass. Dipl.-Ing. Bauingenieurwesen (ab 01.01.2024)

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die SBO betreiben auf dem eigenen Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark Photovoltaikanlagen. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Oberhausener Netzgesellschaft mbH, eingespeist. Ein Entgelt von 19 T€ wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

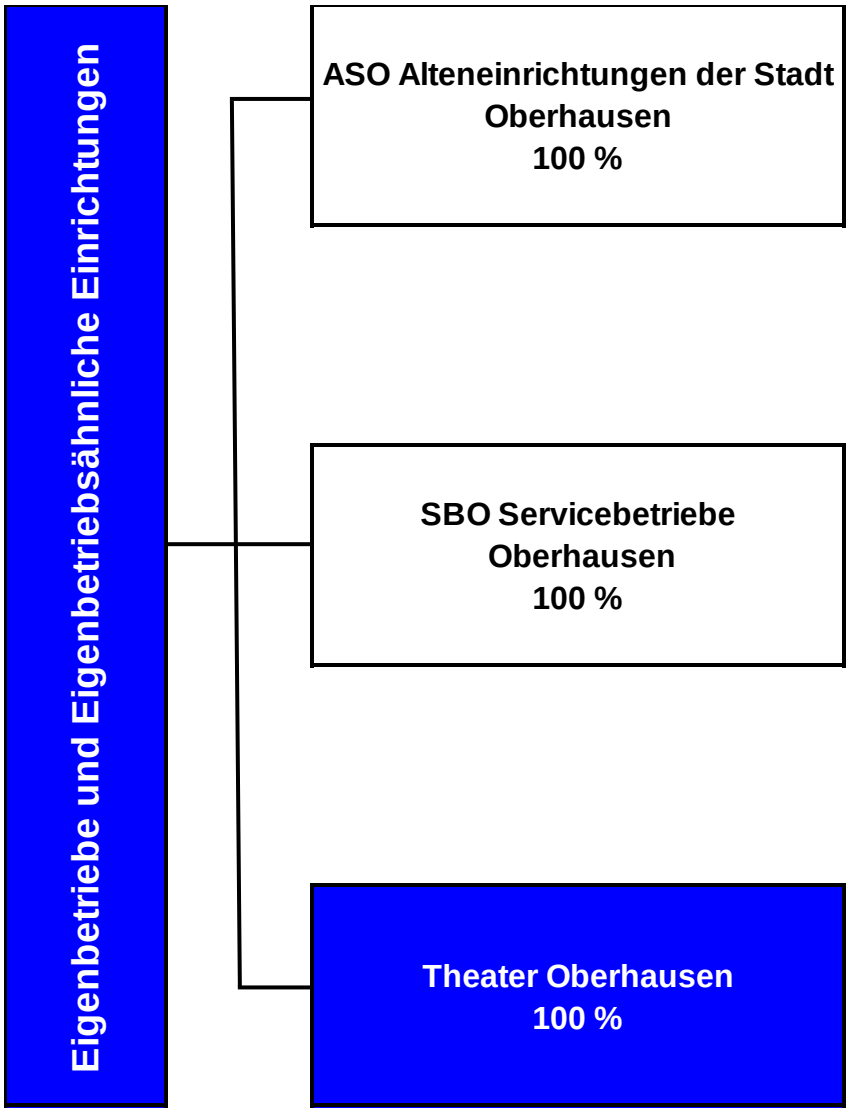
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden vom Eigenbetrieb nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Eigenbetriebes so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 11.März 2024

SBO Servicebetriebe Oberhausen (SBO)

Anke Tannert	Florian Reeh
Kfm. Betriebsleitung	Techn. Betriebsleitung


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2023)

Geschäftsführung:	Betriebsleiterin	Mädler, Kathrin
	Betriebsleiterin	Beckmann, Doris

Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas

Mitglied	Janetzki, Maximilian
Mitglied	Heinzen, Tim
Mitglied	Bandel, Bärbel
Mitglied	Hoff, Amelie
Mitglied	Jankowski, René
Mitglied	Kompa, Hartwig
Mitglied	Noldus, Erich
Mitglied	Racel, Britta
Mitglied	Wilts, Silke
stellv. Mitglied	Axt, Birgit
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Blanke, Andreas
stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
stellv. Mitglied	Hoff, Marc
stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Matzat, André
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
stellv. Mitglied	Grothe, Helga
stellv. Mitglied	Lange, Jörg
stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
stellv. Mitglied	Paspaliari, Ekaterini
stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
stellv. Mitglied	Völker, Andreas
stellv. Mitglied	Schiller, Heidi
stellv. Mitglied	Waradarajah, Agilan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	2.330,88	94,6	2.456,39	91,2	3.039,95	94,5
Rechnungsabgrenzungsposten	132,11	5,4	236,79	8,8	177,87	5,5
Bilanzsumme	**2.462,99**	**100,00**	**2.693,17**	**100,00**	**3.217,82**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.508,95	61,3	1.636,54	60,8	1.901,00	59,1
Rückstellungen	571,47	23,2	767,00	28,5	953,95	29,6
Verbindlichkeiten	360,07	14,6	285,64	10,6	307,88	9,6
Rechnungsabgrenzungsposten	22,50	0,9	4,00	0,1	55,00	1,7
Bilanzsumme	**2.462,99**	**100,00**	**2.693,17**	**100,00**	**3.217,82**	**100,00**

bb) GuV

	2021	2022	2023
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	53,56	180,84	354,88
sonstige betriebliche Erträge	11.487,99	11.232,08	11.474,78
Materialaufwand	942,52	754,16	833,58
Personalaufwand	7.622,48	8.325,02	8.569,60
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.697,93	2.206,15	2.162,03
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.278,61	127,59	264,46
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.278,61	127,59	264,46
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.278,61	127,59	264,46

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2021	31.07.2022	31.07.2023
Umsatzrentabilität:	2.387,06	70,55	74,52
Eigenkapitalrentabilität:	555,11	8,46	16,16
Cash-Flow:	1.278,61	127,59	264,46
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	93,08	94,24	96,89
Personalaufwandsquote:	66,04	72,94	72,44

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2021	31.7.2022	31.7.2023
Sachanlagenintensität:			
Eigenkapitalquote:	61,26	60,77	59,08
Fremdkapitalquote:	38,74	39,23	40,92

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt darüber hinaus ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Das Stadttheater in Oberhausen versteht sich als offenes Haus der Zeitgenossenschaft: Neben dem Abendspielplan, der in einem emotionalen Gegenwartstheater große Geschichten mit politischer Haltung verbindet, fungiert die Sparte Open Haus als Vermittlungs- und Vernetzungszentrale. Mit dem Jungen Theater begreift sich das Stadttheater als interdisziplinär und divers in seinen ästhetischen Formen. Am Theater Oberhausen wird seit 2023 Urban Arts mit dem Schwerpunkt urbaner Tanz als ein Ort für die urbane Szene aufgebaut. Mit Tanztheaterstücken, Tanzsessions und Battles, offenen Angeboten, Familienstücken, Szenetreffen und Festivals für die Bühne und den Stadtraum erweitert das Theater seinen Outreach für die Stadtgesellschaft und arrondiert sein Profil als Stadttheater.

Mit rund 130 Mitarbeitenden entstehen pro Spielzeit bis zu 17 Neuproduktionen mit über 300 Veranstaltungen in den drei Spielstätten Großes Haus mit über 460 Plätzen, dem Studio und der Bar als wandlungsfähigen Veranstaltungsräumen, beide mit variabler Platzzahl.

Die Stadt Oberhausen ist eine moderne, lebenswerte Großstadt im westlichen Ruhrgebiet mit rd. 211.000 Einwohnern. Das Theater ist ein wichtiger kultureller Treffpunkt im direkten Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Oberhausen in der Metropolregion Ruhr war in der Vergangenheit von einer großen Industrietradition geprägt und zeichnet sich heute vor allem durch eine breit gefächerte Wirtschaftsstruktur und vielfältige kulturelle Angebote aus. Der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen gehören hier zum Alltag.

Das Theater Oberhausen ist Gründungsmitglied des seit 2015 bestehenden Netzwerks der RuhrBühnen, einer Kooperation von 11 öffentlich getragenen Bühnen an 9 Städten in der Metropole Ruhr. Mit jährlich rund 200 Premieren, Ur- und Erstaufführungen in den Sparten Sprech-, Musik- und Tanztheater, Ballett, Performance, Modern Dance sowie Oper und Operette wird von den Bühnen ein Publikum aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet erreicht.

Ertragslage

In Klammern: jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2022/23 wurden in Oberhausen 292 (267) Veranstaltungen mit 42.049 (16.275) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 66% (74,2%) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 10 (4), im Studio (früher Saal 2, Malersaal) 6 (7) und in Außenspielstätten und Bar (früher Pool, Bar) 6 (13) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 49 (50) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt. Aufgrund einer baulichen Maßnahme in der Hauptspielstätte Großes Haus war das Platzangebot etwas geringer als in vorpandemischen Spielzeiten. Abstands- und Hygienemaßnahmen waren nach Auslaufen der gesetzlichen Regelungen in der Spielzeit 22/23 nicht mehr erforderlich.

In der Spielzeit 2022/23 konnte wieder der traditionelle Spielbetrieb in Präsenz realisiert werden; das Streaming-Angebot wurde eingestellt: 0 (7) Termine.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 0 (1) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.23 €	31.07.22 €
Eintrittseinnahmen und		
Abstecher	354.880,08	180.840,07

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von € 264.458,11 (Vorjahr € 127.587,32) ab. Der Umsatzanstieg gegenüber Vorjahr resultiert im Wesentlichen auf der Erweiterung des Spielbetriebs in Präsenz nach Ende der Pandemie-bedingten Schließung des Theaters in den Corona-Jahren 2020 bis 2021. Die Anzahl der Vorstellungen blieb in der Spielzeit 2022/23 noch etwas unter dem vor-pandemischen Niveau.

Die **Erträge** lagen um T€ 140 unter dem Planansatz. Mindereinnahmen aus den Umsatzerlösen (T€ -114) und der Verschiebung der Förderung für die Urban Arts Sparte (T€ -300) standen Mehreinnahmen im Wesentlichen aus Sonderzuschüssen gegenüber.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um T€ 368 unter dem Planansatz.

Die **Sachkosten** lagen um T€ 168 unter dem Planansatz wegen der verschobenen Spartengründung Urban Arts.

Die Differenz zwischen dem Jahresüberschuss (T€ 264) und dem sich aus den vorstehend aufgeführten Ergebnisverbesserungen (T€ 396) resultiert aus Herausforderungen bei der Besetzung von Planstellen im nicht-künstlerischen Bereich sowie den nicht auf einzelne Etatpositionen umgelegten pauschalen Zuschussreduzierungen des Wirtschaftsplanes (T€ 98).

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Die Theaterleitung im Geschäftsjahr 2022/23 bestand aus Frau Dr. Kathrin Mädler, Intendantin und Frau Doris Beckmann, Verwaltungsdirektorin.

Zahl der Beschäftigten	31.07.23	31.07.22	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	56,1	55,9	+0,2
Verwaltungspersonal	10,0	10,1	-0,1
Arbeiter	56,0	55,1	+0,9
	122,1	121,1	+1,0

Die Mitarbeiterzahl im Stellenplan veränderte sich im Vergleich zur Vorjahresperiode nicht wesentlich. Zu den oben angegebenen ständig Beschäftigten kommen nicht ständig Beschäftigte hinzu wie Regisseure, Bühnen- und Kostümbildner, Komponisten, Gäste und Performer:innen im Schauspiel, bei musikalischen Produktionen, im Jungen Theater sowie in Statisterie und Aushilfen. Es handelt sich dabei um selbstständige Honorargäste, nichtselbstständig beschäftige Personen sowie um nebenberuflich künstlerisch Beschäftigte.

Der Aufwand betrug T€ 3.652 für Künstler:innen und BTT–Kräfte und T€ 3.688 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf T€ 1.704. Im Aufwand für das Künstlerische Personal sind auch Kosten für Gastschauspieler:innen, -Regisseur:innen und -Ausstatter:innen enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. 07.23		31. 07.22		Veränderung
	T€	%	T€	%	
Unfertige Ausstattungen	69	2,2	42	1,6	27
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4	0,1	27	1,0	-23
Forderung gegenüber der Stadt Oberhausen	676	21,0	829	30,7	-153
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	946	29,4	1.036	38,5	-90
Kasse / Bank	1.520	47,3	759	28,2	761
Gesamtvermögen	3.215	100	2.693	100	522
Rücklagen	1.576	49,0	1.452	53,9	124
Gewinn	325	10,1	185	6,9	140
Eigenkapital	1.901	59,1	1.637	62,8	264
Sonstige Rückstellungen	954	29,7	767	28,5	187
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	182	5,7	173	6,4	9
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Oberhausen	0	0,0	0	0,0	0
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	178	5,5	116	4,3	62
Kurzfristiges Fremdkapital	1.314	40,9	1.056	39,2	258
Gesamtkapital	3.215	100	2.693	100	522

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	31.07.2022	Zuführung	Auflösung	31.07.2023
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg. Rücklage	1.430.212,23	127.587,32	0,00	1.557.799,55
Zweckgebundene Rücklage	21.474,33	0,00	3.579,04	17.895,29
Gewinn	184.851,96			
Aufl. zweckgeb. Rücklage		3.579,04		
Einstellung Allg. Rücklage			127.587,32	
Jahresüberschuss		264.458,11		
Gewinn				325.301,79
	1.636.538,52	395.624,47	131.166,36	1.900.996,63

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2022	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2023
Erneuerung Rauchwärmeabzugsanlage	29.750,00	0,00	0,00	8.950	38.700
Zuwendung 13. Gehalt	121.923,38	0,00	121.923,38	130.319,68	130.319,68
Urlaubsrückstellung	89.110,77	0,00	89.110,77	100.550,27	100.550,27
Jahresabschlussprüfung	49.555,00	47.510,25	1.439,75	23.841,65	24.446,65
Übrige	476.656,88	112.769,90	246.276,20	542.319,54	659.930,32
	766.996,03	160.280,15	458.750,10	805.981,14	953.946,92

Nichtfinanzielle Erklärung Theater Oberhausen gemäß § 289c HGB

Über diese zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung

Das Theater Oberhausen möchte seiner Rolle als Stadttheater im Herzen der Ruhrgebietsstadt Oberhausen auch im Bereich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit gerecht werden und unternehmerische Verantwortung im Kulturbetrieb übernehmen. Seit dem Geschäftsjahr 2021/22 veröffentlicht das Theater Oberhausen eine zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung in Übereinstimmung mit den §§ 315c in Verbindung mit §§ 289c HGB. Sie stellt die wesentlichen Aspekte und Sachverhalte zu Umweltbelangen, Kundenbelangen, Arbeitnehmerbelangen, Geschäftsethik und Compliance inklusive der Bekämpfung von Korruption und Bestechung und der Achtung der Menschenrechte, Sozialbelangen sowie Nachhaltigkeit in der Lieferkette inhaltlich dar. Die Erklärung orientiert sich an den Global Reporting Initiative Standards (GRI 2016). Es ist geplant, die ESG-Berichterstattung des Theaters in den Folgejahren weiterzuentwickeln.

Angaben darüber, ob und in welchem Umfang die Tätigkeit des Unternehmens mit Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind, die als taxonomiefähig im Sinne der EU-Taxonomieverordnung (2020/852) einzustufen sind, sind aufgrund der unterkritischen Unternehmensgröße nicht enthalten.

Geschäftsmodell und künstlerische Vision am Theater Oberhausen

Die künstlerische Handschrift der jeweiligen Intendanz prägt das Angebot und die Themenauswahl am Theater Oberhausen mit ihrer spezifischen Dringlichkeit.

Unter der fünf-jährigen Intendanz von Florian Fiedler bis Ende 2021/22 waren die Spielpläne vom aktuellen Diskurs in den darstellenden Künsten zu Sozialen Fragen, Diversität, Rassismus, Inklusion sowie jährlichen Festivals und Angeboten für Schulen und Kitas geprägt. Mit neuen Formaten entwickelte sich das Theater Oberhausen zugleich als Ort der Öffnung in die Stadtgesellschaft von Oberhausen weiter. Die während der Pandemie entstandenen digitalen Angebote erreichten überregional eine hohe Aufmerksamkeit.

Seit der Spielzeit 2022/23 leitet Frau Dr. Kathrin Mädler als Intendantin die künstlerischen Geschicke und möchte das Theater als ein offenes, herzliches und einladendes Haus für die Stadt Oberhausen und die Region ausrichten: Als Theater der Zeitgenossenschaft, ebenso politisch wie emotional, werden mit Haltung, Leidenschaft und Spielfreude große Geschichten für unsere Zeit erzählt. Ein Schwerpunkt liegt auf neuer Dramatik mit Ur- und Erstaufführungen sowie Stückaufträgen, auf Klassikern mit starkem Zugriff für unsere Gegenwart und auf Stückentwicklungen für Oberhausen sowie interdisziplinären Formaten und Projekten mit Bürger:innenbeteiligung. Jungen Regiehandschriften und jungen Dramatiker:innen gilt ein besonderes Interesse. Im Open Haus sind alle eingeladen, ihr Theater mitzugestalten, selbst zu spielen oder das Theater als Ort der Gemeinschaft und Vernetzung zu nutzen. Dem altersgerechten Repertoireaufbau im Kinder- und Jugendtheater gilt ein besonderer Fokus. Mit dem neuen Schwerpunkt Urban Arts zieht wieder Tanz am Theater Oberhausen ein und ergänzt das künstlerische Angebot in den drei Spielstätten Großes Haus, Studio und Bar sowie im Stadtraum.

Wertorientierte Unternehmensführung und Arbeitsnehmerbelange als integrale Bestandteile am Theater Oberhausen

Das Theater Oberhausen ist Mitglied im Deutschen Bühnenverein, der als Interessen- und Arbeitgeberverband der Theater und Orchester alle künstlerischen, organisatorischen und kulturpolitischen Fragen thematisiert, welche die Theater und Orchester betreffen. Dazu gehören Themen wie die Bedeutung der Theater für die Städte, die Entwicklung des Publikums sowie die Gestaltung juristischer Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Aktuelle Schwerpunkte sind zudem die öffentliche Relevanz der Theater und Orchester, die Finanzierung der Häuser in kommunaler Trägerschaft, Stärkung demokratischer Prozesse sowie Digitalisierung und Führung, Arbeitgeberattraktivität und der Fachkräftemangel in spezifischen Theaterberufen.

Die Mitglieder des Deutschen Bühnenvereins vertreten einen Wertebasierten Verhaltenskodex, der am 28. Oktober 2021 verabschiedet wurde und der ein freiheitliches und respektvolles Miteinander in den Theaterbetrieben fördern und stärken soll. Zu den grundsätzlich geteilten gesellschaftlichen Werten zählen der Schutz der Menschenwürde, die Wahrung persönlicher Integrität und gegenseitigen Respekts, die Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität sowie die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Theater tragen dafür Verantwortung, dass diese Werte in ihren öffentlichen Einrichtungen, insbesondere im Verhältnis zu den Beschäftigten, gelebt werden. Ein wertschätzender Umgang mit festangestellten ebenso wie mit freiberuflichen Mitarbeiter:innen und Arbeitspartner:innen schließt die Pflicht zur Einhaltung von zentralen Arbeitnehmerbelangen ein, v.a. faire Beschäftigung und gleicher Lohn für Frauen wie Männer auf der Basis sachlicher Kriterien, das Bekenntnis zu Vielfalt und Chancengleichheit in Bezug auf Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, politischer Überzeugung, Behinderung, Alter, Familienstand, sexueller Identität oder Orientierung sowie sozialer Herkunft.

Das Theater Oberhausen fördert die Aus- und Weiterbildung seiner Beschäftigten und arbeitet partnerschaftlich mit städtischen Bildungspartnern sowie dem Bühnenverein in Fragen der Aus- und Fortbildung zusammen. Wissend um die Herausforderungen des bühnentechnischen Fachkräftemangels bildet das Theater Oberhausen seit Jahren im Beruf des/der Veranstaltungstechniker:in aus und fördert die Meisterqualifizierung von weiblichen Bühnentechniker:innen.

Verstärkte Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten an Umweltbelangen seit 2020

Verantwortungsbewusstes und gesetzeskonformes Verhalten sind ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur des Theaters Oberhausen. Die Theaterleitung bekennt sich zu den 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030. Seit August 2020 wurden die Digitalisierung der Theaterkommunikation vorangetrieben und die bühnentechnischen Bereiche im Großen Haus modernisiert. Seit 2021/22 wurde das kleine Merchandising-Produktangebot komplett auf ausschließlich nachhaltige Rohstoffe (Papier, Porzellan, Holz, Bio-Baumwolle) umgestellt. Ende 2022/23 wurde mit dem Upcycling von Werbebannern aus vorherigen Spielzeiten für Accessoires wie Mäppchen, Taschen, Hüllen begonnen. An zentralen Standorten wurden für die Beschäftigten Wasserspender zur Trinkwasserversorgung installiert, um vollständig auf Kunststoff-Wasserflaschen im Kreislaufsystem verzichten zu können. Weitere Maßnahmen im Beschaffungswesen sollen schrittweise umgesetzt werden, wie der Ausbau einer regionalen Beschaffungsbasis, Reduzierung von Transportwegen, Beachtung von Öko-Siegeln und summarische Bewertung von Lieferanten hinsichtlich ökologischer sowie sozialer Aspekte. Handlungsleitend für die unternehmerischen Entscheidungen sind dabei: 1. Reduce – wie kann Einweg(plastik) reduziert werden, 2. Reuse – wie lässt sich der Einsatz von wiederverwendbaren Produkten verbessern, 3. Recycle – wie können Prozesse zum verstärkten Einsatz wiederverwertbarer Produkte entwickelt und umgesetzt werden und 4. Replace – wie können nachhaltigere Materialen eingesetzt und verwendet werden.

Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten trägt aus Sicht der Theaterleitung zunehmend zur Sicherung der finanziellen Resilienz bei. Als Haus mit begrenzten Ressourcen liegt der Schwerpunkt auf nachhaltigen und klimafreundlichen Ertüchtigungsmaßnahmen in die betriebstechnische Infrastruktur (Heizung, Klima, Lüftung, Beleuchtung) sowie auf der Akquise von zielgerichteten Förderprogrammen, welche auf das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit einzahlen. In 2022/23 wurde ein Konzept der Theaterverwaltung zur beleuchtungstechnischen Modernisierung von Werkstatträumen und Probebühnen im Probenzentrum in den städtischen Gremien befürwortet und befindet sich im Bewilligungs- bzw. Umsetzungsprozess in einem Bundesförderprogramm.

Im September 2022 hat eine unabhängige Fachjury der Kulturstiftung des Bundes im „Fonds Zero"-Programm ein ambitioniertes Projekt des Theaters Oberhausen ausgewählt. Diese Projekte werden darin unterstützt, klimaneutrale Produktionsformen und neue Ästhetiken einer ökologischen Nachhaltigkeit zu erproben und gemeinsam zu lernen, wie künstlerische Arbeiten mit geringstmöglicher Klimawirkung realisiert werden können. Die Entwicklung und Umsetzung von künstlerisch innovativen und zugleich klimaneutralen Kunst- und Kulturprojekten in den Jahren 2023 bis 2024 soll Kultureinrichtungen und Künstler für ökologisch nachhaltiges Produzieren sensibilisieren und Veränderungen für einen aktiven Klimaschutz erwirken. Auch die Themen der Mitarbeiter- und Publikums-Mobilität sowie Energieverbrauch werden im Projekt betrachtet. Damit soll modellhaft ein Beitrag zu einer Neuorientierung in der deutschen Kulturlandschaft geleistet werden, um deren Ausstoß an Treibhausgasen langfristig zu reduzieren. Das Fraunhofer Umsicht-Institut begleitet das Projektteam am Theater bei der Analyse und Umsetzung und unterstützt die Anwendung ökologischer Standards im künstlerischen Prozess. Die Premiere der klimaneutralen Produktion wird im Frühjahr der Spielzeit 2023/24 im Großen Haus des Theaters gezeigt. Im Zuge des „Fond Zero"-Projektes hat das Theater erstmals eine CO2-Bilanz für den Eigenbetrieb für die Jahre 2021 und 2022 nach den internationalen Standards gemäß Greenhouse-Gas Protocol erstellt.

Im März 2023 hat sich das Theater Oberhausen als Lead Partner für ein mittelgroßes EU-Projekt mit fünf weiteren europäischen Theatern im Rahmen des Programms „Creative Europe" um eine EU-Förderung beworben. Nach erfolgter Evaluation aller 282 Projektanträge der Kategorie „Mittlere Kooperationsprojekte" durch die Creative Europe Programme (CREA) Juroren, wurden 27 Projekte bewilligt, darunter auch das Projektkonzept „GREENSTAGE" des Theaters Oberhausen als Lead Partner zu ökologischer Nachhaltigkeitstransformation in den Performing Arts. Ziel des Projektes „GREENSTAGE" ist es, analytische Expertise als Best Practice kommunikativ zu bündeln und praktikable Konzepte für eine nachhaltigere Ressourcennutzung mittels Potentialen des Circular Designs für Bühnen- und Kostümbild zu erarbeiten. In dem Projekt werden vor allem SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion sowie SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz adressiert. Die Verträge mit der Europäischen Kommission sollen bis Ende Dezember 2023 geschlossen werden. Das Projekt wird Anfang 2024 starten und über 40 Monate von der EU gefördert.

Kundenbelange und soziale Verantwortung – der Mensch im Mittelpunkt

Kundenorientierung ist für einen künstlerischen Betrieb und Dienstleistungsunternehmen der Life Entertainment-Branche ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die künstlerische Spielplangestaltung prägt hierbei wesentlich die Darstellung und Wirkung des Theaters nach Außen und zum Publikum und wird von der jeweiligen Intendanz künstlerisch verantwortet. Das Erlebnis „Theaterbesuch" soll durch einen sehr persönlichen und herzlichen Service vom Ticketing bis zum Einlass mit Vor- und Nachgesprächen, Einführungen uvm. über sämtliche Points of Contact stets noch bedarfsgerechter, service-orientierter, einfacher und barriereärmer werden und begeistern. Mit Beginn der Spielzeit 2022/23 wurde die Homepage des Theaters als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform grundlegend erneuert, wobei User Experience-Erfahrungen in Design und Funktionalität integriert wurden. Nach dem ersten Jahr in Betrieb sollen definierte Funktionalitäten verbessert und zusätzliche Anforderungen realisiert werden. Auch nach der Corona-Pandemie legt das Publikum fortgesetzt Wert auf Kundeninformation mit Mehrwert sowie auf die Erfüllung individueller Kundenwünsche mit flexiblen Umbuchungsmöglichkeiten und Kulanzregelungen. Das neue „Herz"-Logo des Theaters seit der Intendanz von Kathrin Mädler und der Spielzeit 2022/23 drückt auch das Bestreben aus, diese besondere Herzlichkeit nach innen und außen zu zeigen.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind zentrale Handlungsfelder am Theater Oberhausen und behalten auch nach der Corona-Pandemie weiter Bedeutung. Die Mitarbeitergesundheit ist für stabile und erfolgreiche Unternehmensprozesse essenziell. Das Theater stellt weiterhin persönliche Schutzausrüstung und Präventionsangebote für die Beschäftigten bereit, um die Ausbreitung von SarsCov2-Infektionen im Betrieb zu vermeiden. Das Theater arbeitet eng mit den städtischen Bereichen für Arbeitssicherheit und dem Medizinischen Dienst sowie der Stabstelle für betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Stadt Oberhausen zusammen. Seit Frühjahr 2023 bietet die Stadtverwaltung ihren Beschäftigten eine Reihe von Informationsveranstaltungen und Fortbildungen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements mit strukturierten Beratungsangeboten zur gesundheitlichen Prävention an.

Am Standort des Theaters in Oberhausen sind Sozialbelange seit Jahren zentral im Handeln der Stadtverwaltung und des Eigenbetriebs Theater. Das Theater pflegt den Dialog auf kommunaler und regionaler Ebene mit relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft sowie mit der Stadtverwaltung und den betrieblichen Sozialpartnern. Die Achtung der Menschenrechte ist für uns selbstverständlich und drückt sich im klaren Bekenntnis zum Wertebasierten Verhaltenskodex des Deutschen Bühnenvereins aus. Als Theater verfügen wir über herausgehobene Möglichkeiten der Sichtbarmachung von Ungerechtigkeit, Menschenrechtsverletzungen und drücken dies regelmäßig in Solidaritätsaktionen aus, z.B. mit kuratierten Diskussionsveranstaltungen zum Leben iranischer Frauen „Frau, Leben, Freiheit", Aktionen der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen, z.B. „Orange the World" gegen Gewalt gegen Frauen sowie einer engen Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus in Oberhausen. Die sensible Gestaltung von Spielplänen mit einer klaren politischen Haltung zu Demokratie und Würde des Menschen ist für das Theater Oberhausen Teil der künstlerischen DNA.

Zu Familienvereinbarkeit in den Darstellenden Künsten wurde am Theater Oberhausen in Zusammenarbeit mit dem Frauenkulturbüro NRW im Mai 2023 ein zweitägiges Symposium veranstaltet. Die Veranstaltung war Teil eines mehrjährigen Modellprojekts und einer wissenschaftlichen Studie. Die Themen der Familienvereinbarkeit und der Arbeitgeberattraktivität bleiben als Handlungsfelder für das Stadttheater auch in Zukunft relevant.

Geschäftsethik und Compliance im Verwaltungshandeln am Theater

Verantwortungsbewusstes und gesetzeskonformes Verhalten und die Vermeidung von Korruption und Bestechung sind grundlegend für Vertrauen in die ordnungsgemäße Führung der Geschäfte am Theater Oberhausen. Das Theater Oberhausen legt besonderen Wert auf ein respektvolles Miteinander. Dazu gehört auch, die Voraussetzungen für ein diskriminierungs- belästigungs- und benachteiligungsfreies Arbeitsumfeld für alle Mitarbeitenden zu schaffen. Die Theaterleitung praktiziert eine Haltung der „Null Toleranz“ bei Vorfällen sexueller Belästigung und vermittelt über die Vertrauensstelle Themis, eine unabhängige und überbetriebliche Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt in der Kultur- und Medienbranche in Berlin, bei Bedarf professionelle Unterstützungsangebote für Mitarbeitende, die entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Von städtischer Seite werden derzeit Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zu einer effektiven Bekämpfung von Korruption und Bestechung weiterentwickelt und schrittweise ausgerollt. Die Verwaltungsleitung des Theaters ist in diese Entwicklungsprozesse involviert. In 2023 unterstützt das Theater am Internationalen Tag der Korruptionsbekämpfung im Dezember die Aktivitäten der städtischen Stabstelle zur Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeitenden an den Rathaus-Standorten mit einer begleitenden Performance.

Corporate Responsibility, das heißt für das Theater Oberhausen nachhaltiges und verantwortungsbewusstes künstlerisches wie unternehmerisches Handeln und ist ein integraler Bestandteil der Strategie des Theaters Oberhausen. Aus Überzeugung sehen wir uns in der Verpflichtung, für Besucher:innen, Beschäftigte, die Stadtgesellschaft und für unseren Träger, die Stadt Oberhausen, künstlerischen Wert zu schaffen und unserer Verantwortung gegenüber Umwelt, Mensch und Gesellschaft gerecht zu werden. Daher verbessern wir die Klima- und Umweltvorsorge schrittweise, pflegen einen verantwortungsvollen und fairen Umgang mit unseren Mitarbeitenden und engagieren uns als Kulturinstitution in zahlreichen gesellschaftlichen Belangen.

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen eines fokussierten Risikomanagements betrachtet und überprüft. Die Risiken am Theater Oberhausen lassen sich in mehrere Kategorien einteilen, die in spezifischen Prozessen betrachtet und bewertet werden. Zu den Risiken zählen:
a) Risiken aus dem laufenden Betrieb des Theaters
b) Risiken hinsichtlich der Finanzierung
c) Risiken durch Schadensereignisse und Baumaßnahmen
d) Risiken hinsichtlich der Personalbeschaffung
e) Risiken in Bezug auf externe Krisen und Umfeldentwicklungen.

a) Risiken aus dem laufenden Betrieb des Theaters

Ziel des Theaters Oberhausen ist es, ein breites künstlerisches Programm mit Schwerpunkt Schauspiel sowie Kinder- und Jungendtheater sicherzustellen und damit seinem kulturpolitischen Auftrag gerecht zu werden. Mit der Spartengründung der Urban Arts an einem Stadttheater beschreitet das Theater Oberhausen als Stadttheater künstlerisch wie organisatorisch Neuland in der deutschen Theaterszene. Spielplanbedingte Risiken aus publikumswirksamen Produktionen im Mix mit Uraufführungen und unkonventionellen, innovativen Formaten sind systemimmanent und kulturpolitischer Konsens. Das Managementziel des Theaters ist es folglich, eine nachhaltige Balance in der Angebotsstruktur zu gestalten, um sowohl ein Stammpublikum als auch neue Besuchergruppen zu erreichen.

b) Risiken hinsichtlich der Finanzierung

Das Theater Oberhausen ist die größte Kulturinstitution der Stadt Oberhausen und erhält zur Erfüllung seines kulturellen Auftrags der Versorgung der Bevölkerung mit kulturellen Angeboten einen kommunalen Zuschuss sowie Landeszuschuss. Die Höhe der Ausgleichsleistungen wird über den beschlossenen Wirtschaftsplan gesteuert. Das Theater Oberhausen ist langfristig im Finanzplan der Stadt Oberhausen als Zuschussbetrieb eingestellt. Die Theaterleitung konnte bislang von einer Progression der jährlichen Zuwendungen in Höhe von 2,5% (bezogen auf die Personalkosten bzw. des jeweiligen Vorjahreszuschusses) ausgehen. Für die Spielzeit 2023/24 erhält das Theater einen einmaligen Ausgleich der Tarifsteigerungen TVöD und NV aus dem städtischen Haushalt. Die Höhe des Landeszuschusses unterlag in den letzten Jahren ebenfalls einer Dynamisierung. Für das Jahr 2023 liegt noch kein endgültiger Bewilligungsbescheid seitens des Landes vor, ist jedoch avisiert. Für die Jahre 2024ff laufen Gespräche über eine Fortsetzung des Landeszuschusses für die Theater, welche im bisherigen Theaterpakt enthalten waren. Die Entwicklung des Landeszuschusses wurde in der mittelfristigen Finanzplanung des Theaters ohne Dynamisierung auf Zuschusshöhe 2023 fortgeführt.

Die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre (Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, Migration, Inflation, Tarifabschlüsse, Nahost-Konflikt), haben große Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Bund, Land und Stadt und damit auf die Finanzperspektiven für die Theater in kommunaler Trägerschaft. Der Haushaltsentwurf für 2024 weist für die Stadt Oberhausen ein Defizit von 100 Mio. € aus. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt muss das erwartete Defizit schrittweise reduziert werden. Hierzu wurde von der Politik ein 10-Punkte-Sparpaket vorgelegt und am 14.11.2023 öffentlich berichtet, das höhere Steuern, Parkgebühren sowie Kürzungen vorsieht. Punkt 7 in dem Sparpaket behandelt die Kürzung für das Theater Oberhausen, das in den kommenden Jahren 600.000 € einsparen muss.

Die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit und Entwicklung des Theaters erfolgt regelmäßig durch den Kulturausschuss als Betriebsausschuss, um etwaigen Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.
Die Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage je künstlerischer Produktion wird tagesaktuell berichtet, regelmäßig in interdisziplinär besetzen Besprechungen analysiert und von einem Marketing-Mix flankiert.

c) Risiken durch Schadensereignisse und Baumaßnahmen

Möglichen Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teils oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet. Den entsprechenden Maßnahmen wird durch Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Für den Veranstaltungs- und Bühnenbetrieb ist ein umfangreiches Arbeitssicherheitsmanagement eingerichtet. Mittels fachlich begleiteter Betriebsbegehungen sowie regelmäßigen Wartungen und Instandsetzungen der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden.

In den Jahren 2012 bis 2018 sind laufende Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Für weitere Modernisierungsmaßnahmen hat die Stadt Oberhausen seit dem Haushaltsjahr 2018 jährliche Mittel rückgestellt. Im Sommer 2020 wurde in derzeit drei aufeinanderfolgenden Bauabschnitten die Modernisierung der Bühnentechnik eingeleitet. Der gesamte Schnürboden, die Arbeitsgalerien und 16 Elektrozuganlagen sind erneuert worden. Die Arbeiten an der Bühnenmaschinerie sind mittlerweile abgeschlossen. Im 3. Bauabschnitt 2022 erfolgte die Erneuerung der bühnentechnischen Beleuchtung mit Lichtregie und Dimmerraum. Die Erneuerung der elektrotechnische Zentralversorgung sowie Restarbeiten wurde von externen Fachfirmen im Sommer 2023 angegangen, jedoch nicht vollständig und mit Mängeln ausgeführt. Für die Fertigstellung, Durchführung von Restarbeiten einschließlich Dokumentation erarbeiten die Servicebetriebe Oberhausen (SBO) als städtischer Dienstleister und Generalübernehmer der Projekte derzeit Vorgehensweisen, die bis 2024 reichen.
Im Wirtschaftsjahr 2018/19 hat ein beauftragtes Sachverständigenbüro damit begonnen, eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Theatergebäude zu erstellen. Schwerpunkt der Untersuchung war der vorbeugende Brandschutz. Das Gutachten wurde sowohl mit dem Bereich Bauordnung als auch der Berufsfeuerwehr der Stadt Oberhausen abgestimmt und wird seither fortlaufend aktualisiert. Als Ergebnis des Gutachtens waren umfangreiche Arbeiten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes vorzunehmen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen am Theatergebäude begann im Sommer 2020 und wurde seither baulich weiterverfolgt. Der geplante bauliche Abschluss im Sommer 2023 konnte primär wegen Verzögerungen in der baufachlichen Planung sowie Ressourcenverfügbarkeit bei externen Handwerksbetrieben nicht gehalten werden. Diese Maßnahme unter der Fachführung der SBO wird vollständig von der Stadt Oberhausen finanziert.

Als eine der Auswirkungen der Corona-Pandemie ist zudem der Austausch der Klima- und Lüftungsanlagen notwendig geworden. Diese Arbeiten wurden schwerpunktmäßig in den Theaterferien im Sommer 2021 und 2022 durchgeführt. Die für 2023 geplanten erforderlichen arrondierenden Lüftungsanforderungen im Gebäudeensemble des Theaters konnten von den Fachfirmen noch nicht vollständig umgesetzt werden; ein Abschluss ist für 2024 vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt auch hier durch die Stadt Oberhausen.

Auch in den kommenden Jahren werden bauliche Sanierungen am Theater Oberhausen fortgesetzt werden. Ab Juni 2024 soll der Gastronomiebereich baulich über mehrere Gebäudegeschosse saniert und nach relativ kurzer Schließzeit wieder eröffnet werden. Parallel erfolgen die Planungs- und Genehmigungsarbeiten für einen Umbau des Großen Hauses am Theater Oberhausen im Rahmen des Bundesprogramms zur Förderung kommunaler Einrichtungen Sport, Jugend und Kultur. Der Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Barrierefreiheit für die Hauptspielstätte des Theaters und der Bar sowie energetische Verbesserungen. Mit dieser baulichen Umsetzung soll nach aktueller Planung in 2025 begonnen werden; der Projektabschluss ist für 2026 terminiert. Diese Baumaßnahme wird eine temporäre Verlegung des Spielbetriebs aus dem Großen Haus an andere Spielorte vor allem im Kalenderjahr 2025 erforderlich machen, was bereits jetzt in die künstlerischen Überlegungen der nächsten Spielzeitplanungen einfließt.

d) Risiken hinsichtlich der Personalbeschaffung

Die adäquate Besetzung von vakanten Stellen im künstlerisch-technischen wie im nicht-künstlerischen Bereich der Angestellten und Arbeiter TVöD stellt sich für bestimmte Funktionen als herausfordernd dar. Der seit einigen Jahren verstärkt thematisierte Fachkräftemangel in Deutschland führt auch am Theater Oberhausen zu unbesetzten Stellen und teilweise hohen Arbeitsbelastungen beim Stammpersonal oder verursacht zusätzliche Kosten durch Aushilfspersonal oder Fremdfirmen. Vakante Stellen für Fach- und Führungspositionen müssen in Einzelfällen mehrmals ausgeschrieben werden, bis geeignetes Personal gefunden wird.

e) Risiken in Bezug auf externe Krisen und Umfeldentwicklungen

Die betrieblichen Hygienemaßnahmen und organisatorischen Konzepte zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen auf den Spielbetrieb am Theater Oberhausen haben in der Spielzeit 2021/22 sowie in 2022/23 dazu beigetragen, dass die betrieblichen Risiken der Coronakrise angemessen bewältigt werden konnten und fast keine Veranstaltungen coronabedingt abgesagt werden mussten. Seit Sommer 2023 registriert das Theater wieder steigende krankheitsbedingte Abwesenheiten im Personal hinter der Bühne, in der Verwaltung und in den Werkstätten. Im Publikum haben die letzten Jahre

zu einem veränderten Besucherverhalten geführt, was sich wissenschaftlichen Studien zufolge in weniger Mehrfachbesuchen des Publikums im Vergleich zur vor-pandemischen Zeit widerspiegelt. Die Gewinnung von Gästen im sogenannten Freiverkauf bleibt auch für die Zukunft kurz- bis mittelfristig wichtig, erfordert breite Image- und Marketing-Maßnahmen sowie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern des Theaters und Pflege des Abo-Publikums. Das Theater Oberhausen erwartet, dass digitale Marketingkanäle gegenüber Print-Medien weiter an Bedeutung gewinnen und Influencer- sowie Networking-Strategien mit unterschiedlichen Communities weiter ausgebaut werden sollten, um langfristig relevante und stabile Publikumsnachfrage zu generieren.

Die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen im Zuge der Kriege in der Ukraine und in Nahost, die Inflationsentwicklungen, Energiekosten sowie Rezessionsängste und Tarifabschlüsse werden auch in Zukunft maßgeblich Auswirkungen auf den Theaterbetrieb und dessen Positionierung haben.

Chancenbericht

Der Ausbau neuer künstlerischer Formate am Theater eröffnet Chancen, zukünftig auch neue Zuschauergruppen zu erreichen. Besondere Wachstumsmöglichkeiten sieht das Theater sowohl in der Vermittlung vor Ort in Schulen als auch in attraktiven inhaltlichen Angeboten für Familien, Kinder und Jugendliche, um die Auseinandersetzung mit Kultur erlebbar zu machen und schon in frühem Alter die Wertschätzung für darstellende Kunst zu fördern.

Die Theaterleitung hat vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur in Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit dem NRWKultursekretariat die Zusage für eine drei-jährige Neue Wege-Förderung zur Erweiterung der künstlerischen Profilbildung im Bereich der Urbanen Künste erhalten, um neue diverse Publikumsschichten zusätzlich zum Publikum für den Abendspielplan, für das Junge Theater sowie die partizipativ ausgerichteten Aktivitäten des Open Haus zu erreichen. Durch eine zusätzliche Sparte im Bereich Urbaner Tanz mit eigener künstlerischer, choreografischer Leitung sowie einem Tanz-Ensemble kann das Theater breiter und diverser aufgestellt werden und seinen Outreach erhöhen. Das Programm stärkt auch die finanzielle Resilienz des Theaters Oberhausen aufgrund einer weiteren Diversifizierung der Förderprogrammbasis für die nächsten Jahre. Es wird angestrebt – sofern möglich – das Programm nach drei Jahren zu verstetigen.

Mit dem EU-Projekt GREENSTAGE hat das Theater Oberhausen bis 2026 die Chance eine qualifizierte Rolle hinsichtlich Transformation zu ökologischer Nachhaltigkeit in der deutschen (und europäischen) Theaterlandschaft einzunehmen. Diese Positionierung und damit einhergehende Kompetenzgewinn stärken die Gestaltungskräfte und Resilienz für das Theater Oberhausen.

Prognosebericht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland rechnet für 2023 mit einem leichten Abschwung und einer Inflationsrate von rd. 6 Prozent aufgrund multipler Krisen sowie hoher Tarifabschlüsse und gesunkenen Realeinkommen. Für 2024 wird eine Inflation von rd. 2,6 Prozent sowie ein leichtes Wirtschaftswachstum erwartet, wobei in Deutschland strukturelle Wachstumshemmnisse in den kommenden Jahren aufgrund von demografischer Alterung und geringerem Produktivitätswachstum die Prosperität schwächen.

Die Theater in Deutschland sehen nach coronabedingten Besucherrückgängen in den Jahren 2020 und 2021 seit 2022/23 eine gewisse Erholung der Nachfrageentwicklung, wenn auch bislang noch nicht alle Häuser an das Publikumsniveau vor Beginn der Pandemie anknüpfen konnten. Seit der Jahresmitte 2022 belasten hohe Preise für Energie und Lebensmittel die Kaufkraft des Publikums und haben sich auch auf den privaten Konsum von Freizeit- und Bildungsaktivitäten ausgewirkt, was sich im freien Ticketverkauf für Theaterveranstaltungen widerspiegelt. Diese Effekte, zusammen mit der ungelösten Altschuldenfrage für Kommunen, wird bei hohem Zinsniveau die finanziellen Spielräume der kommunalen Träger von Theaterbetrieben zunehmend reduzieren während Belastungen aus Sozialleistungen, Integrationsleistungen usw. für die kommunalen Haushalte weiterhin bleiben. Angesichts höherer Sachkosten für Energie, Dienstleistungen sowie Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst/TVöD und künstlerischen Bereich bleibt eine nachhaltige Finanzierung kommunaler Theater eine große Herausforderung. Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach ökologischer Nachhaltigkeit, energetischer Optimierung und betriebsökologischen Gebäudesanierungen der Kulturbetriebe an Relevanz und Fahrt gewinnen. In gleichem Maße stellen sich intern Fragen zu strukturellen, organisatorischen Maßnahmen, Ausbau der Digitalisierung und Weiterentwicklung der Führungs- und Arbeitskultur. Die Theaterleitung engagiert sich im Bühnenverein bei der Formulierung langfristiger Strategien zur Zukunft der Theaterlandschaft in Deutschland.

Am Theater Oberhausen wurden in den letzten Jahren wichtige Modernisierungsmaßnahmen umgesetzt und fielen in eine Zeit, in der der reguläre Theaterbetrieb pandemie-bedingt eingeschränkt war. Auch in den nächsten Jahren soll das Theater schrittweise weiter zukunftsfähig gemacht werden. Ergänzend zur Teilnahme und Bewilligung im Rahmen des Förderaufrufs 2020 des Bundesförderprogramms Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur haben die Stadtverwaltung und das Theater im Oktober 2023 eine weitere Interessensbekundung für den Förderaufruf SJK2023 eingereicht. Der Schwerpunkt soll auf der energetischen Sanierung sowie verbesserter Zugänglichkeit für die Stadtgesellschaft liegen. Beantragt wurde ein maximales Fördervolumen vom Bund in Höhe von 6 Mio. €; das Bundesprogramm ist nach Angaben des Fördergebers mehrfach überzeichnet. Die Maßnahmenrealisierung würde sich im Falle eines positiven Bescheides bis in das Jahr 2028 erstrecken. Der Rat der Stadt Oberhausen hat dieses Vorhaben SJK 2023 im Oktober 2023 befürwortet. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung Oberhausen arbeitet die Verwaltungsleitung des Hauses auch zukünftig an der Gewinnung öffentlicher Förderungen für die Projektierung notwendiger baulicher und energetischer Optimierungsmaßnahmen.

Für künstlerische Aktivitäten konnte das Theater Oberhausen für die Spielzeit 2022/23 und 2023/24 jeweils Projektförderungen auf Bundes- bzw. Landesebene gewinnen und damit den Umfang an Fördermitteln stabilisieren bzw. sogar ggü. Vorjahren ausweiten. Die in der Spielzeit 2022/23 mit dem Festival „New Stages South East“ begonnene Zusammenarbeit mit Goethe-Instituten in Deutschland und Süd-Ost-Europa soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt und vertieft werden. Für die kommende Saison werden bereits Gespräche über künstlerische Ko-Produktionen und wechselseitige Gastspieltätigkeit geführt.

Auch weiterhin stellt der kommunale Zuschuss durch die Stadt Oberhausen die Basisfinanzierung des kommunalen Theaters dar und wird vom Landeszuschuss NRW ergänzt. Für das Wirtschaftsjahr 2023/24 liegt ein mit Datum vom 25.09.2023 durch den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von 11.114 T€ ausweist. Für das Wirtschaftsjahr 2024/25 rechnet das Theater mit einem kommunalen Zuschuss in Höhe von 11.384 T€ und hat einen entsprechenden Wirtschaftsplan zur Beschlussfassung im Dezember 2023 in die zuständigen städtischen Gremien eingebracht. Dieser Wirtschaftsplan berücksichtigt die feststehenden und voraussichtlichen Tariferhöhungen 2024 und 2025 sowie gewisse Sachkostensteigerungen. Eine Deckung im Falle eines Jahresverlustes aufgrund ungeplanter Belastungen aus den Rücklagen des Theaters ist möglich.

Moderate Preissteigerungen für Abonnements und Eintrittskarten sind ab der Spielzeit 2024/25 in Planung und stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gremien.

Das Theater Oberhausen ist unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens in Oberhausen sowie in der Metropolregion Ruhr. Es leistet einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Bildung und soziale Entwicklung junger Menschen sowie für die städtische Bevölkerung und verbreitet gute Hoffnung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Anerkennung dessen und die Beibehaltung der wirtschaftlichen Voraussetzungen auch für die künftigen Jahre sind unabdingbare Basis dafür, dass das Theater diese Funktion weiterhin gut erfüllen kann.

Oberhausen, 21. November 2023

Theater Oberhausen

Doris Beckmann	Dr. Kathrin Mädler
Verwaltungsdirektorin	Intendantin

Anlagen

Übersicht des Personalbestandes aller bedeutsamen Beteiligungen

Beteiligungen	Stichtag 31.12.2022		Stichtag 31.12.2023	
	Mitarbeiter	Auszubildende	Mitarbeiter	Auszubildende
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	0	0	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	186	8	205	18
ASO Service GmbH	29	0	31	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	0	0	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	0	0	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	0	0	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	174	0	183	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	69	0	85	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	9	0	9	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	2	0	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	240	23	230	24
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	181	0	179	2
FSO GmbH & Co.KG	4	0	4	0
FSO Verwaltungs-GmbH	0	0	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	3	0	6	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	187	5	183	4
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	10	0	10	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	6	0	6	2
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	162	0	171	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	0	0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	36	0	36	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	1	0	1	0
Quantum GmbH	26	0	24	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	407	21	411	24
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	579	19	560	24
Stadtsparkasse Oberhausen	440	24	433	23
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	446	9	451	9
Theater Oberhausen	121	0	122	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	3	0	4	0
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	1	0	1	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	382	26	394	26

Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht

Stand: 31.12.2023	Geschäftsführung/Vorstand/Betriebsleitung				Aufsichtsrat/Verwaltungsrat/Betriebsausschuss			
Name der städt. Gesellschaft	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Frauenanteil in %**	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Frauenanteil in %**
ASO gGmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ASO Service GmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ENO GmbH Entwicklungs GmbH ENO Neu-Oberhausen	1	1	0	0%	14	9	5	36%
EVO AG Energieversorgung Oberhausen	2	2	0	0%	15	10	5	33%
FMR mbH Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr	1	1	0	0%	20	13	7	35%
Gasometer GmbH	1	0	1	100%	siehe OWT GmbH			
GMVA GmbH Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	3	2	1	33%	20	19	1	5%
IKF gGmbH Internationale Kurzfilmtage	1	1	0	0%	22	13	9	41%
LAH GmbH Luise-Albertz-Halle	1	1	0	0%	7	5	2	29%
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	1	1	0	0%	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.			
OWT GmbH Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	1	1	0	0%	12	9	3	25%
PBO mbH i. L. Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen	1	1	0	0%	in Liquidation			
SBO Servicebetriebe Oberhausen	1	1	0	0%	15	12	3	20%
SSK Stadtsparkasse Oberhausen	2	2	0	0%	15	13	2	13%
STOAG GmbH Stadtwerke Oberhausen	1	1	0	0%	15	13	2	13%
Theater Oberhauen	2	0	2	100%	21	13	8	38%
TZU GmbH Technologiezentrum Umweltschutz	1	1	0	0%	siehe OWT GmbH			
VZO GmbH Verwaltungszentren Oberhausen	1	1	0	0%	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.			
WBO GmbH Wirtschaftsbetriebe Oberhausen	2	1	1	50%	21	16	5	24%
Gesamt	**25**	**18**	**7**	**28%**	**231**	**167**	**64**	**28%**

- Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht
- Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht

Vergütungsbericht 2023

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	177.578,88
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	9.540,54
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH		
Geschäftsführung		
Schindler, Axel	Geschäftsführer	0,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH		
Geschäftsführung		
Basler, Christian	Geschäftsführer	0,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
Vorstand		
Dr. Stappen, Martha	Vorsitzende	104.363,91
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts		
Geschäftsführung		
Dr. Lienenkamp, Roger	Vorsitzender	149.560,68
Both, Markus	stellv. Vorsitzender	123.384,96
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Weyers, Christian	Geschäftsführer	21.126,84
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO		
Geschäftsführung		
Dr. Henseler, Andreas	Geschäftsführer	167.375,28

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Prof. Dr. Schröder, Achim	Vorsitzender	9.535,57
Schranz, Daniel	1. stellv. Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	8.890,20
Teigelkamp, Frank	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Bedenbecker, Nicolai	Mitglied	1.305,25
Bockelmann, Cosima	Mitglied	5.250,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	5.250,00
Dr. Schmidt, Lars	Mitglied	3.277,62
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Eckenroth, Lutz	Mitglied	5.250,00
Jacobs, Silke	Mitglied	5.250,00
Opitz, Stefanie	Mitglied	5.250,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Püttmann, Uwe	Mitglied (AN)	5.250,00
van Laak, Dennis	Mitglied (AN)	5.250,00
Wolf, Britta	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Basler, Christian	Vorstand	226.154,16
Dolezych, Timm	Vorstand	252.869,90
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH		
Aufsichtsrat		
Schlüter, Markus	Vorsitzender	700,00
Brosch, Alfred	stellv. Vorsitzende	700,00
Ossowski, Silke	stellv. Vorsitzende	560,00
Blumenthal, Heiko	Mitglied gem. § 113 GO	700,00
Boos, Thomas	Mitglied	560,00
Brambora-Schulz, Susanne	Mitglied	700,00
Föhse, Björn	Mitglied	280,00
Günzel, Gabriele	Mitglied	560,00
Krampitz, Christian	Mitglied	560,00
Lilla-Oblong, Martina	Mitglied	700,00
Moenikes, Nicole	Mitglied	420,00
Purps, Christoph	Mitglied	700,00
Richter, Tim	Mitglied	700,00
Rubin, Dirk	Mitglied	700,00
Sander, Hanna Marlene	Mitglied	0,00
Schmück-Glock, Martina	Mitglied	560,00
Thieser, Dietmar	Mitglied	420,00
van Geister, Daniel	Mitglied	700,00
Waßmann, Uwe	Mitglied	700,00
Welsch, Philipp	Mitglied	700,00
Geschäftsführung		
Hecht, Jürgen	Geschäftsführer	185.693,52

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	133.856,47
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Aufsichtsrat		
Susen, Thomas	Vorsitzender	6.000,00
Bandel, Frank	stellv. Vorsitzender	3.750,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.500,00
von Häfen, Werner	stellv. Vorsitzender	5.355,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	3.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	3.000,00
Dr. Ritter, Sebastian	Mitglied	3.000,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	3.000,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	2.500,00
Haak, Sebastian	Mitglied	3.000,00
Hadrossek, Julia	Mitglied	3.000,00
Juchem, Timo	Mitglied	3.000,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	2.000,00
Patermann, Thomas	Mitglied	0,00
Sahin, Bülent	Mitglied	3.000,00
Schmidt, Markus	Mitglied	0,00
Stallmann, Ulrich	Mitglied	3.000,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	3.000,00
Wolters, Thomas	Mitglied	2.500,00
Brauner, Lukas	Mitglied (AN)	3.000,00
Hoffmann, Andreas	Mitglied (AN)	3.000,00
Geschäftsführung		
Dr. Richter, Adrian	Geschäftsführer	180.970,00
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Geschäftsführerin (ehemalige)	116.950,00
Nachtsheim, Frank	Geschäftsführer	232.710,00
Schröder, Michaela	Geschäftsführerin	189.330,00
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	112.025,63
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	52,16
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	78,24
Blanke, Andreas	Mitglied	26,08
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Höppner, Chris	Mitglied	104,32
Salwik, Claudia	Mitglied	78,24
Geschäftsführung		
Schaugg, Willi	Mitglied	121.155,19

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Oberhausener Netzgesellschaft mbH		
Geschäftsführung		
Hell, Bernd Paul	Geschäftsführer	192.578,84
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.		
Geschäftsführung		
Herzog, Stefan	Liquidator	7.000,00
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)		
Geschäftsführung		
Kußel, Andreas	Betriebsleiter	59.000,00
Kalthoff, Horst	Betriebsleiter	77.920,00
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender	18.540,20
Bongers, Sonja	1. stellv. Vorsitzende	10.055,50
Benter, Christian	2. stellv. Vorsitzender	9.695,00
Axt, Norbert	Mitglied	9.280,00
Flore, Manfred	Mitglied	13.505,00
Hausmann-Peters, Gundula	Mitglied	4.640,00
Hoff, Marc	Mitglied	5.055,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	4.225,00
Krey, Thomas	Mitglied	6.300,00
Nakot, Werner	Mitglied	4.640,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	7.554,17
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	5.055,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	8.865,00
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	6.365,83
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	5.055,00
Bletgen, David	stellv. Mitglied	0,00
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	0,00
Driever, David	stellv. Mitglied	415,00
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	415,00
Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Osmann, Denis	stellv. Mitglied	493,85
Prohl, Manuel	stellv. Mitglied	0,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Mitglied	415,00
Wilts, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	415,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Midzic, Belinda	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Schäfer, Marc	stellv. Mitglied (AN)	415,00
Schwarz, Alexa	stellv. Mitglied (AN)	415,00
Vorstand		
Mebus, Oliver	Vorsitzender	359.743,42
Gäng, Thomas	Mitglied	328.280,24

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Osmann, Denis	Vorsitzender	6.247,50
Real, Ulrich	1. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Pecheol, Sebastian	2. stellv. Vorsitzende (AN)	3.940,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Bischoff, Jörg	Mitglied	2.625,00
Blanke, Andreas	Mitglied	2.625,00
Brodrick, Helmut	Mitglied	2.625,00
Bruckhoff, Peter	Mitglied	656,25
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.625,00
Lütte, Ulrich	Mitglied	1.968,75
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Koca, Vedat	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Geschäftsführung		
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	236.052,10
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Beckmann, Doris	Betriebsleiter	102.877,00
Dr. Mädler, Kathrin	Betriebsleiter	118.500,04
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Schmidt, Robert	Geschäftsführer	5.000,00
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	10.000,00
Kunz-Aue, Torsten	Geschäftsführer	5.000,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Hanning, Guido	Vorsitzender	4.906,70
Willing-Spielmann, Ulrike	stellv. Vorsitzende	4.160,01
Herrmann, Regina	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Jehn, Michael	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Bletgen, David	Mitglied	2.560,00
Bongers, Sonja	Mitglied	2.560,00
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	2.560,00
Dresen, Marga	Mitglied	2.560,00
Dr. Schröer, Jörg	Mitglied	2.560,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.560,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	2.560,00
Juchem, Timo	Mitglied	2.560,00
Prof. Dr. Hartwig, Peter	Mitglied	2.560,00
Rubin, Dirk	Mitglied	2.560,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	2.560,00
Bohnes, Ralf	Mitglied (AN)	2.560,00
Brands, Pierre	Mitglied (AN)	2.560,00
Brinkert, Matthias	Mitglied (AN)	2.560,00
Froese, Anke	Mitglied (AN)	2.560,00
Gellert, Heiko	Mitglied (AN)	1.066,65
Horatz, Stefan	Mitglied (AN)	2.560,00
Geschäftsführung		
Hadrossek, Julia	Geschäftsführerin	151.940,74
Kußel, Andreas	Geschäftsführer	161.578,50

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1937	STEAG GmbH	(V)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1967	STEAG Fernwärme GmbH	(V)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1972	Revierpark Vonderort GmbH (jetzt FMR)	(F)
1987	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	(V)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (jetzt OWT)	(WF)
1989	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	(V)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (jetzt OWT)	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (jetzt VZO)	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH (jetzt Oberhausener Netzgesellschaft mbH)	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR (jetzt d-NRW AöR)	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
2016	PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	(S)
2020	KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister Service GmbH	(S)
2021	SBO Servicebetriebe Oberhausen	(EB)
2023	Wissenschaftscampus NRW gGmbH	(S)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023

	Quote	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,0344
	Gesamtquote W	83,0344
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0363
	Gesamtquote W	0,0363
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	3,3333
	Gesamtquote W	3,3333
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0722
	Gesamtquote W	0,0722
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,7878
	durchgerechnet	31,7244
	Gesamtquote W	85,5121
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7800
	Gesamtquote W	0,7800
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4783
	Gesamtquote W	3,4783
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	6,2500
	Gesamtquote W	6,2500

	Quote	Kapitalanteil vH
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister	direkt	3,3333
	Gesamtquote W	3,3333
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
ProEco Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5500
	Gesamtquote W	1,5500
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Quantum GmbH	durchgerechnet	4,3674
	Gesamtquote W	4,3674
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,4200
	Gesamtquote W	1,4200
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

	Quote	Kapitalanteil vH
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	direkt	58,4354
	durchgerechnet	41,5646
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Windenergie Schermbeck-Rüste GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Windenergie Schermbeck-Rüste Verwaltungsgesellschaft m.b.H.	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Wissenschaftscampus NRW gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Rechtsstand: 25.11.2024)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft wird, soweit nicht weitergehende oder andere gesetzliche Vorschriften, der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung gelten; § 286 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden,

9. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde oder des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist.

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

   Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittel-

bare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

   a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

   b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2025 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Kommunales zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde haben über die zur Wahrnehmung des Vertretungsamtes sowie die zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen oder die Einrichtung betreibt, erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde zu verfügen. Die Gemeinde soll den nach Satz 1 entsandten Personen die Gelegenheit geben, regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, die der Wahrnehmung dieser Aufgaben dienlich sind. Die nach Satz 1 entsandten Personen haben sich regelmäßig zur Wahrnehmung dieser Aufgaben fortzubilden.

(7) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. § 95 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Gesamtabschluss besteht aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,

2. der Gesamtbilanz,

3. dem Gesamtanhang,

4. der Kapitalflussrechnung und

5. dem Eigenkapitalspiegel.

Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Gesamtlagebericht aufzustellen.

(3) Zum Zwecke der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form mit dem Jahresabschluss der Gemeinde zu konsolidieren, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nicht anderes bestimmt ist. Für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

(4) Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung bedingt oder im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den gemeindlichen Jahresabschluss entsprechend anzuwenden.

(5) Hat sich die Zusammensetzung der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche gemäß Absatz 3 im Laufe des Haushaltsjahres wesentlich geändert, so sind in den Gesamtabschluss Angaben aufzunehmen, die es ermöglichen, die aufeinanderfolgenden Gesamtabschlüsse sinnvoll zu vergleichen.

(6) Die in den Gesamtabschluss einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach Absatz 3 haben der Gemeinde ihre Jahresabschlüsse, Lageberichte, und wenn eine Abschlussprüfung stattgefunden hat, die Prüfungsberichte sowie, wenn ein Zwischenabschluss aufzustellen ist, einen auf den Stichtag des Gesamtabschlusses aufgestellten Abschluss unverzüglich einzureichen. Die Gemeinde kann von jedem verselbständigten Aufgabenbereich nach Absatz 3 alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die Aufstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes erfordert.

(7) Am Schluss des Gesamtanhangs sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(8) Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht sind innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen, § 95 Absatz 5 findet für deren Aufstellung entsprechende Anwendung.

(9) Für die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes gilt § 59 Absatz 3 entsprechend. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss, § 96 Absatz 1 Sätze 1, 4 und 7 und Absatz 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 116a GO NRW - Größenabhängige Befreiungen

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1 500 000 000 €,

2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus,

3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist gegenüber dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 zu erstellen.

§ 116b GO NRW - Verzicht auf die Einbeziehung

In den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung des Satzes 1 ist im Gesamtanhang anzugeben und zu begründen. Aufgabenträger mit dem Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Trägerschaft an Sparkassen sind nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) In den Fällen, in denen eine Gemeinde von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses unter den Voraussetzungen des § 116a befreit ist, ist in dem Jahr ein Beteiligungsbericht zu erstellen. Für die Erstellung des Beteiligungsberichtes gilt § 116 Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

(2) Der Beteiligungsbericht hat folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, sofern in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist. Die Berichtspflicht nach Satz 1 kann auf Gesetz, auf Satzung oder auf dem Aufsichtsrat in Textform mitgeteiltem Rechtsgeschäft beruhen.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Regiebetriebe *sind in die Verwaltung eingegliederte und daher rechtlich und organisatorisch unselbstständige Einrichtungen* der Gemeinde. Als unmittelbarer Teil der Kommunalverwaltung ist der Regiebetrieb mit seinen Einnahmen und Ausgaben an den Haushaltplan sowie in seiner Personalausstattung an den Stellenplan der Gemeinde gebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, sofern der Regiebetrieb durch eine nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dient und sich innerhalb der Gesamtbetätigung der Gemeinde wirtschaftlich heraushebt.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Ein Eigenbetrieb ist ein Unternehmen einer Gemeinde ohne eigene Rechtspersönlichkeit, welches außerhalb des Haushaltsplans der Gemeinde nach kaufmännischen Grundsätzen als Sondervermögen verwaltet wird. Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb sind die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) sowie eine vom Rat der Gemeinde zu beschliessende Betriebssatzung.

Der Eigenbetrieb verfügt eine Betriebsleitung, die für den laufenden Geschäftsbetrieb zuständig ist. Darüber hinaus sind Überwachungs- und Entscheidungskompetenzen durch die Betriebssatzung und die EigVO NRW dem Betriebsausschuss zugewiesen. Grundsätzliche Entscheidung obliegen nach der EigVO NRW dem Rat der Stadt. Der Oberbürgermeister hat bei Personalentscheidungen, bei Abschluss über den laufenden Betrieb hinausgehender Verträge sowie im Interesse der Wahrung der Einheitlichkeit der Verwaltung Befugnisse. Im Übrigen stehen dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer Auskunftsrechte zu.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die jedoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Die Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) nach § 114a GO NRW ist eine von einem Hoheitsträger auf der Grundlage des öffentlichen Rechts gegründete rechtsfähige Organisation, die öffentlichen Zwecken dient und mit eigenen Sachmitteln und Personal ausgestattet ist. Sie hat keine Mitglieder und wird von einem Vorstand eigenverantwortlich geleitet. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat überwacht, dessen Zuständigkeiten in § 114a Abs. 7 GO NRW geregelt sind.

Die Gemeinde kann die AöR ermächtigen Satzungen zu erlassen und sich an Unternehmen in privater Rechtsform beteiligen. Für den Erlass von Satzungen und der Beteiligungen ist der Verwaltungsrat zuständig, der in diesen Fällen den Weisungen des Rates der Gemeinde unterliegt.

Für die Verbindlichkeiten der AöR haftet die Gemeinde unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Regelung der Rechtsverhältnisse im Rahmen der Satzung zur Gründung der AöR definiert.

Sparkassen

Sparkassen sind gemeinnützige, von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Zweckverbänden (Gewährträger) errichtete rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (Kreis- oder Stadtsparkassen), denen die Förderung des Spargeschäfts (Bankeinlagen) obliegt. Sie können jedoch grundsätzlich alle Bankgeschäfte betreiben, sind Kreditinstitute und unterliegen der Bankenaufsicht. Rechtsgrundlage für die Rechtsverhältnisse der Sparkassen sind die Sparkassengesetze der Länder und die von den kommunalen Trägern erlassenen Satzungen.

Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das Sparkassengesetz des Landes NRW werden die Rechtsverhältnisse der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (zum Beispiel: Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der gesetzlich mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization. = „Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
GFKO	Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KDN	KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister Service GmbH
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgeselllschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SBO	Servicebetriebe Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH

TDM	Tausend Deutsche Mark
T€	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Wica	Wissenschaftscampus NRW gGmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 363
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 286
ASO Service GmbH....294
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 279
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG....305
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 303
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG....112
Biostrom Oberhausen Management GmbH....118
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)....319
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts....310
ecce - european centre for creative economy GmbH 229
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 155
evo Energieversorgung Oberhausen AG 86
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 257
FSO GmbH & Co.KG....157
FSO Verwaltungs-GmbH....177
Gasometer Oberhausen GmbH 273
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH....153
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 151
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 183
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH....249
Jobcenter Oberhausen....300
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG....138
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH....134
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 239
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 102
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 82
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 209
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 78
Quantum GmbH 122
RWE Aktiengesellschaft 181
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 46
SBO Servicebetriebe Oberhausen....370
Stadtsparkasse Oberhausen....331
STEAG GmbH....146
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH....30
Theater Oberhausen 381
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH....221
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 62
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH....195
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH....68
Wissenschaftscampus NRW gGmbH....284